Nr. 114

Ulrich Menzel

Die Steigbügelhalter

Annotierte Chronik zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig

Juni 2014

ISSN-Nr. 1614-7898

Inhalt

1. Sechs Thesen zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig 2

2. Die Quellen 10

3. Annotierte Chronik zur Einbürgerung, deren Vorgeschichte und deren Konsequenzen 13

3.1. Die Vorgeschichte bis zur Regierungsbildung aus BEL und NSDAP in Braunschweig 1930 14

3.2 Die Braunschweiger Koalition aus BEL und NSDAP und der Konflikt um die Einbürgerung 1930-1933 43

3.3 Die Alleinregierung der NSDAP in Braunschweig 1933-1945 186

3.4 Die Nachgeschichte I: Entnazifizierungsverfahren und gegenseitige politische Belastung der an der Einbürgerung Beteiligten 1945-1960 238

3.5 Die Nachgeschichte II: Die wissenschaftliche und politische Aufarbeitung der Einbürgerung seit 1960 269

4. Quellen und Literatur 293

4.1 Ungedruckte Quellen 293

4.2 Quelleneditionen 300

4.3 Erinnerungen/Autobiographien von Zeitzeugen (gedruckt und ungedruckt) 301

4.4 Behördenschrifttum 303

4.5 Sonstige gedruckte Quellen 304

4.6 NS-Publikationen 307

4.7 Zeitgenössische Zeitungsartikel 308

4.8 Zeitungsartikel nach 1945 312

4.9 Literatur 315

4.10 Internetseiten 323

4.11 Fotos 324

4.12 Karten 324

4.13 Interviews/Befragungen 324

1. Sechs Thesen zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig

Der Forschungsbericht „Die Steigbügelhalter. Annotierte Chronik zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig“ versteht sich als Fortschreibung und thematische Ausweitung des Forschungsberichts „Professor oder Regierungsrat? Hitlers Einbürgerung in Braunschweig zwischen Provinzposse und Weichenstellung zur Machtergreifung“.[1] Es geht nicht mehr nur um die näheren und weiteren Umstände der Einbürgerung Hitlers im Freistaat Braunschweig im Februar 1932, sondern auch um deren Konsequenzen sowie um die politische und wissenschaftliche Aufarbeitung der Vorgänge seit 1945 bzw. 1960.

Welche Bedeutung hatte die Einbürgerung Hitlers für dessen weitere politische Karriere und den Aufstieg der NSDAP im Verlauf des Jahres 1932, der schließlich zur „Machtergreifung“ im Januar 1933 führte? In Beantwortung dieser Frage wird die **erste** These vertreten, dass ohne die Braunschweiger Einbürgerung und ohne seine Kandidatur zur Wahl des Reichspräsidenten Hitlers politischer Aufstieg zumindest gebremst, die Machtergreifung womöglich verhindert worden wäre. Brüning hätte Zeit gehabt, die abflauende Weltwirtschaftskrise zu nutzen und die Weimarer Republik wieder in parlamentarische Bahnen zurückzuführen. Die politische Bedeutung der Einbürgerung wurde 1932 von den beteiligten Akteuren besonders herausgestrichen und nach 1945, z.T. von denselben Akteuren, vehement bestritten. Dabei ist die innerparteiliche Kontroverse über den von Hitler favorisierten „Legalitätskurs“, den er im Ulmer Reichswehrprozess beschworen hatte, zu berücksichtigen. Dieser nach 1928 vollzogene strategische Schwenk hätte fast zur Spaltung der Bewegung in einen revolutionären (SA) und einen legalistischen (Partei) Flügel geführt. Da die NSDAP reichsweit kaum auf eine absolute Mehrheit oder gar auf eine zu einer Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit hoffen konnte, bedurfte der Legalitätskurs einer Koalition mit den bürgerlichen Parteien. Die „Stennes-Revolte“ im Frühjahr 1931 und die Liquidierung der SA-Führung anlässlich des sog. „Röhm-Putsches“ im Sommer 1934 waren Ausdruck dieses Konflikts. Auf dem Legalitätskurs stellte die Braunschweiger Koalition von Bürgerlicher Einheitsliste (BEL) und NSDAP seit der Landtagswahl von 1930 eine wichtige Etappe dar – sowohl als Modell für Berlin wie als Steigbügel für Hitler persönlich.

Welche Bedeutung hatte der Vorgang für die Braunschweiger Steigbügelhalter, die die Einbürgerung beförderten? Auf diese Frage wird die **zweite** These vertreten, dass Hitler sich dankbar gezeigt hat und seine Braunschweiger Parteifreunde wie deren bürgerliche Helfershelfer mehrfach geschützt hat, wenn sie anderweitig unter politischen Druck geraten waren. Insofern war die Braunschweiger Koalition aus Bürgerlicher Einheitsliste (BEL) und NSDAP, deren eigentlicher Zweck – spätestens nach dem Wechsel von Franzen zu Klagges – aus Sicht der NSDAP in der Einbürgerung Hitlers als unabdingbare Voraussetzung zu dessen Machtergreifung bestand, sogar mehr als das Modell für das Reich. Die Braunschweiger Koalition von 1930-1933 demonstriert in ihren vielen Facetten und Verästelungen die falschen Hoffnungen und Illusionen der nationalkonservativen und nationalliberalen Politiker über die Möglichkeit, die NSDAP politisch einbinden und zähmen zu können. Die „Harzburger Front“ konnte nur im Freistaat Braunschweig aufmarschieren, galt im benachbarten Preußen doch ein Aufmarschverbot. Die Koalition demonstriert aber auch die sich zusammenbrauende Mischung aus Faszination und Einschüchterung breiter Kreise des Bürgertums weit über das nationalkonservative Lager hinaus. Am Ende gab es kein Halten mehr. Selbst die ganz große Koalition von unten aus Stahlhelm und Reichsbanner, wie im sog. Braunschweiger Stahl-

[1] Erschienen als Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialwissenschaften Nr. 110, November 2013; vgl. dazu mein Interview in der Braunschweiger Zeitung vom 28.12.2013 „Neues über Hitlers Coup in Braunschweig“.

helmputsch versucht, stand auf verlorenem Posten. Damit lieferte Braunschweig sogar für den letzten Versuch einer Gegenmobilisierung noch das Modell.

Und schließlich ist zu fragen: Welchen Vorteil hat das Land Braunschweig bzw. die Braunschweiger Region später daraus gezogen, dass hier die NSDAP seit 1930 an der Macht beteiligt war und nur hier Hitler die ersehnte deutsche Staatsbürgerschaft verschafft werden konnte? Darauf wird wird die **dritte** These vertreten, dass der reichsweit nahezu einzigartige Modernisierungsschub, den die Region in den Jahren 1933-1942 erfahren hat, obwohl Braunschweig weder „Führerstadt“ noch Gauhauptstadt war und auch nicht zu Speers „Neugestaltungsstädten“ gehörte, als Gegenleistung zu verstehen ist für die frühen Dienste, die das Land der Partei und ihrem Führer geleistet hat. Hitler hat sich laufend und immer wieder bis in kleinste Details in die Planung für die Region eingeschaltet. Dabei ist der Zusammenhang zur 1934 angekündigten Reichsreform, die auf die Zeit nach dem Krieg vertagt wurde, der damals wie heute bestehenden Konkurrenz Hannover-Braunschweig und das Bemühen des Ministerpräsidenten Klagges, sich in der Konkurrenz zum Reichsinnenminister in Berlin, zum Reichsstatthalter in Dessau und zum Gauleiter in Hannover zu behaupten, in Rechnung zu stellen. Auch wenn er mit dem Plan eines eigenen Gaus Ostfalen unter Einschluss von Hildesheim und Lüneburg mit einer Gauhauptstadt Braunschweig (und einem Gauleiter Klagges) gescheitert ist, so sah er im industriellen, sozialen und kulturellen Ausbau des Landes doch die große Chance, schrittweise von unten die Bedeutung Braunschweigs zu steigern. Allerdings deuten die Planungen für die „Stadt der Reichswerke“ alias „Hermann Göring-Stadt“ darauf hin, dass diese nach dem „Endsieg“ gegenüber Hannover wie Braunschweig das Rennen als Gauhauptstadt bzw. Hauptstadt einer Provinz Niedersachsen gemacht hätte. Immerhin hat Hitler dem Land Braunschweig eine Bestandsgarantie gegeben, obwohl seine geringe Bevölkerungszahl den Prinzipien der Reichsreform zuwiderlief. Selbst die NSDAP bzw. selbst Hitler war nicht in der Lage, den Konflikt zwischen Hannover und Braunschweig zu lösen, sondern musste Ausflucht in einem Scheinkompromiss nehmen, der ein Widerspruch in sich war. 1946 hat sich mit der Gründung des Landes Niedersachsen doch noch die Rationalität der Reichsreform durchgesetzt.

Eine frappierende Parallele gibt es zu Linz. Linz war im Verständnis Hitlers seine Heimatstadt, seit die Familie 1900 nach Leonding bei Linz übergesiedelt war. Linz hat ihn 1925 auf seinen Antrag hin gern ausgebürgert, um den auf Bewährung freigelassenen und nach seiner Haftentlassung aus Landsberg von der Abschiebung bedrohten Putschisten nicht aufnehmen zu müssen. Linz erfreute sich seit dem „Anschluss“ Österreichs 1938 seiner besonderen Aufmerksamkeit, das er als „Führerstadt“ in Konkurrenz zu Wien zum kulturellen und industriellen Zentrum Österreichs ausbauen wollte. Das zweite Standbein der Reichswerke neben Salzgitter wurde Linz. Statt wie in Salzgitter oder Wolfsburg zur Unterbringung der vielen neuen Arbeitskräfte eine neue Stadt zu gründen, wurde der Wohnungsbau in Linz vorangetrieben, der noch heute unter dem Begriff „Hitlerbauten“ firmiert[2]. Diese könnten, ohne aufzufallen, in manchen Vierteln von Salzgitter oder Wolfsburg stehen.

Das Thema Einbürgerung erfuhr bereits vor und unmittelbar nach dem Selbstmord Hitlers am 30.4.1945 im „Führerbunker“, so die **vierte** These, seine Fortsetzung, weil seit 1944 etliche der 1932 mit der Einbürgerung Befassten persönliche Aufzeichnungen zur späteren Rechtfertigung angefertigt haben. Ihnen schwante, dass die Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers nach dem absehbaren Untergang des „Dritten Reichs“ ihnen angelastet werden würde. Tatsächlich spielte der Vorwurf „wesentliche Förderung des Nationalsozialismus“ in den Entna-

[2] Vgl. dazu den Katalog der Ausstellung „Hitlerbauten“ in Linz, 2012 sowie Löhr 2013 und Mayrhofer/Schuster 2002.

zifizierungsverfahren und der daraus folgenden Einstufung in die Kategorien III, IV oder V eine wesentliche Rolle.

Es lässt sich sogar feststellen, dass die diversen Aufzeichnungen, Stellungnahmen, Zeugenaussagen und „Erinnerungen“ vor und nach 1945 nicht nur zu gegenseitiger, so die **fünfte** These, Be- und Entlastung der maßgeblichen Akteure geführt haben, sondern dass auch Konflikte fortgesetzt wurden, die zum Teil bis in die 1920er Jahre zurückreichten. Diese haben die NS-Zeit überdauert und lebten nach 1945 fort. Die Braunschweiger Koalition aus BEL und NSDAP und die Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers via Verbeamtung, sei es als Professor an der TH Braunschweig oder als Regierungsrat beim Landeskultur- und Vermessungsamt bei gleichzeitiger Abordnung an die Braunschweigische Gesandtschaft in Berlin, war für etliche nicht nur der Steigbügel für die persönliche Karriere und motiviert, die Gunst Hitlers zu gewinnen, sondern nach 1945 auch der Grund, warum Karrieren ab- oder zumindest unterbrochen wurden. Die doppelte Kontinuität ist insofern nicht erstaunlich, als es sich um eine Generation gehandelt hat, die in den 1920er Jahren in politische Ämter gekommen war, die sich 1933 anpasste und 1945 eine zweite Anpassungsleistung vollbrachte, sofern es sich nicht um unverbesserliche Nazis wie etwas Klagges handelte. Weder 1945 noch 1933 gab es eine Stunde Null! Es gibt sogar Indizien, dass die Konflikte der Väter seit den 1960er Jahren in der Generation der Söhne und Töchter zumindest latent fortgeführt wurden.

Erst 1960 begann die wissenschaftliche Aufarbeitung der Braunschweiger Vorgänge, die durch die parallelen Forschungen von Morsey mit seiner Dokumentation „Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat“ (1960) und das Buch von Roloff jun. über „Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich“ (1961) ausgelöst wurde und durch den offenbar von Roloff inspirierten SPIEGEL-Artikel „Professor Hitler“ (1961) und die darauf reagierenden Leserbriefe von Carl Heimbs, Roloff u.a. bundesweite Aufmerksamkeit erfuhr. Selbst die wissenschaftliche Aufarbeitung, so eine **sechste** These, wurde noch politisch beeinflusst, weil etliche der beteiligten Akteure immer noch am Leben waren. Insofern war die erste Runde der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Einbürgerung schon wieder oder immer noch ein braunschweiger Lehrstück über den Umgang mit dem Thema Nationalsozialismus und das mangelnde Eingeständnis von Verantwortlichkeit.

Seitdem wurde das Thema mehrfach in der braunschweiger Literatur bearbeitet und ist immer wieder beharrlich von der braunschweiger Presse aufgegriffen worden, ohne dass allerdings die vielen Querverbindungen und skizzierten Konsequenzen in ihrer ganzen Tragweite ausgelotet wurden. Dies mag daran liegen, dass bislang niemand das reichhaltige, allerdings verstreute Quellenmaterial, das in der Region Braunschweig zu finden ist, wirklich ausgeschöpft und in die skizzierten Kontexte gesetzt hat.

Bei den Quellen und ihrer Interpretation sind drei Ebenen und deren Wechselwirkungen zu unterscheiden. Welche Interessen und Absichten verfolgten die Akteure in **Berlin**, die die Einbürgerung entweder zu forcieren oder zu verhindern suchten? Welche Interessen und Absichten verfolgten die Akteure in **Braunschweig**, die ebenfalls die Einbürgerung zu forcieren oder zu verhindern suchten, dabei aber unter dem gegenläufigen Druck der berliner Akteure standen? Dabei war es keineswegs so, dass selbst die Förderer alle an einem Strang gezogen haben. Anlässlich der Einbürgerung wurden diverse Konflikte, die eigentlich aus anderen Kontexten herrührten, ausgetragen. Leider haben auch die Gegner der Einbürgerung nicht an einem Strang gezogen. Jedenfalls ist hier die Wechselwirkung zu Berlin bzw. zu anderen Ländern des Reichs weniger sichtbar als bei den Förderern. Welchen Einfluss vermochten die berliner Politiker auf die Akteure in der braunschweiger Provinz tatsächlich zu nehmen? Dazu bedienten sie sich gezielter Presseberichte, eifrigen Telefonierens und eines regen Besucher-

verkehrs zwischen Berlin und Braunschweig. Vieles ist deshalb nur mündlich verhandelt worden und hat keinen Niederschlag in den Akten gefunden.

Und schließlich ist die Ebene der **TH Braunschweig** zu berücksichtigen, sollte Hitler doch ursprünglich nicht zum Regierungsrat an der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin, sondern zum planmäßigen, d.h. beamteten, Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ ernannt und über diesen Weg eingebürgert werden. Hier gab es Wechselwirkungen zwischen der Hochschule und dem Land Braunschweig, waren einige Akteure doch zugleich Politiker und Hochschullehrer (Roloff sen.) oder als Politiker der Hochschule in besonderer Weise verpflichtet (Wessel). Auch gab es eine Wechselwirkung zwischen der Hochschule und dem Reich, insofern der Dachverband der Hochschulen und sogar der Reichspräsident Hindenburg persönlich eingeschaltet wurden, um im Braunschweigischen Hochschulkonflikt zu vermitteln. Dieser wiederum, von den braunschweiger NS-Studenten aus nichtigem Anlass regelrecht inszeniert, wird nur verständlich im Kontext der Absicht des NS-Volksbildungsministers Klagges, Hitler zum Professor zu berufen.

An dieser Stelle wird deutlich, dass die Agitation der NSDAP über diverse Kanäle auf die braunschweiger Vorgänge einwirkte. Die Agitation der Abgeordneten fand im Landtag statt. Minister Klagges setzte seinen politisch schwachen Ministerkollegen Küchenthal in der Regierung unter Druck. Die Harzburger Front und der Großaufmarsch der SA eine Woche später auf dem Franzschen Feld und vor dem braunschweiger Schloß fand auf der Straße statt. Beide Aufmärsche dürften die bürgerlichen Politiker beeindruckt wie erschreckt und in Richtung Kooperationsbereitschaft bewegt haben, weil sie sich gleichermaßen vor Neuwahlen wie dem Druck der Straße fürchteten. Immerhin konnte die NSDAP aus dem Stand in Braunschweig eine SA aufbieten, die zahlenmäßig an die Stärke der Reichswehr herankam. Die Agitation der NS-Studenten muss ähnlich auf die TH-Professoren gewirkt haben, weil sie die Drohkulisse zur Akzeptanz eines Professors Hitler aufbaute. Das volle Verständnis der braunschweiger Vorgänge bis 1933 kann sich demnach nur aus der Gesamtschau der Ebenen und ihrer jeweiligen Wechselwirkungen ergeben.

Das Gleiche gilt für den Modernisierungsschub, den die Region seit 1933 erfahren hat – gilt insbesondere für die Planungen und Standortentscheidungen für das VW-Werk, die Reichswerke und diverse andere industrielle Neugründungen wie etwa die NIEMO, die Gründung zweier neuer Städte (Wolfsburg und Salzgitter), die Erschließung der Region und deren Integration in das reichsweite Verkehrsnetz durch den Autobahnanschluss, den Stichkanal nach Salzgitter, den Ausbau des Hafens in Veltenhof und den Flughafenneubau in Waggum, den Ausbau Braunschweigs zur „Siedlungsstadt“, zu einem Zentrum von Luftwaffe, Flugzeugbau und Luftfahrtforschung, zu einem Zentrum der Ausbildung für NS-Funktionäre, der Jägerei[3] und vieles mehr. Hier mischten sich strategische und autarkiewirtschaftliche Überlegungen im Rahmen des Vierjahresplans mit den lokalen Ambitionen von Klagges wie der regionalen Wirtschaft und sogar den persönlichen Eitelkeiten, Rücksichtnahmen und Entscheidungen von Hitler und Göring bis in die letzten Details der Standortwahl und Namensgebung. Hitler war für den Komplex Wolfsburg, Göring eher für den Komplex Salzgitter zuständig, dazu aber als Verantwortlicher für den Vierjahresplan von Hitler persönlich autorisiert. Beide sind mehrfach vor Ort erschienen, um letzte Entscheidungen zu treffen, beide haben sich alle Pläne und Modelle in Berlin vorlegen lassen, um sie abzusegnen bzw. zwischen Alternativen zu entscheiden.

---

[3] Es gibt starke Indizien, dass der Wolfenbütteler Likörfabrikant, DVP-Politiker und später NSDAP-Mitglied Curt Mast (Mitglieds-Nr. 3.183.016) kaum den Handelsnamen „Jägermeister“ für seinen Likör 1935 ohne Kenntnis und Billigung des „Reichsjägermeisters“ Goering angenommen hat, dessen „Reichjägerhof“ ausgerechnet in der Braunschweiger Buchhorst errichtet wurde.

Wenn man also die Umstände der Einbürgerung Hitlers und deren Folgen in allen Facetten verstehen will, geht es nicht nur um die Hauptperson, sondern auch um die Motive, Interessen, Absichten und späteren Rechtfertigungen der wichtigen Akteure auf der Pro- wie auf der Kontraseite auf allen drei Ebenen. Viele Ereignisse der Jahre 1930-1933 werden erst so richtig verständlich, wenn man deren Stellungnahmen nach 1945 oder gar nach 1960 aufmerksam liest.

In **Berlin** gehörten dazu auf Seiten der NSDAP zuallererst Goebbels, der Hitler immer wieder drängte, aber auch Strasser, Frick, Göring und Frank. Letzterer wurde als Hitlers Rechtsbeistand am Ende nach Braunschweig geschickt, um die Einbürgerung hinter den Kulissen einzufädeln, nachdem Klagges im ersten Anlauf gescheitert war und sogar Goebbels‘ Geliebte Magda Quandt, die er später heiraten sollte, zu Sondierungsgesprächen nach Braunschweig geschickt wurde – sogar zeitgleich zum großen SA-Aufmarsch. Widerstand innerhalb der Partei gab es auf dem radikalen Flügel der SA, der gegen den von Hitler im Ulmer Reichswehrprozess beschworenen Legalitätskurs, der über die braunschweiger Einbürgerung eine neue Qualität bekam, opponierte und auf den revolutionären Umsturz drängte. Zumindest Stennes hat am 1.2.1932 durch eine gezielte Indiskretion im Berliner „Montagsblatt“, einer kurzlebigen Zeitung von NS-Dissidenten, die Einbürgerung zu hintertreiben versucht. Auch die „Boxheimer Dokumente“ von Werner Best bzw. der Zeitpunkt, zu dem sie bekannt wurden, passten politisch nicht in den legalistischen Einbürgerungskontext.

Außerhalb der NSDAP war Hugenberg ein vehementer Befürworter, weil er die „Harzburger Front“ retten wollte, deren Aufmarsch nur in Braunschweig möglich war, und seinen Vertrauten Quaatz nach Braunschweig schickte, um die zögernden Parteifreunde der DNVP vor Ort unter Druck zu setzen. Die Stahlhelmführer Seldte und Duesterberg waren zumindest uneins. Der eine kandidierte gegen Hindenburg und Hitler im ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl, der andere trat als Arbeitsminister im Januar 1933 in das Kabinett Hitler ein. Deren Dissens trat offen zutage, als der braunschweiger Stahlhelmführer Werner Schrader am Ende die offene Gegenmobilisierung zur Machtergreifung der NSDAP in Braunschweig unter Einbeziehung von Sozialdemokraten und sogar Kommunisten versuchte.

Zu den vehementen Gegnern in Berlin gehörten Reichskanzler Brüning, Innenminister Groener und dessen Verfassungsreferent Kaisenberg, die politisch und juristisch die Einbürgerung bekämpften, um den Kandidaten Hitler zu verhindern. Ihnen ging es darum, Zeit zu gewinnen, um in einer zweiten Amtszeit Hindenburgs das Abflauen der Wirtschaftskrise und damit der Mobilisierungskraft der NSDAP abzuwarten. Ein Nebenaspekt war, dass Brüning ganz nebenbei die Monarchie, wenn auch konstitutionell über die Wiederwahl Hindenburgs als eine Art Statthalter, restaurieren wollte. Die Interessenlage der übrigen Zentrumspolitiker bleibt unscharf. Zumindest in Hessen und Preußen hatte das Zentrum Koalitionen mit der NSDAP sondiert. Der Widerstand der SPD-Führer bleibt blass. Sie waren zwar bereit, Brüning zu folgen und für Hindenburg gegen Hitler zu votieren, doch direkte Kontakte zwischen den berliner und braunschweiger Parteiführern in dieser Angelegenheit, gar Abgesandte, sind nicht feststellbar. Lediglich der thüringer SPD-Landtagsabgeordnete Brill hat sich aktiv exponiert, indem er die Sitzung des thüringer Untersuchungsausschusses unmittelbar nach dem 1. Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl ansetzte, um durch die Vernehmung des Zeugen Hitler zu dem missglückten Einbürgerungsversuch in Thüringen dessen Wahlkampf negativ zu beeinflussen. Der DVP-Vorsitzende Dingeldey gehörte zwar eher zu den Gegnern, zumal ein Koalitionswechsel der DVP möglich gewesen wäre und im ähnlichen Fall Thüringen tatsächlich zum Sturz des dortigen NS-Innenministers Frick geführt hatte. Warum bei der DVP eine

Wechselwirkung Thüringen-Berlin-Braunschweig nicht zum Tragen gekommen ist, ist eines der vielen Rätsel in der ganzen Geschichte.

In **Braunschweig** ist die Gemengelage der wichtigen Akteure kaum weniger übersichtlich. Auf Seiten der NSDAP sind vor allem Minister Klagges und Parlamentspräsident Zörner zu nennen, die beide auf ihre Art – Klagges offensiv und Zörner diskret - die Einbürgerung Hitlers betrieben und zugleich rivalisierten, wer denn in der Gunst Hitlers steigen werde. Der schon zuvor latent vorhandene Konflikt kulminierte in einem lokalen Machtkampf, der 1933 vor dem Obersten Parteigericht ausgetragen wurde. Dabei wurde die gesamte braunschweiger NS-Prominenz als Zeugen aufgeboten. Zörner verlor den Machtkampf, dessen Hintergründe nicht völlig auszuleuchten sind. Da in der NSDAP politische Kontroversen nicht mehr offen diskutiert oder gar programmatische Diskussionen auf Parteitagen geführt wurden, konnten politische Meinungsunterschiede bzw. Fragen von Strategie und Taktik nur als persönliche Machtkämpfe ausgetragen werden. Diese endeten nach 1933 vielfach in der Liquidierung der innerpolitischen Gegner.

In Braunschweig ging es, vermutlich wie in Berlin, um die Frage einer moderaten oder radikalen Strategie zur Machtergreifung und, solange die Macht der NSDAP im Reich noch nicht gefestigt war, um die Strategie zur Machtkonsolidierung. Sollte man die bürgerlichen Partner unter Druck setzen oder in Sicherheit wiegen? Zörner, Exponent des moderaten Flügels, musste jedenfalls in Braunschweig zugunsten des radikalen Klagges das Feld räumen, wurde aber mehrfach, vermutlich unter Mitwirkung von Hitler (und Frank), erst in Dresden und nach Kriegsbeginn im besetzten Polen zum Dank für seine Mitwirkung bei Hitlers Einbürgerung politisch befördert. Nur am Rande spielten Alpers, Schmidt-Bodenstedt, Bertram und die anderen Mitglieder der Landtagsfraktion eine Rolle, während die Position Franzens, Ministervorgänger von Klagges, widersprüchlich bleibt. Einmal widersetzte er sich Hitler offen und hätte, wenn er erfolgreich gewesen wäre, indirekt die Einbürgerung verhindert, da die Koalition mit der BEL durch seinen Rücktritt fast beendet war. Es hätte in diesem Falle keine Verbeamtung, keine Einbürgerung und keine Kandidatur Hitlers zum Reichspräsidenten gegeben. Insofern ist das Auf und Ab im Konflikt der braunschweiger Koalition wie im braunschweiger Hochschulkonflikt immer im Licht der Einbürgerungsabsicht zu sehen. Mal waren Radikalisierung und Einschüchterung, mal Mäßigung und Kooperationsbereitschaft das erfolgversprechendere Rezept.

Auf Seiten der DNVP waren zweifellos Küchenthal als verantwortlicher Minister und Roloff als Fraktionsvorsitzender der BEL die wichtigsten Akteure, während die anderen Landtagsabgeordneten blass bleiben. Auf DVP-Seite waren es Wessel, Druckereibesitzer und Zeitungsverleger aus Wolfenbüttel und politischer Kopf der Partei, sowie Carl Heimbs, Kaffeeröster, DVP-Vorstandsmitglied und als Vorsitzender der Kaufmännischen Union einflussreicher Vertreter der braunschweiger Geschäftswelt. Während Wessel lange Widerstand gegen die Einbürgerung leistete, auf jeden Fall gegen die Berufung Hitlers zum Professor und womöglich auch gegen dessen Ernennung zum Regierungsrat, fungierte Heimbs, nicht zuletzt aufgrund seiner persönlichen Beziehungen zu Zörner als dessen Schwager und mehrjährigem Mitbewohner im Zörnerschen Elternhaus, Hohetorwall 7, der Adresse, unter der Hitler 1932 als Untermieter gemeldet wurde, als Türöffner in seiner Partei. Womöglich war Heimbs in Braunschweig sogar der eigentliche bürgerliche Steigbügelhalter. Anders ist die heftige Reaktion 1961 gar nicht erklärbar, als seine Mitwirkung ruchbar wurde. Damit gerät sogar die Geschichte der Familien Heimbs und Zörner mit ihren vielfältigen Querverbindungen und Konflikten politischer, persönlicher und geschäftlicher Art ins Visier. Heimbs und Wessel waren gleich auf dreifache Weise miteinander verbunden – politisch im Vorstand der DVP, wirtschaftlich in der Kaufmännischen Union und sogar philanthropisch als Freimaurer!

Auf der Verwaltungsebene sind der Braunschweigische Gesandte in Berlin, Boden, zu nennen, ein Jahr lang Dienstvorgesetzter des Regierungsrats Hitler, und die Ministerialräte Kiesel, Albrecht und Wanstrad, die im Innen-, Volksbildungs- und Justizministerium die Gutachten erstellten, um die in Berlin durch das Kaisenberg-Gutachten aufgebauten juristischen Vorbehalte gegen die Berufung bzw. Ernennung Hitlers auszuräumen.

Auch in Braunschweig bleibt die SPD blass. Sie opponierte lediglich vehement im Landtag und im Parteiorgan, dem braunschweiger Volksfreund. Der eigentliche Hebel, Hitler zu verhindern, indem man in einer konzertierten Aktion auf Landes- und Reichsebene eine große Koalition unter Einschluss der DVP wiederbelebt hätte, wurde nicht oder nur sehr zögerlich angesetzt. Immerhin war Brüning in seiner Absicht, Hindenburg wiederwählen zu lassen, auf die Stimmen der SPD-Wähler angewiesen. Ohne die SPD-Stimmen wäre er nicht wiedergewählt worden, hätte die ganze Strategie, Hindenburg für eine weitere Amtszeit zu mobilisieren, keinen Sinn gemacht. Die SPD hätte zumindest den Versuch machen können, einen Kandidaten der Weimarer Koalition aufzubieten. Im ersten Wahlgang hätte so Duesterberg mehr Stimmen bekommen, im zweiten Wahlgang hätte es an den Stimmen der Thälmann-Wähler gelegen. Ein Präsident der Weimarer Koalition hätte anders als Hindenburg keinen Hitler – mit oder ohne Staatsbürgerschaft – zum Reichskanzler ernannt. Das Pfund des eigenen Stimmenblocks hätte ganz anders in die Waagschale geworfen werden können.

Auf der **Hochschulebene** tritt uns Roloff erneut gegenüber, weil er nicht nur Politiker, sondern auch Hochschullehrer, dazu mit einer zur vorgesehenen Hitlerprofessur konkurrierenden Denomination für „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ war. In der fraglichen Zeit war er sogar Dekan und Senatsmitglied. Auch deutet alles darauf hin, dass Roloff dreimal, weil er gegenüber Küchenthal als Minister den Kürzeren gezogen und weil er bei der Einbürgerung mitgewirkt hat, mit einer Beförderung auf der akademischen Karriereleiter abgefunden wurde. Es könnte sein, dass Roloff sogar selber auf die vakante Professur reflektiert hat, die für Hitler vorgesehen war, weil sie höher dotiert als seine eigene war. Besondere wissenschaftliche Leistungen, die seine Beförderungen rechtfertigen, oder auswärtige Rufe sind jedenfalls nicht erkennbar.

Die Rektoren bzw. Prorektoren Schmitz, Mühlenpfordt und Gassner standen im Hochschulkonflikt an vorderster Front und versuchten über Wessel, Ehrendoktor der TH, die Berufung Hitlers zu verhindern. Relevant zum Gesamtverständnis sind aber auch die Hochschullehrer aus dem Umkreis der vorgesehenen Hitler-Professur – so Riekel, dessen Stelle Hitler durch Umwidmung der Denomination bekommen sollte, oder Berger, der die Professur am Ende bekommen hat, sowie die übrigen Professoren der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, die als SPD-Anhänger, als SPD-Mitglieder und/oder als Reformpädagogen von der Entlassung bedroht waren oder die umgekehrt, wenn sie sich rechtzeitig anpassten, von der Entlassung der Kollegen profitieren konnten. Karl Hoppe ist das Beispiel eines solchen Wendehalses. Auch an der TH gab es Befürworter eines Professors Hitler – nicht nur die NS-Studenten, angeführt von Schaffeld und Gille, sondern auch die Kollegen aus dem Pharmazeutischen Institut wie Paul Horrmann, der Gassner 1933 als Rektor nachfolgte, und Walter Kern oder der NS-Dozentenbundsführer Bodo Heinemann. Von Fall zu Fall ist es deshalb aufschlussreich, die Vita der genannten Personen seit 1933 bzw. 1945 weiter zu verfolgen, weil so deren Verhalten in den kritischen Jahren 1930-1932 in anderem Licht erscheint. Bei der politischen und wissenschaftlichen Aufarbeitung nach 1945 bzw. seit 1960 begegnen uns Personen, die bereits 1930-1933 mit der Thematik befasst waren. Rektor Schmitz wird Vorsitzender in einem Spruchkammerverfahren gegen Küchenthal. Roloff und Brandes verbünden sich gegen Küchenthal. Küchenthal wiederum findet einen Unterstützer im Leiter des Niedersächsischen

Staatsarchivs Wolfenbüttel, Kleinau, der bereits seit 1938 Leiter des Braunschweigischen Staatsarchivs war. Gassner entlastet Roloff, Klagges belastet Heimbs usf. Selbst die Fronten bzw. Koalitionen aus dem Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a. scheinen wieder auf.

2. Die Quellen

Damit kommen wir zu den Quellen, die für diese Chronik verwendet wurden. Unter den braunschweiger Archiven ist zuerst das Niedersächsische Staatsarchiv in Wolfenbüttel zu nennen. Hier werden die braunschweiger Personalakten Hitlers verwahrt, allerdings nur als Kopie der Kopie aus dem Berliner Document-Center[4], und die Personalakten anderer Akteure wie Klagges und Roloff. Ferner finden sich hier die Akten über den Klagges-Prozess und die Entnazifizierungsverfahren, die aufschlussreichen Akten über das Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a., diverse Dokumente zur Reichsreform und die Gegendenkschriften von Klagges. Auch die Landtagsprotokolle und die Protokolle der Landtagsausschüsse, die mit der Einbürgerung Hitlers befasst waren, sind einsehbar.

Das Stadtarchiv Braunschweig besitzt die Akten des braunschweiger Landesverbands der DVP, den persönlichen Schriftwechsel des damaligen braunschweiger DVP-Vorsitzenden Albert Brandes sowie den Nachlass von Roloff sen., den Roloff jun. (aber offenbar nicht vollständig) dem Stadtarchiv überantwortet hat. Der Nachlass von Küchenthal ist verstreut. Ein Teil findet sich im Braunschweigischen Landesmuseum, ein anderer Teil im Besitz von Hans Georg Küchenthal, den er jetzt dem Stadtarchiv überantwortet hat. Seine diversen Rechtfertigungsschriften hat Küchenthal sen. als graue Literatur (Küchenthal 1969, 1973) diversen braunschweiger Bibliotheken zukommen lassen.

Das Archiv der TU Braunschweig besitzt die wenig ergiebigen Senatsprotokolle und die Personalakten der in die Vorgänge direkt oder indirekt involvierten Hochschullehrer – so Berger, Geiger, Jensen, Riekel und Roloff – aber auch den Nachlass von Mühlenpfordt und diverse Dokumente von Gassner, die er nach Kriegsende verfasst hat.

Als zweite Quellengruppe sind zu nennen die Editionen von Texten wichtiger Akteure. Neben den beiden Hitler-Ausgaben von Domarus (1988) und dem Institut für Zeitgeschichte (1992-2003) sind dies die Tagebücher von Goebbels, die Einblick in Hitlers zögerliche Haltung zur Einbürgerung im Januar/Februar 1932 zulassen, sowie die Dokumentation zur Einbürgerung von Morsey, die sich vor allem auf die Unterlagen des Berliner Document-Center stützt. Ferner gibt es eine Dokumentation über den braunschweiger Hochschulkonflikt von 1933. Hierzu gehören schließlich etliche Dokumente, die von der Braunschweiger Zeitung in zwei Sonderheften in der Reihe Spezial (2003, 2007) zum Thema abgedruckt wurden, sowie diverse Einzelstücke in der braunschweiger Literatur.

Die dritte Quellengruppe bilden veröffentlichte und unveröffentlichte Aufzeichnungen, Stellungnahmen, Memoiren und Autobiographien von Zeitzeugen bzw. solchen Personen, die in Berlin, Thüringen oder Braunschweig direkt oder indirekt mit der Einbürgerung befasst waren. Dazu gehören in alphabetischer Reihenfolge Balthasar Becker (1951), Rudolf Berg (alias Dietrich Klagges 1954), Friedrich Boden (1945), Hermann Brill (1946), Heinrich Brüning (1970), Otto Dietrich (1933), Theodor Duesterberg (1949), Carl Heimbs (1960), Hans Frank (1953, 1975), Julius Friedrich (1949), Gustav Gassner (1946), Joseph Goebbels (1939), Egbert Harbert (1983), Dietrich Klagges (ca. 1970), Werner Küchenthal (1945, 1961, 1969-1973), Hartmann Lauterbacher (1984) und Reinhold Quaatz (1989). Dabei ist zu berücksichtigen, dass diese Texte einen unterschiedlichen Stellenwert haben, da sie während der NS-Zeit wie nach 1945 entstanden sind, zur Veröffentlichung gedacht waren oder nicht, von den Per-

[4] Die Geschichte der drei Braunschweiger Personalakten Hitlers ist einen eigenen Aufsatz wert, was bereits die Bedeutung des Vorgangs demonstriert. Allein der Schriftwechsel um Hitlers Personalakte, die 1945 von der britischen Besatzungsmacht beschlagnahmt wurde (wie es heißt auf ausdrücklichen Wunsch von Churchill), um diese wieder nach Braunschweig zurückzuführen, ist zu einer eigenen Akte angeschwollen.

sonen selber oder von Herausgebern posthum veröffentlicht worden sind. Manches ist strenge wissenschaftliche Edition, manches nur Erinnerung und manches ist explizit verfasst worden, um die eigene Rolle bei der Einbürgerung herauszustellen oder zu bagatellisieren, um sich zu entlasten, andere zu belasten oder um den Vorgang insgesamt als bedeutungslos erscheinen zu lassen. Die Einlassungen von Carl Heimbs gehören in die letztere Kategorie, während die mehrbändigen „Erinnerungen“ von Werner Küchenthal in erster Linie der Rechtfertigung und Entlastung von der eigenen Verantwortung dienen sollen.

Eine vierte Quellengruppe sind die reinen NS-Publikationen wie z.B. das „Deutsche Führerlexikon“ (1934), das Buch von Kurt Schmalz, dem Chronist der braunschweiger NSDAP, „Nationalsozialisten ringen um Braunschweig“ (1934) oder „Tausendjähriges Braunschweig“ von Roloff sen. (1939). Diese Publikationen sind wichtig, weil sie Auskunft darüber geben, welchen offiziellen Stellenwert die NS-Literatur damals der Einbürgerung beigemessen hat und wem sie das Verdienst zuspricht, die Einbürgerung Hitlers organisiert zu haben. Hierzu gehören auch die ideologischen Schriften von Klagges (1934, 1936), wenn man verstehen will, was Klagges mit der Denomination der für Hitler vorgesehenen Professur im Sinn gehabt und warum er dessen Berufung sogar ernst gemeint hat. Hierzu gehört ferner die Literatur über die Reichsreform, den Vierjahresplan und die wirtschaftliche Entwicklung der Region Braunschweig, insbesondere die diversen Denkschriften von Klagges u.a. wie z.B. „Braunschweig in der Reichsreform“ (ca. 1934), wenn man sie im Kontext der Steigbügelhalter-These, der Konkurrenz Hannover-Braunschweig und der Annahme, dass Hitler sich erkenntlich gezeigt hat, liest.

Die fünfte Quellengruppe bilden die zeitgenössischen Zeitungsartikel, vor allem aus den Jahren 1930-1933, in der braunschweiger Presse, die sich den örtlichen Parteien zuordnen lässt und in der die handelnden Akteure mehrfach selber oder indirekt über entsprechend instruierte Redakteure zu Wort kommen. Hierbei ist es wichtig zu wissen, dass der „Volksfreund“ das Organ der SPD, die „Braunschweigische Landeszeitung“ das Organ der NSDAP, die „Wolfenbütteler Zeitung“ das Organ der DVP und die „Braunschweiger Neuesten Nachrichten“ (BNN) das Organ der DNVP waren. Liest man die Wolfenbütteler Zeitung, nimmt man Einblick in die Position Wessels, liest man die BNN, nimmt man Einblick in die Position Roloffs. In der Stadtbibliothek, im Stadtarchiv und im Staatsarchiv sind die Bestände vollzählig einsehbar.

Auch die überregionale Presse, sofern sie für die braunschweiger Ereignisse relevant ist, ist heranzuziehen. Hier wird deutlich, dass neben den parteiinternen Kommunikationskanälen auch via Presse die Braunschweiger über die berliner und die Berliner über die braunschweiger Ereignisse gut unterrichtet gewesen sein müssen bzw. beeinflusst worden sind. Hier gibt es bizarre Wechselwirkungen, als am 1.2.1932 gleichzeitig in der „Vossischen Zeitung“ das Gutachten des Verfassungsreferenten Georg Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium abgedruckt wird und in der NS-Dissidentenzeitung „Montagsblatt“ der missglückte thüringer Einbürgerungsversuch aufgedeckt wird. Die Reichsregierung wollte mit dem Gutachten klar stellen, dass eine Scheinernennung (ob in Thüringen oder in Braunschweig) nichtig ist und nicht zur Einbürgerung führt. Stennes wollte mit seinem Artikel Hitler lächerlich machen und dessen Legalitätskurs desavouieren. War das zeitgleiche Erscheinen Zufall oder konzertierte Aktion? Immerhin gibt es Hinweise, dass Stennes ein Reichswehragent war.

Eine sechste Quellengruppe bilden die Zeitungsartikel aus den späten 1940er und frühen 1950er Jahren, die über den Klagges-Prozess und die Entnazifizierungsverfahren berichten. Im Licht dieser Berichte werden die Ereignisse der Jahre 1930-1933 in ein ganz anderes Licht

getaucht. Man muss sie zusammen mit den Akten über die Prozesse und Spruchkammern lesen.

Bleibt schließlich die Literatur im eigentlichen Sinne. Die großen Hitler-Monographien von Heiden (1944), Bullock (1954), Fest (1973), Maser (1972, 1989), Kershaw (2002) und Ullrich (2013) ebenso wie die bahnbrechenden Monographien von Bracher (1964, 1976) unterschlagen die Einbürgerung entweder ganz oder widmen ihr nur wenige Zeilen. Alle messen ihr keine besondere Bedeutung zu – vielleicht auch deshalb, weil die Quellen aus den braunschweiger Archiven nicht genutzt wurden. Diese Wertung ist sicher falsch.

Die braunschweiger Literatur beginnt mit Roloff jun. (1961). Er anvancierte neben Morsey (1960) zum wichtigsten Autor zu dieser Thematik, da er dank des Zugangs zum Nachlass seines Vaters und aus persönlichen Gründen sich über 40-50 Jahre immer wieder mit diesem Thema auseinandergesetzt hat (1964, 1984, 1997, 2003). Ferner sind noch Schelm-Spangenberg (1964), Ruben (2004) und Lent (2010) zu nennen. Diese Literatur – dazu gehört auch der auf Roloffs Manuskript beruhende Spiegel-Artikel „Professor Hitler“ von 1961 – hat wiederum zu Kontroversen zwischen den Autoren und den noch lebenden Betroffenen bzw. zwischen den Autoren untereinander geführt, deren Material eine eigene siebte Quellengruppe bildet. Sie besteht aus den Leserbriefen zum Spiegel-Artikel, aus den Fußnoten, den Rezensionen und aus der Benutzerkorrespondenz des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel, aus der die Kontroverse zwischen Küchenthal und Morsey aber auch die Rolle Kleinaus rekonstruierbar ist.

Ansonsten spielt das Thema allenfalls am Rande eine Rolle unter den zahlreichen Publikationen zu Land, Stadt und TH Braunschweig während der NS-Zeit, (z.B. Pollmann/Ludewig 1997, Wettern/Weßelhöft 2010, Weßelhöft 2012), zur Literatur über die Reichsreform, das VW-Werk, die Reichswerke, die Stadtgründungen von Wolfsburg und Salzgitter, den Fünfjahresplan und die NS-Baupolitik in der Region.

Wenn aber die Steigbügelhalterthematik und damit der übergeordnete und grundsätzliche Aspekt des Themas in den Vordergrund rückt und daraus folgend auch die Frage nach den Interessen und Konsequenzen für die Akteure innerhalb und außerhalb der NSDAP, dann müssen schließlich die genannten Quellen und die Literatur **über** die handelnden Personen berücksichtigt werden. Dazu gehören Ausmeier 1950 (über Klagges), Bein (2012) über Boden, German 1995 (über Klagges), Grubert 2009 (über Jasper), Hermann 2000 (über Zörner), Kuessner 1988 (über Klagges), Musial (1999) auch über Zörner, Overesch 1992 (über Brill) und sogar eine Magisterarbeit von Wasner (2005) über das Parteiausschlussverfahren gegen Zörner u.a. Die große Monographie, die die braunschweiger Einbürgerung Hitlers in den Kontext von Machtergreifung, Steigbügel zur Machtergreifung, persönliche Karriere der Steigbügelhalter, Modernisierung des Braunschweiger Landes, politischer Aufarbeitung nach 1945 und wissenschaftlicher Aufarbeitung nach 1960 stellt, fehlt noch. Die nachfolgende Chronik, die die genannten Fäden aus den Quellen aufnimmt und annotiert, liefert meinen zweiten Baustein. Ein dritter, der die Fäden zusammenbindet, soll folgen.

Ich danke Peter Albrecht, Brage bei der Wieden, Hans-Ulrich Ludewig, Malte Klein, Hans Georg Küchenthal, Frederick Grösche sowie den Mitarbeitern des Staatsarchivs Wolfenbüttel für vielfältige Unterstützung, Hinweise, Kommentare und Hilfe bei der Materialrecherche.

3. Annotierte Chronik zur Einbürgerung, deren Vorgeschichte und deren Konsequenzen

Die Chronik basiert im Wesentlichen auf gedruckten und ungedruckten Quellen (Akten, Sitzungsprotokolle, Protokolle von Vernehmungen, Briefe, Tagebücher, persönliche Aufzeichnungen, Interviews), Memoiren, zeitgenössischen Zeitungsartikeln und Fotos sowie ergänzend auf der einschlägigen Literatur. Dennoch konnten nicht alle Angaben zweifelsfrei ermittelt werden, weil nicht nur die konsultierte Literatur Ungenauigkeiten und falsche Aussagen enthält, sondern auch die Quellen Widersprüche aufweisen. Die Forderung, daß eine Aussage nur als sicher gilt, wenn sie durch zwei voneinander unabhängige Quellen belegbar ist, ließ sich nicht immer erfüllen. Leider ist es in dem vorliegenden Fall häufig so, dass auch voneinander unabhängige Quellen zu einem Vorgang voneinander abweichen, sich sogar widersprechen oder unterschiedliche Wertungen vornehmen. Dieser unbefriedigende Befund resultiert vermutlich aus dem Umstand, daß es sich bei der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig um einen hochpolitischen Vorgang handelte, der auch die Quellen und besonders die Erinnerungen der Beteiligten gefärbt hat. Soweit es zeitgenössische oder nachträglich verfaßte schriftliche Unterlagen gibt, ist nicht auszuschließen, daß die Aufzeichnungen manipuliert wurden. Vieles wurde zudem nur mündlich verhandelt und nicht schriftlich dokumentiert. Auch die protokollierten Zeugenaussagen in den Entnazifizierungsverfahren und Prozessen nach 1945 sind mit Vorsicht zu verwenden, da auch diese gefärbt sein können, weil die Betroffenen sich mit ihren Aussagen zu entlasten bzw. andere zu belasten suchten. Manche Angaben sind gar nicht quellenmäßig belegbar, sondern nur plausible Annahmen, die sich aus dem Kontext erschließen lassen. Auf jeden Fall empfiehlt es sich, Quellen und Literatur in Vollzug des hermeneutischen Zirkels zweimal zu lesen.

Die kursiv gesetzten Kommentierungen und Interpretationen der Fakten haben diesen Umständen Rechnung zu tragen. Soweit die genauen Daten nicht zu ermitteln sind, wird ein Ereignis immer zu Beginn des jeweiligen Jahres oder Monats aufgeführt.

3.1 Die Vorgeschichte bis zur Regierungsbildung der Koalition aus BEL und NSDAP in Braunschweig 1930

21.4.1889

Adolf Hitler wird in Braunau am Inn geboren. Damit ist er österreichischer Staatsbürger. Sein Vater Alois Schicklgruber (1837-1903), unehelicher Sohn der Maria Anna Schicklgruber (1795-1842) und erst 1876 legitimiert, arbeitet im österreichischen Zolldienst.

Hitlers Abstammung weist inzestuöse Aspekte auf, da sein Großvater väterlicherseits, Johann Nepomuk Hüttler (1807-1888), Vater des Alois Schicklgruber, zugleich der Großvater seiner Mutter Klara Pölzl (1860-1907) war.

Hierin wird die Ursache seiner in vieler Hinsicht obskuren Persönlichkeitsmerkmale vermutet. Zur Abstammung Hitlers vgl. Maser 1972, Klappentext mit „Ahnentafel“ über 8 Generationen bzw. S. 35.

Hans Frank, langjähriger Rechtsvertreter Hitlers, behauptet, daß der Vater von Alois Schicklgruber ein gewisser Frankenberger gewesen sei, in dessen Haushalt die Anna Maria Schicklgruber als Köchin gearbeitet hat. Frankenberger habe bis zum 14. Lebensjahr Alimente für Alois gezahlt. Über diesen Hintergrund habe er Einsicht durch einen Briefwechsel nehmen können, der sich im Besitz einer über die Raubals mit Hitler verwandten Dame befunden habe. Er folgert daraus: „Ich muß also sagen, daß es nicht vollkommen ausgeschlossen ist, daß der Vater Hitlers demnach ein Halbjude war, aus der außerehelichen Beziehung der Schickelgruber zu dem Grazer Juden entsprungen. Demnach wäre dann Hitler selbst ein Vierteljude gewesen. Dann wäre sein Judenhaß mitbedingt gewesen aus blutempörter Verwandtenhaßpsychose.“ (Frank 1953, S. 331)

1900

Hitler siedelt mit seiner Familie nach Leonding bei Linz über und besucht in Linz die Realschule. Der Schüler ist in der Schule mäßig erfolgreich, zeigt aber eine zeichnerische Begabung.

Seitdem betrachtete er Linz als seine Heimatstadt. Das ist auch der Grund, warum er 1925 von München aus beim Magistrat der Stadt Linz seine Ausbürgerung beantragte, warum er 1938 nach dem „Anschluß“ Östrerreichs Linz in die Kategorie der „Führerstädte“ aufnahm und zum kulturellen und industriellen Zentrum Österreichs in Konkurrenz zu Wien ausbauen wollte. Der Vorgang macht deutlich, wie sehr selbst weitreichende Entscheidungen Hitlers durch persönliche Bezüge und Ressentiments beeinflußt wurden. Dies sollte sich auch im Falle Braunschweigs herausstellen.

September 1907

Hitler beteiligt sich an der Aufnahmeprüfung der Allgemeinen Malerschule der „Akademie der Bildenden Künste“ in Wien. Er besteht den ersten Teil der Prüfung, fällt aber beim Probezeichnen durch.

Februar 1908

Hitler siedelt von Leonding nach Wien über und wohnt dort unter häufigem Wechsel der Adresse. Er nimmt Kunstunterricht bei dem Bildhauer Panholzer.

Seit der Wiener Zeit führt er den Lebenswandel eines Bohemiens, den er in München fortsetzt und auch mit der Ernennung zum Reichskanzler im Januar 1933 nicht aufgibt.

September 1908

Hitler versucht, die Aufnahmeprüfung an der Wiener Akademie doch noch zu bestehen. Im Unterschied zu 1907 fällt er diesmal bereits im ersten Teil der Prüfung durch und wird zum Probezeichnen nicht zugelassen.

Bescheinigt wird Hitler allerdings ein Talent zum Architekturzeichen. Die Aufnahme des Architekturstudiums ist aufgrund des fehlenden Abiturs nicht möglich.

Hätte er bestanden und wäre professioneller Künstler geworden, wäre die europäische Geschichte anders verlaufen.

20.8.1909

Bis zu diesem Datum hätte Hitler sich aufgrund des Österreichischen Wehrgesetzes von 1889 der „Verzeichnung“ (Musterung) unterziehen müssen.

Die häufigen und kurzfristigen Wohnungswechsel in Wien lassen sich mit der Absicht deuten, sich der Musterung zu entziehen (vgl. Maser 1972, S. 115).

24.5.1913

Hitler meldet sich in Wien ab, zieht nach München und wohnt in der Schließheimerstraße als Untermieter.

Dieser Ortswechsel kann als weiterer Versuch gewertet werden, sich der Musterung für die Österreichische Armee zu entziehen. Angeblich, so die spätere Begründung, habe er die Vielvölkerarmee des Habsburger Reiches abgelehnt.

6.3.1913

Der Kaufmann, Ernst Zörner sen., (zuvor Gördelingerstr. 48 und zugleich Firmensitz) bezieht mit seiner Familie das Haus Hohetorwall 7 in Braunschweig.

Unter dieser Adresse wird Hitler 1932 von Ernst Zörner jun. als Untermieter angemeldet.

22.7.1913

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz sieht zwei Möglichkeiten zur Einbürgerung vor:

§ 9 Die Einbürgerung in einem Bundesstaat darf erst erfolgen, nachdem durch den Reichskanzler festgestellt worden ist, daß keiner der übrigen Bundesstaaten Bedenken dagegen erhoben hat; erhebt ein Bundesstaat Bedenken, so entscheidet der Bundesrat. Die Bedenken können nur auf Tatsachen gestützt werden, welche die Besorgnis rechtfertigen, daß die Einbürgerung des Antragstellers das Wohl des Reichs oder eines Bundesstaates gefährdet.

§ 14 Die von der Regierung oder der Zentral- oder Höheren Verwaltungsbehörde eines Bundesstaates vollzogene oder bestätigte Anstellung im unmittelbaren oder mittelbaren Staatsdienst, im Dienste einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes, im öffentlichen Schuldienst oder im Dienste einer von dem Bundesstaat anerkannten Religionsgemeinschaft gilt für einen Deutschen als Aufnahme, für einen Ausländer als Einbürgerung, sofern nicht in der Anstellungs- oder Bestätigungsurkunde ein Vorbehalt gemacht wird.

Das Gesetz galt nach Verabschiedung der Weimarer Verfassung weiter. Für Hitler kam, anders als 1913, der Weg über den § 9 nach seiner Verurteilung im Anschluß an den Münchener Putschversuch nicht mehr in Frage, da er am Einspruch Bayerns und/oder Preußens gescheitert wäre. Möglich war aber der Weg über den § 14, sofern die NSDAP in einem Bundesstaat an der Regierung beteiligt war.

Nicht explizit ist im Gesetz der Fall eines Staatenlosen geregelt. Im Falle Hitlers ergab sich aus dieser Gesetzeslücke ein Interpretationsbedarf, der am 19.2.1932 durch das Gutachten von Staatsrat Kiesel an Klagges unter Berufung auf einen Kommentar von Keller/Trautmann (1914) im Interesse Hitlers beantwortet wurde. Man hätte auch anders entscheiden können.

8.11.1913

Ernst August Roloff erhält die venia legendi für „Geschichte und Staatsbürgerkunde“ an der TH Braunschweig.

Seitdem strebt er eine Karriere als Hochschullehrer an, die aber erst 1926 sehr spät und zunächst wenig erfolgreich als Lehrbeauftragter und außerplanmäßiger a.o. Professor in Gang kommt. 1930 wird Roloff eine planmäßige Professur und damit die Verbeamtung erhalten. Besondere wissenschaftliche Leistungen nach 1913 sind bis 1934 nicht bekannt. Weil die Hochschulkarriere auf sich warten läßt, hat er stattdessen mehrfach vergeblich versucht, sein politisches Engagement bei der DNVP bzw. im Landbund in eine politische Karriere münden zu lassen und in Braunschweig Minister zu werden. Das politische Engagement könnte der Grund sein, daß die Zeit für wissenschaftliche Leistungen fehlte.

29.12.1913

Die österreichische Polizei bittet die Münchener Polizei um Amtshilfe zur Ermittlung des Stellungsflüchtlings Hitler.

Es wird eng für Hitler.

10.1.1914

Die Münchener Polizei teilt den Linzer Behörden die Münchener Anschrift Hitlers mit.

18.1.1914

Hitler erhält von der Münchener Polizei eine Vorladung mit der Weisung, sich am 20.1.1914 in Linz zur Musterung einzufinden.

19.1.1914

Hitler wird durch Beamte der Münchener Kripo beim Österreichischen Generalkonsulat in München vorgeführt. Darüber wird ein Protokoll angefertigt. Darin heißt es: „Nach den Beobachtungen der Polizei der nach dem hieramts gewonnnenen Eindruck, dürften seine im beiliegenden Rechtfertigungsschreiben gemachten Angaben vollkommen der Wahrheit entsprechen. Auch soll er mit einem Leiden behaftet sein, daß ihn zum Militärdienst untauglich macht…. Da Hitler sehr berücksichtigungswert erscheint, wurde von der Durchführung der Auslieferung vorläufig Abstand genommen und Genannter angewiesen, unbedingt bei der Nachstellung am 5. Januar in Linz zu erscheinen… Hitler wird also die Reise nach Linz antreten, falls sich der Magistrat durch die vorgeschilderte Sachlage und die Armut desselben sich nicht veranlaßt sieht, ihm die Nachstellung in Salzburg zu bewilligen.“ (zitiert nach Maser 1972, S. 123)

Um Fahrtkosten zu sparen, beantragt Hitler, statt in Linz im nahe zu München gelegenen Salzburg gemustert zu werden. Der Antrag wird bewilligt.

Hitler hat womöglich geschauspielert, um einen ärmlichen und kranken Eindruck zu erwecken, der ihm vom Konsulat abgenommen wurde. Die Drohung mit der Ausweisung stand bereits 1914 und nicht erst 1925 nach der Haftentlassung aus Landsberg im Raum.

Insofern bestand die Alternative, in Österreich einen Ausbürgerungsantrag zu stellen, schon damals, um einer drohenden Abschiebung zuvor zu kommen.

5.2.1914

Hitler fährt zur Musterung nach Salzburg und tritt als 25jähriger (!) vor die Musterungskommisssion der Österreichischen Armee. Er wird mit folgendem Befund entlassen: „Zum Waffen – und Hilfsdienst untauglich, zu schwach, waffenunfähig.“ (Maser 1972, S. 124; Katz 1982)

Daß die mehrjährigen Versuche, sich der Musterung durch häufigen Wohnsitzwechsel zu entziehen, unnötig waren, stellt sich für Hitler erst jetzt heraus. Ob seine Untauglichkeit zum Wehrdienst auf den inzestuösen Abstammungshintergrund zurückgeführt werden kann, ist spekulativ.

1.6.1914

Fritz von Keller und Paul Trautmann veröffentlichen den Kommenrtar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913.

Der § 8 behandelt die Einbürgerung von Ausländern, die sich im Inland niedergelassen haben (S. 109-127). Unter Punkt III wird der Begriff „Ausländer“ erläutert: Unter Punkt III b gehö-

ren dazu: „Personen, die keinem Staate angehören, sei es, daß sie eine früher besessene Staatsangehörigkeit ohne Erwerb einer neuen verloren haben, ohne daß sie bereits mit der Geburt staatenlos gewesen sind“ (S. 114)

Allerdings wird zuvor einschränkend erläutert, welche Voraussetzungen zur Einbürgerung vorliegen müssen. Dazu heißt es u.a. „Ein Ausländer, der sich im Inland niedergelassen hat, kann von dem Bundesstaat, in dessen Gebiete die Niederlassung erfolgt ist, auf seinen Antrag eingebürgert werden, wenn er … einen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat.“ (S. 109)

Keller/Trautmann wollen mit ihrem Kommentar u.a. die Gesetzeslücke schließen. Ihr Kommenatr sollte im Februar 1932 relevant werden, weil Hitler nicht als Ausländer sondern als Staatenloser via Verbeamtung eingebürgert werden sollte. Die Einschräkung von Keller/Trautmann („unbescholtener Lebenswandel“) hätte Hitler ausschließen müssen. Staatsrat Kiesel verfaßte dennoch für Klagges ein positives Gutachtachten unter Verweis auf Keller/Trautmann 1914. Demnach hätte die Einbürgerung eigentlich verweigert werden müssen, weil Hitler erstens keinen unbescholtenen Lebenswandel geführt hat und weil sein Hauptsitz in München (Bayern) und nicht in Braunschweig gewesen ist. Dort hat er sich erst nachträglich als Untermieter mit Zweitwohnsitz angemeldet. Außerdem hat Hitler die Einbürgerung nicht beantragt. Daß Hitler die Einbürgerung trotz der juristischen Hinderungsgründe nicht verwehrt worden ist, macht den politischen Charakter des Vorgangs deutlich. Dies muß allen, auch den mit der Einbürgerung befaßten Beamten, klar gewesen sein. Insofern war nicht nur die Ernennnung zum Beamten eine Scheinernennung, auch die diesbezüglichen Gutachten waren reine Gefälligkeitsgutachten, um auch von dieser Seite den Schein zu wahren.

Kiesel wird nach 1945 als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren Küchgenthal wenig glaubhaft behaupten, er habe sein Gutachten „rein abstrakt“ ohne Bezug zu Hitler verfaßt. Erst als er erfahren habe, daß es sich um Hitler handelt, will er juristische Bedernken geäußert haben.

20.7.1914

Ernst Zörner jun. ist erstmals unter der Adresse Hohetorwall 7 in Braunschweig gemeldet.

Nach mehrmaligen Unterbrechungen durch Militärdienst wohnt er dort dauerhaft seit dem 21.6.1920, unterbrochen von einem Aufenthalt vom 19.5.1925 - 4.8.1925 in Peine. (Stadtarchiv Braunschweig, Meldekarteien Ernst Zöner sen. und Ernst Zörner jun.)

16.8.1914

Hitler meldet sich als Kriegsfreiwilliger und tritt in die Bayerische Armee ein (bis 31.3.1920).

In der Teilnahme Hitlers am 1. Weltkrieg liegt eine Begründung, warum die mit der Einbürgerung befaßten Personen 1932 einen legitimen Grund zur Verleihung der deutschen Staatsbürgerschaft gesehen haben wollten bzw. dies nachträglich als Grund vorgegeben haben.

Hitlers Verhalten gegenüber dem Waffendienst ist zumindest widersprüchlich. In Österreich hat er sich jahrelang erfolgreich der Musterung entzogen. In Österreich wird er bei der Musterung für untauglich befunden. In Bayern meldet er sich freiwillig und wird auch genommen, allerdings im Krieg nur als Meldegänger eingesetzt. Vielleicht ist er nur als bedingt tauglich eingestuft worden, wurde aber akzeptiert, weil der Kriegsausbruch einen besonderen Bedarf an Soldaten ausgelöst hat.

1917

Carl Heimbs, seit 1905 selbständiger Handelsvertreter in Braunschweig für Bremer und Hamburger Kaffeeimportfirmen, wird Teilhaber der Firma Ernst Zörner & Co.

Diese Teilhaberschaft dauerte nur bis 1920, begründete aber die vielfältigen Beziehungen zwischen Zörner und Heimbs.

22.12.1918

Landtagswahlen in Braunschweig. Roloff wird Landtagsabgeordneter für die DNVP (bis 1933).

Seitdem hat Roloff die Option, statt der akademischen eine politische Karriere anzustreben.

31.7.1919 (ab 11.8.1919 in Kraft)

Verabschiedung der Weimarer Verfassung

Der Art. 41, Abs. 2 zur Präsidentenwahl lautet: „Wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat."

Der Art. 53 lautet: „Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichspräsidenten ernannt und entlassen."

In Art. 110, Abs. 1 zur Staatsangehörigkeit heißt es: „Die Staatsangehörigkeit im Reiche und in den Ländern wird nach den Bestimmungen eines Reichsgesetzes erworben und verloren. Jeder Angehörige eines Landes ist zugleich Reichsangehöriger."

Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz von 1913 regelte bereits die Bestimmung im Sinne des § 100, Abs. 1. Die Reichsangehörigkeit ist demnach eine Folge der Landesangehörigkeit und kann erworben werden nach § 9 durch einen Antrag, der bei einer Landesregierung gestellt und von ihr dem Reichsrat vorgelegt wird. Dieser fällt die Entscheidung, die einstimmig erfolgen muß. Der Widerspruch eines einzigen Landes reicht aus, um den Antrag abzulehnen. Im Falle Hitlers konnte davon ausgegangen werden, daß entweder Preußen oder Bayern einen Antrag Braunschweigs abgelehnt hätten.

Über den zweiten Satz des Art. 100, Abs. 1 ist ein anderer Weg der Einbürgerung nach § 14 möglich. Staatsangehöriger eines Landes kann man werden, wenn man dort in eine Beamtenstellung berufen wird. Dazu ist die Zustimmung des Reichsrats **nicht** notwendig.

Im Falle Hitlers setzte der Weg nach § 14 voraus, daß die NSDAP in einem Land die Regierung stellt und dort Hitler eine Beamtenstellung verschafft oder daß sie an einer Koalition beteiligt ist und der Koalitionspartner der Verbeamtung zustimmt. Dies war in Thüringen vom 23.1.1930 – 1.4.1931 und in Braunschweig ab 1.10.1930 der Fall.

Kontrovers war dabei aber die Bedeutung des Art. 128 der Reichsverfassung, der bestimmt, daß „alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe der Gesetze und entsprechend ihrer Befähigung und ihren Leistungen zu öffentlichen Ämtern zuzulassen sind."

Dieser Passus läßt sich auch so interpretieren, daß die deutsche Staatsangehörigkeit die Voraussetzung für die Ernennung zum Beamten ist. Ob dies eine Muß- oder eine Kann-Vorschrift ist, ist umstritten. Mindestens handelt es sich um eine Gesetzeslücke. Hitler hätte die Einbürgerung bzw. die Kandidatur später auch aus diesem Grund verweigert werden können. Dies ist aber nicht geschehen. Nicht kontrovers war, daß der frisch ernannte Beamte seine Beamtentätigkeit auch ausüben muß und nicht nur zum Schein ernannt sein darf, um den § 9 zu umgehen und auf einem „Schleichweg" (Goebbels in seinem Tagebuch) in den Genuß der Staatsbürgerschaft zu kommen. Daran schloß sich allerdings das Problem an, was eine regelrechte Tätigkeit ausmacht.

Die Voraussetzung der deutschen Staatsangehörigkeit wird bei der Ernennung zum Reichskanzler im Unterschied zur Wahl zum Reichspräsidenten nicht verlangt. Insofern hätte Hitler 1933 theoretisch auch als Staatenloser von Hindenburg ernannt werden können. Ob das politisch möglich gewesen wäre, ist kaum vorstellbar, zumal der § 24 des Reichsministergesetzes vom 27.3.1930 dem entgegenstand.

September 1919

Hitler tritt in die Deutsche Arbeiter Partei (DAP) unter der Mitglieds-Nr. 555 ein.

Die Behauptung, Hitler habe die Nummer 7 erhalten, ist eine nachträgliche Fälschung. Die DAP wurde Ende Februar 1920 in NSDAP umbenannt.

Die Gründe des Parteieintritts sind dubios. Vermutlich wurde er als V-Mann der Reichswehr eingeschleust, um über Parteiversammlungen zu berichten und als Parteiredner im nationalen Sinne zu agitieren. (Vgl. dazu Deuerlein 1959). Hitler hat die diesbezüglichen Papiere offenbar nach seiner Ernennung zum Reichskanzler verschwinden lassen. Möglicherweise war er damit erpressbar. Schleicher soll sie in seinem Besitz gehabt haben. Im Zuge des Präsidentschaftswahlkampfs 1932 hat der Vorwurf jedenfalls eine Rolle gespielt.

31.3.1920

Hitler scheidet aus der Reichswehr (Schützenregiment Nr. 41) aus und läst sich in München nieder.

21.6.1920

Ernst Zörner jun. ist seit diesem Datum erneut in Braunschweig unter der Adresse Hohetorwall 7 gemeldet.

Laut Braunschweigischem Adressbuch ist unter dieser Adresse auch Carl Heimbs gemeldet. Zörner jun. wohnt bei seiner Mutter, der Witwe Luise Zörner, im Erdgeschoß, Heimbs, der die Schwester Zörners geheiratet hat, mit Frau Helene, geb. Zörner, und Sohn Ernst im 1. Stock.

Das Haus gehört der Familie Zörner von 1913 bis 1930. Nach dem Tod der Mutter (24.11.1930) wird das Haus an den Optiker Willy Witzel verkauft. Möglicherweise spielen finanzielle Schwierigkeiten von Ernst Zörner als Folge der Wirtschaftskrise eine Rolle. Familie Heimbs bleibt bis 1929 im 1. Stock wohnen. Zörner ist 1927 nach seiner Heirat mit Luise

(Hanneliese), geb. Seydelmann und der Tochter Johanne-Lore (geb. 1927) in den 2. Stock (Dachgeschoß) des Hauses umgezogen und wohnt dort bis 1933. In dieser Dachgeschoßwohnung wird er Hitler 1932 als Untermieter anmelden.

8.12.1920

Carl Heimbs (1878-1972) wird Teilhaber der Firma „Ferdinand Eichhorn“. Gleichzeitig löst er seine geschäftliche Verbindung zur Firma Zörner sen.

1921

Laut Niekisch 1958 macht die Bayerische Regierung den ersten Versuch, Hitler auszuweisen (ebd., S. 109f).

11.7.1921

Hitler tritt nach einem Ultimatum aus der NSDAP aus.

Es geht um einen Konflikt um die Führung der Partei.

26.7.1921

Hitler tritt wieder in die NSDAP ein und erhält die Mitglieds-Nr. 3680.

29.7.1921

Hitler wird zum 1. Vorsitzenden der NSDAP gewählt.

Diese Wahl war offenbar die Bedingung für seinen Wiedereintritt.

10.3.1922

Die Bayerische Regierung diskutiert die Ausweisung Hitlers, ohne das Vorhaben auszuführen.

21.7.1922

Verabschiedung des Gesetzes zum Schutz der Republik (Republikschutzgesetz.) Der § 9 bestimmt, daß Ausländer, die auf der Basis dieses Gesetzes verurteilt werden, aus dem Deutschen Reich auszuweisen sind.

Demnach hätte Hitler nach seiner Haftentlassung aus der Festung Landsberg ausgewiesen werden müssen.

November 1922

Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe in Wolfenbüttel

Es handelt sich um eine der ersten Ortsgruppen außerhalb von Bayern.

Ernst Zörner jun. gründet das „Kaffee-Versandhaus Ernst Zörner“, Steinweg 35/36

Zörner hat die Immobilie vermutlich geerbt. Die Gründung deutet auf einen innerfamiliären Konflikt hin, da das väterliche Geschäft nach dem Tod des Vaters (1917) unter dem Namen „Zörner & Co.“ von anderen Familienmitgliedern in der Gördelingerstr. 48 weitergeführt wird. Zöner war zuvor, vermutlich seit seiner Entlassung aus der Armee, im väterlichen Geschäft tätig gewesen.

Zörner tritt in die NSDAP ein, Miglieds-Nr. 3218, und gründet nach eigener Aussage einen NS-Stützpunkt in Braunschweig.

Winter 1922/23

Hitler benutzt den Namen „Wolf“, abgeleitet von Adolf, als Decknamen. (Neumärker u.a. 2012, S. 203)

Der Deckname sollte später in vielen Hauptquartieren wie z.B der „Wolfsschanze“, evtl. auch in Wolfsburg (Stadt des KdF-Wagens) wieder auftauchen.

1923

Ernst Zörner verkauft die Häuser Steinweg 35 und 36 an Carl Heimbs.

Vermutlich mußte er sie verkaufen, da sein eigener Kaffeeversand in finanzielle Schwierigkeiten geraten ist.

15.2.1923

Gründung einer NSDAP-Ortsgruppe in Braunschweig

Zörner erklärt am 15./16.5.1933 anlässlich des Parteigerichtsverfahrens Klagges gegen Zörner u.a., daß er zu den Gründungsmitgliedern gehörte. Ob dies zutrifft, ist umstritten. Er ist zwar bereits 1922 in die Partei eingetreten, aber nach Aufhebung des NSDAP-Verbots 1925 ein zweites Mal eingetreten.

13.9.1923

Verbot der NSDAP im Land Braunschweig

18.9.1923

Auflösung der NSDAP in Braunschweig

Damit ist Gründungsmitglied Zörner nicht mehr Parteimitglied.

3.10.1923

Hans Frank wird Mitglied der NSDAP.

Hans Frank war Jurist und sollte später mittellose SA-Leute vor Gericht verteidigen. Seit Oktober 1927 führte er den Namen Hans Frank II, weil in der Münchener Anwaltssliste noch ein zweiter Hans Frank verzeichnet war. Im Leippziger Reichswehrprozeß 1930 wird er Hitler verteidigen.

8.11.1923

Hitler ruft sich im Bürgerbräukeller, München zum Deutschen Reichskanzler aus.

Im Januar 1933 wird er tatsächlich von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

9.11.1923

Hitler ist Anführer eines gescheiterten Putschs der NSDAP in München (Marsch auf die Feldherrnhalle). Beteiligt sind u.a. Wilhelm Frick, Frank und Ludendorff. Hitler flüchtet und wird in Uffing am Staffelsee als Rädelsführer verhaftet.

23.11 1923

Die NSDAP wird im ganzen Reich nach dem Hitler-Putsch in München verboten. Sie tritt danach unter diversen Namen auf.

Januar 1924

Mit dem Übertritt Sepp Oerters ist die NSDAP (wenn auch unter anderem Namen) erstmals im Braunschweigischen Landtag vertreten.

2.1.1924

Die Bayerische Polizei sondiert in Linz, ob Hitlers Staatsangehörigkeit in Österreich noch anerkannt wird.

Die Antwort erfolgt erst 3 ½ Monate später. Offenbar war der Fall bereits ein Politikum.

6.3.1924

Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten

26.2. – 1.4.1924

Prozess gegen „Hitler und Genossen“ vor dem Volksgericht für den Landgerichtsbezirk München

1.4.1924

Hitler wird wegen Hochverrats zu 5 Jahren Festungshaft in Landsberg und der Zahlung von 200 Goldmark verurteilt. Der größte Teil der Haft wird zur Bewährung ausgesetzt.

Während der Haft diktiert er dem Mitgefangenen Rudolf Hess sein autobiographisches Buch „Mein Kampf“. Das Buch dient Klagges 1932 als Ausweis der wissenschaftlichen Qualifikation Hitlers für die beabsichtigte Berufung zum Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der TH Braunschweig.

20.4.1924

Die Linzer Behörden antworten positiv auf die bayerische Anfrage nach der Staatsangehörigkeit und erklären, Hitler im Falle der Ausweisung aufzunehmen.

4.5 1924

Reichstagswahl. Die verbotene NSDAP kandidiert unter dem Namen „Deutsch-völkische Freiheitspartei“ und erzielt im Kreis Wolfenbüttel mit 7212 Stimmen (= 16 Prozent) relativ das beste Ergebnis im ganzen Reich. Im Freistaat Braunschweig erringt sie 28.215 Stimmen.

Braunschweig war eine frühe Hochburg der NSDAP. Daß die Partei 1930 in Braunschweig in einer Koalition an der Regierung beteiligt wird, hat demnach eine längere Vorgeschichte.

31.7.1924

Zörner verlegt seine Firma in die Fallersleberstr. 5 und eröffent zusätzlich eine Kaffeegrößrösterei (Mohr im „Z“).

Möglicherweise handelt es sich um eine Neugründung, da er seine Geschäftshäuser im Steinweg schon 1923 an Heimbs verkauft hat.

22.9.1924

Die Bayerische Polizei empfiehlt zum wiederholten Male die Ausweisung von Hitler.

25.9.1924

Das Landgericht München entscheidet, daß Hitler aus der Haft zu entlassen ist.

11.10.1924

Die Österreichische Regierung erklärt, Hitler im Falle einer Abschiebung nach Entlassung aus der Festungshaft an der Grenze zurückzuweisen.

Obwohl Hitler immer noch österreichischer Staatsbürger ist. Die Sinnesänderung erfolgt auf Intervention der Wiener Regierung gegenüber den Linzer Behörden, die befürchtet, einen Putschisten und politischen Unruhestifter aufnehmen zu müssen (Morsey 1960). Damit gerät Hitler zwischen die Fronten. Die Konstellation eröffnet aber die Möglichkeit, durch Aufgabe der Staatsbürgerschaft die Abschiebung abzuwenden.

7.12.1924

Reichstagswahlen und Landtagswahlen in Braunschweig. Die NSDAP erleidet im Reich unter dem Namen „Nationalsozialistische Freiheitspartei“ einen Rückschlag. Die Zusammensetzung des Landtags, der von 60 auf 48 Sitze verkleinert wird, lautet: Wirtschaftliche Einheitsliste, DVP, DNVP und Braunschweigisch-Niedersächsische Partei (Welfen) zusammen 24; SPD 19, DDP 2, KPD 2, Nationalsozialistische und Freiheitsbewegung (Riese) 1.

20.12.1924

Hitler wird aus der Festungshaft in Landsberg entlassen. Die Absicht der Bayerischen Regierung, Hitler entsprechend § 9, Republikschutzgesetz, nach Österreich abzuschieben, scheitert am Widerstand der Österreichischen Regierung. (Watt 1958, S. 280)

Hitler läßt sich wieder in München (Schwabing) nieder. Er wohnt bis Oktober 1929 sehr bescheiden als Untermieter in der Thierschstraße 41 und seitdem durch Vermittlung einer vermögenden Gönnerin luxuriös am Prinzregentenplatz 16 in einer 9 Zimmer-Wohnung. Er muß vorsichtig sein, da er nur auf Bewährung entlassen ist. (vgl. dazu die Karte „München und die NS-Bewegung 1925-1933, Inst. F. Zeitgeschichte 2013)

24.12.1924

Gerhard Marquord (DVP) bildet in Braunschweig eine bürgerliche Regierung, die sich nur auf 24 von 48 Sitzen des Landtags stützt. Sie ist auf die Duldung des Abgeordneten Riese (NSDAP) angewiesen.

Riese unterstützt in der Folgezeit immer wieder die Regierung Marquordt. Diese Konstellation bildet den Vorlauf zu der Koalition von 1930 aus BEL und NSDAP, obwohl die NSDAP damals noch einen linken Kurs verfolgt. Riese wurde im Herbst 1925 wegen seiner Tollerierungspolitik aus der Partei ausgeschlossen.

23.2.1925

Das NSDAP-Verbot im Reich wird aufgehoben.

13.3.1925

2. Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten

18.3.1925

Dr. Georg Kaisenberg, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, veröffentlicht die neubearbeite Auflage seines Kommentars zur Reichspräsidentenwahl (Kaisenberg 1925).

Kaisenberg wird Ende Januar 1932 im Auftrag von Innenminister Groener ein Gutachten verfassen, in dem mit Blick auf Hitler die Scheinernennung eines Beamten, um so die Einbürgerung zu ermöglichen, für rechtsunwirksam erklärt wird.

7.4.1925

Hitler beantragt gegenüber der Stadt Linz die Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft.

„Hoher Magistrat!

Ich bitte um meine Entlassung aus der österreichischen Staatsbürgerschaft. Gründe:

Ich befinde mich seit dem Jahre 1912 in Deutschland, habe nahezu 6 Jahre im deutschen Heere gedient, darunter 4 ½ Jahre an der Front und beabsichtige nunmehr die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben.

Da ich zurzeit nicht weiss, ob meine österreichische Staatsangehörigkeit nicht ohnehin bereits erloschen ist, ein Betreten des österreichischen Bodens durch eine Verfügung der Bundesregierung jedoch abgelehnt wurde, bitte ich um eine günstige Entscheidung meines Gesuches.

Personalien: Adolf Hitler, geboren am 20. April 1889 zu Braunau am Inn, bisher zuständig nach Linz a.d. Donau.

Meine Dokumente sind seit November 1923 nicht mehr aufindbar und vermutlich verloren gegangen.

Hochachtungsvoll

Adolf Hitler“ (www.ns-archiv.de/personen/hitler/oesterreich/staatsbuergerschaft.php)

Bemerkenswert ist der untertänige Tonfall des Gesuchs. Ob der Verlust der Dokumente im Zuge des „Hitlerputsches“, den er nicht erwähnt, zutrifft oder nur eine Behauptung ist, ist unklar. Unrichtig ist die Behauptung Hitlers, die deutsche Staastbürgerschaft erwerben zu wollen. Er hat sich nie selber aktiv darum bemüht und auch nie einen förmlichen Einbürgerungsantrag gestellt – vermutlich weil er wußte, daß dieser wegen der Bestimmungen des § 9 (Einbürgerungsgesetz) abgelehnt worden wäre. Falsch ist auch die Behauptung, er sei bereits 1912 nach Deutschland übergesiedelt. Tatsächlich war das erst im Mai 1913 der Fall, um sich der überfälligen Musterung in Österreich zu entziehen. Möglicherweise hat Hitler sein

Ausreisedatum vorverlegt, um den wahren Grund der Ausreise zu verschleiern. Er wählt diesen Schritt, um nach der Haftentlassung nicht entsprechend § 9 des Republikschutzgesetzes nach Österreich abgeschoben zu werden.

26.4.1925

Paul von Hindenburg wird im 2. Wahlgang gegen die Kandidaten der Weimarer Koalition zum Reichspräsidenten für 7 Jahre gewählt.

Bei seiner Wiederwahl 1932 wird die paradoxe Situation entstehen, daß Hindenburg mit der Unterstützung von SPD und Zentrum gewählt wird, um Hitler als Präsidenten zu verhindern. Hindenburg wird über diese Konstellation wenig glücklich sein, da er eigentlich bevorzugt hätte, von den Konservativen unterstützt zu werden.

30.4.1925

Hitler wird die österreichische Staatsbürgerschaft auf seinen Antrag vom 7.4. gegen eine Gebühr von 7.50 Schilling entzogen. Er ist seitdem staatenlos.

Damit hat sich Österreich vorerst des Problems Hitler entledigt. Aus der Aufgabe der österreichischen Staatsbürgerschaft resultierte für Hitler das bis Anfang 1932 ungelöste Problem, daß er „Führer“ sein wollte, ohne zugleich Deutscher zu sein. Jeder öffentlich gemachte Versuch, die Staatsbürgerschaft zu erlangen, hatte die unangenehme Konsequenz, daß Hitlers Staatenlosigkeit bekannt wurde. Jede Ablehnung des Gesuchs bedeutete eine weitere Demütigung. Insofern befand sich Hitler in einem echten Dilemma, das mit seinem politischen Aufstieg immer größer wurde.

4.5.1925

Ernst Zörner, jun. tritt nach der Neugründung der NSDAP erneut in die Partei ein und erhält die Mitglieds-Nr. 20332.

Zuvor hatte er die Mitgliedsnummer 3218. Dies wird von Klagges bestritten. Ein Indiz, daß Zörner später eingetreten ist, ist seine höhere Mitgliednummer als Klagges. Es könnte aber auch sein, daß Zörner bei seinem Wiedereintritt eine neue Mitgliedsnummer bekommen hat. (vgl. dazu Wasner 2005, S. 34)

13.6.1925

Der Lehrer Dietrich Klagges tritt in die NSDAP ein und erhält die Mitgliedsnummer 7646.

Später wird aus der Rangfolge der Mitgliedsnummern ein Statuskonflikt zwischen Klagges und Zörner resultieren. Zählt die aktuelle Mitgliedsnummer? Dann rangiert Klagges vor Zörner oder zählt die Mitgliedsnummer vor dem NSDAP-Verbot? Dann rangiert Zörner vor Klagges.

Juli 1925

Erster vergeblicher Versuch der Einbürgerung Hitlers in Thüringen.

Herbst 1925

Riese wird wegen seiner Unterstützung der Regierung Marquordt aus der Partei ausgeschlossen. Er behält aber sein Landtagsmandat und unterstützt die Regierung weiter.

Der Vorgang zeigt, daß die NSDAP noch einen linken Kurs verfolgt.

Ende 1925

Roloff kandidiert als Nachfolger des zurückgetretenen Finanzministers Grone (DNVP). (vgl. dazu Brandes an Roloff vom 26.12.1925, Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Da seine Hochschulkarriere trotz Habilitation 1913 nicht vorankam, scheint er sich auf eine politische Karriere zu verlegen.

1926

Ernst Heimbs wird (bis April 1954) Mitglied des Kaufmännischen Vereins.

Der Kaufmännische Verein, die Braunschweiger IHK und ggf. die Freimaurerloge sind Gremien, in denen Heimbs neben der DVP-Mitgliedschaft Verbindungen zu Heinrich Wessel, Druckereibesitzer und Zeitungsverleger aus Wolfenbüttel, aufbaut. Heimbs war 1945 Vizepräsident der IHK. Diese Verbindung könnte 1932 bei der Einbürgerungsfrage von entscheidender Bedeutung gewesen sein. Heimbs wird von seinem Schwager Zörner als Vermittler ins Spiel gebracht, damit Heimbs den zögernden Wessel umstimmt.

8.1.1926

Roloff zieht seine Kandidatur als Finanzminister aufgrund von Angriffen der „Gegenseite, namentlich aber der Deutschen Volkspartei“ zurück. (Rücktrittsschreiben Roloff in Stadtarchiv Braunschweig G IX 43: 1-2)

Dadurch wird der Weg für Küchenthal frei. Der Hinweis zeigt, daß die Koalition von DNVP und DVP nicht spannungsfrei war, was sich ab 1930 auch in der BEL mehrfach offenbaren sollte.

22.1.1926

Werner Küchenthal wird vom Landtag zum Finanzminister (bis Ende November 1927) als Nachfolger von Grone (DNVP) im Kabinett Marquordt (DVP) gewählt. Das Abstimmungsergebnis lautet: Küchenthal 24 Stimmen, Spannuth 2 Stimmen, Roloff 1 Stimme, ungültig 17 Stimmen.

Die Stimme für Roloff war evtl. seine eigene Stimme. Die Rivalität bzw. Feindschaft zwischen Roloff und Küchenthal, die sich bis in die Entnazifizierungsverfahren der Nachkriegszeit hinzieht, kann hier ihren Ursprung genommen haben. Diese These wird durch die Aussage von Hans-Georg Küchenthal am 10.1.2014 bestätigt.

1.4.1926

Roloff wird Lehrbeauftragter für Geschichte und außerplanmäßiger a.o. Professor an der TH Braunschweig.

Dies ist die erste „Hausberufung" Roloffs und möglicherweise eine erste Kompensation für die Nichtberücksichtigung als Finanzminister. Roloff war Landtagsabgeordneter der DNVP, die an der Koalition der Regierung Marquordt beteiligt ist. Der Vorgang wie alle weiteren Beförderungen Roloffs an der TH Braunschweig lassen sich als Indizien werten, daß seine akademische Karriere immer wieder das Ergebnis von politischem Einfluß bzw. die Belohnung für politisches Wohlverhalten bzw. eine Kompensation für politische Nichtberücksichtigung war. Auch die bürgerlichen Parteien produzierten Parteibuchbeamte, die sie 1930 der SPD vorwarfen.

1.5.1927

Roloffs Lehrauftrag wird erweitert. Er soll ein Institut für Geschichte gründen, das im Schloss in zwei Räumen eingerichtet wird.

Damit ist die Perspektive auf eine planmäßige, d.h. beamtete, Professur eröffnet.

Juli 1927

Die Kulturwissenschaftliche (8.) Abteilung wird auf Betreiben Roloffs durch die Regierung Marquordt in die TH integriert und beginnt im Sommersemester mit dem Lehrbetrieb. Angehende Gymnasiallehrer können aber nur einige Semester an der TH studieren und müssen ihr Examen an einer Universität mit dem Recht zur Abnahme des Staatsexamens ablegen.

Seitdem wird die Abteilung personell ausgebaut und verfügt bis 1930 über 4 o. Prof.: Gehlhoff, Geiger, Moog, Riekel; 5 a.o. Prof.: Brüning, Gronau, Herwig, Jensen, Roloff (Landtagsabgeordneter der DNVP); 3 Hon. Prof. : Staats, Paulsen, Kükelhahn; 4 PD: von Bracken, Hoppe, Jesse, Lange; 3 Dozenten.: Dosse, von Frankenberg (Landtagsabgeordneter der SPD) und ?

Karl Hoppe, seit 1927 an der TH lehrend und 1932 von Klagges zum o. Professor für Deutsche Sprache und Literatur berufen, trat 1933 von der SPD zur NSDAP über und dem NS-Dozentenbund bei. Er suchte in der Folgezeit seine SPD-Vergangenheit zu verschweigen, um sie nach 1945 wieder hervorzukehren. 1949 wird er im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal als Zeuge vernommen und mehrfach Küchenthal entlasten.

Oktober 1927

Hans Frank verteidigt mittelose SA-Mäner vor dem Landgericht in Berlin-Moabit. Dabei firmiert er als „Rechtsanwalt Dr. Frank II“. (Geiss/Jacobmeyer 1989, S. 11)

Frank selber schreibt später dazu: „Auch der ´Völkische Beobachter´ brachte einen sensationell aufgemachten Prozeßbericht. Und so stand ich plötzlich als ´Rechtsanwalt Dr. Frank II´ (II war meine Ziffer in der Münchener Anwaltsliste, da es noch einen Rechtsanwalt Frank gab, der die Ziffer I hatte) an der ´Spitze der Nazi-Verteidiger´, wie Goebbels geschrieben hatte.“ (Frank 1953, S. 67)

Die Bezeichnung Frank II werden Heimbs sen. und Heimbs jun. später mehrfach (sogar noch 1961) selbstverständlich verwenden, ohne daß so richtig klar wird, woher sie von dieser Bezeichnung Kenntnis hatten.

27.11.1927

Wahl zum Braunschweigischen Landtag (46 Sitze): SPD 24, KDP 2, DDP 2, DVP 8, DNVP 5, Wirtschaftspartei 2. Die NSDAP erringt 3,7 Prozent und 1 Sitz (Franz Groh).

Die DVP war ursprünglich unter den bürgerlichen Parteien in Braunschweig die stärkste Kraft. Sie vertrat die Interessen der Industrie. Die DNVP vertrat die (groß)bäuerlichen Interessen. Das Zentrum spielte in dem nahezu rein protestantischen Land keine Rolle. Groh gehört zum linken Flügel der NSDAP. Die braunschweiger SPD war eher auf dem linken Flügel der Partei angesiedelt. Deshalb hatte es die KPD im stark industriell geprägten Braunschweig schwer, der SPD Mandate abzujagen.

14.12.1927

Regierungsbildung durch die SPD, die über die absolute Mehrheit verfügt. Heinrich Jasper wird Ministerpräsident einer Dreiministerregierung, Sievers wird Volksbildungsminister, Steinbrecher Innenminister.

Die Alleinregierung der SPD war zu diesem Zeitpunkt einzigartig in Deutschland.

1928

Zörner benennt seine Firma in „Braunschweiger Kaffee-Versandhaus, Kaffee-Großrösterei Mohr im „Z““ um.

Bei der Kommunalwahl wird Zörner der einzige Stadtverodnete der NSDAP.

Daraus leitete er eine führende Stellung in der braunschweiger NSDAP ab. Womöglich versuchte er früh, seinen ausbleibenden geschäftlichen Erfolg, gerade im Vergleich zu seinem Schwager Carl Heimbs, durch eine politische Karriere zu kompensieren. Insofern bildete er das Gegenstück zum dem Parteibuchbeamten Roloff auf Seiten der DNVP.

7.1.1928

Der „Sieverssche Schulerlaß“ führt zur Aufwertung der seminaristischen Volksschullehrerausbildung durch deren Verlagerung in die Kulturwissenschaftliche Abteilung der TH.

Dieser Erlaß trifft auf den Widerstand der bürgerlichen Parteien.

Als Konsequenz der Sieversschen Berufungspolitik gelangen im Zuge des personellen Ausbaus der Kulturwissenschaftlichen Abteilung schrittweise 9 SPD-Mitglieder in den Lehrkörper der TH: Riekel, Hoppe, Geiger, Jensen, Paulsen, Brüning, Staats, von Bracken, von Frankenberg, die aber nicht alle beamtete Professoren sind. Diese Berufungen bringen der SPD von den bürgerlichen Parteien den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft ein. Insbesondere Riekel, Jensen und Paulsen als profilierte Reformpädagogen stehen im Zentrum der Auseinandersetzung. Gegen den personellen Ausbau der Lehrerbildung gibt es Widerstand von Seiten der DNVP und von Rektor Mühlenpfordt. Als Kompromiß werden auch die naturwissenschaftlich-technischen Fächer personell ausgebaut.

4.5.1928

Rektor Mühlenpfordt beantragt, August Riekel eine neue a.o. Professur am Lehrstuhl für Erziehungswissenschaften zu übertragen.

28.5.1928

Reichstagswahl: NSDAP erringt nur 2,6 % der Stimmen und 12 Sitze. Im Land Braunschweig erringt sie knapp 20.000 Stimmen.

Bildung einer Großen Koalition im Reich unter Einschluß der DVP (bis 27.3.1930)

Aus dem schlechten Abschneiden bei der Reichstagswahl resultiert ein strategischer Kurswechsel der NSDAP: Nicht aus der Arbeiterschaft in Konkurrenz zu den Linksparteien, sondern aus dem bürgerlichen Lager im Kampf gegen die Linke Stimmen holen. Seitdem wird die „nationale“ gegenüber der „sozialistischen“ Komponente der NSDAP betont, auch wenn die Parteilinke, angeführt von Strasser, gegen diesen Kurs opponiert. Die Stimmenzuwächse der NSDAP gehen in der Folge auf Kosten der DDP und DVP.

Die Parteigaue der NSDAP werden den Reichstagswahlkreisen angepaßt. So entsteht der Gau „Süd-Hannover-Braunschweig“ analog zum Reichstagswahlkreis 15. Gauleiter wird Herman Rust.

Im Zuge der geplanten Reichsreform (1934) wären die Parteigaue womöglich zu staatlichen Verwaltungseinheiten geworden bzw. mit den Provinzen verschmolzen worden. Für Braunschweig sollte daraus das Problem erwachsen, für einen Gau viel zu klein zu sein.

1.7.1928

Ernennung August Riekels (SPD-Mitglied) zum planmäßigen a.o. Professor an der TH Braunschweig in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Zugleich wird seine Stelle in ein persönliches Ordinariat mit ruhegaltsfähiger Zulage umgewandelt.

Laut Ludewig 2012 erhielt er die Beförderung, weil er einen Ruf aus Hamburg erhalten hatte.

24.10.1928

Der Wolfenbütteler Druckereibesitzer, Zeitungsverleger und Mitglied des Landtags (DVP) Heinrich Wessel wird anläßlich seines 60. Geburtstags von der TH Brauschweig zum Dr. ing. h.c. ernannt. Als Begründung wird u.a. genannt, daß Wessel schon seit vielen Jahren im Interesse der Hochschule tätig ist.

Die Urkunde wird im Rahmen einer Feier am 13.11.1928 in Gegenwart der Hochschulprominenz im Braunschweiger Parkhotel überreicht. In einem Dankesschreiben an Rektor Mühlenpfordt verspricht Wessel, die Interessen der Hochschule künftig mit Nachdruck zu vertreten. (Archiv der TU Braunschweig B2 : 221)

Hier liegt der Grund, warum Wessel als Vertrauensmann der Hochschule in der braunschweiger Landespolitik fungierte und 1932 bei dem Versuch von Klagges, Hitler zum Professor zu berufen, von Rektor Schmitz eingeschaltet wurde, um dieses zu verhindern.

1929

Die TH Braunschweig verleiht dem Braunschweigischen Gesandten und Reichsratsbevollmächtigten Friedrich Boden den Dr.-Ing. h.c. in Würdigung seiner Verdienste für die braunschweigische Wirtschaft.

Auf diesen Umstand bezog sich 1932 das Argument, Hitler mit der Wahrnehmung der braunschweigischen Wirtschaftsinteressen bei der Gesandtschaft zu beauftragen, sei unnötig, da diese bereits von dem Gesandten Boden selber wahrgenommen würden.

10.1.1929

Die thüringische NSDAP fordert die bürgerlichen Parteien ultimativ auf, bis zum 13.1. eine Koalitionsregierung zu bilden. Bei einer Weigerung droht sie mit dem Antrag zur Auflösung des Landtags, um Neuwahlen herbeizuführen. Die DVP beugt sich dem Ultimatum.

Die DVP gibt nach, weil sie bei Neuwahlen ein weiteres Anwachsen der NSDAP befürchtet.

23.1.1929

Wilhelm Frick wird in Thüringen als Innen- und Volksbildungsminister erster Nationalsozialistischer Minister auf Länderebene.

10.5.1929

Gründung des NS-Studentenbunds in Braunschweig

Juni 1929

Carl Heimbs wird 1. Vorsitzender der „Union. Kaufmännischer Verein von 1818“. Das Unionshaus befindet sich am Löwenwall.

Damit wird Heimbs zu einem einflußreichen Mitglied der braunschweiger Geschäftswelt. Die Verbindung zu Wessel dürfte über die drei Kanäle DVP-Vorstand, Union und Freimaurerloge sehr eng gewesen sein und bei der Einbürgerung Hitlers 1932 eine wichtige Rolle gespielt haben. 1936 geriet die Union in Konflikt mit der NSDAP, die deren Fortbestand in Frage stellte. Heimbs soll dagegen Widerstand geleistet haben. Jedenfalls wollte die Partei das Unionshaus erwerben. Am 15.2.1938 wurde das Gebäude an die Stadt Braunschweig verkauft, nachdem es zuvor bereits an das Luftflottenkommando vermietet worden war. Seitdem wurde das Gebäude für die NS-Frauenschaft genutzt. (Union Kaufmännischer Verein, Geschichte)

25.6.1929

Der Landtag beschließt die Einrichtung eines „Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften“.

12.7.1929

Riekel wird Direktor des „Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften“.

24.7.1929

Franz Groh, bis zur Wahl von 1930 einziger NSDAP-Abgeordneter im Braunschweigischen Landtag, beklagt sich in einem Brief an die Reichsleitung in München über mangelnde Informationen bezüglich der politischen Generallinie.

Groh gehörte später mit Franzen zur linken Opposition der NSDAP in Braunschweig und trat nach dem Rücktritt Franzens als Minister aus der Partei aus, ohne zunächst sein Landtagsmandat abzugeben. Der Brief ist ein Indiz, daß die braunschweiger NSDAP ursprünglich auf dem linken Flügel innerhalb der Partei stand. Insofern hatte der spätere Konflikt zwischen Hitler und Franzen eine längere Vorgeschichte.

3.10.1929

Tod Außenminister Stresemanns (DVP)

Seitdem orientiert sich die DVP nach rechts in Richtung DNVP und später NSDAP.

29.10.1929

Der „schwarze Freitag“ an der New Yorker Börse löst die Weltwirtschaftskrise aus.

In der Folge der beginnenden Weltwirtschaftskrise muß Zörner seine Firma, Fallersleberstr. 5, schließen, die vermutlich schon zuvor wenig erfolgreich war. Im Adressbuch von 1930 firmiert unter dieser Adresse die Firma „Hansa“ Kaffee-Großrösterei von Holt & Co. Vermut-

lich hat Zörner seinen Betrieb an Holt & Co verkauft. In den finanziellen Schwierigkeiten liegt womöglich auch der Grund, warum die Zörners nach dem Tod der Mutter das elterliche Wohnhaus Hohetorwall 7 verkauft haben. Zörner konzentriert sich seitdem auf seine politische Karriere, die mit der Wahl zum Präsidenten des Braunschweigischen Landtags 1930 zunächst einen steilen Verlauf nimmt. Die Firma seines Vaters, Ernst Zörner & Co, Gördelingerstraße 48 ist davon nicht betroffen. Diese Firma wird später seine Schwägerin, Margarete Zörner, geb. Grünhage, übernehmen, die dort von 1943-1944 auch gewohnt hat, bis das Gebäude durch Bomben zerstört wurde.

23.11.1929

Ernst Böhme wird zum Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig gewählt.

8.12.1929

Die Landtagswahl in Thüringen ergibt folgende Verteilung der 53 Sitze: SPD 18, Landbund 9, Wirtschaftspartei 6, KPD 6, NSDAP (11,3 % der Stimmen) 6, DVP 5, DNVP 2, DDP 1.

Damit ist eine Mehrheit aus bürgerlichen Parteien + NSDAP ist möglich. Die nationalliberale DVP steht vor der Alternative Rechtskoalition oder Koalition mit der SPD. In Braunschweig wird 1930 eine ähnliche Konstellation eintreten, nur daß sich dort die bürgerlichen Parteien vor der Wahl zu einer Einheitsliste zusammengeschlossen haben.

21.12.1929

In einer Sitzung des Bayerischen Ministerrats wird der Antrag der NSDAP-Abgeordneten im Landtag, Rudolf Buttmann und Wilhelm Frick, beraten, Hitler in Bayern einzubürgern. Ministerpräsident Held (Zentrum/BVP) ist dagegen. Justizminister Gürtner (DNVP) ist dafür. Der Bayerische Ministerrat lehnt nach Diskussion die Einbürgerung u.a. mit dem Argument ab, daß das Vorhaben im Reichsrat auf Widerspruch stößt. (Sitzungsprotokoll in Morsey 1960, S. 421)

Dort muß nämlich Einstimmigkeit erzielt werden. Franz Gürtner, 1922-1924 bayerischer Justizminister, tratt später zur NSDAP über und war von 1932 – 1941 Reichsjustizminister. Bereits 1929 gab es in der DNVP Befürworter einer Einbürgerung Hitlers.

23.12.1929

Ernst Zörner geht mit seiner Firma Mohr im „Z“ in Konkurs.

Seitdem widmet er sich seiner politischen Karriere als Stadtrat bzw. seit 1930 als Landtagsabgeordneter der NSDAP. Insofern ist Zörner das typische Beispiel eines deklassierten Mitglieds des braunschweiger Bürgertums, der sein wirtschaftliches Scheitern durch eine politische Karriere bei einer radikalen Partei zu kompensieren sucht.

20.1.1930

Verabschiedung des Young-Plans in Genf.

23.1.1930

Regierungsbildung in Thüringen. Baum (Landbund, Stahlhelm) wird Ministerpräsident, Frick (NSDAP) wird Innen- und Volksbildungsminister in einer Koalition (bis 1.4.1931).

Die DVP wollte Frick als verurteilten Teilnehmer am Münchener Putsch verhindern, konnte sich aber nicht durchsetzen. Bald darauf versuchte Frick, Hitler zum Direktor der Weimarer Kunsthochschule zu machen, scheiterte aber am Widerstand der Koalitionspartner. Ferner berief er als eine seiner ersten Maßnahmen den Rasseideologen Hans Günther gegen den Widerstand der Universität Jena auf einen Lehrstuhl für Sozialanthropologie. Ähnliches hatte Klagges 1932, wenn die Berufung ernst gemeint sein sollte, mit Hitler vor.

Februar 1930

3,4 Mio. Arbeitslose

Der sprunghafte Anstieg der Arbeitslosenzahlen von 1,3 Mio im September 1929 auf 3,4 Mio nur 5 Monate später ist eine wesentliche Erklärung für das rapide Anwachsen der Stimmen für die NSDAP.

2.2.1930

Hitler schreibt einen Brief an einen ungenannten Auslandsdeutschen, der die NSDAP finanziell unterstützt. In dem Brief erläutert Hitler seine strategischen und taktischen Beweggründe, warum er in Thüringen (*und in Zukunft anderswo*) Koalitionsregierungen eingeht: „Ich glaube man erwartete (besonders auf Seiten der Deutschen Volkspartei!), daß ich irgend einen national schimmernden Regierungsbeamten zur Verfügung stellen würde, mit dem man dann schnell fertig geworden wäre. Man mußte deshalb dieses Mal gleich von Anfang an den Herrn Parteipolitikern zeigen, daß jeder Versuch einer Übertölpelung der nationalsozialistischen Bewegung lächerlich ist. So erklärte ich zunächst prinzipiell mein Einverständnis, uns an der Regierungsbildung in Thüringen aktiv zu beteiligen. Hätte ich „Nein“ gesagt und wäre es darüber zur einer Neuauflösung des Landtags gekommen, würden manche Wähler vielleicht den Entschluß uns das Vertrauen zu schenken wieder bedauert haben. Von dem Moment an, an dem unser prinzipielles Einverständnis vorlag, wäre jede Neuwahl zu Ungunsten der anderen Parteien ausgegangen. Nachdem auf solche Art unsere prinzipielle Bereitschaft zur Beteiligung an der Regierung abgegeben und angenommen worden war, stellte ich zwei Forderungen: Innenministerium und Volksbildungsministerium. Es sind dies in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter. Dem Innenministerium untersteht die gesamte Verwaltung, das Personalreferat, also Ein- und Absetzung aller Beamten, sowie die Polizei. Dem Volksbildungsministerium untersteht das gesamte Schulwesen, angefangen von der Volksschule bis zur Universität in Jena sowie das gesamte Theaterwesen. Wer diese beiden Ministerien besitzt, und rücksichtslos und beharrlich seine Macht in ihnen ausnützt, kann Außerordentliches wirken.“ (Brief in Dickmann 1966, hier S. 461)

In dem Brief formuliert Hitler die Plaupause für die spätere Taktik in Braunschweig, nachdem die Machtposition in Thüringen wieder verloren gegangen war. Statt Frick sollte Klagges die Person des Statthalters einnehmen. Hitler macht deutlich, daß er allein die Per-

sonalentscheidungen trifft und prophezeit in dem Brief die Machtübernahme in 2-3 Jahren. Mit den Aussagen dieses Briefs werden alle Spekulationen, welche Schritte später in Braunschweig aus welcher Absicht auch immer von Seiten der NSDAP unternommen worden sind, gegenstandslos. Alles war nur Taktik. Mögliche Irritationen sind nur dadurch zu erklären, daß es innerhalb der NSDAP noch unterschiedliche Positionen gab und insbesondere der linke Flügel (Strasser, Franzen u.a.) Hitler nicht folgen mochte.

Eröffnung des Internationalen Forschungsinstituts für Erziehungswissenschaften im Salve Hospes in Braunschweig in Anwesenheit von Reichsinnenminister Severing (SPD), der die Gründung gefördert hat. Severing wird Ehrendoktor der TH Braunschweig.

Die Lehrerbildung an der TH erhält das Promotionsrecht.

Diese erfuhr so eine weitere Aufwertung im Sinne der sozialdemokratischen Bildungspolitik und stieß auf den Widerstand der konservativen Hochschullehrer und der bürgerlichen Parteien.

12.3.1930

Der Reichstag ratifiziert den Young-Plan. Dieser sieht vor, daß die Reparationen, die Deutschland zu leisten hat, auf 59 Jahre bis 1988 gestreckt werden.

Die Ratifizierung wird von der NSDAP propagandistisch ausgeschlachtet und ist eine Erklärung für ihren Erfolg bei der Reichstagswahl im September 1930.

13.3.1930

Hindenburg unterschreibt den Young-Plan.

17.3.1930

ASTA-Wahlen an der TH: Der NSDSt verzeichnet als einzige Liste einen starken Stimmenzuwachs (von 103 auf 195) gegenüber 1929 und erringt 5 statt zuvor 3 Sitze. Stärkste Fraktion bleibt die Arbeitsgemeinschaft der Korporationen mit 323 (zuvor 361) Stimmen und 9 Sitzen.

Die Wahlen zeigen, daß die NSDAP mittlerweile auch unter Studenten starken Zulauf erfährt. Dies eröffnet ihr später auch an der TH die Perspektive, Druck von unten aufzubauen.

25.3.1930

Der Bildungs- und Verwaltungsplan für die Volksschulen soll den Bildungssektor in Braunschweig reformieren.

27.3.1930

Rücktritt von Reichskanzler Müller (SPD). Die Große Koalition im Reich zerbricht, weil SPD und DVP sich nicht einigen können, auf wessen Kosten das Haushaltsdefizit als Folge der

Weltwirtschaftkrise ausgeglichen wird. Der Anlaß ist geringfügig. Die SPD will die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 3,5 auf 4 Prozent anheben. Die DVP lehnt dies ab.

Der Vorgang markiert einen tiefen Einschnitt für die Weimarer Republik. Seitdem gibt es keine Regierung mehr, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützen kann. Stattdessen beginnt die Phase der Präsidialregierungen.

Eine Konsequenz für Braunschweig sind finanzielle Probleme des Riekel-Instituts, da die zugesagte Unterstützung durch den Regierungswechsel in Berlin ausbleibt.

Verabschiedung des „Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz). Der § 24 lautet: „Das Recht auf den Genuß der in den §§ 14, 16 bis 18 und 21 bis 23 genannten Bezüge ruht, wenn ein Berechtigter das deutsche Indigenat verliert, bis zu dessen Wiedererlangung."

Indigenat = Staatsangehörigkeit. Auch hier tut sich wieder eine Gesetzeslücke auf. Was ist, wenn ein „Berechtigter" die deutsche Staatsangehörigkeit gar nicht besitzt? Den Autoren des Reichsministergesetzes fehlte offenbar die Phantasie, sich vorzustellen, daß ein Staatenloser zum Minister oder gar Reichskanzler ernannt werden kann. Sinngemäß müßte diese Bestimmung auch auf eine Person zutreffen, die Reichskanzler geworden ist, ohne die deutsche Staatsbürgerschaft (Indigenat) zu besitzen. Wenn Hitler 1932 nicht eingebürgert worden wäre, hätte er 1933 laut Verfassung zwar vom Präsidenten zum Reichskanzler ernannt werden können, hätte dieses Amt aber ohne Bezüge und Versorgungsansprüche ausüben müssen. Wenn dieser so spezielle Umstand, daß ein Minister oder Reichskanzler die Staatsbürgerschaft verliert, extra geregelt wird, ist es kaum vorstellbar, auch wenn es die Verfassung nicht ausschließt, daß ein Staatenloser zum Reichskanzler ernannt werden kann. Insofern hätte sich daß Problem der Staatenlosigkeit Hitlers, wenn er im Februar 1932 nicht eingebürgert worden wäre, im Januar 1933 erneut gestellt.

Die Ernennung zum Reichskanzler war nicht automatisch mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft verbunden. Der § 14 des Staatsbürgerschaftsgesetzes galt nur für die Verbeamtung auf Landesebene.

28.3.1930

Hindenburg beauftragt Heinrich Brüning (Zentrum) mit der Bildung eines neuen Kabinetts.

30.3.1930

Brüning bildet sein erstes Kabinett aus Ministern der bürgerlichen Parteien (bis 7.10.1931), das an keine Koalition gebunden ist.

2.4.1930

Der thüringische Innenminister Frick (NSDAP) erklärt im Berliner Sportpalast, Hitler einbürgern zu wollen.

15.4.1930

Der thüringische Staatsminister Baum (Landvolk, Stahlhelm) erwirkt einen Kabinettsbeschluß, mit dem die Einbürgerung Hitlers abgelehnt wird.

Die beiden Erklärungen machen deutlich, daß auch die Thüringische Landesregierung in der Frage der Einbürgerung Hitlers gespalten war.

21.5.1930

Hitler lädt Otto Strasser ins Berliner Hotel „Sanssouci“ zu einem Rededuell über die politische Generallinie der NSDAP. Dabei geraten Hitler und Strasser heftig aneinander.

Otto Strasser, Bruder des Organisationsleiters der NSDAP, Gregor Strasser, war der Theoretiker des linken (sozialistischen) Flügels der Partei, der mit der SA-Führung in Opposition zu Hitler geriet.

5.6.1930

Uniformverbot für die SA in Bayern

Mitte Juni 1930

Uniformverbot für die SA in Preußen und Baden

12.7.1930

Versuch der Einbürgerung Hitlers auf dem thüringischen NSDAP-Gautag in Gera. Innenminister Frick übergibt Hitler eine Ernennungsurkunde als 2. Gendarmeriekommissar in Hildburghausen (Besoldungsstufe A 4 c 1). Hitler reagiert laut späterer Aussage im Untersuchungsausschuß zurückhaltend, unterschreibt aber eine Empfangsbestätigung. (Brill 1992, S. 206ff)

Frick war dazu formal befugt, weil der Staatsminister Baum in Urlaub war und Frick dessen Finanzressort vertrat. Die beteiligten Beamten Guyet und Haueisen wurden von Frick zur Amtsverschwiegenheit verpflichtet. Später will Hitler die Urkunde zu Hause vernichtet haben. Frick behauptet ebenfalls, sein Exemplar der Urkunde vernichtet zu haben. Allerdings gibt es später die Aussage des NSDAP-Dissidenten Stennes, daß sie im „Braunen Haus“ in München aufbewahrt wurde, um sie zu gegebener Zeit zu präsentieren. Im Licht des Hitler-Briefs von 1930 ist diese Version plausibel.

Overesch 1992 vertritt die These, daß die Einbürgerung mit der Überreichung der Anstellungsurkunde rechtskräftig war. Erst das spätere Kaisenberg-Gutachten bzw. der Spott in der Presse haben diesen Weg als „Scheingeschäft“ verbaut. Allerdings hat Hitler, anders als in Braunschweig, trotz Ernennung zum Beamten in Thüringen keine Einbürgerungsurkunde erhalten.

16.7.1930

Auflösung des Reichstags. Die Neuwahl wird für den 14.9.1930 angesetzt. Der Braunschweigische Landtag schließt sich aus finanziellen Gründen an.

Anlässlich des bevorstehenden Wahlkampfs eskaliert der Konflikt zwischen SA- und Parteiführung über eine revolutionäre oder legalistische Strategie. Die SA, angeführt von Stennes, fordert eigene Kandidaten für die Reichstagswahl, größeren Einfluß auf die Parteiorganisation und Bezahlung des bislang ehrenamtlichen Saalschutzes für die SA-Männer. Als Hitler dem Konflikt ausweicht, legen die SA-Führer ihre Ämter nieder und treten die SA-Männer in Streik.

31.7.1930

Auflösung des Braunschweigischen Landtags

24.8.1930

Die Braunschweiger Neuesten Nachrichten (BNN) starten einen massiven Angriff auf die SPD im Hinblick auf deren Schul- und Personalpolitik.

Die BNN stehen Roloff nahe, der als Urheber des Artikels angesehen werden kann. Der Artikel liefert jedenfalls eine Begründung für den von der Bürgerlichen Einheitsliste (BEL) angestrebten Regierungswechsel.

26.8.1930

Die BEL verfaßt eine „Disposition für unsere Redner“ im Wahlkampf. Darin werden die Gründe dargelegt (Ausgabenpolitik der SPD-Regierung, Schulden, Personalpolitik, Schul- und Hochschulpolitik), warum die SPD-Regierung unter allen Umständen abzulösen ist. Der Text ist in Abschrift wiedergegeben in Küchenthal 1969, Bd. I, S. 176-198.

Exponenten der BEL sind die DNVP als Vertretung der (Groß)bauern und die DVP als Vertretung von Handel und Industrie. Ihre politischen Köpfe sind Ernst August Roloff (DNVP) Hochschullehrer an der TH Braunschweig und Vertreter des Landbunds sowie Heinrich Wessel (DVP) Vertreter der Industrie- und Handelskammer und Verleger der Wolfenbütteler Zeitung. Die BNN kann als Organ der DNVP, Die Wolfenbütteler Zeitung als Organ der DVP betrachtet werden.

Die Disposition ist eine wichtige Quelle zum Verständnis, warum die BEL bereit war, eine Koalition mit der NSDAP einzugehen, um die SPD-Regierung abzulösen.

1.9.1930

Versöhnung zwischen Hitler und der SA-Führung.

2.9.1930

Hitler setzt den mit Stennes sympathisierenden Obersten SA-Führer Pfeffer ab und übernimmt selber die Führung der SA.

3.9.1930

Hitler verlangt von allen SA-Führern „ein unbedingtes Treuegelöbnis der Person des Partei- und Obersten SA-Führers Adolf Hitler“.

10.9.1930

Rohloff (DNVP) verkündet auf einer Wahlversammlung der BEL in Braunschweig die Frontstellung gegen die „Marxisten“ (SPD und KPD) und deren Personal- und Bildungspolitik im Hochschul- und Schulbereich.

Hier wird die Begründung für die anschließende Koalition mit der NSDAP geliefert. Roloff erweist sich als Architekt der BEL (vgl. Schildt 1981, S. 111). Küchenthal steht nur auf Platz 12 der Kandidatenliste der DNVP. Latent gibt es von Anfang an einen Konflikt innerhalb der BEL, da für die DVP ein Bündnis mit der SPD denkbar ist, während die DNVP eher zu einem Bündnis mit der NSDAP neigt. Idealerweise hätte die BEL eine bürgerliche Alleinregierung bevorzugt.

Ein Flugblatt der BEL „Wähler, merkt´s Euch!“ faßt die wesentlichen Argumente für einen Regierungswechsel zusammen. Namentlich wird die Berufung der „Schulreformer“ Paulsen, Jensen und Staats an die TH als Grund genannt. (Archiv Menzel)

Wessel (DVP) kritisiert die SPD auf einer Wahlversammlung wegen der Personal- und Schulpolitik.

14.9.1930

Die Wahlen zum Reichstag und zum Braunschweigischen Landtag bringen starke Stimmengewinne für die NSDAP. Im Reichstag erringt die NSDAP 18,3 % der Stimmen und 107 Sitze. Anton Franzen, Richter in Kiel und Spitzenkandidat der NSDAP in Schleswig-Holstein, wird Reichstagsmitglied.

Im Wahlkreis Südhannover-Braunschweig erringt die NSDAP 24,3 % der Stimmen.

Die Sitzverteilung im Braunschweigischen Landtag lautet: SPD 17, KPD 2, Staatspartei (Walter Schrader) 1, NSDAP 9, BEL aus DNVP, DVP, Wirtschaftsverband, Haus- und Grundbesitzer, Zentrum u.a. 11 (darunter Roloff), darunter DVP 4 (Wessel, Brandes, Oehlmann, Marquordt). Roloff wird Fraktionsvorsitzender der BEL. Die NSDAP-Fraktion besteht demnach aus Bertram, Buchheister, Duckstein, Groh, Madel, Schmalz, Schmidt, Schneider und Zörner. Franz Groh wird Fraktionsvorsitzender.

Der Rückgang der Stimmen für die SPD kann auf die Weltwirtschaftskrise zurückgeführt werden. Die SPD hofft auf eine Koalition mit der DVP, um an der Regierung zu bleiben. Die BEL ist vom Wahlerfolg der NSDAP überrascht und hat für sich ein besseres Ergebnis erhofft. Der Abgeordnete Walter Schrader ist nicht zu verwechseln mit dem braunschweiger Stahlhelm-Führer Werner Schrader, der sich später dem Widerstand gegen Hitler anschließt.

Der Abgeordnete Schrader sympathisiert mit der nationalen Rechten. Sein Jungdeutscher Orden steht aber in harter Konkurrenz zur NSDAP. Deshalb will Schrader nur von Fall zu Fall abstimmen. Eine Koalition BEL-NSDAP, die nur auf 20 von 40 Stimmen kommt, bedarf der Tolerierung Schraders. In Braunschweig herrscht seitdem Burgfriede zwischen Jungdeutschem Orden und NSDAP, nicht aber im Reich. Zörner beginnt eine politische Karriere, nachdem seine Karriere als Kaffee-Unternehmer gescheitert ist. In Braunschweig hat er zunächst gegenüber Klagges den Heimvorteil, da Klagges als Externer nach seiner Entlassung aus dem preußischen Schuldienst erst noch in Braunschweig etabliert werden muß.

Die SPD versucht vergeblich, die 4 DVP-Abgeordneten zum Koalitionswechsel zu bewegen. Zörner greift deshalb die DVP nach der Wahl auf einer Parteiveranstaltung an und kündigt an, den in Preußen entlassenen Klagges in den braunschweigischen Staatsdienst übernehmen zu wollen. Auch der Parteivorsitzende Dingeldey kritisert seine braunschweiger Parteifreunde wegen der zu engen Bindung an die DNVP und die Koalition mit der NSDAP.

Die Quelle ist Roloff 1960, der sich wiederum auf einen mündlichen Bericht des Abgeordneten Brandes (DVP) aus dem Jahre 1959 beruft. Bei allen Aussagen Roloffs nach 1945 ist in Rechnung zu stellen, daß es weniger um die historische Aufarbeitung, sondern um nachträgliche Rechtfertigung geht.

23.9. – 4.10.1930

Hochverratsprozeß gegen die drei Ulmer Reichswehroffiziere Scheringer, Ludin und Wendt in Leipzig, die von Hans Frank vertreten werden.

25.9.1930

Frank (Frank II) ruft Hitler in den Zeugenstand. Dieser nutzt den Auftritt angesichts der anwesenden Presse propagandistisch und legt seine Partei auf den Legalitätskurs fest: Die NSDAP erstrebe mit ausschließlich legalen Mitteln die Macht und wolle „in dem Augenblick, wo uns das gelingt, den Staat in die Form … gießen, die wir als die richtige ansehen“. (Vgl. zum Text des sog. Legalitätseids Droste 1982, Bd. 1, S. 489; Tyrell 1969, S. 298-300)

Es ist umstritten, ob die Aussage ernst gemeint war oder nur taktisch zu werten ist. Das „Boxheimer Dokument“ u.a. später bei Hausdurchsuchungen nach dem 1. Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten gefundene Dokumente sind zumindest bei Teilen der Partei Indizien für das Gegenteil. Der Legalitätskurs Hitlers war jedenfalls in der Folge umstritten und wurde immer wieder von der SA kritisiert. In diesem Zusammenhang sind der „Stennes-Putsch“ und der „Röhm-Putsch“ zu sehen.

Für Frank war der Auftritt der Höhepunkt seiner Karriere als Anwalt. Frank hat Hitler in etwa 150 Fällen, hauptsächlich wegen Beleidigung und übler Nachrede, vertreten. Diese nahezu ausschließliche juristische Vertretung ist ein Hinweis auf eine besondere persönliche Beziehung zwischen Hitler und Frank. Sie unterstreicht, warum ausgerechnet Frank im Februar 1932 in der entscheidenden Phase der Einbürgerung nach Braunschweig geschickt wurde, nachdem Klagges mit seinem Versuch gescheitert war. Von den etwa 40.000 Prozessen, die bis zur Machergreifung gegen die NSDAP anhängig waren, hat Frank knapp 2600 selbst geführt. Nach 1933 ging der Einfluß Franks zurück. Erst 1939 ging sein Stern wieder auf, als er nach dem deutschen Einmarsch von Hitler zum Generalgouverneur in Polen gemacht wurde, obwohl er für das Amt in keiner Hinsicht besonders qualifiziert war. Womöglich hat sich

Hitler gegenüber Frank für treue Dienste erkenntlich zeigen wollen. (vgl. Geiss/Jacobmeyer 1980, S.12f)

3.2 Die Braunschweiger Koalition aus BEL und NSDAP 1930-1933 und der Konflikt um die Einbürgerung Januar – Februar 1932

26.9.1930

BEL und NSDAP einigen sich über die Bildung einer Koalitionsregierung aus zwei Ministern bei vier Ministerien im Freistaat Braunschweig. Die BEL nominiert Roloff für das Innen- und Volksbildungsministerium wegen der damit verbundenen Einflußnahme auf die Personalpolitik und die TH. Die NSDAP lehnt das angebotene Justiz- und Finanzressort ab, da wegen der Weltwirtschaftkrise in dem kleinen Land eine autonome Politik unabhängig vom Reich nicht möglich ist.

Wenn die BEL mit ihrem Vorschlag durchgekommen wäre, wäre Roloff de facto Ministerpräsident geworden. Roloff hätte sich als starke Persönlichkeit eher gegen den NS-Ministerkollegen Klagges durchsetzen können.

Eine mögliche Koalition SPD – DVP unter Auflösung der BEL kommt nicht zustande, obwohl sie von der DVP-Reichsleitung bevorzugt wird, weil die braunschweiger DVP über die Personal- und Finanzpolitik der SPD verärgert ist. In einem Schreiben Roloffs an Brandes vom 20.2.1947 erinnert sich Roloff, daß auch die braunschweiger SPD sondiert habe, mit der DVP (aber nicht mit der BEL insgesamt) eine Koalition einzugehen. Die DVP habe abgelehnt. Um die BEL zu erhalten und die gemeinsamen Ziele durchzusetzen, sei nur die Koalition mit der NSDAP geblieben. (Stadtarchiv Braunschweig GIX 43:1-2)

Wenn diese nachträgliche Behauptung stimmt, dann wurde hier eine Weichenstellung vorgenommen, der alles Weitere fast schon zwangsläufig folgen mußte. Wenn die braunschweiger DVP über ihren Schatten gesprungen wäre, sich dem Druck ihrer Parteizentrale gebäugt hätte, wenn die SPD ein faires Angebot gemacht hätte in der Finanz- und Personalpolitik, dann hätte es eine Große Koalition in Braunschweig gegeben, hätte die NSDAP keinen Fuß in die Tür bekommen, wären weder Klagges noch der schwache Küchenthal Minister, wäre Zörner nicht Landtagspräsident geworden und hätte es keine Einbürgerung Hitlers in Braunschweig (anderswo war es nicht möglich) gegeben!

Die BEL gibt im Ressortstreit mit der NSDAP nach. Roloff verzichtet, so daß Küchenthal für das Finanz- und Justizressort nominiert wird.

Damit wird Küchenthal zum zweiten Mal Roloff als Minister vorgezogen. Verzichtet Roloff, weil er nicht Volksbildungsminister wird oder hat sich Küchenthal innerhalb der DNVP gegen Roloff durchgesetzt? Laut Küchenthal beginnt spätestens hier (evtl. aber schon 1926) die lebenslange Feindschaft zwischen den beiden Parteifreunden, die sich insbesondere nach 1945 äußern wird, als es um die Frage geht, wer die Hauptverantwortung für die Einbürgerung Hitlers auf Seiten der bürgerlichen Politiker getragen hat. Kurz nach der Regierungsbildung wird Roloff jedenfalls auf eine Professur berufen. Dies dürfte die Kompensation für das nicht erhaltene Ministeramt gewesen sein. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 22.)

Für das Innen- und Volksbildungsministerium wird Anton Franzen (Kiel) von der NSDAP nominiert.

Zörner, der vermutlich auch Ambitionen hatte, wird übergangen. Damit werden beide Ministerposten von Nichtbraunschweigern besetzt, obwohl es einheimische Kandidaten gegeben hat. Die DVP ist der Verlierer der Koalitionsverhandlungen, da sie für sich ein drittes Ministerium beansprucht hatte. Sie wollte den NSDAP-Ministerkandidaten Anton Franzen verhin-

dern, der von Hitler ausgesucht ist, und selber dessen Ministerium besetzen. Ursprünglich waren Frick oder Rust als Kandidaten der NSDAP vorgesehen, die aber von der BEL abgelehnt wurden. Franzen gehörte zum linken, aber moderaten Flügel der NSDAP. Warum hat sich Hitler nicht für Zörner entschieden, obwohl Zörner damals der prominenteste braunschweiger Nazi war?

Laut späterer Erinnerung Küchenthals (Küchenthal 1961, S. 20; 1969) soll bereits damals die Frage der Hitler-Einbürgerung verhandelt worden sein, die zu gegebener Zeit zu regeln sei. Dies sei ihm von Zörner bestätigt worden. Roloff (DNVP) und Brandes (DVP) hätten damals schon das Vorhaben akzeptiert.

Hauptziel der neuen Regierung sei (laut Roloff jun. 1961) die „Säuberung" des Volksbildungsministeriums, der Schulverwaltung und der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH von den linken Professoren gewesen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Frantzen aus Kiel wird in Braunschweig Innenminister". (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 1, S. 608)

Dies ist die einzige Erwähnung der braunschweiger Koalitionsbildung im Tagebuch von Goebbels. Offenbar ist ihm die strategische Bedeutung der Regierungsbeteiligung der NSDAP in Braunschweig noch nicht klar. Hinzu kommt, daß er Franzen auch noch falsch mit tz schreibt.

30.9.1930

Der neue Braunschweigische Landtag konstituiert sich. Ernst Zörner (NSDAP) wird mit 20 gegen 17 Stimmen für Kuno Rieke (SPD) zum Landtagspräsidenten gewählt. KPD und Staatspartei (Schrader) enthalten sich der Stimme, indem sie leere Stimmzettel abgeben. Als 1. Vizepräsident werden Kuno Rieke (SPD) und als 2. Viezepräsident Heinrich Wessel (BEL/DVP) durch Zuruf gewählt.

Diese Wahl war umstritten, da eigentlich die stärkste Fraktion (SPD) den Landtagspräsidenten stellt. Mindestens hätte die DVP Wessel als Landtagspräsidenten bevorzugt, weil die BEL in der Koalition der größere Partner war. Die DVP gibt wieder nach. Die Frage, wer den Landtagspräsidenten stellt und damit die Macht über die Geschäftsordnung hat, sollte später mehrmals eine Abstimmung entscheidend beeinflussen. Vielleicht war die Wahl Zörners durch die Koalition eine Kompensation, weil Zörner nicht als Minister zum Zuge gekommen ist.

1.10.1930

Im Landtag werden drei Fraktionen (BEL mit 11 Abgeordneten, SPD mit 17 Abgeordneten und NSDAP mit 9 Abgeordneten) gebildet. Danach wird die Zahl der Staatsminister auf zwei festgesetzt. Im ersten Wahlgang werden Küchenthal mit 20 Stimmen gegen Jasper mit 17 Stimmen bei drei Enthaltungen und im zweiten Wahlgang Franzen mit 20 Stimmen gegen Jasper mit 17 Stimmen bei ebenfalls drei Enthaltungen gewählt. KPD und Staatspartei enthalten sich der Stimme.

Insofern hat auch die KPD (wie im Reichstag) einen Teil der Verantwortung für die spätere Entwicklung. Der alte Ministerpräsident Jasper (SPD) hätte mit Hilfe der Staatspartei und der KPD geschäftsführend im Amt bleiben können, bis sich eine neue Mehrheit findet.

In den Ältestenrat werden von den Fraktionen entsandt Jasper, Sievers, Steinbrecher, Thielemann, Brandes, Baumann, Dr. Roloff, Groh und Bertram. Der Präsident als Vorsitzender und die beiden Vizepräsidenten gehören dem Gremium mit beratender Stimme an. In den Haushaltsausschuß werden von den Fraktionen entsandt Rieke, Albert Roloff, Sievers, Jasper, Frede, Dr. Roloff, Wessel, Groh und Madel. (Verhandlungen des Braunschweigischen Landtags 1930, S. 1-6)

Die Sitzverteilung richtet sich nach der Stärke der Fraktionen. Beide Gremien sollten 1932 bei der Verbeamtung Hitlers eine Rolle spielen.

1.10.1930

Regierungsbildung: Dr. Werner Küchenthal (BEL – DNVP) wird Vorsitzender des Staatsministeriums (Ministerpräsident) und Finanzminister, Dr. Anton Franzen (NSDAP), Amtsgerichtsrat in Kiel, wird Innenminister und Volksbildungsminister. Klagges wird von Franzen zum Hilfsreferenten ins Volksbildungsministerium berufen.

Hauptaufgabe der neuen Regierung soll die „Säuberung“ der Lehramtsausbildung im Ministerium, in der Schulverwaltung und in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH von Sozialdemokraten sein.

Bei den anschließenden Etatberatungen im Landtag, die die prekäre Finanzlage des Freistaats deutlich machen, wird, von Roloff angestoßen, diskutiert, ob die Selbständigkeit des Landes oder der Anschluß an Preußen vorzuziehen sei. Die NSDAP ist entschieden für die Selbständigkeit.

U.a. an dieser Kontroverse wird die Koalition später zeitweilig zerbrechen. Braunschweig war nach Mecklenburg-Strelitz das am meisten verschuldete Land im Reich. Die NSDAP war dennoch für die Selbständigkeit, um die von Hitler skizzierte Machtposition einer Regierungsbeteiligung nicht zu verlieren.

Trotz knapper Finanzen wird eine neue Professur für die Kulturwissenschaftliche Abteilung der TH in den Haushalt eingestellt.

Daß eine solche Professur eingerichtet wurde, geht aus dem Antrag des Dekans der Kulturwissenschaftlichen Abteilung vom 24.11.1930 indirekt hervor. Für wen war die neue Professur gedacht? Als Kandidaten bieten sich an Roloff – als Belohnung für seine Kooperation und als Ersatz für seinen Verzicht auf ein Ministeramt – oder womöglich bereits Hitler, um die in Thüringen mißglückte Einbürgerung zu wiederholen?

Im Allgemeinen Anzeiger erscheint eine Kurzbiographie mit Foto von Landtagspräsident Zörner. Darin wird betont, daß er seit 1922 in der NSDAP aktiv ist und zu den Gründern der Partei in Braunschweig gehört.

Dies demonstriert die herausragende Position von Zörner in der braunschweiger NSDAP.

4.10.1930

Ein neuer Schulerlaß von Franzen revidiert die Reformen der SPD auf dem Bildungssektor.

Das Reichsgericht verkündet das Urteil im „Ulmer Reichswehrprozeß“. Bezüglich der Aussage Hitlers heißt es: „Adolf Hitler hat…unter Eid…mit unzweideutigen Worten erklärt, daß er seine Ziele nur noch auf streng legalem Wege verfolge, daß er den Weg in München im November 1923 nur ´aus Zwang´ gegangen sei und diesen Weg schon deshalb nicht mehr beschreite, weil er bei dem wachsenden Verständnis, das Deutschland der völkischen Freiheitsbewegung entgegenbringe, ein illegales Vorgehen gar nicht nötig habe; die Gewalt falle ihm mit der Zeit auf legalem Wege von selbst zu.“ (zitiert nach Maser 1972, S. 297)

Damit sollte Hitler angesichts der steigenden Arbeitslosigkeit nur zu recht haben. Der radikale Flügel der SA opponierte allerdings gegen den Legalitätskurs, da er weiter auf die revolutionäre Machtergreifung setzte.

5.10.1930

Reichskanzler Brüning (Zentrum) trifft sich erstmals mit Hitler in Begleitung von Frick und Gregor Strasser. Brüning informiert Hitler über seinen rigiden Sparkurs und appelliert an Hitler, eine konstruktive Opposition zu betreiben. Hitler wird in dem Gespräch ausfallend. (vgl. dazu Ullrich 2013, S. 265f.)

Falls Brüning die Absicht gehabt haben soll, Hitler an der Regierung zu beteiligen, so muß ihm die Unterredung klar gemacht haben, daß dies keine Option sein kann. Immerhin fängt die Reichsregierung an, Hitler als politischen Faktor ernst zu nehmen.

13.10.1930

Eröffnung des Reichstags. Die 107 NSDAP-Abgeordneten erscheinen in Parteiuniform.

Minister Franzen versucht durch eine Falschaussage (Meineid) in Berlin, einen Parteifreund der Verhaftung zu entziehen. Die SPD startet eine Kampagne gegen Franzen. Die DVP fordert den Rücktritt von Franzen. Die Affäre führt fast zum Bruch der Koalition. Das Reichsinnenministerium sperrt den Polizeikostenzuschuß des Reiches.

Um auf Franzen, dem die Polizei unterstellt ist, Druck auszuüben. Hier hätte die DVP erstmals die Seiten wechseln können. Mit dem Polizeikostenzuschuß hatte die Reichsregierung einen Hebel, um politischen Druck auf das finanziell klamme Braunschweig auszuüben. Finanzminister Küchenthal hatte diese Befürchtung später auch anläßlich der Verbeamtung Hitlers.

20.10. – 1.11.1930

Erste Verbote von Franzen gegen die SPD

29.10.1930

Der Abgeordnete Madel (NSDAP) tritt zurück, weil eine frühere Verurteilung bekannt wird. Für ihn rückt Friedrich Alpers nach.

Dieser Wechsel stärkt den radikalen Flügel innerhalb der Fraktion.

30.10.1930

Die Regierungserklärung Küchenthals kündigt den Sparkurs an.

1.11.1930

Seit diesem Datum ist die neue, durch den Haushalt bewilligte, planmäßige a.o. Professur in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung besetzbar.

Sie wird zum 1.2.1931 mit Roloff besetzt. Offenbar war die Einstellung in den Haushalt Teil der Koalitionsvereinbarungen.

11.11.1930

Klagges wird wegen NS-Propaganda als Konrektor einer Mittelschule in Benneckenstein (Harz) vom preußischen Staatsdienst ohne Pensionsbezüge suspendiert.

Während der kurzzeitigen Arbeitslosigkeit betätigt er sich als Parteiredner für die NSDAP. Ein Angebot von Goebbels, dessen Stellvertreter als Reichspropagandaleiter in Berlin zu werden, lehnt Klagges ab.

Evtl. sah Klagges in Braunschweig größere Aufstiegschancen (vgl. dazu Stubenvoll 1987, S. 46). Wenn der Hinweis stimmt, dann hatte Klagges gute Beziehungen zu Goebbels. Klagges wurde von Roloff jun. als Chefideologe der NSDAP bezeichnet (Roloff 1981, S. 19).

Ein Kollege von Klagges in Benneckenstein, der Volksschullehrer Paul Meier, wird 1930 aus dem gleichen Grund ebenfalls ohne Pensionsansprüche aus dem preußischen Staatsdienst entlassen. Er wird am 1.4.1933 von Goebbels als Referent ins Propagandaministerium berufen und übernimmt 1933 nach der Gleichschaltung die Leitung der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) in Berlin. Seitdem nennt er sich Meier-Benneckenstein.

Diese Hinweise lassen auf eine enge institutionelle und ideologische Verbindung von Klagges, Meier(-Benneckenstein) und Goebbels schließen, die 1932 im Zusammenhang mit der vorgesehenen Berufung Hitlers als Professor für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ an der TH Braunschweig auch fachlich relevant werden sollte.

18.11.1930

In Braunschweig werden (zum 1.2.1931) 4 (von 6) Kreisdirektoren, 7 (von 20) Schulräte, der Kommandeur der Schutzpolizei und der Leiter des Landeserziehungsamts entlassen, die alle der SPD angehören.

Besuch Hitlers in Braunschweig, um den örtlichen Parteiführern in einer internen Sitzung die politische Richtung zu weisen: Die Koalition mit der BEL ist nur Taktik. Verfolgt werden soll künftig eine Doppelstrategie: Agitation auf der Straße und im Parlament bei gleichzeitiger Deckung von oben durch die Regierungsbeteiligung.

Hitler verkündet damit eine Generallinie, die er in seinem privaten Brief von 1930 bereits skizziert hat. Nach Thüringen soll sie jetzt in Braunschweig ausprobiert und später im Reich verfolgt werden. In der Strategie zur Erringung der Macht soll Braunschweig zum Musterland der NSDAP werden. Braunschweig eignet sich dafür, weil seine Sozialstruktur im ländlichen Raum – kein Katholizismus – und seit der Weltwirtschaftskrise durch die wachsende Arbeitslosigkeit auch in der Stadt gute Voraussetzungen für den Aufstieg der NSDAP bietet.

24.11.1930

Dekan Gehlhoff der Kulturwissenschaftlichen Abteilung beantragt über Rektor Schmitz bei Minister Franzen u.a. eine planmäßige a.o. Professur für Roloff (= Verbeamtung und Aufstockung der Bezüge). Der Antrag nimmt Bezug auf die freie a. o. Professur in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, die durch den Staatshaushalt 1930 bewilligt ist. Die Mittel der freien Professur sollen durch Umwidmung für eine planmäßige o. Professur für Methodik und Didaktik verwendet werden.

Laut Vorlesungsverzeichnis der TH für das Studienjahr 1930/31 handelt es sich bei der unbesetzten Stelle um eine Professur für „Deutsche Sprache und Literatur". Möglicherweise war die Denomination nur ein Platzhalter bzw. entsprach dem Wunschdenken der Abteilung, während das Ministerium damit eine andere Absicht verfolgte.

30.11.1930

Bekanntmachung der neuen Fassung des Staatsbeamtengesetzes in Braunschweig mit Unterschrift von Küchenthal und Franzen. In § 5 heißt es: „Das Staatsministerium verleiht die Staatsämter nach freier Entschließung und stellt die Staatsbeamten an."

Da das Staatsministerium aus zwei Ministern besteht (Küchenthal und Franzen) müssen demnach ***beide*** *Minister einer Ernennung zustimmen. Diese Bestimmung sollte für Klagges später ein Problem bei der beabsichtigten Berufung Hitlers zum Professor werden, da Küchenthal seine Unterschrift verweigerte.*

Aus der Formulierung „nach freier Entschließung" geht hervor, daß die Regierung bei der Einstellung eines Beamten autonom ist und nicht ein Parlamentsbeschluß Voraussetzung ist. Insofern konnte später Hitler sowohl zum Professor wie zum Regierungsrat auch ohne Zustimmung des Landtags ernannt werden, sofern eine freie Planstelle vorhanden war. Dies wäre im Falle der Professur gegeben gewesen, im Falle des Regierungsrats nur noch für einige Wochen, weil dafür eine freie Planstelle nur bis zum Ende des Haushaltsjahrs 1931 vorhanden war. Für den Haushalt 1932 war diese unbesetzte Stelle bereits im Haushalstausschuß zur Streichung vorgesehen. Der Landtag war also nur insofern beteiligt, als er den Beschluß des Haushaltsausschusses bei der Verabschiedung des neuen Haushaltes wieder rückgängig zu machen hatte. Die Frage ist von großer Relevanz, wenn es um die Verantwortung für die Verbeamtung Hitlers geht. Laut § 5 des Staatsbeamtengesetzes waren nur Küchenthal und Klagges verantwortlich. Insofern ist die spätere Rechtfertigung Küchenthals, er hätte nur einen Beschluß der BEL-Fraktion exekutiert, durch das Gesetz nicht gedeckt. Der Landtag kam nur ins Spiel über die Verabschiedung des Haushalts. Hier dürfte die entscheidende Frage sein, welche rechtliche Konsequenz der Streichbeschluß des Haushaltsausschusses hatte.

Aus diversen Paragraphen des Staatsbeamtengesetzes geht zwingend hervor, daß Hitler aufgrund seiner Weigerung, nach Ende des 2. Wahlgangs den Dienst als Regierungsrat anzutreten, hätte entlassen werden müssen. Dazu bedurfte es gar nicht des Kaisenberggutachtens. Mit der Entlassung hätte er zwangsläufig auch die Staatsangehörigkeit wieder verloren.

4.12.1930

Rektor Schmitz leitet den Antrag Gehlhoffs an Minister Franzen weiter.

11.12.1930

Hitler besucht Braunschweig. Anläßlich des Besuchs ändert die Braunschweigische Landeszeitung (BLZ) die politische Linie und unterstützt seitdem die NSDAP.

Es gab in Braunschweig 6 Tageszeitungen: Volksfreund (SPD), Neue Arbeiterzeitung, in Hannover produziert mit Reportern in Braunschweig (KPD), Braunschweigische Tageszeitung (NSDAP), Aufl. 2.500; Braunschweigische Landeszeitung (bürgerlich), Aufl. 16.000; Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger (bürgerlich - DVP), Aufl. 40.000; Braunschweiger Neueste Nachrichten (bürgerlich - DNVP), Aufl. 30.000. Alle drei bürgerlichen Zeitungen gehörten dem Verleger Paul Leonhardt, wenn sie auch in zwei verschiedenen Verlagen erschienen. Hinter dem politischen Seitenwechsel der Landeszeitung mögen auch wirtschaftliche Gründe des Verlegers gestanden haben, da er so die drei politischen Orientierungen seiner bürgerlichen Leserschaft – DVP, DNVP und NSDAP – bedienen konnte. Die BNN unterstützte Hindenburg im Wahlkampf. Die Landeszeitung hatte zwar unter den bürgerlichen Zeitungen die kleinste Auflage, aber das höchste Renomee, da sie auch die staatlichen Verlautbarungen abdruckte. Hamilton sieht im Seitenwechsel der Landeszeitung einen wesentlichen Grund, warum das braunschweiger Großbürgertum mehrheitlich Hitler und damit auch die Koalition BEL-NSDAP unterstützt hat. Rundfunk oder gar Fernsehen spielten als meinungsbildende Medien noch keine Rolle. Die Gegenthese lautet, daß der Verleger nur auf den politischen Meinungswechsel reagiert hat. (Vgl. dazu Hamilton 1984 und Rohloff 1984)

1931-1932

Staatssekretär Pünder notiert in seinen „Tageszetteln“ alle Besuche, Verhandlungen und sonstige Vorgänge in der Reichskanzlei.

Die „Tageszettel“ bilden die Grundlage der Memoiren von Reichskanzler Brüning über den fraglichen Zeitraum und sind eine wichtige Quelle über die Vorgeschichte und die Umstände der Wiederwahl des Reichspräsidenten 1932.

1.1.1931

Klagges wird von Franzen gegen den Widerstand der DVP zum Regierungsrat im Volksbildungsministerium ernannt.

Hierbei handelt es sich um eines der ersten Fälle eines Parteibuchbeamten der Gegenseite.

5.1.1931

Ernst Röhm wird von Hitler zum „Obersten Stabschef der SA“ als seinem Vertreter ernannt. Die Führung der SA wird reorganisiert.

Der Vorgang ist bedeutsam für den weiter schwelenden Konflikt zwischen Partei und SA über den Kurs der Partei, insbesondere die Frage, ob die Macht auf legale (Partei) oder revolutionäre (SA) Weise errungen werden soll. Hitler wollte mit der Ernennung Röhms seine Macht über die SA festigen. Er hatte am 25.9.1930 vor dem Reichsgericht in Leipzig den „Legalitätseid“ geschworen. Der Konflikt wird am 1.4.1931 im „Stennes-Putsch“ kulminieren.

7.1.1931

Franzen lehnt den Antrag Gehlhoff vom 24.11. ab, fordert Gehlhoff aber auf, die seit dem 1.11.1930 unbesetzte planmäßige a.o. Professur mit der von ihm vorgenommenen neuen Denomination „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ zu versehen und alsbald zu besetzen. Diesbezügliche Vorschläge sollen innerhalb von drei Wochen gemacht werden.

Damit wird erstmals an der TH eine Professur mit der Teildenomination „Staatsbürgerkunde“ (= Politikwissenschaft) geschaffen. Sie ist als Kompensation für Roloff bestimmt, der bei der Regierungsbildung zu kurz gekommen ist. 1913 hatte Roloff genau diese Venia an der TH verliehen bekommen. Da Franzen dieser Zusammenhang kaum bekannt gewesen sein dürfte, hat Roloff ihm vermutlich die Denomination selber nahe gelegt. Offenbar war Gehlhoff in eine diesbezügliche Absprache Franzen/Küchenthal/Roloff im Zuge der Koalitionsverhandlungen nicht eingeweiht. Hoppe wurde allerdings 1932 trotz der Umwidmung auf eine Professur für „Deutsche Sprache und Literatur“ berufen.

9.1.1931

Rektor Schmitz erklärt, daß eine Dreierliste innerhalb von 3 Wochen nicht erstellt werden kann, und schlägt deshalb eine Einerliste mit dem Privatdozenten für Geschichte und Staatsbürgerkunde a.o. Prof. Dr. Roloff vor.

Klagges erhält seine Ernennungurkunde von Ministerialrat Kiesel.

Kiesel wird später ein getreuer Gefolgsmann von Klagges und sucht ihn sogar noch 1950 als Zeuge im Klaggesprozes zu entlasten.

11.1.1931

46 Lehrer werden zum 1.4. in Ruhestand versetzt. 26 dissidente Lehrer, die noch keine Planstelle haben, werden entlassen (Roloff 1961, S. 40).

Datierung und Umfang der Entlassungen sind in der Literatur umstritten.

16.1.1931

Franzen beauftragt den Rektor, die planmäßige a.o. Professur für Geschichte und Staatsbürgerkunde mit PD Dr. Roloff zu besetzen.

Die politisch und nicht akademisch legitimierte Berufung Roloffs muß dem Rektor mißfallen haben.

23.1.1931

Prorektor Mühlenpfort sendet den Dienstvertrag für Roloff an Franzen, der auf den 1.1.1931 datiert werden soll. Noch am selben Tag erfolgt der entsprechende Beschluß Franzens.

26.1.1931

Schreiben Franzens an Mühlenpfordt, daß Roloff mit Wirkung vom 1.2. zum planmäßigen a.o. Professor, Besoldungsgruppe A 2 b, ernannt und damit verbeamtet wird.

Damit wird auch Roloff wie zuvor Klagges „Parteibuchbeamter". Genau dies hatte die BEL zuvor an der SPD kritisiert und als eine wesentliche Begründung für den Regierungswechsel in Braunschweig angeführt. Küchenthal berichtet, daß er von Roloff kurz vor der Ernennung indirekt aufgefordert worden ist, ihn (Roloff) auf eine seit dem 1.4.1930 freie Professur zum 1.1.1931 zu ernennen. Das Datum widerspricht dem Datum aus dem Antrag Gehlhoff. Vgl. dazu die Abschrift eines von Roloff stammenden Zettels in Küchenthal 1969, Bd. III, S. 227. Laut Küchenthal 1973, Bd. I soll Schmitz Roloff nicht akzeptiert haben, weil er von einem Nazi berufen worden sei. Das galt aber auch für andere. Evtl. hat Schmitz Roloff wegen des offensichtlichen politischen Deals nicht akzeptiert. Diese mangelnde Akzeptanz mag später in der Frage der Berufung Hitlers das Verhalten Roloffs beeinflußt haben.

Jedenfalls haben beide, bei den Koalitionsverhandlungen zu kurz gekommene braunschweiger Ministerkandidaten eine Kompensation erhalten: Zörner als Landtagspräsident und Roloff als Professor. In diesem doppelten Geschäft liegt vielleicht der Grund, warum die BEL als größere Fraktion in der Koalition gegenüber der NSDAP auf das Amt des Landtagspräsidenten verzichtet hat.

Februar 1931

5 Mio. Arbeitslose

Die gemäßigten Konservativen sondieren erstmals die Idee, die Amtszeit Hindenburgs in Anbetracht seiner auslaufenden ersten Amtszeit auf Lebenszeit zu verlängern.

Brüning wird sich dieser Idee Ende 1931 anschließen. Die Frage lautet: Ab wann hat sich Hitler damit bzw. mit einer eigenen Kandidatur auseinandergesetzt?

Zörner wird Fraktionsführer der Stadtverordnetenfraktion der NSDAP

3.2.1931

Ernennung Roloffs zum planmäßigen a.o. Professor für „Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde“ rückwirkend zum 1.2.1931 durch Umwidmung der vakanten Stelle.

Etatrede Küchenthals für 1931 im Landtag: Die Sanierung des Staatshaushalts soll durch Einsparungen im Personalbestand vor allem im Erziehungswesen erbracht werden (= finanzielle Begründung der Entlassung von SPD-Lehrern). Der TH-Haushalt soll dennoch um 13.290 RM gesteigert werden: „Die Erhöhung der Ausgaben ist im wesentlichen auf die Einstellung der Bezüge für eine ordentliche und eine außerordentliche Professur, sowie die Vergütung für einen hauptamtlichen Turn- und Sportlehrer zurückzuführen. Die planmäßige ordentliche Professur ist für die 8. Abteilung bestimmt und wird für unbedingt erforderlich gehalten, um für die planmäßige Ausbildung der Lehrerstudenten die ordnungsgemäße und anderen Ausbildungsstätten gleichwertige Grundlage zu schaffen.“ (MS der Rede, S. 27, Nachlass Küchenthal, Landesmuseum)

Ist dieordentliche Professur bereits für Hitler (?) oder für Roloff vorgesehen, der damit abermals befördert werden würde? Die a.o. Roloff-Professur würde auf diese Weise für den 1932 berufenen Hoppe frei. Die a.o. Professur ist für die Luftfahrt vorgesehen.

7.2.1931

Der Reichstag lehnt mit 293 : 221 Stimmen die von NSDAP und KPD eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Regierung ab.

9.2.1931

Die Parteien der Harzburger Front (NSDAP und DNVP) ziehen wegen der Ablehnung der Mißtrauensanträge bis 31.10.1931 aus dem Reichstag aus.

Das war ein taktischer Fehler, weil sie sich damit der Einflußnahme begaben.

17.2.1931

Haushaltsdebatte mit 1. Lesung im Braunschweigischen Landtag

21./22.2.1931

Der Gauparteitag der NSDAP findet in Braunschweig statt und wird von Gauleiter Bernhard Rust eröffnet, weil in Hannover (Preußen) ein Uniform- und Aufmarschverbot besteht. Hitler nimmt teil.

Auffällig ist, daß sich die Besuche Hitlers in Braunschweig häufen, solange die Koalitionsregierung besteht. Sie unterstreichen deren strategische Bedeutung und die kontinuierliche Einfllußnahme Hitlers auf die braunschweiger Politik. Nach der „Machtergreifung“ werden seine Besuche seltener, weil Braunschweig nicht mehr wichtig ist für die Partei.

Frühjahr 1931

Franzen will die Hochschule, insbesondere die Kulturwissenschaftlichen Abteilung (für Lehrerbildung), „säubern“ und die Reformpädagogen/SPD-Mitglieder entfernen. Dabei bedient er sich legaler Mittel. Der Hochschulreferent, Ministerialrat Paul Albrecht, wird von Franzen im Amt belassen.

Auf der Entlassungsliste stehen Jensen, Paulsen, Riekel, Geiger, Staats, die allerdings jeweils einen unterschiedlichen Status haben. Nur Geiger, Jensen und Riekel sind verbeamtete Professoren. Lehraufträge werden jeweils für ein Jahr vergeben. Diese mußten nur, wie im Falle von Paulsen und Staats, nicht verlängert werden. Professoren waren, solange man sich noch an Recht und Gesetz hielt, nicht so ohne weiteres zu entfernen.

Jensen, Paulsen und Riekel sind Reformpädagogen, die von der SPD bzw. dem zuständigen Minister Sievers gefördert wurden. Die Voraussetzung zur Reform des Schulwesens ist eine reformpädagogische Ausrichtung der Ausbildung von Gymnasial-, vor allem aber von Volksschullehrern, deren seminaristische, d.h. unterhalb der Hochschule angesiedelte Ausbildung, akademisch aufzuwerten ist. Dies setzt wiederum die Berufung von Reformpädagogen auf die Professuren in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH voraus. Wenn man umgekehrt die Lehramtsausbildung und damit den Schulunterricht im Sinne der NS-Ideologie ausrichten will, mußte Franzen bzw. mußten später noch radikaler Klagges/Schmidt-Bodenstedt konsequenterweise wieder bei den Professoren für die Lehramtsausbildung ansetzen und das Lehrpersonal austauschen. Hierbei fand der NS-Volksbildungsminister solange Zustimmung bei den bürgerlichen Professoren, insbesondere bei Roloff, solange es gegen die Reformpädagogik der SPD ging. Er stieß erst auf deren Widerstand, als es um die Durchsetzung der NS-Ideologie auf Kosten einer akademischen Ausbildung ging, wie sie seit 1937 an der Bernhard Rust-Hochschule betrieben wurde.

Aus der als erste vorgenommenen Entlassung Riekels und der langen Vakanz der Stelle ergab sich die Möglichkeit, durch Umwidmung der Denomination eine Professur für Hitler zu schaffen, um ihn über die Verbeamtung einzubürgern. Die neu eingerichtete Professur war ja bereits mit Roloff besetzt worden und nicht mehr verfügbar. Als Klagges den Auftrag erhielt, Hitler die für dessen Präsidentschaftskandidatur notwendige deutsche Staatsbürgerschaft zu verschaffen, sah er in der Berufung eine elegante Möglichkeit zur Umsetzung des Auftrags, da die Hochschule in sein Ressort fiel. Aufgrund der Umwidmung der Denomination glaubte er, an der Hochschule vorbei agieren zu können, da es sich in seinem Verständnis um eine ganz neue Professur handelte, die nicht der Zustimmung der Hochschule bedurfte.

Viele Indizien sprechen dafür, daß das Vorhaben seit den Koalitionsverhandlungen 1930 für alle Fälle geplant war, um es bei Bedarf rasch umsetzen zu können. Diese Vermutung läßt sich allerdings nicht aus den Personalakten belegen.

23.2.1931

Riekel beklagt sich bei Ministerialrat Albrecht über den öffentlichen Druck gegenüber seiner Person.

Hintergrund sind wachsende persönliche Konflikte Riekels mit diversen Kollegen aus der 8. Abteilung. Seine Entlassung hatte offenbar nicht nur politische Gründe, da er auch mit den SPD-Mitgliedern der 8. Abteilung in Konflikt geriet. (Vgl. dazu Ludewig 2012)

28.2.1931

Dekan Gehlhoff distanziert sich von Riekel in einem Gutachten.

1.3.1931

Kommunalwahlen im Freistaat Braunschweig. In der Stadt erhalten SPD 14, KPD 4, NSDAP 10 Sitze, die BEL 7 Sitze. Zörner steht auf Platz 1 der NSDAP-Liste. Erich Langebartels (Zahnarzt) steht auf Platz 1 der DNVP. Ernst Böhme (SPD) bleibt Oberbürgermeister. Umgerechnet auf den Landtag hätte die Linke 20 statt 19 Mandate (SPD = 16, KPD = 4, NSDAP = 12, BEL = 8) und damit wieder die Mehrheit erhalten. Die DVP verliert zu Gunsten von DNVP und NSDAP. (Wahlergebnisse in Braunschweigische Landeszeitung vom 2.3.1931)

Ernst Zörner wird Fraktionsführer der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion.

Damit nimmt er in beiden braunschweiger Parlamenten eine herausgehobene Funktion wahr.

In der Gemeinde Bodenstedt (Landkreis Braunschweig) ergibt die Wahl folgende Verteilung der 9 Gemeinderatssitze: NSDAP 4, DNVP 2, SPD 2, KPD 1. Der Gemeinderat wählt Carl Lauenstein (DNVP und örtlicher Stahlhelmführer) mit 5 : 4 Stimmen gegen die NSDAP zum Gemeindevorsteher. (Gemeinderatsprotokoll im Archiv der Gemeinde Vechelde)

Auch wenn es sich um ein lokales Ereignis handelt, so zeigt es doch, daß eine Rechtskoalition nicht überall im Freistaat die Regel war. In Bodenstedt gab es jedenfalls einen harten Gegensatz zwischen SA und Stahlhelm bzw. NSDAP und DNVP als Vertretung der Großbauern. Lauenstein sollte später anläßlich des „Stahlhelmputschs“ in Bodenstedt verhaftet werden.

Die Kommunalwahlen waren für die DVP ein deutliches Warnsignal, keinen Bruch der Koalition mit anschließenden Neuwahlen zu riskieren, weil sie auch auf Landesebene herbe Verluste befürchten mußte. Dies liefert eine Erklärung, warum sie in den diversen Koalitionskrisen immer wieder klein beigegeben hat.

13.3.1931

Gehlhoff verfaßt ein negatives Gutachten über Riekel für den Rektor der TH Braunschweig mit Kopie an Klagges.

17.3.1931

Gehlhoff stellt den Antrag, ein Ordinariat für praktische Pädagogik zu schaffen, um Riekel zu ersetzen.

Riekel ist offenbar von seinen Kollegen aus persönlichen Gründen regelrecht gemobbt worden. (vgl. dazu Wettern/Weßelhöft 2010, S. 39, Schüler 1995 und Ludewig 2012)

28.3.1931

2. Lesung des Haushaltsfür das Jahr 1931 im Landtag. Der Sparhaushalt wird mit 21 : 18 Stimmen angenommen.

1.4.1931

Der Mißtrauensantrag der SPD gegen Innenminister Frick in Thüringen findet mit den 5 Stimmen der DVP eine Mehrheit. Die NSDAP scheidet aus der thüringischen Regierung aus.

Damit verhält sich die DVP in Thüringen konträr zu Braunschweig, wo auch ein Koalitionswechsel der 4 DVP-Abgeordneten zur SPD möglich gewesen wäre. In Thüringen vermeidet sie die Neuwahl durch Koalitionswechsel, in Braunschweig durch Nachgeben gegenüber der NSDAP. Allerdings bestand der Unterschied darin, daß die DVP in Thüringen keine Listenverbindung mit anderen Parteien eingegangen war. Insofern hätte ein Koalitionswechsel in Braunschweig auch immer die Sprengung der BEL bedeutet. Weil die braunschweiger NSDAP mit einem Koalitionswechsel rechnen mußte, war sie immer wieder trotz harter Konflikte, solange sie auf die BEL bzw. DVP angewiesen war, konziliant.

Zwischen SA und Partei kommt es zum Konflikt um den Legalitätskurs der NSDAP. Walter Stennes, Stellvertreter des obersten SA-Führers, führt die radikale Fraktion an, die den Legalitätskurs nicht mitmachen und auf revolutionäre Weise die Macht erringen will („Stennes-Revolte“). Stennes und alle mit ihm sympathisierenden SA-Führer werden im April 1931 im Eilverfahren aus der Partei ausgeschlossen. Stennes gründet danach die „Nationalsozialistische Kampfbewegung Deutschlands“ (NSKD) und bekämpft die NSDAP von links.

Stennes wird später bei der Aufdeckung des gescheiterten Einbürgerungsversuchs Hitlers in Thüringen eine Rolle spielen.

10. – 11.4.1931

Streiks an den braunschweiger Schulen wegen der Entlassung der Lehrer.

12.4.1931

Roloff veröffentlicht in den BNN den Artikel „Wer gefähdet den Kredit des Landes?“ Er stellt darin fest, daß die Regierungskoalition gut zusammenarbeitet. In derselben Nummer wird über eine Rede des Landtagsabgeordneten Brandes (DVP) berichtet, daß der Sturz des NS-Innenministers Frick in Thüringen keinen Einfluß auf die braunschweiger Koalition habe. Franzen habe weiterhin das Vertrauen der BEL.

Es handelt sich in Reaktion auf die thüringer Ereignisse um eine konzertierte Aktion von DNVP und DVP, die über die BNN lanciert wird und der Erwartung entgegen treten soll, daß jetzt auch ein Koalitionswechsel durch Seitenwechsel der DVP in Braunschweig bevorstehe. Also hat das thüringer Beispiel doch Wirkung in Braunschweig gezeigt und für einen Erklärungsdruck gesorgt.

13.4.1931

Die Kulturwissenschaftliche Abteilung (Gehlhoff, Roloff, Moog, Geiger, Jensen) beantragt die Emeritierung Riekels. Senat und Rektor stimmen zu.

Dahinter stehen fachliche und persönliche Motive wie z.B. der Konflikt Geiger – Riekel. Jensen und Geiger sind SPD-Mitglieder wie Riekel.

15.4.1931

Der „Volksfreund“ wird wegen des Streikaufrufs für drei Wochen verboten.

Der Minister entbindet Riekel von seinen amtlichen Verpflichtungen auf Antrag des Senats. Der Druck auf Jensen, Paulsen, Geiger und Staats nimmt zu.

Riekel war der erste Hochschullehrer in Deutschland, der von einem NS-Minister entlassen wurde. Vermutlich war er mit seinen damals 35 Jahren auch der jüngste Emeritus. Danach blieb die Stelle aus diversen Gründen bis zum 1.4.1934 unbesetzt. Der Wunschkandidat der Abteilung für die Wiederbesetzung, Oswald Kroh, sagte ab. Stattdessen wurde dessen ehemaliger Assistent, Gerhard Pfahler vorgeschlagen. Franzen stimmte zu. Doch dann kam die Regierungskrise. Klagges, als Nachfolger von Franzen gerade ins Amt gekommen, lehnt ab. Der spätere Favorit von Klagges zur Wiederbesetzung war Krieck, den wiederum die Abteilung ablehnte. Laut Weßelhöft habe die Hochschulleitung im November 1931 die Riekel-Stelle in eine a.o. Professur für Psychologie umwandeln wollen, die Bernhard Herwig erhalten sollte. Klagges habe das abgelehnt, da „die eine noch vakante Planstelle im Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1931 als wegfallend bezeichnet ist.“ (Mitteilung von Ludewig vom 28.4.2014). Was wollte Klagges damit bezwecken? Hitler-Professur?

Eine andere Version lautet, daß bereits Franzen die Berufung von Krieck verzögerte, um die Stelle für Hitler freizuhalten. (vgl. dazu Bei der Wieden 1996, S. 97) Wenn letztere These stimmt, ist das ein weiteres Indiz, daß es schon lange bevor die Einbürgerung Hitlers akut wurde, Absprachen zwischen Berlin und Braunschweig gegeben hat bzw. spätestens bei den Verhandlungen zur Wahl von Klagges dies vorgesehen wurde. Demnach sollte Hitler auch unabhängig von der Kandidatur zum Reichspräsidenten eingebürgert werden. Die sich später ergebende Konstellation anläßlich des Auslaufens der ersten Amtsperiode von Hindenburg hat das latente Problem nur akut werden lassen.

21.4.1931

Riekel tritt als Institutsdirektor zurück. In den BNN erscheint der Artikel „Aufräumungsarbeiten an der Technischen Hochschule“. In dem Artikel werden erstmals betroffene Personen namentlich genannt.

22.4.1931

Die Koalitionsregierung in Thüringen zerfällt durch den Austritt der DVP.

2.6. 1931

Hitler drängt Franzen aus taktischen Gründen, die Notverordnungen Brünings, die zu harten Einsparungen in den Länderhaushalten führen, in Braunschweig besonders drastisch umzuset-

zen. Franzen kündigt seinen Widerstand gegen diese Linie an und erklärt seine Rücktrittsabsicht (laut Roloff 1961, S. 57) gegenüber der Parteiführung in Berlin.

Er soll laut Schildt 1981 mehrfach mit Heß und Rust in der Frage verhandelt, aber keine klare Antwort erhalten haben. Hitler müssen die Konsequenzen eines Rücktritts vor dem Hintergrund seiner strategischen Überlegungen und der Erfahrungen in Thüringen klar gewesen sein. Daß Franzen keine Antwort erhält, liegt vielleicht an innerparteilichen Konflikten zwischen Hitler und Strasser bzw. zwischen dem nationalen und dem sozialistischen Flügel der NSDAP. Möglicherweise war ein Grund auch die notorische Entscheidungsschwäche Hitlers.

12.6.1931

Schrader (Staatspartei) droht Franzen in einem persönlichen Schreiben, seine Unterstützung einzustellen, wenn die Angriffe der NSDAP im Reich auf den Jungdeutschen Orden nicht aufhören. Franzen antwortet nicht auf den Brief.

Wollte er nicht? Konnte er nicht? Durfte er nicht?

17.6.1931

Entschließung des Landtags an den Reichspräsidenten, die Notverordnung wegen des wirtschaftlichen Drucks für Braunschweig zurückzuziehen.

Sommer 1931

Dietrich Klagges verfaßt das Manuskript zu „Idee und System“ (Klagges 1934)

Der Text wird ihm im Frühjahr 1933 als Grundlage seiner Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin dienen, die er auf Veranlassung des Reichspropagandaministeriums halten wird. Darin finden sich die ideologischen Inhalte der für Hitler im Februar 1932 vorgesehenen Professur an der TH Braunschweig.

3.7.1931

Zweites Schreiben von Schrader an Franzen mit der Ankündigung, die Unterstützung einzustellen, weil Franzen auf das erste Schreiben nicht reagiert hat.

7.7.1931

Franzen entschuldigt sich gegenüber Schrader durch urlaubsbedingte Abwesenheit, betrachtet die Aufkündigung der Unterstützung aber als Kampfansage und kontaktiert Franz Groh.

9.7.1931

Hitler konferiert mit Hugenberg über die Zusammenfassung der Nationalen Opposition

Daraus wird die „Harzburger Front“ resultieren.

10.7.1931

Schrader signalisiert Gesprächsbereitschaft, die aber von Franzen nicht wahrgenommen wird.

15.7.1931

Der NS-Student Gille veröffentlicht im Völkischen Beobachter einen Angrif auf die TH Braunschweig.

27.7 1931

Rücktritt von Franzen, der zum sozialistischen, aber moderaten Flügel der NSDAP gehört, mit Schreiben an Zörner (nicht Küchenthal) mit der Begründung: „Durch die fortgesetzt erweiterte und verschärfte Notverordnungspolitik des Reiches haben die kleinen Länder die letzten Reste ihres staatlichen Eigenlebens verloren und sind zu völlig unselbständigen Reichsverwaltungsbezirken herabgesunken. Den Ministern in diesen Ländern ist damit im Widerspruch zu den Verfassungen jede Wirkungsmöglichkeit im Sinne einer Landesregierung genommen. Ich lehne es ab, als Vollziehungsbeamter der die schaffenden Stände in einseitiger und sozial ungerechter Weise belastenden Brüning-Diktatur tätig zu sein und trete daher von dem mir am 1. Oktober 1930 übertragenen Ministeramt zurück. Bis zur Wahl des Nachfolgers werde ich nur die laufenden Geschäfte erledigen.“ (Braunschweigische Staatszeitung vom 28.7.1931). Franzen erhält Unterstützung durch den Fraktionsführer der NSDAP, Franz Groh.

Dem Rücktritt ist ein Konflikt Franzens mit Gauleiter Rust vorausgegangen, der sich in die Landesregierung einmischt.

Die Koalition mit der BEL zerbricht. Die Regierungskrise beginnt. Franzen bleibt allerdings bis zum 15.9. geschäftsführend im Amt.

Diverse Gründe können für den Rücktritt verantwortlich sein: Die in der Rücktrittserklärung gegebene Begründung ist ernst zu nehmen, zumal Braunschweig hochverschuldet und finanziell in der anhaltenden Wirtschaftskrise kaum handlungsfähig war. Auch Roloff hatte die Selbständigkeit Braunschweigs deshalb in Frage gestellt. Die NSDAP muß auf Landesebene umsetzen, was sie auf Reichsebene bekämpft. Ansehensverlust Franzens durch die Berliner Meineidsaffäre. Weil Schrader seine Unterstützung im Landtag aufgekündigt hat. Konflikt Franzens mit der Parteiführung bezüglich der Taktik der Regierungsbeteiligung und Rücktritt auf Druck aus Berlin. Jedenfalls dürfte der Rücktritt gegen den Willen Hitlers erfolgt sein.

Gehrke 1962 behauptet, allerdings ohne weiteren Beleg, daß Klagges maßgeblich zum Sturz von Franzen beigetragen hat, um ihn zu beerben. Diese These wird durch ein Schreiben Roloffs an Brandes vom 20.2.1947 bestärkt, das Gehrke nicht zitiert. Schelm-Spangenberg 1964, S. 150 behauptet, Franzen sei wegen des Konflikts mit Gauleiter Rust zurückgetreten.

Brandes will seitdem nach späterer Aussage innerlich in Opposition zur Koalition mit der NSDAP gegangen sein. In dieser Situation stehen verschiedene Alternativen zur Auswahl: Auflösung der Koalition; Auflösung der BEL; Minderheitsregierung der BEL mit nur einem

Minister unter Tolerierung von NSDAP oder SPD; neue Koalition von SPD und DVP; Landtagsauflösung und Neuwahl.

Konflikte im Reichstag über den Sanierungskurs (Steuern anheben und Ausgaben kürzen) und die Reparationsfrage. Zentrum, Staatspartei, DVP und SPD billigen gegen den Widerstand von NSDAP und DNVP den Haushalt für 1931.

Im Reich stimmt die DVP im Gegensatz zu Braunschweig mit der Weimarer Koalition. Im Vergleich zu Thüringen und dem Reich steht die braunschweiger DVP auf dem rechten Flügel der Partei.

28./29.7. 1931

In Braunschweig eskaliert der Konflikt über die Fortsetzung der Koalition. Diskutiert werden eine mögliche Alleinregierung der BEL durch Tolerierung von Seiten der NSDAP oder von Seiten der SPD oder eine Neuwahl.

Eine Neuwahl wird vor allem von der DVP gefürchtet, die einen massiven Stimmenrückgang zu erwarten hat. Hitlers schärfste Waffe in den Jahren des rasanten Aufstiegs 1929-1932 war immer wieder die Drohung mit Neuwahlen.

29.7.1931

DNVP erklärt, daß ein Minister für die Regierung ausreichend ist.

Die BNN veröffentlichen den Text der Rücktrittserklärung von Franzen und berichten ganzseitig über den Rücktritt. Dabei zitieren sie die Kommentare der überregionalen Presse sowie eine Stellungnahme der DNVP Braunschweig: „Die Deutschnationale Volkspartei bedauert, daß Herr Minister Dr. Franzen von seinem Posten zurückgetreten ist. Aber die Deutschnationale Volkspartei fügt sich in das Unabänderliche dieses Schrittes, da sie volles Verständnis für die Gründe hat, die Herrn Minister Dr. Franzen…“

Die DNVP strebt offenbar eine Minderheitenregierung der BEL an, die von der NSDAP im Landtag tolleriert wird. Damit wird sie sich in harte Konfrontation zur Berliner Zentrale der NSDAP begeben, die unter keinen Umständen die Braunschweiger Machtposition verlieren will – und wenn sie nur dazu dient, Hitler einzubürgern. Die BNN kommentiert den Rücktritt wohlwollend. Der Tenor ihrer Berichterstattung entspricht der Haltung der DNVP.

1.8.1931

Die DNVP strebt weiterhin eine Einministerregierung unter Duldung der NSDAP an.

2.8.1931

Walter Schrader distanziert sich in einem Artikel in „Der Jungdeutsche“ von Franzen und plädiert für die „Einministerregierung“.

5.8.1931

Das kurz zuvor von dem hessischen Amtsrichter Werner Best verfaßte „Boxheimer Dokument“ mit Plänen für einen gewaltsamen Umsturz durch SA und SS wird von hessischen NS-Funktionären im Boxheimer Hof bei Bürstadt/Hessen beraten. Es handelt sich um ein maschinenschriftlich mit mehreren Durchschlägen verfaßtes Manuskript mit Richtlinien zur gewaltsamen Machtergreifung. Als Anlaß wird ein unterstellter kommunistischer Aufstandsversuch angenommen. (Der Text ist veröffentlicht im „Parlament“ vom 18.3.1953)

Best informiert die hessische NSDAP und die Berliner Parteizentrale. Der Inhalt wird von der Parteileitung verworfen.

Das Manuskript, auch „Boxheimer Dokumente“ genannt, wird in der Literatur kontrovers bewertet, ist aber eine wichtige Quelle zu der Frage, ob die NSDAP im Zweifelsfalle doch eine Gewaltoption wahrgenommen hätte und der Legalitätskurs nur taktisch gemeint war. Die Frage sollte zwischen den beiden Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl relevant werden, nachdem der 1. Wahlgang für die NSDAP enttäuschend ausgegangen war.

30.8.1931

Erster Hinweis, daß Hitler mit dem Gedanken spielt, zum Reichspräsidenten zu kandidieren. (laut Roloff 1961, S. 70)

Im Goebbels-Tagebuch findet sich dafür keine Bestätigung. Die These würde aber die Wiederannäherung der Koalitionspartner in Braunschweig erklären.

Rust und Zörner erklären, daß die NSDAP wieder in die braunschweiger Regierung eintreten will.

Franzen bzw. der linke Flügel sind unterlegen.Der Sinneswandel könnte auch auf die akut werdende Einbürgerungsfrage zurückgeführt werden, da die Einbürgerung nur noch in Braunschweig möglich ist, nachdem die Koalition in Thüringen geplatzt ist.

31.8.1931

Der Kampf um die Koalition in Braunschweig beginnt. Laut eines Briefs von Groh an Küchenthal (vom 6.11.1932) vollzieht die NSDAP-Zentrale in Berlin den Schwenk zur erneuten Regierungsbeteiligung.

Schrader spricht sich gegen einen zweiten Minister aus.

Auch Küchenthal nennt in seinen Erinnerungen den 31.8. Damit dreht sich der Wind in der braunschweiger Regierungskrise. Kandidaten für die Nachfolge Franzens sind Rust und Zörner, der sich offenbar selber ins Spiel bringt. Die Wende in der Regierungskrise deutet darauf hin, daß die Frage der Einbürgerung Hitlers eine Rolle spielt, da diese eine Regierungsbeteiligung voraussetzt. Laut Roloff 1960, S. 10 soll Hitler bestimmt haben, daß Klagges der Nachfolger von Franzen werden soll. Beginnt hier der Konflikt Zörner – Klagges? Zörner ist aufgrund seines wirtschaftlichen Scheiterns als Kaffee-Kaufmann besonders interessiert, eine politische Karriere zu machen.

Die Positionen in der Kontroverse zwischen den Parteien lauten: DNVP – 1 Minister, wenn es einen zweiten geben muß, dann soll es ein „nationaler“ sein; Staatspartei: 1 Minister; DVP: Tendenz zu 1 Minister; NSDAP: 2 Minister nach der Kehrwende in der Parteizentrale. Nur Groh ist dagegen. Am Ende wird sich die NSDAP durchsetzen und die DVP wieder der Verlierer der Verhandlungen sein.

1.9.1931

Hitler entscheidet parteiintern, daß die NSDAP den Anspruch auf den zweiten Minister in der braunschweiger Regierung zu stellen hat. Namen für die Nachfolge Franzen werden noch nicht genannt. Die Personalentscheidung liegt bei Hitler.

2.9.1931

Die BNN veröffentlichen den Artikel „Die Nationalsozialisten wollen in der Regierung bleiben“. Darin wird Zörner als möglicher Ministerkandidat genannt.

Die NSDAP erhebt Anspruch auf den zweiten Minister.

Groh, der zum linken Parteiflügel gehört, wird als Fraktionsführer der NSDAP gestürzt. Er tritt aus der NSDAP aus, um seinem Parteiausschluß zuvor zu kommen, behält aber sein Landtagsmandat. Kurt Bertram ersetzt Groh als Fraktionsvorsitzender.

Franzen gibt sein Reichstagsmandat auf.

Die neue Sitzverteilung im Landtag lautet: BEL + NSDAP = 19, SPD + KPD = 19, Schrader, Groh.

Damit gibt es eine Mehrheit links der Mitte, wenn Groh bei seiner „linken“ Position bleibt. Groh erklärt, daß der Reichsleitung der Entschluß Franzens seit dem 24.6.1931 bekannt gewesen sei. (BNN vom 2.9.1931) Insofern hat die NSDAP ein sehr riskantes Spiel gespielt, das auch mit der Abwahl der alten Koalition hätte enden können. Wieder hängt alles an einem seidenen Faden. Seitdem hängt die Abstimmung im Landtag nicht nur von Schrader, sondern auch noch von Groh ab.

Franzen kehrt später nach Kiel zurück und wird Anwalt.

3.9.1931

Die BEL proklamiert eine Alleinregierung Küchenthal. Die 4 DVP-Abgeordneten drohen, eine Koalition mit der SPD einzugehen.

Demnach wäre die DVP sogar bereit gewesen, die BEL zu verlassen.

Hitler läßt seine Parteiführung in Berlin erklären, die Koalition in Braunschweig nicht aufgeben zu wollen, um keine Machtposition zu verschenken. Klagges spricht sich in Braunschweig in Holst Garten für die Fortsetzung der Koalition aus und droht der BEL.

Küchenthal und Franzen (noch geschäftsführend im Amt) erlassen gemeinsam eine „Einminister-Verordnung“.

Damit ist Franzen offen auf Konfrontation zu Hitler gegangen! Erkennt die NS-Führung tatsächlich erst jetzt die Konsequenzen des Franzen-Rücktritts? Jedenfalls gab es einen harten Konflikt innerhalb der NSDAP auch in Braunschweig. Ging es auch um die Hitler-Einbürgerung?

4.9.1931

Hitler fordert einen zweiten Minister für die NSDAP.

Damit schaltet sich die berliner Parteizentrale in den Konflikt ein.

Die BNN stellen in einem Artikel Rust, Zörner und Klagges als Ministerkandidaten vor.

Laut späterer Aussage von Klagges beginnt hier der Konflikt Zörner – Klagges.

6.9.1931

Klagges wird offiziell als Kandidat für die Landtagssitzung vom 15.9. benannt.

Zörner ist erneut übergangen worden. Als Gründungsfigur der braunschweiger Nazis mußte ansehen, wie ein externer, aus Preußen importierter, Nazi ihm vorgezogen wird. Die Parallele zum Konflikt Roloff-Küchenthal bei der DNVP ist offensichtlich. Daraus kann geschlossen werden, daß Zörner noch keine besonderen Beziehungen zu Hitler hat.

Der Vorstand der DVP beschließt angesichts der ungelösten Krise der Koalitionsregierung, sich innerhalb der BEL für die Einministerregierung einzusetzen und Küchenthal zu unterstützen.

Damit ist die braunschweiger DVP offen auf Konfrontation zur NSDAP gegangen. Eigentlich war damit die Koalition auseinandergebrochen.

Die BNN betonen in einem Artikel die gegensätzlichen Positionen.

7.9.1931

Die BEL beharrt auf weiter auf der Einministerregierung, die auch von Schrader unterstützt wird.

Hitler übt in einem Brief Druck auf Hugenberg in Berlin aus, die braunschweiger DNVP entsprechend zu beeinflussen. Hitler kritisiert insbesondere die von Franzen und Küchenthal unterschriebene „Einministerverordnung“. Die NSDAP verkündet ein Ultimatum zum 15.9.: Wenn Klagges nicht Minister wird, dann kommt es zum Bruch der Harzburger Front am 16.9. (Brief in Küchenthal 1973, Bd. I)

Von Hitler wird die Berliner Karte gespielt, da die braunschweiger Parteifreunde sich ins politische Abseits manövriert haben. Hitler kann Hugenberg mit der Forderung unter Druck setzen, daß die Harzburger Front nur zustande kommt, wenn die Koalition in Braunschweig wieder hergestellt wird. Diese Karte sticht, da Hugenberg über die Harzburger Front einen Machtwechsel in deutschland herbeiführen will. Der Vorgang wird sich wenige Monate spä-

ter in der Einbürgerungsfrage wiederholen. Wenn es darauf ankommt, verlieren die braunschweiger Politiker ihre Autonomie gegenüber den Parteizentralen.

8.9.1931

Die NSDAP in Braunschweig unter dem neuen Fraktionsvorsitzen Bertram stellt der BEL ein auf zwei Tage befristetes Ultimatum zum 10.9., Klagges als neuen Minister zu akzeptieren.

Die BEL hat folgende Alternativen: Auflösung der Bürgerlichen Einheitsliste und Koalition SPD – DVP (= 17 + 4 Sitze mit der Konsequenz, die bürgerlichen Wähler zu verärgern); Neuauflage der Koalition BEL – NSDAP; Neuwahlen. Bei Neuwahlen hatte die DVP eine empfindliche Niederlage zu fürchten. Die DNVP ist in der stärkeren Position als die DVP, da erstere von Neuwahlen weniger zu befürchten hat. Umgekehrt hatte die DVP keine Rücksicht auf die Harzburger Front zu nehmen.

Offenbar hat die Variante, Duldung der „Einministerregierung“ durch die SPD, keine Rolle gespielt. Auch so hätte die Regierungskrise einstweilen überwunden werden können. In der Gemeinde Bodenstedt ist diese Variante (alle gegen die NSDAP) verfolgt worden.

9.9.1931

In Berlin beginnt der Druck auf Brüning, Hitler an der Regierung zu beteiligen.

10.9.1931

Die braunschweiger DNVP gibt widerwillig dem Druck Hugenbergs nach. Die DVP will hart bleiben. Jetzt droht die DNVP mit Landtagsauflösung.

Erst jetzt lenkt die DVP ein, weil für sie nur die Alternative Koalitionswechsel zur SPD oder Neuwahlen mit drohenden erheblichen Stimmenverlusten bleibt.

So wird eine weitere Möglichkeit der DVP verpaßt, durch einen Koalitionswechsel die „Machtübernahme“ der NSDAP in Braunschweig noch abzuwenden. Rücksicht auf die Harzburger Front hätte sie nicht nehmen müssen. Warum die DVP am Ende nachgibt, ist ohne weitere Quelleneinsicht nicht wirklich befriedigend zu beantworten.

Möglicherweise wird bei den neuerlichen Koalitionsverhandlungen, so Roloff jun. 1960 gegenüber Morsey, aus Rücksicht auf die Harzburger Front die Einbürgerung HItlers verabredet.

12.9.1931

Göring spricht in Braunschweig (Stadthalle), begründet die Regierungsbeteiligung der NSDAP und droht zugleich der BEL.

15.9.1931

Die Regierungskrise wird durch die Wahl von Klagges zum Innen- und Volksbildungsminister durch die Koalition mit 20 : 19 Stimmen beendet.

Schrader stimmt gegen Klagges. Der NS-Dissident Groh stimmt für Klagges. Der KPD-Abgeordnete Gmeiner ist von Landtagspräsident Zörner für mehrere Sitzungen wegen Störung ausgeschlossen und weigert sich, sein Mandat für einen Nachrücker aufzugeben.

Roloff jun. 1960, S. 11 vermutet, daß der Ausschluß von Gmeiner von NS-Leuten auf der Tribüne provoziert worden ist, um mit diesem Trick eine Mehrheit für Klagges zu sichern. Womöglich gab es eine Absprache zwischen Zörner und den NS-Provokateuren. Sonst hätte das Ergebnis 20 : 20 gelautet und Klagges wäre nicht gewählt worden! Wenn die These stimmt, dann hatte Klagges sein Ministeramt Zörner zu verdanken. Die 4 DVP-Abgeordneten wollen laut Schelm-Spangenberg 1964, S. 153 nur widerwillig zugestimmt haben. Verhindern wollten sie es aber auch nicht. Dann hätten sie zusammen mit der SPD eine Geschäftsordnungsmehrheit bilden und den Ausschluß von Gmeiner rückgängig machen können.

So wurde der 15. September 1931 in Braunschweig zum Tag der „Machtergreifung", weil Klagges den Legalitätskurs, den Franzen verfolgt hat, in der Folgezeit verläßt. Sie hätte durch eine Stimme verhindert werden können, die aufgrund eines Geschäftsordnungstricks des Landtagspräsidenten Zörner gefehlt hat! Gmeiner weigerte sich später nochmals nach Ausschluß von den Landtagssitzungen, sein Mandat bei einer wichtigen Abstimmung zurückzugeben. Zörner hat mehrfach unter Berufung auf die Geschäftsordnung kraft seines Amtes für den Ausschluss der KPD-Abgeordneten aufgrund von Zwischenrufen, Störungen etc. und so für eine Mehrheit der Koalition gesorgt. Hier zeigt sich die Konsequenz, daß nicht die größte Fraktion (SPD) und auch nicht die zweitgrößte Fraktion – BEL mit Wessel – den Landtagspräsidenten stellt. Die bürgerlichen Parteien lassen Zörner immer wieder (mit Absicht oder aus Naivität?) gewähren.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 4,324 Mio. gestiegen.

17.9.1931

Offizielle Verteilung der Zuständigkeiten in der neuen Regierung: Küchenthal – Vorsitz, Finanzen, Justiz; Klagges – Inneres, Volksbildung

Damit hat Klagges ganz im Sinne des Hitler-Briefes von 1930 die Zuständigkeit für Personalwesen, Polizei, Schulen und Hochschule.

31.9.1931

Staatsbankpräsident Oskar Stübben scheidet aus dem Amt aus. Die Position bleibt 1 ½ Jahre vakant und wird von Finanzpräsident Emil Bartels als Stellvertr. Staatsbankpräsident verwaltet. (Entnazifizierungsakte Küchenthal 3 Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. 1)

Nach einer anderen Quelle (Braunschweigisches Biographisches Lexikon, S. 599) wurde Stübben erst im Januar 1932 nach Angriffen von seiten der NSDAP zu einem Urlaubsgesuch gezwungen und erst 1933 formal aus dem Amt entfernt. Küchenthal wird jedenfalls das Amt ab 1.4.1933 bekleiden, nachdem er zuvor als Minister und zurückgetreten ist. Aus diesem Zusammenhang läßt sich die Vermutung ableiten, daß bereits bei den Verhandlungen zur Umbildung der Regierung und der Ersetzung von Franzen durch Klagges Vorsorge für eine künftige Verwendung von Küchenthal getroffen wurde, falls dieser, aus welchem Grund auch im-

mer, als Minister ausscheidet. MR Paul Kiesel wird dies 1947 gegenüber dem Entnazifizierungsausschuß bestätigen. Dies ist ein Beleg, daß Küchenthal sehr strategisch gedacht hat und zuallererst immer sein persönliches Fortkommen im Auge hatte.

1.10.1931

Franzen tritt aus der NSDAP aus.

Damit hat Franzen wie Groh die Konsequenz aus dem innerparteilichen Konflikt mit der Berliner Parteiführung gezogen.

3.10.1931

Außenminister Julius Curtius (DVP) tritt zurück.

Die Krise der Regierung Brüning wird akut. Die DVP vollzieht auch im Reich den Rechtsschwenk von der Großen Koalition zur nationalen Opposition, obwohl man in Thüringen und Braunschweig schlechte Erfahrungen mit einer solchen Konstellation gemacht hat. Möglicherweise hat doch die Berliner DVP-Zentrale Einfluß auf die braunschweiger Parteifreunde genommen.

Kurt von Schleicher, Chef des Ministeramts im Reichswehrministerium, verhandelt mit Hitler über den Regierungseintritt der NSDAP. Hitler stimmt zu unter der Bedingung, daß es zu Neuwahlen kommt.

Klagges hebt das Umzugs- und Uniformverbot für SA und SS auf. Dadurch wird der Aufmarsch der Harzburger Front in Bad Harzburg möglich.

Diese Maßnahme war vermutlich Teil des Verhandlungspakets vom 10.9.

6.10.1931

Das Kabinett Brüning tritt zurück. Hindenburg erteilt Brüning den Auftrag, eine neue Regierung ohne parteienorientierte Bindung zu bilden.

Herbst 1931

Brüning will eine Amtsverlängerung Hindenburgs, dessen Präsidentschaft im Frühjahr 1932 ausläuft, und über Notverordnungen solange weiter regieren, bis die Verhandlungen über eine Einstellung der Reparationszahlungen Erfolge zeigen bzw. die Wirtschaftskrise überwunden ist. Voraussetzung für die Verlängerung der Amtszeit ist eine Verfassungsänderung, die wegen der notwendigen 2/3-Mehrheit die Zustimmung der Rechtsparteien (DNVP, Teile der NSDAP) erforderlich macht, da eine Zustimmung der KPD nicht zu erwarten ist.

Seitdem eröffnet sich auch für die NSDAP die Option, wenn die Amtsverlängerung nicht zu erreichen ist und Neuwahlen unumgänglich werden, daß Hitler oder ein anderer NS-Kandidat zum Reichspräsidenten gewählt wird. Anschließend könnte dieser einen Reichskanzler der NSDAP ernennen und selber über Notverordnungen regieren. Realistischer Weise würde nur

Hitler eine Chance haben, Hindenburg zu schlagen. Damit wird Hitlers Einbürgerung zu einem akuten Problem.

10.10.1931

Zweites Kabinett Brüning. Viele Minister sind parteilos. Innenminister Joseph Wirth (Zentrum), linker Flügelmann des Kabinetts, wird entlassen. Das Ressort des Innenministeriums wird kommissarisch von Reichwehrminister Groener übernommen.

Der Schachzug soll dazu dienen, der politischen Rechten entgegen zu kommen, wird aber nicht honoriert.

Brüning trifft mit Hitler zusammen, um die Präsidentschaftsfrage zu sondieren. Hitler lehnt ab, sich öffentlich für eine Wiederwahl Hindenburgs zu erklären.

Auf Wunsch Brünings kommt es am Abend zu einem ersten Treffen zwischen Hitler und Hindenburg in Berlin. Hitler macht einen schlechten Eindruck auf Hindenburg. Anschließend fährt Hitler nach Bad Harzburg.

Das große Spiel um die Macht im Reich ist eröffnet.

Oktober 1931

Magda Quandt begegnet Hitler zum ersten Mal im Hotel Kaiserhof in Berlin.

Goebbels schickt Magda Quandt mehrmals, so am 17./18.10., nach Braunschweig, um in der Einbürgerung Hitlers zu sondieren.

Die glamoröse Magda Quandt, geschiedene Frau des Industriellen Günter Quandt, war am 1.9.1930 in die NSDAP eingetreten und hatte im November 1930 die Bekanntschaft von Goebbels gemacht. Als seine anfängliche Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle der berliner Gauleitung und Geliebte wurde sie von ihm mit delikaten Aufträgen bedacht. Mindestens genauso wie von Goebbels war sie von Hitler fasziniert, zu dem sie bis zum Ende im Bunker der Reichskanzlei sehr nahe stand. Am 19.12.1931 wird Goebbels sie heiraten. (Widmann 2001)

Die Entsendung von Quandt ist ein früher Hinweis, daß die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig auf den Weg gebracht werden sollte und daß Goebbels mit dieser Aufgabe befaßt war. Das Datum kann als Indiz gewertet werden, daß die Einbürgerung Teil der Verabredungen zur Wahl von Klagges war. Womöglich waren die Krise der Reichsregierung und die Sondierungen in der Präsidentschaftsfrage der aktuelle Anlaß der Misssion. Unklar ist, mit wem sie gesprochen hat. Unklar ist auch, ob die Begegnung zwischen Hitler und Quandt kurz zuvor eine Rolle bei ihrer Entsendnung nach Braunschweig gespielt hat.

10./11.10.1931

Treffen der „Harzburger Front“ im braunschweigischen Bad Harzburg aus DNVP, Stahlhelm, NSDAP u.a nationalen vereinigungen. Zu den Organisatoren gehören Klagges und Küchenthal. Küchenthal erklärt in seiner Eröffnungsrede: „Wer den heutigen Aufmarsch der nationalen Opposition in Bad Harzburg beobachtet, wer den feierlichen Gottesdienst in unserem

Harzwalde erlebt hat, der wird mit großer Genugtuung feststellen müssen, dass sich im deutschen Volke gewaltige, in ihrem Siegeslauf nicht aufzuhaltende Kräfte regen.

Möge der Tag nicht fern sein, an dem das gesamte deutsche Volk erkennt, dass die Arbeit der nationalen Parteien und Verbände, die sich heute noch die nationale Opposition nennen, den Wiederaufstieg des deutschen Vaterlandes vorbereitete und dass die heutige Arbeit und Tagung dem gesamten deutschen Vaterlande dient, Deutschlands Jugend und Zukunft.“ (zitiert nach Braunschweigische Staatszeitung vom 12.10.1931)

Das Treffen endet im offenen Konflikt zwischen NSDAP und den Nationalkonservativen bzw. zwischen SA und Stahlhelm.

Die Veranstaltung hätte in Preußen wegen des Uniform- und Aufmarschverbots nicht stattfinden können. Hugenbergs Strategie lautet: Entweder die parlamentarische Mehrheit für die nationale Opposition erringen oder einen nationalen Kanzler von Hindenburg ernennen lassen. Die sich im Verlauf des Treffens offenbarenden massiven Konflikte zwischen Hitler und den Nationalkonservativen demonstrieren das Scheitern der Harzburger Front schon im Ansatz. Hitler, der sich weigert, den Vorbeimarsch des Stahlhelms abzunehmen, will sich nicht in eine Front einordnen, sondern alleiniger Führer sein.

Anschließend kommt es in Berlin, Hotel Kaiserhof, zu Verhandlungen zwischen Hitler und den Stahlhelmführern, um zu klären, wer den Konflikt verursacht hat. Das Gespräch endet im Streit. Seitdem will Duesterberg ein Gegner von Hitler gewesen sein. (Duesterberg 1949, S. 14)

16.10.1931

Hitler fordert in einem offenen Brief an Brüning die Beteiligung der Rechtsparteien an der Regierung.

17.10.1931

Mißtrauensanträge gegen die Regierung Brüning werden mit 295 : 270 Stimmen abgelehnt. Anschließend wird der Reichstag bis auf weiteres vertagt (tatsächlich bis zum 24.2.1932).

17./18.10.1931

Die Großkundgebung der NSDAP in Braunschweig („Hitlertage“) mit 104.000 SA-Leuten aus ganz Deutschland (evtl. nur 70.000) als Gegenveranstaltung zur Harzburger Front demonstriert den Anspruch zur Alleinherrschaft. Die SA mobilisiert damit die gleiche Personalstärke, die der Reichswehr erlaubt ist.

Magda Quandt ist an diesen beiden Tagen mit ihrem Sohn aus erster Ehe, Harald in Braunschweig.

Vermutlich hat sie parallel zum Massenaufmarsch der SA diskret im Auftrag von Goebbels die Gelegenheit genutzt, die Einbürgerung Hitlers zu sondieren.

18.10.1931

Hitler erklärt bei der Fahnenweihe auf dem Franzschen Feld: „Dies sind die letzten Feldzeichen, die ich Euch vor der Machtübernahme übergebe.“

Anschließend Vorbeimarsch der SA am braunschweiger Schloß vor der Führung der NSDAP. Auf dem Bild steht der neunjährige Harald Quandt neben seinem künftigen Stiefvater Goebbels und anderen Nazi-Größen wie Frick und Strasser in der ersten Reihe.

Nach dem Vorbeimarsch kommt es zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen in Braunschweig mit 2 Toten und 72 Verletzten. Klagges, der als Innenminister für die Polizei verantwortlich ist, läßt die SA gewähren.

Der Massenaufmarsch der SA, die anschließenden Unruhen und deren Deckung durch Klagges ist ein erster deutlicher Hinweis für den faktischen Machtwechsel in Braunschweig. Klagges offenbart hier erstmals sein durchgängiges Verhaltensmuster, sich nicht persönlich die Hände schmutzig zu machen, aber Scharfmacher gewähren zu lassen bzw. sie anzustiften und nachher zu decken bzw. die Vorgänge zu verharmlosen.

Eine bei Roloff 1961, S. 74 zitierte Theorie lautet, daß der braunschweiger Aufmarsch ein Ersatz für einen geplanten Putsch in Berlin gewesen sei, der durch die Harzburger Front verhindert wurde. Der Aufmarsch war jedenfalls eine Machtdemonstration nicht nur in Braunschweig, sondern auch gegenüber der Reichsregierung bzw. den Nationalkonservativen. 1932 hatte die SA eine Mannschaftsstärke von ca. 260.000 Mann, 1932/33 von ca. 470.000 Mann und war damit der Reichswehr zahlenmäßig weit überlegen, wenn auch schlechter bewaffnet. (Ruben 2004, S. 22)

Zu berücksichtigen ist auch die Nachwirkung der Machtdemonstration auf die bürgerlichen Wähler und Politiker. Bei allen späteren Konflikten innerhalb der Koalition und insbesondere anlässlich der Einbürgerungsfrage dürfte die Drohung, daß die NSDAP jederzeit wieder 100.000 Mann mobilisieren konnte, latent eine Rolle gespielt haben. Die „Hitlertage“ in Braunschweig demonstrierten nicht nur den Führungsanspruch Hitlers gegenüber den Nationalkonservativen, sondern bildeten auch den Auftakt der politischen Großoffensive des Jahres 1932. Braunschweig hat zweimal, als Ort des SA-Aufmarschs und als Ort der Einbürgerung Hitlers, eine wichtige Rolle gespielt.

Brüning weist in seinen Memoiren (S. 460) darauf hin, daß seitdem der politische Terror in Deutschland ansteigt.

Auch dafür hat Braunschweig noch das Modell geliefert.

21.10.1931

Goebbels schreibt in der SA-Zeitung „Der Angriff“, daß mit dem braunschweiger Aufmarsch die Harzburger Front beendet sei.

31.10.1931

Senat und Rektor sprechen sich für das Verbot politischer Veranstaltungen und Uniformen an der TH aus.

1.11.1931

Adolf Schmidt (Parteimitglieds-Nr. 41155) wird von Klagges als Hilfsreferent ins Volksbildungsministerium berufen.

3.11.1931

Der Abgeordnete Brandes, Vorsitzender der braunschweiger DVP, wendet sich in einer Erklärung gegen die Berufung des Abgeordneten Schmidt (NSDAP) ins Volksbildungsministerium als Einstieg in die Parteibuchbeamtenpolitik.

Während Franzen im Volksbildungsministerium das alte Personal belassen hat, werden mit dem Wechsel zu Klagges wichtige Posten mit Parteimitgliedern besetzt. Genau dies haben die bürgerlichen Parteien zuvor der SPD vorgeworfen.

5.11.1931

Der Streit zwischen dem bulgarischen Studenten Stojanoff und einer deutschen Studentin wird vom NSSTb propagandistisch aufgegriffen und löst den ersten braunschweiger Hochschulkonflikt aus.

Prorektor Mühlenpfordt leitet eine diesbezügliche Untersuchungskommission und wird zum Opfer der Agitation. Rektor Schmitz stellt sich hinter Mühlenpfordt.

Roloff jun. vertritt 1960 die These, daß die Inszenierung des Hochschulkonflikts im Zusammenhang mit der Absicht gesehen werden muß, Hitler zum Professor an der TH zu ernennen, um entsprechenden Druck auf die Professorenschaft auszuüben (ebd. S. 16a). Belege für diese These liefert er nicht. Demnach wäre der Einbürgerungsplan via Professur von Klagges schon seit Ende Oktober/Anfang November 1931, evtl. seit der Intervention von Magda Quant, ventiliert worden.

Zu überprüfen ist, ob es im fraglichen Zeitraum auch an anderen deutschen Universitäten vergleichbare Aktivitäten von NS-Studenten gegeben hat. Falls es sich um eine braunschweiger Besonderheit gehandelt hat, würde das für die These von Roloff sprechen.

7.11.1931

Die Schlagzeile im Schlesischen Beobachter lautet: „Hitler soll Reichspräsident werden."

Seitdem werden die Kandidatur Hitlers und die Frage der fehlenden Staatsbürgerschaft öffentlich diskutiert.

11.11.1931

Der Mißtrauensantrag der SPD gegen Klagges wird im Landtag mit 20 : 19 abgelehnt. Für Klagges stimmen NSDAP, BEL und Groh (fraktionslos) gegen Klagges SPD, KPD und Schrader.

Mittlerweile hängt die Mehrheit am Dissidenten Groh.

12.11.1931

Schließung des Riekel-Instituts aufgrund finanzieller Schwierigkeiten

15.11.1931

Landtagswahlen in Hessen: Die NSDAP erhält 37,1 %. Die Weimarer Koalition hat keine Mehrheit mehr. Werner Best wird Landtagsabgeordneter und Fraktionsführer der NSDAP. Zentrum und NSDAP, die zusammen eine Mehrheit bilden können, führen Koalitionsverhandlungen unter Beteiligung des Autors des Boxheimer Dokuments, Best.

17.11.1931

Die Innenministerkonferenz der Länder diskutiert ein Verbot von SA und SS. Ein Verbot der NSDAP kommt nur im Falle einer offenen Rebellion in Frage. Für Braunschweig ist nicht Innenminister Klagges, sondern Küchenthal eingeladen, um Klagges von der Sitzung fernzuhalten.

18.11.1931

Die Presse berichtet über die Konferenz mit dem Tenor, daß der Staat den radikalen Kräften von rechts und links härter entgegentreten will.

Der Volksfreund veröffentlicht eine Karikatur über den „Landbunddoktor Roloff“ mit der Überschrift „Sein Thron wackelt“.

Damit soll darauf hingewiesen werden, daß der Einfluß des „Strippenziehers“ Roloff abnimmt, weil Klagges zur starken Figur in der braunschweiger Politik aufsteigt.

19.11.1931

Brüning fordert die hessischen Parteifreunde auf, mit der NSDAP in Hessen Koalitionsverhandlungen aufzunehmen.

21.11.1931

Der Senat der TH beschließt ein Verbot der NS-Studentengruppe. Minister Klagges macht das Verbot umgehend rückgängig.

Der Vorgang ist ein Beispiel für die Doppelstrategie der NSDAP in Braunschweig durch Mobilisierung von unten und Druck von oben. So wird die Hochschulleitung in die Zange genommen.

25.11. 1931

Der NS-Überläufer Wilhelm Schäfer als einer der Teilnehmer der Tagung auf dem Boxheimer Hof übergibt seine Kopie an den Frankfurter Polizeipräsidenten. Daraufhin kommt es zu Hausdurchsuchungen bei verdächtigen NS-Funktionären. Innenminister Leuschner informiert die Presse.

Der Vorgang beeinträchtigt die Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und NSDAP in Hessen. Das Reichswehministerium reagiert scharf.

Schäfer wird, vermutlich im Auftrag von Best, am 17.7.1933 im Frankfurter Stadtwald erschossen.

27.11.1931

Die NS-Führung distanziert sich von Best anlässlich eines Treffens Göring-Groener.

30.11.1931

Eröffnung des Strafverfahrens gegen Best wegen Hochverrats durch den Oberreichsanwalt.

Die NS-Führung suspendiert Best von allen Parteiämtern.

Aus der Logik des „Legalitätskurses“ war diese Maßnahme zwingend.

November/Anfang Dezember 1931

Spätestens zu diesem Zeitpunkt (evtl. schon seit dem Herbst) beginnt Brüning auf Hindenburg einzuwirken, daß dieser nochmals für das Amt des Reichspräsidenten kandidiert. Hindenburg sträubt sich aus Altersgründen und Gründen politischer Resignation. Brüning erwägt deshalb, stattdessen eine Amtsverlängerung über eine Verfassungsänderung zu ermöglichen (Brüning 1970, S. 451). Ende November hofft Brüning noch auf die Kooperation der NSDAP bei der notwendigen Verfassungsänderung (ebd. S. 461f).

Quaatz 1989 wird die Überlegungen in seine Aufzeichnungen am 12.12.1931 bestätigen. Damit sind alle späteren Konsequenzen bis hin zu Hitlers Kandidatur gegen Hindenburg und seine zuvor notwendige Einbürgerung bereits vorgezeichnet, auch wenn diese den Beteiligten nicht von Anfang an klar gewesen sein mögen. Angesprochen wird von Brüning auch sein Mißtrauen gegenüber Schleicher.

Brüning erklärt ferner im Hinblick auf seine Gespräche mit Hindenburg bezüglich der Wiederwahl: „Ich erklärte ihm, ich sei stets Monarchist gewesen und geblieben, und glaube nun allmählich die politische Konstellation so weit vorangetrieben zu haben, daß die Wiederherstellung der Monarchie in den Bereich des Möglichen rücke. Allerdings – das bemerkte ich in

einem zweiten Vortrag – glaubte ich nicht, daß es außenpolitisch möglich sei, den Kaiser zurückzuberufen. Auch die Einsetzung des Kronprinzen scheine mir sehr schwierig und könne zu Komplikationen führen, die die Stellung der Monarchie auf ein Jahrzehnt hinaus erschwere, ja unmöglich mache. Dagegen sei vielleicht die Kombination möglich, daß er mit einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages und des Reichsrates als Reichsverweser die Regentschaft für einen der Söhne des Kronprinzen übernehme.“ (Brüning 1970, S. 453). Hindenburg sträubt sich, weil er den Kaiser nicht übergehen möchte.

Hier offenbaren sich die wahren Absichten Brünings. Es ging nicht nur um die Fortsetzung der Notverordnungspolitik, um die Wirtschaftskrise auszusitzen, sondern auch um die Restauration der Monarchie. Unklar ist, ob er sich Hindenburg gegenüber nur taktisch verhält, weil er so Hitler vermeiden will. Die Zustimmung des Reichsrats spielte später keine Rolle mehr. Da die NSDAP außer in Braunschweig nirgendwo an der Regierung beteiligt war, wäre dessen Zweidrittelmehrheit erreichbar gewesen. Daß Brüning sich als Monarchist offenbart, soll der Grund gewesen sein, warum die Memoiren erst 1970 unmittelbar nach seinem Tod veröffentlicht wurden.

Dezember 1931

Der Preußische Innenminister Severing erwägt, Hitler anläßlich einer Pressekonferenz im Hotel Kaiserhof (Berlin) verhaften und nach Bayern abschieben zu lassen, um ihn so zumindest aus Preußen offiziell ausgewiesen zu haben. (Bracher 1964, S. 461)

Die Quelle ist Goebbels 1934. In der wissenschaftlichen Edition des Tagebuchs (Goebbels 1987) findet sich der Hinweis nicht.

9.12.1931

Nach Bekanntwerden des „Boxheimer Dokuments“ fordert Hitler in einem Rundschreiben zur Parteidisziplin auf.

Best gehörte zur radikalen Fraktion der Partei, die einen gewaltsamen Umsturz anstrebte, während sich Hitler auf den legalistischen Kurs zur Machtergreifung festgelegt hatte.

Anfang Dezember 1931

Theodor Heuß schließt das Manuskript „Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus“ ab. Darin befaßt er sich u.a. mit Hitlers Legaklitätskurs und dessen Wirkung auf den radikalen Flügel der Partei. Die Konsequenz des Legalitätskurses ist, Koalitionen eingehen zu müssen, da die NSDAP wegen der Festigkeit der Wählerschaft von Zentrum und SPD allein keine Mehrheiten erringen kann (Heuß 1932, S. 137ff).

Heuß stellt darin die durchaus zutreffende These auf, daß die bürgerlichen Koalitionäre der NSDAP in Thüringen und Braunschweig Lehren aus dieser Zusammenarbeit zu ziehen haben. 1933 hat er allerdings als Reichstagsabgeordneter der DDP im Widerspruch zu seinem Buch dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt. Er selber hat trotz seiner eigenen Erkenntnisse diese Lehren nicht gezogen.

10.12.1931

Die Koalitionsverhandlungen in Hessen werden vom Zentrum abgebrochen. Die Regierung Adelung bleibt bis 1933 geschäftsführend im Amt.

Röhm fordert das Reichswehrministerium für die NSDAP als Gegenleistung für die Zustimmung zur Verfassungsänderung (Brüning 1970, S. 473).

Offenbar wollte er selber Reichswehrminister werden.

12.12.1931

Reinhold Quaatz, DNVP-Reichstagsabgeordneter und Vertrauter Hugenbergs, notiert in seinem Tagebuch, daß die Wahl des Reichspräsidenten für den 13.3.1932 in Aussicht genommen ist. Hindenburg wäre bereit, einer Verlängerung seiner Amtszeit um einige Monate zuzustimmen, wenn es eine 2/3-Mehrheit des Reichstags unter Einschluß der Rechten gibt und wenn das Hoover-Moratorium um ein Jahr verlängert wird. (Quaatz 1989, S. 166)

Spätestens seit diesem Datum sind in Berlin die Modalitäten der Reichspräsidentenwahl und die Frage, wie sich die NSDAP dazu stellt, ein Thema.

15./16.12.1931

Zweitägiger Hochschulstreik an der TH Braunschweig

16.12.1931

Das Senatsprotokoll erwähnt den Konflikt.

Groh (fraktionslos) legt sein Mandat nieder. Für ihn rückt Wilhelm Zinsser (NSDAP) nach.

Damit hängt die Mehrheit der Regierungskoalition nur noch von Schrader ab.

23.12.1931

SPD, ADGB, Arbeitersport und Reichsbanner gründen die „Eiserne Front“ als Gegengewicht zum Erstarken der SA/NSDAP

31.12.1931

Führerbrief des Stahlhelms, in dem die die Gegensätze innerhalb der Harzburger Front festgestellt werden. (Text in Duesterberg 1949, S. 15-16)

1.1.1932

Neujahrsaufruf Hitlers, der 1932 als „das schwerste Jahr des Kampfes unserer Bewegung“ deklariert.

Damit sollte Hitler insofern Recht behalten, als die Serie der Wahlkämpfe des Jahres 1932 den politischen Durchbruch für die NSDAP gebracht hat.

Die Zahl der Arbeitslosen ist auf 5,666 Mio. gestiegen.

Januar 1932

Proteste der NS-Studenten in Braunschweig gegen Prorektor Mühlenpfordt und Rektor Schmitz

Mühlenpfordt beantragt ein Dienststrafverfahren gegen sich selber, das aber nicht eingeleitet wird.

Mühlenpfordt war laut Roloff jun. mit Roloff sen. befreundet (Roloff 1961). Dieser Umstand liefert eine Erklärung in der Haltung Roloffs im braunschweiger Hochschulkonflikt.

Anfang 1932

Roloff erinnert sich in einem Brief an Brandes vom 20.2.1947 (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2), daß Klagges bereits „Anfang 1932“ den ersten Vorstoß über den DNVP-Vorsitzenden Baumann gemacht habe, Hitler zum Professor zu berufen. Dabei sei es zunächst gar nicht so sehr um die daraus resultierende Einbürgerung Hitlers, sondern um den damit verbundenen Reputationsgewinn gegangen. Roloff habe dagegen sowohl innerhalb der TH wie in einem Gespräch mit Klagges, Wessel, Baumann und Brandes interveniert.

Falls diese Aussage stimmt, ist sie wieder ein Hinweis, daß Akten allein nicht genug Aussagekraft haben. Schriftliche Belege finden sich erst seit dem Zeitraum etwa 4 Wochen später.

2.1.1932

Erneute Regierungskrise zwischen BEL und NSDAP wegen des Hochschulkonflikts. Die DVP erwägt erneut den Austritt aus der Koalition. Die NSDAP lenkt ein.

Die vorläufige Beendigung des ersten Hochschulkonflikts und der anschließende politische „Burgfrieden“ sind taktisch bedingt und dürften auf die anstehende Kandidatur und die zeitlich drängende Einbürgerung Hitlers zurückzuführen sein.

5.1.1932

Brüning läßt von seinen Beamten Joel und Zweigert ein „endgültiges“ Gutachten über die verfassungsmäßige Zulässigkeit der parlamentarischen Verlängerung der Amtszeit des Reichspräsidenten durch eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags erstellen. (Brüning 1970, S. 500)

Diese Sondierungen gingen bis zum Herbst 1931 zurück und dürften mit der Bildung des 2. Kabinetts Brüning am 10.10.1931 an Aktualität gewonnen haben.

Anschließend konferieren Brüning und Hindenburg über eine Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten. Hindenburg ist unentschieden und möchte seine Zustimmung davon abhängig machen, daß Brüning seine Wiederwahl durch die Parteien via Verfassungsänderung garantieren kann.

Der am 14.9.1930 gewählte 5. Reichstag hatte 577 Abgeordnete. Die für eine Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit verlangte mindestens 384 Stimmen. Die Parteien der Weimarer Koalition kamen zusammen auf 250, einschließlich DVP auf 280 Sitze. Da mit der Unterstützung der KPD (77 Sitze) nicht zu rechnen war, mußten NSDAP (107 Sitze) und DNVP (41 Sitze) für den Plan gewonnen werden. Damit kam die NSDAP als Machtfaktor ins Spiel, ohne die die Amtsverlängerung des Präsidenten über eine Verrfasungsänderung nicht zu haben gewesen wäre. Hindenburg verlangte für seine Zustimmung die Zustimmung der parlamentarischen Rechten, um nicht als Präsident der Linken zu erscheinen. Diese Forderung brachte Brüning in eine schwierige Sitation. Er mußte mit Hitler verhandeln und ihm ggf. eine Regierungsbeteiligung anbieten und gleichzeitig von der SPD verlangen, daß diese einer solchen Aussicht zustimmen würde. Brünings Dilemma bestand darin, daß er nur durch eine Fortsetzung der Notverordnungspolitik, gestützt auf das Wohlwollen Hindenburgs, glaubte, die Zeit bis zur Überwindung der Wirtschaftskrise und den Abschluß der Verhandlungen über die Reparationen mit den Allierten gewinnen zu können. Dazu mußte er eine fast unlösbare innenpolitische Konstellation arrangieren. Gleichzeitig durften seine Verhandlungen über Streichung, Reduzierung oder Aussetzung der Reparationen nicht durch innenpolitische Turbulenzen gestört werden. Umgekehrt fürchtete er, daß bei einer Neuwahl des Präsidenten ein Kandidat der Rechten sich durchsetzen würde, der ihn nicht weiter stützen würde. Umgekehrt dürfte die NSDAP die Absicht Brünings durchschaut, gleichzeitig aber die Chance gesehen haben, über die Amtsverlängerung Hindenburgs einen Fuß in die Tür zu bekommen. Im Grunde begann am 5.1.1932 der Machtpoker, der sich gut ein Jahr hinziehen sollte.

6.1.1932

Klagges und Schmidt rufen in einer Versammlung zum Sturz der Regierung Brüning auf.

Brüning konferiert mit Groener und Schleicher, die am Abend mit Hitler und Röhm über eine mögliche Verlängerung der Amtszeit von Hindenburg um 1-2 Jahre bzw. auf Lebenszeit verhandeln. (erneut am 7. und 10.1.).

Bemerkenswerter Weise wird als erste der Parteien die NSDAP kontaktiert, weil hier der Schlüssel liegt. Dabei wird die Reichswehr (Groener, Schleicher) eingebunden! Hitler triumphiert, weil seine Zustimmung zu einer Verfassungsänderung nötig ist. Wenn die NSDAP die Zustimmung verweigert, zeichnet sich allerdings die erneute Kandidatur Hindenburgs für die Reichpräsidentenwahl ab. Die innerhalb der NS-Führung diskutierte Alternative lautet, Hindenburg bei der Wiederwahl zu unterstützen (Strasser) oder gegen ihn zu kandidieren (Röhm, Goebbels).

Goebbels bezeichnet Strasser in seinem Tagebuch als innerparteilichen Feind.

Ursprünglich stand Goebbels auf der Parteilinken und war ein Bewunderer von Strasser. Seit er in der Gunst Hitlers gestiegen ist, betrachtet er Strasser als Konkurrenten, den es zu verdrängen gilt. Die Frage der Kandidatur Hitlers war ein Schauplatz des Konflikts mit Strasser.

7.1.1932

Groener und Schleicher berichten Brüning voller Optimismus. Nachmittags findet ein Treffen Brünings mit Hitler und Röhm in der Wohnung Groeners statt. Hitler taktiert und meldet verfassungsmäßige Bedenken an. Er stellt seine Entscheidung bis zum 9.1. in Aussicht.

Offenbar hat die NS-Führung in der Zwischenzeit beraten und schwankt zwischen dem politischen Bedeutungsgewinn und dem Risiko, einen eigenen Kandidaten durchzubringen. Am Ende sollte die zweite Varinate verfolgt werden. Falls Hitler damals schon mit dem Gedanken gespielt haben sollte, selber zu kandidieren, muß ihn die ungelöste Einbürgerungsfrage bedrückt haben.

Nach der Unterredung Hitler-Brüning erwähnt Goebbels in seinem Tagebuch erstmals die Auseinandersetzung um die Präsidentschaftsfrage: „Das Schachspiel um die Macht beginnt. Vielleicht wird es das ganze Jahr andauern. Eine Partie, die mit Tempo, Klugheit und zum Teil auch mit Raffinement durchgespielt werden wird.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 106; bzw. Goebbels 1934, S. 19-20; Quaatz 1989, S. 168)

Goebbels gibt zu erkennen, daß Hitler die Absicht Brünings durchschaut hat. Ob schon an eine eigene Kandidatur gedacht wird, ist aus der Eintragung nicht zweifelsfrei ersichtlich, aber durchaus denkbar. Küchenthal 1973, S. 1 behauptet, daß Goebbels die Einbürgerungsabsicht Anfang 1932 über die Berliner Presse lanciert hat, wobei zwei Varianten – via Professur oder als Stellvertretender Reichsratsbevollmächtigter – gestreut werden. Den letztgenannten Posten hatte Klagges als Vertreter von Küchenthal. Faktisch hat ihn der Gesandte Boden als dritter in der Rangfolge wahrgenommen. Demnach wäre sogar erwogen worden, Klagges durch Hitler zu ersetzen und Hitler zum Minister in Braunschweig zu machen.

Im Januar und Februar 1932 macht Goebbels regelmäßig Einträge in sein Tagebuch zum Thema Präsidentschaftskandidatur. Die Fassungen der Einträge in seiner Edition 1934 „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ und der von Elke Frölich besorgten Edition von 1987 weichen manchmal voneinander ab. Der Tenor ist aber jeweils identisch. Die Ausgabe von 1934 dürfte propagandistisch etwas frisiert sein.

Am Abend erscheint eine Meldung über die Verhandlungen in der Presse der Reichswehr. Brüning vermutet, daß Schleicher hinter der Indiskretion steht, der die Verhandlungen torpedieren will. (Brüning 1970)

Brüning verhandelt am Abend mit der SPD-Führung (Wels, Breitscheid und Hilferding). Brüning verlangt, daß die SPD ihre Zustimmung erst erteilt, wenn die Parteien der Rechten und ihrer möglichen Regierungsbeteiligung zugestimmt haben. Die SPD signalisiert trotz der Zumutungen Zustimmung. Wels will sich allerdings erst bei der Gewerkschaftsführung rückversichern.

Die andere Schlüsselposition in den Verhandlungen nimmt die SPD ein, mit der als zweite verhandelt wird. Brüning braucht die SPD in beiden Varianten. Die Stimmen ihrer Abgeordneten für die Zweidrittelmherheit im Reichstag und die Stimmen ihrer Wähler für eine Wiederwahl Hindenburgs. Beides ist für die SPD eine Zumutung. Dennoch will sie mitspielen, weil die Tragweite der Konstellation mit den möglichen alternativen Konsequenzen erkennbar wird.

8.1.1932

Der „Volksfreund“ berichtet über die Unterredung Hitlers mit Brüning und Groener.

Damit wird eine mögliche Kandidatur Hitlers auch in Braunschweig ein öffentliches Thema. Spätestens seit diesem Datum konnte niemand unter den politisch Vernatwortlichen (auch nicht Carl Heimbs) behaupten, nicht informiert zu sein, um was es sing.

Groener befragt Küchenthal, ob die Zeitungsberichte stimmen, daß Klagges in einer öffentlichen Versammlung am 6.1. in Braunschweig zum Sturz der Reichsregierung aufgerufen, daß der Hilfsreferent Schmidt den preußischen Innenminister Severing beschimpft und bedroht habe und warum die braunschweigische Polizei nicht eingegriffen habe.

Seldte und Duesterberg konferieren mit Hugenberg und Quaatz über die Präsidentenfrage. (vgl. dazu die Niederschrift von Quaatz vom 14.1.1932)

Dies ist vermutlich auch eine Konsequenz der Indiskretion. DNVP und Stahlhelm registrieren, daß sie erst in zweiter Linie gefragt sind.

9.1.1932

Brüning konfereirt mit Kaas (Zentrum) und Dingeldey (DVP).

Der Zustimmung des Zentrums konnte Brüning sich vermutlich sicher sein. Möglicherweise ist Dingeldey bereits jetzt die Konsequenz für seine braunschweiger Parteifreunde bewußt geworden, falls die Amtsverlängerung scheitert und ein Kandidat Hitler droht, der nur in Braunschweig eingebürgert werden kann.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Großes Rätselraten, was der Führer tun wird. Man soll sich wundern!“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 108; Goebbels 1934, S. 22)

Diese Notiz wird als erster Hinweis gewertet, daß Hitler selber und nicht ein anderer Kandidat der NSDAP die Kandidatur erwägt. Diese Interpretation ist möglich aber nicht zwingend. Der Kontext des Zitats läßt auch auf Aktivitäten in diverse andere Richtungen, die nichts mit der Wahl zu tun haben, schließen.

Bis zum 25.2. zögert Hitler, sich in der Präsidentschaftskandidatur festzulegen. Führungsschwäche? Angst vor der Blamage, daß die Einbürgerung scheitert? Sorge, daß die geheimgehaltene Einbürgerung via Thüringen scheitert, eine Einbürgerung via Braunschweig aber erst auf den Weg gebracht werden muß? Angst vor dem Spott über eine Scheinernennung? Angst, gegen Hindenburg zu verlieren? Das zentrale Problem ist, daß der Weg über den Reichsrat wegen des zu erwartenden Einspruchs von Preußen und/oder Bayern verbaut ist, der Weg über die Verbeamtung aber voraussetzt, daß Hitler tatsächlich in thüringische oder braunschweigische Landesdienste eintritt. Hitler will aber gar nicht Professor, Gesandter, Reichsratsbevollmächtigter, Minister, Bürgermeister, Regierungsrat, Gendarmeriekommissar oder was auch immer werden, weil er dafür weder qualifiziert noch motiviert ist, sondern Reichskanzler oder allenfalls Reichspräsident. Dafür ist er in seinem Führerverständnis bestens qualifiziert. Insofern befindet er sich in einem echten Dilemma: Entweder – er tut so, als würde er doch Beamter sein wollen, um eingebürgert zu werden mit den Konsequenzen des Vorwurfs des „Scheingeschäfts“, des Spotts der Opposition und der Presse und einer möglichen Ablehnung durch den Reichswahlleiter oder gar der Wahlanfechtung - oder er lehnt ein Scheingeschäft ab. Dann muß er wirklich ein Amt ausfüllen, für das er weder qualifiziert noch motiviert ist, und kann eigentlich nicht kandidieren. Hitler ist für gar nichts qualifiziert und

besitzt nirgendwo für ein Amt die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen. Wenn er zu lange zögert, verliert er zudem an Glaubwürdigkeit in seiner Partei als Führer. Goebbels hatte bereits begonnen zu zweifeln. Weil er sich am Ende für die Kandidatur entschieden, aber die Wahl verloren hat, hätte er eigentlich seinen Dienst als Beamter antreten müssen. Da er das aber nie vorgehabt hat, geriet er wegen seiner Weigerung zum Amtsantritt permanent unter Druck. Hier liegt womöglich die eigentliche Ursache des Konflikts mit Klagges, der nicht in der Lage war, Hitler aus dieser unangenehmen Situation zu befreien.

9.1.1932

Hitler gibt Brüning in einer zweiten Unterredung in Begleitung von Frick (ohne Röhm, der im Vorzimmer wartet!) zu verstehen, daß er evtl. einer Amtsverlängerung Hindenburgs um ein bis zwei Jahre zustimmen werde. Für eine endgültige Zusage vertröstet er Brüning auf den Nachmittag. Stattdessen ruft Frick nachmittags an und vertröstet weiter.

Womöglich hat es inzwischen Sondierungen zwischen Hitler und Hugenberg gegeben.

10.1.1932

Brüning konferiert mit Hugenberg (DNVP). Hugenberg verhält sich ablehnend gegenüber einer Amtsverlängerung, deutet aber an, daß er einer Wiederwahl ggf. zustimmen könne. Brüning vermutet, daß Hugenberg will, daß Hindenburg scheitert.

Daß Hugenberg als letzter Vertreter der großen Parteien konsultiert wird, dürfte ihm nicht gefallen haben. Jedenfalls war er über diverse Kanäle über den Stand der Verhandlungen informiert. Hugenberg muß bereits geahnt haben, daß auch seine Absichten nur schwer zu realisieren sind. Er konnte zwar die Amtsverlängerung Hindenburgs verhindern, nicht aber dessen erneute Kandidatur. Damit stellte sich sofort die Frage, wer gegen Hindenburg kandidieren wird. Hugenberg hätte sicher einen gemeinsamen Kandidaten der nationalen Rechten bevorzugt, der von der NSDAP im Sinne der Harzburger Front unterstützt wird. Dafür war aber die NSDAP nicht zu gewinnen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch die Verhandlung zwischen Brüning und Hitler. Brüning habe ein „Handelsgeschäft“ vorgeschlagen: Zustimmung zur Amtszeitverlängerung gegen Legalisierung der NSDAP. Hitler lehnt ab. Sein Ziel ist die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen. (Goebbels 1934, S. 22-23)

Damit kommt eine weitere Variante ins Spiel, die Brüning besonders fürchten mußte. Die Drohung mit Neuwahlen ist die stärkste Karte Hitlers, da er mit hohen Stimmengewinnen rechnen kann. Hindenburg hätte dann womöglich Brüning fallen gelassen und Hitler zum Reichskanzler ernannt, wenn immer noch keine parlamentarische Mehrheit möglich gewesen wäre.

Die Konstellation ist insgesamt kaum auflösbar, da alle Seiten (Brüning, Hindenburg bzw. dessen Einflüsterer, Hitler, Hugenberg) unterschiedliche Absichten haben und Ziele verfolgen. Die SPD soll bei alledem mitspielen, obwohl sie mit 143 Sitzen immer noch die stärkste Fraktion im Reichstag stellt. Die Rechte taktiert. Brüning 1970, S. 505/506 deutet an, daß ähnliche Verhandlungen bereits im September/Oktober 1931 stattgefunden haben. Damit dürfte für Hitler bereits damals die fehlende Staatsbürgerschaft das zentrale Problem gewesen sein, wenn er bereits damals eine eigene Kandidatur erwogen haben sollte.

Brüning konferiert mit Staatspartei und Jungdeutschem Orden, die Brünings Plan zustimmen.

Die kleinen Parteien entziehen sich offenbar nicht der Amtsverlängerung, sind aber auch nicht nötig, wenn die NSDAP zustimmt. Für viele der Beteiligten wäre vermutlich nur eine ganz breite parlamentarische Mehrheit akzeptabel gewesen, nicht aber eine rechnerische Zweidrittelmehrheit aus Weimarar Koalition und Rechtsparteien. Interessant ist, daß bereits hier der Jungdeutsche Orden ins Spiel kommt. Im kleinen Braunschweigischen Landtag war die eine Stimme des Abgeordneten Schrader (Staatspartei/Jungdeutscher Orden) für die Einbürgerung Hitlers nötig! Auch über diesen Kanal mag es schon früh eine Sondierung Berlin-Braunschweig gegeben haben.

11./12.1.1932

Hugenberg glaubt nach dem Gespräch mit Göring zu erkennen, daß Hitler bei der Präsidentenwahl zum Alleingang entschlossen ist.

Warum stimmt Hugenberg/DNVP der Einbürgerungsabsicht Hitlers dennoch zu, wenn dadurch eine Sammelkandidatur der Harzburger Front für die Präsidentschaft ausgeschlossen wird?

12.1.1932

Hugenberg lehnt Brünings Vorschlag ab, durch eine Verfassungsänderung die Amtszeit Hindenburgs zu verlängern. Hitler teilt Brüning mit, daß er eine Amtsverlängerung Hindenburgs aus verfassungsrechtlichen Gründen ablehnt.

Hitler taktiert mit einem Brief an Hindenburg, in dem er den Vorschlag Brünings ablehnt, aber anbietet, die erneute Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen, wenn dieser Brüning absetzt, eine nationale Regierung einsetzt und Neuwahlen für den Reichstag und den Preußischen Landtag zustimmt.

Hindenburg lehnt das Angebot Hitlers ab, das eine Spaltung der Beziehung Hindenburg – Brüning bedeutet hätte.

Aus der Ablehnung folgt allerdings das Dilemma, daß so eine Kandidatur Hindenburgs wahrscheinlich wird. Um eine zweite Amtsperiode Hindenburgs und damit die Verlängerung der Amtszeit Brünings zu verhindern, muß Hitler ggf. auch kandidieren. Seine Kandidatur birgt aber das Risiko einer Niederlage gegen Hindenburg, der auch auf der Rechten Stimmen gewinnen wird. Eine Niederlage gegen Hindenburg würde wiederum seinen Nimbus des unaufhaltsamen Aufstiegs beschädigen.

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Wir haben die erste Partie verloren. Brüning triumphiert noch einmal.“ (Goebbels 1934, S. 24)

Brüning erwähnt in seinen Memoiren, daß an diesem Tag die Rechte den Versuch gemacht habe, Hindenburg zu Brünings Sturz zu bewegen. Die Intrige sei aber abgewehrt worden.

Hindenburg ersucht Brüning, von einer parlamentarischen Klärung der Frage der Amtsverlängerung Abstand zu nehmen, da auch er die Amtsverlängerung als verfassungswidrig ansieht.

Hier wird der Einfluß von Hitler und Hugenberg sichtbar. Welche Motive Hindenburg zu dieser Begründung bewogen haben, bleibt undurchsichtig, da er bei der anderen Variante auch auf die Unterstützung Brünings angewiesen war. Damit ist dieser Weg auch von dieser Seite verbaut.

Was bezweckte Brüning überhaupt mit seiner Initiative? Als Quelle eignen sich nur die Memoiren Brünings, die allerdings erst 1934 nach seiner Flucht aus Deutschland verfaßt worden sind. Glaubte er, daß nur Hindenburg in der Lage sei, Hitler in Schach zu halten? Wollte er das eingespielte System der Notverordnungen solange fortsetzen, bis die Krise überwunden ist? Glaubte er, mit einem anderen Präsidenten so nicht verfahren zu können? Dachte auch Brüning an eine Restauration der (konstitutionellen) Monarchie und wollte Hindenburg als Platzhalter benutzen? Warum hat Brüning nicht sofort den Versuch gemacht, einen gemeinsamen Kandidaten der Weimarer Koalition in Stellung zu bringen? Hielt er diese Variante angesichts der zu erwartenden Kandidatur Thälmanns, die auf der Linken Stimmen kostet, für aussichtslos? Vielleicht hätte man Thälmann im 2. Wahlgang zum Rücktritt zugunsten eines „Weimarer Kandidaten" bewegen können.

Seitdem verfolgt Brüning die zweite Variante. Zur Umsetzung entwickelt er die Idee, einen Wahlausschuß zu bilden, der mit prominenten Konservativen besetzt ist.

Damit will er Hindenburg beeindrucken.

13.1.1932

Küchenthal dementiert gegenüber Groener die Darstellung in der Presse über die Auftritte von Klagges und Schmidt vom 6. Januar.

14.1.1931

Quaatz notiert: „Die Tage bis 12. waren durch Aktion Brüning und Gegenaktion in Sachen Verlängerung Hindenburgs durch den Reichstag ausgefüllt. Brüning glaubte: Wenn er es durchsetzte, wäre die Zentrumsherrschaft auf lange gesichert. In jedem Falle werde er die Opposition in eine schwere Lage bringen und vielleicht auch spalten. Es scheint auch, daß Hitler vor dem Eintreffen Hugenbergs (er sprach mit ihm erst am 9. Januar) weitgehende Versprechen gegeben hat (Gegenleistung: Anerkennung der Legalität und Preußenwahlen, was beides für die Regierung wenig, für Hitler viel bedeutete.) Von Sonnabend bis Montag (9. - 11. Januar) spielte er ein ränkevolles, aber anscheinend nicht zielsicheres Spiel. Er wollte – durch den steigenden Unwillen in seiner Partei gedrängt – aus dem Netze Brünings heraus und versuchte am Montagabend plötzlich mit ganz unzureichenden Mitteln, Hindenburg zur Entlassung Brünings zu zwingen. Gleichzeitig aber wollte er nach außen allein im Vordergrunde bleiben und Hugenberg diskreditieren. Ergebnis: Ein voller Mißerfolg. Ob es nun dazu kommt, was Hindenburg vorgibt zu wollen, nämlich Brüning nach der Rückkehr von Lausanne zu entlassen, ist zweifelhaft. Brüning wird der stärkere sein. Dann kann Hindenburg nur mit den Stimmen der Linken und der Mitte gewählt werden, wozu wenig Aussicht besteht." (Quaatz 1989, S. 168-169)

Bis auf den letzten Satz ist das eine sehr gute Analyse der Konstellation.

Brüning schlägt Hindenburg die Idee des Wahlausschusses vor. Hindenburg verlangt, daß Wilhelm II. wieder eingesetzt wird. Brüning verweist darauf, daß die NSDAP mit dem Ge-

danken spiele, den Kronprinzen als Gegenkandidat zu Hindenburg aufzubauen. Hindenburg erklärt, daß Wilhelm II. diese Idee ablehne.

Hier wird eine weitere Front sichtbar. Im Hintergrund bei den Varianten Amtsverlängerung bzw. Wiederwahl Hindenburgs wurde offenbar von mehreren Seiten die dritte Variante sondiert, Hindenburg als eine Art Statthalter für die Wiedereinführung der (konstitutionellen?) Monarchie zu verwenden. Hier wäre auf seiten der SPD möglicherweise (?) eine rote Linie überschritten worden. Hitler wollte diese Variante sicher nicht, auch wenn monarchistische Kräfte dieses gern erhofft bzw. unterstellt haben. Auf jeden Fall muß der Versuch, im zweiten Wahlgang den Kronprinzen als Kandidaten aufzubieten, in diesem Zusammenhang gesehen werden. Offenbar hat es bereits damals Konsultationen zwischen Hindenburg und Wilhelm II gegeben mit dem Ergebnis, daß nur eine Restauration via Wilhelm II. aber nicht über den Kronprinz in Frage kommt.

Brüning schreibt zu der delikaten Konstellation: „Ich kam allmählich in eine unmögliche Situation. Ich mußte denen, die bereit waren, unter Zurücksetzung jedes Parteiinteresses, aus staatspolitischen Gründen und im Glauben an den Hindenburg-Mythos bis aufs äußerste den Kampf für die Wiederwahl des Reichspräsidenten zu führen, auch noch klarmachen, daß sie sich aus den gleichen staatspolitischen Gründen in eine Pariarolle hineindrängen lassen mußten, während diejenigen, die in Wirklichkeit den Reichspräsidenten gar nicht wiederwählen wollten, im Hause Hindenburg mit Glacéhandschuhen angefaßt wurden.“ (Brüning 1970, S. 511.

15. und 25.1.1932

Hitler attackiert Brüning in zwei offenen Briefen.

Damit wird die Neuwahl des Präsidenten unumgänglich, weil für eine Verfassungsänderung keine ausreichende Mehrheit mehr gegeben ist.

16.1.1932

Gespräch Brüning – Göring, in dem sich Göring als politischer Bevollmächtigter Hitlers vorstellt. Es geht um den offnen Brief Hitlers, in dem er die parlamentarische Amtsverlängerung Hindenburgs ablehnt. (Brüning 1970, S. 514)

Es verstärkt sich der Eindruck, daß die NSDAP einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken will.

18.1.1932

Die preußische Regierung signalisiert über Staatssekretär Weismann, daß die SPD einen konservativen Wahlausschuß tolleriert.

Es geht um die Absicht, Hindenburg für die Kandidatur zu gewinnen und rechte Wähler zu mobilisieren.

19.1.1932

Hitler erklärt im „Völkischen Beobachter“ die Ablehnung der NSDAP bezüglich einer Verlängerung der Amtszeit Hindenburgs.

Goebbels hat laut Tagebuch erstmals die Präsidentschaftsfrage mit Hitler in dessen Münchener Wohnung erörtert: „Mit dem Führer die Reichspräsidentenfrage durchgesprochen. Ich berichte über meine Unterredungen. Noch ist keine Entscheidung gefallen. Ich plädiere stark für seine eigene Kandidatur. Es kommt wohl im Ernst auch nichts anderes in Frage. Wir stellen Berechnungen mit Zahlen an, aber Zahlen können täuschen. Nur sein Name kann ernsthaft ins Feld geführt werden.“ „Nur die Defätisten in der Partei machen schlapp. Sie berufen sich immer auf Strasser.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 112; identisch in Goebbels 1934, S. 27)

Laut Ullrich 2013, S. 329 lautet der Eintrag: „Ich plädiere für seine Kandidatur. Er allein schlägt Hindenburg aus dem Felde. Wir machen Berechnungen mit Zahlen. Aber Zahlen täuschen. Hitler muß Reichspräsident werden. So allein geht es. Das ist die Parole. Er entscheidet sich noch nicht. Ich werde weiter bohren.“

Ullrich bringt noch weitere Zitate aus dem Tagebuch, die sich in den Editionen von 1934 und 1987 nicht finden. Auch sind die Anmerkungen zu den Tagebuchzitaten nicht immer korrekt.

Goebbels drängt, Hitler ist unentschlossen. Der Strasser-Flügel scheint gegen eine Kandidatur Hitlers zu sein. Offenbar wird die Verteilung der Stimmen für Hindenburg, Hitler und einen dritten Kandidaten der Rechten kalkuliert. Will Hitler überhaupt zu diesem Zeitpunkt Präsident werden oder soll doch ein anderer NS-Führer kandidieren? Erwogen wurde zu diesem Zeitpunkt noch, Frick oder Franz Ritter von Epp zu nominieren. Fürchtet Hitler womöglich das Problem der fehlenden Staatsbürgerschaft? Oder zieht er es vor, daß ein NS-Präsident ihn zum Reichskanzler ernennt? Dieses Amt verlangt paradoxerweise im Unterschied zum Präsidenten laut Verfassung nicht ausdrücklich die deutsche Staatsbürgerschaft. Allerdings wäre Hitler dann ein Kanzler ohne Gehalt. Dies ist auch deshalb kaum vorstellbar, da Hitler entgegen den anderslautenden öffentlichen Beteuerungen auch immer eigene finanzielle Interessen verfolgt hat.

Die Architekturfachschaft der TH veröffentlicht ein Pamphlet zur Unterstützung von Mühlenpfordt und übt darin Kritik an NStB und besonders an NS-Studentenführer Gille im braunschweiger Hochschulkonflikt.

20.1.1932

Die Wolfenbütteler Zeitung bringt den Bericht eines Reporters, der zwei TH-Professoren interviewt hat, die namentlich nicht genannt werden möchten. „Wer kann es sich heute noch leisten, durch ein unbedachtes Wort seine Existenz zu verlieren? Wir Dozenten haben gezeigt, auf wessen Seite man uns zu suchen hat. Der gesamte Senat der Technischen Hochschule hat sich einstimmig für Hindenburgs Kandidatur erklärt. Der künftige Kollege Hitler – falls es überhaupt dazu kommen sollte – wird auf unsere Stimmen bei der Reichspräsidentenwahl verzichten müssen. Wir glauben auch nicht, dass man sich tatsächlich mit dem Gedanken getragen hat, seine Ernennung vorzunehmen. Was sollen wir mit Hitler anfangen? Wir können hier nur gelernte Arbeiter gebrauchen. Aber wir glauben nicht an die Ernennung. Es ist auch nichts mitgeteilt worden. Als vom Rektorat auf die Meldung hin beim Minister *(Küchenthal*) angerufen wurde, ist jede Auskunft verweigert worden. Was sind das aber für Zustände, dass nicht einmal der Rektor einer Hochschule wenigstens informiert wird, wenn ein vakanter Lehrposten besetzt werden soll.“ (zitiert nach Küchenthal 1973, Bd. I, S. 4)

Viel mehr authentische Aussagen über die Reaktion an der TH gibt es nicht. Die Angst geht bereits um, weil die Konsequenzen des Ansinnens trotz aller Empörung zu spüren sind. Rektor Schmitz hatte unter Umgehung von Klagges mit Küchenthal telephoniert, um Auskunft zu bekommen, war aber abgewiesen worden. Immerhin will Küchenthal versichert haben, eine Berufung Hitlers verhindern zu wollen. Letzteres widerspricht aber dem Tenor des Interviews.

Da die Wolfenbütteler Zeitung Wessel gehört, lesen wir hier seine Ablehnung gegenüber der Absicht, Hitler zum Professor zu machen.

21.1.1932

Hinweis im Goebbels-Tagebuch: „Einige Herren von der Deutschen Volkspartei waren bei ihm, um in der Reichspräsidentenfrage vorzufühlen. Er hat ihnen die kalte Schulter gezeigt. Es bleibt in dieser Situation gar nichts anderes übrig, als daß wir unseren eigenen Kandidaten aufstellen.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 112; identisch Goebbels 1934, S. 27-28)

Offenbar gab es auch schon sehr früh Kontakte mit der DVP bezüglich der Kandidatur. Dies würde erklären, warum die braunschweiger DVP am Ende der Einbürgerung zugestimmt bzw. sich dem Druck der Berliner Parteizentrale gebeugt hat.

22.1.1932

Brüning antwortet Hitler.

Erster Hinweis in Goebbels-Tagebuch, daß er als künftiger Propaganda-Minister vorgesehen ist.

Offenbar rechnete Goebbels schon Anfang 1932 mit der baldigen Machtübernahme – evtl. bereits als Folge der Wahl Hitlers zum Präsidenten.

23.1.1932

Der Berliner Oberbürgermeister Heinrich Sahm teilt Staatssekretär Hermann Pünder mit, daß er aufgefordert worden sei, einen Ausschuß zu bilden, um die Volkswahl Hindenburgs zu betreiben.

Daraus entsteht der überparteiliche sog. Hindenburg- oder Sahm-Ausschuß, der die Aufgabe hatte, neben Zentrum und SPD auch konservative Unterstützer für die Wahl Hindenburgs zu gewinnen. Die Variante, einen eigenen Kandidaten der Weimarer Koalition zu nominieren, ist damit verbaut.

24.1.1932

Goebbels notiert, daß der Präsidentschaftswahlkampf organisatorisch vorbereitet ist: „Die Wahlen sind bis ins Kleinste vorbereitet. Es wird ein Kampf werden, wie die Welt ihn noch niemals gesehen hat.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 115; Goebbels 1934, S. 31)

Wie lange hat der Vorlauf gedauert? Der Hinweis deutet darauf hin, daß die NSDAP schon seit Wochen mit der Kandidatur Hitlers rechnet.

25.1.1932

Der Finanzminister Küchenthal legt den Entwurf für den Staatshaushalt des Jahres 1932 vor. Darin ist u.a. der Wegfall einer Regierungsrat-Stelle (A 2 b) im Landeskultur- und Vermessungsamt vorgesehen. Im Etat der TH ist der Wegfall einer von 13 a.o. Professur (A 2 b) vorgesehen.

Die Regierungsratstelle wird durch Landtagsbeschluß am 4.3. wieder in den Haushalt eingestellt und mit Hitler besetzt. Auch die Streichung der a.o. Professur wird zurückgenommen.

26.1.1932

Angesichts der anschwellenden Gerüchte, Hitler werde kandidieren, drängt Brüning im Gespräch mit Meißner, Groener und Schleicher auf die Notwendigkeit, daß Hindenburg zur Kandidatur bewogen wird.

Hitler tritt auf Vermittlung Thyssens vor dem Industrieclub im Düsseldorfer Parkhotel und dem Langnam-Verein vor 600 geladenen Großindustriellen auf, um dort seine Politik vorzustellen.

Hitler wird durch den Auftritt salonfähig, gewinnt Akzeptanz bei der Großindustrie und finanzielle Unterstützung für die Wahlkämpfe des Jahres 1932. Ohne diese Unterstützung wäre der Erfolg der notorisch klammen NSDAP vielleicht geringer ausgefallen. Das Jahr 1932 erlebte insgesamt 15 Wahlkämpfe: 2 x Reichspräsident, 2 x Reichstag, 9 x Landtage, 2 x Kommunalwahlen.

Groener ist mit der Antwort Küchenthals vom 13.1. nicht zufrieden und verlangt einen offiziellen Bericht.

Küchenthal reicht die Aufforderung an Klagges und Schmidt weiter, die in ihren Stellungnahmen die Presseberichte dementieren.

Die Affäre endet ergebnislos. Der Briefwechsel macht aber die tiefe Distanz zwischen Groener und der NSDAP deutlich und bringt Küchenthal zum wiederholten Mal in die schwierige Lage, Klagges und dessen Scharfmacher decken zu müssen. Der Vorgang ist auch für die spätere Einbürgerungsfrage relevant, weil Küchenthal immer das schwierige Verhältnis zur Reichsregierung – sowohl persönlich wie angesichts der Finanzlage seines Landes – im Auge haben mußte.

27.1.1932

Brüning erteilt nach dem Scheitern seiner Bemühungen, eine Zweidrittelmehrheit für eine Verfassungsänderung zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten zu finden, und einem Gespräch mit Hindenburg an Sahm den Auftrag, den Hindenburg-Ausschuß zu konstituieren und das Verfahren zur Neuwahl des Präsidenten einzuleiten. Dazu müssen Unterschriftenlisten ausgelegt werden.

Seine Absicht ist, die Wiederwahl Hindenburgs zu erreichen, um sich weiter auf dessen Vertrauen stützen zu können. Er kalkuliert, daß nur Hindenburg, aber nicht ein Kandidat der Weimarer Koalition, einen Wahlsieg garantiert, weil ersterer auch Stimmen der Konservativen auf sich zieht. Brüning fürchtet, daß Hitler mehr Stimmen bekommt als die Weimarer Koalition. Dazu braucht er die Hilfe des überparteilichen Hindenburg-Ausschusses. Nur so kann der zögernde Hindenburg zur Zustimmung bewegt werden, der fürchtet, als SPD-Kandidat zu erscheinen und zu seiner Selbstlegitimation auch die Unterstützung der Nationalkonservativen benötigt.

Hindenburg zögert wegen seines fortgeschrittenen Alters und der Sorge, daß er vom falschen Lager gestützt wird und so die Konservativen verprellt. Deshalb bietet Brüning seinen Rücktritt an, der von Hindenburg abgelehnt wird.

Diese Versicherung setzt die NSDAP unter Druck. Zwei Strategien werden in der Parteizentrale diskutiert: Hitler kandidiert im ersten Wahlgang – dann drängt die Einbürgerungsfrage via Verbeamtung - oder im ersten Wahlgang wird ein Strohmann aufgestellt, um zwischen den Wahlgängen die Einbürgerung über den Reichsrat zu erzwingen. Möglicherweise taktiert auch Hindenburg, weil er die Situation zu einer Restauration der (Konstitutionellen) Monarchie nutzen will. (Bracher 1964, S. 446)

Der TH-Senat berät über disziplinarische Maßnahmen gegen die studentischen Rädelsführer.

Scharfe Angriffe auf Küchenthal, Mühlenpfordt und Schmitz im Völkischen Beobachter, die von den braunschweiger NS-Studenten Schaffeld und Gille lanciert sind.

Roloff 1960 vermutet in Gille den Autor. Warum erscheint der Artikel erst jetzt, obwohl der Hochschulkonflikt bereits Anfang November 1931 ausgebrochen ist? Roloff vermutet, daß so erneut Druck auf die braunschweiger Professoren in der Einbürgerungsfrage ausgeübt werden sollte.

Goebbels notiert: „Hindenburg-Ausschuß hat sich konstituiert. Die Wahlparole für oder gegen Hindenburg scheint unvermeidlich geworden zu sein. Jetzt müssen wir mit unserem Kandidaten heraus. Diese Frage ist entschieden.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 117; Goebbels 1934, S. 33)

Jedenfalls im Verständnis von Goebbels, aber offenbar noch nicht im Verständnis von Hitler.

28.1.1932

Hindenburg stellt in einem Schreiben an Brüning Bedingungen für seine Kandidatur. „Die in der heutigen Presse begonnenen Veröffentlichungen um die Reichspräsidentenwahl geben mir Veranlassung, Ihnen in diesem nur für Sie bestimmten Schreiben meinen Ihnen bisher nur mündlich bekanntgegebenen Standpunkt zu der Frage meiner Kandidatur schriftlich festzulegen: Ich bin nur dann bereit, erneut das Amt des Reichspräsidenten zu übernehmen, wenn ich davon überzeugt bin, daß mein Verbleiben in diesem Amt eine vaterländische Notwendigkeit ist. Ich kann ferner eine Kandidatur nur dann annehmen, wenn sie nicht auf den geschlosenen Widerstand der gesamten Rechten stößt und meine Wiederwahl im ersten Wahlgang als gesichert angesehen werden kann. Bis über diese Voraussetzungen Klarheit besteht, muß ich mir meine Entscheidung über die Annhame der mir angebotenen Kandidatur vorbehalten und allen an mich gestellten Anfragen gegenüber volllständige Zurückhaltung wahren“. (zitiert nach Brüning 1970, S. 518f.)

Die Spannungen zwischen Hindenburg und Brüning sind offensichtlich, wobei nicht klar ist, wer jeweils wann in welchem Interesse Einfluß auf Hindenburg nimmt. Brüning beantwortet den Brief nicht, da er die Bedingungen nicht erfüllen kann. Das fortgeschrittene Alter von Hindenburg war offenbar doch nur vorgeschoben für das Zögern.

29.1.1932

Treffen zur Vorbereitung des Hindenburg-Ausschusses.

Brüning sondiert, ob die Zustimmung des Kronprinzen für Hindenburgs Kandidatur zu erreichen ist.

Erste Pressemeldungen in der nationalkonservativen Kreuz-Zeitung und im Völkischen Beobachter, daß Hitler zum Professor in Braunschweig berufen werden soll.

Damit wird die Strategie, Hitler über eine Berufung zum Professor einzubürgern, öffentlich.

Klagges und der NS-Reichstagsabgeordnete Hinkel sprechen auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast, in der der Ruf „Hitler Reichspräsident!“ von den Massen skandiert wird. Klagges spricht über seine Politik als Minister in Braunschweig, Hinkel anstelle des mit einem Redeverbot belegten Goebbels. Dabei verliest er folgende Erklärung von Goebbels: „Ich bin der Überzeugung, daß das deutsche Volk in seiner besten und weitaus überwiegenden Mehrheit auf unsere Parole wartet, um einen deutschbewußten (*sic!*), tatbereiten Reichspräsidenten zu wählen. Dieser Reichspräsident muß ein Herz haben für das leidende und gequälte deutsche Volk und vor allem für seine verfolgte und blutiggeschlagene Jugend. Haben wir diesen Reichspräsidenten, dann ist Schluß mit Uniform- und Redeverboten, dann gehört Deutschland wieder den Deutschen, dann wird aufgeräumt mit der marxistischen Mordpest und dem Deutschtum freie Bahn geschaffen. Für den Tag arbeiten wir, ob wir reden oder schweigen müssen.“ (Der Angriff vom 30.1.1932, S. 1)

Die Meldung des „Angriff. Das deutsche Abendblatt in Berlin, Herausgeber: Dr. Goebbels“ macht deutlich, daß Goebbels nicht nur in privaten Gesprächen mit Hitler auf dessen Kandidatur drängt, sondern auch die Massen entsprechend indoktriniert, um so den zögernden Hitler unter Druck zu setzen. Die Formulierung vom „deutschbewußten“ und nicht vom deutschen Reichspräsidenten ist ein versteckter Hinweis, daß Hitler zu diesem Zeitpunkt noch nicht Deutscher ist. Klagges ist bei der Kundgebung anwesend. Ihm muß klar sein, daß der Druck auf ihn, die Einbürgerungsfrage zu regeln, immer stärker wird. Evtl. wollte Goebbels Klagges durch die Konstellation im Sportpalast sogar gezielt unter Druck setzen.

Schleicher kommentiert die mögliche Kandidatur Hitlers: Hitler „sei ein unklarer Mann, der auf keine Frage mit ´ja´ oder ´nein´ antworte, sondern immer etwas ganz Verschwommenes daherrede. Er wisse auch sicher gar nicht, was er wolle.“ … „Eine Wahl Hitlers … würde den Bürgerkrieg bedeuten.“ (Droste 1982, Bd. 1, S. 575)

Der NS- Student und Agitator Gille wird zwangsweise von der TH Braunschweig exmatrikuliert (und am 15.7.1932 wieder immatrikuliert).

31.1.1932

Goebbels notiert: „Große Pressedebatte um die Präsidentschaftswahl. Die Entscheidung des Führers fällt am Mittwoch. Sie kann nicht mehr zweifelhaft sein.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 119; Goebbels 1934, S. 35)

Ende Januar 1932

In der Reichsregierung wird (*seit wann?*) diskutiert, ob gegen die Zulassung einer Kandidatur Hitlers rechtliche Bedenken bestehen, da es sich bei einer Einbürgerung via Verbeamtung offensichtlich um eine Scheinernennung handelt. Ministerialrat Georg Kaisenberg, Verfassungsreferent im Innenministerium und Autor eines Kommentars zur Präsidentenwahl (Kaisenberg 1925), verfaßt ein Gutachten (Kaisenberg 1932). Der normale Weg der Einbürgerung verläuft über den Reichsrat, wenn kein Land dagegen Einspruch erhebt. Ein alternativer Weg ist die Verbeamtung in einem Land, die aber nicht zum Schein erfolgen darf, um den Weg über den Reichsrat zu umgehen. Gestützt auf einen Kommentar des Staatsrechtlers Walter Jellinek argumentiert Kaisenberg, daß eine Scheinernennung nicht zur Einbürgerung führt. (Jellinek schreibt dazu: „Zum Beamtenverhältnis gehört nun einmal, daß der Beamte zur Besorgung von Geschäften, zur Treue und zum Gehorsam verpflichtet ist. Ernennt also ein Minister jemand zum Beamten mit der vom Ernannten gebilligten Maßgabe, daß der Beamte nie ernstlich zur Dienstleistung herangezogen werden soll, dann enthält der Ernennungsakt eine Beschränkung, die den ganzen Akt unmöglich und daher unwirksam macht.“ (zitiert nach Volksfreund 1932) Ein Ausländer oder Staatenloser könne nur dann deutscher Staatsbürger werden, wenn „es sich um eine wirkliche Ernennung zum Beamten handelt. Scheingeschäfte sind nach bürgerlichem Recht nichtig.“ … „Eine Beamtenernennung ist nur rechtswirksam, wenn der Wille der ernennenden Behörde dahin geht, eine Persönlichkeit zum Beamten zu machen, und der Wille dieser Persönlichkeit darauf gerichtet ist, Beamter zu werden, also Staatsdienste zu verrichten. Eine solche Willensbildung liegt aber dann nicht vor, wenn die Beamtenernennung lediglich zu dem Zweck erfolgt, um der betreffenden Persönlichkeit die Möglichkeit zu eröffnen, die staatsrechtlichen Voraussetzungen für ein anderes Staatsorgan, das mit der Beamtenernennung nichts zu tun hat, zu erfüllen.“ Und schließlich heißt es ausdrücklich: „In der Ernennung eines Ausländers, wie es Hitler ist, oder Staatenlosen zum Beamten lediglich zu dem Zweck, um ihm die Fähigkeit für die Anwartschaft auf das Amt des Reichspräsidenten zu verleihen, würde keine ernstlich gemeinte Beamtenernennung zu erblicken sein. Eine solche Ernennung wäre nichtig und unwirksam.“ (Gutachten abgedruckt in Vossische Zeitung vom 1.2.1932)

Kaisenberg irrt an einer Stelle. Hitler ist nicht Ausländer sondern Staatenloser.

Der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit mit über 6 Millionen ist erreicht. Im Februar 1932 gibt es im Freistaat Braunschweig etwa 55.000 Arbeitslose bei etwa 513.000 Einwohnern (Bei der Wieden 1996, S. 72).

1.2.1932

Gespräch Brünings mit dem Kronprinzen. Der Kronprinz ist skeptisch. (Brüning 1970, S. 520)

Unklar bleibt, was beide tatsächlich im Schilde führen. Aus den erst 1971 veröffentlichten Memoiren Brünings geht hervor, daß Brüning tatsächlich an eine Restauration der Monarchie gedacht hat und dabei die Reichspräsidentenfrage zum Hebel benutzen wollte.

Das „Montagsblatt. Unabhängige Zeitung für nationale und soziale Politik“ veröffentlicht einen Artikel mit der Überschrift „Hitler deutscher Staatsbürger“. Darin wird behauptet, daß Hitler bereit sei, gegen Hindenburg zu kandidieren, und daß die Hürde der fehlenden Staatsbürgerschaft bereits durch die vollzogene Einbürgerung beseitigt sei: „Es heißt, daß Hitler bereits deutscher Staatsbürger ist! Anscheinend ist er von einer der nationalsozialistischen Länderregierungen – etwa Braunschweig oder Thüringen - vorübergehend und formell zum Staatsbeamten ernannt worden, wodurch er die deutsche Staatsbürgerschaft erworben hätte. Diese inzwischen erfolgte Einbürgerung Hitlers ist das große Geheimnis des Braunen Hauses.“ (ebd. S. 1)

Das Montagsblatt war eine 1931 von dem NS-Renegaten Stennes gegründte Wochenzeitung, die zunächst den Titel „Die Front der Arbeiter, Bauern, Soldaten. Nachrichtenblatt der National-Sozialistischen Kampfbewegung Deutschlands für den Dienstgebrauch der SA herausgegeben von Walter Stennes“ trug (Faksimile in Der Spiegel Nr. 18/1973, S. 146). Die Zeitung ist nach dem Bruch mit Hitler vom 9. April 1931 bis 24. April 1932 in Berlin im Wehrwart-Verlag bzw. SA-Verlag als Wochenzeitung erschienen. Sie orientierte sich politisch zunächst an Otto Strasser und seit Ende 1931 an Kapitän Ehrhard (vgl. Morsey 1960, S. 423). Damit vertrat sie die sozialistische Tradition innerhalb der NSDAP und kritisierte Hitler von „links“.

Stennes, vermutlich von 1925-1930 Agent des Auswärtigen Amtes und des Reichswehrministeriums und zugleich Gegner der Weimarer Republik, war 1927 in die NSDAP eingetreten, hatte eine Karriere als Berliner SA-Führer gemacht und wurde 1927 zum Oberbefehlshaber der SA in Ostdeutschland ernannt. In der Folgezeit geriet er in Konflikt mit Hitler, weil er größeren Einfluß für die SA forderte und sich gegen dessen Legalitätskurs wandte. Der Konflikt eskalierte, als Stennes den Befehl Hitlers verweigerte, sich einer Notverordnung Brünings zur Aufgabe der Straßenkämpfe zu fügen. Seiner Absetzung am 31.3.1931 widersetzte er sich im sog. Stennes-Putsch gewaltsam und wurde aus der Partei ausgeschlossen. Er gründete daraufhin die „National-Sozialistische Kampfbewegung Deutschlands“ und das „Montagsblatt“ als deren Organ. Im Thüringer Untersuchungsausschuß zu der Affäre wurde er als Zeuge geladen – vermutlich weil man ihn als Urheber des Artikels vermutete, der über Insiderwissen verfügte. Stennes wurde 1933 verhaftet, abgeschoben und wanderte nach China aus.

Es handelte sich bei dem Artikel um eine gezielte Indeskretion eines Informanten aus dem inneren Zirkel der NS-Führung, um den Legalitätskurs Hitlers, der auch in der Einbürgerung zum Ausdruck kam, von links anzugreifen. Aus dem Artikel wird deutlich, daß es sich bei der behaupteten Einbürgerung nur um Thüringen und nicht um Braunschweig handeln kann und daß die entsprechende Urkunde im Braunen Haus in München aufbewahrt werde, um sie demnächst anlässlich der Kandidatur Hitlers zu präsentieren. Ferner geht aus dem Artikel bzw. dem begleitenden Kommentar („Hindenburg oder Hitler?“) hervor, daß Hitler zögere zu kandidieren und von der Partei zur Kandidatur gedrängt werde. Hitler wäre eigentlich bereit gewesen, dem Angebot Brünings zu folgen und der Amtsverlängerung Hindenburgs zuzustimmen.

Mit der Indiskretion und der anschließenden Publizität wurde Hitler lächerlich gemacht und sein Legalitätskurs desavouiert. Aus der Stennes-Perspektive mußte die Einbürgerung auch von „links“ bekämpft werden. So gesehen erscheint die Frage der Einbürgerung Hitlers sogar als eine entscheidende Voraussetzung, den Legalitätskurs überhaupt verfolgen zu können. Ohne deutsche Staatsbürgerschaft hätte Hitler weder Präsident noch Reichskanzler werden können.Vielleicht war Stennes aber auch ein agent provokateur der Reichsregierung, dessen Indiskretion abgesprochen war. Auf jeden Fall begann mit der Meldung des Montagsblatts

die Beschleunigung der Abläufe, die alle Akteure, egal welche Interssen sie verfolgten, unter wachsenden Druck setzte.

Stennes, der Zugang zum inneren NSDAP-Zirkel hatte, könnte, wenn er tatsächlich ein Agent gewesen war, bereits 1930 der Informant der Reichsregierung über die Einbürgerungsabsichten Hitlers gewesen sein.

Overesch 1992 vertritt die wenig überzeugende These, daß mit der Veröffentlichung Hitlers Kandidatur bereits im 1. Wahlgang provoziert werden sollte. Warum sollte man dazu das Montagsblatt benutzen, zumal dieses in Opposition zur Parteilinie stand? Offenbar wurde aber in der Parteispitze diskutiert, ob Hitler bereits im 1. oder erst im 2. Wahlgang kandidieren sollte.

Daraufhin beginnt die Frankfurter Zeitung zu recherchieren und befragt mittags die Thüringische Regierung. Die Regierung beginnt zu recherchieren. (Morsey 1960, S. 422ff; Overesch 1992, S. 547-548)

Im Thüringischen Staatsministerium wird untersucht, ob die Einbürgerung Hitlers von 1930 rechtskräftig ist. Dazu verfaßt der thüringische Staatsminister Baum zwei Niederschriften und ein Protokoll über die Befragung der im Juli 1930 mit der Einbürgerung befaßten Beamten Gujet und Haueisen (Dokumente in Morsey 1960 S. 424-427)

Brüning sondiert wegen der Vorbehalte Hindenburgs zur Kandidatur im Gespräch mit dem ehemaligen Kronprinzen die Variante der Wiederherstellung der (konstitutionellen) Monarchie. Damit wäre das Staatsoberhaupt der Volkswahl entzogen. Der Kronprinz ist skeptisch und warnt Brüning vor Hindenburg. (Brüning 1970, S. 520)

Das Kaisenberg-Gutachten wird unter dem Titel „Wählbar zum Reichspräsidenten ist…“ in der Vossischen Zeitung veröffentlicht und von anderen Tageszeitungen kommentiert.

Das Gutachten widerspricht der Meldung des Monatsblatts. Hitler ist im Verständnis der Reichsregierung nicht eingebürgert, da es sich in Thüringen um eine Scheinernennung gehandelt hat. Jedenfalls weiß jetzt auch Hitler, daß der Thüringer Einbürgerungsversuch aufgedeckt wurde und von der Reichsregierung für nichtig erklärt wird. Falls die Behauptung aus dem Monatsblatt stimmt, daß die Urkunde im Braunen Haus aufbewahrt wurde und anlässlich der Reichspräsidentenwahl präsentiert werden sollte, dann ist diese Variante jetzt definitiv vom Tisch. Alles das dürfte Hitlers Zögern bestärkt haben. Die Veröffentlichung setzte die NS-Führung unter Druck, einen Weg der Einbürgerung ohne Scheinernennung zu finden oder auf die Einbürgerung und damit auch auf die Kandidatur Hitlers zu verzichten.

Die Meldung des Monatsblatts und das Kaisenberg-Gutachten erscheinen am selben Tag. War das Zufall oder eine konzertierte Aktion von Regierung und Stennes, der im Ruf stand, ein Agent des Reichswehrministeriums gewesen zu sein?

Morseys Annahme (1960, S. 428), daß das Gutachten eine Reaktion auf die Untersuchung des Thüringer Staatsministeriums bzw. den Bericht des Staatsministers Baum gegenüber Brüning gewesen sei, kann nicht zutreffen. Dann hätte das Gutachten erst am 4.2. 1932 vorliegen können. Woher und seit wann weiß die Reichsregierung von dem Thüringer Einbürgerungsversuch bzw. den alternativen braunschweiger Überlegungen? Der erste Hinweis zum thüringer Einbürgerungsversuch erscheint am 1.2.1932. Die erste Pressemeldung zur Variante Professur erscheint am 29.1. Die erste Erwähnung dieser Variante im Goebbelstagebuch stammt vom 3.2. Demnach scheint das Kaisenberg-Gutachten eher eine Reaktion auf die braunschweiger Aktivitäten gewesen zu sein, weil es sich auch bei einem Professor Hitler um eine Scheinernennug gehandelt hätte.

Der diesbezügliche Aktenvermerk von Klagges vom 13.2., daß er schon lange die Berufung Hitlers erwogen habe, erscheint so in einem anderen Licht. Offenbar wurde diese Variante, womöglich seit der Entfernung Riekels am 13.4.1931, bei der NSDAP erwogen und ist sogar bis ins Reichsinnenministerium gedrungen. Diese Überlegungen sprechen dafür, daß Hitler sich mit der Kandidatenfrage schon früher befaßt hat, als aus dem Goebbels-Tagebuch hervorgeht.

Demnach könnte im Kaisenberg-Gutachten der Grund gelegen haben, warum die Thüringer Einbürgerungsurkunde wegen der dubiosen rechtlichen Wirksamkeit nicht präsentiert wurde und Klagges in Braunschweig den Auftrag zu einer Verbeamtung bekam, die den Eindruck des Scheingeschäfts zu vermeiden hatte? Also benötigte Klagges unbedingt ein Gutachten seiner Ministerialbeamten, um den diversen Problemen (Scheinernennung, Staatenlosigkeit, Autonomie der Hochschule) entgegen zu wirken. Vor diesem Hintergrund wäre die Klagges-Variante über die Professur womöglich juristisch „wasserdichter" gewesen als die spätere Zörner/Heimbs/Wessel-Variante über den Regierungsrat. Die tatsächliche Ausübung einer Professur wäre nach erfolgter Antrittsvorlesung und anschließender Beurlaubung evtl. weniger anfechtbar gewesen.

Die Veröffentlichung des Kaisenberg-Gutachtens war jedenfalls ein raffinierter Schachzug von Brüning, da es Hitler eine rote Linie zeigte. Vielleicht wollte man so erreichen, daß Hitler von seiner Kandidatur Abstand nimmt, da das Risiko, vom Reichswahlleiter nicht zugelassen zu werden, unkalkulierbar geworden war. Der Reichswahlleiter hätte jedenfalls Hitlers Kandidatur, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, aus juristischen Gründen ablehnen können bzw. sogar müssen, da es sich bei der Verbeamtung Hitlers um eine klare Scheinernennung gehandelt hat. Das mußte allen Beteiligten trotz aller Bemühungen, dem Vorgang den Anschein der Legalität zu verleihen, bewußt gewesen sein. Die Reichsregierung hat später offenbar politisch im Widerspruch zu ihrem Gutachten entschieden, die Kandidatur doch zuzulassen. Ihr Kalkül ist evtl. gewesen, die große Empörung über eine Ablehnung der Kandidatur Hitlers aus juristischen Gründen abzuwägen gegen die Aussicht, Hitler eine Wahlniederlage beizubringen. Vielleicht bestand auch die Sorge vor einem Putsch, die die Hausdurchsuchungen bei NSDAP und SA zwischen den Wahlgängen veranlaßt hat.

Die andere Möglichkeit, Hitler die Einbürgerung zu verwehren, weil der Fall der Verbeamtung eines Staatenlosen im § 14 des Gesetzes gar nicht geregelt ist, wird nicht erwogen.

Öffentliche Konstituierung des Hindenburg-Ausschusses, um Hindenburg zur Kandidatur zu bewegen und die konservative Unterstützung (Kyffhäuser Bund, Stahlhelm, Vereinigte Vaterländische Verbände) zu mobilisieren. Für einen Wahlvorschlag reichen laut Gesetz 20.000 Stimmen. Bis zum 13.2. tragen sich 3 Mio. Wähler in die ausgelegten Listen ein.

Im braunschweiger Hindenburg-Ausschuß ist die DVP sehr aktiv. Ihm gehören u.a. an Brandes, Marquordt, Wessel, Schrader, Curt Mast (Wolfenbüttel). Rektor Schmitz ist vorgesehen, wird aber von der Liste gestrichen. (vgl. dazu Stadtarchiv Braunschweig GX6, Nr. 530)

Warum haben die Herren von DVP und Staatspartei nicht im Braunschweiger Landtag die Kandidatur Hitlers durch die Verweigerung der Einbürgerung verhindert, statt sich so für Hindenburgs Kandidatur einzusetzen?

Deutsche Allgemeine Zeitung und Berliner Zeitungen berichten über die Absicht, Hitler in Braunschweig einzubürgern, indem er entweder zum Professor oder statt Boden zum Reichsratsbevollmächtigten des Landes Braunschweig ernannt wird.

Die Zeitungsberichte sind evtl. schon Ende Januar erschienen. Bemerkenswert ist, daß das Thema schon in Berliner Blättern diskutiert wird, bevor Braunschweiger Zeitungen es aufgreifen. Der Umstand spricht dafür, daß der Plan in Berlin und nicht in Braunschweig ausgeheckt worden ist.

Seit wann wird in der NSDAP-Führung die Kandidatur/Einbürgerungsfrage diskutiert? Auf jeden Fall, bevor Kaisenberg sein Gutachten angefertigt hat. Klagges erklärt 1949 vor der Spruchkammer, er sei „1932" von Göring darauf aufmerksam gemacht worden, daß Hitler eine Beamtenstellung annehmen möchte, und gefragt worden, ob das in Braunschweig möglich sei. Brandes erinnert sich später, Hitler sollte sogar zum ordentlichen Professor gemacht werden. Offenbar war auch die Variante erwogen worden, den Braunschweigischen Gesandten Boden durch Hitler zu ersetzen.

2.2.1932

Goebbels polemisiert in seiner Hauszeitschrift „Der Angriff" unter dem Titel „Um die Präsidentschaft" gegen den Sahm-Ausschuß.

Seit die Initiative, einen überparteilichen Ausschuß zur Unterstützung der Wiederwahl Hindenburgs zu gründen, bekannt wurde, agitierte die NS-Presse gegen den Ausschuß bzw. die Kandidatur Hindenburgs.

Goebbels notiert: „Großes Rätselraten um unseren Kandidaten; aber das ist im Augenblick nicht so wichtig wie die Frage der Geldbeschaffung. Die Argumente für die Kandidatur des Führers sind so durchschlagend, daß gar nichts anderes mehr in Frage kommt. … Mittags lange mit dem Führer beraten. Er entwickelt seine Ansicht zur Präsidentenwahl. Er entschließt sich, selbst die Kandidatur zu übernehmen. Aber zuerst muß die Gegenseite festgelegt sein. S.P.D. gibt hier den Ausschlag. Dann wird unsere Entscheidung der Öffentlichkeit mitgeteilt. Es ist ein Kampf mit Peinlichkeiten ohne Maßen; aber er muß durchgestanden werden. … Die Deutschnationalen und der Stahlhelm werden vorläufig hingehalten. Unser Kandidat kommt erst im letzten Augenblick an die Öffentlichkeit. Evtl. tritt im ersten Wahlgang ein anderer an die Stelle des Führers, so daß wir die entscheidende Chance erst im zweiten Wahlgang wahrnehmen." (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 119-120; Goebbels 1934, S. 36-37)

Der Hinweis auf die „Peinlichkeiten" läßt auf die ungelöste Staatsbürgerschaft schließen. Der Eintrag unterstreicht das taktische Kalkül. Wenn Hindenburg öffentlich seine Kandidatur und die SPD dessen Unterstützung erklären, erst dann tritt dann Hitler in den Ring. So läßt sich Hindenburg als Kandidat der Linken denunzieren, und Hitler kann als Kandidat der Rechten auftreten. Umgekehrt hatte Hindenburg die Sorge, bei einer Unterstützung der Weimarer Koalition auf der Rechten nur wenige Stimmen zu erhalten. Hier liegt womöglich ein Grund, warum auch Hindenburg zögerte.

Harbert, 1931 Geodäsie-Professor an der TH, behauptet 1983, daß Klagges zuerst versucht habe, Hitler wegen dessen künstlerischen Neigungen eine Architekturprofessur zu verschaffen. Womöglich liegt bei Harbert aber eine Verwechselung vor. Kuessner 1988 behauptet ohne weiteren Beleg, daß Hitler persönlich Klagges beauftragt habe. Die erste Anfrage an Klagges könnte bereits Anfang Januar erfolgt sein, als sich die Möglichkeit einer Kandidatur Hitlers abzeichnete und die Variante Gendarmeriekommissar – wenn sie je ernsthaft bestanden hat – als nicht gangbar herausstellte.

Küchenthal erfährt am Vormittag aus seiner Pressemappe mit Berliner Zeitungsmeldungen von dem Einbürgerungsvorhaben via Professur oder Reichsratsbevollmächtigtem. Boden

meldet sich besorgt in der Angelegenheit bei Küchenthal, der auch die Presse gelesen hat. Küchenthal telephoniert mit Boden und beruhigt diesen, daß an seine Ablösung nicht gedacht sei. Hitler soll nicht Gesandter werden, eine Berufung zum Professor werde evtl. angestrebt.

Friedrich Boden war seit 1906 stimmführender braunschweigischer Bundesratsbevollmächtigter in Berlin, ab 1913 auch braunschweigischer Gesandter am preußischen Hof. Seit 1919 fungierte er als ständiger stimmführender Bevollmächtigter der Länder Braunschweig und Anghalt beim Reichsrat. 1921 kam die Vertretung für Mecklenburg-Strelitz hinzu. Zugleich war Boden Gesandter der drei Länder beim Freistaat Preußen. Als Dienstältester war er zugleich Doyen (Wortführer) aller Ländergesandten und insofern besonders einflußreich. Als Folge der Weltwirtschaftskrise wurden die Gesandtschaften zwischen den Ländern und Preußen aus Kostengründen aufgehoben. (Bein 2012)

Erste „rein persönliche“ Unterredung zwischen Klagges und Küchenthal über die Einbürgerungsfrage. Beide versichern sich gegenseitig, nichts von den Plänen zu wissen. Küchenthal verhält sich reserviert und verweist auf die Zuständigkeit der BEL. Küchenthal bleibt trotz der Beteuerung von Klagges mißtrauisch und glaubt eher an die Einbürgerung via Professur als via Reichsratsbevollmächtigter.

Diese Gespräche führt Küchenthal mit Klagges nach späterer eigener Aussage bis zum 8.2.1932.

In Küchenthal 1973 (= überarb. Neuauflage von Küchenthal 1969) findet sich die detailierteste Darstellung des Ablaufs der Ereignisse vom 2.2. – 25.2.1932, die durch viele Dokumente gestützt wird. Laut eigener Aussage hat er sich seit diesem Datum fortlaufend stenographische Notizen gemacht, um angesichts der sich anbahnenden politischen Bedeutung des Vorgangs sich abzusichern und Argumente zu seiner Rechtfertigung zu sammeln. Hier liegt der Grund, warum die „Erinnerungen“ von Küchenthal aus den Jahren 1969 und 1973 trotz der selektiven Sichtweise die genauesten Auskünfte über die Abläufe geben. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 3)

Küchenthals Schilderung erscheint in sich plausibel und wird an etlichen Stellen durch andere Quellen gestützt. Einschränkend muß allerdings festgehalten werden, daß Küchenthal damit die Absicht verfolgt, eine persönliche Verantwortung für die Einbürgerung auszuschließen. Ihn belastende Details dürfte er weggelassen haben. In anderen Zusammenhängen läßt sich das jedenfalls nachweisen. Daß er gleich am ersten Tage, als er mit dem Ansinnen von Klagges konfrontiert wird, zu dieser Maßnahme greift, unterstreicht seine Vorsicht und das klare Bewußtsein, welche große politische Bedeutung die Einbürgerungsfrage (und möglicherweise auch für ihn persönlich) haben wird. Auf der Basis seiner Aufzeichnungen wird Küchenthal 1969 seine „Erinnerungen“ verfassen.

Die BEL ist von dem Ansinnen, Hitler zum Professor zu berufen, überrascht und belustigt, aber auch besorgt, da man sofort begreift, in eine schwierige Lage zu kommen.

Auch Brüning ist laut seinen Memoiren von den Meldungen überrascht (Vgl. Brüning 1970, S. 501)

Die DVP scheitert mit einem Antrag im Reichstag, allen Weltkriegsteilnehmern automatisch die Staatsbürgerschaft zu verleihen.

Mit einer „Lex Hitler“ hätte man die unangenehme Verantwortung von Braunschweig auf den Reichstag und von der DVP auf viele Schultern verschoben.

Klagges bekommt telephonisch durch Göring den Auftrag, die Einbürgerung Hitlers zu organisieren.

Göring hat vermutlich im Auftrag von Goebbels gehandelt. In seinem Manuskript von 1970 „Im Umgang mit Hitler“ bestätigt Klagges, daß er von Göring den Befehl erhalten habe, die Einbürgerung Hitlers zu organisieren.

Am Abend findet ein zweites Gespräch Klagges – Küchenthal statt, in dem Klagges auf einen Anruf von Göring verweist, der die Absicht der Einbürgerung bestätigt.

So Küchenthals Aussage in seinem Entnazifizierungsverfahren 1949, in der er sich sehr genau auch an kleine Details erinnert. Diese Aussage deckt sich mit späteren Aussagen von Klagges. Insofern könnte tatsächlich der abendliche Anruf von Göring am 2.2.1932 die Einbürgerungsfrage in Braunschweig in Gang gesetzt haben.

Die Fachschaft Architektur der TH veröffentlicht eine Dokumentation zum Hochschulkonflikt und stellt sich damit hinter Mühlenpfordt.

Brandes kündigt in einem Brief an Dingeldey die Möglichkeit des Bruchs der Koalition an. (Roloff 1960)

3.2.1932

Brüning läßt sich vom Thüringischen Ministerpräsidenten Baum über den dortigen Einbürgerungsversuch Bericht erstatten. Baum teilt mit, daß Hitlers Einbürgerungsversuch verfassungswidrig gewesen sei. Groener wird informiert. Gegen die Veröffentlichung der thüringer Untersuchung bestehe keine Bedenken. Weiterer Handlungsbedarf sei nicht gegeben. (Aufzeichnung des Staatssekretärs der Reichskanzlei, Pünder in Morsey 1960, S. 427)

Groener erfährt von seinen Ministerialbeamten, Hitler wolle sich in Braunschweig zum Beamten ernennen lassen, um zum Reichspräsidenten kandidieren zu können. (Küchenthal 1973, Bd. I, S. 3; Brüning 1970, S. 521)

Brüning rät Groener ab, dagegen vorzugehen. „Einmal weil die Gefahr bestand, daß solche Schritte als Angst vor einer Kandidatur Hitlers ausgelegt werden konnten, und weiter, weil nach allen Erfahrungen mit dem Reichspräsidenten doch die Gefahr bestand, daß der Reichspräsident ihm im letzten Augenblick in den Arm fiel. Außerdem sei ein Kampf zwischen dem Reichspräsidenten und Hitler in einer freien Volksabstimmung, die meiner Ansicht nach damit ende, daß mindestens im zweiten Wahlgang der Reichspräsident eine höhere Stimmenzahl als 1925 bekäme, am besten geeignet, die grenzenlosen Aspirationen Hitlers zu dämpfen. Dadurch würde er vielleicht verhandlungsbereit.“ (Brüning 1970, S. 521).

Mit letzterem sollte er sich täuschen. Hier findet sich allerdings eine Begründung, warum man später Hitlers Kandidatur zuließ, obwohl seine Verbeamtung alle Anzeichen eines Scheingeschäfts aufwiesen. Groener wollte mit der Veröffentlichung des Kaisenberg-Gutachtens Hitler juristisch diskreditieren und seiner Kandidatur vorbeugen. Brüning wollte sie aus politischen Gründen zulassen, um ihn durch eine Wahlniederlage zu diskreditieren. Hätte Groener sich gegen Brüning durchgesetzt, hätte Hitler nicht den Propagandaerfolg der zwei Wahlgänge verbuchen können.

Sitzung des Ältestenrats des Braunschweigischen Landtags. Hier wird der Termin für die Sitzung des Haushaltsausschusses zur Beratung des Haushalts für 1932 festgesetzt.

Das genaue Datum ist unklar. Es muß sich aber um einen Termin nach dem 19.2.1932 gehandelt haben, was wiederum Konsequenzen für die das Datum der Lesung im Plenum hatte.

Gauleitertagung in München. Hier soll die Kandidatur Hitlers besprochen und entschieden werden.

Das ist nicht mehr möglich, weil die thüringer Einbürgerung durch die Indiskretion des Montagsblatts, das Kaisenberg-Gutachten und den Spott der Presse verbaut ist. Damit wächst der Handlungsdruck auf Klagges, die Einbürgerung in Braunschweig zu beschleunigen.

Goebbels notiert: „In der Nacht kommen noch einige Gauleiter zu mir. Sie sind deprimiert, weil sie noch keinen Entschluß wissen. Sie haben Sorge, daß der Führer zu lange wartet. Diese Sorge ist so grundlos wie nie. Ich richte sie auf und appelliere an ihre Disziplin. Zum Schluß sind sie ganz zufrieden.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 121; bei Goebbels 1934, S. 38 fehlt der Hinweis auf die Gauleiter)

Die Partei beginnt an Hitler zu zweifeln. Goebbels muß bereits Durchhalteparolen verkünden. Beginnt auch er bereits, an der Entschlußkraft Hitlers zu zweifeln? Goebbels notiert ferner, daß Hitler sich in dieser heiklen Situation mit Plänen zur Umgestaltung Berlins befaßt. Will er sich damit von seiner Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage ablenken? Der Hinweis läßt sich als Kritik von Goebbels an Hitler werten.

4.2.1932

Die Frankfurter Zeitung berichtet unter dem Titel „Gendarmeriekommissar Hitler?“ im 2. Morgenblatt über ihre Recherchen in der thüringer Einbürgerungsaffäre. Sie beruft sich auf das Montagsblatt vom 1.2.1932 und zitiert daraus: Hitler sei „in einem deutschen Lande bereits von einer nationalsozialistischen Regierung – wohl auf dem Wege der Anstellung zum Beamten – eingebürgert“ worden. (vgl. dazu auch Overesch 1992, S. 548)

Die thüringer SPD-Zeitung „Das Volk“ übernimmt die Meldung mit dem Tenor „Hitler ist deutscher Staatsangehöriger“. Deutsche Allgemeine Zeitung, Hannoverscher Kurier u.a. Blätter berichten über Details der gescheiterten Einbürgerung Hitlers in Thüringen. Es werden die Aussagen der damals mit dem Vorgang befaßten beiden Ministerialbeamten zitiert, die von Innenminister Frick zu Verschwiegenheit verpflichtet wurden.

Baum hat offenbar seinen Untersuchungsbericht der Presse übergeben. Diese Variante der Einbürgerung ist damit gestorben.

Die KPD im Thüringischen Landtag richtet eine Anfrage an die Regierung, die vom 16. - 18.2.1932 zu einer Debatte im Landtag führt.

Innenminister Groener erklärt, daß nach Ermittlungen seines Ministeriums Hitlers Einbürgerung nicht zustande gekommen sei.

Die Erklärung bezieht sich auf das Gutachten des Verfassungsreferenten Kaisenberg. Damit wird die braunschweiger Einbürgerungskampagne weiter befeuert und erhöht dort den Druck auf die zögernden bürgerlichen Koalitionspartner.

Die Pressestelle der NSDAP in München gibt bekannt, daß der Einbürgerungsversuch Fricks in Thüringen ohne Wissen Hitlers erfolgt sei. (Morsey 1960, S. 422)

Diese Erklärung kann als Versuch der Schadensbegrenzung gewertet werden. So hat Frick den Schwarzen Peter und Hitler ist aus der Schußlinie genommen.

Goebbels notiert unter Bezug auf den Umstand, daß die Hildburghausen-Affäre durch die Presse öffentlich geworden ist: „Der Führer muß ja Staatsbürger sein, um kandidieren zu können. Klagges wird damit beauftragt, diese Frage zu lösen. Es ist geplant, den Führer zum außerordentlichen Professor in Braunschweig zu ernennen. Es ist für ihn fast beleidigend, welche Schleichwege man benutzen muß, ihm das zu geben, was keinem Ostjuden verweigert worden ist.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2. S. 122; Goebbels 1934, S. 39-40)

Auch die NSDAP-Führung reagiert. Bemerkenswert ist, mit welcher Selbstverständlichkeit die Parteispitze der NSDAP dem Minister Klagges den „Auftrag“ gibt, Hitler einzubürgern. Daß diesem Auftrag womöglich rechtliche oder politische Widerstände in Braunschweig entgegenstehen, wird erst gar nicht in Erwägung gezogen.

Mit seiner Formulierung bringt Goebbels erstmals zum Ausdruck, daß das Unbehagen der NS-Führung über Hitlers Staatenlosigkeit akut wird. Klagges wird hier erstmals als derjenige erwähnt, der von der Parteizentrale den Auftrag erhält, für die Einbürgerung zu sorgen. Goebbels und Klagges müssen in dieser Angelegenheit schon früher in Kontakt gestanden haben. Die präzise Formulierung, daß Hitler nicht Prof. sondern a.o. Prof. werden soll, deutet darauf hin, daß Klagges bereits zuvor Goebbels einen Vorschlag unter Hinweis auf die freie Professur gemacht haben muß. Diese Vermutung wird auch von Küchenthal (1969, Bd. III, S. 57) gestützt. Der Hinweis auf die „Schleichwege“ macht deutlich, daß Goebbels die Problematik der Einbürgerung und des zu vermeidenden Eindrucks der Scheinernennung bewußt ist. Dies läßt sich dahingehend interpretieren, daß in der ungeklärten Frage der Staatsbürgerschaft und der rechtlichen Problematik, wie diese verschafft werden kann, der eigentliche Grund für das Zögern Hitlers liegt. Küchenthal 1973, Bd. I hält das Datum vom 4.2.1932 für frisiert, da die Tagebücher erst 1934 erschienen sind, und unterstellt einen früheren Beginn der Überlegungen.

Göring bestellt telephonisch von München aus Klagges nach Berlin zu einer Unterredung mit Hitler für den nächsten Tag. Klagges informiert Küchenthal abends über das Vorhaben.

Küchenthal stellt den Vorgang 1945 und 1969 so dar, daß Goebbels Klagges beauftragt habe, Hitler zum Professor zu machen, nachdem Klagges diesen Vorschlag gemacht habe. Diese Darstellung ist insofern glaubwürdig, da Goebbels kaum wissen konnte, daß an der TH nach der Entlassung Riekels gerade eine Professur frei war, sehr wohl aber Klagges als zuständiger Minister, der bei der Entlassung Riekels als Regierungsrat im Ministerium beschäftigt war. Also ist vermutlich zuvor zwischen Braunschweig und Berlin telephoniert worden. Daß die Riekel-Stelle frei war, wußten aber auch noch andere, die möglicherweise auf deren Besetzung spekuliert haben.

Auch Klagges bestätigt später im Kontext des Machtkampfs mit Zörner, daß er hier den Auftrag bekommen hat, die Einbürgerung Hitlers zu arrangieren.

Problematisch ist bei dieser Version nur der Zeitpunkt, zu dem das Vorhaben in Gang gesetzt worden ist. Immerhin gibt es den Hinweis von Roloff mit sehr präszisen Details, daß Klagges bereits „Anfang 1932“ den ersten Vorstoß über den DNVP-Abgeordneten Baumann unternommen habe, Hitler zum Professor zu ernennen. (Brief Roloffs an Brandes vom 20.2.1947)

Hitler schlägt Hugenberg vor, daß er, der Stahlhelm und die DNVP getrennt kandidieren.

Sein Kalkül ist, daß durch weitere Kandidaten auf der Rechten Hindenburg geschwächt wird und so seine eigenen Chancen steigen. Die Unterschiede im Ergebnis des ersten und zweiten

Wahlgangs unterstützen dieses Kalkül. Stahlhelm und DNVP hätten im Sinne der Harzburger Front einen Sammelkandidaten bevorzugt, der aber nicht Hitler sein sollte. Wäre Hitler der Sammelkandidat der Rechten gewesen, hätte das dazu geführt, daß mehr nationalkonservative Stimmen auf Hindenburg entfallen wären. In diesem Machtpoker auf der Rechten hatte Hitler die besseren Karten. Die Kandidatenfrage hat den Konflikt zwischen Stahlhelm und NSDAP/SA noch weiter angeheizt.

5.2.1932

Klagges fährt nach Berlin und wird von der Parteizentrale über die Einbürgerungsabsicht instruiert.

Dies kann als Hinweis gewertet werden daß Hitler sich entschieden hat. Vier Tage später ist er allerdings wieder unschlüssig.

6.2.1932

Gespräch Brüning – Hindenburg. Hindenburg bleibt bei seinen Bedingungen.

Brünings Taktik, den Brief Hindenburgs zu ignorieren, scheint nicht aufzugehen.

Die Kreuz-Zeitung meldet, daß der Stahlhelm Hitlers Einbürgerung unterstützt.

Damit begibt sich der Stahlhelm seines wichtigsten Druckmittels. Nachdem seine Unterstützung öffentlich gemacht ist, bleibt nur noch die Hoffnung auf Verhandlungen mit Hitler, die aber angesichts der politischen Schläue Hitlers naiv ist.

7.2.1932

Der Hindenburg-Ausschuß hat bereits 770.000 Unterschriften gesammelt.

Mehr als 2 Mio. weitere werden noch folgen.

Klagges informiert Küchenthal Sonntags im Staatsministerium über die Pläne der Berliner Parteizentrale, Hitler über die Verbeamtung die Staatsbürgerschaft zu verschaffen. Klagges will Hitler berufen und OLG Wanstrat mit der rechtlichen Prüfung beauftragen. Küchenthal verhält sich weiter reserviert und verweist auf Zuständigkeit der BEL.

Küchenthal wird dies bei seiner ersten Befragung 1947 bestätigen.

8.2.1932

Am Morgen findet das vierte Gespräch Klagges-Küchenthal statt. Die beabsichtigte Prüfung der rechtlichen Aspekte durch Wanstrat wird zurückgestellt. Klagges bittet Küchenthal um Vertraulichkeit. Küchenthal kündigt seinen Widerstand an.

Klagges ist vorsichtig geworden, weil sich der Widerstand gegen die Berufungsabsicht formiert. Küchenthal läßt Klagges agieren und wartet ab, statt selber gegen die Einbürgerungs-

absicht, etwa durch die Bestellung eines negativen Gutachtens bei seinen Ministerialräten, vorzugehen.

9.2.1932

Goebbels notiert: „Im Kaiserhof aufs neue Debatten über die Präsidentenwahl. Alles bleibt noch in der Schwebe. Der Stahlhelm ist unschlüssig. Wir warten ab.“ (Goebbels 1987 Teil I, Bd. 2. S. 125; Goebbels 1934, S. 43)

Warum ist alles in der Schwebe? Weil noch unklar ist, wie sich die Konkurrenz verhält, oder weil die Einbürgerung noch nicht geklärt ist? Hat Klagges vom Widerstand Küchenthals nach Berlin berichtet?

10.2.1932

Hindenburg empfängt Seldte und Duesterberg. Die Audienz endet in Mißstimmung.

Gespräch Brüning – Schleicher, der über seine Verhandlungen mit DNVP und NSDAP berichtet. Schleicher habe Aufzeichnungen gemacht, mit denen beide kompromittiert werden können. Brüning vermutet, daß Schleicher, NSDAP und DNVP ein doppeltes Spiel gespielt haben. (Brüning 19070, S. 526)

Lag hier ein Grund, warum Schleicher im Zusammenhang mit dem „Röhm-Putsch“ ermordet wurde?

37. Sitzung des Braunschweigischen Landtags.

Die Sitzung ist die erste des Landtags im Jahre 1932. Am Rande dieser Landtagssitzung könnte Roloff erstmals von Baumann über die Absicht von Klagges informiert worden sein, Hitler zum Professor zu ernennen. Eine andere Version lautet, daß Roloff von Baumann erst am Rande der Landtagssitzung vom 17.2. über diese Absicht informiert worden ist. So lautet die Version Roloff jun.1961, S. 90. Die Aussage stützt sich auf spätere Aufzeichnungen von Roloff sen. aus den Jahren 1947 und 1950. Der hier womöglich gemeinte Brief von Roloff an Brandes vom 24.5.1947 nennt das Datum 17.2. allerdings nicht. Für die Aussage von Roloff, daß er schon lange bevor das Berufungsverfahren von Klagges in Gang gesetzt worden ist, Bescheid wußte, macht das Datum 17.2. keinen Sinn. Roloff 1960, S. 14 verweist darauf, daß Roloff, Baumann, Brandes und Wessel „Anfang Februar“ erstmals von Klagges erfahren haben, daß Hitler zum Professor gemacht werden soll und daß Klagges die Urkunde schon ausgefertigt habe. Alle vier hätten Widerstand signalisiert und dabei auch an die Verhinderung der Kandidatur Hitlers gedacht.

Hochschullehrerversammlung der braunschweiger Professoren. Senat bzw. 27 Professoren (u.a. Mühlenpfordt, Geiger, Schmitz – aber nicht Roloff) unterstützen Hindenburgs Kandidatur.

Das Roloff auf der Liste fehlt, läßt sich mit der gleichzeitig stattfindenden Sitzung des Landtags erklären. Die Initiative läßt sich als Demonstration gegen Hitler werten. Roloff behauptet 1945, er habe Hindenburg gewählt.

11.2.1932

38. Sitzung des Landtags ohne Befassung mit der Einbürgerung.

Die Wolfenbütteler Zeitung schreibt: „Ob das Land Braunschweig in letzter Stunde die Einbürgerung Hitlers durch seine Berufung in eine amtliche Stelle ermöglicht, ist fraglich. Es wäre wohl möglich, daß Hitler sich von seinen Anhängern wählen läßt, gleichgültig, ob er Reichsangehöriger ist oder nicht; dann wäre aber damit zu rechnen, daß die auf eine solche Kandidatur abgegebenen Stimmen als ungültig erklärt würden. Da es den Nazis einstweilen aber nur auf Werbung ankommt, ist es nicht ausgeschlossen, daß man das in Kauf nehmen will, zumal Hitler persönlich gar keine Lust hat, seine Führerstelle gegen ein verantwortliches Staatsamt einzutauschen.“ (zit. nach Ruben 2004, S. 25)

Hier wird der Propagandaeffekt der Reichspräsidentenwahl unabhängig vom Ausgang betont. Dies setzt aber voraus, daß Hitler auf dem Wahlzettel steht. Oder lautet die Spekulation, zur Wahl aufzurufen, auch wenn er gar nicht auf dem Wahlzettel verzeichnet ist, weil ihm die Kandidatur aus juristischen Gründen vom Wahlleiter verweigert worden ist? Diese Überlegung ist nicht ganz abwegig, da der § 3 des Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten diese Möglichkeit zuläßt: „Es ist zulässig, daß der Wähler seine Stimme für eine nicht vorgeschlagene Person abgibt.“ (zitiert nach Kaisenberg 1925) Die Wähler müßten demnach selber den Namen Hitler auf den Wahlzettel schreiben. Wenn es nur auf den Propagandaeffekt ankommt, ist es gleichgültig, daß die Stimmen für Hitler wegen der fehlenden Staatsbürgerschaft für ungültig erklärt werden.

Goebbels notiert abends: „Die Entscheidung liegt immer noch in der Schwebe.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 126; Goebbels 1934, S. 45)

12.2.1932

Goebbels notiert für den Vormittag: „Ich kalkuliere mit dem Führer im Kaiserhof noch einmal alle Zahlen durch. Es ist ein Risiko, aber es muß gewagt werden. Die Entscheidung ist nun gefallen.“

Spät abends notiert er: „Die offene Entscheidung ist um einige Tage vertagt.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 127, Goebbels 1934, S. 45)

Ist die Entscheidung oder die Bekanntgabe der Entscheidung vertagt? Es klingt so, als liege das Zögern in dem Risiko bedingt, eine Niederlage gegen Hindenburg zu erleiden. Wenn Hitler sich angeblich aber entschieden hat, warum zögert er mit der Bekanntgabe der Kandidatur, wo doch das Zögern seine Anhänger verunsichert? Zögert er wegen der ungeklärten Staatsbürgerschaftsfrage?

Die DVP veröffentlicht eine positive Stellungnahme der zur Einbürgerung Hitlers. (Bomarus, Bd. 1, S. 92)

13.2.1932

Die Reichsregierung schlägt vor, die Wahl des Reichspräsidenten auf den 13.3.1932 zu legen. Ein möglicher zweiter Wahlgang soll am 10.4.1932 stattfinden. Wegen der Zehntagefrist müssen die Wahlvorschläge bis zum 3.3.1932 beim Reichswahlleiter eingegangen sein.

Damit steigt der Zeitdruck, die Einbürgerung Hitlers zu regeln.

3 Mio Unterschriften für den Wahlvorschlag Hindenburg sind erreicht. Der Kyhffhäuser Bund unterstützt Hindenburg. Der Stahlhelm knüpft seine Unterstützung an die Bedingung, einen Kurswechsel einzuleiten. Die Vereinigten Vaterländischen Verbände wenden sich gegen Hindenburg. Staatssekretär Meissner lehnt die Bedingung des Stahlhelms ab.

Der Stahlhelm hat mit seiner Bedingung faktisch eine Absage provoziert, da Brüning ja gerade die Fortsetzung seines Kurses durch die Wiederwahl Hindenburgs erreichen will. Der Widerstand des Stahlhelms gegen Hitler formiert sich erst später, als es bereits zu spät ist.

Im „Reichsverwaltunsgblatt und Preußischem Verwaltungsblatt“ erscheint der Artikel des Staatsrechtlers Walter Jellinek „Scheinernennung zum Beamten“. Darin führt der Autor aus, daß es sich bei der beabsichtgten Ernennung Hitlers zum Beamten um eine Scheinernennung handelt und insofern der Vorgang rechtsunwirksam ist.

Der Tenor entspricht dem Gutachten von Kaisenberg, das am 1.2.1932 in der Vossischen Zeitung veröffentlicht wurde. Es handelte sich offenbar um eine konzertierte Aktion von Kaisenberg und Jellinek, wobei Kaisenberg sich an die allgemeine Öffentlichkeit und Jellinek sich an ein Fachpublikum wendet. Kaisenberg gehörte zu den Herausgebern des Reichsverwaltungsblatts. Allen Fachleuten, auch den Ministerialbeamten der Braunschweigischen Staatsregierung, die zwei Tage später mit der Einbürgerung Hitlers befaßt waren, muß zweifelsfrei bekannt und klar gewesen sein, daß es sich bei der beabsichtigten Einbürgerung Hitlers um einen rechtsungültigen Vorgang handeln werde.

Deutsche Allgemeine Zeitung meldet die unmittelbar bevorstehende Ernennung Hitlers zum Professor. Die Widerstände der DNVP, insbesondere Küchenthals, seien ausgeräumt.

Der Volksfreund meldet, daß sich die Gerüchte um die Berufung Hitlers behaupten.

Indirekt geht aus den Meldung hervor, daß der Rektor der TH Küchenthal vergeblich um Auskunft gebeten hat. So dürfte Klagges erfahren haben, daß er von Schmitz übergangen wurde.

Klagges verfaßt einen Aktenvermerk: „In Rücksicht auf die politische Bildung des heranwachsenden Geschlechts halte ich es für dringend erforderlich, daß die Studenten der Technischen Hochschule Gelegenheit erhalten, sich auch im Rahmen der Hochschule über die Grundfragen der Nationalpolitik, die über künftige Schicksalsgestaltung unseres Volkes entscheidet, zu unterrichten. Daher beabsichtige ich seit längerer Zeit, eine Persönlichkeit, die sich theoretisch und praktisch in einer führenden Stellung bewährt hat, an die hiesige Technische Hochschule zu berufen und ihr einen Lehrauftrag für

organische Gesellschaftslehre und Politik

zu erteilen. Wie mir mitgeteilt wird, würde Herr Schriftsteller Adolf Hitler, München, Prinzregentenplatz 16, 2. Stock bereit sein, einen derartigen Ruf anzunehmen. Da Herr Hitler nicht nur als Führer einer großen politischen Volksbewegung, sondern ebenfalls durch sein grundsätzliches politisches Werk „Mein Kampf“ als wissenschaftlicher Schriftsteller hervorgetreten ist, würde ich die Verwirklichung dieser Möglichkeit lebhaft begrüßen. Durch eine Lehrtätigkeit Adolf Hitlers würde die Bedeutung und das Ansehen der Hochschule zweifellos sehr gesteigert werden.

Da Herr Hitler, als Deutschösterreicher in Braunau am Inn geboren (20.4.89), zur Zeit staatenlos ist, legt er Wert darauf, daß seine Berufung in einer Form erfolgt, durch die ihm zugleich das deutsche Staatsbürgerrecht nach § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes verliehen wird.

Herrn MR Dr. Albrecht bitte ich zu prüfen, in welcher Form eine sofortige Berufung möglich ist. Da eine Befragung der Hochschule satzungsgemäß nicht erforderlich ist, kann sie in diesem Falle unterbleiben. Herr MR Dr. Kiesel bitte ich zu prüfen, ob die beabsichtigte Form der Berufung den Bedingungen des § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes entspricht. Zu dem letzten Punkt ist auch die Stellungnahme des Herrn OL Gerichtsrats Wanstrat herbeizuführen.

Klagges“

Die entsprechende Akte befindet sich im Document Center, Berlin (NSDAP-Hauptarchiv Nr. 5/6), hier zitiert nach Morsey 1960, S. 451 und in der Personalakte Hitler im Niedersächsischen Staatsarchiv.

Der Vermerk ist mit handschriftlichen Korrekturen versehen und handschriftlich datiert. Die von Morsey mit Fragezeichen angegebene Datierung 18.2.1932 wird von Küchenthal bestritten und auf den 13.2. gelegt. Die Umdatierung ist zwingend.

Der Aktenvermerk ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Warum wird er überhaupt von Klagges verfaßt? Ist der Aktenvermerk eine Reaktion auf den Artikel von Jellinek aus dem Reichsverwaltungsblatt, der Klagges vorgelegt worden ist? Dient er als Anweisung für die Ministerialbeamten Albrecht, Kiesel und Wanstrat? (so Roloff 1961, S. 92) die ein Gegengutachten zu Jellinekt/ Kaisenberg verfassen sollen, um den Vorwurf der Scheinernennung zu begegnen? Haben die Ministerialräte von Klagges den Aktenvermerk verlangt, um tätig werden zu können und ggf. selber eine Legitimation für einen ungesetztlichen Vorgang zu haben? Geht es darum, mit dem speziellen Problem von Hitlers Staatenlosigkeit juristisch umzugehen? Da der Nichtrurist Klagges mit den juristischen Details der Einbürgerung vertraut ist, muß der Punkt schon zuvor (ausgelöst und dokumentiert durch die Gutachten von Kaisenberg und Jellinek) diskutiert worden sein. Geht es darum, dem möglichen Widerstand der TH entgegenzutreten? Dieser Absicht könnte der Hinweis dienen, daß Hitler mit „Mein Kampf“ die wissenschaftliche (sic) Qualifikation für die Berufung liefere. Ob die Hochschule übergangen werden kann, ist allerdings umstritten. Klagges Argument lautet, daß es sich durch die Umwidmung der Denomination um eine neue Professur handle und deshalb die TH nicht einbezogen werden müsse. Vorgesehen ist für die Berufung die vakante Riekel-Stelle. Oder verfaßt Klagges den Aktenvermerk, um später ggf. gegenüber Hitler seine Bemühungen dokumentieren zu können?

Auch wenn die Eilbedürftigkeit des Vorgangs betont wird, stellt der Aktenvermerk nicht den Beginn der Einbürgerungsaktion dar, da bereits zuvor mehrfach zwischen Berlin und Braunschweig konferiert wurde. Zudem schreibt Klagges darin, daß er schon „seit längerer Zeit“ den Gedanken gehabt habe.

Was Klagges meint mit der Denomination „organische Gesellschaftslehre und Politik“? Bezieht sich das Adjektiv nur auf „Gesellschaftslehre“ oder auch auf „Politik“? Vermutlich meint er beides. Was versteht er unter „organisch“? 1934 erscheint das laut Vorwort bereits im Sommer 1931 entstandene und auf einer zwölfjährigen Beschäftigung mit der Thematik basierende Buch von Klagges „Idee und System. Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik über Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschaung“. Klagges hat die Vorträge im Frühjahr 1933 gehalten. Darin gibt es ein Kapitel über „Organische Entwicklung“. Das Buch gehörte zum Bestand der Bücherei der Technischen Hochschule Braunschweig. 1936 wird er „Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung“ in der von ihm herausgegebenen Reihe „Volk und Führer“ veröffentlichen. 1974 wird von Andreas Bergeder posthum eine Schrift von Klagges „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“ (Klagges 1974) veröffentlicht. Aus dem Buch geht nicht hervor, wann das Manuskript entstanden ist. Auf den Seiten 31-33 wird sein biologisches Verständnis von Politik deutlich.

Demnach hat sich Klagges über viele Jahre intensiv mit den Inhalten der für die Hitler-Professur vorgesehenen Denomination beschäftigt. 1936 wird er den parteioffiziell dokumentierten Anspruch erheben, in systematischer Weise die ideologischen Grundlagen des Nationalsozialismus ausgearbeitet und für den geschichtsunterricht aufbereitet zu haben.

Die von Klagges im Licht seiner eigenen Schriften nachvollziehbare Denomination deutet darauf hin, daß Klagges beabsichtigte, Hitler nicht nur zum Schein zu ernennen, sondern erwartete, daß Hitler die Professur tatsächlich auf irgendeine Art und Weise wahrnimmt. Vielleicht hat er sogar davon geträumt, die Hitler-Professur an der TH zum Fokus eines Instituts zur Verbreitung der NS-Ideologie zu machen, bei dem er im Hintergrund als geistiger Vater wirken kann.

Warum benutzt Klagges den Begriff „Politik" statt des damals gebräuchlichen „Staatsbürgerkunde" und warum „Gesellschaftslehre" statt des gebräuchlichen „Soziologie"? In der Denomination von Roloff heißt es „Staatsbürgerkunde" und in der Denomination von Geiger „Soziologie". Will Klagges mit seinen Begriffen den Anschein einer fachlichen Überschneidung vermeiden? Oder mißfällt ihm der Begriff „Staatsbürgerkunde" als zu demokratisch und zu sehr an Weimar erinnernd? Wäre Hitler tatsächlich in der Lehre tätig geworden, hätte er sich in eine fachliche Konkurrenz zu Geiger und vermutlich auch Roloff begeben. Hier könnte nicht nur für Geiger, sondern auch für Roloff ein Motiv zur Ablehnung gelegen haben.

Die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie standen jedenfalls nach 1933 überall unter starkem Druck und mußten sich weltanschaulich anpassen. (Vgl. dazu Botsch 2006 und Eisfeld 2013 zur Politikwissenschaft und van Dyk/Schauer 2010 zur Soziologie)

Klagges bestellt die Gutachten bei seinen Ministerialräten, ob die TH bei der Berufung übergangen werden kann und ob es Probleme im Hinblick auf die daraus zu resultieren beabsichtigte Einbürgerung nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigen-Gesetzes gibt.

Ferner ging es um das Problem der Gesetzeslücke, weil im § 14 die Verbeamtung eines Staatenlosen nicht geregelt ist. Den Autoren des Gesetzes mag dieser Fall so abwegig gewesen sein, daß sie keinen Bedarf zur Verregelung gesehen haben. Daß Klagges auf die Verbeamtung via Professur verfallen ist, mag auch daran gelegen haben, daß er so auf sein eigenes Ressort zurückgreifen konnte, zu dem auch die TH gehörte. Die spätere Verbeamtung über das Landeskultur- und Vermessungsamt gehörte zu Küchenthals Ressort.

Auch Küchenthal verfaßt am selben Tag einen ersten Vermerk über den Einbürgerungsversuch, der den Ablauf vom 2. – 8.2. 1932 betrifft. Küchenthal schildert die Versuche von Klagges, ihn zur Unterschrift zu bewegen. Küchenthal zeigt sich reserviert und verweist auf die politische Zuständigkeit der BEL. Küchenthal übergibt den Vermerk später dem MR Kiesel zur Aufbewahrung. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 4-5, S. 89). Der Vermerk befindet sich in der Dokumentation, die Küchenthal 1968 abgeschlossen hat.

Beide Protagonisten fertigten am selben Tag Vermerke in Sachen Hitler an. Klagges wollte darin die Berufung rechtfertigen, Küchenthal seine Nichtzuständigkeit begründen. Daß Küchenthal seinen Vermerk Kiesel später (wann?) zur Aufbewahrung übergibt, unterstreicht seine Vorsicht. Kiesel war zweimal involviert - als Gutachter für Klagges und als Aufbewahrer für Küchenthal. Wem gegenüber war Kiesel loyal? Aus seinen Aussagen als Zeuge im Entnazifizierzungsverfahren Küchenthal und im Klagges-Prozeß läßt sich schließen, daß seine Loyalität eher Klagges galt. Demnach hätte Kiesel ein doppeltes Speil gespielt und Klagges über Küchnethals Vermerk informiert.

Hitler nimmt eine Einladung von Hugenberg, Seldte und Duesterberg zu einem Treffen **nicht** an und schickt Göring als Vertreter. Göring schlägt dem Stahlhelm Hitler als Einheitskandidaten vor. Der Vorschlag wird vom Stahlhelm abgelehnt. Hugenberg schlägt vor, daß jeder seinen eigenen Kandidaten benennt. Außerdem verlangt Göring für die NSDAP den Reichskanzler, den Innenminister und den Reichswehrminister.

Hitler taktiert gegenüber den Nationalkonservativen.

Goebbels notiert: „In dieser Woche soll nun die öffentliche Entscheidung in der Präsidentschaftsfrage gefällt werden." (Goebbels 1987, Teil I,. Bd. 2. S. 127; Goebbels 1934, S. 46)

Die Formulierung ist unsinnig. Soll die Entscheidung gefällt werden oder soll entschieden werden, die Entscheidung zu verkünden? Der Lapsus macht deutlich, daß in der Kandidatenfrage immer noch keine Klarheit herrscht.

14.2.1932

Fortsetzung der Verhandlungen zwischen Göring, Hugenberg, Seldte und Duesterberg ohne Ergebnis.

Am Abend entscheidet sich der der Stahlhelm für einen eigenen Kandidaten.

Damit ist das Ende der Harzburger Front auch von dieser Seite besiegelt.

15.2.1932

Der Allgemeine Anzeiger meldet unter Berufung auf andere Zeitungen, daß Klagges bereits die Anstellungsurkunde Hitlers als „Professor für angewandte Pädagogik" unterschrieben habe. Küchenthal habe zugestimmt. Klagges wird demgegenüber mit einem Dementi zitiert.

Offenbar wurde durch gezielte Falschmeldungen bzw. Indiskretionen von verschiedenen Seiten der Versuch gemacht, die Ernennung Hitlers zu befördern bzw. zu torpedieren.

Hindenburg erklärt sich gegenüber Brüning zur Kandidatur bereit.

Der Grund ist vermutlich, daß inzwischen nicht nur der überparteiliche Hindenburg-Ausschuß mit 3 Millionen Unterschriften, sondern auch diverse Organisationen der Rechten seine Kandidatur unterstützen.

Brüning vermutet, daß Hitler sich an diesem Tage endgültig zur Kandidatur entschieden habe. (Brüning 1970, S. 527)

Liegt der Grund der Vermutung in dem Umstand, daß Hitler davon ausgehen konnte, daß die Ernennung zum Professor perfekt ist? Oder hat auch Brüning nur die Zeitung gelesen?

Klagges erteilt dem Referenten für die TH, MR Paul Albrecht, morgens den Auftrag, eine Ernennungsurkunde für Hitler zu entwerfen (laut Erinnerung Küchenthal), was im Laufe des Vormittags geschieht. Laut Küchenthal (1961, S.7) hat zu diesem Zeitpunkt das Gutachten von Kiesel bereits vorgelegen.

Dies widerspricht allerdings der Datierung des Gutachtens Kiesel vom 19.2.1932. Oder Kiesel hat zwei Gutachten verfaßt.

Der Text der Urkunde lautet:

„1. Der Schriftsteller Adolf Hitler übernimmt am 25. Februar 1932 die planmäßige ausserordentliche Professur für `Organische Gesellschaftslehre und Politik´ an der Technischen Hochschule Braunschweig mit der Verpflichtung, bis zu 12 Vorlesungs- und Übungsstunden im Semester wöchentlich zu halten.

2. Der Schriftsteller Adolf Hitler wird als planmäßiger außerordentlicher Professor nach dem Staatsbeamtenbesoldungsgesetz vom 26. Juni 1928 Bes. Gr. A II b besoldet. Der Beginn des Besoldungsdienstalters wird auf den 1. Februar 1932 festgesetzt.

3. Herr Adolf Hitler erhält für seine Vorlesungen und Übungen eingehende Unterrichtsgebührenanteile nach Maßgabe der darüber bestehenden jeweiligen Bestimmungen.

4. Herr Adolf Hitler hat das Recht zur Ausübung privater Tätigkeit, soweit durch diese die Interessen seines Lehrstuhls nicht geschädigt werden.

5. Das Dienstverhältnis des Herrn Adolf Hitler regelt sich neben den Bestimmungen dieses Vertrages nach den Vorschriften des braunschweigischen Staatsbeamtengesetzes vom 4. April 1923 in der Fassung des Gesetzes vom 30. November 1930 und der zu diesem Gesetz erlassenen Nachträge.

Braunschweig, den Februar 1932 München, den Februar 1932

Staatsministerium

Minister Minister“

Die Unterschrift beider Minister ist vorgesehen, weil Küchenthal gegenzeichnen muß. Der Wohnsitz Hitlers wird mit München angegeben. Mit den privaten „Nebentätigkeiten“ sind vermutlich seine politischen Aktivitäten (etwa Wahlkämpfe zum Reichspräsidenten) gemeint, die kaum Zeit für eine Haupttätigkeit als Professor mit 12 SWS erlauben. Die Wertigkeit der Professur ist geringer als die der dafür vorgesehene Riekel-Stelle, die durch das persönliche Ordinariat aufgestockt worden war. Die Denomination bedeutet, daß zum zweiten Mal die Fächer Politikwissenschaft und Soziologie an der TH Braunschweig durch eine Professur vertreten werden sollen, und steht in Konkurrenz zu den vorhandenen Professuren von Roloff (Staatsbürgerkunde) und Geiger (Soziologie). Laut späterer Aussage Küchenthals soll Albrecht den Auftrag nur widerwillig ausgeführt haben.

Bei neuen Professuren muß die Hochschule entsprechend der Neuformulierung des Staatsbeamtengesetzes vom 30.11.1930 nicht einbezogen werden. Deshalb der Hinweis in der Urkunde. Für Klagges handelt es sich durch die neue Denomination um eine ganz neue Professur, für die TH aber nur um die Wiederbesetzung einer alten Professur unter neuer Bezeichnung. Deshalb sei ihre Mitwirkung notwendig. Die Berufung von Roloff war dafür ein Präzedenzfall, weil er auf eine bereits vorhandene, aber noch nicht besetzte Professur von Franzen berufen wurde, nachdem sie eine neue Denomination erhalten hatte. Hierbei hatte die Universität allerdings mitgewirkt.

Bemerkenswert ist, daß zwischen der Aktennotiz von Klagges und der Ausfertigung der Urkunde nur zwei Tage liegen. War Klagges tatsächlich unter großem Zeitdruck oder wollte er nur auf die Schnelle und unter großer Geheimhaltung an allen Instanzen vorbei die Einbürgerung alleine bewerkstelligen?

Wessel verlangt von Küchenthal Auskunft über die Berufungsfrage. Küchenthal erklärt, keine Ernennungsurkunde unterzeichnen zu wollen.

Wie die Absicht der Berufung bekannt geworden ist, bleibt unklar. Eine mögliche Erklärung (laut Roloff 1961, S. 90) lautet, daß der Hochschulreferent Albrecht die Hochschulleitung und diese (Mühlenpfordt) den befreundeten Roloff bzw. den Ehrendoktor der TH und Abgeordneten der DVP im Landtag, Wessel, als Vertrauensmann informiert hat. Eine entsprechende Aufzeichnung Roloffs aus dem Jahre 1950 befindet sich im Besitz von Roloff jun. Küchenthgal hatte sich gegenüber Kiesel bereits festgelegt.

Klagges unterzeichnet die Urkunde und legt sie mittags Küchenthal zur Gegenzeichnung vor. Die Referenten Albrecht, Kiesel und Wanstrat (Justiz) halten sich auf Anweisung von Klagges für Rückfragen bereit.

Küchenthal verweigert die Gegenzeichnung mit dem Argument, daß es sich nicht um eine normale Beamtenernennung, sondern um einen politischen Akt handele. Deshalb fehle ihm die Kompetenz, die bei der BEL liege. Küchenthal erklärt, Roloff als Fraktionsführer der BEL von dem Vorhaben in Kenntnis zu setzen. Er erklärt ferner, daß für ihn die Ernennung Hitlers zum Stellvertretenden Reichsratsbevollmächtigten (Ressort Küchenthal) völlig ausscheide.

Klagges ist enttäuscht bzw. verärgert bzw. „entsetzt“ (Küchenthal), weil er die Professoren-Lösung bei Goebbels angeregt hat, daraufhin von Goebbels den Auftrag erhält, jetzt sein Gesicht gegenüber der Partei verliert und Hitler zum wiederholten Male dem Spott der Presse ausgesetzt wird. Vgl. dazu die Karikatur im „Vorwärts“ vom 21.2.1932 „Hitlers Antrittsvorlesung“. Laut Mitteilung des Sohns von Küchenthal (Hans-Georg) vom 30.12.2013 beginnt hier die „Feindschaft“ zwischen Klagges und Küchenthal. Evtl. spielt auch eine Rolle, daß seitdem Zörner eine wichtige Rolle bei der Einbürgerung zukommt und Klagges nur noch das exekutiert, was Zörner eingefädelt hat. Wer von beiden gewinnt das Wohlwollen Hitlers? Hier liegt ein weiterer Grund für den späteren Konflikt Klagges – Zörner.

Es scheint, daß er erst jetzt Staatsrat Kiesel beauftragt hat, ein Gutachten zu erstellen. Dieses liegt am 19.2.1932 vor. Jedenfalls ist es auf den 19.2. datiert. Hatte Klagges immer noch nicht die Absicht aufgegeben, Hitler zu berufen, und es noch ein zweites Mal versucht? Vielleicht ging es seitdem auch um die Rivalität, ob Klagges oder Zörner die wichtigere Rolle bei der Einbürgerung zukommt.

Die nicht von Küchenthal gegengezeichnete Urkunde wird später von Overesch (nicht von Morsey im Berliner Document Center) im Bundesarchiv Koblenz unter den persönlichen Papieren von Hitler gefunden. Deshalb konnte sie von Morsey nicht in seine Dokumentation aufgenommen werden. Sie hatte offenbar großen Erinnerungswert für Hitler. Also dürfte Klagges sie Hitler ausgehändigt haben, obwohl sie ohne die Unterschrift Küchenthals wertlos war. Vielleicht wollte er Hitler so seine Bemühungen dokumentieren. In der braunschweiger Personalakte findet sich kein Exemplar der Urkunde.

Klagges informiert Goebbels telephonisch über die Ablehnung.

Laut Küchenthal (1961, S. 7) hat Goebbels ihn später wegen der Verweigerung der Unterschrift getadelt.

Insofern war Küchenthal von Anfang an in einem Dilemma. Wenn er Verantwortung übernimmt, bekommt er Schwierigkeiten. Wenn er keine übernimmt, bekommt er auch Schwierigkeiten. Das gesamte spätere Verhalten Küchenthal läßt sich so interpretieren, daß er immer nur taktiert hat, um selber möglichst ungeschoren aus der Angelegenheit herauszukommen, ohne die saubere Konsequenz des Rücktritts tragen zu müssen.

Küchenthal informiert Roloff, der daraufhin laut Küchenthal erklärt haben soll: „Darauf habe ich schon lange gewartet“. Roloff ist zwar gegen die Berufung, befürchtet aber bei einer Ablehnung die Auflösung des Landtags und bei Neuwahlen einen weiteren Stimmenzuwachs für die NSDAP. Roloff setzt eine Beratung der BEL-Fraktion für den 17.2. nach der Landtagssitzung an.

Laut Küchenthal wäre Roloff im Zweifelsfalle aber doch für die Berufung gewesen, ehe die Verbeamtung ganz scheitert. Roloff stellt sich umgekehrt nach 1945 als vehementer Gegner der Berufung dar.

Küchenthal informiert Wessel über seine Weigerung zur Gegenzeichnung, der daraufhin Rektor Schmitz informiert (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 211)

Der Allgemeine Anzeiger berichtet, daß Küchenthal der Ernennung zugestimmt habe.

Der Volksfreund berichtet, daß Küchenthal sich geweigert habe, eine entsprechende Anfrage des Rektors zu beantworten.

Es gibt keine Hochschulakten, aus denen hervorgeht, wie die TH auf die versuchte Berufung Hitlers reagiert hat. Auch die Senatsakten schweigen darüber. Die eine Erklärung für diesen merkwürdigen Umstand lautet, daß die TH offiziell nie mit dem Vorgang befaßt war bzw. befaßt werden sollte. Die andere Erklärung lautet, daß man bewußt in dieser heiklen Angelegenheit keine Spuren in den Akten bzw. Senatsprotokollen hinterlassen wollte. Der Widerstand gegen die Ernennung in der Hochschule war jedenfalls breit und stützte sich insbesondere auf Rektor Schmitz, Prorektor Mühlenpfordt, Dekan Geiger, den übrigen Senat und den Vorsitzenden der Soz. Studentenschaft, Richard Müller.

Die braunschweiger DVP konferiert in der Einbürgerungsfrage brieflich (Schreiben Brandes an Dingeldey) und fernmündlich mit der DVP-Zentrale in Berlin. Brandes schreibt: „Die Nazis werden mit Rücksicht auf die Präsidentenwahl jetzt noch alles daran setzen, die Koalition zu erhalten und nicht zu gefährden. Die Einbürgerung Hitlers durch Braunschweig wird dabei eine besondere Rolle spielen. Die bisherigen Gerüchte, eine Einbürgerung Hitlers durch dessen Ernennung zum Professor sei schon erfolgt, stimmt nicht. Ich bin aber überzeugt, daß die Nationalsozialisten mit solchen Wünschen in Kürze kommen werden. Ich hoffe, mit Ihnen einig zu gehen, daß man eine Einbürgerung Hitlers auf völlig legalem Wege auch von uns aus befürworten sollte. Wir müssen es aber meines Erachtens ablehnen, unsere Hand zu Schieberaktionen zu bieten, wie das in Thüringen versucht worden ist und wie es in den letzten Tagen durch die Presse gegangen ist.“ (Stadtarchiv Braunschweig G X 6 Nr. 539)

Die DVP stellt sich auf die unumgängliche Einbürgerung ein. Die berliner Zentrale ist informiert. Der Hinweis auf Thüringen läßt sich so deuten, daß die dortige DVP wegen des Verfahrens und nicht wegen der Einbürgerung als solcher die Koalition hat platzen lassen.

Ferner weist Brandes darauf hin, daß Schrader den Etat von Klagges ablehnen wird, sodaß der Haushalt nur ein Torso bleibt.

Welche Konsequenz das hatte, bleibt unklar.

Goebbels erwähnt den Ernennungsversuch nicht in seinem Tagebuch, obwohl der Umstand, daß der erste Anlauf, Hitler in Braunschweig einzubürgern, gescheitert ist, doch Hitler tief getroffen und in seinem Zögern bestätigt haben dürfte. Vielleicht sind Hitler und Goebbels sogar darüber aneinander geraten. Jedenfalls steigt der Zeitdruck, zumal der Weg über den § 9, selbst wenn er nicht auf Widerstand gestoßen wäre, wegen des mehrstufigen Prozederes mittlerweile zu zeitaufwändig geworden ist. Ein Antrag Hitlers nach § 9 hätte sich leicht von

einem der Beteiligten so lange aussitzen lassen, bis die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge überschritten gewesen wäre.

Stattdessen notiert Goebbels: „Hindenburgs Kandidatur wird proklamiert. Der Präsidentschaftsausschuß veröffentlicht einen Aufruf. Jetzt haben wir also freie Hand. Der Wahlkampf ist beschlossene Sache. Nun brauchen wir mit unserer Entscheidung nicht mehr hinter dem Berge zu halten."

Goebbels irrt, da die Lage in Braunschweig ungeklärt ist, und Hitler sich in seinem Zögern bestätigt gefühlt haben muß.

16.2.1932

Hindenburgs Kandidatur wird öffentlich bekannt gegeben.

Im Thüringischen Landtag wird bis zum 18.2. über den gescheiterten thüringer Einbürgerungsversuch debattiert und ein Untersuchungsausschuß unter Leitung von Hermann Brill eingesetzt.

Ob die mit der Angelegenheit befaßten thüringischen Ministerialbeamten sich tatsächlich an die ihnen von Frick abverlangte Amtsverschwiegenheit gebunden fühlten oder ob sie eher den Mund hielten, weil sie Hitlers kommende Machtergreifung fürchteten, darüber läßt sich spekulieren. Die Debatte erhöht den Handlungsdruck in Braunschweig.

Goebbels notiert: „Ich arbeite so, als wäre der Wahlkampf schon im Gange. Das bereitet einige Schwierigkeiten, da der Führer noch nicht offiziell als Kandidat proklamiert ist." (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 128; Goebbels 1934, S. 47)

Wieder kein Wort zur vorläufig noch gescheiterten Verbeamtung in Braunschweig.

Der DVP-Vorsitzende Dingeldey telephoniert (vermutlich) am Abend mit dem braunschweiger DVP-Vorsitzenden Brandes, um ihn zur Zustimmung für Hitlers Einbürgerung zu bewegen. Brandes verfaßt darüber einen Vermerk: „Die Partei würde bei einem Bruche der Koalition in eine ganz üble Lage kommen. Er (Dingeldey) bittet dringend, es nicht zu tun, sich überstimmen zu lassen und schließlich Erklärung abzugeben, daß wir selbstverständlich bereit sind, jeden geraden Weg und Versuch mitzumachen." (zitiert nach Roloff 1961, S. 91)

Dingeldey will Brandes vor der Landtagssitzung am folgenden Tag beeinflussen. Das entscheidende Argument der DVP, die Angst vor der Aufkündigung der Koalition durch die NSDAP und anschließenden Neuwahlen, wird in der Aufzeichnung deutlich. Dieses Argument wurde aber nirgendwo öffentlich gemacht. Auch Küchenthal bestätigt diese These. (1969, Bd. III, S. 60). Warum ist nicht erwogen worden, eine neue Koalition unter Einschluß der SPD zu bilden? Weil das zu einer Spaltung der BEL geführt hätte? Laut Aussage des Sohnes von Küchenthal 2014 ist diese Variante nie diskutiert worden.

17.2.1932

32. Sitzung des Landtags mit der ersten Lesung des Haushalts für 1932. Küchenthal stellt den Entwurf vor und begründet drastische Sparmaßnahmen (Stellenstreichungen) mit der krisenbedingt katastrophalen Lage der Landesfinanzen. Der Haushalt wird von 67 Mio RM auf 47,5 Mio RM zurückgefahren. U.a. sollen die Aufwandsentschädigungen für die Mitarbeiter der

Braunschweigischen Gesandtschaft gekürzt werden. Küchenthal kündigt an, die Braunschweigische Gesandtschaft beim Reichsrat in Berlin aus Kostengründen zum 1.4.1932 aufheben zu wollen. Dies sei ein reiner Verwaltungsakt der Staatsregierung und bedürfe nicht der Zustimmung des Landtags.

Der Haushaltsauschuß hatte zuvor unter Mitwirkung von Roloff u.a., wie von Küchenthal in seinem Entwurf vorgesehen, die vakante Regierungsrat-Stelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt gestrichen.

Roloff behauptet 1945, die Streichung sei bewußt erfolgt, um auf diese Weise eine Anstellung Hitlers als Regierungsrat zu verhindern. Wann genau hat der Ausschuß getagt? Wenn die Behauptung stimmt, dann ist das ein Hinweis, daß die Frage der Einbürgerung auch via Regierungsrat bzw. über eine Beamtenstelle bei der Braunschweigischen Gesandtschaft früher, intensiver und kontroverser diskutiert und behandelt wurde, als aus den Akten hervorgeht. Die Professur- und die Regierungsrat-Varianten sind demnach parallel betrieben worden.

Jasper eröffnet die Haushaltsdebatte und spricht dabei erstmals im Landtag die gescheiterte Einbürgerung Hitlers in Thüringen sowie die Absicht an, Hitler in Braunschweig zum Pädagogik-Professor zu machen und auf diesem Wege einzubürgern. Die NSDAP (Bertram) erklärt im Landtag, nichts davon zu wissen, aber einen solchen Vorgang unterstützen zu wollen. Klagges, Küchenthal und Roloff greifen nicht in die Debatte ein.

Jasper geht offenbar davon aus, daß Hitler auf die freie Riekel-Stelle berufen werden soll. Von der Umwidmung der Denomination weiß er noch nichts. Eine Wiederbesetzung ohne Umwidmung hätte auf jeden Fall die Mitwirkung der TH verlangt. Klagges hat offenbar auch die braunschweiger NSDAP nicht über seine Aktivitäten unterrichtet. Bemerkenswert ist, daß diejenigen im Saal, die am besten Bescheid wissen, schweigen.

Die anschließende Etatrede des Abgeordneten Winter (KPD) endet im Tumult. Zörner entzieht ihm das Wort. Nach mehrfachen Ordnungsrufen und Unterbrechungen der Sitzung wird der Winter unterstützende Abgeordnete Gmeiner (KPD) von Landtagspräsident Zörner für 8 Sitzungen ausgeschlossen.: „Ich stelle zunächst entsprechend § 64 folgendes fest: Ich habe Herrn Abg, Gmeiner, der versucht hatte, eine Erklärung, ohne sie mir vorher zur Kenntnis vorzulegen, zur Verlesung zu bringen und die Geschäftsführung des Präsidenten zu kritisieren, das Wort entzogen, und dann, weil Herr Abg. Gmeiner trotzdem weiter sprach, ihn von der Sitzung ausgeschlossen. Das der Abgeordnete der Aufforderung, den Saal zu verlassen, nicht nachgekommen ist, hat er sich selbst entsprechend § 64 Abs. 2 den Ausschluß für 8 Sitzungen zugezogen.“ (Protokoll S. 4037-4038) Jasper protestiert und verlangt die Einberufung des Ältestenrats. Der Antrag wird abgelehnt. Daraufhin verläßt die Linke den Plenarsaal.

Die erste Lesung über den Haushalt ist relevant für die Ernennungsfrage, da die Stelle im Haushalt ausgewiesen sein muß. Allen Beteiligten muß klar gewesen sein, daß der Ausschluß des KPD-Abgeordneten der Koalition die Mehrheit bei der Verabschiedung des Haushalts garantiert und sie nicht mehr auf die Zustimmung von Schrader angewiesen ist. Damit wird auch eine vom Haushaltsausschuß zu beantragende und für Hitler vorgesehene Wiedereinsetzung der Regierungsrats-Stelle in den Haushalt für 1932 eine Mehrheit finden. Der Verdacht liegt nahe, daß Zörner dieser Zusammenhang klar war und er nach einem Vorwand gesucht hat, auf diese Weise die Mehrheit zu sichern. Auf die Störungen der Aussprache von Seiten der NSDAP-Abgeordneten reagierte er jedenfalls in der Sitzung laut Protokoll viel milder. Der Versuch von Jasper, über den Ältestenrat die Suspendierung Gmeiners zurückzunehmen, wurde abgelehnt. Damit war bereits anhand einer Geschäftsordnungsfrage die Entscheidung in einer Sache vorweggenommen, die noch gar nicht zur Abstimmung stand. Diese Überlegungen deuten darauf hin, daß die Variante Regierungsrat über die Umwidmung einer vakan-

ten Stelle im Landeskultur- und Vermessungsamt parallel zur Professorenlösung schon lange ventiliert wurde. Gmeiner hätte als letztes Mittel einem Nachrücker Platz machen können. Da aber die Abstimmung Schraders vorhersehbar war, machte das keinen Sinn mehr.

Wessel informiert den Rektorüber die Vorgänge. Dieser informiert den Vorsitzenden des Hochschulverbandes Tillmann, der sich beim Reichspräsidenten über die Eingriffe von Klagges in die Hochschulautonomie beschwert. (Küchenthal 1973, Bd. I, S.13)

Der zeitliche Ablauf ist nicht ganz klar.

Im Anschluß an die Landtagssitzung konferiert die gesamte BEL-Fraktion (Roloff, Baumann, Löbecke, von Grone – DNVP; Brandes, Wessel, Oehlmann, Marquordt – DVP; Frede – Haus- und Grundbesitz; Schmidt, Vahldieck - Mittelstand) mit Küchenthal zum ersten Mal über die Einbürgerungsfrage. Küchenthal wendet sich nach eigener Aussage vehement gegen die Professur wie die Reichsratsbevollmächtigung. Die vier DVPler sprechen sich klar gegen die Professur aus. Über Roloffs Haltung gibt es widersprüchliche Aussagen. Laut Küchenthal taktiert er und will herausfinden, ob es eine Mehrheit für die Professur gibt, möchte aber vermeiden, daß bei einem Stimmenpatt (5:5) seine Stimme den Ausschlag gibt. Umgekehrt steht er gegenüber den TH-Kollegen unter Druck, die den Professor Hitler ablehnen. Nach anderer Lesart ist er in der Sitzung ein vehementer Gegner der Absicht und würde deshalb sogar die Koalition platzen lassen.

Warum taktiert Roloff bzw. ist so heftig dagegen? Liegt der Widerstand nur an der mangelnden akademischen Qualifikation oder reflektiert Roloff selber auf die vakante Riekel-Stelle, weil diese höher dotiert ist als seine eigene, bzw. auf die Gehaltsspitze und das Prestige des Ordinariats? Die DVP taktiert nach der Intervention von Dingeldey, weil sie den Bruch der Koalition und Neuwahlen fürchtet, während die DNVP gradliniger agiert, da sie Neuwahlen weniger fürchten muß. Nach 1945 erinnern sich die Beteiligten kontrovers.

Küchenthal erläutert seine Bedenken: Die Ernennung wäre rein politischer Akt ohne laufbahnrechtliche Voraussetzung. Es gäbe keine sachliche Begründung für die Professur (*Roloff und Geiger decken die Denomination bereits ab*!). Falls es Bedarf gäbe, dann dürfe kein Parteipolitiker berufen werden. Würde Hitler berufen und sein Amt ausüben, gäbe es laufend Krawalle zwischen linken und rechten Studenten. Es gäbe den persönlicher Konflikt mit Hitler anlässlich des Rücktritts Franzens.

Es folgt eine kontroverse Diskussion – pro – und contra Professur. Wessel (*in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann der TH*) ist gegen die Professur. Hitler als Stellvertretender Reichsratsbevollmächtigter kommt nicht in Frage (*deswegen das Gespräch Küchenthal – Boden!)* Die Debatte endet aber in dem grundsätzlichen Einverständnis, Hitler einbürgern zu wollen, da sonst die Koalition zerbricht und der Landtag aufgelöst wird. Bei Neuwahlen würde die BEL starke Verluste erleiden. Ein Beschluß wird noch nicht gefaßt. Als möglicher Ausweg wird die Besetzung einer anderen freien Beamtenstelle angesehen.

Laut Küchenthals „Erinnerungen“ sei der Ehrendoktor der TH, Wessel die entscheidende Person gewesen, der die Berufung Hitlers verhindert und in der Fraktionssitzung quasi die Position der TH vertreten hat.

1973 schreibt Küchenthal: „Dr. Roloff erklärte alsdann, die Verhandlungen hätten gezeigt, dass es sich hier ausschließlich um eine äußerst wichtige politische Entscheidung handle, von der unter Umständen das Verbleiben des Bürgertums im Landtage abhängig sei.“ (Bd. I, S. 14)

Wenn Roloff tatsächlich so argumentiert hat, dann muß allen Beteiligten spätestens jetzt die Tragweite der Entscheidung bewußt gewesen sein. Wenn die BEL zustimmt, öffnet sie Hitler das Tor auf dem Weg zur Macht, wenn sie sich verweigert, provoziert sie eine Eskalation, an deren Ende sie hinweggefegt werden könnte. Der Aufmarsch der 100.000 SA-Männer in Braunschweig war noch allen in Erinnerung!

Küchenthal erhält den Auftrag, der Fraktion bis zum 22.2. ein Verzeichnis der im Staatshaushalt freien Planstellen vorzulegen. Nicht der Minister, sondern die die BEL soll die Entscheidung fällen (so Küchenthal später). Laut Küchenthal (1945) verlangt Roloff, die Liste zuvor privat zu Hause vorgelegt zu bekommen.

Der Volksfreund befragt Rektor Schmitz, ob die TH von der Berufungsabsicht weiß.

Die Hochschule (Schmitz, Mühlenpfordt, Gassner) erklärt, daß auch die Umwidmung einer Professur ihre Angelegenheit ist.

In den Senatsakten findet sich nur ein einziger indirekter Hinweis am 23.3.1932, daß der Senat sich nachträglich mit der Berufung Hitlers befaßt hat. Offensichtlich sollte dies aus dem Protokoll nicht hervorgehen. Der Umstand macht deutlich, welch begrenzten Wert Quellen und gerade Protokolle haben, die auch immer aus politischen Überlegungen heraus in ihren Formulierungen entstanden sind.

Ruben 2004, S. 39 weist daraufhin, daß sich auch Roloff um eine ordentliche Geschichtsprofessur beworben habe, die durch den vorzeitigen Ruhestand Riekels frei geworden sei. Zumindest die Formulierung ist unrichtig. Sie beruft sich dabei auf Äußerung in Küchenthals Erinnerungen!?

Die Affäre wird zunehmend zu einer öffentlichen Angelegenheit, die Hitler Spott einbringt. Hitler ist verärgert über Klagges, der die Sache dilettantisch eingefädelt und den Bogen gegenüber dem Koalitionspartner und der Hochschule überspannt hat.

Nachdem Goebbels von der Ablehnung der Ernennung erfahren hat, schickt er Hans Frank, Hitlers Rechtsberater, nach Braunschweig, der mit seinem Freund und Landtagspräsidenten Zörner, den beiden Ministern und Roloff im Landtag konferiert.

Woher die Freundschaft zwischen Frank und Zörner, die mehrfach in der Literatur genannt wird, herrührt, ist quellenmäßig nicht belegt. Frank war Jurist in München, Zörner Kaffee-Kaufmann in Braunschweig. Bei waren allerdings alte Parteimitglieder.

Nachdem Klagges versagt hat, wird jetzt, vermutlich von Goebbels, via Frank Zörner ins Spiel gebracht, um auf einem anderen Kanal zum Erfolg zu kommen. Diese Entwicklung kann Klagges nicht gefallen haben. Vielleicht hat sich Zörner auch selbst angeboten, da er eine Chance auf innerparteiliche Profilierung gewittert hat.

Zörner ruft seinen Schwager Carl Heimbs an, um ihn als Vermittler ins Spiel zu bringen. Am Abend gegen 22.00 Uhr treffen sich Frank, Zörner und eine weitere Person (Alpers?) mit Heimbs im Parkhotel, Steinweg 22 (evtl. im Café Lück). Frank verspricht, Hitler werde sich für die braunschweigische Industrie einsetzen. Heimbs stimmt zu und will über Wessel auf die DVP einwirken. Carl Heims wird später als zeuge im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal aussagen, daß noch eine zweite, ihm zuvor unbekannte Person an dem Treffen teilgenommen habe. (3 Nds. 92/1 Nr. 48470 Bd. 2) Ernst Heimbs sagt am 14.12.1933 im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a. aus, daß auch Alpers an dem Treffen teilgenommen hat (Nds. Staatsarchiv G2 Nds Fb 2 Nr. 823)

War die zweite Person Alpers? Die dürfte Heimbs aber gekannt haben. Seitdem wird hinter den Kulissen agiert. Es geht darum, den Widerstand der DVP über die persönliche Verbindung Zörner - Heimbs - Wessel zu brechen. Zörner ist der Schwager von Heimbs, der mit seiner Schwester Helene verheiratet ist. Beide haben zudem von 1922 bis 1929 im selben Haus, Hohetorwall 7, gewohnt und auch diverse geschäftliche Verbindungen gepflegt. Es ist gut denkbar, daß Zörner seinen Schwager bereits vorher über die Absicht informiert hat, so daß Heimbs wußte, was auf ihn zukommt. Der Hinweis auf Alpers ist misteriös. Warum sollte Zörner einen Vertrauten von Klagges einbezogen haben, wenn er doch hier seine Chance sah, die Gunst Hitlers zu gewinnen? Vielleicht hat Klagges die Teilnahme von Alpers verlangt, um im Spiel zu bleiben. Heimbs wird nach 1945 in diversen Zeugenaussagen und Stellungnahmen den Namen des vierten Teilnehmers der Runde verschweigen. Heimbs und Wessel sind nicht nur Parteifreunde in der DVP, sondern stehen auch über die IHK Braunschweig, die Kaufmännische Union und die Freimaurerloge miteinander in Verbindung.

Die Rolle Zörners bei der Einbürgerung Hitlers wurde später ein Thema in dem Parteigerichtsverfahren Klagges vs. Zörner u.a. Klagges versucht darin den wenig überzeugenden Eindruck zu erwecken, als hätte Zörner die Einbürgerung Hitlers hintertreiben wollen. Gegenüber Heimbs äußert sich Klagges abwertend. Vielleicht, weil er ihn zur Zörner-Fraktion rechnet. Vielleicht verschweigt Heimbs den namen Alpers, um nicht mit Klagges in Verbindung gebracht zu werden.

Eine Quelle für das Treffen ist eine Ehrenerklärung von Heimbs für Brandes vom 28.2.1947. Darin führt jener aus, daß er der Einbürgerung Hitlers nur wegen dessen Weltkriegsteilnahme zugestimmt, ihn aber persönlich abgelehnt habe. Nach seiner Erinnerung sei der Vorgang im Vergleich zu den anderen Ereignissen „unbedeutend“ gewesen.

Rolof jun. schreibt dazu 1981: „…so zum Beispiel der bekannte Kaufmann Carl Heimbs, der eine wichtige Chargenrolle in der Tragikomödie um Hitlers Einbürgerung gespielt hat…“ (S. 21).

Weitere Quellen sind die Erklärung von Heimbs von 1961 an seine Mitarbeiter, die er am Erscheinungstag des Spiegel-Artikels verfaßt hat, und seine Zeugenaussagen im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal. Sie weichen zwar in Nuancen voneinander ab, bestätigen aber den Kern des Treffens.

Laut Küchenthal 1969, Bd. III, S. 186 soll Frank erst am 21. und 22. 2. In Braunschweig gewesen sein. Diese Datierung ist unglaubwürdig und ein Indiz, daß nicht alle Hinweise in Küchenthals „Erinnerungen“ präzise sind. Küchenthal wird Heimbs 1961 entlasten. Er sei ein Nazi-Gegner gewesen und habe Hitlers Einbürgerung nur wegen dessen Weltkriegsteilnahme befürwortet. Diese Entlastung ist unglaubwürdig, da Küchenthal wohl kaum entgangen sein dürfte, daß dessen Sohn, Ernst Heimbs, im März 1933 in die NSDAP eingetreten ist.

Weil die ursprünglich favorisierte Professoren-Lösung auf harten Widerstand stößt, wird durch Entsendung von Abgesandten – Quaatz, Frank, Göring bzw. indirekt durch Goebbels, Hugenberg und Dingeldey Druck gegenüber den braunschweiger Parteifreunden aufgebaut. Bemerkenswert ist, daß die NSDAP in der DVP den eigentlichen Widerstand sieht, während die DNVP aus Rücksicht auf die Harzburger Front selber ein Motiv zur Kooperation hat. Deswegen dürfte der von Goebbels in Gang gesetzte Kanal Frank – Zörner – Heimbs – Wessel den eigentlichen Durchbruch bedeutet haben, war das Treffen im Parkhotel das Schlüsselereignis, das erkläret, warum trotz der vielen Bedenken und Widerstände die Einbürgerung doch noch rechtzeitig zustande gekommen ist.

Bemerkenswert ist auch, daß die Einbürgerungsfrage bei allen drei Parteien (Klagges vs. Zörner, Roloff vs. Küchenthal und Heimbs vs Wessel?) unterschiedlich gelagerte Konflikte auslöst. Eine laufende Sondierung zwischen den Koalitionspartnern DNVP und DVP hat es offenbar nicht gegeben. Während die DNVP noch die Professoren-Variante verfolgt, orientiert sich die DVP schon Richtung Regierungsrat-Variante. Das Festhalten an der ersten Variante hätte wahrscheinlich zum Bruch der BEL geführt. Unklar bleibt, ob am Ende die übergeordneten Erwägungen in Berlin oder die lokalen in Braunschweig den Ausschlag gegeben haben. Wessel soll nach der Erinnerung Küchenthals der letzte gewesen sein, der unter den braunschweiger Verantwortlichen noch gegen die Einbürgerung Widerstand geleistet hat.

Die Frage bleibt, warum Wessel nicht für den Koalitionswechsel der DVP plädiert, um die Einbürgerung zumindest in Braunschweig zu verhindern. Eine weitere Frage lautet, warum die braunschweiger SPD nicht aktiv geworden ist und auf die DVP, die keine Rücksicht auf die „Harzburger Front“ nehmen mußte, zugegangen ist. Auch gibt es keine Hinweise, daß die berliner SPD-Zentrale auf die braunschweiger Genossen Einfluß genommen hat, obwohl doch Brüning den Kontakt mit der SPD gesucht hat. Immerhin wäre ohne die Stimmen der SPD-Wähler die Kandidatur Hindenburgs aussichtslos gewesen. Insofern hatte auch die SPD Verhandlungsmacht, die nicht genutzt worden ist.

Laut späterer Erinnerung von Brandes hat Heimbs ihn über sein Treffen mit Frank informiert. Heimbs gehörte damals zum Vorstand der braunschweiger DVP. Er dementiert später im Leserbrief an den Spiegel vom 11.10.1961 diese Version. Vgl. dazu auch die schriftliche Erklärung von Heimbs vom 8.2.1947. Küchenthal dementiert später, an der Besprechung teilgenommen zu haben. Der Widerstand gegen die Einbürgerung bestand jedenfalls eher auf Seiten der DVP wegen eines möglichen Scheingeschäfts im Allgemeinen und wegen der Professur im Besonderen.

Indem Zörner den Kontakt zu Heimbs herstellte, wurde er zum wichtigen Akteur auf seiten der NSDAP in der Einbürgerungsfrage. Daß Klagges so das Heft des Handelns aus der Hand geben mußte, dürfte ihm kaum gefallen haben. Hier wird ein Grund für den Konflikt Klagges – Zörner gelegen haben (so auch Küchenthal 1973, Bd. II, S. 19). Diese Interpretation wird durch das Manuskript von Klagges (1970) gestützt.

Heimbs Verhältnis zum Nationalsozialismus wird kontrovers beurteilt. Er selber bezeichnet sich 1961 als Nazi-Gegner, der sogar mehrfach über Frank versucht haben will, mäßigend auf Hitler, gerade auch in der Judenfrage, einzuwirken. Dies wird ihm auch von Küchenthal 1973 (Bd. I) bescheinigt. Es gibt aber Hinweise, die auf das Gegenteil hinweisen. Er habe einen NS-Musterbetrieb geführt. Auch soll er bis kurz vor Kriegsende noch Rohkaffee bezogen haben, obwohl dieser bereits stark kontingentiert war. Vielleicht hat sich Hitler auch in dieser Hinsicht dankbar gezeigt. Diese Hinweise sind aber nicht belegt. Sicher ist allerdings, daß sein Sohn Ernst Heimbs, der 1932 Gesellschafter der Firma wird, im März 1933 in die NSDAP eingetreten ist. Dies deutet auf eine Nähe der Firma zur Partei, auch wenn Heimbs sen. nicht Mitglied war.

Bündnis von Stahlhelm und DNVP zur Reichspräsidentenwahl.

18.2.1932

Die Braunschweigische Landeszeitung positioniert sich als erstes braunschweiger Blatt pro Einbürgerung.

Sitzung des Ältestenrats des Braunschweigischen Landtags. Laut Protokoll schlägt Zörner den 1. und 2.3.1932 für die 2. Lesung des Haushalts vor. Der Vorschlag wird gegen die Stimmen der SPD beschlossen.

Zörner schlägt ferner vor, die erneute Sitzung des Haushaltsausschusses auf den 19.2.1933 vorzuverlegen. Gegen den Widerspruch der Linken wird die Terminierung des Ältestenrats vom 3.2.1932 revidiert und der Haushaltsausschuß aufgefordert, die Beratung des Haushalts sofort anzusetzen.

Das Manöver ist notwendig, weil die Ernnenung Hitlers haushaltsrechtliche Konsequenzen hat, da die für ihn vorgesehen Regierungsratstelle bereits vom Haushaltsausschuß für das Haushaltsjahr 1932 gestrichen war. Die Linke wollte die Beschleunigung der beabsichtigten Korrektur der Beschlußlage verhindern und die Sitzung des Haushaltsausschusses erst nach dem ersten Wahlgang anzusetzen, um so die Ernennung Hitlers zu torpedieren.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, Sievers (SPD) wird dessen Sitzung mit Stimmenmehrheit für den 20.2.1932 beschlossen. (Protokoll unter den Akten zum OPG-Verfahren gegen Zörner u.a. unter 62 Nds Fb2 Nr. 823)

Klagges fühlt sich nach eigener Aussage im OPG-Verfahren durch die Terminierung hintergangen, da die Einbürgerung Hitlers eine etatmäßige Konsequenz hat und die zweite Lesung zu spät angesetzt sei für die rechtzeitige Einbürgerung.

Die Wahlvorschläge zur Präsidentenwahl müssen, wie sich später herausstellt, wegen der Zehntagesfrist bis zum 3.3.1932 beim Wahlleiter eingegangen sein, weil der 1. Wahlgang auf den 13.3. gelegt wird. Für den 2. Wahlgang wäre mehr Zeit für die Einbürgerung geblieben. Tatsächlich bewilligt der Haushaltsausschuß des Landtags die für Hitler vorgesehene Planstelle am 24.2., genau einen Tag vor der Einbürgerung, und der Landtag, wie vom Ältestenrat festgesetzt, erst am 1.3., also nach der Einbürgerung. Klagges wird den Punkt später vor dem Parteigericht gegen Zörner vorbringen. Am 18.2. ist allerdings von der aus dem Landesetat gestrichenen Regierungsrat-Stelle noch keine Rede, sondern nur von der Professur, die ja vorhanden und nur unbesetzt ist. Die Mittel für die Regierungsrat-Stelle waren noch bis Ende März 1932 aus dem Haushalt für 1931 vorhanden und mußten, da die Stelle mittlerweile gestrichen worden war, erst ab April wieder in den Haushalt für 1932 eingestellt werden.

Aus dem Protokoll wird deutlich, daß Zörner bei der Terminplanung aktiv war, aber die Ausschußmitglieder von BEL und NSDAP seinen Vorschlägen zugestimmt haben. Die Terminfrage war relevant für die Einbürgerung Hitlers, da diese einerseits eine Konsequenz für den Haushalt hatte, andererseits die Frist für die Nominierung der Präsidentschaftskandidaten (bis zum 3.3.1932) zu berücksichtigen war. Aus dem Vorgang versuchte Klagges später, Zörner den Vorwurf zu machen, die Einbürgerung hintertrieben zu haben. Dieser Vorwand war allerdings insofern unbegründet, da die Mittel erst ab 1.4. mit Beginn des Haushaltsjahrs neu zu bewilligen waren.

40. Sitzung des Landtags mit Fortsetzung der Haushaltsdebatte.

Der Thüringer Landtag setzt einen Untersuchungsausschuß unter Vorsitz von Hermann Brill (SPD) ein. Die Vernehmung von Frick und Hitler wird auf den Tag nach dem 1. Wahlgang zum Reichspräsidenten gelegt.

Brill wollte mit dieser Terminierung den Ausgang des 2. Wahlgangs beeinflussen, indem Hitler durch seine Befragung blamiert wird.

Stahlhelm und DNVP nominieren Duesterberg zum Präsidentschaftskandidaten, der sich widerstrebend bereit erklärt.

Die Braunschweigische Landeszeitung veröffentlicht einen Artikel „Die Methoden der Gegenseite“. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Staatenlosigkeit Hitlers für die NSDAP schon lange ein Problem darstellt.

Dieser Artikel findet sich später am Anfang der Personalakte Hitler! Warum? Wer hat den Artikel in die Personalakte aufgenommen?

Brandes informiert Küchenthal, daß nur die Fraktion und nicht Küchenthal allein entscheiden könne. (so Küchenthal 1945)

Erneutes Gespräch Klagges-Küchenthal in der Einbürgerungsfrage. Klagges drängt, Küchenthal verweist auf die Sitzung der BEL am 22.2.

Laut „Erklärung“ (vom 28.9.1961) informiert Heimbs den DVP-Geschäftsführer Brettschneider von seinem Treffen mit Frank und Zörner. Dieser setzt sich mit Brandes in Verbindung. Anschließend wird der DVP-Vorsitzende Dingeldey (Berlin) per Telegramm konsultiert, der postwendend per Telegramm sein Einverständnis zur Einbürgerung erklärt. Heimbs informiert anschließend Zörner über die Zustimmung der DVP. An den weiteren Verhandlungen nimmt Heimbs nicht mehr teil.

Wenn diese Version über den Ablauf der Verhandlungen stimmt, dann haben Zörner und Klagges parallel agiert. Klagges verhandelt mit der DNVP, Zörner via Heimbs mit der DVP. Zörner scheint demnach den eigentlichen Durchbruch erzielt zu haben, weil der Widerstand auf Seiten der DVP größer war als bei der DNVP.

Küchenthal wird von Frank über das Treffen mit Heimbs informiert. Heimbs habe zugestimmt, Dingeldey solle konsultiert werden.

Wer genau wann mit wem gesprochen oder nur aus zweiter Hand berichtet hat, ist nicht mehr genau zu rekonstruieren, da die Quellen zum Ablauf auf Aussagen beruhen, die 15-20 Jahre später gemacht wurden.

19.2.1932

Ministerialrat Kiesel erstellt ein Gutachten für Klagges unter Berufung auf das Gutachten von Ministerialrat Dr. ing h.c. Albrecht, daß der Berufung Hitlers nicht im Wege steht und daß mit der Verbeamtung die deutsche Staatsbürgerschaft erworben wird. Dies gelte auch für einen Staatenlosen.

„Hiernach unterliegt es für mich keinem Zweifel, daß bei der Verleihung des Staatsamtes eines planmäßigen außerordentlichen Professors an der Technischen Hochschule mit einem Angehörigen eines nichtbraunschweigischen Staates die braunschweigische Staatsangehörigkeit nach § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 22. Juli 1919 … erworben wird.

Die Anstellung im Staatsdienste gilt nach dem § 14 des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes für einen Ausländer als ´Einbürgerung´. Der § 14 a.a.O. gilt ausdrücklich auch für Ausländer. … Das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz versteht unter ´Ausländern´ alle Personen, die nicht Deutsche (Angehörige eines deutschen Staates oder unmittelbare Reichsangehörige) sind…. Unter Ausländer fallen auch Personen, die keinem Staate angehören, sei es,

daß sie eine früher besessene Staatsanbgehörigkeit ohne Erwerb einer neuen verloren haben, sei es, daß sie bereits mit der Geburt staatenlos gewesen sind…. Hiernach findet der § 14 des Reichsgesetzes vom 22. Juli 1913 auch auf staatenlose Personen Anwendung."

Kiesel beruft sich dabei auf den Gesetzeskommentar von Keller/Trautmann 1914 (Personalakte Hitler).

D*ie Frage, ob der Paragraph nur für Ausländer oder auch für Staatenlose gilt, war ein Problem, das in dem Gutachten, gestützt auf den Kommentar von Keller/Trautmann, im Sinne Hitlers entschieden wurde. Soweit kann man Kiesel folgen. Kiesel unterschlägt allerdings, daß Hitler wesentliche, in dem Kommentar geforderte Bedingungen nicht erfüllte – so den „unbescholtenen Lebenswandel", daß er sich nicht in Braunschweig, sondern in München (1. Wohnsitzt) niedergelassen hat. Hätte Kiesel den Kommentar nicht nur selektiv, sondern vollständig herangezogen, hätte er zu einem abschlägigen Gutachten für Klagges kommen müssen. Daß er dennoch positiv begutachtet, zeigt, daß er nur politisch, nicht aber juristisch argumentiert.*

Hitler hat später den Tatbestand der Scheinernennung erfüllt (Gutachten Kaisenberg und Jellinek), da er als braunschweigischer Beamter nicht tätig geworden ist, und hätte laut Keller/Trautmann auch nicht eingebürgert werden dürfen, da er wegen des Putschversuchs rechtskräftig verurteilt war.

Merkwürdig ist, daß das in der Personalakte Hitler vorhandene Gutachten von Kiesel auf den 19.2. datiert ist, obwohl Klagges doch bereits am 15.2. den wegen Küchenthals Weigerung gescheiterten Ernennungsversuch unternommen hat. Entweder wollte Klagges, gestützt auf das Gutachten, noch einen zweiten Versuch unternehmen, Hitler zu ernennen, oder Kiesel hat noch ein zweites Gutachten angefertigt oder das auf dem Schriftstück vermerkte Datum ist falsch. Küchenthal (1961) bestreitet jedenfalls, daß Kiesel das Gutachten erst am 19.2. verfaßt hat und behauptet, daß es spätestens am 15.2. in der Frühe verfaßt worden sein muß, bevor Klagges ihm die Urkunde zur Gegenzeichnung vorgelegt hat (ebd. S. 7). Vielleicht werden aber die Gutachten von Wanstrat (vom 15.2.?) und Kiesel verwechselt.

Klagges bestellt (vermutlich an diesem Tag) Roloff, die Parteivorsitzenden Baumann und Brandes sowie Wessel (oder Marquordt) zu sich, um diese über seine Absicht, Hitler berufen zu wollen, zu informieren. Er stößt damit erneut auf Wiederstand. Küchenthal werde die Urkunde nicht gegenzeichnen. (Roloff 1961, S. 93)

Wenn Roloff jun. sich nicht irrt, dann hat Klagges noch einen zweiten Anlauf in Sachen Professur gemacht. Vielleicht ging es jetzt auch darum, die Initiative von Zörner zu unterlaufen.

Der DNVP-Reichstagsabgeordnete und enge Vertraute von Hugenberg, Reinhold Quaatz, fährt im Auftrag von Hugenberg nach Braunschweig, um seinen Parteifreunden deutlich zu machen, daß die aus der Koalitionspartnerschaft erwachsene Pflicht zu erfüllen sei, die Einbürgerung zu regeln. Er wird mittags von Küchenthal am Bahnhof abgeholt. Laut Tagebuch Quaatz informiert Küchenthal ihn auf dem Weg zur Vorstandssitzung über die Lage. „Küchenthal will Hitlers Ernennung zum Professor mitmachen trotz Gefahr für die Koalition und seine Stellung. Ich billige das. Bundesvorstand ebenso." (Quaatz 1989, S. 180)

Küchenthal wird 1961 vehement bestreiten, an einer Besprechung mit Quaatz (und Frank) teilgenommen zu haben. Er habe beide gar nicht gekannt.

Quaatz nimmt an einer Sitzung des braunschweiger DNVP-Parteivorstandes teil. Der Vorstand, bestehend aus 9 Mitgliedern, stimmt mehrheitlich für die Einbürgerung. Baumann, Roloff und Küchenthal erhalten die Vollmacht zu weiterem Vorgehen.

Nach anderer Quelle hat das Treffen bereits am 17.2. stattgefunden. Der Eintrag im Tagebuch Quaatz ist in mehrfacher Hinsicht bedeutend. Hugenberg träumt offenbar immer noch von der „Harzburger Front". Offenbar hält er jetzt den Moment für gekommen, daß die Berliner Parteizentrale sich einmischt und Druck auf die braunschweiger Parteifreunde ausübt. Der Hinweis, daß Küchenthal trotz Bedenken die Einbürgerung Hitlers qua Professur mitmachen will, widerspricht dessen späteren umfänglichen Auslassungen, in denen er sich geradezu rühmt, genau dieses durch die Verweigerung seiner Unterschrift verhindert zu haben. Vielleicht ging es ihm im Kern aber nur darum, die Verantwortung für die Einbürgerung zu vermeiden. Auf jeden Fall tut sich hier an entscheidender Stelle ein Widerspruch zwischen Quaatz und Küchenthal auf, der viele „Erinnerungen" von Küchenthal in eigener Sache in zweifelhaftem Licht erscheinen läßt. Immerhin war die Frage der Verantwortlichkeit für die Einbürgerung der entscheidende Punkt in den Entnazifizierungsverfahren. Deutlich wird auch die mögliche Bruchstelle in der Koalition, die nicht zwischen BEL und NSDAP, sondern innerhalb der BEL zwischen DVP und DNVP lag. Selbst das Risiko, daß die BEL auseinanderfliegt, die Koalition keine Mehrheit mehr hat und Küchenthal sein Amt verliert, war er demnach bereit einzugehen. Dies widerspricht allerdings der Vorsicht, die Küchenthal ansonsten bei allen seinen Handlungen an den Tag gelegt hat. Deutlich wird auch, daß DVP und DNVP mittlerweile getrennt marschieren. Die DVP (Wessel) will auf jeden Fall den Professor Hitler verhindern und sucht nach einer Alternative. Die NSDAP wendet sich via Frank/Zörner an die DVP, weil sie hier zu Recht den entscheidenden Widerstand vermutet. Deshalb wird die Regierungsrat-Variante ventiliert, während die DNVP immer noch die Professoren-Variante verfolgt. Auch Roloff scheint ein doppeltes Spiel zu spielen. Als Politiker trägt er die Professoren-Lösung mit, als Hochschullehrer gibt er sich zumindest den Anschein, dagegen zu sein.

Nach mehreren Tagen des Schweigens notiert Goebbels erst jetzt wieder: „Beim Führer im Kaiserhof. Ich sprach mit ihm lange unter vier Augen. Die Entscheidung ist gefallen". (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 129; Goebbels 1934, S. 48)

Ein Grund könnte die Kandidatur Duesterbergs gewesen sein, die Hindenburg Stimmen kosten wird und, wie von Hitler kalkuliert, seine Chancen erhöht. Was Hitler offenbar noch nicht weiß, ist, daß die Frage der Einbürgerung in Braunschweig immer noch in der Schwebe ist. Auf jeden Fall erweckt Goebbels mit seinen Tagebucheinträgen, daß er der entscheidende Berater war, der Hitler zur Kandidatur gedrängt bzw. überredet hat.

20.2.1932

Beginn der Beratungen des Haushalts für das Jahr 1932 im Haushaltsausschuß über 12 Sitzungen bis zum 27.2.1932. Die Mitglieder des Ausschusses sind Sievers (SPD und Vorsitz), Bertram (NSDAP), Frede (BEL), Öhlmann (BEL), Rieke (SPD), Roloff (BEL), Schmidt (NSDAP) Steinbrecher (SPD), Wessel (BEL). U.a. wird beschlossen, die Aufwandsentschädigung für die Mitarbeiter der Braunschweigischen Gesandtschaft um 6000 RM zu kürzen. Die Regierung beantragt, im Haushalt der TH die Zahl der a.o. Professuren von 13 auf 14 zu erhöhen und nicht, wie im Plan vorgesehen, auf 12 zu verringern.

Für wen ist diese zusätzliche Professur vorgesehen? Doch noch für Hitler? Dies würde den Tagebucheintrag von Quaatz bestätigen und wäre auch eine Bestätigung der Annahme, das Roloff ein doppeltes Spiel gespielt hat.

Laut einem Leitartikel der Wolfenbütteler Zeitung vom 20.2.1932 stößt die Berufung Hitlers auf den Widerstand der Universität (Rektor Otto Schmitz) und des bürgerlichen Koalitionspartners, insbesondere Roloffs, wegen der mangelnden akademischen Vorbildung und der

Befürchtung, daß eine Berufung Hitlers Unruhe in die Hochschule bringen würde (= offizielle Begründung).

Rektor Schmitz (evtl. schon am 15.2.) ruft Küchenthal an und bittet um Auskunft in der Berufungsfrage. Küchenthal verweist Schmitz an Klagges als zuständigem Minister. Schmitz wendet sich daraufhin an Wessel, Vertrauensmann und Ehrendoktor der TH.

Schmitz wird 1949 der Vorsitzende der Spruchkammer im Entnazifizierungsverfahren Küchenthals sein.

Küchenthal schlägt vor, Hitler zum Kommissarischen Bürgermeister in Stadtoldendorf zu machen. Der Plan scheitert am Widerstand der Landtagsparteien.

Laut persönlicher Mitteilung des Sohns Hans-Georg Küchenthal (vom 30. 12. 2013) soll Küchenthal diesen Vorschlag ins Spiel gebracht haben in der Annahme bzw. Hoffnung, daß Hitler diese Variante ablehnen werde.

Laut Brandes soll es ein Schreiben von Roloff an Brandes geben - in der Nachkriegsakte Brandes im Stadtarchiv Braunschweig ist das verzeichnete Schreiben verschwunden – (Zufall?), in dem Roloff die Details der Regierungsrat-Lösung darlegt.

21.2.1932

Der Volksfreund veröffentlicht eine Karikatur über Hitlers „Antrittsvorlesung“

Der Vorstand der Braunschweiger DVP übernimmt die Empfehlung von Heimbs in der Einbürgerungsfrage.

So die Erinnerung von Brandes 1947. Laut Roloff 1961 und Küchenthal 1973 erfolgte die Zustimmung der DVP erst am 22.2.

Der DVP-Parteivorsitzende Dingeldey gibt telegraphisch aus Berlin seine Zustimmung, nachdem er (laut Küchenthal) mit Kaisenberg konferiert hat.

Also wußte Kaisenberg (und damit Groener bzw. Brüning) bereits, daß sein Gutachten die Braunschweiger nicht abschreckt, der Kandidatur Hitlers den Weg zu bereiten. Brüning hatte sich mittlerweile offenbar mit dessen Kandidatur abgefunden. Vielleicht fürchtete er auch den Aufstand der SA, wenn die Kandidatur Hitlers aus juristischen Gründen abgelehnt wird bzw. hoffte auf die politische Wirkung einer Niederlage Hitlers.

Goebbels notiert: „Das ewige Warten wirkt fast zermürbend.“ (Goebbels 1934, S. 49)

Zweifelt er, daß Hitler sich entscheidet? Oder zweifelt er, daß die Braunschweiger zustimmen?

22.2.1932

Küchenthal berichtet laut einer nachträglichen Mitteilung von Heimbs, daß es ein Treffen zwischen Frank, Zörner, Heimbs, Brandes, Wessel, Roloff und Baumann in Braunschweig gegeben hat, in dem Frank nochmals dringend den Wunsch vorgetragen hat, Hitler bei seinem Wunsch zur Einbürgerung zu unterstützen (Küchenthal, Erinnerungen Bd. III, S. 264).

Entweder irrt Küchenthal im Datum und meint das Treffen vom 20.2. oder Frank wäre nochmals nach Braunschweig gekommen. Ein zweites Treffen mit erweiterter Teilnahme wird allerdings von keinem der Beteiligten bestätigt. Es wären demnach jedenfalls weder Klagges noch Küchenthal hinzugezogen worden. Wenn der Hinweis stimmt, dann wäre bei diesem Treffen das Ergebnis der anschließenden Fraktionssitzung vorbesprochen worden. Küchenthal ist an dieser Stelle eher unglaubwürdig, zumal es ihm wieder darum geht zu belegen, daß er an den entscheidenden Besprechungen nicht teilgenommen hat.

Küchenthal berät mit den Ministerialräten Kiesel und Lehmann die Einbürgerungsproblematik.

So die Aussage von Kiesel am 16.1.1947 vor dem Entnazifizierungsausschuß. Damit muß Küchenthal die rechtliche Problematik (Scheinernnenung Hitlers) vor der Fraktionssitzung klar gewesen sein.

Entscheidende Fraktionssitzung der BEL, auf der die Einbürgerungsfrage erneut verhandelt wird. Auf der Liste, die Küchenthal vorlegt, sind nur untergeordnete Beamtenstellen verzeichnet. Roloff fragt nach der Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt *(aha!).* Küchenthal erwidert, daß diese gerade durch den Haushaltsplan für 1932 gestrichen sei. Die Stelle gehört zum Ressort von Küchenthal.

Küchenthal geht offenbar immer noch von der Professoren-Variante aus.

So bleibt nur die Alternative Professur (Ressort Klagges) oder die Rücknahme der Streichung der Regierungsratsstelle (Ressort Küchenthal). Küchenthal wird beauftragt, über den Haushaltsausschuß die Mittel für die gestrichene Stelle für das Haushaltsjahr 1932 (ab 1.4.) wieder anzufordern. Bis zum 31.3. 1932 sind die Mittel noch vorhanden, da das Haushaltsjahr 1931 erst zu diesem Datum endet.

Dieser Umstand ist insofern bedeutsam, weil jetzt der Landtag ins Spiel kommt. Hätte es sich nur um die Wiederbesetzung einer freien Stelle in einer Behörde gehandelt, die zum Ressort von Küchenthal gehörte, hätte dies Küchenthal mit Gegenzeichnung von Klagges ohne Einbeziehung des Landtags tun können. So wollte Klagges umgekehrt mit der Besetzung der freien Professur an der TH verfahren, nur daß Küchenthal die Gegenzeichnung verweigerte. Da die Stelle aber bereits aus dem Haushalt herausgenommen worden war, mußte der Landtag die Wiedereinrichtung beschließen. Vileleicht hat Küchenthal sogar deshalb zunächst die Streichung der Stelle veranlaßt, weil so der Landtag ins Spiel kommen mußte (?) Hinter der haushaltsrechtlichen Problematik verbirgt sich die wesentliche, womöglich sogar entscheidende, Frage nach der politischen Verantwortung. Ist Küchenthal verantwortlich, der die Ernennungsurkunde unterzeichnet bzw. Klagges, der sie gegenzeichnet, oder die Mehrheit des Landtags, die den Beschluß zur Wiedereinsetzung der Stelle in den Haushalt faßt? Küchenthal hätte immerhin seinen Rücktritt anbieten können, wenn er die Verantwortung nicht übernehmen wollte. Oder sind die Köpfe der BEL-Fraktion (Roloff und Wessel) die politisch Verantwortlichen? An dieser Frage sollte sich nach 1945 anläßlich der Entnazifizierungsverfahren der Konflikt entzünden.

Den Beteiligten ist klar, daß Hitler die Stelle eines Regierungsrats bei einer braunschweigischen Landwirtschaftsbehörde nicht wirklich ausüben kann bzw. will. Deshalb lautet der erste Kompromiß zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Hitler als Regierungsrat zur Gesandtschaft abzuordnen, weil in der Presse bereits über den Reichsratsbevollmächtigten Hitler spekuliert wird. Küchenthal wendet ein, daß das SPDgeführte Anhalt in diesem Fall die gemeinsame Gesandtschaft aufkündigen wird, daß er im Reichsrat unter Druck geraten wird, daß das Reichsinnenministerium den Polizeikostenzuschuß für Braunschweig streichen könne und daß

Anhalt den Finanzierungsbeitrag für die Gesandtschaft streichen könne. Deshalb lautet der modifizierte Kompromiß, Hitler nur mit Wirtschaftsfragen aber nicht mit dem Amt des Stellvertretenden Reichsratsbevollmächtigten zu beauftragen. Wessel, der die Professur verhindern will, stellt folgenden Antrag: „Die Fraktion ersucht ihren Minister, die Einbürgerung Hitlers durch seine Ernennung zum Regierungsrat beim Kultur- und Vermessungsamt bei ausschließlicher Beschäftigung mit Wirtschaftsfragen, die das Land Braunschweig angehen, bei der Gesandtschaft in Berlin zu fördern, falls Hitler dieses Amt genehm sei und die absolute Gewähr bestehe, das er dieses Amt auch wahrzunehmen ernsten Willens sei und daher ein Scheingeschäft nicht in Frage komme, also ausgeschlossen sei.“ (zit. nach Küchenthal 1973, Bd. I, S. 18).

Wessel soll diese Idee (laut Roloff 1961, S. 21) nach dem Gespräch mit Heimbs entwickelt haben. Wessel weiß als Mitglied des Haushaltsausschusses (wie Roloff) jedenfalls, daß die Stelle unter seiner Mitwirkung gerade gestrichen wurde.

Wessel argumentiert, daß eine Wirtschaftförderung durch Hitler im Interesse der braunschweiger Wirtschaft sei. Die BEL beschließt den Antrag Wessel einstimmig und beauftragt Küchenthal, seine Bedenken in Berlin zu klären und den Beschluß mit seinen Bedingungen Klagges mitzuteilen. Dabei soll auch geklärt werden, ob Hitler mit der Lösung zufrieden ist und ob er das Amt auch wirklich ausüben werde. Im Falle eines Mißtrauensantrags der SPD im Landtag soll die Regierung von der Fraktion gedeckt werden.

Küchenthal hat nach eigener Aussage (Küchenthal 1969, Bd. II, S. 7) auch persönliche Bedenken bezüglich seiner Beurlaubung aus dem Reichsfinanzdienst, zu deren Klärung er Rücksprache in Berlin nehmen will. 1973 wird er erklären, daß er, wenn das Reichsfinanzministerium Bedenken gehabt hätte, sofort gegenüber Landtagspräsident Zörner seinen Rücktritt erklärt hätte. Ob diese nachträgliche Behauptung stimmt, ist durch eine weitere zeitgenössische Quelle nicht zu belegen. Ein Rücktritt Küchenthals hätte, wenn die BEL nicht einen neuen zweiten Minister hätte durchsetzen können, die Konsequenz einer Einministerregierung durch Klagges haben können. Laut Küchenthal 1973 war die Einministerverordnung vom 3.9.1931 immer noch in Kraft.

Wer letztlich die Lösung vorgeschlagen hat – Wessel, Brandes, Heimbs, Roloff oder gar Zörner - ist unter den Beteiligten umstritten und aus den Quellen nicht eindeutig zu belegen. Jedenfalls spielen im Hintergrund neben der offiziellen Begründung, daß Hitler der krisengeschüttelten braunschweiger Industrie Aufträge beschaffen soll, diverse Argumente eine Rolle. Sie werden später von wichtigen Akteuren auf bürgerlicher Seite – Roloff, Brandes, Küchenthal, Heimbs – vorgetragen: Hitlers Weltkriegsteilnahme rechtfertige die Einbürgerung. Wenn die Einbürgerung verweigert wird, zerbricht die Koalition, und die NSDAP wird durch Neuwahlen noch weiter gestärkt. Besser Hitler eine Wahlniederlage gegen Hindenburg erleiden zu lassen, als ihn durch die Verweigerung der Einbürgerung zum Märtyrer zu machen. Die NSDAP muß in die Verantwortung eingebunden und so gezähmt werden. Für die spätere Entwicklung sei die Einbürgerung bedeutungslos gewesen. Hitler solle durch die Verlagerung an die Gesandtschaft von Braunschweig ferngehalten werden u.a. Warum spielt das Kaisenberg-Gutachten in den braunschweiger Verhandlungen keine Rolle, obwohl es längst bekannt war? Gab es bereits das Signal aus Berlin, daß diese Karte nicht mehr gespielt werden wird? Laut Küchenthal 1969, Bd. III, S. 214 habe Wessel den Antrag gestellt, um die Variante Professur zu verhindern, die bei der Ablehnung der Regierungsrat-Variante eine Mehrheit in der Fraktion von 6:5 (4 DNVP + 2 Mittelstand gegen 4 DVP + 1 Grundbesitz) gefunden hätte. Wenn die Behauptung stimmt, dann hätte auch Roloff für den Professor Hitler gestimmt.

Allen Beteiligten muß damals auch im Lichte ihrer Äußerungen nach 1945 die Bedeutung und Tragweite des Vorgangs bewußt gewesen sein, zumal die NS-Seite diese besonders herausstellt. Auch daß es sich trotz aller Bemühungen um einen legalen Anstrich um ein „Scheingeschäft" gehandelt hat, muß allen klar gewesen sein. Deshalb die Sorge, ob Hitler das Amt auch wirklich ausüben wird. Mit der Verlagerung an die Gesandtschaft und der vagen Formulierung „Beschäftigung mit Wirtschaftsfragen" war man Hitler weitestmöglich entgegengekommen. Die Einbürgerung via Professur war offenbar nur für einen Teil des bürgerlichen Lagers (DVP – Wessel mit seiner TH-Verbundenheit) unakzeptabel. Die Professorenlösung wäre haushaltstechnisch einfacher gewesen, da die Stelle vorhanden war und nicht durch Beschlüsse von Haushaltsausschuß und Landtag erst wieder in den Haushalt eingestellt werden mußte. Interessant ist, ob Küchenthal sich auch einem Mehrheitsbeschluß der Fraktion für die Professorenvariante gebeugt hätte und die von Klagges vorgelegte Ernennungsurkunde beim zweiten Anlauf doch gegengezeichnet hätte. Dies behauptet zumindest Quaatz in seinem Tagebuch.

Küchenthals persönlich motiviertes Bedenken war, daß er, da vom Reichsfinanzministerium beurlaubt, seine Rückfallposition verliert. Außerdem fürchtet er als Finanzminister, daß die Reichsregierung finanzielle Sanktionen gegenüber Braunschweig verhängt. Er will sich in Berlin bei diversen Dienststellen (Boden, Finanzministerium, Reichsrat, Innenministerium) rückversichern. Einen Rücktritt oder die Androhung des Rücktritts, um seine Unterschrift zu vermeiden, erwägt Küchenthal offenbar nur aus persönlichen, nicht aber aus politischen Gründen. Dies wird ihm von Brandes nach 1945 zum Vorwurf gemacht. Die Frage der Unterschrift ist jedenfalls im juristischen Sinne ein entscheidender Punkt für die Verantwortlichkeit. Eine Rolle mag auch gespielt haben, daß das Landeskultur- und Vermessungsamt zu Küchenthals Ressort gehörte und er insofern Dienstvorgesetzter von Hitler werden würde. Bei der Professorenlösung wäre Klagges pikanterweise der Dienstvorgesetzte von Hitler gewesen.

Küchenthal informiert Klagges umgehend, daß die BEL mit der Einbürgerung einverstanden ist. Klagges bestätigt die Einigung mit Schreiben an Küchenthal und kündigt an, die Einigung Hitler am nächsten Tage mitzuteilen. (Der Brief ist in Abschrift abgedruckt in Küchenthal 1969, Bd. III, S. 145-146; eine Kopie des Originals befindet sich im Archiv Menzel)

Also ist die Regierungsrat-Lösung auf Initiative der BEL und nicht der NSDAP zustande gekommen. Der Umstand deutet darauf hin, daß der Druck zur Einbürgerung bereits so stark war, daß die Ablehnung der Professoren-Lösung mit einem Alternativangebot kompensiert werden mußte. Er jetzt konnte Hitler halbwegs sicher sein, weil Klagges ihn vermutlich sofort telephonisch informiert hat. Dies erklärt, wieso er erst jetzt Goebbels freie Hand gab, seine Kandidatur bekannt zu geben. Damit war auch für Küchenthal die Sache gelaufen. Der Brief von Brandes am 23.2. kam auf jeden Fall zu spät.

Goebbels notiert: „Zum Schluß noch einmal die Frage des Präsidentschaftskandidaten durchgesprochen. Hauptsache ist, daß jetzt das Schweigen gebrochen wird. Der Führer gibt mir die Erlaubnis, am Abend im Sportpalast vorzuprellen. Gott sei Dank!" (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 130; Goebbels 1934, S. 49-50)

Man merkt Goebbels die Erleichterung an. Ist er erleichtert, weil er an Hitler zu zweifeln begann? Oder weil das Schweigen sein Wahlkampfkonzept beeinträchtigt? Der Vorgang macht deutlich, daß Hitler irgendwann nicht länger zögern konnte, auch wenn die Einbürgerungsfrage immer noch nicht restlos geklärt war. Der Wahlkampf verlangte einen organisatorischen Vorlauf (z.B. Entwurf und Druck von Hitler-Plakaten), der nicht zu ignorieren war. Je länger Hitler zögerte, desto mehr zweifelten seine Anhänger, was wiederum seine Wahlchan-

cen reduzierte. Je mehr die Chancen beeinträchtigt wurden, desto riskanter wurde die Kandidatur. Insofern befand sich Hitler in einem Dilemma, das von Tag zu Tag größer wurde.

Goebbels gibt abends auf einer Kundgebung im Berliner Sportpalast die geplante Kandidatur Hitlers bekannt, ohne auf die noch fehlende Staatsbürgerschaft einzugehen. Er löst damit einen zehnminütigen Jubel fanatisierter Anhänger aus. Die Rede ist der Auftakt zu Hitlers Wahlkampf.

Mit der öffentlichen Ankündigung der Kandidatur Hitlers scheitern die Verhandlungen innerhalb der Harzburger Front, einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten aufzustellen, endgültig. Es spricht alles dafür, daß Hitler nie ernsthaft daran interessiert war, es sei denn, er selber wäre der Sammelkandidat gewesen.

Goebbels war offenbar bis zum Schluß die treibende Kraft in der Kandidatenfrage, während Hitler zögerte. Wegen der fehlenden Staatsbürgerschaft? Wegen des Risikos, daß die Frage der Staatsbürgerschaft nicht rechtzeitig geklärt wird? Wegen des Risikos, daß die Einbürgerung und damit die Kandidatur wegen des Scheingeschäfts, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, angefochten wird? Wegen der möglichen Niederlage gegen Hindenburg? Weil er gar nicht Präsident werden will? Weil er das Amtausüben muß, wenn er die Wahl verliert? Dazu gibt es keine persönlichen Aussagen von Hitler. Jedenfalls entsteht durch die öffentliche Proklamation der Kandidatur Hitlers, bevor die Einbürgerung auch juristisch gelöst ist, ein zusätzlicher Handlungsdruck auf die Braunschweiger. Die Blamage würde noch größer, wenn die Einbürgerung jetzt noch scheitern würde.

DNVP und Stahlhelm antworten auf die Kandidatur Hitlers mit Bildung des „schwarzweißroten Kampfblocks“ und der Kandidatur des zweiten Stahlhelmführers Duesterberg, der im Unterschied zu Seldte Hitler kritisch gegenüber steht. Vor dem zweiten Wahlgang soll erneut über einen Sammelkandidaten verhandelt werden.

So stehen sich vier Lager im Wahlkampf gegenüber: Weimarer Koalition (Hindenburg) – alte Rechte (Duesterberg) – neue Rechte (Hitler) – KPD (Thälmann) mit gegensätzlichen Kalkülen. Bei der ersten Wahl Hindenburgs 1925 wurde er noch von der Weimarer Koalition bekämpft, die mit Braun bzw. Marx eigene Kandidaten nominiert hatten. So können sich die Zeiten ändern! Ins Kalkül der NSDAP paßt die Kandidatur von Duesterberg, da dieser Hindenburg, aber kaum Hitler, Stimmen entziehen wird. Stahlhelm/DNVP haben in diesem Machtpoker gegenüber Brüning und Hitler den Kürzeren gezogen. Der eigene Kandidat hat keine Chance. Hindenburg, dem man eigentlich nahesteht, wird geschwächt. Hitler, den man verhindern will, wird gestärkt.

23.2.1932

Der am 16.10.1931 vertagte Reichstag tritt zusammen, um die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Wahltermine zu bestätigen. Daraus entwickelt sich eine viertägige Reichstagsdebatte, die den Wahlkampf (Hindenburg versus Hitler) eröffnet. Goebbels erwähnt in seiner Reichstagsrede bereits die Kandidatur von Hitler, die aber nicht zur Machtübernahme führen solle, und bezeichnet Hindenburg als den Kandidaten der SPD, der seine ehemaligen Wähler im Stich gelassen habe.

Laut Küchenthal 1961 erwartet die NSDAP zu diesem Datum die Einbürgerung.

Die DVP weigert sich in einem Schreiben von Brandes an Küchenthal, an einem „Rechtsgeschäft des Scheins“ mitzuwirken, ist aber grundsätzlich für die Einbürgerung. (Faksimile des Briefs in Roloff 1961, S. 95)

Dieses Schreiben beinhaltet die grundsätzliche Zustimmung der DVP mit dem Vorbehalt, daß strikt legal zu verfahren ist. Demnach muß Hitler im Verständnis der DVP die Regierungsratsstelle auch ausfüllen und nicht nur zum Schein ernannt sei. Das Schreiben sollte laut Roloff jun. als „Druckmittel“ bezüglich der Legalitätsforderung eingesetzt werden. Entweder war die DVP naiv oder sie gibt sich einer Selbsttäuschung hin, denn Hitler hat niemals ernsthaft erwogen, tatsächlich eine Beamtenstelle auszufüllen. Warum schreibt Brandes diesen Brief überhaupt, nachdem der Antrag Wessel in der Fraktion am 22.2. einstimmig beschlossen worden ist? Gab es doch noch einen letzten Rest von Vorbehalt? War der Brief ein halber Rückzieher? Jedenfalls scheint der Meinungsbildungsprozeß bei der DVP immer noch nicht ganz abgeschlossen und wird sich bis zum 25.2. hinziehen.

Klagges fährt nach Berlin und bespricht am Vormittag mit Hitler und Frick die letzten Details im Hotel Kaiserhof. (So auch Becker im Brief vom 11.7.1951)

Vermutlich wollte er klären, ob Hitler mit der neuen Konstruktion einverstanden ist, und irgendeine Art von Erklärung erwirken, daß Hitler gedenkt, das Amt auch auszuüben. Auch Klagges mußte bemüht sein, den Schein zu wahren.

Anschließend konferiert Klagges mit Boden in der Gesandtschaft über die Details der Tätigkeit Hitlers.

Er informiert anschließend Küchenthal, daß Hitler mit der Regierungsrat-Lösung einverstanden ist, weiß aber laut Roloff 1961 noch nichts von der Zustimmung der DVP unter dem Vorbehalt des Brandes-Briefes.

Sitzung des Haushaltsausschusses des Landtags. Die zuvor im Haushaltsentwurf gestrichene Stelle eines Regierungsrats beim Landeskultur- und Vermessungsamt wird mehrheitlich wieder in den Haushalt eingestellt und mit den gestiegenen Aufgaben der Behörde begründet.

Es mußten auch für das Haushaltsjahr 1932 die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen einer freien Stelle geschaffen werden, um Hitler über den Ablauf des Haushaltsjahrs 1931 hinaus als Regierungsrat beschäftigen zu können.

Goebbels schickt Göring abends nach Braunschweig, der Druck auf Küchenthal ausübt, um die Ernennung Hitlers zu beschleunigen. Küchenthal hält Göring weiter hin, der Goebbels darüber informiert.

So die Erinnerung Küchenthal 1969, Bd. III, S. 187. Beide werden am nächsten Tag zusammen im Wagen von Göring nach Berlin fahren. Dieses Detail, das Küchenthal in seinen späteren Stellungnahmen immer verschweigt, deutet darauf hin, daß Göring wesentlichen Einfluß auf das weitere Verhalten von Küchenthal genommen hat.

Laut Aussage Küchenthals (Protokoll des Berufungsausschusses im Entnazifizierungsverfahren vom 11.12.1950) ist Frank nochmals zu einem Gespräch mit Küchenthal nach Braunschweig gekommen.

Dieses 2. Treffen wird aber von keiner anderen Quelle bestätigt. Vielleicht irrt Küchenthal sich im Datum.

Goebbels notiert: „Die Presse macht gegen mich die schamlosesten Ausfälle. Es wird behauptet, ich hätte den Führer ´ernannt` oder ihn ´gezwungen´, zu kandidieren.“… „Die formelle

Einbürgerung des Führers soll morgen zustande kommen. Selbst hier macht die Deutschnationale Volkspartei in Braunschweig Schwierigkeiten. Im Kaiserhof lange Beratungen. Klagges ist da. Hoffentlich kommt er mit seiner Aktion bald zu Rande.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 131; Goebbels 1934, S. 50-51)

Der Hinweis auf die „Journaille“ macht deutlich, daß auch der Presse nicht verborgen geblieben ist, daß Hitler zögert und Goebbels drängt. Hat Goebbels Hitler überredet, die Kandidatur bekannt zu geben und ihn womöglich sogar damit unter Druck gesetzt? Verschweigt Goebbels, daß es zwischen ihm und Hitler zu Unstimmigkeiten in der Kandidatenfrage gekommen ist?

Mit DNVP ist offenbar Küchenthal gemeint, der durch seine Einwände und die deshalb notwendigen Sondierungen die Prozedur verzögert. Was ist Gegenstand der langen Beratungen? Gibt es Planungen für das Scheitern der Einbürgerung in letzter Minute? Offenbar steht auch Klagges mächtig unter Druck, nachdem sein erster Versuch gescheitert ist. Von der Rolle Zörners ist keine Rede.

Küchenthal organisiert von Braunschweig aus seine Treffen in Berlin (Boden, Zarden RFM und RIM) am nächsten Tag und kündigt fernmündlich sein Kommen an.

Laut Aussage von 1961, wäre er bereit gewesen, seinen Rücktritt anzubieten, falls im Berliner Finanzministerium Bedenken gegen seine Mitwirkung erhoben worden wäre. Vielleicht wollte er die Rückfallposition sondieren, nach einem Rücktritt wieder in den Reichsfinanzdients zurückkehren zu können.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung (Abendausgabe) berichtet über die unmittelbar bevorstehende Berufung Hitlers zum Professor und nennt den 25.2.1932 als Termin der Antrittsvorlesung.

24.2.1932

Der Volksfreund berichtet, daß Hitler Nachfolger von Klagges als Minister werden soll. Seine Wahl soll in der Landtagssitzung vom 2.3.1932 erfolgen. Klagges werde zuvor zurücktreten und auf seine Regierungsrat-Stelle im Volksbildungsministerium zurückkehren. Im Falle der Wahl Hitlers zum Reichpräsidenten könne Klagges dann erneut zum Minister gewählt werden.

Falls es sich bei dieser Variante nicht nur um ein weiteres Gerücht gehandelt hat, wäre deren Verfolgung sehr riskant gewesen, da die Vorschlagsfrist zur Nominierung der Kandidaten für die Reichspräsidentenwahl am 3.3.1932 ablief. Selbst wenn die Wahl Hitlers zum Minister im Landtag, was angesichts der knappen Mehrheitsverhältnisse keineswegs sicher war, erfolgreich gewesen wäre, wäre nur noch ein Tag für Einbürgerung und Nominierung geblieben. Wegen der unkalkulierbaren Risiken ist dieser Weg, wenn er denn ernsthaft erwogen worden ist, wieder verworfen worden.

Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet unter Berufung auf das Gespräch zwischen Hitler, Frick und Klagges im Hotel Kaiserhof über die Varianten, wie Hitler verbeamtet werden könnte: Ernennung zum Professor mit „Lehrauftrag für politische Pädagogik“ bzw. „Theoretische Politik“ bzw. „Politik und Kultur“. Ein Termin für die Antrittsvorlesung sei schon für den nächsten Abend verabredet. Ferner werden die Hinderungsgründe (Scheinernennung, haushaltsrechtliche Probleme, keine freie Stelle etc.) benannt, so daß der Artikel zu dem Fazit kommt, daß die Übertragung einer Professur an Hitler wenig wahrscheinlich ist. Andererseits

muß rasch ein Amt gefunden werden, das Hitler auch im Falle der Wahlniederlage gegen Hindenburg ausüben kann, damit es sich nicht um eine Scheinernennung handelt.

Die Gerüchteküche brodelt. Der Autor des Artikels der Wolfenbütteler Zeitung muß sehr gut sowohl über die Stellensituation an der TH wie die Haushaltslage wie die rechtliche Problematik informiert gewesen sein. Angesprochen wird Hitlers Dilemma, wenn er die Wahl verliert. Es fehlt auch nicht der Hinweis auf die Riekel-Vakanz, die ob der Wichtigkeit der Stelle nicht für Hitler zweckentfremdet werden dürfe! Der Tenor des Autors lautet: Einbürgerung ja, aber nicht via Professur. Denkbar ist, daß Wessel hinter dem Artikel gestanden bzw. ihn sogar selber verfaßt hat. Jedenfalls gibt er die Linie der DVP wieder.

Klagges schlägt in **zwei** Schreiben an Küchenthal vor, Hitler mit der Wirtschaftsförderung für das Land Braunschweig zu betrauen, weil sich die Lage der braunschweigischen Wirtschaft in den letzten Monaten weiterhin stark verschlechtert hat, und ihn dafür als Regierungsrat bei der Braunschweigischen Gesandtschaft anzustellen. „Da Herr Hitler zur Zeit staatenlos ist, legt er Wert darauf, daß eine evtl. Berufung in einer Form erfolgt, die ihm zugleich die Rechte eines deutschen Staatsbürgers sichert“. Im zweiten Schreiben wird mehrfach betont, daß Hitler die Tätigkeit tatsächlich ausüben will und es sich nicht um eine Scheinernennung handelt.

Die Argumentation ähnelt der Begründung für die Professoren-Variante. Warum verfaßt Klagges zwei Schreiben an einem Tag? Vielleicht hat er das zweite Schreiben nachgeschoben, weil im ersten die Versicherung fehlte, daß Hitler das Amt auch wirklich ausüben will. Womöglich hat Küchenthal eine solche Versicherung verlangt. Das Kaisenberg-Gutachten steht bei allen Bemühungen um die Betonung der ernstgemeinten Verbeamtung als drohendes Hindernis offenbar immer noch im Hintergrund.

Küchenthal fährt mit Göring in dessen Wagen nach Berlin und trifft sich dort zuerst unter konspirativen Umständen mit dem Braunschweigischen Gesandten, Friedrich Boden, um das weitere Vorgehen zu besprechen.

Hat Küchenthal Göring die konspirativen Umstände des Treffens verschwiegen oder war dieser eingeweiht?

Boden stimmt zu, bietet sogar seinen Rücktritt (wegen der Variante Hitler als Reichsratsbevollmächtigter) an, wäre aber weiter Gesandter von Anhalt und Mecklenburg-Strelitz geblieben. Boden weist darauf hin, daß es in Berlin das Gerücht gebe, Hitler solle an die Stelle von Boden treten, und daß in diesem Fall der Reichsrat keine Schwierigkeiten mehr machen würde. Boden weist ferner darauf hin, daß die Verhandlungen zwischen NSDAP und Zentrum noch nicht abgerissen sind. Boden fürchtet Probleme in der Zusammenarbeit mit Hitler als Mitarbeiter der Gesandtschaft und mit dem SPD geführtem Anhalt.

Der Ministerpräsident von Anhalt, Deist droht die Aufkündigung der gemeinsamen Gesandtschaft an, wenn Hitler dort angestellt wird.

Verabredet wird, daß die Tätigkeit Hitlers keinen Einfluß auf die Gesandtschaftstätigkeit haben darf. Küchenthal verlangt die Rückendeckung bei der Reichsregierung und der Preußischen Regierung. Der preußische Bevollmächtigte beim Reichsrat und Staatssekretär des Preußischen Ministerpräsidenten, Weissmann (SPD), wird telephonisch kontaktiert. Er erklärt gegenüber Boden im Beisein von Küchenthal, daß Preußen die Einbürgerung über die Verbeamtung vorziehe, weil man so nicht mitwirken muß. Weismann sichert zu, daß der Polizeikostenzuschuß für Braunschweig nicht gestrichen wird.

In der Darstellung von Boden 1945 ging es allerdings darum, einen letzten Versuch zu machen, die Einbürgerung doch noch über den Reichsrat zu erreichen, um die braunschweiger

Verbeamtung zu vermeiden. Dies habe Weissman abgelehnt. Dies bestätigt auch eine Meldung der BNN vom 26.2.1932. Hier wird allerdings als Begründung angeführt, daß die Zeit für einen regelrechten Einbürgerungsantrag zu knapp geworden sei. Boden bietet am Ende an, nach der Vereidigung Hitlers zurücktreten zu wollen, was Küchenthal ablehnt. Eine weitere Variante lautet, daß Hitler deshalb keinen Antrag beim Reichsrat stellen wollte, um dort nicht als Bittsteller zu erscheinen, zumal ihm Klagges die Professur bereits fest zugesagt hatte.

Wie dem auch sei. Ohne Quellen, aus denen der Betroffene selber spricht, bleiben die Motive, warum wer wie gehandelt hat, Spekulation.

Für Küchenthal ist der 24.2. der entscheidende Tag, da er nicht nur die letzten Details der Einbürgerung, sondern vor allem seine persönliche Zukunft klären will. Er muß gespürt haben, daß die Konsequenzen der Einbürgerung in vieler Hinsicht weitreichend sind, und will sich nach allen Seiten absichern. Die konspirative Art des Treffens Küchenthal – Boden und der Versuch, in letzter Minute doch noch den Reichsrat einzuschalten, deuten darauf hin, daß die Einbürgerung bis zur letzten Minute wie eine heiße Kartoffel hin und her geschoben wurde. Schon damals wollte niemand verantwortlich sein, weil allen klar war, daß es sich trotz des legalen Anstrichs um ein Scheingeschäft handelt mit weireichenden politischen Konsequenzen. Die Einbürgerung ganz zu verhindern, hat sich offenbar niemand mehr getraut. Boden und Küchenthal gingen offenbar anfänglich von einer regelrechten Tätigkeit Hitlers aus oder taten untereinander so, sonst ist das Rücktrittsangebot Bodens nicht erklärlich. Die späteren Darstellungen von Küchenthal und Boden über das Treffen stimmen weitgehend überein. Boden wird erst 1945 erklären, daß die gesamte Angelegenheit von Seiten der NSDAP „von vornherein nichts anderes…als Lug und Trug“ gewesen sei. Waren die Herren wirklich so naiv, dies nicht sofort zu erkennen?

Küchenthal hält anschließend Rücksprache mit Staatssekretär Zarden, Reichsfinanzministerium, von dem er nach Braunschweig beurlaubt ist, um die Garantie zu erhalten, daß seine Beurlaubung weiter bestehen bleibt und er im Zweifelsfalle in seine alte Position zurückkehren kann.

Dies ist ihm offenbar zugesichert worden. Dahinter steht die Sorge, daß seine Unterschrift unter die Ernennungsurkunde mit der Entlassung aus dem Reichsfinanzministerium sanktioniert wird. Auch im Falle eines Rücktritts oder gar seines Sturzes in Braunschweig nach einem Machtwechsel will er eine Rückfallposition behaupten. Der Vorgang macht deutlich, daß Küchenthal sich der Konsequenzen der Einbürgerung Hitlers bis hin zum kompletten Machtwechsel vollkommen bewußt war und daß es ihm, wie vermutlich auch allen anderen Beteiligten, auch immer darum ging, welche persönlichen Konsequenzen daraus resultieren. Küchenthal benötigte die Rückfallposition zunächst nicht, da er nach der Ablösung durch Klagges mit dem Posten des Braunschweigischen Staatsbankpräsidenten abgefunden wurde! Nachdem der spätere Konflikt mit Klagges eskalierte, wurde er doch wieder in den Reichsfinanzdienst übernommen.

Küchenthal führt ein Gespräch mit einem ungenannten Beamten aus dem Reichsinnenministerium, der ihm versichert, daß nicht daran gedacht ist, die Polizeikostenzuschüsse für Braunschweig zu streichen.

Damit ist auch die finanzielle Seite des Problems gelöst. Warum nennt Küchenthal hier keinen Namen, obwohl er sonst in seinen Aufzeichnungen sehr genau ist?

Der Haushaltsausschuß des Landtages bewilligt auf Antrag von Kiesel, der den in Berlin weilenden Küchenthal vertritt, die gerade gestrichene Regierungsratsstelle beim Landeskultur-

und Vermessungsamt wieder in den Haushalt für 1932 einzustellen und deren Verlagerung an die Gesandtschaft mehrheitlich. U.a. Roloff und Wessel stimmen dafür.

Obwohl noch kurz zuvor erwogen wurde, die Gesandtschaft aus Kostengründen ganz zu schließen. Damit ist die haushaltsrechtliche Entscheidung zur Einbürgerung Hitlers gefallen. Der Landtag wird dem Beschluß des Haushaltsausschusses am 1.3.1932 zustimmen. Die Debatte im Landtag wird von Sievers und Roloff als Mitgliedern des Haushaltsausschusses geführt.

Vermerk von Bretscheider (DVP), daß Dingeldey mittags aus Berlin angerufen und seine Zustimmung zur Einbürgerung gegeben hat.

Erst jetzt sind alle Vorbehalte der DVP ausgeräumt. Laut Küchenthal habe Dingeldey vorher Kaisenberg konsultiert, der als Reichsbeauftragter für das Wahlprüfungsverfahren fungiert. Kaisenberg hätte Hitlers Kandidatur, gestützt auf sein eigenes Gutachten, ablehnen können! Eine reine Scheinernennung habe Kaisenberg abgelehnt, Hitler als Stellvertretender Reichsratsbevollmächtigter sei aber zu akzeptieren, da man annehme, daß Hitler dort hingehen werde. (Küchenthal 1973, Bd. I, S. 34)

Wenn die Aussage Küchenthals stimmt, dann hat sich auch Kaisenberg etwas vorgemacht.

Abends konferiert der braunschweiger Vorstand der DVP und stimmt auf der Basis des Berichts von Brandes der Einbürgerung endgültig zu, weil auch Dingeldey seine Zustimmung gegeben hat mit der taktischen Weisung, die DVP solle sich in der Fraktion überstimmen lassen und dann den Mehrheitsbeschluß der BEL mittragen. Dingeldey soll Hitler deutlich machen, daß er seine Einbürgerung der DVP zu verdanken habe. Dieser Beschluß wird am 27.2.1932 in den BNN veröffentlicht.

Laut Becker (1951) war diese Erklärung für die DVP besonders wichtig.

Auf der abendlichen Sitzung der DVP fiel jedenfalls die definitive Entscheidung, der Einbürgerung zuzustimmen. Wessel als DVP-Mitglied im Haushaltsausschuß hat faktisch schon vorher zugestimmt. Das entscheidende Argument war offenbar, unter allen Umständen eine Landtagsauflösung und Neuwahlen zu vermeiden, weil die DVP den Absturz in die Bedeutungslosigkeit befürchtete. Warum spielte die Variante des Koalitionswechsels für die DVP keine Rolle mehr? Warum ist nicht die SPD aktiv geworden?

Wessel informiert Küchenthal telephonisch. Der DVP-Parteisekretär Brettschneider informiert Dingeldey telephonisch.

Anschließend kommt es zu einem Gespräch von Klagges und Zörner mit Brandes und Wessel, in dem der Beschluß der DVP mitgeteilt wird. Klagges und Zörner sind einverstanden. Die DVP soll auf Schrader (Staatspartei) einwirken.

Es fehlte immer noch die 21. Stimme im Landtag, da bei der Regierungsrat-Variante im Unterschied zu der Professoren-Variante ein Haushaltsbeschluß notwendig war, weil die Stelle nach der Streichung wieder in den Haushalt eingestellt werden mußte. Die Planstelle für die Professur war hingegen vorhanden.

Die Initiative zur Kontaktaufnahe mit Schrader soll von Zörner ausgegangen sein, das Treffen von Marquordt vermittelt worden sein. Auch hier spielt Zörner wieder hinter den Kulissen eine wichtige Rolle als Einfädler! Die NSDAP sieht sich jetzt in der Rolle des Bittstellers, weil der Zeitdruck immer größer wird. Zörner tritt jetzt gleichberechtigt neben Klagges auf. Die DNVP spielt offenbar in der Endphase der Verhandlungen keine Rolle mehr.

Im Reichstag werden die Kandidatur Hitlers und die noch ungelöste Frage der Staatsbürgerschaft durch den SPD-Fraktionsvorsitzenden Rudolf Breitscheid angesprochen.

Als Küchenthal abends wieder in Braunschweig ist, findet er den Brief von Brandes vor.

Küchenthal antwortet Brandes und weist darauf hin, daß dessen Brief in Widerspruch zum „einstimmigen“ Fraktionsbeschluß der BEL vom 22.2. steht. Er, Küchenthal, sei beauftragt worden, Hitlers Ernennung in Gang zu setzten. „Die Verhandlungen sind inzwischen soweit gediehen, daß sie nicht mehr angehalten werden können.“ Er informiert auch Roloff über den Vorbehalt, der sich ebenfalls erstaunt zeigt.

Der point of no return ist überschritten. Laut Küchenthal ging der neue Vorbehalt auf eine Intervention von Dingeldey zurück. Dessen Vorbehalte sind aber inzwischen ausgeräumt.

Göring kommt, für Küchenthal überraschend, spät abends zwischen 21.00 und 22.00 Uhr nochmals nach Braunschweig ins Staatsministerium und drängt wegen der Einbürgerung. Göring erhält die Antwort, daß erst am 25.2. (?) die endgültige Entscheidung möglich sei. Göring informiert im Beisein von Küchenthal Goebbels per Telephon.

Vielleicht liegt hier aber eine Verwechselung im Datum vor und Göring ist nur einmal nach Braunschweig gekommen. Goebbels erscheint als der Strippenzieher, der Sorge hat, daß seine öffentliche Ankündigung vom 22.2. im Sportpalast noch gefährdet ist. Daß am Schluß die Nazi-Prominenz (Goebbels, Göring, Frank) direkt eingeschaltet wird, macht deutlich, wie wichtig die Einbürgerung für Hitler war. Jedenfalls hat auch Küchenthal mit Frank und Göring in Braunschweig verhandelt.

Goebbels notiert: Die Einbürgerungsfrage ist noch nicht gelöst. Die bürgerlichen Patrioten machen Schwierigkeiten.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 132; Goebbels 1934, S. 52)

Der Tenor der Besorgnis verändert sich. Es geht jetzt nicht mehr um die Sorge, ob Hitler kandidieren will, sondern ob er kandidieren darf. Also funktioniert die Kommunikation zwischen Braunschweig und Berlin auch auf NS-Seite nicht reibungslos.

Laut Küchenthal liegt in diesem Gespräch der Grund für den Tagebucheintrag von Goebbels.

25.2.1932

Küchenthal ruft Roloff an, um zu erfahren, was der Haushaltsausschuß während seiner Abwesenheit beschlossen hat. Umgekehrt berichtet er Roloff über seine Berliner Verhandlungen und den Brief von Brandes vom 23.2.

Die BNN berichten unter dem Titel „Wie wird man deutscher Staatsbürger?“ sehr detailiert über die rechtlichen Aspekte der Einbürgerung. Unter dem Aspekt, eine Verbeamtung zum Schein zu vermeiden, sei die Professoren-Variante vorzuziehen. Eine Antrittsvorlesung würde genügen, um anschließend eine Beurlaubung auf bestimmte Zeit zu rechtfertigen. Es müsse keine Pädagogik-Professur besetzt werden, sondern könnte auch eine eine für „politische Geschichte“ oder „völkische Kulturbestrebungen“ geschaffen werden. Zwar habe man von dem Professorenplan wieder Abstand genommen, doch wenn eine andere Lösung nicht zustande komme, könne man darauf wieder zurückkommen.

Der ungenannte Autor des Artikels ist gut informiert. Laut Küchenthal (1973, Bd. I) wurde der Artikel laut Aussage des damaligen Schriftleiters der Zeitung, Balthasar Becker (1951), von Roloff initiiert oder sogar verfaßt. Ein weiteres Problem habe darin bestanden, daß die

Nazi-Führung wegen des höheren Prestiges und der vermeintlich leichter zu erreichenden Beurlaubung eigentlich die Professur für Hitler vorzieht, die die TH und die DVP ablehnen. Ob Roloff sie will, oder nur taktiert, ist unklar. Wenn alles andere scheitert, bleibt doch noch die Professoren-Lösung. Fügt man alle Steinchen des Puzzles zusammen, dann haben Klagges/Roloff bis zum Schluß eher die Professoren- und Zörner/Küchenthal/Wessel eher die Regierungsrat-Variante präferiert. Die diesbezüglichen Koalitionsbildungen sind quer durch die Parteien verlaufen.

Den diesbezüglichen Brief von Becker an Küchenthal vom 11.7.1951 wird Küchenthal später mehrfach als Kronzeugen zu seiner Entlastung anführen.

Ein weiterer Artikel in derselben Ausgabe „Hitler in Braunschweigs Gesandtschaft“ macht aber bereits deutlich, daß die Professorenvariante nicht weiter verfolgt wird. Hier wird spekuliert, daß Hitler zum Bevollmächtigten Vertreter Braunschweigs beim Reichsrat oder in einer anderen Funktion bei der Gesandtschaft ernannt werden soll. Diese sei im Sinne des Staatsangehörigkeitsgesetzes nicht anfechtbar.

Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet, daß nach zahlreichen Telephonaten zwischen dem Hotel Kaiserhof in Berlin und dem Braunen Haus in München bzw. zwischen Berlin und Braunschweig die Professorenvariante offenbar vom Tisch ist. Stattdessen sei die Ernennung Hitlers zum Beamten bei der Braunschweigischen Gesandtschaft oder seine Ernennung als Reichsratsbevollmächtigter des Landes Braunschweig (also statt Boden) im Gespräch. Ausführlich wird die Frage erörtert, warum Hitler nicht den normalen Weg über einen Antrag zur Einbürgerung geht. Der könnte in Braunschweig gestellt werden. Anschließend bedürfe es eine Abfrage aller Mitglieder des Reichsrats. Wenn kein Land Widerspruch einlegt, ist Hitler eingebürgert.

Wieder scheint der Autor gut informiert. Im Unterschied zum Vortag lautet der Tenor: Hitler soll den normalen Weg über die Beantragung der Staatsbürgerschaft nach § 9 gehen. Damit ist Braunschweig die Verantwortung und das Problem des „Scheingeschäfts“ los. Wenn ein Reichsratsmitglied doch Einspruch erhebt, dann liegt die Verantwortung dort. Auch dieser Artikel könnte von interessierter Seite (Wessel) bestellt worden sein. Der Hinweis auf die vielen Telephonate unterstreicht, daß die tatsächlichen Vorgänge sich allein aus den schriftlichen Quellen nicht rekonstruieren lassen.

Brüning spricht im Reichstag und eröffnet mit seiner von Tumulten unterbrochenen Rede den Wahlkampf. Goebbels fordert auf einer Sitzung im Reichstag Reichskanzler Brüning auf, Hitlers Einbürgerung zu unterstützen.

Küchenthal berichtet über seine Berlin-Reise gegenüber der DVP, die sich bereits mit Klagges geeinigt hat.

Küchenthal sucht in seiner Kommentierung der Verhandlungen zwischen DVP und NSDAP den Eindruck zu erwecken, daß die Einbürgerung der DVP zu verdanken ist. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 9-10) Demnach wäre weder er noch Roloff verantwortlich gewesen.

Deist (SPD), Ministerpräsident von Anhalt, erklärt, daß er angesichts der verabredeten Regelung von der Aufhebung des Gemeinschaftsvertrags bezüglich der Gesandtschaft absehen wird.

Also gibt es auch von dieser Seite keinen Widerstand.

Die Landesregierung erklärt, die (*zuvor angeblich dringend benötigte*) Stelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt an die Gesandtschaft abordnen zu wollen.

Klagges (nicht Zörner) trifft sich auf Vermittlung von Brandes mit Schrader (Staatspartei), auf dessen Stimme es wieder ankommt. Schrader stimmt zu, erklärt aber, gegen den Haushalt von Klagges stimmen zu wollen.

Welche Konsequenz hat das für den Gesamthaushalt und damit für die Mittel für die Regierungsrat-Stelle?

Wessel telephoniert mit Küchenthal und relativiert den Brandes-Brief. Er teilt mit, daß Schrader zustimmen wird.

Roloff erteilt Küchenthal aufgrund des Fraktionsbeschlusses vom 22.2. den Auftrag, die Ernennungsurkunde für Hitler ausfertigen zu lassen.

Laut Erinnerung Küchenthal soll er von der Berliner Parteizentrale der DNVP die Genehmigung erhalten haben. Er sei über die DVP verstimmt, aber froh gewesen, die Professoren-Lösung und damit den Ärger mit den TH-Professoren vermieden zu haben.

Die Form des Ablaufs ist später zwischen Küchenthal und Roloff umstritten, da hieran die Frage der juristischen Verantwortung hängt. War Küchenthal als unterzeichnender Ministerpräsident oder Roloff als beauftragender Fraktionsführer der BEL verantwortlich? Konnte Roloff Küchenthal überhaupt beauftragen? Am Ende sind Stein für Stein alle möglichen Widerstände weggeräumt worden. Je mehr Seiten zugestimmt haben, desto schwieriger wurde es, noch nein zu sagen.

1973 beschreibt Küchenenthal seine Überlegungen unmittelbar vor der Ernennung: „Wenn ich nun entgegen den einstimmigen Willen der BEL die Mitwirklung an der Einbürgerung verweigern wollte, so hätte ich sofort das Niederlegen meines Ministeramtes gegenüber dem Landtagspräsidenten Zörner bekannt geben müssen. Was dann geschehen wäre, vermag ich natürlich nicht zu sagen. Entweder hätte Klagges, da bei meinem Ausscheiden aus der Regierung ohne weiteres die Einminister-Verordnung wieder in Kraft getreten wäre, selbst allein die Einbürgerung Hitlers vorgenommen oder es wäre in ganz kürzester Frist in Braunschweig ein Nazi-Treffen arrangiert, wie es unser Deutschland noch nicht erlebt hätte. Eine ungeheure Stimmung wäre gegen mich erzeugt worden, und ich zweifle nicht daran, dass auch die Mehrheit der bürgerlichen Bevölkerung Braunschweigs mein Verhalten aufs schärfste mißbilligt hätte…Ich fühlte mich nach verfassungsrechtlichen Gründen verpflichtet, den Beschluß der BEL, der doch nur erfolgte, um das Bürgertum im Landtage zu retten, zur Durchführung zu bringen.“ (Küchenthal 1973, Bd. I, S. 44)

Hier kommen die letzten Argumente. Küchenthal sieht sich als Bollwerk gegen Klagges und will vermeiden, daß wieder 100.000 SA-Männer mobilisiert werden und in Braunschweig bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Daß auch Klagges unter Druck stand und die NSDAP sofort einen Nachfolger von Seiten der BEL, z.B. Roloff, akzeptiert hätte, dieser Gedanke scheint Küchenthal nicht gekommen zu sein. Vielleicht wollte er letzteres gerade wegen seiner Konkurrenz zu Roloff vermeiden.

MR Kiesel (ab 1933 NSDAP-Mitglied) wird von Küchenthal beauftragt, streng vertraulich die Ernennungsurkunde aufzusetzen. Kiesel schreibt sie selber und besutzt dazu seine private Schreibmaschine. Kiesel hat Bedenken, die Urkunde gegenzuzeichnen, weil er bezweifelt, ob Hitler die Stelle tatsächlich ausfüllt. Küchenthal versichert, daß Hitler schriftlich versichert habe, daß das der Fall sein werde. Küchenthal befreit Kiesel von der Gegenzeichnung. (Aussage Kiesel in 3 Nds. 92/1 Nr. 48470, Bd. 2)

Der eigentliche Grund wird von beiden später kontrovers geschildert.

An dieser Stelle ist ein grundsätzlicher Einschub notwendig, um die Grenze des Chronisten zu markieren. Trotz aller Sorgfalt ist es nicht möglich, den genauen Ablauf der Ereignisse vom 15.2.1932 (gescheiterter Versuch, Hitler zum Professor zu ernennen) bis zum 25.2.1932 (Ernennung zum Regierungsrat) zweifelsfrei zu rekonstruieren. Die konsultierten Quellen widersprechen sich in vielen Details, die Zeitzeugen variieren im Laufe der Jahre ihre Aussagen. Dies mag auf tatsächliche Erinneruzngslücken zurückgeführt werden, liegt aber sicherlich auch daran, daß alle Beteiligten ihre Aussagen vor 1945 unter dem Aspekt der Selbstbelobigung, nach 1945 unter dem Aspekt der Selbstentlastung bzw. Belastung anderer gemacht haben. Manche haben von Anfgang an private Aufzeichnungen verfaßt, andere konnten sich nur erinnern. Vieles hat keinen schriftlichen Niederschlag gefunden und ist nur in direktem Gespräch bzw. am Telephon verhandelt worden.

Gegen 18.00 Uhr (laut Schmalz gegen 16.00 Uhr) erfolgt die Unterzeichnung der Ernennungsurkunde Hitlers durch Küchenthal und Klagges. Hitler wird die vakante (aber für den Haushalt 1932 ab 1.4. noch nicht verabschiedete) planmäßige Stelle eines Regierungsrats beim Landeskultur- und Vermessungsamt verliehen und zugleich mit der Aufgabe eines Sachbearbeiters bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beauftragt. Dort soll er sich um die wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs kümmern. Damit erhält er automatisch die braunschweigische Staatsbürgerschaft.

Da das Landeskultur- und Vermessungsamt zum Ressort des Finanzministers gehört, wird die Urkunde vom dem zuständigen Minister Küchenthal unterzeichnet und von Klagges gegengezeichnet. Bei der Berufung Hitlers zum Professor wäre es umgekehrt gewesen. So ist Klagges (zu seinem Bedauern?) formal nur nachgeordnet, Küchenthal (zu seiner Befürchtung?) formal hauptverantwortlich. Der Begriff „Kultur“ zur Bezeichnung der Behörde ist im Sinne von „Agrikultur“ zu verstehen.

Ein Vorbehalt im Sinne des § 14 des Staatsangehörigkeitsgesetzes von 1913 wird auf der Urkunde nicht gemacht. Insofern greift der Automatismus des § 14. Die Frage, ob der § 14, der explizit für die Einbürgerung von Ausländern gilt, sinngemäß auch auf Staatenlose angewendet werden kann, wird nicht mehr thematisiert. Es hätte sich argumentieren lassen, daß der §14 nur für Ausländer gilt. Demnach hätte für Staatenlose nur der Weg über § 9 (auf Antrag) begangen werden können.

Klagges verlangt von Küchenthal, daß Hitler die Urkunde in Braunschweig ausgehändigt wird, um daraus eine Triumphveranstaltung mit SA und SS zu machen. Küchenthal lehnt ab. (Küchenthal 1973, Bd. I)

Küchenthal behauptet später, daß er aus Furcht vor Krawallen abgelehnt habe, wenn Hitler bei der Ernennung anwesend ist. Auch habe er es abgelehnt, bei dessen Vereidigung in Berlin anwesend zu sein, obwohl die NSDAP das verlangt habe. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 202)

Küchenthal informiert Boden offiziell über die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat.

Küchenthal und Klagges informieren Hitler offiziell über seine Ernennung.

In einer Verlautbarung des Braunschweigischen Staatsministeriums heißt es: Hitler sei „mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters bei der Gesandtschaft beauftragt mit der besonderen Aufgabe, sich für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen des und zur Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen“.

Ministerialrat Kiesel wird später als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren gegen Küchenthal erklären, daß er sich von der Mitunterzeichnung habe entbinden lassen, weil er darin einen „rechtswidrigen Scheinvertrag“ gesehen habe. (Braunschweiger Zeitung vom 28.9.1949).

Küchenthal bestätigt diese Version in seiner Vernehmung am 14.12.1945 durch Generalstaatsanwalt Kurt Staff nur halb. Demnach habe Küchenthal Kiesel von der Mitzeichnung entbunden, um ihm die Mitverantwortung zu nehmen.

Hitler ist bei der Ernennung nicht anwesend, sondern bekommt die Urkunde per Post „an den Schriftsteller Adolf Hitler“ nach Berlin, Hotel Kaiserhof zugestellt. Da er vom Postboten nicht angetroffen wird, wird diese laut Postzustellungsurkunde „dort dessen Gehilfen, Herrn Jos. Dietrich übergeben“.

Der „Gehilfe“ und SS-Mann Sepp Dietrich wird einer der Hauptverantwortlichen zur Liquidierung der SA-Führung im Zuge des sog. Röhm-Putsches sein, später Panzergeneral der Waffen-SS werden und 1944 bei der Abwehr der Invasion in der Normandie versagen.

Overesch hat die Ernennungsurkunde im Nachlaß Hitlers gefunden, der im Bundesarchiv aufbewahrt wird.

Eine beglaubigte Abschrift der Urkunde geht am selben Tag an das Polizeipräsidium Braunschweig „zur Kenntnisnahme“ (Morsey 1960, S. 441).

Dies war nötig, da nur so das für Hitler wichtigere Dokument, die Einbürgerungsurkunde, zu erhalten war.

Goebbels notiert: „Beim Führer im Kaiserhof. Eben kommt die Nachricht, daß er zum braunschweigischen Regierungsrat ernannt worden ist. Wir sind alle überglücklich, daß diese wesentliche Frage gelöst wurde. Wir arbeiten alle wie in einem rasenden Taumel.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 133; identischer Text in Goebbels 1934 S. 53)

Also war die fehlende Staatsbürgerschaft doch eine große Belastung. Erst jetzt sieht Goebbels die freie Bahn, die zur „Machtergreifung“ führen wird. Man gewinnt den Eindruck, daß Goebbels mehr oder weniger täglich bei Hitler im Hotel war, um über die Kandidatur/Einbürgerung zu konferieren. In der Logik seines Briefs vom Frühjahr 1930 muß Hitler schon nach dem Rücktritt von Franzen und der Wende im Verlauf der Regierungskrise mit seiner Kandidatur und der zuvor notwendigen Einbürgerung gerechnet haben. Der Konflikt zwischen Franzen und der NS-Führung findet womöglich hier seine eigentliche Erklärung, weil die Aufkündigung der Koalition die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig vereitelt hätte.

Bis zum Schluß muß die Einbürgerung aus Berliner Sicht unsicher gewesen sein. Welche Alternative hätte bei ihrer Verweigerung für die NSDAP bestanden? Eine Mobilisierung der SA? Diese Alternative hätte aber dem von Hitler beschworenen „Legalitätskurs“ widersprochen.

In Braunschweig wird die Vereidigung mit Fackelzug, Großkundgebung und Klagges-Rede (laut Schmalz 12.000 Teilnehmer in 16 Sälen) gefeiert.

Klagges erklärt in seiner Rede: „Wenn unsere Beteiligung an der Regierung keinen anderen Erfolg zu verzeichnen gehabt hätte als den, daß wir unserem Führer Adolf Hitler das Staatsbürgerrecht verschafft haben, so hätte diese Tatsache allein genügt, um die Notwendigkeit dieser unserer Regierungsbeteiligung zu beweisen.“ (Zitat bei Morsey 1960, S. 442; mit abweichender Formulierung aber sinngemäß identisch bei Schmalz 1934, S. 193 und Roloff 1961, S. 96) Weiter erklärt Klagges: „Als Vertreter der NSDAP in der braunschweigischen Regierung und zugleich im Namen von Adolf Hitler danke ich allen, die diese Lösung durch ihre Mitwirkung ermöglicht haben. Dieser Dank gilt neben den Mitgliedern der nationalsozialistischen Fraktion dem Minister Dr. Küchenthal und den Gruppen der Fraktion Bürgerliche

Einheitsliste, die in vorbildlicher Einmütigkeit und Loyalität zum Gelingen beigetragen haben.“ (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 146)

Kein Hinweis auf Zörner.

Die DNVP gibt (*im Unterschied zur DVP*) keine öffentliche Erklärung ab.

Eine entsprechende Notiz findet sich erst am 18.7.1932 im Werbeblatt der DNVP „Unsere Partei“.

Unter Verweis auf das Diensttagebuch von Hans Frank als Generalgouverneur in Polen vom 4.3.1940 weist Musial 1999 darauf hin, daß Frank/Zörner und nicht Klagges das größere Verdienst zugekommen sei, für die Einbürgerung Hitlers gesorgt zu haben. Frank habe im September 1939 mit Stolz erklärt, daß er (Frank) die Regierungsratstelle für Hitler im „braunschweigischen Staatssenat durchlanciert“ habe. (ebd. S. 36) Morsey unterschätze die die Verdienste Zörners.

Hitlers Pressechef Otto Dietrich erwähnt in seinem 1934 erschienenen Buch „Mit Hitler an die Macht“ die fehlende Staatsbürgerschaft nicht. Das Zögern Hitlers wird damit begründet, daß er vermeiden wollte, gegen Hindenburg anzutreten. Er sei dazu aber aus taktischen Gründen gezwungen worden, um der Taktik Brünings entgegenzutreten. (Dietrich 1934, S. 57-63)

In einem „Who Is Who” von 250 Prominenten des Dritten Reichs vom Sommer 1934 heißt es im Artikel über Klagges: „Dietrich Klagges war es, der ungeachtet aller Drohungen und trotz heftigsten Widerstandes der Bürgerlichen eine Aufstellung Adolf Hitlers für die Reichspräsidentenwahl möglich machte, indem er ihm eine Regierungsratsstelle bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin übertrug, ihn damit zum braunschweigischen Staatsbürger und zum Reichsangehörigen machte. Diese Tat allein war mutig, revolutionär und für Deutschlands Zukunft entscheidend. Damit kann Dietrich Klagges das beglückende Gefühl haben, daß seine Hand einmal am Schalthebel der Weltgeschichte lag.“ (Vgl. Männer im Dritten Reich 1934, S. 122).

Zörner wird in derselben Publikation nur eine Nebenrolle mit dem Satz zugebilligt: „In die Amtszeit Zörners fiel die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat“. (ebd. S. 240)

Im Deutschen Führerlexikon 1934/35 heißt es im Artikel über Zörner: „maßgeblich beteiligt an der Einbürgerung des Führers in Braunschweig“ (S. 548). Im Artikel über Klagges findet dessen Rolle bei der Einbürgerung keine Erwähnung. (S. 231-232)

Die unterschiedliche Bewertung mag Zufall sein, könnte aber auch davon abhängen, welches Standing die beiden bei den jeweiligen Autoren hatten.

Roloff sen. schreibt dazu 1939 in „Tausendjähriges Braunschweig“ (S. 223f): „Am 25. Februar 1932 wurde Adolf Hitler zum Regierungsrat mit besonderer Vollmacht bei der braunschweigischen Reichsvertretung ernannt. Durch diese Einweisung in das Beamtenverhältnis eines deutschen Landes war auch die deutsche Reichsangehörigkeit erworben. So geschickt waren die vorbereitenden Maßnahmen durchgeführt worden, daß nicht einmal die rote Minderheit des braunschweigischen Landtages etwas davon wahrgenommen hatte. Natürlich ließ sie es nachher an belfernder Kritik nicht fehlen. Sie mußte sich jedoch sagen lassen, daß Braunschweig nichts als eine Anstandspflicht für das Deutsche Reich erfülle, wenn es einem Manne, der für Deutschland gekämpft und gelitten habe, endlich zu seinem Bürgerrecht verhelfe, und das um so mehr, als man es in Berlin an galizische Schieber bereitwilligst vergeben habe. So darf Braunschweig den 25. Februar1932 mit goldenen Lettern in das Ehrenbuch der Stadtgeschichte schreiben.“

Hier haben wir das komplette Gegenstück zu Roloffs Einlassung von 1945, er habe im Haushaltsausschuß bewußt für die Streichung der Regierungsrat-Stelle plädiert, damit sie Hitler nicht zugewiesen werden könne. Die Formulierung „galizische Schieber" erinnert fatal an den Ausdruck „Ostjude", den Goebbels in seinem Tagebucheintrag vom 4.2.1932 verwendet hat.

Roloff wird allerdings später behaupten, daß er das letzte Kapitel des Buches, in dem das Zitat enthalten ist, nicht selber verfaßt, sondern von der NS-Kreisleitung gestammt habe. Heimbs wird sich spätrer mehrfach dem Argument der „Anstandspflicht" anschließen.

Hartmann Lauterbacher, ab 1941 Gauleiter von Südhannover-Braunschweig, schreibt 1984 in seiner Autobiographie „Erlebt und mitgestaltet": „Zörner nun spielte bei der Einbürgerung Adolf Hitlers eine entscheidende Rolle, wenn auch für die Öffentlichkeit mehr hinter den Kulissen." (S. 52) Und weiter nach dem zutreffenden Hinweis, daß Hitler die Erlaubnis bekam, einstweilen seinen Wohnsitz in München beibehalten zu können: „Um so erstaunlicher ist, daß Adolf Hitler dennoch seinen offiziellen Wohnsitz nach Braunschweig verlegte. Sooft er nach Braunschweig kam, wohnte er im Börsenhotel, wo, ähnlich wie im Hotel Dreesen in Bad Godesberg, immer zwei Zimmer für ihn reserviert waren. Am 26. Februar 1932 erfolgte eine polizeiliche Abmeldung (sic!), und zwar im Hause Hohetorwall 7 II. Dort wohnte Zörner. Beide, Hitler und Zörner, gehörten zu einer Mentalitätsklasse und verstanden sich beinahe freundschaftlich. Von daher ist es durchaus verständlich, daß Zörner bei den Vorgängen um die Einbürgerung und Anmeldung aktiv beteiligt war." (S. 53) Abgedruckt sind auch die Anmelde- und Abmeldebescheinigungen Hitlers in Braunschweig im Faksimile (S. 54). Auch kennt er das Telegramm Hitlers an Zörner mit der Bitte, ihn als Untermieter anzumelden. Die Abmeldung Hitlers bringt er in einen ursächlichen Zusammenhang mit Zörners Umzug nach Dresden

Lauterbacher, der sich immer noch als unbelehrbarer Nationalsozialist entpuppt, hat offenbar die Braunschweiger Vorgänge nur aus zweiter Hand erfahren. Immerhin hatte er Zugang zu einzelnen Dokumenten eher privater Art! Seine Darstellung über die Verbindung Frank – Zörner – Heimbs – Wessel ist im Kern korrekt. Möglicherweise hat er sie aus den bereits vorliegenden Veröffentlichungen wie z.B. dem Spiegel-Artikel von 1961 entnommen. Jedenfalls kommt in seiner Schilderung Zörner wesentlich besser weg als Klagges. Bei dem Machtkampf Klagges vs Zörner dürfte er, wenn bereits beteiligt, sicher auf Zörners Seite gestanden haben. Bemerkenswert ist der Hinweis auf die persönliche Nähe zwischen Hitler und Zörner, der das kleinbürgerliche Untermieterverhältnis erklärt. Vielleicht rührt die negative Beurteilung von Klagges aber auch aus der Rivalität. Seit Lauterbacher 1941 Gauleiter von Südhannover-Braunschweig wurde, war er auf unklare Art der Vorgesetzte von Klagges, der sich aber von einem Gauleiter aus Hannover nicht in sein Land hineinreden lassen wollte.

Die zeitgenössischen Kommentare sind sich einig in der Bedeutung, von Hitlers Einbürgerung. Sie streiten nur darüber, wem das eigentliche Verdienst zugekommen ist. In der Gesamtschau aller Details und Kommentare scheint Zörner und nicht Klagges und damit das Umfeld von Zörner (einerseits Frank, andererseits Heimbs) die entscheidende Figur gewesen zu sein. Heimbs war auch deshalb so wichtig, weil er in der Lage war, den Widerstand von Wessel und damit der gesamten braunschweiger DVP zu brechen.

Die zeitgenössische Betonung der Bedeutung der Einbürgerung steht in krassem Gegensatz zu den Einlassungen etlicher Beteiligter auf Seiten der BEL nach 1945 wie Brandes, Heimbs, Küchenthal und Roloff, die deren Bedeutung angesichts der späteren Ereignisse als unbedeutend darstellen.

Boden erklärt 1945, daß er für den 25.2. auf Vermittlung eines Vorstandsmitglieds einer großen deutschen Bank zu einem Treffen mit Hitler und der Parteiführung eingeladen worden sei, um seinen künftigen Regierungsrat vorher kennenzulernen. Boden lehnt die Einladung ab, um nicht korrumpiert zu werden bzw. sich in die Arme der Partei zu werfen. (Vgl. Aufzeichnungen vom 5.5.1945).

Wenn die Aussage stimmt: Wollte die NS-Führung sicher gehen, damit sich nicht in letzter Minute auch noch Boden quer legt?

Kontrovers wird die politische Bewertung der Einbürgerung in der Literatur bewertet. Roloff 1961, S. 99 schreibt dazu: Die Einbürgerung Hitlers durch Braunschweig hat seinen Weg zur Macht weder beschleunigt noch hätte die Verweigerung ihn verzögern, aufhalten oder gar verhindern können." Ähnlich argumentieren Pollmann/Ludewig 1997, S. 559. Das Gegenargument lautet: Eine Verzögerung oder Verweigerung hätte Hitlers Aufstieg gebremst und Brüning und den Verhandlungen über die Reparationen die Zeit gegeben, das Abflauen der Wirtschaftskrise und den Rückgang der Arbeitslosigkeit abzuwarten. Dies hätte womöglich zu einem Popularitätsrückgang der NSDAP geführt, der sich mit der November-Wahl schon abzeichnete.

Warum ist Küchenthal nicht zurückgetreten bzw. hat mit seinem Rücktritt gedroht, um nicht unterschreiben und so die Verantwortung übernehmen zu müssen? Diese Möglichkeit nicht wahrgenommen zu haben, ist ihm von Brandes nach 1945 vorgeworfen worden. Laut Aussage des Sohns von Küchenthal 2014 waren dafür drei Gründe ausschlaggebend: Küchenthal hatte eine Familie mit 4 Kindern zu versorgen. Bei einem Rücktritt wäre er zwar an das Reichsfinanzministerium, von dem er beurlaubt war, zurückgefallen, hätte dann aber wieder in Berlin tätig sein müssen. Die Familie hat sich gegen den damit verbundenen Wohnsitzwechsel gesträubt (1). Auf Küchenthal wurde von der BEL Druck ausgeübt. Wenn Sie nicht unterschreiben, zerbricht die Koalition. Dann gibt es Neuwahlen mit großen Stimmenzuwächsen für die NSDAP. Diese Aussicht hatte die DVP mehr zu fürchten, da sie vermutlich die größten Stimmenverluste hätte hinnehmen müssen (2). Wenn wir uns gegen die Einbürgerung sperren, gibt es einen Putsch der SA (3). Dieses Argument hatte in Braunschweig besondere Zugkraft, weil die SA dort mit ihrem Großaufmarsch bereits ihre Stärke demonstriert hatte. Laut Küchenthal jun. ist die Variante Koalitionswechsel und Bildung einer neuen Mehrheit mit der SPD nicht diskutiert worden. Diese Aussage ist unglaubwürdig, da genau so in Thüringen zuvor verfahren worden ist. Dies hätte allerdings die BEL gesprengt, weil der Koalitionswechsel für die DVP, aber kaum für die DNVP eine Option war.

26.2.1932

Hitler telegraphiert um 12.45 Uhr an die Staatsregierung: „Ernennungsurkunde erhalten. Nehme an, Adolf Hitler"; Küchenthal leitet das Telegramm an Klagges weiter, der den Empfang am 27.2. gegenzeichnet.

Boden bestellt Hitler „unverzüglich" zwecks Ableistung des Diensteides in die Gesandtschaft.

Hitler wird auf der Gesandtschaft, Lützowstraße 11, durch Boden vereidigt: „Ich schwöre Treue der Reichs- und Landesverfassung, gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten." Er wird anschließend in seine Dienstgeschäfte eingewiesen. Boden macht darüber gegenüber der Staatsregierung Meldung.

Hitler bittet anschließend um Urlaub, der ihm gewährt wird.

Offenbar mit dem Hinweis, daß dieser Antrag auch schriftlich zu stellen ist. Boden läßt nichts aus, um seine Autorität gegenüber Hitler zu wahren. Hitler pariert, indem er sein Gesuch schriftlich wiederholt. Das Gebäude der Gesandtschaft existiert nicht mehr. Ein Foto ist in den Braunschweiger Neuesten Nachrichten vom 28.2.1932 abgedruckt.

Boden fertigt einen ausführlichen Vermerk (8 Schreibmaschinenseiten) über das Gespräch mit Küchenthal vom Vortag: Berufung Hitlers sei nicht in Frage gekommen wegen mangelnder akademischer Vorbildung und Befürchtung, daß seine Berufung Unruhe in die Hochschule bringen würde. Stattdessen sei die Ernennung zum Regierungsrat vorgesehen. Eine Ernennung Hitlers zum Stellvertretenden Gesandten beim Reichsrat käme nicht in Frage. Schließlich geht es um Details eines Arbeitszimmers für Hitler, für das in der Gesandtschaft kein Platz sei, und um die Hierarchie – ob Hitler selbständig arbeite, Boden ihm weisungsbefugt sei oder er zumindest von Hitler über seine Aktivitäten informiert werden müsse.

Offenbar erkennt Boden die Bedeutung des Vorgangs und will sich durch das interne Protokoll für alle Fälle absichern. Offenbar geht er davon aus, daß Hitler tatsächlich sein Amt ausüben wird. Anfang Mai 1945 verfaßt Boden einen zweiten Vermerk über den Vorgang mit einem ganz anderem Tenor. Demnach soll Hitler anläßlich der Vereidigung betont haben, sich besonders für die Automobilindustrie – Büssing – einsetzen zu wollen. Also spielt auch Boden ein doppeltes Spiel. Ruben, die diese Behauptung aufstellt, stützt sich offenbar auf die Quelle Boden.

Hitler telegraphiert an Zörner mit der „Bitte“, ihn als Untermieter bei sich anzumelden: Adresse in Braunschweig, Hohetorwall 7 II; Beruf „Regierungsrat“; zuständiges Finanzamt München ohne Angabe des Münchener Wohnsitzes am Prinzregentenplatz 16/II.

Dem Telegramm dürfte ein Telephonat zwischen Hitler und Zörner vorausgegangen sein. Vielleicht hat Zörner Hitler sogar angeboten, ihn als Untermieter aufzunehmen. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß Hitler gedrängt worden, sich polizeilich in Braunschweig zu melden, um auch gegenüber dem Einwohnermeldeamt den Schein zu wahren. Hitler hat dieses Ansinnen womöglich als weitere peinliche Zumutung empfunden. Andererseits hatte er aus seiner Wiener und Münchener Zeit reichlich Erfahrung als Untermieter. Insofern war die Lösung naheliegend. Zörner hat umgekehrt die Chance gewittert, sich nochmals bei seinem „Führer“ verdient zu machen. Aus dem Telegramm geht jedenfalls hervor, daß Zörner, womöglich noch am selben Tag, persönlich zum Einwohnermeldeamt gegangen ist, um Hitler als seinen Untermieter anzumelden.

Der Vorgang macht auf groteske Art die kleinbürgerliche Welt deutlich, aus der der künftige „Führer“ Deutschlands stammte, und welche kleinbürgerlichen Vorkehrungen ihm in den Sattel verholfen haben. Nach 1933 sollte Hitler zahlreiche luxoriös ausgestattete Residenzen, Dienstwohnungen, Führerhauptquartiere, Bunker und ständig reservierte Suiten in diversen Hotels neben seiner Privatwohnung in München und dem Berghof + Teehaus in Berchtesgaden zur Verfügung haben. 1932 war noch eine zum Schein angemeldte Untermiete in einer Dachwohnung bei einer fünfköpfigen Familie nötig, um Deutscher werden zu können.

Das Vorkriegsgebäude auf dem Grundstück Hohetorwall Nr. 7 existiert nicht mehr. Vermutlich ist es am 15.10.1944 den Bomben zum Opfer gefallen. Es bestand aus einem zweigeschossigen Vorderhaus + Dachgeschoß mit einem rückwärtigen Seitenflügel und diversen Nebengebäuden im hinteren Teil des Grundstücks. Aus dem Braunschweigischen Adressbuch und den Bauakten geht hervor, daß Ernst W. Zörner sen. (Kolonial- und Materialwarenhandlung, Kaffee-Rösterei, Gördelingerstr. 48, am 15.10.1944 durch Bomben zerstört) von 1913 bis zu seinem Tod 1917 der Eigentümer der Immobilie ist. Die Familie wohnt im Erdgeschoß. Seitdem firmiert die Erbengemeinschaft bzw. die Witwe Luise Zörner, geb. Heindl, als Eigen-

tümerin. Inhaber der Firma, Gördelingerstr. 48, sind 1919 Luise Zörner, geb. Heindl, Moritz Heindl, Fritz Zörner und Karl Heimbs. 1920 ist erstmals Ernst Zörner jun. im Erdgeschoß des Hohetorwalls 7 gemeldet. Im 1. Stock wohnt seit 1920 der Kaufmann K. Heimbs, später auch als C. Heimbs bezeichnet, der 1906 Helene Zörner, die Schwester von Ernst Zörner, geheiratet hat. Ab 1924 ist der Prokurist Walter Zörner, verheiratet mit Margarete Zörner, geb. Grünhage, im Erdgeschoß gemeldet.

1922 macht sich Zörner jun. in Braunschweig mit Kaffeeversand und Kaffeerösterei im Steinweg 35/36 und ab 1925 in der Fallersleberstraße 5 unter dem Firmenlogo Mohr im „Z“ selbständig. Im Frühjahr 1926 trägt er einen Rechtstreit mit der Stadt Braunschweig aus, ob er in einer Laube auf dem Grundstück sein KFZ unterstellen darf, da ihm die finanziellen Mittel für den Bau einer Garage fehlen. Dies wird ihm untersagt und mehrfach polizeilich überprüft. (*Offenbar hat Zörner das Verbot immer wieder mißachtet.*) 1927/28 ist Ernst Zörner jun. nach seiner Heirat mit Luise (Hanneliese) Zörner, geb. Seydelmann in den 2. Stock (Dachgeschoß) umgezogen. Für den 15.5.1927 gibt es einen Hinweis, daß K. Heimbs das Seitengebäude nutzt. 1929 ist Heimbs mit seiner Familie ausgezogen und wohnt seitdem Am Fallerslebertore 6 als Mieter in zwei Etagen. Dieses Gebäude gehört F. v. Fischer-Treuenfeld , Rittergutsbesitzer in Dederstedt. Später kauft Heimbs die Immobilie und wohnt dort bis zu seinem Tod 1972. 1930 wohnt die Witwe Luise Zörner allein im Erdgeschoß und Ernst Zörner jun. mit seiner Familie weiterhin im Dachgeschoß. Spätestens ab dem 13.8.1930 gehört das Grundstück dem Optiker Willy Witzel, der das Erdgeschoß bewohnt. Der Untermieter Hitler im Dachgeschoß ist weder 1932 noch 1933 im Adressbuch eingetragen. (Absicht oder Versäumnis?) 1933 wohnt Zörner jun. immer noch im 2. Stock. 1934 ist er nicht mehr gemeldet. Am 13.8.1935 nimmt Witzel einen Umbau im Seitengebäude vor und läßt im November 1935 eine Garage errichten. (Braunschweigisches Adressbuch 1917-1934; Bauakten im Stadtarchiv Braunschweig E 63 II H Nr. 208; Strafverfahren gegen Zörner D VIII: 12). Heute befindet sich auf dem Grundstück ein Nachkriegsneubau. Die derzeitigen Bewohner wissen auf Befragung nichts von der Vorgeschichte.

Aus diesen fragmentarischen Hinweisen kann der Schluß gezogen werden, daß Haus und Grundstück seit 1913 Ernst Zörner sen. (1856-1917) gehört hat. Nach dessen Tod 1917 erbt seine Witwe Luise (bzw. die Kinder) die Immobilie und bewohnt das Erdgeschoß. Die anderen Wohnungen sind vermietet. Das Nebengebäude wird von einem Institut der Konservenindustrie genutzt. Zörner jun. kehrt 1919/20 aus dem Krieg zurück und zieht bei seiner Mutter im Erdgeschoß ein. 1922 macht er sich im Steinweg 35/36 (vermutlich geerbt) und ab 1924, nachdem er 1923 die Häuser an Ferdinand Eichhorn bzw. dessen Teilhaber Heimbs verkauft hat, in der Fallersleberstr. 5 selbstständig. Zörner jun. scheint permanent in finanziellen Schwierigkeiten, verfügt 1926 aber immerhin über einen PKW (Geschäftsfahrzeug?). 1929 zieht die Familie Heimbs in eine bessere Wohnung, weil Heimbs geschäftlich viel erfolgreicher als Zörner ist. Nach dem Tod der Mutter Luise (1930) und aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten infolge der Wirtschaftskrise haben die Zörners die Immobilie verkauft. Der Prokurist Walter Zörner ist ausgezogen, Ernst Zörner jun. ist weiter als Mieter im 2. Stock bis zu seinem Umzug nach Dresden wohnen geblieben. Heimbs hat möglicherweise das Seitengebäude zeitweilig für seine Firma genutzt.

Die Umstände, daß Heimbs und Zörner 1920-1929 im selben Haus wohnen, Heimbs zeitweilig Teilhaber der Firma Ernst Zörner & Co., Gördelingerstr. 48 (gegründet 1896), ist und Zörner jun. die Häuser Steinweg 35 und 36 an Heimbs bzw. die Firma Ferdinand Eichhorn verkauft, deuten auf diverse persönliche Beziehungen. Im Licht dieser Vorgeschichte ist es nicht verwunderlich, daß Zörner einen sehr engen Bezug zu Heimbs hatte und es nicht schwergefallen sein dürfte, Heimbs dafür zu gewinnen, sich für die Einbürgerung Hitlers bei seinen Parteifreunden zu verwenden. Möglicherweise fühlte Heimbs sich Zörner sogar ver-

pflichtet, da er dessen Schwester geheiratet hat, zeitweilig mit seiner Familie im Haus der Zörners wohnte und zeitweilig als Teilhaber in das Zörnersche Stammhaus eingestiegen ist. Vielleicht war Zörner auch der Pate von Ernst Heimbs. Die Mitgliedschaft von Heimbs jun. in der NSDAP deutet ebenfalls auf politische Nähe. Jedenfalls mußte Ernst Heimbs (1907-1968) im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner als Zeuge aussagen. Vermutlich haben Zörner und Heimbs schon lange vor dem 17.2.1932 im Parkhotel über das Staatenlosigkeitsproblem Hitlers gesprochen. Dies deutet Heimbs später in seiner Zeugenaussage im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal an.

Falls es bereits die Rivalität Zörner – Klagges gab, dürfte Heimbs auch klar gewesen sein, daß er helfen kann, den wirtschaftlich gescheiterten Zörner in der Gunst Hitlers aufsteigen zu lassen und so dessen politische Karriere zu befördern. Heimbs dürfte schon seine Zustimmung gegeben haben, bevor das offizielle Treffen mit Frank im Parkhotel stattfand. Ein Treffen in den Geschäftsräumen von Heimbs ein paar Häuser gegenüber wollte man vielleicht aus Diskretionsgründen vermeiden. Vielleicht hat sich Heimbs klammheimlich auch eigene Vorteile für alle Fälle versprochen.

Es spricht einiges dafür, daß in der Connection Zörner-Heimbs bzw. Heimbs-Wessel der Schlüssel liegt, warum die Einbürgerung Hitlers trotz des Widerdstands der DVP in Braunschweig geklappt hat. Als der Deal 1961 durch den Spiegel aufgedeckt wurde und Zörner, der seit 1945 als verschollen gilt, nicht mehr befragt werden konnte, hat Heimbs eine harmlose Version der Geschichte verbreitet. Jedenfalls hat er die engen verwandschaftlichen, häuslichen und geschäftlichen Beziehungen nahezu unerwähnt gelassen.

Der Ausweis der Staatsangehörigkeit im Freistaat Braunschweig des Regierungsrats Adolf Hitler ist auf den 26.2.1932 datiert und vom Polizeipräsidium Braunschweig gegen 1,50 RM Stempelsteuer, 3,50 RM Gebühren und 1,40 + 0,82 + 0,30 RM Auslagen = 7,52 RM ausgestellt.

Die Auslagen betreffen die Portokosten, da der Ausweis Hitler wie die Ernennungsurkunde per Post ins Hotel Kaiserhof, Berlin, zugestellt worden ist. Die Meldung als Untermieter ist notwendig, da Hitler beim braunschweiger Einwohnermeldeamt einen Wohnsitz nachweisen muß. Hitler ist bis 16.9.1933 offiziell Untermieter bei Zörner. Hitler dürfte die Wohnung nie betreten haben. Hitler hat bei seinen späteren Besuchen in Braunschweig immer im Hotel und nie in seinem Untermieterzimmer gewohnt.

Die Erklärung von Klagges, die am Vortrag in den Versammlungen verlesen wurde, wird in Auszügen in der Braunschweigischen Landeszeitung unter dem Titel „Die Koalition fester denn je! Dankende Anerkennung des Ministers Klagges“ abgedruckt. Darin heißt es: „Die Tatsache der Berufung Adolf Hitlers in den braunschweigischen Staatsdienst, die zugleich seine Einbürgerung zur Folge hat, beweist, daß die braunschweigische Regierungskoalition sich bewährt hat und, allen marxistischen Angriffen zum Trotz, fester und stärker dasteht, als jemals zuvor.“

Die Wolfenbütteler Zeitung berichtet über den Ernennungsvorgang und betont: „ Die braunschweigische Eidesformel ist von besonderer Ausdrücklichkeit und verpflichtet die zum braunschweigischen Beamten ernannte Persönlichkeit sehr stark, alle Pflichten und Obliegenheiten eines Beamten mit größter Treue und Sorgfalt zu erfüllen.“ Der Völkische Beobachter wird in dem Artikel zitiert: „Mit der Einbürgerung Hitlers ist eine Selbstverständlichkeit endlich Tatsache geworden. Daß es möglich war, daß ein Mann, der vier Jahre lang stündlich sein Leben für den Staat einsetzte, von diesem nicht einmal als Bürger anerkannt wurde, bleibt für immer eine Ungeheuerlichkeit des liberalistischen Paragraphenstaates. Wir betrachten die Einbürgerung Hitlers als eine allerdings späte Genugtuung für eine Unterlassung, die von 20

Millionen Deutschen täglich als Beleidigung und Schmach empfunden wurde. Wir beglückwünschen deshalb das Land Braunschweig, daß es gerade seine Regierung ist, die eine 17jährige Schmach für den deutschen Namen wieder gutzumachen sucht. Wir sehen in der Maßnahme der braunschweigischen Regierung allerdings nur eine äußere Formalität, denn in unserem Herzen ist Hitler längst der erste deutsche Staatsbürger."

Die Wolfenbütteler Zeitung vertritt die Linie der DVP. Offenbar ist nochmals der gut informierte Autor am Werk. Hitler wird ermahnt, sein Amt auch wirklich auszuüben. Daß der Völkische Beobachter zitiert wird, läßt sich als indirekte Begründung interpretieren, warum die Einbürgerung sachlich gerechtfertigt ist. Nach 1945 werden alle Beteiligten dieses Argument benutzen.

Ähnlich argumentiert ein Artikel in der Nationalliberalen Correspondenz Nr. 40 „Regierungsrat Hitler". „In Übereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die braunschweigische Staatsregierung Herrn Hitler eine freie Regierungsratsstelle übertragen und wird ihn bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin beschäftigen, wo er ausschliesslich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird. Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die Aufgabe Hitlers wird insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen in weitestem Umfange zu sorgen, namentlich sich auch für die Sicherung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen. Die jetzige Lösung schliesst jeden Zweifel an den ernsthaften Willen der braunschweigischen Regierung aus, Herrn Hitler mit einem Amt zu betrauen, daß er nutzbringend auch für das Land ausüben kann. Es liegt die Erklärung des Herrn Hitler vor, dass er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes wahrehmen wird.

Mit dieser Festlegung, die von amtlicher Seite erfolgt, sind auch die bisherigen Einwände der Deutschen Volkspartei Braunschweigs erledigt, die sich gegen ein ´Scheingeschäft´ richteten."

Der Artikel in der DVP-Zeitschrift entspricht sinngemäß dem Antrag Wessel, den die BEL-Fraktion beschlossen hat. Er könnte von Brettschneider oder Brandes verfaßt worden sein. Tatsächlich bringt er aber nur das Wunschdenken der DVP zum Ausdruck. Daß Hitler sich später tatsächlich für das Land verwendet hat, steht auf einem anderen Blatt.

Der Volksfreund meldet „Parteibuch-Beamter Hitler soll Braunschweigs Erwerbslosen Arbeit verschaffen".

In dem Artikel wird die Parteibuchwirtschaft, die der SPD von bürgerlicher Seite zum Vorwurf gemacht wird, umgekehrt kritisiert. Kritik wird an der DVP bzw. an der der DVP nahestehenden Wolfenbütteler Zeitung geübt, daß sie sich entgegen ihren Beteuerungen doch an einem Scheingeschäft beteiligt hat.

Die drei politischen Richtungen in der braunschweiger Politik werden durch die Kommentare der braunschweiger Presse zur Einbürgerung deutlich: Die Braunschweigische Landeszeitung (= NSDAP) bejubelt die historische Bedeutung; die Wolfenbütteler Zeitung (= DVP) mahnt, daß Hitler sein Amt auch auszuüben habe; der Volksfreund (= SPD) übt beißende Kritik.

Die Kürzung der Aufwandsentschädigung für Boden, nicht aber für die anderen Mitarbeiter der Gesandtschaft (?), wird vom Haushaltsausschuß zurückgenommen. In derselben Sitzung wird die Verlagerung der Regierungsratsstelle an die Gesandtschaft mit Mehrheit beschlossen. Damit verfügt die Gesandtschaft über 5 statt 4 Mitarbeiterstellen.

Ist Boden bestochen worden, um seine Kooperation zu erreichen? Dann war er leicht zu bestechen.

Der Reichstag bestimmt auf Vorschlag der Reichsregierung einstimmig den ersten Wahlgang auf den 13.3. und einen möglichen zweiten Wahlgang auf den 10.4.

Deshalb müssen die Wahlvorschläge spätestens am 3. März eingegangen sein.

Die Regierung Brüning übersteht im Reichstag einen Mißtrauensantrag der DVP knapp mit 289 : 264 Stimmen. Gegen die Regierung stimmen NSDAP, DNVP, DVP, LVP und KPD. Die 20 Stimmen der Wirtschaftspartei retten die Mehrheit für Brüning. Anschließend vertagt sich der Reichstag bis zum 9.5.1932.

Also folgt die braunschweiger DVP der Linie ihrer Reichstagsfraktion.

Klagges rügt Rektor Schmitz, weil der sich in Sachen Hitler-Professur direkt an Küchenthal gewendet und ihn übergangen hat.

Goebbels notiert: „Beim Führer sind seine Militärpapiere aus Österreich angekommen. Ein drastischer Beweis gegen die frechen Verleumdungen Grzesinskis“ (Goebbels 1934, S. 53)

Mit Grzesinski war der berliner Polizeipräsident Albert Grzesinski (SPD) gemeint. Anfang 1932 hatte dieser es blamabel genannt, daß der „Ausländer Hitler“ mit der Reichsregierung verhandeln und vor der internationalen Presse sprechen könne, „ohne daß man diesen Mann mit der Hundepeitsche davonjagd“. Die Hundepeitsche war eine Anspielung auf eine Marotte Hitlers, mit Hundepeitsche in der Hand aufzutreten. (Winkler 2002)

Welche Verleumdungen meint Goebbels? Angeblich soll aus diesen Papieren, die Hitler nach der Machtergreifung hat verschwinden (vernichten) lassen, hervorgehen, daß er homosexuell veranlagt war. (Vgl. dazu Koch-Hillebrecht 2013) Wieso bekommt Hitler seine Militärpapiere? Wieso kommen diese Papiere aus Österreich? Hitler war doch Gefreiter in der Bayerischen Armee! Oder handelt es sich um die Unterlagen zu Hitlers Musterung in Salzburg 1914? Dann würde daraus hervorgehen, daß er für untauglich befunden wurde. Jedenfalls ist das zeitliche Zusammentreffen des Eintreffens dieser ominösen Militärpapiere mit der Kandidatur bemerkenswert. Schleicher soll (auch?) im Besitz dieser Papiere gewesen sein und damit ein Druckmittel gegen Hitler besessen haben. Deswegen soll er später ermordet worden sein.

27.2.1932

Der Haushaltsausschuß beschließt den von der Regierung vorgelegten Haushalt für das Jahr 1932 mit kleinen Änderungen. U.a. wird die Streichung der Regierungsratsstelle beim Landeskultur- und Vermessungsamt wieder rückgängig gemacht. Das gleiche gilt für die a.o. Professur (A 2 b) an der TH. Deren Zahl wird sogar von 13 auf 14 erhöht. (Bericht des Haushaltsausschusses)

Die Regierungsratstelle ist für Hitler. Für wen ist die a.o. Professur? Roloff ist schon a.o. Professor. Wieso benötigt man plötzlich sogar zwei weitere Professuren, obwohl doch so strikt gespart werden mußte? Ging es um einen Ringtausch?

In den BNN wird der Beschluß der DVP vom 24.2. veröffentlicht: „Am Mittwoch, dem 24. Februar 1932, hielt der Vorstand der Deutschen Volkspartei im engeren Kreise eine Vorstandssitzung ab, in der man sich mit Hitlers Einbürgerungsfrage, mit der Professur und dem

Beamtenposten bei der braunschw. Gesandtschaft beschäftigte. Man kam zu der Auffassung, daß die Ernennung Hitlers zum braunschw. Beamten und seine Beschäftigung bei der Gesandtschaft die beste Lösung der Einbürgerungsfrage sei. Deshalb wurde dieser Regelung vom Vorstand der Deutschen Volkspartei auch zugestimmt.“ (hier zitiert nach Küchenthal 1969, Bd. III, S. 124-125)

Brandes soll den Text der Redaktion zur Verfügung gestellt haben.

Der SPD-Vorstand veröffentlicht einen Aufruf im Vorwärts, Hindenburg bei der Wahl zu unterstützen mit der Parole „Schlagt Hitler! Darum wählt Hindenburg!“

Hitler erklärt in seiner Auftaktrede zum Wahlkampf im Berliner Sportpalast, daß es bei der Präsidentschaftswahl darum gehe, mit dem „System“ des 9. November abzurechnen.

Hier wird die eigentliche Frontlinie bei der Präsidentenwahl sichtbar.

28.2.1932

Erstes schriftliches Urlaubsgesuch Hitlers an Boden: „Hiermit bitte ich, mir bis zum Ende des Reichspräsidenten-Wahlkampfes Urlaub gewähren zu wollen.“ gez. Adolf Hitler, z. Zt. Berlin, Hotel Der Kaiserhof.

Klagges veranstaltet eine Kundgebung vor dem Hauptgebäude der TH.

Die Veranstaltung muß als Demonstration gegenüber Senat und Professorenschaft der TH gewertet werden.

29.2.1932

Berechnung von Hitlers Gehalt: Grundgehalt jährlich 4.400,- RM, Wohngeldzuschuß 691,20 RM, örtl. Sonderzuschlag Berlin 132,-- RM = 5223,20 RM. Davon gehen 25 % Kürzungen ab, so daß 328,95 RM monatlich bleiben. Bis zur Aushändigung der Steuerkarte, die anzufordern ist, sind davon 10 Prozent Einkommensteuer einzuhalten. (Personalakte Hitler)

Ob Hitler seine Steuerkarte jemals eingereicht hat, ist aus der Personalakte nicht ersichtlich.

1.3.1932

Bewilligung von Hitlers Urlaubsgesuch durch Boden. Er bekommt die Erlaubnis, „einstweilen“ seinen Wohnsitz in München zu behalten.

Obwohl er als Adresse des Urlaubsgesuchs Berlin, Hotel Kaiserhof und nicht seinen Zweitwohnsitz Braunschweig, Hohetorwall 7 angegeben hat!

41. Sitzung des Landtags. Frankenberg (SPD) spricht das Thema Hitler-Professur an: „Unsere alte Hochschule hat im letzten Jahre ja so mancherlei erlebt. Der ´Ruhm´, Herrn Regierungsrat Hitler als Professor im Kollegium begrüßen zu können, ist uns allerdings erspart geblieben. Warum eigentlich? Nun, darüber werden wir vielleicht später einmal Klarheit bekommen.“

Frankenberg war Dozent der Kulturwissenschaftlichen Abteilung.

Wichtigster Tagesordnungspunkt ist die zweite Lesung des Haushalts. In der Aussprache über den Etat des Landtagspräsidenten wird das Ausgabeverhalten Zörners (Fahrtkosten und Spesenabrechnung aus dem Verfügungsfonds des Landtagspräsidenten) durch Thielemann (SPD) in allen Einzelheiten ausgebreitet.

Das Finanzgebahren Zörners ist ein Thema, das ihn später als Dresdener Oberbürgermeister wieder einholen sollte. Er hat sich damit nicht nur gegenüber der Opposition, sondern auch innerhalb der eigenen Partei angreifbar gemacht. Hier beginnt die öffentliche Kritik an Zörner, die Ende April 1933 zu seinem Sturz in Braunschweig führen wird.

Sievers (SPD) berichtet aus dem Haushaltsausschuß. Dort ist am 20.2. eine Senkung der Aufwandsentschädigungen für die Mitarbeiter der Gesandtschaft beschlossen worden. Am 23.2. wurde eine zusätzliche Stelle für das Landeskultur- und Vermessungsamt ohne besondere Begründung gefordert (die zuvor im Etatentwurf des Finanzministers gestrichen war). Am 25.2. habe die Landesregierung erklärt, daß beim Landeskultur- und Vermessungsamt kein Bedarf mehr bestehe und die Stelle deshalb zur Gesandtschaft abgeordnet werden solle. Die Notwendigkeit der Regierungsrat-Stelle bei der Gesandtschaft wird bestritten, da der Gesandte Boden selber in der Wirtschaftsförderung aktiv sei.

Sievers versucht durch seine Darstellung über den Ablauf der Ereignisse die eigentliche Absicht, Hitler auf diese Weise einzubürgern, deutlich zu machen. Ein Mißtrauensantrag gegen die Regierung wird nicht gestellt.

Roloff, Brandes und Schrader erklären anschließend im Landtag, daß sie hinter der Ernennung Hitlers stehen. Schrader distanziert sich allerdings vom Verfahren. Küchenthal und Roloff rechtfertigen die Rücknahme der Kürzung der Aufwandsentschädigung für Boden.

In der anschließenden Abstimmung wird der Etat mit der Mehrheit des Landtags aus NSDAP, BEL und Staatspartei genehmigt. Damit wird auch die vom Staatsministerium beantragte (Antrag 17: Planmäßige Beamtenstelle, Gruppe A 2 b – ein Regierungsrat) Regierungsratsstelle + Verlagerung zur Botschaft nachträglich bewilligt, da die Ernennung schon am 25.2. erfolgt ist.

Schrader unterstützt den Antrag 17, obwohl der Jungdeutsche Orden Hindenburgs Kandidatur unterstützt. Damit ist offenbar seine Ankündigung, den Etat von Klagges ablehen zu wollen, gegenstandslos geworden.

Gmeiner (KPD) war am 17.2. für 8 Sitzungen von Landtagspräsident Zörner von der Sitzungsteilnahme ausgeschlossen worden. Er weigerte sich trotz Aufforderung der SPD, auf sein Mandat zugunsten eines Nachrückers zu verzichten. Die SPD erhebt ihm gegenüber den Vorwurf des „Berufsparlamentariertums“. Der Mandatsverzicht hätte allerdings keine Auswirkung gehabt, da Schrader für den Haushalt stimmt. Die SPD stellt vielleicht deshalb keinen Mißtrauensantrag, weil sie will, daß Hitler die Wahl verliert und weil der Antrag keine Mehrheit finden würde. Damit wären alle anwesenden Landtagsmitglieder aus ganz unterschiedlichen Motiven direkt oder indirekt für die Einbürgerung gewesen, auch wenn sie es nach außen anders darstellen!

Der Reichswahlleiter und Präsident des Statistischen Reichsamts, Ernst Wagemann, kontaktiert Boden zwecks Klärung der Wohnsitzfrage Hitlers, die auf dem Wahlzettel anzugeben ist. Der Grund ist die Sorge, daß bei einer zweifelhaften Angabe des Wohnsitzes (München oder Berlin oder gar Braunschweig?) die Wahl angefochten werden kann.

2.3.1932

Boden kontaktiert Ministerialrat Kiesel in Braunschweig in der Frage, der erklärt, es käme nur die Amtsbezeichnung „Regierungsrat“ und nicht „Braunschweigischer Regierungsrat“ in Frage. Anschließend kommt es zu einer langwierigen Abstimmung zwischen Boden, dem Reichswahlleiter Wagemann, dem Verfassungsreferenten Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium, Ministerialrat Kiesel, der Braunschweiger Staatsregierung (Küchenthal, Klagges) und Göring als Vertrauensmann des Wahlvorschlags Hitler über die Frage der Amtsbezeichnung und der Angabe des Wohnsitzes. Das Wahlgesetz schreibt vor, daß jeder Kandidat mit Vor- und Nachnamen, Stand oder Beruf und Wohnort auf dem Wahlzettel vermerkt sein muß.

Dahinter steht das Problem, daß bei der Angabe des Wohnsitzes Berlin die preußischen Behörden den passiven Wahlschein hätten anfechten können. Also wurde doch erwogen, die Kandidatur Hitlers anzufechten. Selbst die unklare Wohnsitzfrage gab dazu noch Anlaß. Auch dieses Detail verdeutlicht die dubiose Existenz Hitlers.

3.3.1932

Die Vorschlagsfrist (10 Tage vor der Wahl) für die Kandidatur zum Reichspräsidenten läuft ab. Hitler wird erst im letzten Augenblick von der NSDAP als „Adolf Hitler, Regierungsrat, München“ nominiert.

Die Hildburghausen-Affäre wird in der Staatskanzlei zu den Akten gelegt, da Hitler eingebürgert ist.

Schreiben von Groener an den Reichswahlleiter mit der Bitte, die Nominierung der NSDAP für die Wahl „Adolf Hitler, Regierungsrat, München“ auf dem Stimmzettel in „Adolf Hitler, Regierungsrat in braunschweigischem Staatsdienst, München“ umzuformulieren, um dem Mißverständnis vorzubeugen, Hitler sei bayerischer Regierungsrat. Die Umformulierung sei auch von Boden gebilligt. Hitler habe in der Kürze der Zeit seinen Umzug von München nach Berlin noch nicht bewerkstelligen können. Der Innenminister pocht gegenüber dem Wahlleiter auf die Zuständigkeit für die Herstellung der Stimmzettel.

Selbst aufgrund der ungeklärten Wohnsitzfrage, die aus dem Wahlzettel ersichtlich sein muß, hätte Hitlers Kandidatur noch verhindert werden können!

Auf dem Wahlzettel steht am Ende u.a.: „Paul von Hindenburg, Reichspräsident, Generalfeldmarschall, Berlin“, „Adolf Hitler, Regierungsrat im braunschweigischen Staatsdienst, München“ und „Ernst Thälmann, Transportarbeiter, Hamburg“.

Dieses groteske Detail und die große Mühe der Beteiligten, zu einer Einigung zu kommen, resultiert aus dem Umstand, daß in der Angelegenheit im Grunde nichts klar ist – weder die Tätigkeit Hitlers als Regierungsrat noch sein Wohnsitz - unter allen Umständen aber der legale Schein gewahrt sein soll. Hitler wird das Amt nicht ausüben und hat seinen offiziellen Hauptwohnsitz in einer 9 Zimmer-Wohnung am Prinzregentenplatz in München. Tatsächlich führt er den Lebenswandel eines berufslosen (und bis dato staatenlosen) Bohemiens, der demonstrativ im Hotel Kaiserhof in Berlin logiert mit Blick auf die Reichskanzlei, der in Braunschweig zum Schein als Regierungsrat angestellt ist und zum Schein bei seinem Parteifreund und Klagges-Rivalen Zörner als Untermieder gemeldet ist, um den Reichsrat als Einbürge-

rungsinstanz zu umgehen, und der angeblich bei der Braunschweigischen Gesandtschaft, abgeordnet vom Braunschweiger Landeskultur- und Vermessungsamt, in Berlin als Lobbyist für die braunschweigische Wirtschaft tätig ist. Mit dieser komplexen Konstellation bürokratisch korrekt zu verfahren, um den Eindruck eines Scheingeschäfts zu vermeiden, hat etliche Spitzenbeamte auf Reichs- und Landesebene zwei Tage lang beschäftigt, obwohl sie alle wußten, daß es sich um eine Farce handelt. War das Tatktik oder vorauseilender Gehorsam? Als Hitler schließlich nach Berlin „umzieht" und seinen „Zweitwohnsitz" in Braunschweig wieder aufgibt, wird er eine Dienstwohnung in der Reichskanzlei (!) beziehen, ohne seiner Münchener Privatwohnung aufzugeben.

Der Reichswahlleiter Wagemann hätte, gestützt auf das Kaisenberg-Gutachten, den Kandidaten Hitler ablehnen können, da die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat ganz offensichtlich ein Scheingeschäft war, das die Einbürgerung nicht rechtfertigt. Daß die Reichsregierung die Kandidatur passieren ließ, war eine politische Entscheidung. Man hoffte auf die Niederlage Hitlers gegen Hindenburg und fürchtete evtl. bei einer Ablehnung den Aufstand der SA. Den Popularitätsschub für Hitler durch die Kandidatur mußte man wohl oder übel in Kauf nehmen.

SPD und Zentrum sehen sich in der paradoxen Konstellation gezwungen, auf einen eigenen Kandidaten zu verzichten und liefern so der NSDAP das Agitationsmaterial, daß Hindenburg der Kandidat der Weimarer Koalition bzw. sogar der Linken ist. Genau dies hatte Hindenburg befürchtet und Goebbels als Propagandachef gehofft.

4.3.1932

Landtagspräsident Zörner teilt dem Finanzminister die Verabschiedung des Haushalts für 1932 mit.

5.3.1932

Küchenthal teilt dem Landeskultur- und Vermessungsamt mit, er habe durch Verfügung an den Braunschweigischen Gesandten genehmigt, daß Hitler einstweilen noch seinen Wohnsitz in München behält. Deshalb ist der örtliche Sonderzuschlag von 3 Prozent des Grundgehalts vorläufig nicht zu zahlen. Der Wohngeldzuschuß bleibe aber unverändert, da auch für München der Wohngeldzuschuß der Sonderklasse zu zahlen ist.

Aufgrund dieser Konzession reduzieren sich die Bezüge des Regierungsrats Hitler (Gruppe A 2 b) auf 320,70 RM monatlich. Für Februar werden noch 64,14 RM gezahlt. Aus dem Etat des Landeskultur- und Vermessungsamts wurden für die Zeit vom 25.2. bis 15.7.1932 insgesamt 1342,48 RM gezahlt. Die Abzüge vom Bruttogehalt resultieren aus Lohnsteuer und Portoauslagen. Die Abgabe zur Arbeitslosenhilfe soll ab der 2. Julihälfte einbehalten werden. (Personalakte Hitler)

Das Gehalt wird „Regierungsrat Hitler mangels der wiederholt erbetenen Angabe eines Bankkontos durch die Post überwiesen". Im Mai wird die Gehaltszahlung ab Juni vom Etat des Landeskultur- und Vermessungsamts auf die Gesandtschaft übertragen.

Wohin ist das Gehalt wohl per Post geschickt worden? An den offiziellen Wohnsitz in München, wo er den Empfang mangels Anwesenheit wohl kaum hätte quittieren können? An das Hotel Kaiserhof in Berlin? Dann hätte aber der Sonderzuschlag gelten müssen. Oder an Hit-

lers braunschweiger Adresse, wo er sich nie aufgehalten hat? Genauso grotesk wie die mehrmals vorgenommene bürokratische Gehaltsberechnung ist die Spekulation über den Zustellungsweg des Gehalts. Jedenfalls sind Küchenthal, Boden und Co. eifrig bemüht, auch in der Frage seiner Bezüge der Anstellung des Regierungsrats bis ins kleinste Detail buchstäblich auf Mark und Pfennig einen bürokratisch korrekten Charakter zu verleihen. Sind Küchenthal und Boden anfänglich tatsächlich davon ausgegangen, daß Hitler seine Tätigkeit wirklich aufnimmt, oder gehörten alle diese Aktivitäten zu dem stillschweigend verabredeten Schauspiel, die Einbürgerung rechtlich einwandfrei erscheinen zu lassen?

Boden genehmigt den Urlaubsantrag Hitlers vom 28.2., der bereits am 26.2 anläßlich der Vereidigung mündlich genehmigt wurde, auch schriftlich.

6.3.1932

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Die Schätzungen für Hitler gehen ins Phantastische. Vor allem bei den Parteigenossen“ „Ich sehe darin eine Gefahr. Wir dürfen nicht übermütig werden und den Gegner nicht unterschätzen.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 137)

Goebbels ist offenbar im Unterschied zu den Parteimitgliedern skeptisch, ob Hitler die Wahl gewinnen kann.

7.3.1932

Brüning hält seine erste Wahlkampfrede für Hindenburg in der Dortmunder Westfalenhalle.

8.3.1932

Brüning hält seine zweite Wahlkampfrede in Düsseldorf.

9.3.1932

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „In der Nacht noch mit dem Führer telephoniert. Er reist von Triumph zu Triumph.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 138)

Drei Tage später scheint auch Goebbels von der Euphorie angesteckt.

10.3.1932

Rundfunkansprache Hindenburgs als sein einziger Beitrag zum Wahlkampf mit dem Tenor, seine “vaterländische Pflicht“ erfüllen zu wollen.

Hitler hetzt demgegenüber von einer Wahlkundgebung zur nächsten.

Brüning hält eine Wahlkampfrede im Berliner Sportpalast vor SPD-Anhängern. In der ersten Reihe sitzen Generäle und prominente Konservative.

Man hat den Eindruck, daß es sich um einen Wahlkampf Brüning gegen Hitler handelt. Jedenfalls ist der persönliche Einsatz Brünings außerordentlich.

11.3.1932

Im Braunschweigischen Amtsblatt wird verkündet, daß der „Schriftsteller Adolf Hitler in München als RRt b. Landeskultur- und Vermessungsamt, hier, beauftragt mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Sachbearbeiters für wirtschaftliche Fragen des Landes Braunschweig bei der Br. Gesandtschaft in Berlin“ am 25.2.1932 angestellt wurde.

In der amtlichen Staatszeitung wird bekanntgegeben: „In Übereinstimmung mit den Regierungsparteien hat die Braunschweigische Staatsregierung Herrn Hitler eine freie Regierungsratsstelle übertragen und wird ihn bei der Braunschweigischen Gesandtschaft beschäftigen, wo er ausschließlich die Interessen der braunschweigischen Wirtschaft wahrnehmen wird.

Mit dieser Aufgabe Hitlers ist eine Vertretung beim Reichsrat nicht verbunden. Die Aufgabe Hitlers wird insbesondere darin bestehen, für die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen Braunschweigs im weitesten Umfange tätig zu sein, namentlich sich auch durch die Erlangung von Aufträgen für die braunschweigische Wirtschaft einzusetzen. Die jetzige Lösung schließ jeden Zweifel an dem ernsthaften Willen der Braunschweigischen Regierung aus, Herrn Hitler mit einem Amt zu betrauen, das er nutzbringend für das Land auch ausüben kann.

Es liegt die Erklärung des Herrn Hitler vor, daß er die Stellung mit allem Nachdruck im Interesse des Landes Braunschweig wahrnehmen wird.“

Diese Erklärung findet sich nicht in der Personalakte, ist also, wenn überhaupt, nur mündlich abgegeben worde. Entgegen der offiziellen Betonung seiner Tätigkeit, die eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte, war Hitler nur einmal in der Gesandtschaft anwesend und nur sechsmalmal „dienstlich“ tätig: Ableistung des Amtseids, 3 Urlaubsgesuche, Antrag auf Disziplinarverfahren in eigner Sache, Bitte um Entlassung. Die offensichtliche und von der Opposition immer wieder angemahnte Untätigkeit bringt die Regierung in Verlegenheit und ist der Anlaß, die Rechtmäßigkeit der Ernennung in Frage zu stellen, weil sich offenbart, daß es sich doch um die von der BEL und besonders von der DVP befürchtete „Scheinernennung“ handelt.

13.3.1932

Hitler erklärt in einem Zeitungsinterview mit dem US-Journalisten Knickerbocker, daß er im Falle seiner Wahl als Präsident Brüning entlassen und eine neue Regierung einsetzen werde.

Hier wird Hitlers Kalkül deutlich, daß er sowohl auf dem Weg über die Kanzlerschaft wie auf dem Weg über die Präsidentschaft die Macht ergreifen kann, zumal er beide Ämter als „Führer“ zu verschmelzen gedenkt.

Erster Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten. Die braunschweiger Koalition unterstützt drei verschiedene Kandidaten. Die Wahl bringt folgendes Ergebnis: Hindenburg 18,6 Mil. Stimmen (= 49,6 %), Hitler 11,3 Mil. (= 30,1 %), Thälmann 4,9 Mil. (= 13,2 %); Duesterberg 2,5 Mil. (= 6,8 %). Hindenburg verfehlt die notwendige absolute Mehrheit um 300.000 Stimmen.

Das Ergebnis zeigt, daß die Parteien, die Hindenburg unterstützen, im Vergleich zur letzten Reichstagswahl an Kraft verloren haben bzw. nicht alle Wähler der Weimarer Koalition den Schwenk zur Unterstützung Hindenburgs mittragen, weil dieser bei der letzten Wahl noch ihr Gegner war. Übertragen auf die Stimmenverteilung der ihn unterstützenden Parteien bei der Reichstagswahl hätte Hindenburg nämlich 61,3 % bekommen können.

Hitler erhält im Land Braunschweig 124.360 Stimmen und damit relativ mehr als im Reich.

Bei einer Landtagswahl hätte das 17 Sitze (von 40) für die NSDAP ergeben.

In der Stadt Braunschweig erhält Hitler 36,6 Prozent, in den großbürgerlichen Vierteln im Östlichen Ringgebiet sogar 60-70 Prozent der Stimmen.

Daraus läßt sich die These ableiten, daß die bürgerliche Elite in Braunschweig hinter der Einbürgerung Hitlers und auch hinter der Fortsetzung der Koalition BEL-NSDAP trotz aller koalitionsinternen Konflikte gestanden hat. Insofern haben die Führer von DNVP und DVP nur exekutiert, was ihre Wählerschaft befürwortete. (Vgl. dazu Hamilton 1984; die Kritik von Roloff 1984 ist wenig überzeugend)

Goebbels notiert in seinem Tagebuch: „Wir sind geschlagen; furchtbare Aussichten. Wir haben uns nicht so sehr getäuscht in der Einschätzung unserer Stimmen als in der Einschätzung der Chancen für die Gegenseite. Es fehlen ihr nur 100 000 Stimmen an der absoluten Mehrheit. … Unsere Parteigenossenschaft ist auf das tiefste deprimiert und mutlos. Wir können uns jetzt nur durch einen kühnen Wurf retten. Ich telephoniere in der Nacht mit dem Führer. Er hat absolut die Fassung behalten und steht über der Situation.“ (Goebbels 1987, Teil I, Bd. 2, S. 140; Goebbels 1934, S. 62)

Demnach hatten Hitler und Goebbels fest mit einem Wahlsieg gerechnet, um über die Variante Reichspräsident, Einsetzung eines NS-Kanzlers und Notverordnungen an die Macht zu kommen.

Brüning notiert, daß die SPD ihre Wähler zu hundert Prozent für Hindenburg mobilisieren konnte. Es hätten aber 250.000 für die absolute Mehrheit gefehlt.

Hitler verfaßt abends einen Aufruf, um die enttäuschten Parteimitglieder wieder aufzurichten. Gegenüber der Septemberwahl habe die NSDAP immerhin ihre Stimmenzahl verdoppelt. Sie sei jetzt die stärkste Partei in Deutschland.

Laut Otto Dietrich sei der 13.3.1932 nach Eingang der Wahlergebnisse eine „schicksalsentscheidende Nacht“ gewesen, da Hitler seiner resignierende Partei durch den Aufruf wieder Mut gemacht habe. (Dietrich 1934, S. 59)

15.3.1932

Sitzung des thüringischen Untersuchungsausschuß unter Vorsitz von Hermann Brill (SPD) in der Affäre Hildburghausen. Hitler, Frick und Stennes (NS-Renegat bzw. in die NSDSAP eingeschleuster Agent) werden in einer turbulenten Sitzung im Beisein der NS-Prominenz im Plenarsaal des Thüringischen Landtags vernommen. Hitler, der sich als „Regierungsrat und Schriftsteller“ vorstellt und als letzter der 3 Zeugen ½ Stunde befragt wird, erklärt, von Frick mit der Ernennungsurkunde überrascht worden zu sein. Er habe die Art der Einbürgerung abgelehnt und will die Ernennungsurkunde später vernichtet haben. An eine Empfangsbestätigung, in der er erklärt hat, daß Amt nicht ausüben zu wollen und auf ein Gehalt zu verzichten, kann er sich nicht erinnern. Brill erklärt allerdings später, daß Hitler die Unterzeichnung der

Empfangsbestätigung bei seiner Vernehmung eingeräumt habe. (Details bei Overesch 1992, S. 555f, Hitler 1997, S. 227 ff , Brill 1946, S. 9-14 und Overesch 1992, S. 206ff)

Brill erweckt durch seine Fragen den Eindruck, sehr gut über die Details der Affäre informiert zu sein. War Stennes der Informant von Brill? Warum wurde Stennes überhaupt als Zeuge geladen, da er doch mit dem Einbürgerungsversuch gar nicht befaßt war? Diese Frage spricht für die These, daß Stennes ein Agent war, der Zugang zum inneren Zirkel der NSDAP gefunden hatte. Evtl. wurde Stennes aber auch geladen, weil in seiner Zeitschrift „Montagsblatt" die Affäre öffentlich gemacht worden ist. Aus der Vernehmung der drei Zeugen, insbesondere des Informanten Stennes, geht hervor, daß die Frage der Einbürgerung in der NS-Führung im Sommer 1930 ein wichtiges Thema war und die Befürchtung bestand, daß Hitler als Staatenloser ausgewiesen wird. Angesichts des politischen Aufstiegs der NSDAP wuchs der Druck, die Einbürgerungsfrage rasch zu lösen. Auch deshalb war es für die Partei nötig, irgendwo an der Regierung beteiligt zu sein. Angesichts der Bedeutung der Frage sind die Behauptungen Hitlers, sich nicht mehr an die Details der Vorgänge zu erinnern, unglaubwürdig.

Brill verfaßt im November 1932 ein Manuskript zu der Vernehmung „Hitler als Zeuge", das er erst 1946 veröffentlicht (Brill 1946). Daraus geht nicht hervor, warum Brill Stennes als Zeugen geladen hat.

17.3.1932

Der preußische Innenminister Severing (SPD) ordnet in Absprache mit Groener eine Polizeiaktion und Hausdurchsuchung bei NS-Parteibüros und der SA in Preußen an. Es werden diverse Unterlagen gefunden und Propagandamaterial für den 2. Wahlgang beschlagnahmt. Anlaß ist der Verdacht, daß die SA bei einer Niederlage Hitlers im zweiten Wahlgang einen Putsch versuchen werde, um ihn mit Gewalt an die Macht zu bringen. Dabei werden u.a. die „Boxheimer Dokumente" gefunden.

Das Berliner Tageblatt wird am 6.4. berichten, daß Unterlagen gefunden wurden, die Hinweise geben, daß die SA einen Putsch für den Fall vorbereitet hat, daß Hitler im 1. Wahlgang gewonnen hätte. Demnach hat es doch entgegen den Beteuerungen Hitlers Planungen der NS-Führung gegeben, gestützt auf den Propagandaerfolg eines Wahlsiegs, den Legalitätskurs zu verlassen und schon am 13.3.1932 die Macht zu übernehmen. Wenn dies zutrifft, erscheint die ganze Einbürgerungskampagne in Braunschweig in einem anderen Licht – nämlich als Vorbereitung für einen Putsch!

Durch eine Notverordnung des Präsidenten wird vom 20.3. bis 3.4. 1932 ein „Burgfrieden" verhängt, der den Wahlkampf aussetzt.

Das Motiv der Reichsregierung war vermutlich die Sorge, daß die SA aus Enttäuschung über die Niederlage im 1. Wahlgang losschlägt.

19.3.1932

Die NSDAP beantragt eine einstweilige Verfügung gegen die Beschlagnahmung des Propagandamaterials.

Die Gauleitertagung in Berlin verläuft laut Goebbels in depressiver Stimmung. Hitler wendet sich in seiner Rede gegen den Defätismus.

Die NSDAP befindet sich in einer Krise und ist hin und her gerissen zwischen Putschplänen und Resignation.

20.3.1932

Ausführlicher Brief Hugenbergs an Hitler, der so beginnt: „Gestern habe ich mich endgültig entschlossen, in den zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl nicht einzugreifen.“ Im folgenden wird diese Entscheidung begründet. Hugenberg ist sehr verärgert über die Alleingänge Hitlers, hält dessen Kandidatur aber für aussichtslos. U.a. fordert er, daß Hitler sich für die Unterstützung in der Einbürgerungsfrage durch politische Kooperation erkenntlich zeigt.

Hugenberg scheint klar zu geworden zu sein, daß Hitler nicht bereit ist, sich in eine Harzburger Front einzureihen. Daß er die DNVP und andere nationale Verbände wie den Stahlhelm nur als Steigbügelhalter benutzen will, erkennt Hugenberg immer noch nicht.

Auch die DVP hatte im Hinblick auf ihre Unterstützung bei der Einbürgerung Hitlers Erwartung der Kooperationsbereitschaft geäußert. Beide Parteien wurden von Hitler in der Folge enttäuscht.

Der siebenseitige Brief findet sich in Kopie im Nachlaß Roloffs (Stadtarchiv G IX 43:8-13). Hugenberg äußert darin massive Kritik an Hitler, will aber die Zusammenarbeit nicht völlig aufkündigen.

In der nationalkonservativen Wochenschrift „Fridericus“ erscheint ein Artikel „Unser Reichspräsident Kronprinz Wilhelm“.

Mit dem Artikel wird die Kandidatur des Kronprinzen im 2. Wahlgang ins Spiel gebracht. Der Kronprinz war Mitglied des Stahlhelms und sympathisierte mit der NSDAP.

21./22.3.1932

Hitler logiert mit seiner Entourage im Hotel Kaiserhof, Berlin. Die Rechnung beläuft sich auf 367,97 RM und ist ausgestellt auf den „Herrn Reg. Rat Adolf Hitler“. (abgedruckt in Ullrich 2013, S. 379)

Bemerkenswert ist die Höhe der Summe für die Nächtigung + Nebenkosten, die sein monatliches Gehalt als Regierungsrat von 320,70 RM übersteigt, und die Ausstellung der Rechnung auf den „Regierungsrat“, zu dem er erst am 26.2. ernannt worden ist. Mit dem Luxus und dem durch die Anrede zum Ausdruck kommenden kleinbürgerlichen Stolz auf den gerade verliehenen Titel kontrastiert, daß Hitler wenige Tage später sich öffentlich über genau diesen Titel lustig macht und behauptet, sein Gehalt für braunschweiger Arbeitslose gespendet zu haben.

22.3.1932

Der Stahlhelm kündigt das Bündnis mit der DNVP vom 17./18.2.

Küchenthal trifft Brüning und Groener in Weimar anläßlich der Goethefeier und informiert über die braunschweiger Einbürgerungsvorgänge.

Laut Küchenthal soll Groener erklärt haben, daß sein Ministerium den Vorgang geprüft habe mit dem Ergebnis, daß die Einbürgerung nicht mehr zu verhindern sei. (Küchenthal 1973, Bd. I)

Also hat die Regierung trotz Kaisenberg-Gutachten am Ende politisch und nicht juristisch entschieden. Kaisenberg als Wahlprüfer hätte nämlich, gestützt auf sein eigenes Gutachten, verhindern können, daß Hitler auf dem Stimmzettel steht.

23.3.1932

Der Senat der TH Braunschweig befaßt sich mit der Hitler-Professur laut Andeutungen im Senatsprotokoll unter „Verschiedenes“. Er nimmt zur Kenntnis, daß Rektor Schmitz am 26.2. von Klagges gerügt wird, weil dieser sich telephonisch direkt an Küchenthal (in Sachen Hitler-Professur) gewandt und damit Klagges übergangen hat. Der Senat unterstützt Schmitz in seinem Vorgehen.

Es handelt sich um die einzige Erwähnung in den Senatsprotokollen überhaupt, ohne den Namen Hitler bzw. die für ihn gedachte Professur zu erwähnen, obwohl doch das Thema die TH wochenlang beherrscht hat. Roloff ist laut Protokoll nicht anwesend, sondern Gehlhoff bzw. Moog als Abwesenheitsvertreter für die 8. Abteilung.

26.3.1932

Vergleich über Antrag der NSDAP. Auf die einstweilige Verfügung wird verzichtet. Die Polizei gibt das beschlagnahmte Wahlkampfmaterial wieder heraus.

28.3.1932

Zusammenkunft nationalkonservativer Kreise in Berlin, um die Kandidatur des Kronprinzen Wilhelm im zweiten Wahlgang vorzubereiten (vgl. dazu Stribrny 1972, Herre 1954, S. 202ff; Jonas 1962, S. 222ff).

Weil SPD, Zentrum und DVP (!) Hindenburg unterstützten, suchten die Nationalkonservativen nach einem eigenen Kandidaten, um auf diese Weise die Restauration der Monarchie vorzubereiten. Voraussetzung hätte sein müssen, daß Hitler und Hindenburg ihre Kandidatur im 2. Wahlgang zurückziehen und nur noch der Kronprinz und Thälmann kandidieren! Der Kronprinz hätte im Gegenzug im Falle seiner Wahl Hitler zum Reichskanzler ernennt. Allerdings war die Zeit zur Umsetzung des Plans sehr knapp bemessen, da die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den 2. Wahlgang am 31.3. um 24.00 Uhr ablief.

29.3.1932 (oder 28.3.)

Eine Delegation, angeführt von Herrn von Ostau, Propagandachef der NSDAP Westfalen Nord, trägt dem Kronprinzen das Anliegen vor. Dieser stimmt zu vorbehaltlich der Zustimmung seines Vaters und der Zusage, daß Hitler und Hindenburg ihre Kandidaturen zurückziehen.

Handelt von Ostau im Auftrag von Hitler, um auf diese Weise Hindenburg auszuschalten und ggf. vom Kronprinzen zum Reichskanzler ernannt zu werden?

Der Kronprinz schreibt Briefe an Hitler und seinen Vater. Hitler soll seine Kandidatur unterstützen, Wilhelm II seine Erlaubnis geben.

Die Briefe sind abgedruckt in Jonas 1962, S. 226.

30.3.1932

Der Abgesandte des Kronprinzen, Selasinsky, fährt nach Doorn (Niederlande) und überreicht den Brief, wird aber von der Kaiserin nicht vorgelassen. Wilhelm II lehnt ab und teilt diese Ablehnung telegraphisch dem Kronprinzen mit.

Diverse Gründe mögen eine Rolle gespielt haben. Wilhelm II wollte selber wieder Kaiser werden und nicht zugunsten seines Sohnes verzichten. Ob Hindenburg und Hitler ihre Kandidatur zurückziehen, war ungewiss. Das Risiko, daß der Kronprinz das Schicksal Duesterbergs erleidet und deutlich verliert, war hoch, zumal die Zeit, die Kandidatur des Kronprinzen propagandistisch vorzubereiten, viel zu kurz war. Jonas 1962 vertritt die abenteuerlicheThese, daß die Kaiserin wollte, daß Hitler die Wahl gewinnt, um mit seiner Hilfe die Monarchie wieder einzuführen.

Parallel kommt es zu Verhandlungen mit Hitler im „Braunen Haus“ in München. Hitler taktiert und macht seinen Verzicht vom Rückzug Hindenburgs abhängig, der wiederum durch den Kronprinzen herbeigeführt werden soll.

Goebbels notiert über die Verhandlungen in seinem Tagebuch: „Der Führer erhält die Nachricht, daß durch eine Zwischenkandidatur eine ganz neue Lage geschaffen werden könnte. Alles für und wider wird erwogen.“

Warum verwendet Goebbels den kryptischen Begriff „Zwischenkandidatur“, wo doch nur der Kronprinz gemeint sein kann? Ob Hitler wieder nur taktiert hat oder so doch noch eine Chance sah, die Wiederwahl Hindenburgs zu verhindern und womöglich durch den Kronprinzen zum Reichskanzler ernannt zu werden, ist zumindest eine Denkmöglichkeit. Vielleicht fürchtete Hitler aber auch, daß sich der Kronprinz als Präsident als neuer Gegner auf dem Weg zu seiner Machtergreifung erweisen würde.

31.3.1932

Der Kronprinz beugt sich der Anweisung des Vaters.

Da weder Hindenburg noch Hitler zum Rückzug bereit sind, wäre seine Kandidatur ohnehin aussichtslos gewesen.

Die Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den 2. Wahlgang läuft um 24.00 Uhr ab.

1.4.1932

Der Kronprinz veröffentlicht folgende Erklärung: „Wahlenthaltung im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl ist unvereinbar mit dem Gedanken der Harzburger Front. Da ich eine

geschlossene nationale Front für unbedingt notwendig halte, werde ich im zweiten Wahlgang Adolf Hitler wählen.“ (Text in Jonas 1962, S. 230-231)

Damit kann Hitler einen propagandistischen Erfolg verbuchen.

Die Erklärung ist eine versteckte Kritik an der DNVP bzw. am Stahlhelm. 1933 läßt sich der Kronprinz in SA-Uniform fotografieren. Die Hohenzollern hatten naiverweise gehofft, Hitler werde die Monarchie restaurieren. Umgekehrt hatte Brüning vielleicht gehofft, Hitler durch die Restauration der Monarchie verhindern zu können. Die ganze Kronprinzen-Affäre trägt bizarre Züge, macht aber deutlich, wie dramatisch die Lage von den Akteuren bereits angesehen wurde.

Gespräch zwischen Küchenthal und Reichsinnenminister Groener in Bad Harzburg über die juristischen Aspekte der Einbürgerung. Küchenthal läßt sich von Groener beruhigen, daß die Reichsregierung in dieser Angelegenheit nicht gegen Braunschweig vorgehen werde.

3.4.1932

Beginn des Wahlkampfs für den 2. Wahlgang.

Der Geograph Banse erklärt sich als einziger braunschweiger Hochschullehrer offen für Hitler.

Wie votiert Horrmann?

Brüning beginnt erneut mit seinen Wahlkampfreden für Hindenburg.

5.4.1932

Der preußische Innenminister stellt als Ergebnis der Hausdurchsuchungen vom 17.3. bei der SA fest, daß die NSDAP im Falle des Wahlsiegs von Hitler Vorbereitungen zur Mobilisierung der SA (Aufstellung von Alarmeinheiten) getroffen habe, aber keine Beweise für eine Putschabsicht gefunden worden seien.

Immerhin wurde das Boxheimer Dokument gefunden! Hitler wird im Interview vom 11.4.1932 mit der Times heftig widersprechen, daß Putschabsichten bestanden hätten.

Groener konferiert mit den Innenministern wegen eines möglichen SA-Verbots. Die Reichswehr (Schleicher, Hammerstein) verlangt das SA-Verbot.

7.4.1932

Hitler erklärt laut Presseberichten in einer Rede in der Frankfurter Festhalle: „Ich habe mein Gehalt als sogenannter Regierungsrat der Staatsbank von Braunschweig zur Verfügung gestellt zur Verteilung an ausgesteuerte Erwerbslose.“ (zitiert nach Morsey 1960, S. 444) Die Braunschweigische Landeszeitung berichtet darüber am 8.4. und bringt so den Vorgang Küchenthal zur Kenntnis.

Hitler macht sich öffentlich lustig über seine bürgerlichen Steigbügelhalter und löst damit einen neuen bürokratischen Vorgang aus, da immer noch die Fassade der regelrechten Er-

nennung aufrecht erhalten werden soll. Es ist allerdings fraglich, ob Hitler zu diesem Zeitpunkt bereits Gehalt bezogen hat, da die Gehaltsstelle noch keine Konto-Nr. von ihm erhalten hat. Evtl. war die propagandistische Aussage eine glatte Lüge. Mit dem öffentlich bekundeten Gehaltsverzicht kontrastiert die erhebliche Ausgabentätigkeit zu privaten Zwecken, wie die Rechnung aus dem Hotel Kaiserhof vom 23.3. belegt.

Die Rede löst eine neue Debatte über die Rechtmäßigkeit der Einbürgerung aus. Groener verlangt eine Stellungnahme von der Braunschweigischen Staatsregierung, die sich unter Erklärungsdruck sieht.

Möglicherweise war die Behauptung eine glatte Lüge. MR Kiesel wird 1949 als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal behaupten, daß das Gehalt Hitlers auch nach dessen Ausscheiden aus dem braunschweigischen Staatsdienst 1933 noch jahrelang an die SS geflosssen sei. (s Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. 2)

8.4.1932

Die Braunschweigische Notgemeinschaft fragt bei der Braunschweigischen Staatsbank an, an wen die Spende Hitlers verteilt wird.

9.4.1932

Die Staatsbank leitet die Anfrage der Notgemeinschaft an den Finanzminister weiter.

10.4.1932

Zweiter Wahlgang zur Wahl des Reichspräsidenten. Ein weiterer Versuch, einen rechten Sammelkandidaten aufzustellen, scheitert. Duesterberg verzichtet auf eine erneute Kandidatur. Stahlhelm und DNVP geben für ihre Anhänger die Abstimmung frei.

Ergebnis: Hindenburg 19,3 Mil. Stimmen (= 50,3 %), Hitler 13,4 Mil. (= 36,8 %), Thälmann 3,7 Mil. (= 10,2 %). Von den Duesterberg-Stimmen dürften 600.000 auf Hindenburg, 1,6 Mio auf Hitler und 300.000 auf Wahlenthaltung entfallen sein. Die Wahlbeteiligung ist um 1,1 Mio Stimmen zurückgegangen.

Ist der Rückgang der Wahlbeteiligung ein Hinweis auf Wahlmüdigkeit oder Wahlenthaltung? Ein Teil der Stimmen für Thälmann aus dem ersten Wahlgang dürfte auf Hitler gefallen sein. Angeblich gab es eine Anweisung aus Moskau, daß die KPD-Wähler im 2. Wahlgang für Hitler stimmen sollen, der sich damit öffentlich brüstete. Bemerkenswert ist, daß die große Mehrheit der Duesterberg-Wähler Hitler und nicht Hindenburg als zweitbeste Option ansehen.

Hitler erhält im Land Braunschweig 148.649 Stimmen und damit 24.000 Stimmen mehr als im 1. Wahlgang. In den Landkreisen Braunschweig und Wolfenbüttel erhält er mehr Stimmen als Hindenburg.

Letzteres mag auch auf die hohe Arbeitslosigkeit bei den Unterharzer Berg- und Hüttenwerken zurückzuführen sein. Bei einer Landtagswahl hätte dieses Ergebnis zu einer klaren absoluten Mehrheit der NSDAP gereicht, da die Duesterbergstimmen (bzw. DNVP-Stimmen bei

einer Landtagswahl) mehrheitlich auf Hitler entfallen sind. (vgl. dazu die Zahlen bei Ludewig 1995, S. 188) Insofern hätte eine Koalition aus NSDAP und DNVP ohne DVP 1932 eine klare Mehrheit im Landtag erringen können. Diese Kalkulation unterstreicht nochmals die prekäre Verhandlungsposition der DVP in der Einbürgerungsfrage. Nur ein Koalitionswechsel zur SPD hätte Neuwahlen verhindert. Dazu fehlte 1932 vielleicht schon die Kraft oder der Mut. Duesterberg behauptet allerdings 1949, daß Hitler verloren habe, weil er seine Wähler aufgefordert habe, Hindenburg im 2. Wahlgang zu wählen. (Duesterberg 1949, S. 34)

In den großbürgerlichen Vierteln Braunschweigs im Östlichen Ringgebiet fallen die Duesterbergstimmen aus dem 1. Wahlgang weitgehend an Hitler. (Hamilton 1984, S. 10)

Dies unterstreicht nochmals, daß die braunschweiger Elite trotz der Wahlwerbung der DVP für Hindenburg hinter Hitler stand.

Goebbels notiert den Propagandaerfolg als gute Basis für die Preußen-Wahl. In Preußen erhält er 8,5 Mio. Stimmen.

Bei der Landtagswahl in Preußen würde das 160 Sitze und die stärkste Fraktion ergeben.

Hitler wertet im Interview mit Daily Express den 2. Wahlgang als großen persönlichen Erfolg aufgrund des Stimmenzuwachses. Damit sei die parteiinterne Niedergeschlagenheit nach dem 1. Wahlgang überwunden.

Die Bewertung der NSDAP über den zweiten Wahlgang ist weniger negativ als für den ersten. Konsequenz ist die Einsicht, daß man noch nicht allein, sondern nur mit Hilfe der Bürgerlichen an die Macht kommen kann. Deshalb bleibt es bei der Konzessionsbereitschaft aus taktischen Gründen.

Brüning vermutet, daß der Stimmenzuwachs für Hitler auf die übergelaufenen kommunistischen Wähler zurückzuführen ist. (Brüning 19670, S. 540)

Groener schreibt einen Brief an Brüning, in dem er das beabsichtigte Verbot der SA begründet. Die NSDAP kann erst ihren versprochenen Legalitätskurs verfolgen, wenn sie von der SA getrennt wird. (Brief in Jasper 1986, S. 84f)

Der Fund der Boxheimer Dokumente dürfte Groener in seiner Position bestärkt haben. Er setzt sich gegen die widerstrebenden Brüning und Hindenburg mit seinem härteren Kurs durch. Brüning verfolgte eher die Politik, die Bedeutung der Boxheimer Dokumente herunterzuspielen.

11.4.1932

Hitler gibt der Times ein Interview, das dem Tenor des Interviews mit dem Daily Express vom Vortag widerspricht. Die Stimmen für Hitler seien das Resultat der Weltwirtschaftskrise und der Unzufriedenheit mit der Regierung. Wenn Hindenburg nicht kandidiert hätte, hätte die NSDAP einen anderen Kandidaten nominiert. Hitler widerspricht vehement der Vermutung der Preußischen Regierung, daß die SA bei seinem Wahlsieg einen Staatsstreich versucht hätte.

Aus dem Interview, das für das Ausland gedacht ist, geht der Eindruck des Legalitätskurses hervor. Hitler will durch Wahlen an die Macht.

13.4.1932

Die „Notverordnung zur Sicherstellung der Staatsautorität“ durch Brüning/Groener bedeutet ein Verbot von SA und SS im ganzen Reich.

Laut Brüning ist das Verbot auf Druck der Reichswehr ausgesprochen worden. Hindenburg habe nur widerstrebend zugestimmt, um einem möglichen Putsch zuvor zu kommen. Ausgelöst wurde die Notverordnung durch den Fund des “Boxheimer Dokuments“ und der Unterlagen, die bei der Polizeiaktion gegen die SA vom 17.3. sichergestellt wurden.

Aufruf Hitlers zum SA-Verbot mit dem Tenor, Ruhe zu bewahren. Alle SA-Männer seien jetzt Parteimitglieder.

14.4.1932

Die SA wird (formal) aufgelöst. Röhm will Widerstand leisten. Hitler will am Legalitätskurs festhalten und taktiert. (Vgl. dazu sein Interview mit dem Evening Standard vom 14.4.1932)

Widerstand gegen das SA-Verbot hätte zum Verbot der NSDAP geführt. Als Alternative wäre dann nur noch der Versuch der gewaltsamen Machtergreifung geblieben.

16.4.1932

Rede Hitlers auf einer Parteiversammlung in Augsburg mit dem Tenor: Der Legalitätskurs zahlt sich aus, wie die hohen Stimmenzuwächse in Braunschweig und Thüringen belegen.

18.4.1932

Das Braunschweigische Staatsministerium fordert von der Reichsregierung Hilfe für den notleidenden Unterharzer Bergbau.

Weil der Regierungsrat bislang keine Aufträge besorgen konnte?

19.4.1932

Regierungsrat Hitler beantragt gegen sich ein Disziplinarverfahren zur Aufklärung der Vorwürfe und bittet um Suspendierung von seinen Amtsgeschäften während der Dauer des Verfahrens. Das kann aber nicht eröffnet werden, da Hitler auf die wiederholten Aufforderungen Bodens, sich zur Sache einvernehmen zu lassen, nicht reagiert.

Statt Urlaubsgesuch verlagert sich Hitler auf eine andere Variante, um nicht den Dienst als Regierungsrat antreten zu müssen.

21.4.1932

Adolf Jensen, a.o. Professur für „Methodik und Didaktik“ in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, wird zum 1.8.1932 in Ruhestand versetzt.

Nach Widerspruch Jensens und Gerichtsentscheid wird die Pensionierung später in eine Emeritierung umgewandelt.

23.4.1932

Küchenthal fordert Boden auf, den Sachverhalt der Frankfurter Rede Hitlers aufzuklären.

vor dem 24.4.1932

Zörner verfaßt als „Landtagspräsident“ ein Flugblatt zur Landtagswahl in Preußen, in dem er die Erfolge der NSDAP in Braunschweig seit ihrer Regierungsbeteiligung 1930 herausstreicht.

Der Tenor lautet: Braunschweig ist das Modell für andere Länder. Bemerkenswert ist, daß nicht der Minister Klagges, sondern der Landtagspräsident Zörner als Autor fungiert, was als Indiz für die noch starke Position Zörners in Braunschweig gewertet werden kann.

24.4.1932

Landtagswahlen in Preußen, Bayern, Anhalt, Württemberg und Hamburg (= 4/5 der gesamten Bevölkerung)

NSDAP erringt in Preußen 36,3 % der Stimmen nach 1,8 % 1928. Mit 162 (zuvor 6) Mandaten wird sie stärkste Partei im Preußischen Landtag. Die Koalition aus SPD, Zentrum und Staatspartei verliert die Mehrheit, bleibt aber geschäftsführend im Amt, da die NSDAP nicht die notwendige Mehrheit für eine Regierungsbildung zustande bringt.

Eine Regierungsbildung durch eine Koalition NSDAP - Zentrum ist möglich und wird in der Folge immer wieder als politische Karte gespielt.

In Bayern legt die NSDAP von 6,1 auf 32,5 % zu. Die BVP bleibt mit 32,6 % knapp die stärkste Partei.

In Württemberg wird die NSDAP mit 26,4 % stärkste Partei.

In Hamburg erreicht die NSDAP 31,2 % und damit mehr als die SPD, die auf 30,2 % kommt.

In Anhalt erreicht die NSDAP 40,9 % und kann den SPD-Ministerpräsidenten ablösen.

Damit wird die gemeinsame Gesandtschaft mit Braunschweig, an der Hitler zum Schein als Regierungsrat angestellt ist, von zwei Landesregierungen getragen, an denen die NSDAP beteiligt ist.

Alle Landtagswahlen bestätigen den anscheinend unaufhaltsamen Aufstieg der NSDAP, auch wenn es außer in dem kleinen Anhalt nirgendwo zur Regierungsbildung reicht. Die Reichspräsidentenwahlen haben den Landtagswahlen einen zusätzlichen Propagandaschub verliehen. Der politische Druck, Hitler an der Macht zu beteiligen, wird immer stärker.

25.4.1932

Reguläres Ende der ersten Amtszeit von Hindenburgs Präsidentschaft.

Der zweite „Urlaub“ Hitlers ist beendet. Er tritt seine Tätigkeit in der Gesandtschaft nicht an.

Boden befragt Hitler schriftlich, ob er sich in einer Rede als „sogenannter Regierungsrat“ bezeichnet habe.

In dieser heiklen Angelegenheit schiebt Küchenthal Boden vor.

26.4.1932

Boden fordert Hitler in einem zweiten Schreiben auf, seine Amtstätigkeit aufzunehmen.

Da Hitler mit Sicherheit nie daran gedacht hat, tatsächlich seinen Amtspflichten nachzugehen, sich vielmehr noch über die Naivität seiner braunschweiger „Vorgesetzten“ öffentlich lustig macht, entwickelt sich aus deren Hartnäckigkeit eine Situation, die die Braunschweiger Koalition belastet. Haben Küchenthal und Boden doch angenommen, Hitler habe es mit seiner Anstellung ernst gemeint?

1.5.1932

In den BNN erscheint eine Meldung über ein seit dem Januar 1932 kursierendes Gerücht, daß Küchenthal am 1.7.1932 zurücktreten und das vakante Amt des Staatsbankpräsidenten übernehmen werde. Als möglicher Nachfolger von Küchenthal wird Roloff genannt. In einer Stellungnahme der DNVP (ebd.) wird das Gerücht dementiert.

Die Meldung ist doppelt pikant. Nach der Gleichschaltung in Braunschweig wurde Küchenthal 1933 tatsächlich Staatsbankpräsident, da das Amt immer noch vakant war. Offenbar wurde die Vakanz so lange in petto gehalten, um bei Bedarf sofort eine angemessene Abfindung für Küchenthal zur Verfügung zu haben. Daß Roloff als Nachfolger von Küchenthal ins Spiel gebracht wird, kann als weitere Facette im persönlichen Konflikt zwischen Roloff und Küchenthal gewertet werden. Roloff hatte auf jeden Fall gute Beziehungen zu den BNN und könnte die Meldung lanciert haben, für die es eigentlich keinen erkennbaren aktuellen Anlaß gab. Wollte er so Küchethal unter Druck setzen und doch noch das Ministeramt ergattern, das ihm Küchenthal zweimal weggeschnappt hat? Oder ging es um den politisch motivierten Versuch, den schwachen Küchenthal zum Amtsverzicht zu bewegen, um Klagges mit einem starken BEL-Minister Paroli zu bieten?

Der Zeitungsausschnitt findet sich im Nachlass von Roloff. Offenbar hat er der Meldung eine besondere Bedeutung zugemessen (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

2.5.1932

Rudolf Heß als „Stellvertreter des Führers“ beantwortet den ersten Brief von Boden und dementiert, daß die Bezeichnung „sogenannter Regierungsrat“ gefallen sei.

Klagges antwortet auf die Anfrage der Staatsbank, daß das Gehalt Hitlers der Notgemeinschaft zur Verfügung gestellt wird.

Ob das tatsächlich geschehen ist, ist wenig glaubhaft und kaum zu belegen, da Hitler laut Personalakte nie ein Konto angegeben hat, auf das seine Bezüge zu überweisen waren. Ob er das Gehalt tatsächlich per Post bzw. überhaupt empfangen und dann der Staatsbank überwiesen hat, ist fraglich. Der Vorgang unterstreicht aufs Neue, wie auf welch groteske Weise die ganze Regierungsrat-Affäre sich auch nach der Verbeamtung fortsetzt und wie wenig Hitler selber die Verbeamtung ernst nimmt. Dennoch mußten alle Beteiligten weiterhin verzweifelt bemüht sein, den Schein zu wahren. Das war nach dem 2. Wahlgang noch viel weniger möglich, da es jetzt keinen plausiblen Grund für eine weitere Beurlaubung gab.

3.5.1932

Der thüringer Untersuchungsausschuß tagt zum letzten Mal. Der Antrag, die Affäre weiter gerichtlich zu verfolgen, findet mit 4:4 Stimmen keine Mehrheit.

Mai 1932

Best veröffentlicht das „Boxheimer Dokument“ im Selbstverlag unter dem Titel „….wird erschossen“. Das ursprüngliche Manuskript wird durch eine Einleitung und ausführliche Anmerkungen erweitert. Auf S. 18 heißt es: „Ein Eingreifen der Nationalsozialisten zur Rettung des herrschenden Systems vor dem Umsturz käme nach der Auffassung des Verfassers allerdings auch nicht in Frage. Denn nach den Erfahrungen der Retter des Systems in den Jahren 1919ff., der Freikorpskämpfer, die für ihren Einsatz mit Blut und Leben durch ´Fememord´-Prozesse und durch Hetze und Verfolgung jeder Art belohnt wurden, könnte es kein deutscher Nationalist mit seiner Ehre vereinbaren, auch nur einen Finger für die Rettung dieses Systems zu rühren.“

Die ausführlichen Anmerkungen, deren Umfang über das eigentliche Manuskript hinausgeht, relativieren den Tenor und suchen zu belegen, daß im Sommer 1932 ein kommunistischer Aufstand drohte. Als Begründung wird die Finanznot der Regierung angegeben, die die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in Frage stellte. Nach Abflauen der Krise wäre das Dokument, so Best, gegenstandslos geworden.

6.5.1932

Boden beschwert sich beim Staatsministerium, daß Hitler nicht auf seine Anfragen reagiert und keine Anstalten macht, seine Amtsgeschäfte aufzunehmen.

7.5.1932

Kleine Anfrage des Abgeordneten Thielemann (SPD): Ist Hitler noch im Staatsdienst? Ist das Disziplinartverfahren gegen ihn eröffnet? Warum macht Hitler keinen Dienst?

Landtagspräsident Zörner leitet die Anfrage unter Verweis auf § 39 der Geschäftsordnung an das Staatsministerium weiter.

Damit bringt er Klagges und Küchenthal in Verlegenheit. Es könnte sich um einen Nadelstich Zörners gegen Klagges handeln. Zörner hat auf diese Weise aber auch zur anhaltenden Ver-

ärgerung Hitlers beigetragen. Küchenthal behauptet 1973, daß er Roloff und Brandes gefragt habe, ob er ein Dienststrafverfahren gegen Hitler wegen Untätigkeit einleiten soll. Beide hätten dies verneint. (Küchenthal 1973, Bd. I, S. 68)

13.5.1932

Rücktritt von Groener als Reichswehrminister auf Druck von Schleicher.

Ursache ist das SA-Verbot Groeners, der bis dato als entschlossenster Politiker im Kampf gegen die NSDAP agiert. Die Bereitschaft Hitlers, daß Verbot vom 13.4.1932 zu akzeptieren und nicht den Aufstand zu wagen, zahlt sich aus. Der „Legalitätskurs" auf dem Weg zur Macht ist wieder eine Etappe weiter.

23.5.1932

Aufgrund der Presseangriffe wegen der Untätigkeit Hitlers als Regierungsrat und der Nichtreaktion Hitlers auf Bodens Anfragen wendet sich Küchenthal an Klagges mit der Aufforderung, Hitler zu veranlassen, seine Dienstgeschäfte endlich aufzunehmen.

Jetzt hat Klagges den Schwarzen Peter. Falls er Hitler gedrängt haben sollte, liegt hier ein Grund für die spätere Verstimmung zwischen beiden. Der Vorstoß läuft ins Leere.

28.5.1932

Eröffnung eines Dienststrafverfahrens gegen Rektor Otto Schmitz (1879-1965), Lehrstuhl für Werkstoffkunde und Schweißtechnik, wegen eines Rüstungsgeschäfts mit der Sowjetunion. Auf Betreiben von Klagges wird Schmitz vorläufig aus dem Dienst entlassen.

Schmitz, Experte für Ballistik, hatte mit Genehmigung des Reichswehrministeriums und auf Vermittlung des braunschweigischen Gesandten in Berlin, Friedrich Boden, die Sowjetunion in Rüstungsfragen beraten und wollte sich 1928 für ein Jahr beurlauben lassen, um in Moskau ein Konstruktionsbüro einzurichten, hatte dieses Vorhaben aber nicht umgesetzt. Im Juni 1931 war er im Reichswehrministerium vorstellig geworden, um die Interessen eines Freundes, der im Osthandel tätig war, zu vertreten. Dabei trat er als Vertrauensmann der russischen Regierung auf. (Details bei Pollmannn 1995, S. 446)

Daß das Verfahren erst ein Jahr später eröffnet wurde, kann als politisch motivierter Versuch gewertet werden, den Rektor kalt zu stellen, der sich gegen die Berufung Hitlers verwendet hatte.

30.5.1932

Rücktritt von Reichskanzler Brüning und Groener als Innenminister.

1.6.1932

Hindenburg ernennt Franz von Papen (Zentrum) zum Reichskanzler ohne Mehrheit im Reichstag. Das Zentrum geht in Opposition zu Papen wegen des Rücktritts von Brüning.

Klagges gibt die Amtsenthebung von Schmitz als Rektor und Lehrstuhlinhaber bekannt und eröffnet ein Dienststrafverfahren wegen Herausgabe von Informationen an die Presse. Prorektor Mühlenpfordt wird übergangsweise erneut Rektor.

Die Informationen an die Presse betreffen den gescheiterten Versuch durch Klagges, Hitler zum Professor zu berufen. Der Vorgang kann als Racheakt von Klagges bzw. als abschreckende Demonstration zur Wahrung seiner Autorität gegenüber der Hochschule gewertet werden.

4.6.1932

Auflösung des Reichstags.

6.6.1932

Carl Baumann, Vorsitzender der braunschweiger DNVP und Landtagsabgeordneter, dementiert in der Braunschweiger Staatszeitung, daß Küchenthal zurücktreten und Präsident der Braunschweigischen Staatsbank werden will. Der Finanzminister habe die Unterstützung seiner Partei.

Neun Monate später wird genau dies passieren. Dass Baumann sich zu dem Dementi veranlaßt sieht, deutet darauf hin, daß die Posten-Richade schon lange geplant war, die DNVP aber noch um ihr Ministeramt kämpft.

9.6.1932

Antrag der NSDAP auf Auflösung des Landtags. Bertram begründet den Antrag mit dem Argument, daß die derzeitige Zusammensetzung nicht mehr dem tatsächlichen Stärkeverhältnis der Parteien entspreche. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 15 : 15 : 6 abgelehnt. Die BEL stimmt unterschiedlich ab. Die 4 DVP-Abgeordneten enthalten sich. Roloff befürwortet den Antrag.

Dieser Antrag richtet sich gegen die eigene Koalition, auf die die NSDAP keine Rücksicht mehr nimmt. Eigentlich hätte die BEL die Koalition aufkündigen und mit der SPD koalieren müssen. Oder die DVP hätte die BEL verlassen und mit der SPD eine neue Mehrheit bilden müssen. Faktisch bedeutet die Ablehnung des Antrags ein Zusammengehen von SPD und DVP und die Auflösung der BEL, die man zuvor um jeden Presi vermeiden wollte.

10.6.1932

Klagges überträgt Roloff, Hoppe und Herwig mit Schreiben an den Rektor ein mit ihrer Person verknüpftes Ordinariat und verleiht ihm die Amtsbezeichnung Ordentlicher Professor.

Auf eine planmäßige Stelle? Evtl. handelt es sich im Falle Roloffs um die von Küchenthal im Etat für 1932 geschaffene o. Professur für die 8. Abteilung. Jedenfalls erhält Roloff eine

Rangerhöhung wie Riekel 1928. Der eigentliche Riekel-Nachfolger Berger wird am 1.4.1934 diese Rangerhöhung nicht erhalten, weil die Berufungskommission der Meinung ist, daß Berger dafür noch nicht qualifiziert genug ist. Evtl. hat Roloff auch nur die Rangerhöhung Riekels (Gehaltsspitze u.a.) übertragen bekommen, so daß das Geld für Berger fehlte. Zumindest kann vermutet werden, daß Roloff für seine Kooperation zum ***dritten*** *Mal belohnt wird. Liegt hier ein Grund für seinen Widerstand gegen eine Professur für Hitler? Hat er selber auf die Riekel-Stelle wegen der höheren Wertigkeit reflektiert? Evtl. war auch Hoppe der Nutznießer des Ringtauschs, der möglicherweise dadurch geködert wurde und sich in der Folge zum strammen Nationalsozialisten wandelte. Die Hochschulrektorenkonferenz wird in ihrer Dokumentation vom Februar 1933 diese Beförderungen öffentlich kritisieren!*

13.6.1932

Klagges teilt Küchenthal auf mehrfaches Drängen bezüglich der Tätigkeit Hitlers mit: „RR Hitler hat mir in der Erzbergbaufrage wichtige Besprechungen vermittelt und ist, wie ich aus den verschiedenen Besprechungen mit ihm entnommen habe, auch sonst bemüht, die braunschweigischen Wirtschaftsinteressen zu vertreten.“ (Morsey 1960, S. 446)

Wieso ist es die Aufgabe des Innen- und Volksbildungsministers, sich für die Belange der Wirtschaft einzusetzen?

Es gibt nur einen ernstzunehmenden Hinweis, daß Hitler der Firma Büssing einen Auftrag von 500 LKW verschafft haben soll (Morsey 1960, S. 445).

14.6.1932

Reichskanzler Papen hebt das Verbot von SA und SS wieder auf und will damit seine Kooperationsbereitschaft signalisieren.

Hier lag der Grund, weswegen Druck auf Groener (und Brüning?) ausgeübt wurde, zurückzutreten. Die Kooperationsbereitschaft Papens wird im kommenden Wahlkampf von der NSDAP nicht honoriert. Hitler hat sich gegenüber Strasser als der gewieftere Taktiker erwiesen, ist aber auch nicht bereit, sich Papen oder Schleicher unterzuordnen.

21.6.1932

Reichshilfe für den Unterharzer Bergbau

Ohne Vermittlung Hitlers.

28.6.1932

Aufhebung des bayerischen Uniformverbots durch die Reichsregierung

2.7.1932

Roloff wird Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung (1.8.1932 – 31.7.1933), Leiter der Lehrerbildungsabteilung und im WS 1932/33 Senatsmitglied.

Damit gehört Roloff in der Endphase der TH vor der Gleichschaltung zu den einflußreichen TH-Mitgliedern.

10.7.1932

Roloff berichtet an die Parteizentrale über die politische Situation in Braunschweig. Darin unterscheidet er eine radikale (Klagges, Alpers) und eine moderate (Bertram, Zörner - neuerdings, Döhrmann) Fraktion der braunschweiger NSDAP. Die Moderaten wollen die Zusammenarbeit mit der DNVP, die Radikalen mit Gewalt an die Macht. Roloff befürchtet, daß die Radikalen sich durchsetzen werden. Der Übertritt des Abgeordneten Schmidt von der BEL zur NSDAP resultiere aus persönlichen Existenzgründen. (Stadtarchiv G IX 43:8-13)

12.7.1932

Die beiden Mittelstandsabgeordneten der BEL, Vahldiek und Schmidt, treten zur NSDAP über, die damit die Mehrheit in der Koalition erhält.

Die ersten Ratten verlassen das sinkende braunschweiger Schiff. Im Falle Schmidts (Verbandssyndikus) mögen existentielle persönliche Gründe diesen Schritt beeinflußt haben, da ihm sonst die Entlassung drohte. Vahldiek ist selbständiger Handwerksmeister.

18.7.1932

Im Werbeblatt der DNVP „Unsere Partei“ erscheint der Artikel „Wo Deutschnationale regieren: II. Braunschweig“ Darin heißt es: Nienmals wäre Adolf Hitler deutscher Staatsbürger geworden, wenn nicht der deutschnationale Minister Dr. Küchenthal die Einbürgerung Hitlers durch seine Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat durchgesetzt hätte. Es darf nicht vergessen werden, dass die früher geplante Einbürgerung Hitrlers in Thüringen durch den nationalsozialistischen Minister Dr. Frick nicht erreicht worden ist.“

20.7.1932

Absetzung der Preußischen Regierung durch Papen via Notverordnung („Preußenschlag“). Die Regierungsgewalt in Preußen geht auf das Reich über. Damit verhindert Papen eine Koalition NSDAP-Zentrum in Preußen.

Und zieht sich den Zorn Hitlers zu, weil Papen damit verhindert, daß Hitler eine weitere Machtposition (z.B. das Innenministerium in Preußen) besetzen kann.

22.7.1932

Großkundgebung Hitlers im Eintracht-Stadion an der Hamburger Straße

31.7.1932

Reichstagswahl. Die NSDAP macht große Gewinne und erringt 34,7 % gegenüber 18,3 % (1930) der Stimmen und 230 gegenüber 107 (1930) Sitze. Klagges und Zörner werden als Abgeordnete des Wahlkreises Südhannover-Braunschweig Mitglieder des Reichstags.

Dennoch scheint die Grenze der Mobilisierungsfähigkeit der NSDAP erreicht, u.a. weil die Arbeitslosigkeit den Höhepunkt überschritten hat.

1.8.1932

Der NS-Studentenführer Axel Schaffeld wird in der Nacht vom 31.7. auf den 1.8. in Braunschweig erschossen. Der Vorfall löst neue studentische Unruhen in Braunschweig aus.

Der neue Senat wird gebildet: Rektor Gassner, Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung und Senatsmitglied Roloff. Der Konflikt Gassner-Klagges über die Frage, ob die TH eine Universität und damit autonom oder dem Volksbildungsministerium unterstellt ist, eskaliert.

Die neue Hochschulleitung setzt den Kurs des alten Rektors Schmitz gegenüber Klagges fort.

Die von Klagges beantragte Aufstellung einer Hilfspolizei wird vom Reichsinnenminister abgelehnt.

2.8.1932

Bereicht Roloffs an die berliner Parteizentrale der DNVP. Roloff führt aus, daß Klagges de facto die Regierung führt und Küchenthal kuscht.

Aus den Berichten, denen weitere am 5.8. und 11.8 folgen, geht hervor, daß Roloff in Opposition zur NSDAP geht. Insbesondere der Übertritt der beiden BEL-Abgeordneten ist ein Problem, da die BEL jetzt innerhalb der Koalition in der Minderheit ist und sich die Auflösungstendenzen verdichten.

4.8.1932

Roloff fordert in einem Schreiben den Abgeordneten Baumann (DNVP) zur Mitarbeit in der Fraktion auf. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43,1-2)

Offenbar ist Baumann nach dem Übertritt von Vahldiek und Schmidt zur NSDAP der nächste Wackelkandidat in der BEL. Das Schreiben liest sich als wachsende Kritik an den sozialistischen Tendenzen der NSDAP und als Apell zur Behauptung des Bürgertums.

5.8.1932

Im Treffen mit Schleicher fordert Hitler die Macht.

Roloff teilt der Reichsleitung der DNVP mit, daß Alpers die KPD verbieten und so die Mehrheit im Landtag errlangen will. Roloff weigert sich, als Steigbügelhalter zu fungieren.

13.8.1932

Der Versuch der Regierungsübernahme durch die NSDAP nach einem Treffen Hitlers mit Schleicher, Papen und Hindenburg scheitert an zu hohen Forderungen Hitlers.

Seitdem gibt es einen offenen Konflikt Hitlers mit Papen und Schleicher. Hitlers Griff nach der Macht ist vorerst trotz des großen Wahlerfolgs vom 31.7.1932 abgewehrt. Laut Duesterberg 1949, S. 37, war Schleicher im Besitz der Militärpapiere Hitlers, die seine dubiose Rolle im Ersten Weltkrieg belegen. Deshalb wurde Schleicher nach der Machtergreifung der Nazis umgebracht.

28.8.1932

Die Braunschweigische Landeszeitung meldet, daß im Studienjahr 1932/33 die Zahl der plamäßigen Professuren an der TH von 41 auf 43 gestiegen ist. Die beiden zusätzlichen Professuren wurden in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung mit PD a.o. Prof. Herwig (Psychologie) und PD Dr. Hoppe (Literaturgeschichte) besetzt. Eine freie Professur in der Pädagogik ist noch nicht besetzt.

Bei letzterer handelt es sich um die Riekel-Stelle, die für Hitler vorgesehen war.

30.8.1932

Konstituierung des neuen Reichstags. Göring als Vertreter der stärksten Fraktion wird zum Reichstagspräsidenten gewählt.

Damit gewinnt Göring die gleiche Machtposition wie Zörner in Braunschweig, um sie auch ähnlich zu nutzen.

4.9.1932

Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft mit starken Lohnkürzungen

10.9.1932

Hitler versucht, mit dem Zentrum eine Koalition im Reich zu schließen. Diese scheitert an zu hohen Forderungen Hitlers.

Mit seiner Alles oder Nichts-Strategie hat Hitler sich ins Abseits manövriert.

12.9.1932

Dramatische Abstimmungsniederlage für Papen im Reichstag über die Aufhebung der Notverordnung vom 4.9. 1932. NSDAP und KPD stimmen mit den „Systemparteien“ gegen Papen. Zuvor hatte Papen versucht, mit Hilfe Hindenburgs den Reichstag aufzulösen, um die Abstimmung zu verhindern. Göring mißachtet die Wortmeldung Papens und läßt sofort abstimmen. Die erneute Auflösung des Reichstags bei gleichzeitiger Abstimmungsniederlage Papens führt zu einem Verfassungskonflikt. Die Neuwahl wird auf den 6.11.1932 gelegt.

Der Vorgang löst eine Krise in der NSDAP über das weitere taktische Vorgehen auf dem Weg zur Macht aus. Vielleicht spürt man, daß der Gipfel der Mobilisierungsfähigkeit für die Partei erreicht ist und daß die Neuwahl einen Rückschlag bedeuten könnte. Der 13.8.1932 wird als vertane Chance wahrgenommen.

14.9.1932

Kleine Anfrage der SPD im Landtag bezüglich der Tätigkeit Hitlers.

Küchenthal wendet sich an Boden und Klagges. Boden (2x) und Klagges wenden sich an Hitler, ohne bzw. ohne befriedigende Auskunft über dessen Tätigkeit zu bekommen.

Dazu verfaßt Boden einen Aktenvermerk, in dem er seine Verärgerung darüber zum Ausdruck bringt, daß Hitler seine Anfragen ignoriert. Küchenthal vermerkt, daß er dem nur beipflichten kann.

Die resignierende Bemerkung Küchenthals macht deutlich, daß er es aufgegeben hat, Hitler zur Aufnahme seiner dienstlichen Tätigkeit zu bewegen. Die Konsequenz, Hitler zu entlassen, scheut er. Diese Unterlassung deutet darauf hin, daß Küchenthal sich bereits auf den Machtwechsel einstellt und kein persönliches Risiko mehr eingehen möchte. Auch im Hinblick auf den vorauseilenden Gehorsam war Braunschweig das Modell für das Reich.

26.9.1932

Beantwortung der Kleinen Anfrage der SPD durch die Staatsregierung (Küchenthal): „Wirtschaftliche Beziehungen und Verhandlungen laufen stets Gefahr, durch eine Behandlung in der Öffentlichkeit gestört zu werden. Sie erfordern ihrer Natur nach Vertraulichkeit. Ich trage daher Bedenken, die Anfrage durch materielle Angaben zu beantworten.“ Klagges wird um Mitzeichnung gebeten.

27.9.1932

Die NSDAP-Fraktion beantragt die Auflösung des Landtags zum 5.11.1932 und dessen Neuwahl am 6.11.1932, obwohl die Partei in der Frage gespalten ist zwischen Zörner/Bertram vs. Alpers/Schmidt/Schneider.

Für diesen Tag ist die Neuwahl des Reichstags vorgesehen. Wieder wird die Koalition faktisch aufgekündigt.

1.10.1932 (oder 1.11.)

Bertram begründet den 2. Auflösungsantrag mit ähnlichen Argumenten wie am 9.6.1931. Die Aussprache hat insofern einen anderen Tenor, als die Ablehnung jetzt auch bei der DNVP deutlicher wird. Der Antrag wird in namentlicher Abstimmung mit 13:15:4 abgelehnt. Die DVP nimmt nicht an der Abstimmung teil, Roloff stimmt dagegen, Baumann und der anwesende KPD-Abgeordnete stimmen dafür.

Am Abstimmungsverhalten zu den beiden Auflösungsanträgen läßt sich das geänderte Klima in der Koalition wie in der BEL wie in der DNVP ablesen. Die DVP fängt an zu resignieren, die DNVP spaltet sich, die Überläufertendenzen verdichten sich. Roloff fängt an, sich offen gegen die NSDAP zu positionieren.

Die SPD verhindert durch ihre Ablehnung des Antrags den Absturz der Mittelparteien bei einer möglichen Neuwahl. Insofern gab es am Ende doch eine klammheimliche Koalition aus SPD und DVP und Teilen der DNVP.

12.10.1932

Werner Best wird im Strafverfahren wegen Hochverrats aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

19.10.1932

Drittes Urlaubsgesuch Hitlers über Boden an das Braunschweigische Staatsministerium auf unbestimmte Zeit, das erst am 2.11. abgeschickt wird. „Leider besteht keine Aussicht, daß mir die fortlaufenden politischen Kämpfe in der nächsten Zeit die Erfüllung meines Dienstauftrags ermöglichen.“

Offenbar ist das Gesuch die Reaktion auf Klagges Nachfrage, um der Peinlichkeit zu entgehen, keinen Tätigkeitsnachweis Hitlers geben zu können. Deshalb stellt Hitler ein Urlaubsgesuch bis auf weiteres. Hitler war offenbar von dem Mißverständnis ausgegangen, daß seine Ernennung zum Regierungsrat tatsächlich nur pro forma erfolgt ist. Aus dem Umstand, daß die braunschweiger Akteure genau diesen Eindruck zu vermeiden suchen und den Vorgang weiterhin streng legalistisch behandelten, ist vermutlich die eigentliche Verärgerung Hitlers über die Umstände seiner Einbürgerung entstanden. Hier hat womöglich auch das Zerwürfnis Hitler-Klagges seinen eigentlichen Grund.

November 1932

Hermann Brill verfaßt eine Aufzeichnung zu Hitlers Anhörung vor dem Thüringer Untersuchungsausschuß „Hitler als Zeuge“.

6.11.1932

Die Reichstagswahl bringt leichte Verluste für NSDAP mit 33,1 % der Stimmen und 196 Sitzen. In Braunschweig gehen die Stimmen von 156.148 auf 136.764 zurück. (Schmalz 1934, S. 216)

Die Wahl wird von Goebbels als Niederlage gewertet und auf das gescheiterte Treffen mit Hindenburg vom 13.8. und die gescheiterten Koalitionsverhandlungen mit dem Zentrum zurückgeführt.

Die Abstimmung gegen Papen am 12.9. im Reichstag erweist sich als taktischer Fehler. Die Verluste der NSDAP – gerade auch in Braunschweig - können als mögliche Wende in ihrem Aufstieg interpretiert werden. Die Arbeitslosigkeit hat ihren Höhepunkt erreicht. In Lausanne und Genf werden Verhandlungen über die Reparationen und den Versailler Vertrag geführt, die eine Entspannung an der außenpolitischen Front ankündigen. Hier lag das Kalkül von Brüning, der gehofft hatte, mit einer Amtsverlängerung Hindenburgs die Zeit zur Überwindung der Krise zu gewinnen. Die NSDAP hat sich in den vielen Wahlen des Jahres 1932 zu Tode gesiegt und steht immer noch mit leeren Händen da.

Küchenthal gewährt den Urlaub Hitlers bis auf weiteres. Die Bezüge werden noch für zwei Monate gewährt. Danach ist deren Zahlung einzustellen. Regierungsrat Kiesel leitet den Bescheid am 7.11. an Klagges weiter.

Man merkt dem Vorgang an, daß Küchenthal trotz aller Vorsicht allmählich der Kragen über die Dreistigkeit Hitlers platzt. Hitler zu entlassen, traut er sich aber nicht (mehr).

9.11.1932

Rektor Gassner untersagt den politischen Vereinigungen der Hochschule das Chargieren und Tragen von Parteifahnen. Das löst den zweiten Hochschulkonflikts an der TH aus. U.a. geht es um die Stellung der Lehrerbildung.

10.11.1932

Hitler verzichtet für die Dauer seiner Beurlaubung auf seine Bezüge als Regierungsrat.

Die deutsche Staatsbürgerschaft und den Titel Regierungsrat behält er.

15.11.1932

Küchenthal beantwortet die parlamentarische Anfrage der SPD mit einem vagen Hinweis auf Hitlers angeblichen Einsatz und „wertvolle Dienste“ für den Unterharzer Erzbergbau.

Was später mit der Gründung der Reichswerke in Salzgitter nicht ganz falsch sein sollte.

17.11.1932

Reichskanzler Papen tritt zurück.

In Braunschweig kommt es zu einer Koalitionskrise wegen persönlicher Auseinandersetzungen zwischen DNVP- und NSDAP-Abgeordneten.

18.11.1932

Klagges interveniert gegenüber der TH anläßlich der Totengedenkfeier.

21.11.1932

Der Senat befaßt sich mit der Hochschuldisziplin und beschließt ein Verbot der Ortsgruppe Braunschweig des NSDStB. Klagges hebt das Verbot am selben Tag fernmündlich und schriftlich auf.

Durch die Intervention von Klagges hat der Konflikt eine neue Dimension bekommen. Es geht jetzt um die Frage der Hochschulautonomie.

24.11.1932

Hindenburg lehnt ein Präsidialkabinett Hitler erneut ab.

Klagges greift über den Hochschulreferenten Albrecht in die Tagesordnung des Senats der TH ein und verbietet dem Senat, Fragen der Hochschulpolitik zu behandeln.

25.11.1932

Roloff wendet sich in den BNN in einer Erklärung gegen die Eingriffe Klagges in die Autonomie der TH.

26.11.1932

Schmitz wird von Klagges vernommen und in einem Dienststrafverfahren zur Dienstentlassung bei Zahlung des halben Ruhegehalts verurteilt.

Zu den ersten Vorwürfen war der Vorwurf hinzugekommen, daß Schmitz einem Berliner Journalisten vertrauliche Informationen über das Berufungsverfahren des NS-Philosophen/Pädagogen Ernst Krieck überlassen habe (Pollmann 1995, S. 446)

28.11.1932

Eingabe des Vorsitzenden des Verbands der Deutschen Hochschulen und bonner Theologen, Fritz von Tillmann, an den Reichspräsidenten zur Wahrung der Autonomie der Universitäten gegen politische Einflußnahme.

Anlaß sind die Vorfälle an der TH Braunschweig während des 1. und 2. Hochschulkonflikts. Da es nur um die TH Braunschweig geht, kann geschlossen werden, daß die Radikalisierung hier im Vergleich zu anderen Universitäten besonders weit vorangeschritten war.

Dezember 1932

Geheimes Treffen von braunschweiger SPD-Vertretern mit Gassner bei Geiger in der Absicht, Klagges zu beseitigen. (Pollmann 1995, S. 450)

Der Hinweis ist misteriös. Wie sollte das noch bewerkstelligt werden?

Anfang Dezember 1932

Die Mitgliederversammlung der braunschweiger DVP unterstützt Rektor/Senat gegen Klagges. Die DNVP verfaßt eine ähnliche Stellungnahme.

2.12.1932

Kurt von Schleicher wird von Hindenburg zum Reichskanzler ernannt.

4.12.1932

Die Rektorenkonferenz in Halle stellt sich in einer Entschließung hinter den braunschweiger Rektor und Senat: „Deshalb sprechen die in Halle versammelten Rektoren dem Rektor und dem Senat der Technischen Hochschule Braunschweig ihren Dank aus für das mannhafte Eintreten gegenüber den Eingriffen des Braunschweigischen Volksbildungsministers in die Freiheit der Wissenschaft und die akademische Selbstverwaltung.“ (Text in: Mitteilungen des Verbands der Deutschen Hochschulen, Februar 1933)

5.12.1932

Der Volksfreund berichtet, daß der NS-Studentenführer Gille vorläufig seiner Parteiämter enthoben wurde, weil bekannt wurde, daß es sich um einen rechtskräftig verurteilten Betrüger handelt.

Die Meldung schwächt die Position der NS-Studenten im Hochschulkonflikt.

Der Senat will auf Vorschlag von Roloff eine Klärung der rechtlichen Stellung der Hochschule wegen der permanenten Eingriffe von Klagges in die Hochschulautonomie herbeiführen.

Damit reagiert der Senat auf die Entschließung der Rektorenkonferenz. Es geht u.a. um die Frage, ob die Technischen Hochschulen den Universitäten bezüglich der Hochschulautonomie gleichgestellt sind. Der Vorgang ist widersprüchlich, da die Rektorenkonferenz in ihrer Dokumentation vom Februar 1933 Roloff, ohne ihn namentlich zu nennen, indirekt öffentlich kritisiert. In einem Schreiben vom 24.5.1948 an ? betont Roloff später, daß er im Senat die Initiative pro Gassner ergriffen habe, obwohl mittlerweile einige Senatoren schwankend geworden seien. Banse und Kern hätten ihn aufgefordert, Gassner fallen zu lassen. Er, Roloff, sei deshalb auch in Konflikt mit Horrmann geraten. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Banse, Kern und Horrmann bekennen sich als erste braunschweiger Hochschullehrer zur NSDAP. Roloff scheint in der Hochschule allmählich eine oppositionelle Haltung einzunehmen.

Die SPD kündigt einen Mißtrauensantrag gegen Klagges mit Erfolgsaussichten an, da im bürgerlichen Lager die Kritik an Klagges wächst.

Deshalb beruhigt sich die Lage, da der Koalitionsfriede wiederhergestellt werden muß. Evtl. wäre in Braunschweig in letzter Minute doch noch eine Zusammenarbeit zwischen SPD und DVP und sogar Teilen der DNVP nach thüringer Muster möglich gewesen. Auch der Widerstand an der TH ist noch erkennbar.

6.12.1932

Konstituierende Sitzung des neuen Reichstags. Göring wird erneut zum Parlamentspräsidenten gewählt.

Klagges wendet sich in einer Presseerklärung gegen die Entschließung der Rektorenkonferenz in Halle. (Text in Mitteilungen 1933 und in BNN)

Die BNN veröffentlichen (auf derselben Seite wie die Presseerklärung von Klagges) eine Entschließung, die Wessel auf dem Hochschulabend der DVP vorgelegt hat. Darin heißt es u.a.: „Das Gedeihen der Hochschule sowie die Aufrechterhaltung von Disziplin, Ruhe und Ordnung ist nur zu gewährleisten, wenn unter grundsätzlicher Ausschaltung von Politik innerhalb der Hochschule alle auf Parteipolitik beruhenden Eingriffe unterbleiben.“ (BNN vom 6.12.1932)

Damit geht Wessel auf Konfrontationskurs zu Klagges, obwohl die DVP mit der NSDAP in der Koalition zusammenarbeitet. Wessel erweist sich erneut als Vertrauensmann der Hochschule, der ihre Interessen auch öffentlich wahrnimmt.

7.12.1932

Eine Studentische Vollversammlung der TH stellt sich hinter Rektor und Senat. Am 16.12.1932 folgt eine weitere Vollversammlung.

Der Vorgang zeigt, daß die NS-Studenten an der TH nicht (mehr?) in der Mehrheit sind.

8.12.1932

Gregor Strasser tritt von allen Parteiämtern zurück.

Damit ist der sozialistische Flügel der NSDAP aus der Parteiführung ausgeschieden.

8.12.1932

Ernst Heimbs wird Teilhaber der Firma „Ferdinand Eichhorn“.

9.12.1932

Die SPD-Fraktion stellt im Landtag einen Mißbilligungsantrag gegen Klagges wegen dessen Verhaltens im Hochschulkonflikt.

13.12.1932

Zweite Presserklärung von Klagges zur Entschließung der Rektorenkonferenz in Halle (Text in Mitteilungen 1933)

14./15.12.1932

Letzte ordentliche Plenarsitzung des Braunschweigischen Landtags. Der Hochschulkonflikt wird im Landtag diskutiert. Der Mißtrauensantrag der SPD vom 9.12. gegen Klagges, um die Autonomie der TH zu stärken, wird mit 20 : 20 abgelehnt. Stattdessen wird der Antrag Wessel mit 21 : 19 angenommen.

Die SPD übernimmt die Position von TH, Hochschulrektorenkonferenz und der Entschließung Wessel des Hochschulabends der DVP. Schrader stimmt gegen Klagges. Wessel hätte seiner eigenen Entschließung zustimmen müssen um den Preis der Kündigung der Koalition, der Kündigung der BEL und der Bildung einer neuen Koalition aus SPD und DVP. Die DVP, die zunächst Klagges scharf kritisiert hat, ist angesichts dieser Konsequenzen doch nicht bereit, diesen Schritt zu gehen und versucht, sich durch einen Kompromißantrag aus der Affäre zu ziehen. Damit ist Wessel, als es hart auf hart ging, eingeknickt. Eine Zusammenarbeit zwischen SPD und DVP in letzter Minute, kommt nicht zustande. Vielleicht fehlte der DVP angesichts des absehbaren Endes der Weimarer Republik dazu schon der Mut.

24.12.1932

Gespräch zwischen Küchenthal, Klagges, Gassner, Fries und Albrecht über den Hochschulkonflikt führt zu keiner Einigung.

26.12.1932

Der Rat der Gemeinde Bodenstedt lehnt den Antrag des Lehrers Adolf Schmidt auf Namensänderung in Schmidt-Bodenstedt einstimmig ab. (Gemeinderatsprotokoll)

Obwohl 4 der 9 Gemeinderatsmitglieder der NSDAP angehören!

3.1.1933

Großaufmarsch der SA in Braunschweig

24.1.1933

Letzte große Anfrage der SPD durch Jasper im Landtag.

Bei der Beantwortung der Anfrage durch die Regierung am 14.3. werden die SPD- und KPD-Abgeordneten nicht mehr anwesend sein.

26.1.1933

Die Braunschweigische Rechnungskammer setzt eine Prüfung der an Hitler gezahlten Bezüge und der dafür erbrachten Leistungen an.

Dieses Detail macht deutlich, daß in der braunschweigischen Verwaltung an der Illusion des rechtmäßigen Einbürgerungsvorgangs fast bis zum Tag der „Machtergreifung" Hitlers festgehalten wurde.

Bernhard Rust kündigt die Machtübernahme Hitlers an.

30.1.1933

Hindenburg ernennt Hitler zum Reichskanzler, gestützt auf eine Koalition aus NSDAP und DNVP.

Hätte Hitler auch durch diese Ernennung die deutsche Staatsbürgerschaft bekommen?

Die braunschweiger Einbürgerung Hitlers erweist sich erneut als relevant, weil das Reichsministergesetz vom 27.3.1930 unter § 24 vorschreibt, daß die Bezüge und Versorgungsansprüche des Reichskanzlers ruhen, wenn er die deutsche Staatsbürgerschaft verliert. Daß ein Staatenloser zum Reichskanzler ernannt wird, ist zwar in dem Gesetz nicht vorgesehen, der § 24 hätte aber sinngemäß auf Hitler Anwendung finden müssen. Hitler hätte zwar zum Reichskanzler ernannt werden können, aber keine Bezüge erhalten! Im Übrigen ist es kaum vorstellbar, daß Hindenburg einen Staatenlosen zum Reichskanzler ernannt hätte, zumal das Scheitern der braunschweiger Einbürgerungsabsicht hohe politische Wellen geschlagen hätte.

Obwohl die NSDAP bereits auf dem absteigenden Ast war und Hitler sich durch seine überzogenen Forderungen in den diversen Verhandlungen ins Abseits manövriert hat, wird er von der konservativen Clique, die Hindenburg umgibt, auf den Schild gehoben. Die Nationalkonservativen gehen von der Fehlkalkulation aus, daß sie Hitler einbinden und kontrollieren können. Auch hier wurde versäumt, aus dem Scheitern der „Harzburger Front" zu lernen.

Für Klagges fatal war der Umstand, daß er zum Zeitpunkt der „Machtergreifung" die Gunst Hitlers verloren hatte und deshalb bei der Postenverteilung weder als Gauleiter noch als Reichsstatthalter berücksichtigt wurde.

Rektor Gassner versteckt sich in der AOK und flieht später nach Bonn. Klagges schreibt dessen Fahndung aus.

31.1.1933

Der Landtagsabgeordnete Gmeiner (KPD) und Hauptkritiker von Klagges im Landtag wird verhaftet.

Die Reichsregierung beschließt die Auflösung des Reichstags.

3.2.1933

Die von Klagges verkündeten Notverordnungen führen zur Verhaftung von KPD-Mitgliedern.

Februar 1933

Veröffentlichung der Dokumentation des Verbands der Deutschen Hochschulen „Die Vorgänge an der Technischen Hochschule in Braunschweig“ inklusive der Eingabe an den Reichspräsidenten vom 28.11.1932 zur Wahrung der Hochschulautonomie und anderer Dokumente zum braunschweigischen Hochschulkonflikt. Darin heißt es u.a.: „Es ist mit der Anerkennung der Hochschulautonomie schlechterdings nicht vereinbar, wenn der Braunschweigische Volksbildungsminister ohne Befragen der Hochschule Herrn Adolf Hitler zum Professor der Technischen Hochschule machen wollte, hierbei allerdings am Widerstand des deutschnationalen Ministers Küchenthal scheiterte, der die Gegenzeichnung verweigerte. … Die Ernennung von drei Extraordinarien zu persönlichen Ordinarien ist vom Volksbildungsminister ebenfalls unter Ausschaltung von Rektor und Senat vorgenommen worden.“ (Die Vorgänge 1933, S. 11)

Dazu gehörte im Februar 1933 bereits großer Mut. Mit den drei Extraordinarien sind Roloff, Hoppe und Herwig gemeint, die von Klagges am 10.6.1932 befördert worden waren. Der Umstand, daß die Rektorenkonferenz und damit auch die braunschweiger Hochschulleitung den Vorgang öffentlich kritisieren, ist ein starkes Indiz, daß Roloff und seine beiden Kollegen im 2. Hochschulkonflikt in Opposition zu Rektor und Senat gestanden haben und dafür von Klagges belohnt wurden. Es verstärkt sich der Eindruck, daß Roloff ein doppeltes Spiel gespielt hat und auch immer sein persönliches Vorankommen als Hochschullehrer im Auge hatte. Hoppe war offenbar ein opportunistischer Wendehals.

4.2.1933.

Hindenburg erläßt die “Notverordnung zum Schutz des deutschen Volkes“.

Die Stadtverordnetenversammlung in Braunschweig wird aufgelöst. Die Verfolgung der KPD in Braunschweig wird fortgesetzt.

12.2.1933

Gemeinsamer Aufmarsch von SA und Stahlhelm in Braunschweig in Gegenwart von Klagges, Zörner u.a.

Der letzte Landes-Parteitag der SPD in Gandersheim verläuft ohne Störung.

16.2.1933

Hitler bittet als Reichskanzler (!) um seine Entlassung: „Hiermit bitte ich das Staatsministerium um meine Entlassung aus dem Braunschweigischen Staatsdienst.“ (Unterschrift A. Hitler)

Das Schreiben ist an das Innenministerium (Klagges) gerichtet.

Die Kündigung Hitlers war vielleicht die Reaktion auf die Prüfung der Rechnungskammer vom 26.1., um weiteren Untersuchungen zuvor zu kommen. Küchenthal behauptet 1961 (s. 24), er habe von Klagges gefordert, daß Hitler das Entlassungsgesuch stellt. Klagges wäre dies unangenehm gewesen, hätte sich aber dem Druck Küchenthals gebeugt.

22.2.1933

Letzte reguläre Sitzung des Senats der TH. Der Senat spricht Rektor Gassner das Vertrauen aus.

Göring gestattet als Kommissarischer Preußischer Innenminister, daß SA, SS und Stahlhelm als Hilfspolizei eingesetzt werden können.

24.2.1933

Hitler wird aus dem braunschweigischen Staatsdienst durch Küchenthal entlassen.

Offenbar ist der Vorgang von Klagges an Küchenthal weitergereicht worden, der vielleicht die Entlassung vermeiden wollte. Der Vorgang ist das letzte Blatt in der braunschweigischen Personalakte Hitler. Angesichts der nur einjährigen „Tätigkeit“ Hitlers als Regierungsrat hat seine Personalakte einen beträchtlichen Umfang. Darin geht es im Wesentlichen aber nur um den Versuch der braunschweiger Behörden, Hitlers Anstellung einen legalen Anstrich zu versehen (Urlaubsgesuche, Gehaltsberechnungen, Zustellungsurkunden, Wohnsitzfrage, Anfragen nach der Tätigkeit etc.).

27.2.1933

In der Nacht auf den 28. 2. brennt das Reichstagsgebäude als Folge von Brandstiftung.

Der Brand wird von Hitler umgehend zur Verfolgung der politischen Gegner genutzt.

28.2.1933

Die Reichskanzlei bestätigt den Empfang des Entlassungsschreibens des Braunschweigischen Staatsministeriums.

Hindenburg erläßt die „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“.

Sie bleibt bis 1945 in Kraft.

Klagges veranstaltet eine Kundgebung vor dem Hauptgebäude der TH Braunschweig (?)

Alpers wird zum 1. Mal suspendiert.

Alpers hatte sich als Anführer der Hilfspolizei aus SA, SS und Stahlhelm als besonders radikaler Nazi profiliert. Seine Suspendierung ging auf Intervention der moderaten braunschwei-

ger Nazis zurück, die ein zu radikales Vorgehen, solange die Macht der NSDAP im Reich noch nicht konsolidiert war, ablehnten.

1.3.1933

Klagges erläßt eine Durchführungsverordnung der Notverordnung, die alle parteipolitischen Aktivitäten von SPD und KPD in Braunschweig, auch Versammlungen und Zeitungen, verbietet.

3.3.1933

Boden rät Küchenthal schriftlich nach Rücksprache mit Staatssekretär Zarden aus dem Reichsfinanzministerium, der selber um seine Zukunft bangt, vorläufig nicht aus dem Reichsfinanzdienst auszuscheiden. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Offenbar hat Küchenthal bereits in Berlin sondiert, wie er sich orientieren soll. Zarden wird sich später umbringen.

Küchenthal wird von der DNVP-Zentrale in Berlin per Telegramm aufgefordert, möglichst lange im Amt zu bleiben, um zu versuchen, daß der Statthalter einen Deutschnationalen als zweiten Minister ernennt.

Das genaue Datum des Telegramms (3.3. 1933?) ist unleserlich, ist aber von Küchenthal in seinen Unterlagen um den 3. März einsortiert. (Mappe Küchenthal, Archiv Menzel). Wenn das Datum stimmt, hat die DNVP noch auf eine weitere Teilhabe an der Macht in Braunschweig spekuliert.

Roloff appeliert im Namen der Fraktion BEL an Küchenthal, sich gegen die Gleichschaltung der Länder zu wenden. Bei einer Übertragung der Reichstagswahlergebnisse auf den Braunschweigischen Landtag, bei der die BEL nicht berücksichtigt wird, erhalte nur die DNVP noch 3 Sitze. (Stadtarchiv Braunschweig, G IX 43:1-2)

Der Apell dürfte Küchenthal wenig beeindruckt haben. Roloff versucht noch zu opponieren, während Küchenthal schon längst nur noch seine Haut retten will.

5.3.1933

Letzte Reichstagswahl mit starken Gewinnen für die NSDAP, die 43,9 % der Stimmen und 288 Sitze erhält. Die DNVP erhält 8,0 % und 52 Sitze. Die Regierungskoalition aus NSDAP und DNVP erringt die parlamentarische Mehrheit. Zörner und Schmidt werden Reichstagsabgeordnete.

Die DVP ist mit 1,3 % der Stimmen in Braunschweig marginalisiert.

Damit bestätigt sich die Scheu der DVP vor Neuwahlen. Seitdem werden auch viele Hochschullehrer in Braunschweig als „Märzgefallene“ Parteimitglieder bzw. ändern, so auch Roloff, die Themen ihrer Lehrveranstaltungen.

Ernst Heimbs wirdim Verlauf des März Mitglied der NSDAP.

7.3.1933

Klagges folgt dem Beispiel Görings in Preußen und ernennt SA, SS und Stahlhelm zur Hilfspolizei in Braunschweig. Karl Sauke wird Anführer der SA-Hilfspolizei, Alpers wird Anführer der SS-Hilfspolizei. Verbot von Reichsbanner und Eiserner Front.

Sauke und Alpers sollten später Rivalen werden. Damit wird das staatliche Gewaltmonopol in Braunschweig aufgeweicht. Klagges verschafft sich eine Privatarmee. In der Folge kommt es zu massiven Gewaltexzessen gegen KPD-, SPD- und DNVP-Mitglieder in Braunschweig. Hier liegt ein Grund für den innerparteilichen Machtkampf zwischen Radikalen und Moderaten, in den auch die Berliner Parteiführung eingreift. Dort wird befürchtet, daß ein Bündnis von DNVP, Stahlhelm und Reichswehr gegen die NSDAP provoziert wird. Dies ist insofern bedenklich, als dieMacht der NSDAP noch nicht konsolidiert ist. Involviert ist auch die Rivalität zwischen SA und SS. In Berlin scheinen Himmler und Heydrich die Radikalen zu unterstützen, während Göring und Heß eher auf seiten der Moderaten stehen. Hitler hat womöglich vermittelt und Zörner als Protagonisten der in Braunschweig unterliegenden Moderaten aus der Schußlinie genommen.

Der Verlagsdirektor der Braunschwewigischen Landeszeitung, Hans Dohrmann, der offenbar zur moderaten Richtung gehörte, sagt am 16.3.1933 im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a. aus, daß hier der Konflikt zwischen Klagges und Zörner begonnen habe. Klagges habe Zörner vorgeworfen, daß dieser gegen Alpers vorgegangen sei. Entweder er (Klagges) oder Zörner müsse Braunschweig verlassen. Dohrmann wurde aufgefordert, die Berichterstattung über Zörner in der Landeszeitung einzuschränken.

8.3.1933

Kundgebung auf dem Vorplatz des Landtags anlässlich der „Hissung der Fahnen des neuen Deutschlands“. SA, SS, Stahlhelm und Polizei paradieren vor den Vertretern der Verbände. Landtagspräsident Zörner nimmt in Parteiuniform die Parade ab. Wessel (mit Zylinder, aber ohne Hitler-Gruß) steht neben Klagges (in Zivil mit Hitlergruß) in der ersten Reihe. Alpers tritt in SS-Uniform auf. Roloff ist nicht zu erkennen. (Foto in Nds Staatsarchiv 50 Slg 95)

Zörner tritt optisch noch als Führungsfigur der braunschweiger NSDAP in Erscheinung. Wessel scheint sich mit den neuen Machthabern arrangiert zu haben. Bei der Landtagseröffnung am 29.4.1933 ist Zörner verschwunden und Klagges an seine Stelle getreten. Zwischen dem 8.3. und dem 29.4.1933, vermutlich unmittelbar nach der Führertagung in München am 21./22.4., muß der Sturz Zörners erfolgt sein.

9.3.1933

Verbot von Reichsbanner und Eiserner Front. Die SS besetzt das Volksfreunde-Haus und löst die erste Terrorwelle gegen die SPD aus.

Mit der Kritik Zörners an den Gewaltmaßnahmen eskaliert der schon zuvor bestehende Konflikt zwischen Klagges und Zörner, der schließlich in einem von Klagges angestrengten Parteigerichtsverfahren gipfelt.

13.3.1933

Der Oberbürgermeister von Braunschweig, Ernst Böhme (SPD), wird verhaftet.

14.3.1933

Erste und letzte Sitzung des alten Landtags nach der Machtübernahme durch die NSDAP. Aufgrund der Verfolgung ihrer Funktionäre sehen sich SPD und KPD außerstande, weiter an den Landtagssitzungen teilzunehmen. Der gewaltsame Druck erzwingt deren Mandatsverzicht.

Schmidt wird anstelle von Bertram Fraktionsführer der NSDAP im Braunschweigischen Landtag.

Bertram gehörte zum moderaten, Schmidt zum radikalen Flügel der NSDAP.

Roloff will nach eigener Aussage (vom 3.12.1945 anlässlich seines Entnazifizierungsverfahrens) über ein Bündnis DNVP – SPD im Landtag nachgedacht haben, um einer Gleichschaltung des Landtags entgegenzuwirken.

18.3.1933

Der Stahlhelm besetzt das AOK-Gebäude in Braunschweig.

Architekt des AOK-Gebäudes war Mühlenpfordt. Das Gebäude wird zur „Stahlhelm-Kaserne“ umfunktioniert und war in letzter Minute der Versuch, eine Machtposition gegenüber der SA in Braunschweig aufzubauen. Die AOK-Aktion ist eines der wenigen Beispiele, womöglich der reichsweit einzige Fall, wo der versuch des aktiven Widerstands gegen die Machtergreifung unternommen worden ist. Auc dies unterstreicht die besondere Bedeutung von Braunschweig.

Seit diesem Datum werden alle Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete der SPD, u.a. auch Jasper, derer man habhaft werden kann, in Haft genommen. (Vernehmung Klagges 299 N 363)

20.3.1933

Brief des Stahlhelm-Landesführers Werner Schrader an Duesterberg, der Küchenthal gegen Klagges stützen will. Darin heißt es u.a.: „Der deutschnationale Minister ist nichts als Verwaltungsbeamter; von Politik keine Ahnung. In der letzten Woche bin ich mehrfach stundenlang bei dem Minister gewesen. Ich habe ihm klarzumachen versucht, daß, wenn er mit seinen Forderungen bei dem Innenminister Klagges nicht durchkomme, er mir Bescheid sagen soll, daß ich dann innerhalb 24 Stunden in einem schweren Fall mit 1000 Mann gut uniformierten Stahlhelmern vor dem Ministerium, oder wo er es sonst für notwendig halte, aufmarschieren würde, um einen Druck auf die Nationalsozialisten auszuüben und zu verhindern, daß die schwarz-weiß-rote Kampffront von den Nationalsozialisten überrannt wird.“ (abgedruckt in der Braunschweigischen Landeszeitung vom 30.3.1933) Ferner kündigt Schrader an, aus den Büssing-Werken ehemalige Kommunisten für den Stahlhelm rekrutieren zu wollen.

Schrader versuchte in letzter Minute, eine Gegenmobilisierung zur Machtübernahme der NSDAP in Braunschweig. Dazu wollte er mit Sozialdemokraten und sogar Kommunisten zusammenzuarbeiten. Die braunschweiger AOK sollte als Lagezentrum dienen.

21.3.1933

Tag von Potsdam und Konstituierung des neuen Reichstags in Anwesenheit von Küchenthal als Landesvertreter von Braunschweig.

1. Sitzung des neuen Reichstags in der Kroll Oper. Zörner wird zum dritten Vizepräsidenten des Reichstags gewählt. Küchenthal ist auch hier anwesend.

Das Reichstagsgebäude ist wegen des Brands nicht mehr benutzbar.

Jasper reicht Beschwerde gegen den erpreßten Mandatsverzicht ein.

23.3.1933

Das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ (Ermächtigungsgesetz) wird vom Reichstag verabschiedet.

BEL-Fraktion erklärt in Schreiben an Küchenthal, daß die Gleichschaltung in Braunschweig nicht notwendig ist, da sie bereits 1930 vollzogen worden sei .

24.3.1933

Küchenthal wird durch Küchenthal und Klagges zum 1.4.1933 zum Staatsbankpräsidenten, Besoldungsgruppe B 1, ernannt. (Urkunde in Archiv Menzel, Mappe Küchenthal).

Die Position war seit 1 ½ Jahren vakant und nur kommissarisch besetzt. Daraus kann geschlossen werden, daß der Posten langfristig für Küchenthal als Kompensation für seine Rücktritt als Minister freigehalten wurde.

Es handelte sich um das am besten bestbezahlte staatliche Amt in Braunschweig. Daß Küchenthal die Ernennung als Ministerpräsident mit unterzeichnet, verstärkt den Eindruck der persönlichen Bereicherung. Wurde er so von Klagges für seine Kooperation belohnt? So lautet jedenfalls der Vorwurf Roloffs 1945 und in seinem Entnazifizierungsverfahren. In der Folgezeit geriet Küchenthal allerdings mehrfach in massive Kompetenzkonflikte mit Klagges. (vgl. dazu Bd. II der „Erinnerungen“ von Küchenthal). U.a. ging es um Klagges Absicht, die Staatsbank in eine Landesbank umzuwandeln. Am Ende wurde Küchenthal von Hitler persönlich gedeckt.

25.3.1933

Göring kündigt die bevorstehende Gleichschaltung der Länder an.

27.3.1933

„Stahlhelm-Putsch“ in Braunschweig. 1300 Mitglieder des verbotenen Reichsbanners versuchen auf Aufforderung des braunschweiger Stahlhelms, wie in dem Brief Schraders angekündigt, geschlossen in den Stahlhelm im AOK-Gebäude einzutreten. Dieses Vorhaben wird durch die gewaltsame Besetzung der AOK durch Polizei, SA und SS unter Leitung von Alpers vereitelt. Etwa 1400 Personen, darunter Schrader, Lauenstein (Bodenstedt) und andere Stahlhelmführer, werden verhaftet. Gassner ist abends in der AOK, verläßt aber vor der Erstürmung das Gebäude.

Wollte Gassner bei der Aktion mitwirken? Laut Harbert 1983 soll er sich dort versteckt haben.

Klagges erklärt 1950 in seiner Stellungnahme zum Urteil des Schwurgerichts Braunschweig auf S. 157, daß in Bodenstedt eine Verschwörung des Stahlhelms mit den Marxisten einschließlich der Kommunisten beabsichtigt gewesen sei. (62 Nds Fb 2, Nr. 800) Dieser Hinweis würde erklären, warum Lauenstein als Bodenstedter Stahlhelmführer verhaftet worden ist. Mit „Marxisten“ meint Klagges die SPD.

Die Niederschlagung des „Stahlhelmputschs“ war die erste, durch Innenminister Klagges gedeckte, Gewaltaktion der Nazis in Deutschland. Auch insofern war Braunschweig das Modell für die spätere Entwicklung.

Klagges berichtet noch in der Nacht Hitler, daß er den „Putsch“ niedergeschlagen habe. Die moderaten braunschweiger Nazis unterrichten Göring, Frick und Seldte.

Der Vorfall führt zum Konflikt innerhalb der Stahlhelm-Führung zwischen Seldte (Minister im Kabinett Hitler) und Duesterberg. Klagges nimmt den „Stahlhelmputsch“ zum Anlaß, mit seinen Widersachern in Braunschweig abzurechnen. Seldte taktiert. Auch in der DNVP kommt es zur Spaltung. Oberfohren trennt sich von Hugenberg.

Der Vorgang zeigt, daß die Vorbehalte auch auf Seiten der nationalen Rechten gegenüber Hitler und den Nazis erheblich waren und bis in die Kreise des Stahlhelms, der DNVP, der TH und der Großbauern reichten. Warum war 1931/32 bei den zahlreichen Konflikten und Krisen innerhalb der Koalition aus BEL und NSDAP eine solche Anti NS-Koalition in Braunschweig nicht möglich? Warum erst im März, als es bereits zu spät war? Die Beantwortung dieser Frage ist von zentraler Bedeutung zum Verständnis der braunschweiger Vorgänge.

Umgekehrt gab es auch bei der NSDAP, solange die Macht im Reich noch nicht gefestigt war, Bedenken gegen ein zu radikales Vorgehen. Hier sind Klagges bzw. die Radikalen unter den braunschweiger Nazis vorgeprescht. Insofern konnte Zörner in Berlin durchaus auch auf Verständnis in der Parteizentrale hoffen.

28.3.1933

Klagges verhängt in Braunschweig ein Verbot des Stahlhelms. Seldte interveniert bei Hitler. Hitler macht Duesterberg für den „Putsch“ verantwortlich.

Die Braunschweigische Landeszeitung veröffentlicht den Brief von Schrader als Beleg für die Putsch-Pläne.

29.3.1933

Schrader wird vorläufig aus dem Schuldienst entlassen.

30.3.1933

Klagges weist die Beschwerde von Jasper zurück.

31.3.1933

„Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“ (Gleichschaltungsgesetz). Die Landtage bzw. Bürgerschaften der Länder werden mit Ausnahme des Preußischen Landtags aufgelöst. Sie werden entsprechend der Stimmenzahlen der Reichstagswahl vom 5. März in dem jeweiligen Land ohne Berücksichtigung der Stimmen für die KPD bis zum 15.4. 1933 neu gebildet. Der Braunschweigische Landtag darf demnach höchstens 36 Abgeordnete haben. Bis zum 13.4.1933 können die Parteien (außer der KPD), die in der Reichstgaswahl im Land Braunschweig Stimmen erhalten haben, Wahlvorschläge einreichen. Die Zahl der Abgeordneten wird entsprechend dem Reichstagswahlergebnis zugeteilt.

Damit ist auch der Braunschweigische Landtag aufgelöst, der sich erst am 14.3. neu konstituiert hatte. Die braunschweiger SPD hätte demnach das Recht gehabt, einen „Wahlvorschlag“ einzureichen.

Georg Kaisenberg, der Anfang 1932, als das Innenministerium noch von Groener geleitet wurde, das Rechtsgutachten verfaßt hat, um die Einbürgerung Hitlers zu verhindern, verfaßt einen juristischen Komentar „Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“, der in der Reihe „Das Recht der nationalen Revolution“ erscheint.

Mittlerweile ist Frick Innenminister. Damit hat sich Kaisenberg als rascher Wendehals herausgestellt, der seine juristische Expertise nahtlos in den Dienst des neuen Regimes stellt.

Gassner tritt im Schreiben an Klagges als Rektor zurück und flieht nach Bonn in eine Klinik. (Text in BNN vom 4.4.1933 und Pollmann 1995, S. 448)

Frühjahr 1933

Klagges hält an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin im Auftrag des Reichspropagandaministeriums Vorlesungen über „Nationalsozialistische Weltanschauung und Wirtschaftsauffassung“. Dabei stützt er sich auf sein Manuskript „Idee und System“, das 1931 entstanden ist.

Klagges tritt hier als Chefideologe des Nationalsozialismus auf, der von Goebbels bzw. seinem Ministerium als Propagandist aufgeboten wird.

Ende März/April 1933

Beginn des offenen Machtkampfs in der braunschweiger NSDAP zwischen Klagges, Alpers, Schmidt, Jeckeln, Hesse versus Zörner, Maak, Gille, Sauke u.a. um die braunschweiger Führung.

Mögliche Erklärungen für den Machtkampf lauten: Radikale versus moderate Nationalsozialisten, Fanatiker versus „Idealisten“, SS versus SA, Lehrerfraktion vs. andere, persönliche Konflikte um die Führungsposition in Braunschweig zwischen Klagges und Zörner, Rivalität um die Gunst Hitlers als Folge der Blamagen bei der Einbürgerung, braunschweiger Eigenständigkeit bzw. Gau Ostfalen versus Reichsreform. Da in der NSDAP offene politische Diskussionen oder gar Programmdebatten auf Parteitagen schon lange nicht mehr möglich waren, wurden politische Kontroversen als persönliche Machtkämpfe ausgetragen. Der braunschweiger Machtkampf Klagges – Zörner ist dafür ein Bespiel.

Gleichschaltung der Parteien, der TH und der Wirtschaftsverbände in Braunschweig.

Küchenthal tritt aus der DNVP aus.

1.4.1933

Gassner kehrt aus Bonn zurück, nachdem ihn Klagges zur Fahndung ausgeschrieben hat, und wird am Bahnhof verhaftet. Ihm wird Beteiligung am „Stahlhelm-Putsch“ und „Hochverrat“ vorgeworfen. Er bleibt bis zum 11.4 inhaftiert.

Küchenthal wird aus dem Reichsfinanzdienst entlassen unter Verzicht auf sämtliche Ansprüche aus dem bisherigen Beamtenverhältnis und tritt sein neues Amt als Staatsbankpräsident an. Er ist seitdem Landesbeamter.

Bemerkenswert ist, daß das Amt noch bis zum 31.10.1933 von Finanzpräsident Emils Bartels besetzt ist, der als Stellvertretender Staatsbankpräsident zur Überbrückung der 1 1/2jährigen Vakanz des Amtes berufen wurde. Aus diesem Umstand und weil Küchenthal sich selber ernnant hat, wird nach 1945 der Vorwurf der Korruption und Selbstprivilegisierung erhoben.

1939 wird Küchenthal vor dem Hintergrund des Konflikts mit Klagges und Alpers als Staatsbankpräsident in den Reichsfinanzdienst zurückversetzt. Dafür wird er Präsident der Braunschweigischen Staatsbank.

Das Stahlhelmverbot in Braunschweig wird nach einem Kompromiß mit Seldte aufgehoben.

3.4.1933

Zörner kritisiert die Mißhandlungen der politischen Gegener in Braunschweig (62 Nds Fb 2 Nr 823).

Damit gibt er sich als Vertreter des moderaten Flügels der braunschweiger NSDAP zu erkennen. Vielleicht steckt dahinter aber nur Taktik, um sich gegen Klagges in Stellung zu bringen.

4.4.1933

Neubildung des Landtags aufgrund des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“, organisiert von „Wahlleiter“ Friedrich Alpers. Der Landtag wird auf 33 Sitze reduziert, von denen 29 auf die NSDAP und 4 auf die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot entfallen. Letztere treten zur NSDAP über. Auf der Liste der NSDAP stehen Klagges auf Platz 1, Bertram auf Platz 2, Zörner auf Platz 3, Alpers auf Platz 6 und Maak auf Platz 20.

Die „Kampffront“ firmiert als Nachfolgeorganisation der DNVP. Die DVP und die anderen Mittelstandsparteien waren bereits so marginalisiert, daß sie nach dem neuen Modus keine Sitze mehr erhielten. Daß der Landtag statt 36 nur 33 Sitze hat, liegt daran, daß rechnerisch der KPD 3 Sitze zugestanden hätten, die aber nicht berücksichtigt werden durften. Alpers hat die Frist bis zum 13.4.1933 nicht ausgeschöpft. Vielleicht wollte er so verhindern, daß unter Berufung auf das „Gesetz“ ein „Wahlvorschlag“ von der SPD eingereicht worden wäre, der den zu hundert Prozent gleichgeschalteteten Landtag und damit die propagandistische Wirkung verhindert hätte. Klagges wollte sich so als besonders linientreu profilieren. Bemerkenswert ist auf jeden Fall, daß nur in Braunschweig die SPD keinen „Wahlvorschlag“ eingereicht hat, während dies in allen anderen Ländern der Fall war. Auch das Zentrum konnte in einigen Ländern „Wahlvorschläge“ einreichen. In Braunschweig war dies aufgrund der zu wenigen Stimmen nicht möglich. (vgl. Tabelle in Kaisenberg 1933, S. 16)

5.4.1933

In der NS-Presse werden Angriffe gegen Mühlenpfordt, Schmitz, Gassner, Gehlhoff, Moog u.a. veröffentlicht.

Der Senat der TH tritt nach der Verhaftung Gassners zurück. Roloff wird als Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung amtsenthoben.

Der Rücktritt kann nicht mehr als Solidaritätsakt mit Gassner gewertet werden. Die bisherige Solidarität der Professoren zerbricht. Spätestens jetzt erweist sich, daß die Kooperation Roloffs mit der NSDAP nicht mehr honoriert wird, sondern auch er nur als nützlicher Steigbügelhalter gedient hat, der durch seine Beförderungen abgefunden wurde.

Boden beantragt, aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt zu werden. Dazu fügt er ein ärztliches Attest bei. Die drei Regierungen bedauern und bitte ihn, vorerst im Amt zu bleiben. (Bein 2012)

Boden reagiert auf die bevorstehende Aufhebung der Eigenständigkeit der Länder. Er wird gebeten, noch solange im Amt zu bleiben, bis dieses Amt ohnehin aufgehoben wird.

6.4.1933

Gassner wird von Klagges abgesetzt.

Zörner informiert Göring über den braunschweiger Machtkampf.

Offenbar erwartet er Unterstützung von Göring.

7.4.1933

Zweites Gesetz zur Gleichschaltung der Länder.

Zörner informiert Himmler und Röhm über den braunschweiger Machtkampf.

Wilhelm Loeper, Gauleiter von Magdeburg-Anhalt, wird Reichsstatthalter für Braunschweig und Anhalt (bis zum 23.10.1935), der damit die eigentliche Macht in Braunschweig besitzt. Alle Personalentscheidungen müssen ihm vorgelegt werden.

Der Vorgang kann als Affront gegen Klagges als Folge des Zerwürfnisses mit Hitler gewertet werden.

Der Pharmazeut Paul Horrmann (NSDAP-Mitglied) wird von Klagges zum Kommissarischen Rektor der TH ernannt.

Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Dessen § 4 erlaubt die Entlassung von Beamten aus politischen Gründen.

Das Gesetz wird an der TH umgehend zur Anwendung gebracht.

8.4.1933

Die Staatsanwaltschaft Braunschweig berichtet dem Justizminister Küchenthal, daß sie die Akten in der „Strafsache gegen Schrader und Genossen“ wegen Verdachts eines hochverräterischen Unternehmens dem Oberreichsanwalt übersandt hat.

Küchenthal war offenbar involviert.

13.4.1933

In der Braunschweigischen Landeszeitung erscheint der Artikel „Heute die Wahlvorschläge einreichen“. Die „Wahlvorschläge“ können bei „Wahlleiter“ Alpers von 10 – 12 Uhr und von 14 – 18 Uhr eingereicht werden.

Der Artikel wird Zörner zugeschrieben.

Laut Klagges wendet sich der SPD-Abgeordnete Wolter an Zörner mit der Bitte um Unterstützung und macht den Versuch, für die SPD einen Wahlvorschlag einzureichen. Dazu will er die Zustimmung der inhaftierten Abgeordneten einholen. Dies ist von ihm (Klagges) unterbunden worden. (299 N 363).

Wenn die Aussage von Klagges zutreffend ist, dann hat der Artikel in der Braunschweigischen Landeszeitung Wirkung gezeigt. Zörner habe damit, so Schmidt-Bodenstedt vor dem NS-Parteigericht im Verfahren gegen Zörner u.a. bzw. im Prozeß gegen Klagges 1949, erreichen wollen, daß die SPD noch am letzten Tag einen Wahlvorschlag einreicht. Diesen hätte „Wahlleiter“ Alpers aufgrund des Gesetzes vom 4.4.1933 berücksichtigen müssen. Die SA habe allerdings durch Posten vor dem Sitz von Alpers verhindert, daß an diesem Tag noch Wahlvorschläge eingereicht werden konnten.

Die Aufforderung ist insofern seltsam, als doch Alpers die mögliche Frist nicht ausgeschöpft, sondern bereits am 4.4. den neuen Landtag gebildet hat. Dies dürfte Zörner kaum verborgen geblieben sein, zumal er wieder Abgeordneter wird. Der Vorgang kann als Störmanöver des bereits entmachteten Zörner gewertet werden bzw. als letzter Versuch, Klagges den Prestigeerfolg des gleichgeschalteten Landtags zu verderben. Jedenfalls hat die SPD in Braunschweig im Unterschied zu den anderen Landtagen keinen „Wahlvorschlag“ eingereicht. Entweder war sie bereits massiv eingeschüchtert oder sie wollte sich nicht für den Machtkampf in der braunschweiger NSDAP instrumentalisieren lassen.

Der Student Kurt Alpers regt gegenüber Roloff an, Hitler die Ehrendoktorwürde in Braunschweig zu verleihen.

14.4.1933

Klagges behauptet unter diesem Datum, Zörner und Leffler hätten versucht, ihn in Braunschweig zu verdrängen. Hitler habe angeordnet, Zörner aus Braunschweig zu entfernen. Klagges habe Zörner diese Anordnung nach dem 14.4.1933 mitgeteilt. (Nds. Staatsarchiv 67 SLG Nr. 6)

Mitte April 1933 muß der Machtkampf zwischen Klagges und Zörner seinen Höhepunkt erreicht haben. Klagges sammelt Argumente gegen Zörner, die u.a. dessen Rolle bei der Einbürgerung Hitlers in ein dubioses Licht rücken sollen. Dabei geht es insbesondere um die Terminierung der 2. Lesung des Haushalts für 1932 im Ältestenrat des Landtags, weil die Ernennung Hitlers zum Regierungsrat eine etatmäßige Konsequenz hatte, die durch die Verabschiedung des Haushalts zu legitimieren war.

Zörner wäre offenbar gerne Oberbürgermeister in Braunschweig (statt Hesse) oder Minister neben Klagges (statt Alpers) oder Reichsstatthalter in Dessau geworden. Klagges soll ihm den Posten des Braunschweigischen Gesandten in Berlin als Nachfolger von Boden angeboten haben. Das habe Zörner abgelehnt, da der Posten keine Bedeutung mehr hatt, in absehbarer Zeit aufgehoben wird und er zudem Klagges unterstellt gewesen wäre. Daraufhin ist Klagges aufs Ganze gegangen und hat versucht, Zörner aus der Partei auszuschließen. Er wirft ihm im späteren Parteigerichtsverfahren vor, die Gruppe um Zörner habe ihn verdrängen und eine neue Regierung bilden wollen. Am Ende wurde Zörner mit dem Posten des Dresdner Oberbürgermeisters abgefunden.

Zörner wird am 15./16.5.1933 einen Bericht über die Ereignisse seit Mitte April verfassen.

18.4.1933

Der neue Senat der TH tritt zusammen. Der neue Rektor Hormann ist nicht gewählt, sondern von Klagges ernannt.

19.4.1933

„Gutachten des Senatspräsidenten i.R. Hampe-Braunschweig i.S. des Ministerpräsidenten Klagges in Braunschweig ./. den Oberbürgermeister Zörner in Dresden“

Es geht darin um den Verfügungsfonds des Landtagspräsidenten und die Spesenabrechnungen. Jetzt kritisert nicht mehr die Opposition im Landtag, sondern der innerparteiliche Gegner das Spesenverhalten von Zörner.

Jasper u.a. werden aus der Haft entlassen.

21.4.1933

Roloff läßt die Anregung von Alpers über den Dekan der 8. Abteilung an den Rektor weiterleiten.

21./22.4.1933

Führertagung in München. Zörner kann wegen der Erkrankung seiner Frau micht an der Tagung teilnehmen. Kurt Schmalz wird zum Stellvertretenden Gauleiter von Südhannover-Braunschweig ernannt.

Hier hätte Zörner vielleicht noch seien Sturz abwenden können. Schmalz gehörte in Braunschweig zur Klagges-Fraktion. Laut Bericht Zörners vom 15./16.5.1933 wurde auf der Tagung eine Weichenstellung zu seinem Sturz in Braunschweig vorgenommen. Schmalz soll laut Zörner bestimmt haben, daß Bertram als Nachfolger von Zörner neuer Landtagspräsident in Braunschweig wird.

24.4.1933

Die große Mehrheit des Landesvorstandes der DNVP tritt zur NSDAP über.

Laut Roloff (vom 3.12.1945) war auch Küchenthal darunter. Küchenthal selber gibt an, erst am 2.5.1933 aus der DNVP ausgetreten zu sein. Nach Angabe in seinem Fragebogen gegenüber der Britischen Militärregierung vom 20.5.1947 ist er erst am 1.5.1935 NSDAP-Mitglied mit der Nr. 2.799.535 geworden. Roloff lehnt für seine Person den Übertritt ab. Dazu gehörte bereits Mut.

26.4.1933

Der braunschweiger Landesverband der DVP löst sich auf.

27.4.1933

Abkommen zwischen NSDAP und Stahlhelm. Der braunschweiger Stahlhelm geht in der SA auf.

29.4.1933

Eröffnung des Braunschweigischen Landtags. Erstmals findet ein Eröffnungsgottesdienst des Landtags im Dom statt mit anschließendem Abmarsch der Abgeordneten, angeführt von „Listenführer“ Klagges, zum Landtagsgebäude. Klagges hält auf der Freitreppe eine Rede (Foto Archiv Menzel). Kurt Bertram wird anstelle von Zörner auf Zuruf „einstimmig“ zum Landtagspräsidenten gewählt. Zörner wird auch bei der Besetzung der Ausschüsse nicht berücksichtigt. Zörner und Maak sind bei der Landtagseröffnung nicht anwesend.

Ob Zörner und Maak demonstrativ nicht anwesend sind oder von der Teilnahme abgehalten wurden, ist unklar. Ein Grund mag auch die schwere Erkrankung der Frau von Zörner gewesen sein. Jedenfalls wird in aller Öffentlichkeit deutlich, daß Zörner in Braunschweig politisch ausgeschaltet ist. Er verliert auch die Fraktionsführung in der Stadtverordnetenversammlung. Allerdings ist der Landtag ein reines Akklamationsorgan geworden , in dem keine Beratungen mehr stattfinden.

Klagges behauptet in seiner Vernehmung nach dem Krieg, Zörner habe verhindern wollen, daß ein rein nationalsozialistischer Landtag zusammentritt (299 N 363).

Über die Hintergründe der Landtagseröffnung gibt es widersprüchliche Aussagen von Zörner und Klagges. Zörner wollte den Landtag für den 30.4.1933 einberufen, aufgrund des Machtkampfs auf Anraten von Rust aber verschieben. Daraufhin habe Klagges als „Listenführer" den Landtag doch einberufen. Der Eröffnungsgottesdienst dürfte auf die Veranlassung von Klagges zurückgegangen sein und hat ihm sicher nicht nur Freunde in der NSDAP gebracht.

Mai 1933

Denkschrift von Mühlenpfordt „Meine Tätigkeit als Professor und Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig von 1914 bis 1933"

Darin rechtfertigt er seine Aktivitäten im Hochschulkonflikt 1930ff. Das Manuskript weist einen nationalen Tenor auf.

1.5.1933

Klagges stellt den neuen Senat + Rektor Horrmann demonstrativ auf den Stufen des Hauptgebäudes der TH vor. Die Studentenorganisationen werden gleichgeschaltet.

Damit ist die akademische Selbstverwaltung beendet. Die Szene, die durch ein Foto festgehalten ist, markiert den Tiefpunkt in der Geschichte der TU Braunschweig.

Küchenthal tritt in die NSDAP ein.

Das Datum ist umstritten. Er war seit 1919 Mitglied der DNVP. Laut eigener Aussage will er erst am 1.5.1935 eingetreten nicht zusammen mit dem braunschweiger Vorstand der DNVP (Küchenthal 1973, Bd. II, S.16).

Adolf Schmidt wird vom Gemeinderat zum Ehrenbürger der Gemeinde Bodenstedt ernannt. Seitdem nennt er sich Schmidt-Bodenstedt.

Am 26.12.1932 hatte der Gemeinderat die Namensänderung noch verweigert. Jetzt ist er gleichgeschaltet.

Curt Mast, Likörfabrikant aus Wolfenbüttel, tritt in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 3.183.016).

Mast war zuvor wie Wessel Mitglied der DVP und seit 1928 Stadtverordneter in Wolfenbüttel. Bei der Gleichschaltung der Wolfenbütteler Stadtverordnetenversammlung schloss er sich der NSDAP-Fraktion als „Hospitant" an.

2.5.1933

Küchenthal tritt aus der DNVP aus.

Dies spricht für den NSDAP-Eintritt am 1.5.

4.5.1933

Hitler wird zum Ehrenbürger der Stadt Braunschweig ernannt.

Auch diese Maßnahme kann als Schachzug im Machtkampf Klagges vs. Zörner gewertet werden. Hitler hat zu diesem Zeitpunkt noch seinen zweiten Wohnsitz in Braunschweig. Er erhält allerdings in vielen deutschen Städten die Ehrenbürgerschaft.

Gassner schreibt aus Berlin an Roloff und kündigt an, am 5.5. nach Braunschweig zurückzukommen. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Der Brief weist darauf hin, daß Gassner Roloff vertraut und daß sich hier der Kern eines latenten Widerstands bürgerlich-konservativer Professoren an der TH formiert. Gassner wird Roloff 1945 entlasten.

3.3 Die Alleinregierung der NSDAP in Braunschweig 1933 – 1945

5.5.1933

Küchenthal tritt als Staatsminister zurück. Klagges und Alpers werden von Reichsstatthalter Loeper zum Ministerpräsidenten bzw. zum Justizminister/Finanzminister ernannt.

Trotz des Aufstiegs zum Ministerpräsidenten ist die Beförderung für Klagges mit einem Machtverlust verbunden, da Loeper ihm weisungsbefugt ist. Klagges versucht deshalb in der Folgezeit, die Gründung eines Gaus Ostfalen zu betreiben bzw. mindestens die Unabhängigkeit des Landes Braunschweig zu bewahren, um seine Bedeutung gegenüber Gauleiter Rust (Hannover) bzw. Reichsstatthalter Loeper (Dessau) aufzuwerten bzw. zu behaupten.

Der braunschweiger Machtkampf ist durch die Ernennung von Klagges und Alpers zugunsten der Radikalen entschieden. Die Moderaten mit Zörner an der Spitze sind ausgebootet.

Klagges wird zum Ehrenbürger der Stadt Braunschweig ernannt.

6.5.1933

Boden bedauert in einem Schreiben an Küchenthal dessen Rücktritt.

In der Braunschweigischen Landeszeitung erscheint der Artikel „Dietrich Klagges. Eine Charakterskizze unseres Ministers“ anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerschaft.

Der Artikel liest sich auf den ersten Blick als eine Eloge auf Klagges. Auf den zweiten Blick ist es eine kritische Darstellung seiner Aktivitäten in Braunschweig, da sie Hinweise auf parteiinterne Kritik an Klagges und Kritik seitens der bürgerlichen Koalitionspartner („Klagges-Diktatur“) enthält. Der Artikel erregte die massive Kritik von Alpers u.a. Vertretern des radikalen Flügels der braunschweiger NSDAP, die den Schriftleiter der Landeszeitung in Erklärungsnot brachte. Es ist nicht auszuschließen, daß der Artikel von der Zörner-Fraktion inspiriert worden ist, die den Machtkampf immer noch nicht ganz aufgegeben hat. Jedenfalls ist er neben anderen (z.B. der Nachruf auf Zörners Frau) ein Indiz, daß Zörner über die Schriftleitung der Landeszeitung politischen Einfluß nehmen konnte.

9.5.1933

Bücherverbrennung vor dem braunschweiger Schloss unter Teilnahme von Rektor Horrmann.

Damit wird deren Billigung durch die Hochschule zum Ausdruck gebracht.

Loeper ernennt Klagges per Telegramm zum Ministerpräsidenten von Braunschweig. (4 Nds Nr. 23)

11.5.1933

Zörner wird laut eigener Aussage als Landtagspräsident gestürzt.

Dies geht aus einem Schreiben Zörners vom 28.9.1933 hervor (Nds. Staatsarchiv G2 Nds Fb. 2 Nr. 821). Das Datum ist fraglich, da der neue Landtag bereits am 29.4.1933 zusammengetreten und Bertram „auf Zuruf" gewählt worden ist.

12.5.1933

Gesetz über das Staatsministerium in Braunschweig. Das Staatsministerium besteht seitdem aus einem Ministerpräsidenten (Klagges) und einem Staatsminister (Alpers) sowie zwei Staatsräten als Vertretern. Klagges ist zugleich Innen-, Justiz- und Volksbildungsminister, Alpers nur Finanzminister. Alpers ist damit der Vorgesetzte von Küchenthal als Staatsbankpräsident. Loepers nimmt den Diensteid im Schloß ab.

Seitdem kann sich Klagges „Ministerpräsident" und nicht mehr „Vorsitzender des Staatsministeriums" wie zuvor Küchenthal nennen. Gleichzeitig wird das „Führerprinzip" auch in Braunschweig gesetzlich verankert

Klagges dankt Küchenthal für seine Dienste und freut sich, daß dieser als Staatsbankpräsident weiter arbeitet. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

13.5.1933

Schmidt-Bodenstedt wird durch Reichsstatthalter Loeper zum Regierungsrat in Braunschweig und zum Staatsrat als Vertreter von Klagges ernannt.

15.5.1933

Laut eigener Aussage wird Zörner erstmals mit Vorwürfen bezüglich seines Finanzgebahrens als Landtagsvorsitzender konfrontiert.

Diese Aussage ist unglaubwürdig, da das diesbezügliche Gutachten von Hampe vom 19.4.1933 stammt. Zörner dürfte dieses kaum vier Wochgen lang verborgen gebleiben sein, zumal die Opposition im Landtag den Vorwurf schon vorher erhoben hatte.

Der Ältestenrat des Landtags tritt erstmals seit der „Gleichschaltung der Parlamente" zusammen und legt die nächste Landtagssitzung auf den 7.6.1933. Darin soll es um eine Änderung der Geschäftsordnung gehen.

15./16.5.1933

Zörner verfaßt einen Bericht über die Ereignisse seit Mitte April, in dem er den Konflikt mit Klagges u.a. aus seiner Sicht darstellt (62 Nds Fb2 Nr. 832). Darin schildert er die Mißhandlungen der unter dem Kommando von Alpers stehenden SS-Hilfspolizei an politischen Gegnern und seine Versuche, Unterstützung bei Heß, Göring u.a. Parteiführern zu bekommen. Der Text wird den NSDAP-Abgeordneten im Landtag und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis gegeben.

Zörner gibt sich noch nicht geschlagen. Klagges wird auf den Bericht am 12.10.1933 antworten. Der Bericht wird im Parteigerichtsverfahren eine Rolle spielen. Die Begründung, warum

der von Zörner favorisierte moderate Kurs durchaus Gehör bei Teilen der Berliner Parteiführung findet, liegt darin, daß die Herrschaft der NSDAP im Reich im Unterschied zu Braunschweig noch nicht gefestigt ist. Zu radikales Vorgehen wie in Braunschweig konnte den Konsolidierungsprozeß in Berlin gefährden. Soll zur Festigung der Macht die radikale Taktik zur Ausschaltung und Einschüchterung politischer Gegner verfolgt werden oder eine moderates Vorgehen, um die bürgerlichen Steigbügelhalter nicht zu verschrecken? Diese Alternative war offenbar in Berlin noch nicht entschieden. Insofern konnte Zörner auf Unterstützung bzw. sogar Rückendeckung für seinen Kurs hoffen. Es erweist sich erneut, daß eine grundsätzliche politische Frage, die in der NSDAP nicht mehr offen diskutiert werden konnte, über einen persönlichen Machtkampf ausgetragen wurde. Daß Zörner den Machtkampf verloren hat, ist ein Indiz daß die Frage auch in Berlin politisch zugunsten der Radikalen entschieden worden ist.

Insofern bildet Braunschweig nicht nur das Modell zur Machtergreifung, sondern auch das Modell zu deren Konsolidierung durch Radikalisierung.

Daß Zörner nicht völlig ausgeschaltet (oder womöglich liquidiert wurde wie die SA-Führung im Zuge des „Röhm-Putsches"), sondern nach Dresden weggelobt wurde, beweist, daß sein „Untermieter" Hitler ihn geschützt hat.

16.5.1933

Die Frau Zörners, Luise (Hanneliese), geb. Seydelmann, (Hohetorwalll 7) stirbt nach wochenlager Krankheit. In der Braunschweigischen Landeszeitung erscheint am 17.5.1933 ein Nachruf. In dem Nachruf wird Zörner als Vizepräsident des Reichstags genannt und als einer der „ältesten Vorkämpfer der nationalsozialistischen Bewegung in Braunschweig" (gesperrt!) bezeichnet, der sich u.a. mit „der Niedertracht politischer Gegner" auseinander setzen mußte.

Diese Hinweise auf Zörner, die eigentlich nicht in den Nachruf auf seine Frau gehören, lassen sich als sublime Kritik an seinen innerparteilichen Gegnern interpretieren. Trotz der massiven Kritik von Alpers hat Zörner immer noch Einfluß auf die Landeszeitung.

In der Todesanzeige (ebd.) heißt es: „Heute entriß mir der unerbittliche Tod nach langem, schwerem Leiden meine liebe, gute Frau und meinen treuen Lebenskameraden, meiner drei Mädels sorgende Mutter, meine geliebte Tochter, meine Schwester und unsere Schwägerin." Nur Zörner unterzeichnet die Anzeige. Die Leiche wird eingeächert. Ein Hinweis auf die Bestattungszeremonie fehlt. Die Mutter hinterläßt drei Töchter im Alter von ein, zwei und fünf Jahren.

In der schweren Krankheit seiner Frau mag ein zusätzlicher Grund gelegen haben, warum Zörner bei der Landtagseröffnung am 29.4.1933 nicht anwesend war. Dennoch ist er in der Lage, am Todestag seiner Frau einen Bericht zum innerparteilichen Konflikt zu verfassen. Jedenfalls war er auf dem Höhepunkt des Machtkampfs durch die Krankheit seiner Frau beeinträchtigt. Daß nur Zörner als Hinterbliebener unterschreibt, kann als Indiz für familiäre Konflikte gewertet werden. Genannt werden aus der Zörnerschen Familie nur indirekt, aber nicht namentlich, die Geschwister von Zörner. Offenbar hat es keine Beerdigung unter öffentlicher Anteilnahme gegeben.

17.5.1933

Zörner beantragt beim Obersten Parteigericht (OPG bzw. USCHLA) ein Parteiausschlußverfahren gegen sich selbst. Der Antrag wird abgelehnt.

Zörner will damit seine Rehabilitierung bezüglich der finanziellen Vorwürfe erreichen.

23.5.1933

Der Rektor der TH lehnt die Anregung, Hitler zum Ehrendoktor zu machen, ab.

Evtl. befürchtete er, daß Hitler so an die Blamage der verhinderten Professur erinnert wird.

11.6.1933

Schmidt-Bodenstedt fordert Zörner auf, bis zur Klärung der Vorwürfe sein Mandat als Abgeordneter ruhen zu lassen.

Er gehört (noch) zur Klagges-Fraktion. Damit wächst der Druck auf Zörner. Die Aufforderung konnte allerdings nur symbolisch gemeint sein, da der Landtag de facto keine Funktion mehr hatte.

16.6.1933

Die Volkszählung im Land Braunschweig ergibt 512.989 Einwohner.

Die geringe Zahl ist ein Problem für Klagges, da sie im Sinne der geplanten Reichsreform für einen eigenen Gau bei weitem nicht ausreicht. Als Mindestgröße waren 2 Mio. Einwohner vorgesehen. Alle späteren Aktivitäten von Klagges sind in dem Sinne zu interpretieren, daß die zu geringe Größe des Landes durch besondere wirtschaftliche, politische und kulturelle Bedeutung kompensiert werden sollte.

19.6.1933

Sitzung des Konzils der TH, um Horrmann nachträglich als Rektor zu bestätigen, nachdem Klagges neue linientreue Konzilsmitglieder ernannt hat. Horrmann wird mit 32:2:1 bei 10 Enthaltungen gewählt. Das Konzilsmitglied Geiger fehlt bei der Sitzung.

20.6.1933

Roloff deckt Zörner in einem Brief gegen den Vorwurf der Veruntreuung des Verfügungsfonds des Landtagspräsidenten.

Obwohl Roloff kein Parteimitglied ist. Der Brief ist ein Indiz, daß der Rest des nationalkonservativen Widerstands in Braunschweig die Nähe zu den moderaten Nazis sucht.

22.6.1933

Die SPD (und die Staatspartei) werden aus dem Reichstag und den Landtagen ausgeschlossen. Die wegfallen Sitze werden nicht wieder besetzt.

In Braunschweig war das nicht mehr nötig.

25.6.1933

Landessyndikus Klauer stellt die Ausweise der Landtagsabgeordneten aus. Auf dem Ausweis von Zörner fehlen im Unterschied zu den Ausweisen der anderen Abgeordneten Bild und Unterschrift (Nds. Staatsarchiv 23 Neu 2118).

Der Ausweis macht einen unbenutzten Eindruck und dürfte Zörner niemals ausgehändigt worden sein. Offenbar war der Syndikus (von Bertram?) bereits angewiesen, Zörner den Ausweis nicht mehr auszuhändigen.

29.6.1933

Beginn des Baus der „Dietrich Klagges-Stadt“ (heute Gartenstadt als Stadtteil von Braunschweig)

30.6.1933

Zörner legt sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung nieder. Am selben Tag erhält er die Zusage, Oberbürgermeister von Dresden zu werden.

31.6.1933

Letzte Sitzung des Landtags.

In den drei Sitzungen des Landtags der 5. Wahlperiode dürften keine echten Beratungen stattgefunden haben.

6.7.1933

Zörner scheidet offiziell aus dem Landtag aus.

Zumindest lautet so der handschriftliche Eintrag in seinem Landtagsausweis. Damit ist Zörners politische Laufbahn in Braunschweig auch formal beendet. In den Ausweisen der anderen Abgeordneten findet sich ein solcher Eintrag nicht.

Sommer 1933

Pläne des Innenministeriums (Frick) zur großen Reichsreform mit einem neu zu schaffenden Verwaltungsgebiet Niedersachen

Braunschweig wäre demnach in „Niedersachsen“ aufgegangen. Dagegen regte sich in Braunschweig heftiger Widerstand, der von Klagges angeführt wird. Er äußerte sich an diversen Stellen. Offenbar stand auch Hitler der von Frick favorisierten Reichsreform, die klare Strukturen und Kompetenzverteilungen zwischen den Verwaltungsebenen und Ministerien vorsah, distanziert gegenüber, zumal sie seinem Führungstil, unklare Strukturen mit sich überlappenden Kompetenzen zu schaffen, entgegenstand. Nur so konnte er als letztinstanzlicher Schiedsrichter fungieren ubnd über „Führerbefehle“ regieren.

Pikant ist, daß die Reichsreform 1946/47 tatsächlich durch die Neugliederung der Bundesländer umgesetzt und das Land Braunschweig im Land Niedersachsen aufgegangen ist.

3.7.1933

Klagges beantragt gegen Zörner ein Parteiausschlußverfahren beim Obersten Parteigericht (OPG) wegen „unehrenhafter Handlungsweise“.

Es geht immer noch um das Finanzgebahren Zörners als Landtagspräsident. Der Nachfolger Bertram mußte feststellen, daß sein Vorgänger Zörner Anfang 1933 den Verfügungsfonds des Landtagspräsidenten für das gesamte Jahr bereits abgeräumt hatte. Klagges wirft Zörner vor, diesen zur Finanzierung von Zigarren, Kleidung und privaten Reisen mißbraucht zu haben. Zörner zahlt „freiwillig“ einen Teil des Geldes zurück. Das Verfahren führt zu keinem Ergebnis.

Zörner wird durch Vermittlung Hitlers auf Vorschlag des Reichsstatthalters für Sachsen, Mutschmann, zum Dresdener Oberbürgermeister „gewählt“. (bis 11.6.1937)

Am selben Tag, an dem Klagges gegen ihn vor dem OPG vorgeht! Der Posten ist eine Kompensation für den verlorenen Machtkampf mit Klagges in Braunschweig und deutet darauf hin, daß Zörner bessere Beziehungen als Klagges zu Hitler hatte. Jedenfalls scheint Hitler Zörner geschützt zu und ihm einen neuen Posten verschafft zu haben zum Dank für die Hilfe bei seiner Einbürgerung. In Braunschweig wird Zörner seit dem Sommer 1933 zur persona non grata und vom Parteichronisten Kurt Schmalz nicht mehr erwähnt.

4.7.1933

Der Stahlhelm wird in die SA integriert.

Die DVP löst sich insgesamt auf.

11.7.1933

Hesse beantragt ein Parteigerichtsverfahren gegen Zörner.

26.7.1933

Letzte Senatssitzung der TH

August 1933

Zum Lehrpersonal der TH gehören 108 Personen. Davon werden 24 ab 1933 entlassen. Inklusive der zuvor Entlassenen sind es 30 von 117 bzw. etwa 35 %.

Laut Wettern/Weßelhöft wurden 64 % aus politischen und 28 % aus rassistischen Gründen entlassen.

1.8.1933

Zörner tritt sein Amt als Dresdener Oberbürgermeister an.

Er zieht mit seinen drei Töchtern nach Dresden. Dort wohnt er (zumindest zuletzt) unter der Adresse Dresden-Blasewitz, Jüngsstr. 3.

1.9.1933

Riekel distanziert sich in einem Schreiben an den Rektor von seiner SPD-Mitgliedschaft, um sein Ruhegehalt zu behalten.

3.9.1933

Klagges verfaßt ein Manuskript (25 Seiten) „Bericht über die Umtriebe des früheren Landtagspräsidenten Zörner gegen die Braunschweigische Regierung“ (Nds Staatsarchiv 62 Nds Fb 2 Nr. 821). Hierin werden alle Vorwürfe gegen Zörner aufgelistet. Demnach beginnt der Konflikt Klagges – Zörner anläßlich der Nachfolge Franzens, die auch von Zörner angestrebt wurde. U.a. unterstellt Klagges, daß Zörner die Einbürgerung Hitlers durch die Sitzungsplanung des Landtags habe hintertreiben wollen. Heimbs wird als Propagandist von Zörner identifiziert. „Hier betätigt sich hauptsächlich ein Herr Heimbs für Zörner. Er ist Zörners Schwager und war bis zur Machtergreifung eine Größe in der Freimauerrei und eifriger Volksparteiler.“ (ebd. S. 24) Auch bestreitet Klagges, das Zörner Gründungsmitglied der braunschweiger NSDAP war und belegt dies mit dem Gründungsprotokoll, das er allerdings nicht im Original sondern nur als Abschrift vom 1.7.1933 vorlegt.

Es handelt sich um eine Reaktion auf den Bericht Zörners vom 15./16.5.1933. Der Generalvorwurf lautet, Zörner habe Klagges stürzen und eine neue Regierung unter seiner Führung bilden wollen. Klagges listet alle Argumente auf, die den Parteiausschluß Zörners rechtfertigen sollen. Viele der Anschuldigungen sind wenig glaubhaft. Der Kern der Anschuldigungen ist insofern korrekt, da es sich um einen Machtkampf gehandelt hat, in dem Zörner umgekehrt gute Argumente für seine Position zu haben glaubte, die die Entfernung von Klagges gerechtfertigt hätten.

Der Hinweis auf Heimbs deutet auf ein gespanntes Verhältnis Klagges – Heimbs. Der Grund mag darin liegen, daß Heimbs bei der Einbürgerung Hitlers seinem Schwager nützlich war.

8.9.1933

Geiger wird von Reichstatthalter Loeper zum 1.10.1933 entlassen. Jensen wird unter Berufung auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums endgültig entlassen.

Die Entlassungen werden von Loeper und nicht von Klagges ausgesprochen.

13.9.1933

Klagges erhebt Anklage gegen Zörner, Selle, Leffler, Klare und Gille vor dem OPG und beantragt, diese aus der Partei auszuschließen. Als Anlage fügt er seinen Bereicht bei.

Zörner ist zum Zeitpunkt der Anklage bereits auf Vermittlung von Hitler Oberbürgermeister von Dresden.

16.9.1933

Abmeldung Hitlers als Untermieter von Braunschweig nach Berlin, Wilhelmstraße, Beruf „Reichskanzler“.

Der Anlaß ist vermutlich der Umzug Zörners nach Dresden, der dort sein Amt am 1.8.1933 angetreten hat. Zum Zeitpunkt des Sturzes von Zörner in Braunschweig war Hitler offiziell immer noch dessen Untermieter!

18.9.1933

Bericht von W. …….. (*unleserlich*) an Rudolf Heß über die „Lehrer-Mafia“ in Braunschweig. Darin heißt es: „Der Pg Heims, am Fallersleber Tor 6, wohne neben der Ortskrankenkasse und könne über die Schreie, die aus dem Gebäude der Ortskrankenkasse gelegentlich der rohen Mißhandlungen drängen, aussagen“. (Nds. Staatsarchiv 67 Slg Nr. 6)

Die ist ein früher Hinweis, daß Ernst (nicht Carl) Heimbs Mitglied der NSDAP war. Der Hinweis auf die Vorgänge in der AOK macht deutlich, daß die Familie Heimbs über die NS-Aktivitäten in Braunschweig gut unterrichtet war. Demnach hat Heimbs jun. zur moderaten Richtung der braunschweiger NSDAP um Zörner gehört.

19.9.1933

Aussage von SA-Führer Sauke, daß zum engeren Kreis der NS-Führung hinter Klagges in Braunschweig Schmidt-Bodenstedt, Hesse, Lehmann und Alpers gehören (darunter 4 Lehrer bzw. Alpers aus einem Lehrerhaushalt)

Sauke gehört zur Zörner-Richtung. Daraus entsteht innerhalb der NSDAP der Vorwurf der Lehrerseilschaft in Braunschweig. 1949 wird sich Schmidt-Bodenstedt von Alpers distanzieren, den er trotz der gemeinsamen Abgeordnetentätigkeit und der zeitweiligen Nähe des Wohnsitzes in Sonnenberg (Alpers) und Bodenstedt (Schmidt war dort als Hilfslehrer tätig) nur „flüchtig“ durch gemeinsame Bußfahrten gekannt haben will.

22.9.1933

Die Disziplinierung von Klagges als Lehrer im Preußischen Staatsdient wird von Staatssekretär Stuckart aus dem Reichsinnenministerium rückgängig gemacht. (4 Nds Nr. 23)

Klagges hatte bereits lange zuvor versucht, diese Disziplinierung rückgängig zu machen.

30.9.1933

Entlassung Gassners

1.10.1933

Entlassung Riekels und Jensens aus dem Staatsdienst nach § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“

12.10.1933

Klagges verfaßt ein Schreiben an Reichsstatthalter Loeper, in dem alle Vorwürfe gegen Zörner zusammengefaßt werden.

Loeper hatte dieses Schreiben angefordert, nachdem ihm Zörner seine Sicht der Dinge mitgeteilt hat. Beide Schreiben markieren die Positionen der beiden Kontrahenten. Loeper wollte offenbar in dem Konflikt zweier prominenter Parteimitglieder eine neutrale Position einnehmen bzw. abwarten, wie das OPG (bzw. Hitler) entscheided.

14.10.1933

Auflösung des Reichtags. „Neuwahlen“ werden für den 12.11.1933 angesetzt. Auf dem Wahlzettel wird nur die NSDAP stehen. Gleichzeitig werden alle Landtage aufgelöst, ohne daß auch für sie „Neuwahlen“ ausgeschrieben werden.

16.10.1933

Walter Buch, Vorsitzender des OPG, teilt dem Reichsführer SS mit, daß Hitler entschieden habe, daß das Parteigerichtsverfahren gegen Zörner u.a. eingeleitet wird. Darin heißt es: „Den Parteigenossen wird zur Last gelegt, die Regierung Klagges, Braunschweig, planmäßig bekämpft und Material gegen sie gesammelt zu haben zum Zwecke ihrer schließlichen Beseitigung und Ersetzung durch eine Regierung Zörner.“ (62 Nds FB. 2 Nr. 832)

Himmler wird informiert, da sich unter den Beschuldigten auch SS-Mitglieder befinden. Hitler zieht sich aus der Affäre, indem er nicht selber in dem Machtkampf entscheided, sondern diese Entscheidung Buch bzw. dem Parteigericht überläßt. Damit vermeided er eine offene Positionierung in einem grundsätzlichen innerparteilichen Konflikt zwischen Moderaten und Radikalen über Strategie und Taktik der Machtergreifung. Später wird er doch eingreifen.

27.10.1933

Anfrage des braunschweigischen Gesandten Boden bei Klagges, ob er im Hinblick auf die geplante Reichsreform im Sinne Braunschweigs tätig werden soll.

Spätestens jetzt muß Klagges klar geworden sein, daß sein Status bedroht ist.

24.10.1933

Ministerialrat Medicus aus dem Reichsinnenministerium teilt mit, daß die Reichsreform in Angriff genommen wird. Geplant sind 12-16 Länder mit jeweils 3-6 Mio Einwohnern. Darunter sind Bezirke mit 1 Mio Einwohnern vorgesehen. In eine beiliegende Karte sind bereits die Ländergrenzen eingezogen. Der Vorschlag von Nicolai und Krämer sieht das Land Niedersachsen (oder Ostfalen) mit Schleswig-Holstein, Hannover z.T., Hansestädte, Braunschweig (ohne Kalvörde und Blankenburg) und Schaumburg vor.

Demnach reicht die Bevölkerung Braunschweigs noch nicht einmal für einen Regierungsbezirk! Der sehr konkrete Plan veranlaßt Klagges zu Gegenmaßnahmen.

28.10.1933

Einführung des Führerprinzips an den Hochschulen. Der Rektor hat durch die Übertragung der Rechte von Senat und Konzil die alleinige Gewalt. Die Dekane werden vom Rektor ernannt.

18.10.1933

NS-Kreisleiter Wilhelm Hesse wird Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig.

Hesse gehörte zur Klagges-Fraktion in Braunschweig. Zörner hatte ebenfalls Ambitionen auf diesen Posten.

1.11.1933

Der Parteichronist Kurt Schmalz beendet sein Manuskript zu dem Buch „Nationalsozialisten ringen um Braunschweig“, das 1934 bei Westermann in Braunschweig erscheint.

6.11.1933

Berger wird von der Berufungskommission auf Platz 1 der Liste (Nachfolge Riekel) gesetzt.

Es handelt sich um die für Hitler vorgesehene und immer noch vakante Professur.

12.11.1933

„Neuwahl“ des Reichstags. Auf dem Wahlzettel steht nur die NSDAP. „Gewählt“ werden für den Wahlkreis Südhannover-Braunschweig u.a. Rust, Klagges, Schmalz und Schmidt-Bodenstedt. Zörner wird nicht „gewählt“. Damit verliert er sein Amt als Stellv. Reichstagspräsident.

Die Nichtberücksichtigung Zörners, obwohl er dem vorgehenden Reichstag angehört hat, kann auf seinen Umzug nach Dresden, kann aber auch auf den verlorenen Machtkampf in Braunschweig zurückgeführt werden.

14.11.1933

Das von Klagges angestrengte Verfahren vor dem OPG gegen die PG Zörner, Selle, Leffler, Klare, Gille und Maak wird eröffnet. Die zuvor von beiden Seiten angestrengten Verfahren werden integriert. Im Eröffnungsbeschluß des OPG heißt es bezüglich des Vorwurfs, Zörner habe die Einbürgerung Hitlers verhindern wollen: „Zu der zu begründenden Beamtenstellung für den Führer sei es notwendig gewesen, den Haushalt bis zu einem bestimmten Tag zur Annahme zu bringen und deshalb die Beratungsfrist zu verkürzen. Sie hätten dies zugesagt und auch die Koalitionsparteien seien einverstanden gewesen. Der Sitzungsplan habe dann aber derart lange Fristen enthalten, dass der Termin versäumt werden mußte. Deshalb von Pg. Klagges zur Rede gestellt, hätten Sie sich damit entschuldigt, dass der Ältestenrat eben anders beschlossen habe. Als Pg. Klagges Ihnen sagte, entweder müssen Sie dafür sorgen, dass die Fristen verkürzt werden oder der Führer könne nicht eingebürgert werden, hätten Sie mit einem Achselzucken erklärt, daran könnten Sie dann auch nichts ändern. Von der durch den Beschluß des Ältestenrats geschaffenen neuen Lage hätten Sie Minister Klagges nicht in Kenntnis gesetzt.“ (Niedersächsisches Staatsarchiv 67 Slg Nr. 6)

Daß Zörner die Einbürgerung verhindern wollte, erscheint abwegig. Vielmehr dürfte es um die Rivalität gegangen sein, wer das Verdienst der Einbürgerung für sich verbuchen kann. Am Ende hatte das Verfahren keine parteiinternen Konsequenzen für Zörner, auch wenn bemerkenswert ist, daß die Einbürgerungsfrage selbst innerhalb der NSDAP weiter für Zündstoff gesorgt hat. Vgl. dazu auch Küchenthal 1969, Bd. II. S. 16f.

30.11.1933

Küchenthal wird vom OPG als Zeuge für den 14.12.1933 nach Hannover geladen.

Nach eigener Aussage hat er dabei zugunsten von Zörner ausgesagt. Zörner habe Klagges beschuldigt, durch sein brutales Vorgehen das Ansehen der NSDAP beschädigt zu haben. Welche Rolle spielte Küchenthal in dem Konflikt Klagges – Zörner? War seine Aussage relevant für die spätere Drangsalierung durch Klagges und Alpers? Die Vernehmung Küchenthals ist ein Indiz, daß er bereits Parteimitglied war und nicht, wie er später behauptet, erst 1935 eingetreten ist.

Laut späterer Aussage von Küchenthal (in seiner Berufungsschrift vom 30.11.1946 zum Entnazifizierungsverfahren) war Klagges verärgert über Küchenthal, weil er pro Zörner ausgesagt habe. Seitdem habe er Angst vor Klagges gehabt. (3 Nds 92/1 Nr. 48470, Band IV)

1.12.1933

Erklärung der Einheit von Partei und Staat.

Schmidt-Bodenstedt wird Oberregierungsrat in Braunschweig.

Trotz fehlender Qualifikation als Volksschullehrer wird er weiter von Klagges protegiert.

Zörner erhält das Ehrenzeichen der Partei.

Sein Ansehen außerhalb von Braunschweig ist ungebrochen.

9.12.1933

In den BNN erscheint ein Artikel über die Pläne zur Neugliederung des Reiches. Calvörde und Blankenburg sollen demnach Brandenburg zugeschlagen werden.

Der Artikel löst heftige Reaktionen aus, da Braunschweig in einem Gau Niedersachsen mit Gauhauptstadt Hannover aufgehen würde.

12.12.1933

Besprechung in der Handelskammer Braunschweig bezüglich der Neugliederung des Reiches. Diskutiert wird aber nur die Ostgrenze eines Gaus Ostfalen. Hier wird die Eingabe an Frick bzw. Hitler vorbereitet.

14.12. – 16.12.1933

Die Hauptverhandlung im Parteiverfahren gegen Zörner u.a. findet in der Geschäftsstelle des Gaus Südhannover-Braunschweig in Hannover, Kurze Str. 3 statt. Es werden 29 Zeugen vernommen. Darunter befindet sich nahezu die gesamte braunschweiger NS-Prominenz.

14.12.1933

Kurt Bertram, Küchenthal, Ernst Heimbs und Schmidt-Bodenstedt werden als Zeugen vernommen. (62 Nds Fb. 2 Nr. 823)

Bertram erklärt in seiner Aussage, daß er an der Sitzung des Ältestenrats teilgenommen hat und bestätigt alle Termine. Bezüglich des Vorwurfs, daß Zörner die Einbürgerung Hitlers habe verhindern wollen, entlastet er Zörner. “Der Zeuge behauptet, dafür keine Anhaltspunkte zu haben.“

Im Protokoll der Vernehmung von Heimbs steht: „Die Aussagen des Zeugen Heimbs, daß Pg. Zörner zu der Zeit der Versammlung des Pg. Wagener (17.2.) mit seinem Vater, dem Vorstandsmitglied der DVP, dem damaligen Abgeordneten Alpers und Minster Pg. Frank II sich wegen Einbürgerung des Führers energisch und mit allen Mitteln dafür eingesetzt hat, werden von Seiten des Pg. Klagges nicht bestritten.“

Heimbs jun. war demnach seit März 1933 NSDAP-Mitglied („Märzgefallener“). Er hat zugunsten seines Onkels Ernst Zörner ausgesagt. Neu ist die Aussage, daß auch Alpers an dem

Treffen im Parkhotel teilgenommen hat. Dieser Umstand wird später von Heimbs sen. unterschlagen bzw. nur von einer weiteren ungenannten Person gesprochen.

Küchenthals Aussage auf die Frage, war „für die Anstellung des Führers als braunschweiger Beamter notwendig, daß der Etat bis zum 3. März endgültig angenommen war?“ lautet: „Rein rechtlich bestand diese Notwendigkeit nicht, aber aus politischen Gründen und zwar deshalb, damit die Regierung keine moralische Niederlage erlitt.“

Auch dies ist eine Entlastung Zörners, zumal der Etat tatsächlich bis zum 3.3.1933, dem Tag des Ablaufs der Frist für die Nominierung der Kandidaten, angenommen war. Insofern war der 14.12.1933 im Parteigerichtsverfahren ein Sieg von Zörner über Klagges, da der schwerwiegendste Vorwurf (Hintertreibung der Einbürgerung Hitlers) widerlegt wurde.

Schmidt-Bodenstedt belastet Zörner mit der Aussage, Zörner hätte SPD-Mitglieder im Landtag behalten wollen. Dies wird auch von Bertram bestätigt. Beleg ist der Artikel in der Braunschweigischen Landeszeitung vom 13.4.1933 „Heute die Wahlvorschläge einreichen“, der von Zörner initiiert worden sein soll.

Die SPD hat sich aber nicht mehr getraut, eine Wahlliste bei Alpers einzureichen. Es hätte zwar nichts an den Mehrheitsverhältnissen im Landtag geändert, aber Klagges den Triumph gekostet, den ersten rein nationalsozialistischen Landtag präsentieren zu können.

16.12.1933

Hans Dohrmann, ehemaliger Verlagsdirektor der Braunschweigischen Landeszeitung, sagt als Zeuge aus.

Dohrmann gibt sich als Anhänger der Zörner-Richtung zu erkennen, der aber mit der Landeszeitung moderierend im Konflikt wirken wollte.

Dohrmann wurde Opfer des Machtkampfs und seines Postens enthoben.

nach dem 12.12.1933

Klagges entwirft handschriftlich und in mehreren Fassungen maschinenschriftlich eine Denkschrift „Zur Neueinteilung Norddeutschlands“, in der u.a. ein Gau Ostfalen unter Einbeziehung des Regierungsbezirks Lüneburg (mit oder ohne Hamburg-Harburg), Hildesheims, des Landes Braunschweig und des Kreises Wernigerode skizziert wird. Dieser hätte 1,82 Mio Einwohner und 21.200 qkm gehabt. Braunschweig ist als Gauhauptstadt vorgesehen. Es handelt sich noch nicht um die ausführliche Denkschrift, die von der Handelskammer vorbereitet werden soll. Er will die Denkschrift an Reichsinnenminister Frick und in Kopie an Hitler versenden. Es gibt nur den Entwurf eines Begleitschreibens.

Alle Fassungen der Denkschrift inklusive statistischen Materials und Karten mit der Gaueinteilung befinden sich im Niedersächsischen Staatsarchiv, Wolfenbüttel unter 12 A Neu 13 Nr. 37386. Entweder wurde die Denkschrift bereits zwischen dem 12.12. und 20.12.1932 oder erst im Mai 1934 abgesandt. Evtl. handelt es sich auch um zwei Denkschriften. Absicht ist, die Einbeziehung Braunschweigs in den Gau Niedersachsen abzuwehren und stattdessen die Gründung eines Gaus Ostfalen mit Braunschweig als Gauhauptstadt und Klagges als Gauleiter zu betreiben. Daß Klagges auch Hitler eine Kopie zukommen lassen will, unterstreicht die Wichtigkeit des Vorgangs.

Alle folgenden Aktivitäten von Klagges zu Aufwertung des Landes müssen Hitler in dieser Hinsicht klar gewesen sein. Hitler mag sich einerseits von Klagges bedrängt gefühlt haben, andererseits war er nicht nur Zörner, sondern auch Klagges bzw. Braunschweig insgesamt wegen der Einbürgerung verpflichtet. Vielleicht hat es ihm auch gepaßt, daß die von Frick forcierte Reichsreform auf parteiinternen Widerstand stieß. So konnte er wieder als Schiedsrichter in einem Konflikt seiner Pakladine fungieren.

20.12.1933

Zweite Besprechung in der Handelskammer Braunschweig bezüglich der Reichsreform. Klagges und Hesse, die ihr Erscheinen zugesagt haben, lassen sich entschuldigen. Obwohl die Denkschrift bereits in Teilen vorliegt (wirtschaftlicher Teil vom Syndikus der Handelskammer, Schmidt), werden weitere Aktivitäten vertagt. In einem handschriftlich als „Entwurf" überschriebenen Manuskript von 12 + 2 Seiten werden im Wesentlichen historische und kulturelle Argumente für die Eigenständigkeit Braunschweigs aufgeführt. Wieder geht es nur um die Ostgrenze.

Der Syndikus Schmidt war einer der beiden BEL-Abgeordneten, die als erste zur NSDAP übergetreten sind.

Offenbar gibt es aus Berlin Gegenwind gegen die braunschweiger Initiative. Klagges fängt an zu taktiere und fehlt bei der Sitzung. Das Manuskript „Braunschweig in der Reichsreform" (73 S. + Karten), das in der Stadtbibliothek Braunschweig vorhanden ist, geht möglichweise auf die Beratungen in der Handelskammer zurück. Es dürfte frühestens Ende 1934 fertig gestellt worden sein, da eine Karte verwendet wird, die auf den 30.11.1934 datiert ist. Die ebenfalls Ende 1934 vom Statistischen Landesamt bearbeitete „Denkschrift über das Staats-, Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben sowie die Finanzen des Landes Braunschweig" (303 S. + 2 weitere Bde.) sollte offenbar die Manuskripte von Klagges bzw. der Arbeitsgruppe der Handelskammer ergänzen.

1934

Klagges veröffentlich „Idee und System: Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik über Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschauung". (Klagges 1934)

Klagges hat die Vorträge nach seiner Entlassung aus dem preußischen Schuldienst und vor seiner Einstellung als Regierungsrat in Braunschweig als Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik (DHfP) gehalten. Die DHfP war eine Fortbildungseinrichtung ohne universitären Status. Die Dozenten repräsentierten gas gesamte politische und weltanschauliche Spektrum der Weimarer Republik. 1933 wurde die DHfP gleichgeschaltet und 1940 als „Auslandswissenschaftliche Fakultät" der Berliner Universität eingegliedert, um dort „Ostforschung" im Sinne der „Lebensraum-Politik" zu betreiben. Es ist denkbar, das in den Vorträgen zum Ausdruck kommt, welche Inhalte Klagges mit der Denomination „Organische Gesellschaftslehre und Politik" bei der für Hitler vorgesehenen Professur vorgeschwebt haben. Insofern ist durchaus denkbar, daß Klagges davon ausgegangen ist, daß Hitler die Professur in irgendeiner Art und Weise tatsächlich wahrnimmt.

16.1.1934

Mühlenpfordt wird wegen seiner Stellungnahme zur Ermordung des NS-Studentenführers Schaffeld entlassen.

30.1.1934

Das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches wird von Reichstag und Reichsrat einstimmig angenommen. Es bedeutet die Auflösung des Braunschweigischen Landtags und aller anderen Landtage. Die Festlegung der Grenzen zwischen den Ländern soll der Reichsinnenminister vornehmen.

Damit wird der Zentralismus in Deutschland durchgesetzt. Es handelt sich aber noch nicht um die von Klagges gefürchtete umfassende Reichsreform.

Die Neukonstituierung des Braunschweigischen Landtags erfolgt erst am 8.1.1946.

Goebbels veröffentlicht „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“ im Parteiverlag der NSDAP. Es beinhaltet seine Tagebucheintragungen vom 1.1.1932 bis 1.5.1933.

Gegenüber der wissenschaftlichen Edition seiner Tagebücher von 1987 handelte es sich um eine von Goebbels in propagandistischer Absicht redigierte Version, die die kritische Phase der Einbürgerung Hitlers abdeckt. Gobbels wollte damit seine Verdienste um die Einbürgerung herausstellen, indem er als der aktive, drängende Part erscheint. Daß Hitler darin als zögerliuch erscheint, kann als leise Kritik gedeutet werden.

31.1.1934

Rundfunkansprache von Innenminister Frick „Der Neuaufbau des Reiches“ . Die rRde wird zusammen mit drei anderen Ansprachen Fricks unter diesem Titel 1934 veröffentlicht. (Frick 1934).

Darin führt Frick aus, daß mit Art. 1 des Gesetzes die Volksvertretungen der Länder aufgehoben sind. „Mit der Beseitigung der Landtage haben die Länder ihre souveräne Grundlage grundsätzlich verloren“. Mit Art. 2 gehen die Hoheitsrechte der Länder auf das Reich über. Die Landesregierungen unterstehen der Reichsregierung. Allerdings werde die praktische Durchführung des Gesetzes Jahre dauern. Die Landesregierungen bleiben im Amt, sind aber der Reichsregierung weisungsgebunden. Art. 3 bestimmt, daß die Oberaufsicht über die Länder der Reichsinnenminsiter hat. Die Umsetzung des Gesetzes obliegt der Reichsregierung.

Damit ist Klagges an die Weisungen von Frick gebunden. Da die große Reichsreform aber bis 1945 nicht in Angriff genommen wurde, hat sich die Reichsregierung faktisch nur einmal bei dem Gebietstausch Holzminden gegen Goslar anläßlich der Gründung der Reichswerke in die braunschweigischen Belange eingemischt.

Klagges als Braunschweigischer Ministerpräsident hatte es demnach mit drei übergeordneten Instanzen zu tun – dem Reichsinnenminister in Berlin, dem Reichstatthalter in Dessau und dem Gauleiter in Hannover, ohne daß es eine klare Abgrenzung von deren Kompetenzen gegeben hätte. Im Falle des Gebietstauschs hatte er es zusätzlich mit dem preußischen Oberpräsidenten der Provinz Hannover in Hannover zu tun.

Klagges muß die Gefahr erkannt haben, daß bei einem Neuaufbau des Reiches das Land Braunschweig verschwinden wird, zumal wenn eine Verschmelzung der Parteigaue mit staat-

lichen Verwaltunseinheiten angestrebt wird. Also mußte er in Zukunft alles daran setzen, Braunschweig aufzuwerten, um es als Land zu erhalten, oder besser noch einen eigenen Gau zu formieren, um Braunschweig als Gauhauptstadt zu etablieren. Den wirtschaftlichen Ausbau der Region muß er als die große Chance zur Erhaltung von Braunschweig wahrgenommen haben. Hierbei konnten die Verdienste, die Braunschweig für den Aufstieg der NSDAP und die Karriere von Hitler geleistet hat, genutzt werden. Der ns-typische Kompetenzwirrwarr war zugleich eine Chance, da er es ermöglichte, die einzelnen Instanzen gegeneinander auszuspielen bzw. durch den Zugang zu Hitler zu überspielen.

5.2.1934

Die Verordnung über die deutsche Staatsangehörigkeit vereinheitlicht die Regelung der Staatsbürgerschaft.

War diese Hitler ein besonderes Anliegen?

10.2.1934

Gille wird vom Obersten Parteigericht freigesprochen.

Sein Verfahren ist von den anderen abgetrennt worden.

16.2.1934

Weitere Beschlüsse im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a. werden verkündet. Klare wird freigesprochen. Leffler und Selle (Oberstleutnat der Polizei) erhalten einen Verweis. Das Verfahren gegen Zörner wird abgetrennt.

19.2.1934

Klagges legt weitere Dokumente gegen Zörner vor.

Das Verfahren gegen Zörner endete mit einer „Aussöhnung". Dieses Ergebnis muß auf Klagges, der den Parteiausschluß Zörners erreichen wollte, wie eine Niederlage gewirkt haben. Klagges operiert in dem gesamten Verfahren offensiv, Zörner eher defensiv, scheint aber wenig beunruhigt, zumal er etliche Entlastungszeugen aufbieten kann. Widerlegt wurde der Vorwurf, Zörner habe die Einbürgerung Hitlers hintertreiben wollen. Klar geworden ist im Verfahren allerdings, daß es einen harten innerparteilichen Konflikt in Braunschweig gab, der sich an der Strategie und Taktik der Machtergrefung in Braunschweig entzündet hat, aber mit persönlichen Ambitionen der Hauptakteure verwoben war. Entweder hat Hitler abermals zugunsten von Zörner interveniert oder das Gericht hat sich nicht getraut, in der heiklen Angelegenheit Position zu beziehen.

5.3.1934 (bzw. 17.1.1934)

Klagges tritt im Rang eines Gruppenführers in die SS ein.

Damit positioniert er sich auch in dieser Hinsicht auf dem radikalen Flügel der Partei. Zörner wird sich später mit der SS anlegen.

8.3.1934

Hitler kündigt aus der Automobilausstellung in Berlin den Bau des Volkswagens an.

Der Volkswagen war in Verbindung mit den Autobahnen, die auf massenhaften Verkehr ausgelegt waren, ein wesentliches Propaganda-Projekt des NS-Systems. Für den Fall, daß der Volkswagen nicht von der privaten KfZ-Industrie arbeitsteilig gefertigt wird, sollte er in staatlicher Regie in einer neuen Großfabrik produziert werden. Geplant waren zunächst 500.000 und in der Endstufe 1,5 Mio Fahrzeuge jährlich. Hitler war in alle Stufen der Vorbereitung persönlich involviert. (Kluke 1960)

12.3.1934

Klagges läßt in Reaktion auf das Gesetz über den Neuaufbau des Reiches auf der Basis der bereits vorliegenden Manuskripte eine Gegendenkschrift vorbereiten, in der ein neuer Gau Ostfalen unter Einschluß von Hildesheim und Lüneburg mit der Gauhauptstadt Braunschweig gefordert wird. Er erfährt dabei die Unterstützung der Ev. Landeskirche und der braunschweiger Wirtschaft. Beide sehen Klagges als Schutzpatron der Selbständigkeit Braunschweigs an.

Für Klagges stand seitdem die Abwehr der Reichsreform und die Behauptung Braunschweigs im Zentrum seiner politischen Aktivitäten.

Die Reichsregierung antwortet, daß das Problem zur Zeit nicht aktuell sei.

1.4.1934

Friedrich Berger (geb. 4.6.1901) wird auf die a.o. Professur für „Theoretische Pädagogik„ (vormals Riekel), Bes. Gr. A 2 b, ohne die Riekel zugestandene Zulage „persönliches Ordinariat“ berufen und Direktor des Pädagogischen Instituts der TH. Die Berufungskommission begründet die Herabstufung mit der altersbedingt noch zu geringen Qualifikation Bergers für ein Ordinariat. Der Beginn seines Besoldungsdienstalters wird auf den 1.12.1931 rückdatiert.

Am 15.4.1931 war Riekel von seinen Aufgaben entbunden worden. Die lange Vakanz ist darauf zurückzuführen, daß Franzen erst Kroh, der ablehnte, und dann Pfahler berufen wollte. Dann folgten die Regierungskrise und der Wechsel im Ministerium. Klagges Favorit, Krieck, wurde zurückgestellt, weil die Idee mit der Hitler-Professur dazwischen kam. (vgl. Bei der Wieden 1996, S. 97) Auch das ist ein Indiz, daß die Berufung Hitlers auf eine Professur eine längere Vorgeschichte hatte, als aus den Akten ersichtlich ist.

Ein späterer Versuch, Berger zu befördern, ist im Sande verlaufen. Als Gründe sind zu vermuten, daß Berger nach der Berufung kaum wissenschaftlich hervorgetreten ist und sich stattdessen als NS-Propagandist hervorgetan hat. Außerdem geriet er in einen heftigen Konflikt mit den Kollegen der 8. Abteilung, den Klagges mit einer Rüge an alle Beteiligten geahndet hat. Also gab es noch Reste eines akademischen Behauptungswillens gegenüber reiner NS-Ideologie an der TH.

Friedrich Boden geht in Ruhestand.

25.5.1934

Klagges erteilt seinen Ministerialbeamten den Auftrag zur Abfassung einer Denkschrift zur Reichsreform auf der Basis seiner Notizen und legt sie noch im Mai Hitler und Frick vor.

Das Datum ist fraglich. Ob es sich bei dieser (zweiten) Denkschrift, die Hitler und Frick vorgelegt werden, um die Denkschrift handelt, die Klagges im Dezember 1933 verfaßt, aber noch nicht abgesendet hat, ist unklar.

Ende Mai 1934

Heinrich Brüning flieht nach Melide am Luganer See

Anfang Juni 1934

Hitler verbietet eine öffentliche Diskussion der geplanten Reichsreform.

Dies ist offenbar eine Reaktion auf die Intervention von Klagges aber auch aus anderen Teilen des Reiches (z.B. Oldenburg), die um ihre Selbständigkeit fürchten.

Juni 1934

Schmidt-Bodenstedt wird nach Berlin ans preußische Kultusministerium versetzt.

Evtl. ist er weggelobt worden, weil er im Konflikt mit Alpers und Jeckeln um die Gunst von Klagges unterlegen ist. Klagges wäre demnach auch ein Getriebener von immer radikaleren Untergebenen in der Partei gewesen.

nach dem 15.6.1934

Im „Deutschen Führerlexikon“ wird die Rolle Zörners bei Hitlers Einbürgerung gewürdigt. Klagges Mitwirkung wird nicht erwähnt. Auf dem Titelblatt heißt es: „Gegen die Herausgabe dieser Schrift werden seitens der NSDAP keine Bedenken erhoben.“

Damit ist Zörners Mitwirkung parteiamtlich und sicher von Hitler so gebilligt worden. Die Nichterwähnung von Klagges könnte als Indiz für ein Zerwürfnis zwischen Hitler und Klagges gedeutet werden.

13.7.1934

Gegen Albert Brandes, Justizoberinspektor und ehemaliger Vorsitzender der braunschweiger DVP, wird von Justizminister Alpers wegen des Vorwurfs, auf einer „getarnten Versamm-

lung“ der aufgelösten DVP Ende März 1933 kritische Äußerungen gegenüber Hitler gemacht bzw. nicht unterbunden zu haben, ein Dienststrafverfahren eröffnet.

Der Vorgang wird später von Brandes im Zuge seiner Entnazifizierung zur Entlastung vorgebracht.

30.6./1.7.1934

Bei der Niederschlagung des „Röhm-Putsches“ wird die SA-Führung ermordet. Gregor Strasser wird in der GESTAPO-Zentrale erschossen. Die SS ersetzt die SA in der NSDAP.

Damit ist der Machtkampf zwischen SA und Partei beendet, der mit dem „Stennes-Putsch“ eskaliert war. Auch der braunschweiger Machtkampf muß in diesem Kontext gesehen werden, obwohl die NSDAP mit Rücksicht auf Reichswehr und Stahlhelm damals noch taktieren mußte.

Klagges reagiert und will Braunschweig zu einer Hochburg der SS ausbauen, indem er z.B. die SS-Junkerschule im Schloss eröffnet.

1.7.1934

Ermordung von Schleicher im Kontext des „Röhm-Putsches“

Damit ist ein weiterer potentieller Gegner Hitlers mit Einfluß in der Reichswehr ausgeschaltet. Im Falle Schleichers gibt es die These, dieser sei im Besitz der Militärpapiere Hitlers aus dem 1. Weltkrieg gewesen und habe ihn damit unter Druck setzen können. Möglicherweise ging es um die vermutete Homosexualität Hitlers, die daraus hervorgehen würde. (vgl. dazu Friedrich S. 41)

20.7.1934

Die SS wird eine selbständige Organisation innerhalb der NSDAP

2.8.1934

Tod Hindenburgs. Hitler vereinigt aufgrund eines am Vortag erlassenen Gesetzes als „Führer“ das Amt des Staatspräsidenten mit dem Amt des Reichskanzlers. Er kassiert seitdem zwei Gehälter (steuerfrei).

Der Vorgang steht im Gegensatz zu der von Hitler in der Öffentlichkeit vertretenen Mähr, daß er an persönlichem Besitz nicht interessiert sei. Vgl. dazu seine Behauptung, sein Gehalt als braunschweiger Regierungsrat Arbeitslosen gestiftet zu haben.

19.8.1934

Volksbefragung zum Gesetz „Über das Oberhaupt des Deutschen Reiches“ („Führer und Reichskanzler Adolf Hitler“) Bei einer Wahlbeteiligung von 99 % entscheiden sich 90 % für Hitler.

Damit ist die Macht Hitlers auch gegenüber der Bevölkerung konsolidiert.

Herbst 1934

Klagges beauftragt den Dekan der Architekturabteilung, Julius Petersen, für den geplanten Neubau der 8. Abteilung einen Vorentwurf anzufertigen.

Heinrich Brüning diktiert in Melide am Luganer See seine „Memoiren 1918-1934“.

Die Memoiren basieren für die Jahre 1931 und 1932 auf den „Tageszetteln“, die der Staatssekretär der Reichskanzlei, Pünder, über alle Besuche, Verhandlungen und Vorgänge in der Reichskanzlei angefertigt hat. Sie werden ergänzt durch kurze stenographische Aufzeichnungen Brünings. (Brüning 1970, S. 11) Die Umstände der Wiederwahl des Reichspräsidenten und die Verhandlungen mit Hitler nehmen einen breiten Raum ein. Insofern sind die Memoiren eine wichtige Quelle zum Thema.

15.11.1934

Frick hält vor Reichwehroffizieren den Vortrag „Der Neuaufbau des Deutschen Reiches“.

15.12.1934

Der Vorentwurf von Julius Petersen zum Neubau der 8. Abteilung ist fertig.

Aus dieser Planung sollte der Bau der Hermann Rust-Hochschule hervorgehen, die die 8. Abteilung ersetzen sollte. (Vgl. dazu Mittmann 1993)

Ende 1934

Die Denkschrift „Braunschweig in der Reichsreform“ ist fertig. Sie versucht zu begründen, warum die Gaue Südhannover-Braunschweig und Osthannover Kunstprodukte sind, während ein Gau Ostfalen unter Einschluß von Braunschweig, Lüneburg und Hildesheim eine in jeder Hinsicht organisch gewachsene Einheit mit der Stadt Braunschweig als natürlichem Mittelpunkt darstellt. Demzufolge würde der Gau Ostfalen eines erweiterten Landes Braunschweig den Gau Osthannover abzulösen. Herausgestrichen werden die Bedeutung und die Vorreiterrolle, die Braunschweig für den Nationalsozialismus gehabt hat. „Eine besondere Bedeutung hatte die Tatsache des Besitzes der Regierungsgewalt seitens der N.S.D.A.P. in Braunschweig als dem einzigen deutschen Lande dadurch, daß es möglich wurde, unserem Führer im Februar 1932 durch die Ernennung zum braunschweigischen Regierungsrat das Staatsbürgerrecht zuzuerkennen. Es ist noch in aller Erinnerung, daß dieser von allen Nationalsozialisten so lang ersehnte Akt die Möglichkeit einer Kandidatur des Führers zum Reichspräsidenten schuf. Es handelt sich bei der Einbürgerung des Führers um eine geschichtliche Tat, die den Namen Braunschweig für immer mit dem Nationalsozialismus verknüpft.“ (ebd. S. 49). „Braunschweig war somit historischer Boden für die N.S.D.A .P. geworden.“ (ebd. S. 50). Die Denk-

schrift endet mit dem Vorschlag, das Land Braunschweig am 21.8.1935 anläßlich des 700jährigen Bestehens in den Gau Ostfalen zu verwandeln.

Hier wird offen an die Dankbarkeit Hitlers appelliert, der sich durch die Schaffung eines Gaus Ostfalen für die Einbürgerung erkenntlich zeigen und die geplante Reichsreform an dieser Stelle ändern möge. Die Verdienste Braunschweigs für die NS-Bewegung müßten durch eine eigene Gauleitung belohnt werden. Auch wenn Hitler die öffentliche Diskussion dieses Themas verboten hat, so war Klagges doch insofern erfolgreich, als die Umsetzung der Reformpläne in der Schwebe gehalten wurde. Mindestens Ministerpräsident konnte er bis 1945 bleiben mit unklarer Kompetenzabgrenzung gegenüber dem Gauleiter von Südhannover-Braunschweig und dem Statthalter in Dessau.

28.12.1934

Brandes wird im Dienststrafverfahren vom Ober- zum Justizinspektor degradiert und mit einer Geldstrafe belegt.

Obwohl Brandes als DVP-Abgeordneter 1932 mit zu den bürgerlichen Steigbügelhaltern gehörte.

1935

Mast ändert den Markennamen seines Likörs „Hubertusbitter“ in „Jägermeister“.

Die Vermutung lautet, daß er diesen Namen aus dem neuen Reichsjagdgesetz vom 3.7.1934 abgeleitet hat. Es gibt Indizien, daß diese Änderung nicht ohne Kenntnis und Billigung des „Reichsjägermeisters“ Göring vorgenommen worden ist. Zu dessen Jagdrevieren gehörten die Wälder um Braunschweig und Wolfenbüttel. In der braunschweiger Buchhorst wurde zudem der „Reichsjägerhof“ mit zugehörigem „Göringbahnhof“ für den Sonderzug des „Reichsjägermeisters“ angelegt. Im 2. Weltkrieg wurde der Jägermeister von den Soldaten „Göring-Schnaps“ genannt. Der Vorgang ist ein weiteres Indiz, daß führende Vertreter der braunschweiger DVP (Heimbs, Wessel, Mast) sich opportunistisch der NSDAP zuwenden, auch wenn sie vor dem Hintergrund ihrer Mitgliedschaft in einer Freimaurer-Loge eher keine überzeugten Nationalsozialisten gewesen sein dürften.

Anfang 1935

Finanzminister Alpers versucht, Küchenthal zum Rücktritt zu bewegen.

So lautet jedenfalls die Behauptung Küchenthals in Küchenthal 1969, Bd. II, S. 55ff. Anschließend wird Küchenthal von Alpers und Klagges mehrfach durch Ordnungsstrafen mit diversen Begründungen unter Druck gesetzt. Küchenthal wehrt sich, indem er bei diversen Berliner Dienststellen, am Ende sogar bei Hitler persönlich, zu intervenieren sucht. Der Konflikt wird erst ein Jahr später beendet und endet mit einem Erfolg Küchenthals.

18.1.1935

Küchenthal schreibt an OGR Hoffmeister, um dem Druck, der auf ihn ausgeübt wird, zu begegnen. Er bittet Hoffmeister um Vermittlung, von Alpers empfangen zu werden.

Zu seiner Verteidigung betont er die wesentliche Rolle, die er bei der Einbürgerung Hitlers gespielt habe: „…dass ich an der Einbürgerung unseres Führers wesentlichen Anteil habe. Ich habe, sobald bei mir der Wunsch der Partei nach Einbürgerung unseres Führers bekannt wurde, in einer Reihe von Verhandlungen mit den verschiedensten Stellen hier und in Berlin mich bemüht, alle Schwierigkeiten, die sich entgegenstellten, zu übertwinden und habe insbesondere, nachdem ich nächtlicherseits mit Herrn Ministerpräsidenten Göring und Herrn Reichsminister Frank verhandelt hatte, und ferner nach einer gemeinschaftlichen Fahrt mit Herrn Ministerpräsident Görinmg nach Berlin, trotz schwerer Erkrankung meinerseits an Gallenblasenentzündung, rechtzeitig in Berlin die letzten Schwierigkeiten überwunden und davon federführend in meinem damaligen Ressort als Erster ohne Mitwirkung der zuständigen Referenten die Ernennungsurkunde des Führers vollzogen. Ich brauche nicht zu betonne, daß mich ein Gefühl ungeheuren Stolzes beseelt, dass auch ich mein Scherflein zur Errichtung des Dritten Reiches habe beitragen können.“

Diese Aussage ist das komplette Gegenstück zu Küchenthals Verhalten im Febnruar 1932 bzw. nach 1945 zu seinen Aussagen in den Entnazifizierungsverfahren. Küchenthal ist nicht mehr der Bedenkenträger, der sich vor allem persönlich absichern will, und auch nicht der Erfüllungsgehilfe der Landtagsfraktion, sondern derjeneige, der die Einbürgerung Hitlers wesentlich ermöglich hat. Klagges, Zörner, Roloff u.a. Mitwirkende treten völlig in den Hintergrund. Auch wird die politische Bedeutung des Vorgangs betont, die später von Küchenthal u.a. gerade bestritten wird. Küchenthal wird der Brief später vorgehalten werden. Er wird dann beahpten, ihn nur geschrieben zu haben, um seine Position zu retten. Der Gesamteindruck lautet, daß Küchenthal sich immer opportunistisch verhalten und sein Mäntelchen immer nach dem Wind gedreht hat.

21.1.1935 (oder 31.5.1935)

Eine weitere Denkschrift des Braunschweigischen Staatsministeriums zur Reichsreform „Denkschrift über das Staats-, Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben sowie die Finanzen des Landes Braunschweig“ (303 S.) wird dem Reichsinnenminister vorgelegt. Laut Vorwort besteht das Werk aus 3 Bänden (Denkschrift, Tabellenwerk und Kartenwerk).

Ein Exemplar des hektographierten Manuskripts (Bd. 1) befindet sich in der Bibliothek der TU Braunschweig. Das Manuskript muß im Laufe des Jahres 1934 entstanden sein, auf jeden Fall nach dem 16.6.1933, da die Daten der Volkszählung (512 989 Einwohner), die an diesem Tag stattgefunden hat, verarbeitet werden (ebd. S. 2). Es handelt sich um eine umfassende statistische Präsentation des Landes Braunschweig, bei der viele Fachleute mitgearbeitet haben müssen, und liefert eine Zustandsbeschreibung des Landes ***vor*** *Einsetzen des Modernisierungsschubs der NS-Zeit. Ein zentrales Problem ist die zu geringe Bevölkerungszahl, da der Entwurf zur Reichsreform von Gauen ausgeht, die mindestens 2 Millionen Einwohner haben. Das Manuskript will dennoch die Begründung liefern, warum die Stadt Braunschweig der Mittelpunkt eines historisch gewachsenen Raumes in jeder Hinsicht ist, der durch einen Gau „Ostfalen“ seinen organisatorischen Ausdruck finden würde. Der Autor bzw. Koordinator der vielen Einzelbeiträge ist Wilhelm Müller.*

Klagges läßt in seinem Bestreben, einen Gau Ostfalen als Nachfolger des Landes Braunschweig zu konstruieren, nicht nach, obwohl es seit Dezember 1933 Signale aus Berlin gegeben hat, das Thema ruhen zu lassen. Möglicherweise wächst der Unmut Hitlers bzw. Fricks

über die Aktivitäten von Klagges. Da Klagges auf dem Top down-Weg (Denkschriften und Apell an Hitlers Dankbarkeit) nicht weiter kommt, verlegt er sich seitdem auf einen Bottom up-Prozeß. Die Bedeutung Braunschweigs wird durch diverse Initiativen aufgewertet. Soweit es dabei Standortkonkurrenz zu anderen Regionen gibt, wird an Hitler appelliert bzw. wird Göring als Interessenvertreter Braunschweigs installiert.

30.1.1935

Neufassung des Reichsstatthaltergesetzes, nach der Reichsstatthalter auch Landesregierungen führen können.

11.2.1935

Küchenthal erhält als Staatsbankpräsident von Klagges und Alpers eine Ordnungsstrafe von 300 RM.

Es geht um Meinungsverschiedenheiten bei der Gewinnermittlung der Braunschweigischen Staatsbank. Küchenthal habe gegen das im Programm der NSDAP geforderte Gebot zur „Brechung der Zinsknechtschaft" verstoßen. Vgl. dazu die Aktennotiz von Küchenthal vom 24.8.1934. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

19.2.1935

Küchenthal versucht, bei Reichsinnenminister Frick gegen die Verhängung der Ordnungstrafe zu intervenieren.

6.3.1935

Loeper rügt Klagges (gedeckt durch Hitler), daß dieser sich in die Reichsreform einmische.

Dies scheint die Reaktion auf die zweite Denkschrift zu sein.

14.3.1935

Innenminister Frick versendet ein Rundschreiben, in dem das Verbot der öffentlichen Diskussion der Reichsreform bestätigt wird.

Klagges konnte seitdem nur noch taktisch reagieren durch Gründung von NS-Institutionen, repräsentative Bautätigkeit, Industrieansiedlung und Siedlungsbau, um die Bedeutung der Stadt faktisch aufzuwerten und zugleich die Bevölkerungszahl zu steigern. In diesem Zusammenhang ist der Titel „Deutsche Siedlungsstadt" zu sehen. Auch die Standortfrage der Reichswerke, des VW-Werks, der NIEMO u.a. ist in diesem Zusammenhang zu sehen, da die Ansiedlung neuer Arbeitskräfte auf braunschweiger Stadtgebiet die Bevölkerung wachsen läßt. Weil er bei Hitler auf Widerstand stieß, suchte Klagges die Gunst Görings und Rusts durch Bauten bzw. deren Benennung (Reichsjägerhof, Hermann Göring-Werke, Bernhard Rust-Hochschule) zu gewinnen. Hitler präferierte einen Kompromiß, der die Selbständigkeit

Braunschweigs bewahrte, aber die Schaffung eines neuen Gaus Ostfalen ablehnte. Angeblich wollte er das Problem Hannover-Braunschweig „nach dem Endsieg“ lösen. Auch die geplante Hermann-Göring-Stadt (heute Salzgitter-Lebenstedt) hätte als Gauhauptstadt in Frage kommen können.

19.3.1935

Frick antwortet Küchenthal ausweichend.

16.4.1935

Küchenthal versucht, bei Reichsbankpräsident Schacht zu intervenieren.

18.4.1935

Schacht läßt sich durch seine Sekretärin verleugnen.

Küchenthal behauptet später in seinem Entnazifizierungsverfahren, daß Klagges seine Entlassung bei Hitler durchsetzen wollte, Schacht sich aber im Vortrag bei Hitler für Küchenthal eingesetzt habe. (3 Nds 92/1 Nr. 84870, Bd. 2). Angesichts der reaktion von Schacht erscheint das unglaubwürdig. Den Konflikt mit Klagges wird Küchenthal später als Beleg anführen, daß er eine Art Widerstandkämpfer gewesen sei.

1.5.1935

Laut eigener Aussage tritt Küchenthal erst jetzt in die NSDAP ein, um sich vor weiterem Druck durch Alpers und Klagges zu schützen. (Küchenthal 1973, Bd. II, S. 16)

Dann hätte er vor dem OPG als Nichtparteimitglied ausgesagt.

5.5.1935

Klagges lädt Göring und Kerrl (Peine) nach Braunschweig ein, um die Pläne zur Umgestaltung des Doms vorzustellen.

14.5.1935

Küchenthal versucht, bei Hitler persönlich wegen seiner Bestrafung zu intervenieren.

22.5.1935

Staatssekretär Lammers erteilt einen abweisenden Bescheid. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

6.6.1935

Schmidt-Bodenstedt wird Ministerialrat im Reichs- und Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter Minister Rust in Berlin.

7.6.1935

Gründung der Niedersächsischen Motorenwerke (NIEMO) in Braunschweig-Querum als 100prozentige Tochter von Büssing in der Absicht, Flugzeugmotoren zu fertigen.

20.6.1935

Küchenthal bittet um einen Termin beim Reichsstatthalter in Dessau.

16.7.1935

Hans Kerrl wird Reichsminister für kirchliche Angelegenheiten.

Dies kann als Affront gegen Klagges Kirchenpolitik gewertet werden. Kerrl stammt aus Peine.

16./17.7.1935

Letzter heimlicher Blitzbesuch Hitlers in Braunschweig im Hotel Lorenz, um Klagges zum Rapport zu bestellen und lautstark zurechtzuweisen. Der Besuch wird publik und muß zum offiziellen Besuch umfunktioniert werden. Hitler besichtigt den umgestalteten Dom und besucht die Mustersiedlung Lehndorf. Die dort vorgesehene und von Hitler mißbilligte Kirche im Zentrum wird durch das Aufbauhaus ersetzt. Hitler finanziert später die Ausgestaltung der Gruft für Heinrich den Löwen.

Der Konflikt Hitler – Klagges wird offensichtlich. So lautet jedenfalls eine von Roloff jun. aufgestellte und in der Literatur übernommene These, für die aber eindeutige Belege fehlen. (so auch die Einschätzung von Ludewig im Schreiben am 15.1.2014) Klagges ist immerhin weiter in der Lage, zahlreiche Großprojekte nach Braunschweig zu ziehen, was gegen ein schlechtes Verhältnis zu Hitler spricht. Bis in die 1940er Jahre soll er mehrfach Anliegen direkt bei Hitler vorgetragen haben. In seinem Manuskript „Im Umgang mit Adolf Hitler“ von 1970 spricht Klagges nur von Meinungsverschiedenheit, nicht aber von einem Zerwürfnis. Klagges versichert sich jedenfalls der Unterstützung von Göring (Reichsjägerhof, Reichswerke etc.), was wiederum für ein gespanntes Verhältnis zu Hitler spricht.

12.9.1935

Der Dekan der Kulturwissenschaftlichen Abteilung, Karl Hoppe, informiert den Rektor über die Probleme mit Berger. Dieser habe keine Veröffentlichungen aufzuweisen und trage permanent Konflikte mit den Kollegen der Abteilung aus.

18.9.1935

Ein Erlaß des Reichserziehungsministeriums beendet die universitäre Volksschullehrerausbildung.

Die Gründung der Bernhard Rust-Hochschule (BRH) 1937 und die Verlagerung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung 1937 war in Braunschweig die Konsequenz.

26.9.1935

Küchenthal erhält von Klagges und Alpers eine zweite Ordnungsstrafe von 300 RM.

Danach soll Küchenthal nach Aussage des Sohnes (vom Januar 2014) einen Selbstmordversuch begangen haben. Küchenthal ist allerdings gegen die Ordnungsstrafe in Berlin vorgegangen, was nicht für einen Selbstmordversuch spricht.

Oktober 1935

Berufung von Herzig durch Klagges.

Selbstmord von Moog

23.10.1935

Tod von Reichsstatthalter Loeper. Nachfolger werden Fritz Sauckel (1935-1937) und Rudolf Jordan (1937-1945).

Klagges hoffte auf die Nachfolge, wurde aber nicht berücksichtigt. Dies kann als weiteres Indiz gewertet werden, daß Klagges nicht mehr in der Gunst von Hitler steht.

11.11.1935

Küchenthal erhebt Einspruch gegen die Bestrafung durch das Braunschweigische Staatsministerium vom 26.9.1935. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

14.11.1935

Zörner heiratet seine zweite Frau Hildegart, geb. Schack. (Stadtarchiv Dresden, Mitteilung vom 3.6.2014)

Die 2. Ehe wird 1944 geschieden. Seine zweite Frau stirbt 1985.

26.2.1936

Der Reichswirtschaftminister hebt den Beschluß des Braunschweigischen Staatsministeriums vom 26.9.1935 gegen Küchenthal auf.

Küchenthals Interventionen bei den diversen Berliner Instanzen haben sich am Ende ausgezahlt. Steht er unter dem persönlichen Schutz Hitlers? Spielt das ambivalente Verhältnis Hitler-Klagges eine Rolle?

8.5.1936

Die Deutsche Bücherei in Leipzig fordert von Klagges ein Belegexemplar seiner Denkschrift „Braunschweig in der Reichsreform“. Die Zusendung wird verweigert.

Klagges wird vorsichtig.

25.5.1936

Herzig wird Nachfolger von Horrmann als Rektor der TH.

Herzig ist seit 1931 NSDAP-Mitglied und tritt rücksichtsloser als Horrmann auf, der sich noch den alten Ordinarienkollegen verbunden fühlte.

22.6.1936

Herzig ernennt einen neuen Senat. Berger wird Dekan der Abt. für Kulturwissenschaften und Senatsmitglied.

August 1936

Hitler verfaßt eine Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans. Darin geht es u.a. um die Selbstversorgung Deutschlands im Bereich der Brennstoff-, der Kautschuk-, der Eisen- und Stahlindustrie.

Darin heißt es: „Es ist weiter notwendig, die deutsche Eisenproduktion auf das außerordentlichste zu steigern. Der Einwand, daß wir nicht in der Lage seien, aus dem deutschen Eisenerz mit 26 % Gehalt ein ähnlich billiges Roheisen zu erzeugen, wie aus dem 45%igen Schwedenerzen usw. ist belanglos, weil uns ja nicht die Frage gestellt wird, was wir lieber tun wollen, sondern nur, was wir tun können. Der Einwand aber, daß in dem Fall die ganzen deutschen Hochöfen umgebaut werden müßten, ist ebenfalls unbeachtlich, und vor allem geht das das Wirtschaftsministerium nichts an. Das Wirtschaftsministerium hat nur die nationalwirtschaftlichen Aufgaben zu stellen, und die Privatwirtschaft hat sie zu erfüllen. Wenn aber die Privatwirtschaft glaubt, dazu nicht fähig zu sein, dann wird der nationalsozialistische Staat aus sich heraus diese Aufgabe zu lösen wissen.“ (Hitlers Denkschrift 1936, S. 209)

Die Denkschrift demonstriert die ökonomischen Unkenntnisse Hitlers, zeigt aber, daß er mit der Erzsituation im Salzgittergebiet im Vergleich zu den importierten Erzen aus Schweden vertraut war. Die Konsequenz, den Widerstand der deutschen Hüttenindustrie durch einen Staatskonzern und die verordnete Abgabe der Lagerstätten zu brechen, wird angedeutet. Die Kritik an Wirschaftsminister Schacht ist unverholen.

Göring wurde anschließend mit der Verantwortung für den Vierjahresplan betraut nicht aufgrund seiner Wirtschaftskenntnisse, sondern aufgrund der Fähigkeit, die Ziele des Vierjahresplans als Machtpolitiker durchzusetzen. Insofern war Hitler zumindest indirekt in die Gründung der Reichswerke und der zugehörigen Stadt eingebunden. Die Selbstversorgung mit Brennstoffen und Kautschuk auf synthetischer Basis ist nicht nur militärisch, sondern auch im Kontext des Volkswagenprojekts und des Autobahnbaus zu sehen, da hier Voraussetzungen für die angestrebte „Volksmotorisierung" geschaffen werden.

9.9.1936

Verabschiedung des neuen Vierjahresplans.

Der von Göring verantwortete Vierjahresplan zielte auf Autarkie im Bereich der Grundstoffindustrien ab und stand im Gegensatz zu der von Schacht verfolgten Wirtschaftspolitik, Deutschland wieder stärker in die internationale Arbeitsteilung einzubinden. Die Umsetzung des Vierjahresplans wurde vor allem durch den Staatskonzern der Reichswerke, dessen Tochterfirmen seit 1938 auf immer mehr Länder ausgedehnt wurden, und die I.G. Farben realisiert. Der Vierjahresplan und die Gründung der Reichswerke waren Ausdruck des Mißtrauens der NS-Führung gegen vergleichsweise liberale Wirtschaftsführer wie Schacht oder die Ruhrindustriellen. Die Göring unterstellten Staatsbetriebe, die faktisch von Körner, Kepler, Kehrl, Pleiger und Voss geleitet wurden, sollten einen Rüstungskomplex aufbauen, der als Grundlage der militärischen Expansion gedacht war (vgl. dazu Overy 1983).

18.10.1936

Verordnung zur Durchführung des Vierjahresplans durch Hitler. Er beauftragt Göring zum Verantwortlichen für den Vierjahresplan.

28.10.1936

Rede Görings über die Aufgaben des Vierjahresplans im Berliner Sportpalast.

Die Rede wird in der Zeitschft „Der Vierjahresplan" abgedruckt. Darin werden die Autarkiepolitik und die Aufschließung neuer Erzlagerstätten angekündigt.

3.11.1936

Klagges veröffentlicht „Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung" bei Diesterweg in Frankfurt. Diese Luxusausgabe (Ziegenleder, Goldprägung etc.) mit VII + 441 Seiten trägt den Druckvermerk: „Diese Schrift wird der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden sowie den außerparteilichen Organisationen und Körperschaften

zur Anschaffung empfohlen. Berlin, 3. November 1936. Amt für Schrifttumspflege bei dem Beauftragten des Führers für die gesamte geistige und weltanschauliche Erziehung der NSDAP.“ Außerdem gibt es eine kalligraphisch ausgeführte und von Klagges handschriftlich signierte Widmung: „Rudolf Hess dem Vertrauten des Führers und getreuen Wächter der Bewegung in Verehrung und Dankbarkeit gewidmet Weihnachten 1936“.

Klagges erscheint mit dem Band als Chefideologe der nationalsozialistischen Weltanschauung. Es steht zu vermuten, daß der Inhalt des Bandes in etwa das wiedergibt, was Klagges bei der Hitler-Professur für „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ im Sinn gehabt hat. Warum widmet er den Band Heß und nicht Hitler? Wofür ist Klagges Heß dankbar? Besteht ein Zusammenhang zu dem Umstand, daß Klagges von Hitler bei der Nachfolge Loeper übergangen worden ist? Sucht Klagges Heß als Verbündeten bei der Reichsreform zu gewinnen?

4.12.1936

Herwig, Hoppe, Koßwig und Roloff führen offizielle Beschwerde gegen Berger.

1.4.1937

Berger, Hoppe und Roloff werden kommissarisch an die (BRH) versetzt, behalten aber ihre Professuren an der TH.

April 1937

Beginn der Planung für die Reichswerke durch Göring, Pleiger und den amerikanischen Ingenieur Brassert

23.5.1937

Eröffnung der BRH. Die Lehrerausbildung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung wird aus der TH ausgegliedert. Berger wird Kommissarischer Direktor der BRH.

Es existiert ein zwanzigminütiger Stummfilm der Einweihung der BRH von Werner Keiner, der im Nieders. Staatsarchiv in Wolfenbüttel aufbewahrt wird.

Roloff u.a. wehren sich gegen die Verlagerung der Kulturwissenschaftlichen Abteilung. Auch Klagges war gegen die Auslagerung der Lehrerbildung, mußte sich aber dem Willen Rusts beugen. Die Lehrerbildung war erst 1927 auf Betreiben Roloffs von der Regierung Marquordt in die TH eingegliedert worden.

28.5.1937

Gründung der Gesellschaft zur Vorbereitung des Volkswagens (GEZUVOR) mit den Geschäftsführern Ferdinand Porsche, Jakob Werlin und Bodo Lafferentz.

11.6.1937

Zörner wird auf Anordnung des sächsischen Innenministers Karl Fritsch, beauftragt von Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen Martin Mutschmann, als Oberbürgermeister von Dresden entlassen. Frick verwendet sich vergeblich für Zörner. Zörner wendet sich in einer Denkschrift an das OPG in München gegen seine Entlassung.

Hermann vermutet als Grund, daß der in Dresden populäre Zörner als Symbolfigur des „nationalsozialistischen Aufbaus in Konflikt mit Mutschmann geraten ist. (Hermann 2014, Ellrich 2008, S. 26) Eine andere These lautet, daß ihm, wie zuvor in Braunschweig, 1936/37 finanzielle Unregelmäßigkeiten vorgeworfen wurden. Evtl. wurde der Vorwurf aber nur konstruiert, um Mutschmann einen Vorwand zu liefern, Zörner zu entlassen.

16.6.1937

Göring eröffnet den widerstrebenden Ruhrindustriellen in einer Sitzung im Reichsluftfahrtministerium, daß die Reichswerke im Salzgittergebiet ohne Rücksicht auf die Kosten gebaut werden.

Ende Juni 1937

Hitler entscheided im Konflikt Mutschmann – Zörner zugunsten von Mutschmann, wünscht aber für Zörner eine angemessene „Weiterverwendung“. (Hermann 2014)

Damit hat sich Hitler wieder erkenntlich gezeigt.

13.7.1937

Klagges rügt alle Beteiligten im Konflikt Berger vs. Herwig, Hoppe, Koßwig und Roloff.

15.7.1937

Beschluß zur Gründung der Reichswerke im Ratskeller des Städtchens Salzgitter (heute Salzgitter-Bad)

16.7.1937

Vertrag zur Gründung der Reichswerke

Hitler soll im Unterschied zur Gründung des VW-Werks weniger direkt beteiligt gewesen sein. (so Forndran 1984). Klagges wollte erreichen, das die Reichswerke auf braunschweigischem und nicht auf preußischem Gebiet angesiedelt werden (Forndran 1984, S. 170). Vorgeschlagene Standorte waren Hämelerwald, Sierße, Liedingen-Bodenstedt und Beddingen, die z.T. auf preußischem Gebiet gelegen hätten. Zwischen den Dörfern Liedingen und Bodenstedt ist später das „Scheinwerk“ errichtet worden, eine Atrappe, um die alliierten Bombenangriffe abzulenken. Im Unterschied zum Volkswagenwerk war die Standortfrage durch die Erzlager-

stätten vorbestimmt. Eine Faustregel lautet: Je ärmer das Erz, desto eher muß aus Kostengründen die Kohle zum Erz gebracht werden und nicht umgekehrt. Laut Meyer 1999, S. 88, soll Pleiger die Standortentscheidung getroffen haben. Von ihm soll auch die Idee mit der Namensgebung „Herman Göring“ getammt haben, um Göring damit zu ködern. (ebd. S. 85).

25.7.1937

Den Ruhrindustreillen wird die Gründung der Reichswerke mitgeteilt, die von dem Beschluß überrascht sind.

Reichswirtschaftsminister Schacht und die Ruhrindustrie opponieren gegen den Beschluß aus wirtschaftlichen Überlegungen, Kompetenzstreitigkeiten und Konkurrenzangst.

17.9 1937

Hitler entscheided, das VW-Werk und die zugehörige Musterstadt bei Fallersleben auf preußischem Gebiet und nicht auf braunschweiger Gebiet zu bauen. Braunschweig erhält das Vorwerk an der hamburger Straße.

Hitler verstand sich als Schutzpatron des VW-Werks. Klagges hatte Lafferentz, der sich an ihn in der Frage der Standortwahl gewendet hatte, über die Zugehörigkeit von Fallersleben zu Osthannover nicht aufgeklärt. (Mommsen/Grieger 1996, S. 156) Klagges hatte gehofft, daß Braunschweig bei der Standortentscheidung berücksichtigt würde. Roloff jun. wertet die Entscheidung als weiteren Affront gegen Klagges. Immerhin erhielt das nahe zu Braunschweig gelegene Fallersleben den Vorzug vor den Standortvarianten Fürstenwalde-Starkow bei Berlin, Stendal – Tangermünde an der Elbe, Angemünde (Oderkreis), Mannheim und Regensburg. Pleiger war vehement gegen Fallersleben wegen der befürchteten Konkurrenz um Arbeitskräfte mit den Reichswerken.

24.8.1937

Der Vorsitzende der Vereinigten Stahlwerke, Röchling, legt den Führern der Ruhrindustrie eine Denkschrift vor, die Göring als Kampfansage wertet.

Viele Werksdirektoren verweigern die Unterschrift unter die Denkschrift, da Göring am Tage zuvor Flick, Klöckner, Krupp, Röchling, Wolff u.a. telegraphisch gewarnt und mit KZ gedroht hat (Riedel 1992, S. 60). Das Scheitern des Widerstands von Schacht und Röchling leitet die Kommandowirtschaft in der deutschen Schwerindustrie ein. Schacht kündigt zwei Tage später seinen Rücktritt an, geht 10 Tage später in Urlaub und wird im November 1937 offiziell als Wirtschaftsminister entlassen.

4.10.1937

Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte

Das Gesetz war die Grundlage der seitdem beginnenden Stadtplanungen und hat auch die Planung für die Umgestaltung der „Führerstädte“ beeinflußt.

3.11.1937

Die Landesplanungsgemeinschaft, Bezirksstelle Braunschweig macht den Planungsvorschlag „Braunschweig und die Reichswerke Hermann Göring“.

Hiermit sollte im Sinne von Klagges eine Stadt im Süden von Braunschweig mit Anbindung an Braunschweig und Wolfenbüttel gebaut werden, um auf diese Weise die Stadt Braunschweig auszudehnen (Schneider 1992 S. 171).

7.11.1937

Besuch Görings im Salzgittergebiet zur endgültigen Standortbestimmung der Reichswerke bei Watenstedt und Bau eines Stichkanals zur Anbindung an den Mittellandkanal. Geplant ist der Bau des größten Stahlwerks der Welt mit 32 Hochöfen in 4 Gruppen zu 8 Hochöfen. Bis Kriegsende sind nur 10 in Betrieb gegangen. 2 weitere waren im Bau.

„Angeblich war letztlich sogar die Tatsache ausschlaggebend, daß Klagges durch die Ernennung Hitlers zum braunschweigischen Regierungsrat dessen Wahl zum Reichskanzler ermöglicht hatte.“ (Schneider 1978, S. 59; vgl. auch Schneider 1992, S. 166f.) Auch wenn die Aussage von Schneider z.T. unsinnig ist, so stellt er doch einen möglichen Zusammenhang her. Zwar war Göring bei den Reichswerken, anders als Hitler beim VW-Werk, die entscheidende Person, doch hat auch Göring bei Hitlers Einbürgerung mehrfach aktiv mitgewirkt und möglicherweise auch Dankbarkeit für die Lösung der für die ganze Partei wichtigen Einbürgerung gezeigt.

Auf jeden Fall hatte sich Klagges bei der Standortbestimmung der Reichswerke durchgesetzt (Forndran 1984, S. 173), obwohl sachliche Gründe für Hämelerwald (kein Stichkanal nötig, Sandböden statt fruchtbare Börde wie im Salzgittergebiet) sprachen. Nicht durchsetzen konnte sich Klagges mit der Standortwahl für die zugehörige Stadt. Hier gab es fünf (bzw. 8) Vorschläge. Er wollte eine Großsiedlung im Süden von Braunschweig im Raum Thiede, Steterburg, Broitzem, Rüningen, um die Einwohnerzahl der Stadt Braunschweig zu steigern und seinem Ziel der Gauhauptstadt näher zu kommen. Der Stadtplaner Rimpl lehnte ab, weil der vorherrschende Westwind die Abgase des Werks in die Siedlung geblasen hätte. Pleiger favorisierte ebenfalls den Bau einer neuen Stadt, um sich in der Konkurrenz um Arbeitskräfte gegen Wolfsburg durch ein attraktives Siedlungsangebot zu behaupten.

Hinter der Neugründung stand womöglich auch die auf den eitlen Göring zurückgehende Idee, „seine“ Stadt in Konkurrenz zu Braunschweig und Hannover zu positionieren und nach Kriegsende im Zuge der Umsetzung der Reichsreform die Stadt der Reichswerke zur Hauptstadt eines noch zu definierenden Gaues bzw. einer Provinz Niedersachsen zu machen.

9.12.1937

Gründung der „Wohnungsgesellschaft der Reichswerke Hermann Göring Braunschweig“, die mit dem Bau der neuen Großstadt beauftragt ist. Geplant ist eine Stadt mit 135.000 Einwohnern, die in der Endstufe 250.000 Einwohner haben soll. (Bergemann 1964, S. 13)

10.12.1937

Klagges hält vor der Industrie- und Handelskammer die Rede „Die Reichswerke Hermann Göring, eine neue Eisenindustrie bei Braunschweig“.

Der Grundtenor lautet, daß die Reichswerke den schwerindustriellen Kern eines neuen Industriestandorts in der Region bilden sollen mit Koppelungseffekten für viele andere Betriebe aus der Metallindustrie. Zugeordnet werden soll eine neue Siedlung für ca. 100.000 Menschen zwischen Braunschweig und Wolfenbüttel mit entsprechender Infrastruktur (Eisenbahn, neuer Durchgangsbahnhof, Nord-Süd-Autobahn, Stichkanal etc.). Braunschweig würde so das Zentrum einer Großregion. Es fehlt nicht der Verweis auf Hitlers Wirtschaftsberater Keppler, den von Hitler veranlaßten Vierjahresplan, die Rolle Görings und die außerordentliche Siedlungspolitik. Die Rede muß im Kontext der Reichsreform und der diversen Klagges-Denkschriften gesehen werden. Es handelt sich um eine prägnante Formulierung der Entwicklungsvorstellungen von Klagges für die Region Braunschweig.

11.12.1937

Hitler werden die Pläne zum Bau des VW-Werks erstmals vorgelegt. Lafferentz informiert Hitler, daß zusätzlich zu dem VW-Werk die Gründung einer Stadt geplant ist. Peter Koller legt Hitler die Pläne zur Stadtgründung vor.

So die Aussage von Forndran 1984, S. 137 und 166, die von der Aussage Mommsen/Grieger 1996, S. 156 abweicht.

15.12.1937

Erster Spatenstich zum Bau der Reichswerke.

17.12.1937

Hitler stimmt den Plänen zum Bau des VW-Werks zu.

1938

Zörner wird Präsident und Betriebsführer der Durchführungsstelle für die Neugestaltung der Reichshauptstadt und Stellvertreter des Generalbauinspektors für Reichshauptstadt. Albert Speer

Vermutlich hat Hitler den Posten vermittelt. Offenbar hat Zörner seine Wohnung in Dresden beibehalten.

17.1.1938

Endgültige Standortentscheidung des VW-Werks bei Fallersleben nach Entscheid Hitlers (Forndran 1984, S. 166, Schneider 1978, S. 38)

Auch Pleiger hatte sich für einen Standort in der Nähe der reichswerke stark gemacht, weil er das VW-Werk mit Stahl beliefern wollte. Auf diese Weise nahm ein großer industrieller Verbundkomplex Konturen an, der die Region um Braunschweig zu einem hochmodernen industriellen Zentrum Deutschlands machen sollte.

Februar 1938

Baubeginn des „Vorwerks“ in Braunschweig, in dem die Facharbeiterausbildung stattfinden und Komponenten für das Hauptwerk gefertigt werden sollen.

11.3.1938

Deutscher Einmarsch in Österreich

12.3.1938

Hitlers Rede auf dem Hauptplatz in Linz.

Hitler soll, beeindruckt durch den Jubel der Bevölkerung bei seiner Autofahrt von Passau nach Linz, in der Nacht vom 12. auf den 13.3 spontan entschieden haben, keine Föderation mit Österreich einzugehen, sondern Österreich dem Deutschen Reich regelrecht einzugliedern (Mayrhofer 2002, S. 333). Damit widersprach er der österreichischen NSDAP, die die Autonomie Österreichs bewahren wollte. So hat er auch dem Drängen Görings nachgegeben, der die Ressourcen (Erz), Arbeitskräfte und Industrien Österreichs für seinen „Vierjahresplan“ dringend benötigte.

13.3.1938

„Anschluß“ Österreichs an das Deutsche Reich

Hitler erklärt, der Stadt Linz bei der Lösung ihrer wirtschaftlichen Probleme zu helfen.

15.3.1938

Hitler ordnet an, daß der Vierjahresplan auch für Österreich Gültigkeit hat.

25.3.1938

Göring kündigt an, Linz zu einem Standort der Reichswerke zu machen.

Dieser Standort soll das für Franken vorgesehene Zweigwerk der Reichswerke ersetzen. Auf dem Werksgelände wird das größte deutsche Panzerwerk errichtet.

28.4.1938

Hitler bestimmt nach anfänglichem Zögern wegen der großen Nähe zur Stadt Linz das Dorf St. Peter als Standort der Linzer Reichswerke. (Löhr 2013, S. 94)

Im Unterschied zu Salzgitter ist Hitler bezüglich der Planung der Reichswerke in Linz und aller daraus resultierenden Bauten in und um Linz (Wohnungsbau, Infrastruktur) laufend auch in kleine Details unmittelbar eingebunden. Hitler beabsichtigt, die „Führerstadt" Linz nicht nur architektonisch und kulturell gegenüber dem ihm verhaßten Wien aufzuwerten, sondern Linz auch zu einem schwerindustriellen und Rüstungsstandort sowie Verkehrsknotenpunkt auszubauen. Insofern war Linz neben Wolfsburg und Braunschweig/Salzgitter der dritte Standort, der in der Zeit des Nationalsozialismus einen beträchtlichen Modernisierungsschub erfahren hat. In Linz ist in den wenigen Jahren seit 1938 insbesondere der Wohnungsbau massiv vorangetrieben worden, der sich bis heute in dem immer noch gebräuchlichen Begriff „Hitlerbauten" niederschlägt. Auch während des Krieges wurde in Linz im Unterschied zu den anderen Regionen die Bautätigkeit nicht eingestellt. (Löhr 2013, Mayrhofer/Schuster2002; Hitlerbauten 2012).

Gemeinsam sind Linz und Region Braunschweig der persönliche Bezug zu Hitlers Biographie. Pikant ist, daß Hitler 1925 in Linz ausgebürgert und 1932 in Braunschweig eingebürgert wurde!

4.5.1938

Gründung der Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten „Hermann Göring" in Linz als Tochter der Reichswerke

Für den Standort Linz sprachen sachliche Gründe (Donau, Erzvorkommen der Steyermark). Pleiger hat vehement für Linz als österreichischer Standort der Reichswerke plädiert wegen des Erzbergs bei Eisenerz (Tweraser 2002, S. 412). Damit wurde die Förderung des Salzgittererzes überflüssig. Hitler soll sich eher reserviert verhalten haben, weil er Linz als „Führerstadt" zum kulturellen Zentrum ausbauen wollte.

5.5. 1938

Reichsinnenminister Frick schlägt für die Region Braunschweig eine „Gebietsbereinigung" vor, um diverse Rechts- und Kompetenzprobleme zu lösen. Braunschweig soll preußischer Regierungsbezirk bei Vergrößerung um die Kreise Goslar, Zellerfeld und Peine unter Abgabe von Blankenburg, Holzminden und Gandersheim werden. Klagges soll preußischer Oberpräsident in Hannover werden.

Damit wäre Braunschweig als eigenständiges Land verschwunden. Klagges wäre durch die Rangerhöhung abgefunden worden.

Hitler entscheided im Mai 1938 gegen Frick und für die Angliederung des Gebiets der Reichswerke an Braunschweig.

Die Konsequenz ist eine Arrondierung des zersplitterten braunschweiger Territoriums. Die weitere Existenz Braunschweigs gegenüber Hannover ist vorerst gesichert, auch wenn aus Hannover (Oberpräsident Lutze) weiter Pläne zur Einverleibung von Braunschweig geschmiedet werden. Hat Hitler sich erkenntlich gezeigt, indem er die wichtigste Frage für Braunschweig überhaupt, den Erhalt der Eigenständigkeit, garantiert hat? Zu den weiteren Details vgl. Lent 1992.

26.5.1938

Erster Spatenstich zum Bau des VW-Werks durch Hitler. In seiner Rede bezeichnet er die geplante Stadt als vorbildliche Neugründung des Nationalsozialismus. Hitler fährt auf den Klieversberg (geplante Stadtkrone) und läßt sich die Pläne zeigen. (Schneider 1978, S. 41)

Stadtplaner Peter Koller hatte eine Residenz für Hitler auf dem Klieversberg vorgesehen. Bei dieser Gelegenheit soll laut Forndran 1984 der „Führerbefehl" zur Stadtgründung erteilt worden sein. Die Gründung neuer Städte war ein außerordentliches Ereignis. Die letzten Stadtgründungen sind in der 1. Hälfte des 19. Jhds. erfolgt (Bremerhaven 1827, Ludwigshafen 1843 und Wilhelmshaven 1853).

10.6.1938

Die Ausbaupläne von Linz werden erstmals öffentlich vorgestellt.

17.6.1938

Klagges stimmt den Planungen zur Stadt bei den Reichswerken zu.

Womöglich wollte er durch weiteren Widerstand nicht die Gunst von Göring verlieren.

26.6.1938

Küchenthal erhält das silberne Treudienstabzeichen „für 25jährige treue Dienste" durch Staatsminister Meissner, Präsidialkanzlei.

Er wird die Ehrung bei seinen späteren Rechtfertigungen verschweigen.

1.7.1938

Gründung der „Stadt des Kdf-Wagens bei Fallersleben" (bis 25.5.1945 – seitdem Wolfsburg).

DAF-Führer Robert Ley fragt Hitler, ob die Stadt „Adolf Hitler-Stadt" heißen soll. Hitler lehnt ab. (Schneider 1978, S. 43)

Hitler hat von seinem Vornamen Adolf den Namen „Wolf" abgeleitet, den er als Decknamen in der „Kampfzeit" im Winter 1922/23 benutzte. Danach sind die „Wolfsschanze" (Rastenburg), die „Wolfsschlucht" (Eifel) und die „Wolfsgrube" (Frankreich) als Hitlers militärische Hauptquartiere benannt. Evtl. sollte auch der Name „Wolfsburg" darauf hinweisen, der laut Speer schon damals erwogen wurde. (Vgl. Fest 1970, S. 227).

Schneider 1978, S. 43/44 schreibt dazu: „Ob nun Ley für das heutige Wolfsburg denselben Namen vorschlug, ist nicht mehr eindeutig feststellbar. Speer meint sich zwar zu erinnern, daß damals schon der Name Wolfsburg benutzt worden sei, sozusagen als kürzere Form anstelle ´Stadt des KdF-Wagens´, ist sich dessen aber nicht sicher. So besteht also durchaus die Möglichkeit, daß Ley, wie sich Speer zu erinnern meint, den Namen Wolfsburg vorschlug, aber

eine andere Namensverbindung wie z. B. Wolfsberg, wäre ebenso denkbar. In jedem Fall ist es aber ein Kuriosum, daß nach der Einnahme der ´Stadt ohne Name´ die englische Militärverwaltung entsprechend englischer Gepflogenheit den Namen für das Schloß Wolfsburg auf die Stadt übertrug und somit unwissentlich die von Ley beabsichtigte Beziehung zu Hitler herstellte.“

Die Episode macht jedenfalls deutlich, wie intensiv Hitler persönlich in die Gründung von Werk und Stadt eingebunden war.

6.7.1938

Hitler bestimmt den Architekten für die Stadtplanung der „Stadt des KdF-Wagens“.

9.8.1938

Rust entbindet Roloff von dem Auftrag der kommissarischen Wahrnehmung der Dienste eines Professors an der BRH zum 31.7.1938. Stattdessen kehrt Roloff wieder auf seine Professur an der TH zurück.

13.8.1938

Baubeginn der Reichswerke in Linz

Die Standortwahl, in die Hitler persönlich eingeschaltet war, ist unter vier Vorschlägen innerhalb von drei Wochen getroffen worden (Mayrhofer 2002, S. 354). Dies spricht dafür, daß entsprechende Überlegungen schon vor dem „Anschluß“ angestellt worden sind. Nötig waren diverse Infrastrukturbauten (neuer Donau-Hafen, Autobahnanschluß, neue Bahnanlagen). Geplant war auch die Anbindung von Linz an das Ruhrgebiet durch einen Rhein-Main-Donau-Kanal. Außerdem mußte die Stadt durch Eingemeindungen wesentlich erweitert werden, um Platz für die Industrieanlagen und Wohnsiedlungen zu schaffen. Die Bevölkerung sollte von 112.000 (1938) auf ca. 420.000 in der letzten Ausbaustufe anwachsen. Der Werksaufbau ist ein Torso geblieben, da weder das geplante Walzwerk noch das geplante Stahlwerk gebaut wurden. Das Roheisen des Hochofenwerks wurde vor allem für den Guß von Panzerteilen verwendet. Ende 1942 hat Hitler den weiteren Ausbau des Werks gestoppt.

In die Standortwahl der Siedlungen hat sich Hitler persönlich eingeschaltet. Dennoch hat Hitler sich ambivalent verhalten. Der Ausbau von Linz zu einer schwerindustriell geprägten Großstadt, die zusammen mit Salzgitter einen wesentlichen Beitrag zur Realisierung der Autarkiepolitik des Vierjahresplans leisten sollte, konfligierte mit seiner Vorstellung von der Kulturhauptstadt Linz als Gegenpol zu Wien.

1.10.1938

Berger wird an die BRH versetzt und nach C 2 besoldet.

Evtl. gab es auf diese Weise eine Aufwertung seiner a.o. Professur, die ihm an der TH versagt wurde.

14.10.1938

Rudolf Heß bittet den Braunschweigischen Volksbildungsminister nach dessen Anfrage vom 7.6.1938, von einer Abordnung Roloffs an die BRH aufgrund von dessen nicht rückhaltloser nationalsozialistischer Gesinnung abzusehen.

Ein weiteres Indiz für Roloffs latente Opposition. Er wollte allerdings auch nicht versetzt werden.

17.11.1938

Entscheidung für „Standort I“ für die Stadt bei den Reichswerken in Salzgitter durch Göring, nachdem die Pläne und Modelle der diversen Stadtortalternativen im Preußenhaus in Berlin ausgestellt worden sind und Speer und Klagges zugestimmt haben. Geplant ist eine Stadt für 130.000 Einwohner, die mit Nebensiedlungen auf 250.00 ausgebaut werden soll.

10.2.1939

Rede Hitlers an die Truppenkommandeute in der Berliner Krolloper. In dieser Rede erläutert er u.a. die massenpsychologische Wirkung, die die von ihm forcierten Großbauten ausüben sollen. Der funktionale Aspekt, z.B. der Autobahnen, tritt dabei in den Hintergrund. (Hitler 1939, S. 297f)

Die Passage der Rede ist eine Schlüsselstelle zum Verständnis, warum Hitler sich persönlich so intensiv mit der Umgestaltung der „Führerstädte“ und der Gauhauptstädte befaßt hat.

26.2. – 24.5.1939

Speer und Göring legen Hitler die Pläne und Modelle zur Gründung der „Hermann-Göring-Stadt“ vor, die im Modellsaal der Reichskanzlei ausgestellt und von Hitler gebilligt werden (Forndran 1984, S. 140, S. 155, Schneider 1978, S. 77).

Göring verstand sich als Schutzpatron der Reichswerke. Im Gegensatz zu Hitler hat er seinen Namen bei der Stadtbenennung zur Verfügung gestellt. Dies wurde aber von Hitler abgelehnt, so daß der offizielle Namen „Watenstedt-Salzgitter“ lautete. Diese Details unterstreichen, daß Hitler auch mehrfach und unmittelbar mit wichtigen Details der Komplexe Reichswerke und zugehöriger Stadtgründung befaßt war.

25.3.1939

Erlass des Führers und Reichskanzlers über die Neugestaltung der Stadt Linz an der Donau. Roderich Fick wird zum Reichsbaurat für Linz ernannt.

Damit wird Linz als letzte Stadt zur „Führerstadt“ erhoben. Linz soll zur Kulturmetropole in Konkurrenz zu Wien ausgebaut werden. Vorbild ist Budapest. In der Folgezeit wird Fick Schritt um Schritt entmachtet und durch Herman Giesler ersetzt, der die Planung des Donau-

ufers vornimmt. Die letzte Entscheidung in allen Details behält sich Hitler vor (Früchtel 2008, S. 284ff). Die Wohnbebauung orientiert sich an Salzgitter und Wolfsburg.

7.6.1939

Schmidt-Bodenstedt wird Ministerialdirigent in Berlin.

13.7.1939

Göring besichtigt das Gelände der Stadtgründung bei Watenstedt und ordnet Änderungen der Planung an.

An diesem Tag ist womöglich die Idee geboren worden, die neue Stadt nach dem Krieg im Zuge der Umsetzung der Reichsreform zur Gauhauptstadt zu machen. Insbesondere der Planungstand des Jahres 1942 mit den repräsentativen Straßenzügen und Bauten deutet darauf hin. So die These von Stubenvoll 1987.

1.9.1939

Mit dem deutschen Angriff auf Polen beginnt der 2. Weltkrieg.

Kurz zuvor hat sich der amerikanische Ingenieur Brassert, der mit der Planung des Werksaufbaus der Reichswerke beauftragt war, mit seinem Stab aus Deutschland abgesetzt. Pleiger gerät gegenüber Göring massiv unter Druck, der das Scheitern seines Reichswerke-Projekts fürchtet. Pleiger übernimmt deshalb selber den Aufbau der Reichswerke und aquiriert junge deutsche Ingenieure, die die Chance ihres Lebens wittern.

Nach der Besetzung Frankreichs und Norwegens ist die Belieferung mit Erzen aus Schweden und Lothringen gesichert. Der Bezug des Salzgittererzes wird für die Ruhrindustrie unattraktiv. Insofern hat sich die Argumentation der Opposition gegen Göring doch durchgesetzt, nur das deren Logik (Vorteile internationaler Arbeitsteilung) nicht durch Außenhandel sondern durch Eroberung realisiert wurden.

12.9.1939

Heinrich Wessel stirbt in Wolfenbüttel.

15.9.1939

Frank erhält nach einer Besprechung mit Hitler den Auftrag, eine deutsche Zivilverwaltung im besetzten Polen aufzubauen

Frank, dessen Stern nach 1933 gesunken war, wird von Hitlert wieder reaktiviert.

19.10.1939

Erlaß Hitlers „über die Überleitung der Verwaltung im Generalgouvernement auf den Generalgouverneur“

Auf dieser Basis wird Hans Frank Generalgouverneur im Generalgouvernement. Frank war für diesen Posten nicht qualifiziert, wurde von Hitler als „alter Kämpfer“, aus Dankbarkeit für seine Dienste als Verteidiger Hitlers in diversen Prozessen und seine Mitwirkung bei Hitlers Einbürgerung (?) mit diesem Posten abgefunden.

22.10.1939

Klagges bitte Reichsstatthalter Jordan um Genehmiging, im Aufsichtsrat der Reichswerke vertreten zu sein, nachdem er bereits vorher von Göring berufen wurde.

Jordan stimmte dem erst am 24.11.1939 zu. Gab es Widerstand gegen die Berufung von Klagges?

Erster Hochofenabstich der Reichsweke.

26.10.1939

Hans Frank wird Generalgouverneur im von der Wehrmacht besetzten Teil Polens. Seit dem 7.11.1939 nimmt Frank seinen Dienstsitz auf dem Wawel, der in „Krakauer Burg“ umbenannt wird.

Frank wird bei den Nürnberger Prozessen als Hauptkriegsverbrecher angeklagt und am 16.10.1946 hingerichtet.

23.11.1939

Zörner wird auf Vermittlung von Frank Bürgermeister (Stadthauptmann) von Krakau (bis Januar 1940)

Damit wird die persönliche Verbindung zwischen Zörner und Frank wieder sichtbar, die bei der Einfädelung der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig 1932 eine wichtige Rolle gespielt hatte. Ob seine 2. Frau und seine drei Kinder aus erster Ehe mit nach Polen umziehen oder in Dresden wohnen bleiben, ist unklar. Daß Zörner 1943 nach seiner Ablösung in Polen wieder nach Dresden zurückkehrt, deutet auf letzteres hin.

Anfang November 1939

Roloff veröffentlicht das Buch „Tausendjähriges Braunschweig“. Das Vorwort „Vom alten zum werdenden Braunschweig!“ ist vom Verleger (Paul Graff) und vom Autor unterschrieben. Auch der Anfang des 1. Kapitels ist eine Eloge an die neue Zeit. Ganz selbstverständlich werden „Fliegerei“, „Volkswagenwerk“ und „Hermann-Göring-Werke“ für Braunschweig reklamiert (ebd. S. 7). Das letzte Kapitel „Neues Deutschland, Neues Braunschweig“, verherrlicht die NS-Zeit. Anfang 1940 erscheint eine 2. Auflage.

Roloff will das Manuskript 1938/39 ohne das letzte Kapitel geschrieben haben. Laut Vermerk vom 1.9.1944 und Bestätigung durch Verleger Paul Graff vom 4.9.1944 sei daß Schlußkapitel von der NSDAP-Kreisleitung bzw. Kreisleiter Hesse verfaßt worden. Roloff und der Verleger Graff hätten dies akzeptiert, um die Papierzuteilung nach Kriegsausbruch zu bekommen. Die Behauptung ist unglaubwürdig, da stilistisch kein Unterschied zu den anderen Kapiteln und dem Vorwort zu erkennen ist. Später erklärt Roloff, das letzte Kapitel unter Druck verfaßt zu haben. Küchenthal behauptet in seinen Erinnerungen, S. 30, Roloff habe das gesamte Buch verfaßt.

Wenn man berücksichtigt, daß das Buch frühestens Anfang November 1939 erschienen sein kann, Verlag und Druckerei aber einen Vorlauf benötigten und auch das letzte Kapitel nach den Verhandlungen mit der Kreisleitung erst noch geschrieben und überarbeitet werden mußte, dann müßte das Manuskript ohne das letzte Kapitel spätestens im Frühjahr 1939 fertig gewesen sein. Ob damals, also deutlich vor Kriegsbeginn, die Papierzuteilung bereits ein Problem war, darf doch sehr bezweifelt werden. Die Indizien sprechen dafür, daß der Vermerk von Roloff und dessen Bestätigung von Graff im September 1944 eine Schutzbehauptung war (Der Vermerk liegt im Stadtarchiv unter G IX 43:1-2)

1955 wird Roloff eine „Heimatchronik der Stadt Barunschweig“ veröffentlichen, die im „Geschichtlichen Teil“ weitgehend mit „Tausenjähriges Braunschweig“ identisch, allerdings um die politisch kompromittierenden Passagen bereinigt ist. Im Nachwort heißt es: „Im allgemeingeschichtlichen Teil wurden an verschiedenen Stellen Tatbestände und z.T. auch ganze Sätze meinem Buche: ´Tausendjähriges Braunschweig. Die Stadt Heinrichs des Löwen im Wandel der Geschichte´ entnommen…. Das Buch war 1939 in Ad. Hafferburgs Verlag (Paul Graff) in Braunschweig erschienen und erlebte innerhalb weniger Monate die zweite Auflage, die ebenfalls schnell vergriffen war. Die Materialknappheit während des Krieges ließ weitere Auflagen nicht zu.“

Hier liefert die „Materialknappheit“ nur die Begründung, daß eine dritte Auflage nicht mehr erscheinen konnte.

11.11.1939

Im Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger erscheint eine sehr positive Besprechung des Buchs von Roloff.

Eine Rezension von Fritz Timme im Braunschweigischen Jahrbuch erscheint im Januar 1940.

6.12.1939

Reichswirtschaftsminister Funk ernennt den „Staatsbankpräsidenten“ Dr. jur. Werner Küchenthal zum Präsidenten der Braunschweigischen Staatsbank mit Reichsbesoldungsesoldungsgruppe B 5. In der Urkunde heißt es: „Zugleich darf er des besonderen Schutzes des Führers und Reichskanzlers sicher sein.“ (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Damit kehrt Küchenthal in den Reichsfinanzdienst zurück. Die Umbenennung seiner Amtsbezeichnung ist interpretationsbedürftig. Geht es um die Zentralisierung des Finanzsektors? Immerhin wollte Klagges eine unabhängige Braunschweigische Staatsbank schaffen, gegen die Küchenthal opponiert hat. Oder geht es um den anhaltenden Konflikt zwischen

Alpers/Klagges und Küchenthal? Ist der Hinweis auf den Schutz Hitlers nur eine Floskel oder ein Hinweis, daß Hitler sich erkenntlich zeigt und Küchenthals Mitwirkung bei seiner Einbürgerung würdigt. Auf jeden Fall dürfte er eine Warnung für Alpers/Klagges gewesen sein, Küchenthal künftig in Ruhe zu lassen.

Küchenthal wird die Urkunde bei seinen späteren Rechtfertigungen verschweigen.

21.2.1940

Zörner wird von Generalgouverneur Frank zum Gouverneur des Distrikts Lublin (Polen) ernannt. Seit 4.2.1940 ist er bereits kommissarisch mit dem Amt betraut. (Musial 1999, S. 36)

Es handelt sich nach dem Sturz Zörners in Dresden vermutlich um eine neuerliche Gunstbeweisung durch Frank und/oder Hitler.

4.3.1940

Zörner wird von Frank in sein Amt eingeführt. Zörner bewohnt in Lublin eine „Villa Gioia“ (Präg/Jacobmeyer 1975, S. 500).

Ob Zörner seine Familie mit nach Polen genommen hat oder ob diese weiter in Dresdern wohnt, ist unklar.

In der Folgezeit wird Zörner in Kompetenzkonflikte mit der SS- und der Polizeiführung (Globocnik) geraten. Zörner unterstützt Frank, der seinerseits mit SS, Polizei und Armee in Kompetenzkonflikte gerät. Es geht um die Zuständigkeit bei der wirtschaftlichen Ausbeutung Polens und insbesondere um die Zuständigkeit des Einsatzes der Juden. Zörner ist in alle Details der Politik gegenüber den Juden im Generalgouvernement involviert (vgl. dazu das Diensttagebuch Franks in Präg/Jacobmeyer 1975)

13.4.1940

Klagges wird Ehrenbürger von Wolfenbüttel. In der Urkunde wird die Ehrung mit seinen Verdiensten für Wolfenbüttel und Reichswerke begründet.

Rudolf Heß hatte offenbar Bedenken gegen die Ehrung, zu der er erst am 26.7.1940 seine Zustimmung gegeben hat. (34 N Fb 9 Nr. 4091/V)

9.5.1940

Grundsatzplan von Frick: Braunschweig wird um Stadt und Landkreis Goslar sowie Teile des Kreises Marienburg erweitert und tritt Holzminden und Teile von Gandersheim ab.

Damit hat sich Frick Hitler gebeugt.

Juni 1940

Regierungspräsident Popitz stimmt dem Grundsatzplan zu, fordert aber zusätzlich Blankenburg und ganz Gandersheim. Dafür will er den Raum des VW-Werks abgeben.

Für Klagges muß das ein attraktives Angebot gewesen sein.

5.6.1940

Frick versendet erneut ein Rundschreiben, daß Hitler keine Diskussion der Gaueinteilung während des Krieges wünsche.

11.12.1940

Hartmann Lauterbacher wird Gauleiter von Südhannover-Braunschweig.

Hitler hat das führungsschwache Gauleiter-Duo Rust/Schmalz ersetzt durch den führungsstarken Lauterbacher, der sich bald mit Klagges anlegt. Hier wird die Erklärung liegen, warum Klagges in den Memoiren von Lauterbacher schlecht wegkommt.

4.2.1941

Hitler erklärt gegenüber Lauterbacher, daß Preußen und Braunschweig bis Kriegsende territorial bestehen bleiben und daß nur ein Gebietstausch in Frage kommt.

Lauterbacher hatte wie zuvor Frick versucht, Braunschweig der preußischen Provinz Hannover zuzuschlagen. Die aus einer zentralistischen Perspektive durchaus vernünftige Idee, die nach 1946 tatsächlich realisiert wurde, scheiterte letztendlich an Hitler. Dies ist ein starker Beleg für die These, daß Hitler sich Braunschweig aus Dankbarkeit verpflichtet fühlte.

19.2.1941

Göring erklärt gegenüber Hitler, daß ihm sowohl ein Gebietstausch wie die Schaffung eines eigenen Gaus für Klagges Recht sei.

Offenbar war Klagges mit seinem Werben bei Göring erfolgreich.

Speer gibt dem Reichsschatzmeister der NSDAP Schwarz einen Überblick über den Planungstand der „Neugestaltungsstädte“. Braunschweig befindet sich ebensowenig in der Liste wie die Neugründungen Wolfsburg und Salzgitter. (Dülffer/Thies/henke S. 64 ff.)

Dies steht in einem gewissen Widerspruch zu der erheblichen Gründungs- und Bautätigkeit, die in der Region Braunschweig stattgefunden hat. Entweder gehörten Industriebauten und die Neugründung von Städten nicht zum Komplex „Neugestaltung“ und damit in die Zuständigkeit von Speer. Oder Klagges hat unabhängig von Speer versucht, sich an die Aktivitäten der Gauleiter anzuschließen, die darum wetteiferten, ihre „Gauhauptstädte“ städtebaulich aufzuwerten. Immerhin gab es auch in Braunschweig weitreichende Planungen wie z. B. die Verlagerung des Bahnhofs und die Bebauung des Bahnhofareals, die erst seit den 1950er Jahren realisiert wurden.

22.2.1941

Hitler läßt sich von Bormann die Karte der Gaueinteilung vorlegen und entscheided, daß nur ein Gebietstausch, aber kein neuer Gau in Frage kommt, „da bei einer Herausnahme des Landes Braunschweig und des Regierungsbezirkes Hildesheim aus dem Gau Süd-Hannover-Braunschweig der wertvollste Teil dem alten Gau verlorenginge.“ (zitiert nach Lent 1992, S. 84)

Demnach hatten Hitler und Göring den Plan von Klagges, einen neuen Gau Ostfalen zu schaffen, immerhin ernsthaft erwogen. Wäre er realisiert worden, gäbe es heute womöglich kein Bundesland Niedersachsen, sondern die Bundesländer Hannover und Braunschweig. Die Verabschiedung eines provisorischen Verfassung für das Land Braunschweig durch den Braunschweigischen Landtag 1946 und die am 25.7.1946 vom braunschweigischen Ministerpräsident Kubel vorgestellten Varianten zur Länder- und Verwaltungsreform in der Britischen Zone unterstreichen jedenfalls, daß in dieser Hinsicht eine Kontinuität bis zur Auflösung des Landes Braunschweig bestanden hat. (vgl. dazu Pollmann 1999, S. 187)

25.2.1941

Hitler entscheided durch einen „Führerbefehl“ über den Gebietstausch der Landkreise Goslar und Honzminden zwischen Preußen und Braunschweig.

7.4.1941

Konferenz im Reichinnenministerium zur Umsetzung des Gebietstauschs Goslar - Holzminden.

7./8.5.1941

Besuch Fricks in Braunschweig, um die letzten Details des Gebietstauschs zu klären.

16.5.1941

Entwurf der Verordnung von Frick zum Gebietstausch

20.5.1941

Lammers teilt Klagges den „Führerentscheid“ im Konflikt Hannover – Braunschweig mit: Braunschweig verbleibt im Gau Südhannover-Braunschweig, bleibt aber als Land erhalten.

Gegenüber Lauterbacher erklärt Hitler, daß Braunschweig aufgrund seiner kulturellen Bedeutung erhalten bleibe.

Dies ist einerseits ein Kompromiß, andererseits ein Indiz, daß Hitler Rücksicht auf Braunschweig nimmt, selbst wenn der Kompromiß zu weiteren Reibereien führen wird.

9.6.1941

Aus einer Aktennotiz einer Besprechung bei Himmler geht hervor, daß sich das gespannte Verhältnis Lauterbacher – Klagges anlässlich der bevorstehenden Gebietsbereinigung zugespitzt hat. (Nds. Staatsarchiv 67 Slg Nr. 6)

25.6.1941

„Verordnung über Gebietsbereinigungen im Raume der Hermann-Göring-Werke Salzgitter“ (Salzgitterverordnung). Tausch der Landkreise Holzminden und Goslar zwischen Braunschweig und Preußen. (Karten mit Kreiseinteilung bei Lent 1992, S. 88-89)

Auf diese Weise fiel das gesamte „Aufbaugebiet“ der Reichswerke (Werksgelände, Stadt und Erzgruben) an Braunschweig. Dabei handelte es sich letztlich um eine Durchführungsverordnung über den Neuaufbau des Reichs von 1934. Der Gebietstausch hatte für Braunschweig fundamentale, für Preußen nur marginale Bedeutung.

Lent 1992, S. 90 urteilt dazu: So war die allgemeine landespolitische Bilanz der Territorialbereinigung, bei der Hitler ´Braunschweig auf keinen Fall … schädigen´ wollte und wobei nach Frick der ´innere Wert´ der Austauschgebiete Vergleichsmaßstab sein sollte, für Klagges günstig: Braunschweig hatte endlich ein zusammenhängendes, arrondiertes größeres Staatskernterritorium mit Verbindung zum Kreis Gandersheim und zur Exklave Harzburg sowie zwei reichswichtige Städte (und eine ´Reichsweihestätte´) gewonnen: die industrielle Hermann-Göring-Stadt und die Kaiser- und ´Reichsbauernstadt´ Goslar, die sich in das Wirtschafts-, Kultur- und Ideologiepotential (´Staatsdom´ , ´Reichsjägerhof´, NS-Mustersiedlungen) Braunschweigs gut einfügen ließen. Klagges konnte insofern territorial gestärkt der Reichsreform entgegensehen, während Preußen im Dritten Reich höchstwahrscheinlich die Auflösung in Gaue (Provinzen) bevorgestanden hätte. Gegenüber den Reichsbehörden und gegen seine preußischen Kontrahenten Popitz und Lauterbacher hatte er sich zäh und erfolgreich behauptet.“

Diesem Zitat kann man sich nur anschließen und hinzufügen, daß das Urteil Lents die These stärkt, daß Hitler sich Braunschweig gegenüber dankbar gezeigt hat.

Die Stadtplanung für Salzgitter mit ihren repräsentativen Parteibauten und Aufmarschstraßen deutet allerdings darauf hin, daß hier eine dritte Stadt in Konkurrenz zu Hannover und Braunschweig getreten wäre. Evtl. sollte nach dem Krieg doch Salzgitter und nicht Braunschweig Hauptstadt eines neuen Gaus „Ostfalen“ werden bzw. Hauptstadt einer Provinz Niedersachsen anstelle von Hannover.

10.7.1941

Rektor Herzig verfaßt eine „Übersicht über die seit Februar 1933 neu geschaffenen, eingezogenen und für andere Lehrgebiete verwendeten Lehrstühle“. Daraus geht u.a. hervor, daß 1938 die Lehrstühle für Methodik und Didaktik, Biologie/Zoologie und Pädagogik (Berger – vormals Riekel) an die BRH verlagert sind. Die Soziologie-Professur (Geiger) ist in eine Professur für Anorganische Chemie umgewandelt.

1.8.1941

Der Gebietstausch zwischen Braunschweig (Landkreis Holzminden) und Preußen (Landkreis Goslar) tritt in Kraft.

20.8.1941

Hitler läßt Klagges mitteilen, daß keinesfalls ein Reichsgau Braunschweig eingerichtet wird, wohl aber der Wegfall des Landes Braunschweig nicht in Frage kommt.

Also hat Klagges weiter in Richtung eines eigenen Gaues gebohrt.

Oktober 1941

Herzig ernennt Roloff zum Vorsitzenden der „Wissenschaftlichen Gesellschaft“ im Braunschweigischen Hochschulbund“.

Dabei handelt es sich um den Vorläufer der „Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft“, deren Gründung maßgeblich von Roloff betrieben wird. Die Gründung kann als weiteres Beispiel der Distanzierung zur in Hannover geplanten Leibnitz-Gesellschaft gewertet werden (vgl. dazu Weßelhöft/Matuschek 2013).

19.1.1942

In einem Telegramm gibt Bormann an Reichsbaurat Fick den Befehl Hitlers weiter, daß die in Linz eingesetzten Bauarbeiter vom Wehrdienst freizustellen sind. (Dülffer/Thies/Henke 1978, S. 265)

Das Telegramm ist insofern bemerkenswert, daß Hitler selbst in einer schwieriger werdenden Kriegslage noch bereit war, zumindest im Falle Linz seinen Bauaktivitäten gegenüber den Anforderungen der Kriegsführung den Vorzug zu geben.

30.1.1942

Klagges wird von Hitler zum SS-Obergruppenführer befördert.

Diese Beförderung spricht gegen ein Zerwürfnis.

Mitte März 1942

Hitler verbietet den Namen „Herrmann Göring-Stadt“ für die Dauer des Krieges. (Schneider 1978, S. 88)

Weil Göring, der mit seiner Luftwaffe die Bombenangriffe nicht verhindern kann, in Hitlers Gunst gefallen ist?

30.3.1942

Hitler verleiht Küchenthal das goldene Treuedienst-Abzeichen für „40jährige treue Dienste“. (Mappe Küchenthal, Archiv Menzel)

Der Vorgang ist merkwürdig, da er erst 4 Jahre zuvor das silberne Abzeichen für 25jährige treue Dienste erhalten hat. Auch unterschreibt Hitler persönlich die Urkunde und nicht Meissner wie 4 Jahre zuvor. Offenbar erfreut sich Küchenthal der besonderen Aufmerksamkeit Hitlers, die als Dankbarkeit für die Einbürgerung gewertet werden kann. Küchenthal wird auch diese Urkunde bei seinen späteren Rechtfertigungen verschweigen.

31.3.1942

Gründung der Stadt „Watenstedt-Salzgitter“ durch Zusammenschluß von 21 Dörfern des Landkreises Wolfenbüttel und 7 Gemeinden des Landkreises Goslar durch den Reisstatthalter in Braunschweig und Anhalt, Rudolf Jordan. Der offizielle Name der Stadt lautet „Watenstedt-Salzgitter“.

Ursprünglich war der Name „Salzgitter“ vorgesehen. Die erweiterte Namensgebung soll auf den Einfluß von Klagges zurückgegangen sein, da die Gemeinde Watenstedt zu Braunschweig gehörte. Die Vorschläge, die Stadt „Herman Göring-Stadt“ oder „Stadt der Reichswerke“ zu nennen, sollen von Hitler verworfen worden sein, der für die Zeit des Krieges nur einen neutralen Namen wünschte.

3.5.1942

Hitler erklärt gegenüber Göring, daß dieser im Falle seines Ablebens über die Eigenständigkeit Braunschweigs wachen solle.

Damit wäre Göring anstelle von Hitöler zum Paten Braunschweigs geworden.

Mitte 1942

Franks politischer Stern in der Partei sinkt. U.a. erhält er Redeverbot. Gründe sind u.a. Korruptionsvorwürfe als Generalgouverneur, aber auch Kompetenzkonflikte zwischen Staat und Partei (SS) in Polen.

Auch Zörner wird der Frank-Richtung zugerechnet. Frank kann Zörner nicht mehr halten und hat ihn womöglich geopfert, um sich selber zu halten?

10.4.1943

Zörner wird auf Befehl (Druck?) Himmlers seines Postens als Gouverneur von Lublin enthoben.

Aus dem Diensttagebuch Franks läßt sich entnehmen, daß Zörner schon vor dem 16.3.1943 durch Wendler ersetzt worden ist (Präg/Jacobmeyer 1975, S. 634). Als Gründe werden vermutet, daß Zörner Kritik an der Brutalität des Vorgehens der SS in Polen geübt hat. Eine an-

dere Version lautet, daß er andere wirtschaftspolitische Vorstellungen als die SS über den Umgang mit Polen gehabt hat.

Musial 1999 bringt Belege, daß Zörner sich in Polen mehrfach mit der SS und namentlich mit Odilo Globocnik angelegt hat, wobei es aber um die generelle Frage der Zuständigkeit (Staat vs Partei bzw. SS) und nicht um Konflikte in der Sache gegangen ist. Womöglich hat Hitler Zörner erneut geschützt. Jedenfalls bedurfte es der höchsten Protektion, um vor Himmler sicher zu sein.

Zörner kehrt nach Dresden zurück und wird „zur besonderen Verwendung“ in Speers Rüstungsministerium (bzw. in der Organisation Todt) eingesetzt. (Hermann 2014).

Die neuerliche Verbindung Speer-Zörner ist auffällig. Möglicherweise hat er während der Zeit des Polen-Aufenthalts seine Wohnung in Dresden behalten und seine Familie dort wohnen lassen.

13.4.1943

Klagges gibt als „Minister des Innern“ den Stadtgründungsbeschluß in der „Braunschweigischen Gesetz- und Verordnungssammlung“ bekannt. Die Bekanntmachung ersetzt die fehlende Gründungsurkunde der Stadt.

Die Aufteilung zwischen Entscheidung und Verkündung dürfte ein Kompromiß zwischen Statthalter Jordan und Ministerpräsident Klagges gewesen sein. Jordan wollte offenbar die Stadtgründung hinauszögern, während Klagges sich vehement dafür eingesetzt hat (vgl. dazu Seibt 1952). Im Hintergrund ging es um die Rivalität zwischen Reichsstatthalter und Ministerpräsident.

16.4.1943

Zörner wird offizielle von Frank verabschiedet. Frank und Zörner halten eine Ansprache. (Präg/Jacobmeyer 1975, S. 648)

29.5.1943

Rust bestellt den „ordentlichen Professor“ Roloff zum Direktor des Geschichtlichen Seminars der TH Braunschweig.

30.11.1943

Konstituierende Sitzung der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft (BWG) im Rektorat des neuen TH-Rektors Fritz Gerstenberg, der zugleich Präsident der BWG wird. Roloff wird zum Generalsekretär ernannt.

Die Gründung der BWG läßt sich als gegengründung zur Leibnitz-Gesellschaft in Hannover interpretieren.

9.12.1943

Erste Arbeitstagung der BWG in Anwesenheit von Klagges und Kreisleiter Heilig.

Ende 1943

Fertigstellung von etwa 20.000 Wohnungen in Salzgitter

Juni 1944

Die Reichskanzlei listet alle Führerbefehle bezüglich des Verhältnisses Hannover – Braunschweig auf.

Offenbar waren diese nicht widerspruchsfrei. Der Konflikt Hannover – Braunschweig schwelt immer weiter.

28.7.1944

Der ehemalige braunschweiger Stahlhelm-Führer Werner Schrader, der zeitweise den Sprengstoff für Stauffenberg verwahrte, begeht Selbstmord nach dem gescheiterten Aufstand des 20. Juli.

August 1944

Himmler lehnt es als Reichsinnenminister (Nachfolger von Frick) ab, sich vor Kriegsende mit dem „ungeklärten Fragenkomplex“ Hannover-Braunschweig zu befassen.

Zörner erhält aus dem Stab Himmlers die Mitteilung, daß er zukünftig nur außerhalb einer staatlichen Funktion eingesetzt wird.

Damit ist Zörner offenbar in einen Zuständigkeitskonflikt zwischen Himmler und Speer geraten.

Anschließend wird Zörner als Leutnant der Wehrmacht in einer Nachrichteneinheit im tschechischen Beraun südwestlich von Prag stationiert.

Diesen Rag hatte er bereits im 1. Weltkrieg erreicht. Gegenüber seinem Rang als Oberbürgermeister bzw. als Gouverneur muß dies als krasse Degradierung gewertet werden.

1.9.1944

Roloff verfaßt einen Vermerk bezüglich der Autorenschaft von „Tausendjähriges Braunschweig“. Demnach hat er das Manuskript in den Jahren 1938/39 ohne das letzte Kapitel verfaßt. Die Veröffentlichung habe an der kriegsbedingt notwendigen Papierzuteilung zu scheitern gedroht. Die Kreisleitung habe die Berücksichtigung der NS-Zeit verlangt und selber das letzte Kapitel verfaßt. Roloff sei lediglich gestattet worden, es stilistisch zu überarbeiten. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

3.9.1944

Alpers begeht Selbstmord, nachdem er an der Westfront bei Mons schwer verwundet wird.

Alpers hatte sich freiwillig zum Wehrdient gemeldet.

4.9.1944

Der Verleger Paul Graff, bei dem Roloffs Buch erscheinen sollte, bestätigt den Inhalt des Vermerks. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Der Vermerk und dessen Bezeugung, die Roloff jun. im Nachlaß des Vaters gefunden hat, sind interpretationsbedürftig. Unterstellt, daß der Vermerk tatsächlich am 1.9.1944 verfaßt worden ist und nicht erst nach 1945 fabriziert wurde, dann macht er deutlich, daß Roloff wie viele andere weitsichtige Persönlichkeiten sehr früh anfängt, sich für die Nachkriegszeit abzusichern. Ihm ist klar, daß ihm das Schlußkapitel des Buches Probleme bereiten wird. Ob die Leugnung der Autorenschaft zutrifft, ist damit noch nicht belegt. Auch das Vorwort und der Anfang des 1. Kapitels lassen sich auf eine Eloge an die NS-Zeit lesen. Die Bezeugung durch Graff hat wenig Gewicht, da dieser als Verleger und Unterzeichner des Vorworts ebenfalls betroffen war. Der Hinweis, daß die Kreisleitung gestattet habe, das letzte Kapitel stilistisch zu überarbeiten, kann auch ein besonderer Schachzug sein, da Roloff so dem Argument vorbaut, es gäbe keinen stilistischen Unterschied zu den anderen Kapiteln. Genau dies wurde später als Beleg für seine Autorenschaft auch des letzten Kapitels gewertet.

Der Punkt ist auch im Hinblick auf die Mitverantwortung bei der Einbürgerung Hitlers wichtig, weil er ein Indiz ist, ob Roloff mit den Nazis sympathisiert oder sich nur opportunistisch verhalten hat.

Oktober 1944

Konrad Heiden veröffentlicht die erste Biographie über Hitler „Der Fuehrer: Hitler´s Rise to Power“ bei Victor Gollancz in London. Auf S. 351 wird auf zehn Zeilen die braunschweiger Einbürgerung erwähnt.

Die näheren Umstände der Einbürgerung und deren Bedeutung für Hitlers „Rise to Power“ wird nicht thematisiert.

27.1.1945

Hitler erinnert sich während einer Lagebesprechung in der Reichskanzlei an seine Tätigkeit als braunschweigischer Regierungsrat. Göring interveniert „Aber nicht ausübender“. Hitler kontert: „Sagen Sie das nicht. Ich habe dem Lande großen Nutzen gebracht.“ (Lent 2010)

Der Fund von Lent liefert einen zentralen Beleg für die These, daß Hitler sich für seine Einbürgerung gegenüber Braunschweig erkenntlich gezeigt hat. Die Bemerkung stimmt insofern, als er die Selbständigkeit Braunschweigs persönlich garantiert, dessen territoriale Arrondierung durch den Gebietstausch entschieden und durch die vielen Großprojekte einen regelrechten Modernisierungsschub ausgelöst hat. Insofern ist er im Nachhinein sogar seiner Auf-

gabe als Regierungsrat, Wirtschaftsförderung für das Land Braunschweig zu betreiben, mehr als gerecht geworden.

30.1.1945

Letzte Rundfunkrede Hitlers

9.2.1945

Giesler präsentiert Hitler das Modell der Donauuferbebauung von Linz im Maßstab 1 : 500, das er im Keller der Reichskanzlei in Berlin aufgebaut hat. (Foto in Hitler und die Deutschen, S. 79)

Hitler ergeht sich zum letzten Mal in seiner Modellwelt und den Phantasien zur Umgestaltung von Linz zu seinem Alterssitz mit angeschlossenem „Führermuseum". Giesler erfährt den Höhepunkt seiner Architektenlaufbahn. Die Planung für Linz wird bis März 1945 fortgesetzt.

Linz, die Stadt, die ihn 1925 als Österreicher ausbürgerte, und Braunschweig, das ihn 1932 als Deutschen einbürgerte, haben ihn bis zu seinem Ende beschäftigt. Beide Vorgänge müssen für Hitler eine große persönliche Bedeutung gehabt haben. Es ist schon seltsam, warum dieser Zusammenhang von den Hitler-Biographen völlig außer Acht gelassen wird.

13.2.1945

Im Zuge des Luftangriffs auf Dresden wird Zörners Wohnung in Dresden-Blasewitz, Jüngsstr. 3, zerstört. Die älteste Tochter, Johanne-Lore Zörner, geht nach Beraun bei Prag und bezieht ein Zimmer, um in der Nähe des Vaters zu sein, der in einer Kaserne untergebracht ist. Die beiden jüngeren Töchter kehren nach Braunschweig zurück und werden von der Tante Helene Heimbs, geb. Zörner, und Carl Heimbs, Am Fallerslebertore 6, aufgenommen.

Vom Verbleib der Stiefmutter und 2. Frau Zörners ist in den Quellen keine Rede.

Die Aufnahme der beiden ausgebomten Kinder ist ein Indiz, daß die Kontakte zwischen Zörner und Heimbs bis 1945 immer noch sehr eng waren. Immerhin hätte die Alternative bestanden, daß die beiden Kinder von der anderen Tante, Margarete Stiller, geb. Zörner, wohnhaft in Hamburg, oder von Onkel Walter hätten aufgenommen werden können. Allerdings war das alte Zörnersche Haus in Braunschweig, Gördelingerstr. 48, in dem weiterhin die Tante Margarethe gewohnt hatte, bereits zerstört.

3./4.5.1945

Letzter Kontakt von Johanne-Lore Zörner mit dem Vater in Beraun bei Prag. Johanne-Lore setzt sich mit dem Zug via Prag nach Österrreich (Salzburg) ab. Der weitere Verbleib Zörners ist unklar. Am 4.5.1945 beginnt der Prager Aufstand gegen die deutsche Besatzung.

Zörner soll sich im Protektorat Böhmen und Mähren aufgehalten und nach „Gerüchten" beim Einmarsch der sowjetischen Truppen Selbstmord begangen haben. (Musial 1999, S. 400) Der Hinweis von Musial geht evtl. auf die Aussage der ältesten Tochter gegenüber dem

Braunschweiger Amtsgericht 1959 zurück. Jedenfalls hat Musial bei seinen Recherchen die Akte im Niedersächsischen Staatsarchiv eingesehen. Laut Meldekartei der Stadt Braunschweig gilt Zörner seit Ende des 2. Weltkriegs als verschollen. (Stadtarchiv Braunschweig DI K 811)

Nicht völlig auszuschließen ist allerdings, daß die Scheidung von seiner 2. Frau (vielleicht anläßlich seiner Abnordnung zur Armee nach Beraun) nur ein Manöver war, um nach der absehbaren deutschen Niederlage unterzutauchen. Immerhin gibt es den Hinweis, daß eine Hildegard Schack nach 1945 von den Allierten im Zusammenhang mit der Verlagerung von Vermögenswerten der Wifo verhört worden ist. Zuzutrauen ist Zörner auf jeden Fall, daß er sich in den letzten Kriegstagen unter falschem Namen und ausgestattet mit ins Ausland verschobenen Finanzmitteln via Österreich und Italien abgesetzt hat. Dafür fehlen aber die Belege. Wäre er wie Frank gefangen genommen und womöglich an Polen ausgeliefret worden, hätte ihm die Todesstrafe gedroht.

3.4 Die Nachgeschichte I: Entnazifizierungsverfahren und gegenseitige politische Belastung der an der Einbürgerung Beteiligten 1945-1960

11.4.1945

Die Reichswerke und die Stadt Watenstedt-Salzgitter werden von amerikanischen Truppen besetzt.

12.4.1945

Die Stadt Braunschweig wird gegen 11.00 Uhr von amerikanischen Truppen, die über den Madamenweg einrücken, besetzt. Der Oberbürgermeister (Mertens) hat sich erschossen: Dr. Erich Bockler wird von den Amerikanern als Oberbürgermeister eingesetzt. Ministerpräsident Klagges wird in seinem Amtssitz angetroffen und verhaftet. (War Diary)

Klagges bleibt bis zu seinen Prozessen in Arrest. Die Famile räumt die Dienstvilla Am Löwenwall 3 unter Mitnahme des gesamten Inventars, darunter auch Bilder braunschweiger Museen, und zieht in das Klaggessche Haus in Bad Harzburg-Bündheim, Prinz Albrechtstr. 38. Nach einer Denunziation werden die Bilder von der Besatzungsmacht wieder abgeholt.

14.4.1945

Übergabe des Stadt Braunschweig an die Militärverwaltung und Vernehmung der führenden Beamten der Landesregierung

19.4.1945

Die Landesregierung ist nicht funktionsfähig. Die Militärverwaltung ist auf der Suche nach einer geeigneten Person, die als Ministerpräsident fungieren kann. Die Gefängnisse von Braunschweig (Rennelberg) und Wolfenbüttel werden untersucht und die politischen Gefangenen entlassen. (bis.19.5.) Inhaftiert bleiben nur etwa 400 Kriminelle.

20.4.1945

Vernehmung der Repräsentanten der Landkreise des Landes Braunschweig

25.4.1945

Hubert Schlebusch (SPD) wird als Amtierender Ministerpräsident von den Amerikanern eingesetzt.

30.4.1945

Hitler begeht Selbstmord im „Führerbunker“ in Berlin.

4.5.1945

Frank wird in Neuhaus am Schliersee verhaftet. Er übergibt den Amerikanern seine 43 Bände umfassenden Tagebuchaufzeichnungen. In der Nacht nach der Verhaftung versucht er, sich umzubringen.

Darin finden sich Hinweise auf die Tätigkeit Zörners im Generalgouvernement (Präg/Jacobmeyer 1975).

Küchenthal fertigt eine Abschrift seines Vermerks vom 13.2.1932 an und läßt diesen von seiner Sekretärin Margarte Gent bestätigen. In dem Vermerk geht es um die informellen Verhandlungen zwischen Klagges und Küchenthal über die Einbürgerung Hitlers qua Professur. Küchenthal dokumentiert darin seine Nichtzuständigkeit und verweist auf den Dienstweg. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

5.5.1945

Boden verfaßt Aufzeichnungen mit einer eidesstattlicher Erklärung zur Ernennung Hitlers: „Alles war in dieser amtlichen Angelegenheit auf Seiten der NSDAP…von vorn herein nichts anderes…als Lug und Trug.“ (Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel 250 N 295)

Der Text liest sich drei Tage vor der deutschen Kapitulation als ein Persilschein in eigener Sache, falls Boden mit dem Vorwurf konfrontiert wird, für die Einbürgerung Hitlers verantwortlich zu sein. Seine Aussage steht in Gegensatz zu seinem Vermerk vom 26.2.1932, dem Tag nach dem Besuch Küchenthals in Berlin. Beide Male ist Boden die Bedeutung des Vorgangs klar gewesen, nur ging es jeweils um die Absicherung/Rechtfertigung in eine andere Richtung: Es handelt sich bei dem Dokument um einen frühen Hinweis, daß viele derjenigen, die irgendwie mit der Einbürgerung Hitlers befaßt waren, nachträglich ihre Rolle als unbedeutend erscheinen lassen wollen bzw. der Einbürgerung insgesamt eine besondere Bedeutung absprechen.

Daß er sich kurz vor Ende des Krieges und nahezu zeitgleich zu Küchenthal mit der Einbürgerung befaßt, kann Zufall sein, könnte aber auf eine Persilschein-Absprache zwischen Küchenthal und Boden hindeuten. Immerhin hatten beide 1932 kurz vor der Einbürgerung in Berlin unter konspirativen Umständen ein langes Gespräch und hatten ***beide*** *damals auch schon Aufzeichnungen angefertigt.*

7.5.1945

Das gesamte Land Braunschweig ist von amerikanischen Truppen besetzt.

8.5.1945

Deutsche Kapitulation und Kriegsende.

Viele Nazi-Größen gelten seitdem als verschollen.

19.5.1945

Schlehbusch fragt nach der Personalakte Hitlers, die vor Kriegsende aus Braunschweig ausgelagert worden ist.

29.5.1945

Küchenthal, noch Präsident der Braunschweigischen Staatsbank, wird durch Major Southhey, Financial Officer der Militärregierung, vernommen. Seine Aussage gipfelt in dem Satz: „I am not personally responsible." (3 Nds 92/1 Nr. 48470, BNd. 1)

Er, Küchenthal, sei nur ausführendes Organ der BEL gewesen.

Küchenthal verwahrt sich in einem Schreiben an Major Southhay „Betr. Einbürgerung Hitlers in Braunschweig" gegen die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers. Er habe lediglich einen Beschluß der Regierungsparteien umgesetzt. (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Der Brief ist die Reaktion auf einen Fragebogen, der Küchenthal von den Militärbehörden vorgelegt worden ist. In dem Brief wird bereits die Argumentation skizziert, die Küchenthal seitdem immer wieder und immer ausführlicher vortragen wird. Noch vor seiner Entlassung antizipiert Küchenthal, welcher Vorwurf auf ihn zukommt. Geahnt hat er es sicher seit 1932.

4.6.1945

Schlebusch als Amtierender Ministerpräsident und Bockler als Amtierender Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig und Minister für Justiz und Volksbildung werden bestätigt.

Die Wochenzeitung „Braunschweiger Bote" erscheint unter amerikanischer Kontrolle.

29.6.1945

Pastor Hiutze (Hintze) aus Schöningen schreibt an die Militärrregierung und initiiert damit Untersuchungen über die politischen Parteien Braunschweigs in den Jahren 1930-1933. Er belastet Küchenthal.

Pastor Max Hintze hat am 11.4.1945 zusammen mit Bürgermeister Scheifele die Stadt Schöningen den amerikanischen Truppen übregeben, um sie vor dem Beschuß zu bewahren. Daß Hintze namentlich Küchenthal und nicht etwa Klagges beschuldigt, deutet auf Insiderwissen bzw. auf die Wahrnehmung der verantwortung für die Einbürgerung bei kritischen Zeitgenossen hin.

2.7.1945

Im War Diary des 120. Military Detachement werden die Aussagen Hintzes zusammengefaßt: Küchenthal sei der Führer der „German National Party", identisch mit dem Stahlhelm, gewesen. „He states that the German National Party which in fact was the only party in Brunswick

to join the National Socialist Party (Hitler) and that KÜCHENTHAL was the prime mover in making HITLER a citizen of Brunswick, by which he became a German citizen. KÜCHENTHALS past is again being investigated." (War Diary vom 2.7.1945)

Der Eintrag im War Diary ist der erste Hinweis, daß Küchenthal ins Visier der Amerikaner als Hauptverantwortlicher für Hitlers Einbürgerung gerät. Die Anschuldigung dürfte Einfluß auf seine Entlassung als Staatsbankpräsident, seine Arrestierung und die Anschuldigungen in den folgenden Entnazifizierungsprozessen gehabt haben. Mit der „German National Party" ist die DNVP gemeint, deren führende Vertreter (abgesehen von Roloff) 1933 zur NSDAP übergelaufen sind.

Küchenthal wird seitdem bis zu seinem Lebensende gegen den Vorwurf der Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers ankämpfen, ohne damit Erfolg zu haben.

9.7.1945

Generalstaatsanwalt Kurt Staff beginnt mit seinen Ermittlungen im Auftrag der Militärverwaltung. Dabei geht es u.a. um die Verantwortlichkeit in der Einbürgerungsfrage an. Dazu werden u.a. Klagges, Küchenthal und Roloff vernommen. (vgl. dazu War Diary vom 9.7.1945; Pollmann 1995, S. 463)

Bei den Aussagen der Beteiligten ist immer in Rechnung zu stellen, daß bei den Entnazifizierungsverfahren gegenseitige Persilscheine ausgestellt, aber auch alte Rechnungen beglichen wurden.

Bemerkenswert ist, daß in Braunschweig das Thema der Einbürgerung Hitlers und die Frage der Verantwortlichkeit unmittelbar nach Kriegsende präsent war und bei der politischen Aufarbeitung der NS-Zeit eine große Rolle gespielt hat. Der gesamte Vorgang ist später allmählich in Vergessenheit geraten, weil die Beteiligten kein Interesse an der Aufklärung hatten und weil wissenschaftliche Aufarbeitung erst 1960 mit Morsey und Roloff einsetzt.

Juli 1945

Gassner wird als Amtierender Rektor der TH eingesetzt.

9.8.1945

Küchenthal wird von Schlebusch für den 13.8. einbestellt.

Offenbar ist seine Entlassung bereits entschieden.

13.8.1945

Küchenthal wird durch Schlebusch bzw. die Alliierte Militärregierung als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank entlassen. Die Bekleidung öffentlicher Ämter wird ihm untersagt. „Bis auf weiteres" wird er zu Arrest verurteilt. „By order of Military Government you are confined to house arrest until further notice." (Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Der (Haus)arrest dauert formal bis zum 31.7.1950.

14.8.1945

Seitdem bezeichnet sich Küchenthal als „Bauer“. Er bewirtschaftet 47,5 ha in Hedeper bei Wolfenbüttel.

23.8.1945

Rektor Gassner fertigt eine Liste von belasteten Mitgliedern und NS-Gegnern der TH an. Roloff wird darin bescheinigt, sich „antinationalsozialistisch“ betätigt zu haben.

Gassner wird diese Aussage anläßlich der Suspendierung Roloffs mehrfach wiederholen.

25.8.1945

Küchenthal wird erstmals durch die Militärregierung befragt.

5.10.1945

Schreiben von Roloff an Gassner im Zusammenhang mit seiner bevorstehenden Suspendierung in Reaktion auf eine Anfrage Gassners. Roloff führt darin aus, daß er 1932 entscheidend auf Drängen von Kollegen und aus eigener Veranlassung gegen die Berufung Hitlers an die TH gewirkt habe. Die spätere Anstellung Hitlers als Regierungsrat sei ein einfacher Verwaltungsakt gewesen, der nicht der Zustimmung des Parlaments bedurfte. Die Einbürgerung sei mit der Teilnahme Hitlers im 1. Weltkrieg zu rechtfertigen gewesen. Es sei besser gewesen, Hitler politisch als mit juristischen Mitteln zu bekämpfen. Er, Roloff, habe bei der Präsidentenwahl gegen Hitler gestimmt. Die Nichteinbürgerung in Braunschweig hätte den Aufstieg Hitlers nicht verhindern können. Die Reichstagsparteien trügen für die Einbürgerung bzw. die Nichtausweisung Hitlers 1923 die Verantwortung. Im zweiten Teil nimmt er zum Vorwurf der Verherrlichung des Nationalsozialismus in seinem Buch „Tausendjähriges Braunschweig“ Stellung.

Das Schreiben Roloffs ist nach Boden und Küchenthal der dritte Versuch eines Beteiligten an der Einbürgerung, sich einen Persilschein in eigener Sache auszustellen. Er skizziert bereits den Mainstream der späteren Einlassungen: Die Einbürgerung war für Hitlers Karriere unerheblich. Verantwortung tragen andere. Wenn sie so unerheblich war, warum bemühen sich die beteigten dann so sehr, ihre Verantwortung zu leugnen und ihre Mitwirkung als unbedeutend erscheinen zu lassen?

12.10.1945

Beginn der Nachforschungen über den Verbleib der braunschweiger Personalakte Hitlers durch die Braunschweigische Staatsregierung auf Anregung von Schlebusch vom 19.5.1945.

Im Berliner Document Center wird nur eine von den Nazis angefertigte Kopie verwahrt. Diese Kopie war von Braunschweig ins Zentrale Parteiatchiv nach München gelangt, ist dort von den Amerikanern beschlagnahmt und im Berliner Document Center deponiert worden. Die Nachforschungen unter Einschaltung des Auswärtigen Amtes reichen bis zum 7.10.1966 und werden dann ohne Ergebnis abgebrochen. U.a. befindet sich darunter auch der Vermerk Bodens von 1945. Die jetzt im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel lagernde Personalakte ist die Kopie der Berliner Kopie, die Morsey 1959/60 bei seinen Forschungen hat anfertigen lassen. Nach Veröffentlichung seiner Dokumentation (Morsey 1960) hat er die Kopie der Kopie dem Staatsarchiv in Wolfenbüttel ausgehändigt. Die Akte über die Suche nach dem Verbleib der Akte hat 42 Seiten (STAWO 4 Nds Zg. 27).

Die Vermutung lautet, daß das Original der Personalakte auf Wunsch Churchills nach London verbracht worden ist.

Es gab noch eine zweite braunschweiger Personalakte, weil Hitler zunächst beim Landeskultur- und Vermessungsamt angestellt und dann zur Gesandtschaft abgeordnet worden ist. Da beide Behörden unterschiedlichen Zuständigkeiten unterstanden, sind auch zwei Akten angelegt worden. Außerdem gab es noch eine dritte Personalakte, die in der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin angelegt worden ist.

Die spannenden Fragen lauten: Warum gibt es mehrere Personalakten? Warum ist seine Akte aus dem Landeskultur- und Vermessungsamt nicht zusammen mit der Versetzung ins Staatsarchiv gewandert? Warum ist Hitlers Personalakte nicht nach seiner Ernennung zum Reichskanzler vom Braunschweigischen Staatsministerium in die Reichskanzlei gewandert?

Warum haben die Nazis zwischen 1933 und 1945 eine Kopie der Personalakte angefertigt und diese ins Parteiarchiv verbracht? Wer konnte ein Interesse haben, daß deren für Hitler durchaus kompromittierender Inhalt dort aufbewahrt wurde? Warum hat Hitler nicht dafür gesorgt, daß das Original vernichtet oder ihm ausgehändigt wurde? Bei seinen ebenfalls kompromittierenden Militärpapieren ist er so verfahren. Wußte er überhaupt von der Kopie? Wollte jemand ein belastendes Dossier über Hitler anfertigen? Waren der SD, das Reichssicherheitshauptamt oder die SS involviert? Wer war auf braunschweiger Seite an der Anfertigung der Kopie beteiligt? Klagges?

23.10. 1945

Roloff wird bis 24.1. 1946 vom Amt suspendiert. Aus den Stellungnahmen Roloffs und den erbetenen Entlastungsschreiben von Kollegen geht hervor, daß er der Begünstigung – durch Mitwirkung an der Einbürgerung Hitlers - und Verherrlichung – in seinem Buch „Tausendjähriges Braunschweig“ - des Nationalsozialismus bezichtigt wird.

Viele Indizien sprechen allerdings dafür, daß Roloff spät –nachdem Hitler bereits eingebürgert war – in vorsichtige Opposition gegangen ist. So soll er bespitzelt und von der Gestapo überwacht worden sein.

31.10.1945

Eingabe Gassners an die Britische Militärregierung, in dem er sich für Roloff verwendet. Roloff sei gegen die Berufung Hitlers gewesen. Das letzte Kapitel aus „Tausendjähriges Braunschweig“ sei nicht von Roloff verfaßt worden. (Stadtarchiv Barunschweig GIX 43:1-2)

Die Eingabe ist ein weiteres Indiz, daß Roloff und Gassner seit 1933 kooperiert haben.

1.11.1945

Gassner beauftragt Otto Antrick während der Suspendierung von Roloff mit der Wahrnehmung der Leitung des Geschichtlichen Seminars.

2.11.1945

Gassner entlastet Roloff in einer Stellungnahme und durch beigefügte Dokumente u.a. mit dem Argument, Roloff habe 1932 sich gegen die Berufung Hitlers als Professor gewandt, dessen schließliche Einbürgerung als Abgeordneter aber nicht verhindern können.

Auch aus dieser Stellungnahme Gassners ist ersichtlich, daß ein wesentlicher Grund für die Suspendierung Roloffs neben dem Schlußkapitel seines Buchs „Tausendjähriges Braunschweig“ dessen Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers war.

4.11.1945

Zweites Schreiben von Roloff an Gassner mit ergänzender Stellungnahme zur Einbürgerung Hitlers. Er widerspricht Küchenthals Behauptung, dieser sei durch Beschluß der Landtagsfraktion gezwungen worden, Hitler zum Regierungsrat zu ernennen. Dem gegenüber betont Roloff, daß er Hitler als Professor verhindert habe und im Haushaltsausschuß mit seinen Freunden für die Streichung der Regierungsratsstelle gestimmt habe, weil der Haushaltsausschuß bereits von dem Plan wußte, daß Hitler auf diese Stelle gesetzt werden sollte (!). Erst in der nächsten Sitzung des Ausschusses sei die Streichung auf Bitten der Regierung aufgehoben worden. Küchenthal wird unterstellt, daß er sich seine Zustimmung habe erkaufen lassen mit dem Posten des Staatsbankpräsidenten, damals der bestbezahlte im Land Braunschweig. Küchenthal habe sich anschließend mehrfach damit gebrüstet, Hitler eingebürgert zu haben.

In beiden Schreiben wird die zentrale Kontroverse in der späteren Auseinandersetzung mit Küchenthal vorweggenommen: Wer war auf bürgerlicher Seite der Hauptverantwortliche für die Einbürgerung Hitlers? Küchenthal als Vorsitzender des Staatsministeriums oder Roloff als Fraktionsvorsitzender und politischer Anführer der BEL? War die juristische oder die politische Verantwortung entscheidend? Küchenthal wird später in seinen „Erinnerungen“ viele Seiten auf den Beleg verwenden, daß Roloff verantwortlich war. Sicher ist jedenfalls, daß beide – Roloff durch akademische Karriere und Küchenthal durch das Amt des Staatsbankpräsidenten – von der Kooperation mit den Nazis profitiert haben. Neben der zweimaligen Rivalität um einen Ministerposten, bei der jedesmal Küchenthal obsiegt hat, liegt in der gegenseitigen Schuldzuweisung ein weiterer Grund für die Fortsetzung des Konflikts zwischen beiden nach 1945.

12.11.1945

Wiederaufnahme der Vorlesungen an der TH Braunschweig

28.11.1945

Beginn des Entnazifizierungsverfahrens von Roloff mit der Vernehmung durch Generalstaatsanwalt Kurt Staff. Roloff wird nach seiner Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers befragt (61 Nds Fb 1, Nr. 1). Roloff behauptet, Klagges sei bezüglich der Professur initiativ geworden. Kollegen der TH hätten Roloff gebeten, diesen Versuch abzuwehren. Daraufhin habe sich Roloff an Klagges gewendet und erfahren, daß Hitler nicht nur zum Schein berufen werden, sondern tatsächlich Vorlesungen halten sollte. Roloff will Klagges von dieser Absicht abgebracht, aber nicht gewußt haben, daß Klagges auf diesem Weg die Einbürgerung erreichen wollte. Erst durch den Besuch von Quaatz in Braunschweig sei ihm dieser Zusammenhang klar geworden. Außerdem habe er, Roloff, beantragt, die freie Regierungsratstelle zu streichen. Als in der nächsten Sitzung des Haushaltsausschusses die Rücknahme der Streichung gefordert wurde, habe er nicht gewußt, daß diese für Hitler bestimmt gewesen sei.

Die Aussage ist vollkommen unglaubwürdig. Wenn jemand den größeren Zusammenhang außerhalb der NSDAP durchschauen konnte, dann muß dies Roloff gewesen sein. Der Hinweis, daß Hitler tatsächlich über „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ unterrichten sollte, ist allerdings nicht ganz von der Hand zu weisen. Es gibt zumindest Indizien bei Klagges, diese Annahme stützen.

29.11.1945

Roloff sendet ein Schreiben an Staff als Anlage zu seinem Vernehmungsprotokoll. Darin nennt er Belege für seine antinationalsozialistische Einstellung, u.a. die Verwendung für Jensen und von Bracken.

Erst nach der Vernehmung scheint Roloff klar geworden zu seine, daß es um sein Entnazifizierungsverfahren geht. Seine Aussagen werden präziser als in der Vernehmung.

1.12.1945

Küchenthal bietet sich in einem Schreiben an Lenisch als Zeuge im Verfahren gegen Roloff an, kann aber wegen seines Hausarrests nicht nach Wolfenbüttel kommen. Deshalb möchte er die Aussage zu Hause in Hedeper machen.

Offenbar will Küchenthal Roloff belasten, um sich selber zu entlasten.

3.12.1945

Roloff sendet ein zweites Schreiben an Staff mit weiteren entlastenden Aussagen. Im März 1933 will er sogar über ein Bündnis von DNVP und SPD nachgedacht haben.

Roloff scheint erst jetzt realisiert zu haben, daß es um seine mögliche Entlassung als Hochschullehrer geht. Seine Erinnerungslücken schließen sich. Der Hinweis auf das Bündnis von DNVP und SPD ist nicht völlig von der Hand zu weisen. Immerhin hat es, als es längst zu spät war, ein Treffen mit Jasper bei Roloff gegeben.

4.12.1945

Küchenthal bietet sich nochmals als Zeuge im Entnazifizierungsverfahren Roloff an.

5.12.1945

Klagges wird von den Amerikanern der braunschweigischen Staatsanwaltschaft übergeben.

6.12.1945

Klagges wird von Staff im Entnazifizierungsverfahren Roloff als Zeuge vernommen. Er behauptet, daß beide Wege zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig parallel verfolgt worden seien. Klagges belastet Roloff, indem er ihm eine größere Verantwortung bei der Einbürgerung Hitlers zuweist. Roloff sei nur gegen die Professorenvariante gewesen.

Damit widerspricht er der Aussage Roloffs und entlastet indirekt Küchenthal bezüglich der Verantwortung. Daß Roloff so vehement gegen die Profesoren-Variate war, mag zwei ganz persönliche Gründe gehabt haben: Konkurrierende Denomination und Konkurrenmz um die höher dotierte Riekel-Stelle.

14.12.1945

Staff vernimmt Küchenthal im Entnazifizierungsverfahren gegen Roloff. Die Aussagen von Küchenthal sind im Unterschied zu den vagen Angaben Roloffs sehr präzise. Küchenthal belastet Roloff.

Küchenthal hat sich gut vorbereitet bzw. stützt sich auf seine seit 1932 angefertigten Aufzeichnungen. Es geht bereits um seine Verteidigungsstrategie im eigenen Entnazifizierungsverfahren.

17.12.1945

Staff vernimmt Roloff ein zweites Mal und konfrontiert ihn mit den Aussagen von Küchenthal und Klagges. Außerdem werden Passagen aus Roloffs Buch von 1939 verlesen. Roloff widerspricht Küchenthal und erklärt, daß er bei der Ernennung Hitlers nicht mitgewirkt habe. Bezüglich des Buches erklärt Roloff, daß das ursprüngliche Manuskript 1914 geendet habe. Die Veröffentlichung habe am Papiermangel zu scheitern gedroht. Auf Druck der örtliche Parteileitung sei ein weiteres Kapitel hinzugefügt worden, daß die Kreisleitung innerhalb von 8 Tagen verfaßt habe. Roloff habe auf die Veröffentlichung ganz verzichten wollen, auf den Rat des Verlegers Paul Graff aber zugestimmt aus Angst vor Repressalien.

In dieser Aussage liegt die Quelle von der geleugneten Urheberschaft des letzten Kapitels. Das Argument des Papiermangels bereits im Herbst 1939 ist unglaubwürdig.

18.12.1945

Staff vernimmt Paul Graff, der die Aussagen Roloffs bestätigt.

Offenbar haben sich beide abgesprochen. Immerhin belastet das Buch auch den Verleger, der das Vorwort mit unterschrieben hat.

21.12.1945

Staff vernimmt Otto Antrick, ehemals SPD-Mitglied, Schüler und Mitarbeiter Roloffs. Dieser bestätigt Roloffs antinationalsozialistische Einstellung.

Auch hier könnte es eine Absprache – diesmal zwischen Roloff und Antrick – gegeben haben.

31.12.1945

Ernst Zörner wird rückwirkend unter diesem Datum auf Antrag seiner Tochter aus erster Ehe, Liselotte Buchholz, geb. Zörner vom Amtsgericht Braunschweig für tot erklärt. Im Antrag wird die zweite Ehefrau nicht erwähnt. (60 A Nds Zg. 35/1989 Nr. 3424)

Der Antrag wird erst am 10.11.1959 gestellt. Ob der Beschluß des Amtsgerichts den tatsächlichen Sachverhalt trifft, ist zumindest zweifelhaft. Musial (1999, S. 400) schließt aus dem Umstand, daß die zweite Frau nicht erwähnt wird, daß beide 1945 unter falschem Namen untergetaucht sind. Musial ist nicht umfassend informiert. Zu diesem Zeitpunkt war Zörner bereits von seiner zweiten Frau geschieden. Insofern konnte die Tochter kein Motiv haben, die geschiedene Stiefmutter besonders zu erwähnen, zumal diese noch bis 1985 gelebt hat.

In der Meldekartei der Stadt Braunschweig gilt Zörner weiterhin als verschollen. (Mitteilung Stadtarchiv vom 8.5.2014) Der Beschluß des Amtsgerichts wurde offenbar nicht weitergeleitet.

Eine Hildegard Schack wird nach 1945 im Zusammenhang mit der „Wirtschaftlichen Forschungsgesellschft“ (Wifo) von der External Assets Investigation Section of the Property Division (OMGUS) vernommen. (vgl. www.archives.gov/research/microfilm/m1922.pdf)

Die Wifo war der Tarnname für eine 1934 von Wirtschaftsministerium gegründete Firma zur Beschaffung, Lagerung und Herstellung von kriegswichtigen Rohstoffen. Sie bewirtschaftete vor allem die geheimen Treibstofflager der Wehrmacht, die u.a. auch im Gau Südhannover-Braunschweig (Harz – Kohnstein) unterhalten wurden. Die Firma bestand nach 1945 weiter und wurde erst 1970 aufgelöst.

Der Hinweis auf die Befragung deutet darauf hin, daß auch Vermögenswerte der Wifo bei Kriegsende ins Ausland verschoben worden sind. Falls es sich bei der genannten Hildegard Schack um Zörners 2. Frau gehandelt haben sollte, hat sie vielleicht wieder ihren Mädchennamen angenommen. Hatte Zörner während seiner Zeit als Gouverneur in Lublin Verbindung zur Wifo? Was hat Hildegard Schack bis zu ihrem Tod 1985 gemacht und wo hat sie sich aufgehalten?

nach 1945

Die angrenzenden Landkreise versuchen vergeblich, die Gründung der Stadt Salzgitter rückgängig zu machen und ihre Gemeinden zurückzuholen.

14.1.1946

Die Immatrikulationsrede zur Wiederaufnahme des Lehrbetriebs an der TH im WS 1945/46 von Rektor Gassner beginnt mit einem Rückblick auf die NS-Zeit. (Text in Kuhkenkamp 1976, S. 17-21)

16.1.1946

Die Stadt Braunschweig entzieht Hitler zusammen mit Rust, Klagges, Göring und v. Schirach die Ehrenbürgerschaft.

Damit verliert Hitler aber nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

25.1.1946

Roloffs Suspendierung als Professor wird aufgehoben.

Sein Entnazifizierungsverfahren ist zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Vielleicht war die Intervention Gassners zugunsten Roloffs erfolgreich.

21.2.1946

Der Braunschweigische Landtag tritt zum ersten Mal nach dem Ende der Weimarer Republik wieder zusammen (Pollmann 1999). Er besteht aus 51, auf Vorschlag von der britischen Militärverwaltung ernannten, Abgeordneten.

Da das alte Landtagsgebäude zerstört war, tagte der Landtag 1946 in der Aula der Kant-Hochschule, vormals BRH und heute Haus der Wissenschaft. Wie viele andere Gebäude, die während der NS-Herschaft errichtet worden sind, hatte auch dieses Gebäude den Bombenkrieg nahezu unbeschädigt überstanden.

16.10.1946

Frank und Frick werden als Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg hingerichtet.

Frank war im Februar 1932 als Hitlers Rechtsberater nach Braunschweig entsandt worden, um über seinen Freund Zörner die Einbürgerung Hitlers zu vermitteln.

1.11.1946

Gründung des Landes Niedersachsen durch die Zusammenlegung der ehemaligen preußischen Provinz Hannover mit den Ländern Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe durch Verordnung Nr. 55 der Britischen Militärregierung.

Damit ist im Grunde die von Frick angestrebte große Reichsreform für den ehemaligen Gau Südhannover-Braunschweig, die von Klagges bekämpft worden und von Hitler aus Rücksicht

auf Braunschweig auf Eis gelegt worden war, durch die Britische Militärregierung doch noch umgesetzt worden.

21.11.1946

Feierliche Schlußsitzung des Braunschweigischen Landtags. Die Festrede hält Prof. von Frankenberg, der dem letzten frei gewählten Landtag von 1930-1933 angehörte.

30.11.1946

Küchenthal legt Berufung gegen seine Entlassung als Staatsbankpräsident ein und verfaßt eine Berufungsschrift (3 Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. IV – Beiakte)

3.12.1946

Beginn des 1. Entnazifizierungsverfahrens Küchenthal (bis 11.12.1950). Küchenthal werden 3 Fragebögen vorgelegt.

Küchenthals Entnazifizierungsverfahren erstreckt sich über 4 Jahre mit 2 erstinstanzlichen und 3 Berufungsverfahren. Er wird in Gruppe III (Minderbelastete) eingestuft, u.a. weil er maßgeblich bei der Einbürgerung Hitlers mitgewirkt hat und so ein wesentlicher Förderer des Nationalsozialismus gewesen ist. (3 Nds 92/1 Nr. 48470)

18.12.1946

Küchenthal reicht die ausgefüllten Fragebögen zurück.

19.12.1946

Küchenthal bentwortet den Fragebogen der Britischen Militärregierung zu seiner Person (3 Nds 92/1 Nr. 48470. Bd. 1).

Demnach war er seit dem 1.5.1935 Parteimitglied mit der Mitglieds-Nr. 2.799.535. Laut Zwischenausweis der NS-Kreisleitung war er ab dem 25.9.1935 Parteimitglied.

1947

Roloff sen. fertigt Aufzeichnungen über die Einbürgerung Hitlers an.

Die Aufzeichnungen aus den Privatakten zum Spruchkammerverfahren hat Roloff jun. 1955 im Nachlaß des Vaters gefunden und befanden sich mindestens bis 1961 in dessen Besitz (Roloff 1961, S. 90). Ob sie zum Nachlaß gehören, den er dem Stadtarchiv übergeben hat, ist unklar. Vielleicht sind auch die diversen Einlassungen gemeint, die sich außerdem im Stadtarchiv befinden.

10.1.1947

Heimbs formuliert eine Erklärung, die sich wie ein Persilschein für Küchenthal liest. (3 Nds.92/1 Nr. 48470, Bd. IV)

Heimbs scheint unter den Be- und Entlastungsseilschaften, die sich nach 1945 bilden, eher zur Fraktion Küchenthal zu gehören.

13.1.1947

Küchenthal reicht dem Entnazifizierungsausschuß eine Liste von 15 Namen ein, die ihm ein Leumundszeugnis ausgestellt haben. Der erste Name auf der Liste ist der Kaufmann Carl Heimbs, Braunschweig, Am Fallersleber Tore 6.

Heimbs wird mit dem Problem konfrontiert, sich im Kontext der Einbürgerung Hitlers zur Frage der Verantwortlichkeit zu äußern. Dieses Problem wird ihn bis zum Spiegel-Artikel vom September 1961 nicht mehr loslassen.

14.1.1947

Küchenthal wird vom Kreis-Entnazifizierungsausschuß des Landkreises Wolfenbüttel unter dem Vorsitz von Fricke vernommen. Vorgeworfen werden Küchenthal die NSDAP-Mitgliedschaft vor 1937, der Vorsitz im Braunschweigischen Staatsministerium und die aktive Mitwirkung bein der Einbürgerung Hitlers. Küchenthal streitet die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers ab.

Hier wird bereits die generelle Argumentationslinie Küchenthals in den diversen Verfahren sichtbar, die sich bis 1973 in seinen umfangreichen schriftlichen Äußerungen niederschlagen. Er, Küchenthal, habe nur den politischen Beschluß der Fraktion der BEL umgesetzt.

16.1.1947

MR a.D. Paul Kiesel, Bad Harzburg, aus politischen Gründen suspendiert, wird vom Kreis-Entnazifizierungsausschuß als Zeuge vernommen. Kiesel erklärt, daß er und MR Lehmann mit der Einbürgerung befaßt gewesen seien und Zeifel bezüglich einer Scheinanstellung geäußert hätten. Kiesel begründet die Zweifel mit den Argumenten, daß Hitler als Führer einer großen Partei gar keine Zeit für die Tätigkeit gehabt habe, und daß Hitler, da kein Jurist, keine Qualifikation für diese Tätigkeit gehabt habe. Deshalb habe er darum gebeten, von der gegenzeichnung der Ernennungsurkunde Hitrlers entbunden zu werden. Dem steht die Aussage Küchenthals gegenüber, daß er Kiesel von der Unterschrift entbunden habe, um ihn ggf. bei Änderung der politischen Verhältnisse zu schützen. Lehmann und Kiesel seien politische Gegener der NSDAP gewesen. Er, Kiesel sei DVP-Mitglied, Lehmann Sympatisant von DDP und SPD gewesen.

Mit seiner Aussage belastet Kiesel Küchenthal. Die Frage der „Scheinernennung“ spielte Anfang 1932 im Vorfeld der Ernennung Hitlers eine zentrale Rolle. Der Disput über die Gründe, warum Kiesel nicht unterschrieben hat, macht abermals deutlich, daß damals allen

die politische Bedeutung des Vorgangs vollkommen klar war. Die Aussage Kiesels ist insofern unglaubwürdig, da er selber aktiv in die Verbeamtung Hitlers involviert war und zuvor bei der Professorenvariante der Einbürgerung für Klagges ein Gefälligkeitsgutachten erstellt hatte. Entweder ging es Kiesel darum, sich selber zu entlasten. Vielleicht hofft er, daß durch die Belastung Küchenthals seine Suspendierung aufgeboben wird. Oder er verhält sich noch immer loyal zu Klagges, um Küchenthal und nicht Klagges die Hauptverantwortung für die ungesetzliche Verbeamtung Hitlers zuzuschieben.

18.1.1947

Kiesel korrigiert im Schreiben an Fricke das Protokoll über seine Aussage. Die NSDAP habe damals nicht 12 Mio Mitglieder, sondern 12 Mio Wähler gehabt.

23.1.1947

Bericht des Entnazifizierungsausschusses: Darin heißt es: „Der Kreis-E-Ausschuß hat aus den Aussagen Kiesel´s und den Aussagen Küchenthal´s die Überzeugung gewonnen, dass Küchenthal an der Durchführung der Ernennung Hitler´s zum Braunschweigischen Regierungsrat in voller Kenntnis ihrer grossen politischen Bedeutung nicht nur ausführend, sondern führend mitgewirkt hat und dass er nicht nur formell, sondern tatsächlich die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Küchenthal muß in Hinsicht auf die Folgen dieser Ernennung zu einem der eifrigsten Förderer der Nazibewegung und damit zu einem der Hauptbelasteten gezählt werden.“

Und weiter: „Für die politische Entwicklung Deutschland ist daher die Ernennung Hitler´s zum Braunschweigischen Regierungsrat von erheblicher Bedeutung gewesen. Küchenthal ist dafür in hohem Maße verantwortlich.“ (3 Nds 92/1 Nr. 48470 Bd. 1)

Der Bericht des Ausschusses ist ein zentrales Dokument für die Bewertung der Einbürgerung Hitlers und der Mitwirkung Küchenthals. Er stützt sich nicht nur auf die Befragung von Küchenthal und Kiesel, sondern auch auf zahlreiche zeitgenössische Dokumente - das Gutachten des Staatsrechtlers Jellinek von 1932, den belastetenden Brief Küchenthals von 1935, das Werbeblatt der DNVP vom 18.7.1932 u.a. Der Ausschuß wiederholt im Grunde die Bewertungen der Zeitgenossen von 1932 mit entgegengesetzter Stoßrichtung. Umgekehrt werden die 1932 Mitwirkenden nach 1945 sowohl die Bedeutung des Vorgangs wie ihre Rolle relativieren.

Der Ausschuß schlägt der Militärregierung vor, für Küchenthal ein Berufsverbot als als Landwirt zu verhängen.

Dies geschieht und wird, nachdem die Revision Küchenthals abgelehnt wurde, am 24.5.1947 bestätigt.

Der Vorsitzende des Ausschusses, Fricke, beantragt bei der Militärregierung, Küchenthal in Kategorie II einzustufen.

Dem Antrag wird nicht stattgegeben.

10.2.1947

Brandes wird im Entnazifizierungsverfahren als „eifriger Nationalsozialist“ in Kategorie IV (Mitläufer) eingruppiert, weil er an der Einbürgerung Hitlers mitgewirkt hat.

Brandes legt am 2.2.1947 Widerspruch ein. Im Revisionsverfahren geht es u.a. um die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers.

Brandes stellt Dokumente mit einer „Vorbemerkung“ zu seiner Entlastung, die die Distanz zum NS-System belegen sollen, zusammen und bestellt Entlastungsschreiben u.a. von Heimbs (vom 28.2.1947) und Roloff (vom 20.4.1947). Es geht um die Frage, wer die Einbürgerung Hitlers auf Seiten der BEL zu verantworten hat: Küchenthal als Vorsitzender der Staatsregierung, der die Ernennungsurkunde unterschrieben hat, oder Roloff bzw. die BEL-Fraktion, die den Beschluß gefaßt hat, bzw. die verantwortlichen Vertreter der bürgerlichen Parteien, die politisch dahinter standen.

Die Dokumente liegen im Stadtarchiv Braunschweig. Die Frage ist auch für Roloff, der neben Küchenthal und Brandes vernommen wird, von großer Bedeutung. Die Argumente lauten: Wenn wir Hitler nicht eingebürgert hätten, wäre er woanders, z.B. in Thüringen, eingebürgert worden. (Dies ist dort gerade mit Hilfe der DVP verhindert worden!) Es war besser, ihn eine Niederlage gegen Hindenburg erleiden zu lassen als ihn durch die Verweigerung der Einbürgerung zum Märtyrer zu machen. Die Einbürgerung sei für die spätere Entwicklung nebensächlich gewesen. Mißfallen habe nur der Weg über die Professur. Laut Erinnerung Brandes wollte Klagges die Professoren-Lösung, die von Roloff und Wessel abgelehnt worden sei. Erst danach sei via Zörner die Regierungsrat-Lösung ins Spiel gekommen. Wenn das stimmt, wurde die Rivalität Klagges – Zörner auch über die Einbürgerungsfrage ausgetragen.

20.2.1947

Schreiben Roloffs an Brandes, in dem die Jahre 1930 bis 1932 rekapituliert werden. Nach der Landtagswahl 1930 habe es den Versuch der SPD gegeben, mit den 4 Abgeordneten der DVP (nicht mit der BEL insgesamt) zu koalieren. Die DVP habe abgelehnt. Wenn die BEL zusammenbleiben (und ihre Wahlziele erreichen) wollte, sei nur die Koalition mit der NSDAP möglich gewesen. Franzen sei kooperativ gewesen und wurde deswegen von Klagges abgelehnt. Der erste Vorstoß zur Einbürgerung Hitlers sei Anfang 1932 erfolgt. Baumann habe Roloff am Rande einer Landtagssitzung erklärt, daß Klagges beabsichtige, Hitler berufen zu wollen. Darauf habe Roloff sowohl innerhalb der TH wie in einem Gespräch mit Klagges, Wessel, Baumann und Brandes interveniert und die Ablehnung der BEL zum Ausdruck gebracht. Es sei bei der Berufung nicht nur um die Einbürgerung, sondern zuerst um den Reputationsgewinn Hitlers durch die Professur gegangen. Die Einbürgerung habe erst später eine Rolle gespielt. Die braunschweiger DNVP habe sich erst dem Druck der Parteileitung durch Quaatz gebeugt. Klagges habe die Idee mit dem Regierungsrat und der Wirtschaftsförderung aufgebracht. Die Ernennung habe Küchenthal allein ohne Mitwirkung des Landtags vornehmen können. (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43:1-2)

Der Brief ist ein zentrales Dokument, das die wesentlichen Aspekte der Vorgänge aus der Sicht Roloffs schildert. Nach dieser Lesart trifft Roloff nicht nur keine Verantwortung, er inszeniert sich sogar als den entscheidenden Widerständler gegen die Berufung Hitlers und als Widerständler gegen dessen Einbürgerung, der sich nur dem Druck der Parteileitung gebeugt habe. Gleichzeitig entlastet er Brandes in dessen Entnazifizierungsverfahren und belastet Küchenthal.

28.2.1947

Schriftliche Erklärung von Heimbs über seine Mitwirkung bei der Einbürgerung anläßlich einer Ehrenerklärung für Brandes. Heimbs erklärt die Einbürgerung für „bedeutungslos“ angesichts der anderen Ereignisse.

Heimbs ist wieder inmvolviert und folgt der Standardargumentation.

3.3.1947

Küchenthal wird vom 120 Mil Gov. Food and Agriculture Militärregierung verboten, als Landwirt tätig zu sein.

5.3.1947

Küüchenthal wird einer halbstündigen Entnazifizierungsverhandlung unterzogen. Er erhält Berufsverbot als Landwirt, darf aber in seinem Anwesen in Heper wohnen bleiben.

15.3.1947

Küchenthal legt gegenüber dem Berufungsausschuß der „Denazifikations-Geschworenenbank“ Berufung gegen sein Berufsverbot als Landwirt ein. Dazu fertigt er ein Manuskript von 12 Seiten an.

30.3.1947

Küchenthal stellt beim Amtsgericht Wolfenbüttel Strafantrag gegen Ad. Kremser (?), Wolfenbüttel, weil dieser „in nicht rechtsverjährter Zeit, nämlich um den 14. Januar 1947 die Nachricht verbreitet hat, ich hätte durch die Einbürgerung Hitlers ein Kriegsverbrechen begangen und sei am 14. Januar 1947 zur Aburteilung als Kriegsverbrecher vor den Entnazifizierungsausschuß geladen“ (Quelle: Nachlass Küchenthal im Braunschweigischen Landesmuseum)

31.3.1947

Friedrich Boden stirbt in Berlin.

8.4.1947

Küchenthal reicht eine „Ergänzung zu meiner Berufungsschrift vom 15. März 1947“ ein.

10.4.1947

Hartmut Selle bescheinigt, daß Küchenthal ein Nazi-Gegener gewesen sei.

Persilschein für Küchenthal

Mai 1947

Roloff wird im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie V (unbelastet) eingestuft.

20.5.1947

Küchenthal beantwortet erneut den Fragebogen der Britischen Miltärregierung zu seiner Person. (3 Nds 92/1 Nr. 48470. Bd. 1)

Die Antworten weichen nur unwesentlich vom Fragebogen vm 19.12.1946 ab.

24.5.1947

Küchenthal erhält von der Militärregierung Berufsverbot als Landwirt.

25.9.1947

Aussage von MR Lehmann. Er habe sich 1932 geweigert, die Ernennungsurkunde Hitklers gegenzuzeichnen.

Auch auf der nachgeordneten Ebene der mit der Einbürgherung befaßten Ministerialräte hat es nach 1945 nur noch Bedenklenträger gegeben.

1948

Bei den Gemeinderatswahlen in Wolfsburg erhält die „Deutsche Rechtspartei“ fast 70 Prozent der Stimmen.

Hjalmar Schacht veröffentlicht „Abrechnung mit Hitler“ bei Rowohlt.

21.1.1948

Gegen Klagges wird ein Haftbefehl erlassen.

25.4.1948

Roloff betont in einem Schreiben an ?, daß er sich immer für Gassner eingesetzt habe. (Stadtarchiv Braunschweig GIX 43:1-2)

Damit korrespondiert, daß Gassner Roloff zu entlastet.

21.8.1948

Küchenthal beantragt, Carl Heimbs und andere 19 Zeugen vorzuladen, die bezeugen sollen, daß Küchenthal Gegner der NSDAP war.

Heimbs wird immer wieder für Persilscheine bemüht.

6.11.1948

Küchenthal reicht dem Vorsitzenden des Entnazifizierungsausschusses seine Berufungsschrift ein. Seine Berufung begründet er u.a. mit dem Widerstand, den er als Staatsbankpräsident gegenüber Klagges und Alpers geleistet habe. Dabei beruft er sich auf Hjalmar Schacht, Meine Abrechnung mit Hitler (1948).

Januar 1949

Duesterberg veröffentlicht „Der Stahlhelm und Hitler“.

Die Erinnerungen sind der Versuch, die Duesterberg-Richtung des Stahlhelms von dem Vorwurf frei zu machen, alle Stahlhelmer hätten Hitler unterstützt. Duesterberg gehörte mit Schrader zur Opposition. Er wurde 1933 verfolgt und ins KZ eingeliefert. Der Braunschweiger Stahlhelm-Putsch wird kurz behandelt.

7.2.1949

Der „Öffentliche Kläger“ bezichtigt in einem Schreiben an den Präsidenten des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig Küchenthal der persönlichen Bereicherung durch die Ernennung zum Staatsbankpräsidenten. Es habe keinen Grund für die Eile bei der Einstellung und auch keinen Grund gegeben, daß Küchenthal die Ernennungurkunde vor seinem Rücktritt selber unterzeichent habe. In der Einstellungsurkunde vom 25.3.1933 wird Küchenthal zum 1.4.1933 berufen, obwohl der kommissarisch zum Staatsbankpräsidenten berufene Finanzpräsident Emil Bartels als Nachfolger von Stübben erst zum 31.10.1933 abberufen worden ist.

Offenbar war das hochdotierte Amt nach dem politisch motivierten Ausscheiden Stübbens 1 ½ Jahre vakant und dann 7 Monate lang doppelt besetzt. Damit wird die Anklage gegen Küchenthal um den Punkt der Korruption und Selbstbegünstigung im Amt erweitert. Kiesel hat offenbar in seiner Aussage bestätigt, daß anlässlich der Verhandlungen zur Wiederherstellung der Koalition BEL-NSDAP und der Wahl von Klagges anstelle von Franzen diese Vereinbarung mit Blick auf Küchenthal getroffen wurde.

10.2.1949

Der „Öffentliche Ankläger“ formuliert 5 Anklagepunkte gegen Küchenthal:

1. Beteiligung an der Harzbuger Front
2. Als Justizminister Strafversetzung des Gerichtsassessors Dr. Meier-Branecke aus politischen Gründen

3. Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers
4. Selbsternennung zum Staatsbankpräsidenten
5. Zahlung von Zuschüssen an die NSDAP für Uniformen durch die Staatsbank (3 Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. V)

Küchenthal erscheint demnach nicht nur bei der Einbürgerung Hitlers, sondern auch sonst stärker in das NS-System involviert gewesen zu sein. Er repräsentiert den Typus des opportunistischen Steigbügelhalters, der auch immer seinen persönlichen Vorteil im Auge hatte.

Der Ankläger beabsichtigt, Kiesel, Lehmann, Roloff, Brandes, von Frankenberg und Klagges als Zeugen in Sachen Einbürgerung zu vernehmen.

Der noch lebende Personenkreis, der mit der Einbürgerung befaßt war und zur Rolle Küchenthals Aussaagen machen konnte, muß den Entnazifizierungsbehörden genauestens bekannt gewesen sein.

17.2.1949

Küchenthal schreibt an den Vorsitzenden des Entnazifizierungsausschusses (Otto Schmitz) bezüglich der Kontroverse mit Roloff, wer für die Streichung bzw. Wiedereinsetzung der Regierugsratsstelle verantwortlich gewesen sei. Er habe jetzt Dokumente, die seine Position belegen.

Auch diese Frage ist bezüglich der Verantwortung relevant. Küchenthal argumentiert, er habe als Finnazminister im Haushaltsentwurf die Stelle gestrichen und nur auf Druck von Roloff sei sie wieder in den Haushalt eingestellt worden, während Roloff behauptet, er habe im Haushaltsausschuß für die Streichung gesorgt und Küchenthal habe sie wieder eingestellt.

9.3.1949

Vernehmung von Schmidt-Bodenstedt (Bündheim) durch Staatsanwalt Erdmann zur Vorbereitung des Verfahrens gegen Klagges. Er streitet jegliche Kenntnis von irgendwelchen Vorgängen in Braunschweig 1933 ab, entlastet Klagges und belastet Alpers und Jeckeln. Er wird auch zu seiner Aussage vor dem OPG (gegen Zörner u.a.) vom 14.12.1933 befragt.

Es entsteht der Eindruck, daß es nicht nur den Konflikt Zörner – Klagges, sondern auf der Ebene tiefer auch einen Konflikt zwischen Schmidt/Bertram u.a. vs. Alpers/Jeckeln bzw. zwischen den alten Vertrauten/Mitarbeitern von Klagges und den neuen aufstrebenden gegeben hat. Nachdem die Zörner-Fraktion ausgeschaltet war, hat sich die Klagges-Fraktion in einen moderat-radikalen (Schmidt-Bodenstedt/Bertram) und einen radikal-radikalen Flügel (Alpers/Jeckeln) gespalten. Der Weggang von Schmidt-Bodenstedt nach Berlin bekommt so die Bedeutung der Weglobung.

29.3.1949

Berger wird im Entnazifizierungsverfahren wegen seiner SS-Mitgliedschaft und der Verbreitung der NS-Ideologie in Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft.

13.4.1949

Der „Öffentliche Ankläger“ erklärt zum Entnazifizierzungsverfahren Küchenthal: Küchenthal hat als Ministerporäsident in Braunschweig bei der Ernennung Hitlers zum btraunschweigischen Regierungsrat mitgewirkt. Es wird später zu prüfen sein, ob deshalb angereght werden müßte, Küchenthal vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg anzuklagen.“

Damit bekommen die Vorwürfe gegen Küchenthal eine neue Qualität. Klagges erscheint aus dieser Perspektive nur als ein kleiner Mitläufer! Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich hinter dem „Öffentlichen Ankläger“ Otto Schmitz verbirgt, der 1932 Rektor der TH war und mitgewirkt hat, Hitler als Professor zu verhindern. Darüber ist er vermutlich mit Küchenthal aneinandergeraten. Evtl. wird hier eine alte Rechnung beglichen. Der“ Prüfauftrag“ von Schmitz läßt sich sogar als ein Hinweis interpretieren, daß Küchenthal doch, anders als er später immer wieder betont hat, bereit gewesen wäre, die Berufung Hitlers mitzutragen.

5.7.1949

Eröffnung des Spruchgerichtsverfahrens gegen Klagges in Bielefeld (bis 9.7.)

Klagges sagt u.a. aus: „1932 wurde ich von Göring darauf aufmerksam gemacht, dass Hitler gern eine Beamtenstellung annehme. Er fragte mich damals, ob dies nicht in Braunschweig möglich sei, es käme ja auch Braunschweig zugute, da Hitler ja gute Beziehungen zu Industriellen habe. Er sagte mir noch, dass Hitler ja auch auf normalem Wege nicht die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben könne, durch eine Beamtenstellung aber müsse man sie ihm zuerkennen. Hitler wurde daraufhin von mir zum Regierungsrat ernannt. Die ganze Koalition im Landtag stimmte der Ernennung Hitlers zum Regierungsrat damals zu. Hitler hatte seine Stellung damals bei der Braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin.“ (Quelle Personalakte Klagges)

Demnach kam der Anstoß via Göring von Hitler selber. Hitler war klar, daß der Weg über den Reichsrat nicht gangbar ist und bringt selber die Wirtschaftsförderung für Braunschweig ins Spiel. Klagges betont, daß ***er*** *die Ernennung vorgenommen habe, aber die gesamte Koalition zugestimmt habe. Das ist insofern falsch, als nur der Professor Hitler, nicht aber der Regierungsrat Hitler zu seinem Ressort gehörte. Küchenthal war zuständig, Klagges mußte nur gegenzeichnen. Klagges brüstet sich also noch 1949 mit einem „Verdienst“, das ihm nur zum Teil zukommt. Lag hier der Grund, daß er nach dem gescheiterten ersten Anlauf weiter die Professoren-Variante verfolgt hat? Im Licht des Goebbels-Tagebuch ist diese Version völlig unglaubwürdig.*

Klagges bestreitet u.a. jegliche Verantwortung für die Gewalttaten im Zuge des „Stahlhelmputschs“ am 27.3.1933.

23.8.1949

Roloff schreibt an Schmitz, bietet sich als Zeuige an und macht Vorschläge, welche weiteren Zeugen im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal zuu laden sind. Er benennt u.a. Carl Heimbs, Brandes und Marquordt.

Dem hat Schmitz offenbar entsprochen. Bemerkenswert ist, daß Heimbs von Küchenthal als Entlastungs- und von Roloff als Belastungszeuge angesehen wird. Vielleicht wollte Roloff mit dem Brief an Heimbs auch an die alte Kollegialität apellieren, sofern 1932 Roloff und Schmitz tatsächlich an einem Strang bei der Verhinderung Hitlers als Professor gezogen haben.

27.9.1949

Sitzung des Entnazifizierungsausschusses unter Vorsitz von Otto Schmitz. Außer Küchenthal als Beklagtem werden Kiesel, Roloff, Hoppe, Brandes, Heimbs, Marquordt u.a. als Zeugen geladen. (3 Nds 92/1 Nr. 48470, Bd. 2)

Der Kreis der noch lebenden und 1932 an der Einbürgerung Beteiligten wird plastisch.

Der erste Punkt der Befragung behandelt die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers. Küchenthal leugnet eine Verantwortung und schildert die offizielle Version des Hergangs. Er sei gegen die Professur für Hitler gewesen. Auf den Einwurf von Schmitz, daß Küchenthal damals in TH gekommen sei und gefordert habe, bestimmte Räume für eine Ansprache Hitlers zur Verfügung zu stellen, antwortet Küchenthal, daß die TH dieses abgelehnt habe.

War doch daran gedacht, eine Antrittsvorlesung für Hitler zu organisieren? Hat Küchenthal versucht, die Professoren-Variante zu forcieren, da dann Klagges und nicht Küchenthal der Hauptverantwortliche gewesen wäre?

Küchenthal habe seine Zustimmung zur Einbürgerung Hitlers an die Bedingung geknüpft, daß zuvor geklärt wird, ob dann der Polizeikostenzuschuß des Reiches gestrichen wird.

Dieser Punkt spielte in der Tat bei der Reise Küchenthals nach Berlin eine Rolle.

Schmitz konfrontiert Küchenthal mit seinem Brief von 1935. Küchenthal räumt ein, den Brief geschrieben zu haben, erklärt aber, daß dieser nur taktisch gemeint war, um seine Entlassung abzuwehren.

Das kann man so und so sehen.

Kiesel behauptet in seiner Vernehmung, daß er, Albrecht und Wanstrat lediglich Gutachten zu der rein abstrakten Frage erstellen sollten, ob Hitler eingebürgert werden könne. Dies haben sie positiv begutachtet. Erst als klar wurde, daß Hitler als Regierungsrat angestellt werden sollte, sei ihnen rechtliche Bedenken gekommen. Hitler als Untergebener von Boden sei nicht denkbar gewesen. Hitler habe aber erklärt, daß er die Stelle tatsächlich ausfüllen wolle. Auch nach dem Ausscheiden Hitlers aus dem Braunschweigischen Staatsdienst sei die Stelle jahrelang weiter im Haushalt geführt worden. Das Gehalt sei an die SS gegangen.

Auch diese Aussage ist mit Vorsicht zu genießen. Unglaubwürdig ist die feinsinnige Unterscheidung zwischen einem rein abstrakten positiven und einem bedenkenträchtigen konkreten Vorgang. Wenn die Erinnerung Kiesels stimmt, daß weiter Geld geflossen ist, dann war Hitlers Behauptung 1932, er habe kein Gehalt bezogen, sondern es an Arbeitslose gestiftet, eine glatte Lüge. Warum dieses Geld ausgerechnet an die SS gegangen sein soll, istmerkwürdig.

Roloff sagt aus, daß Klagges tatsächlich beabsichtigt habe, daß Hitler Vorlesungen hält. Es wäre daraufhin eine Kommmision gebildet worden, die schärfsten Widerstand gegen die Berufungsabsicht formuliert hätte. Ansonsten gibt Roloff in seiner Aussage den Unbeteiligten. Allerdinmgs seien „Wirtschaftskreise“ für die Einbürgerung gewesen.

Dies kann als ein versteckter Hinweis auf die Verantwortung von Heimbs und/oder Wessel gedeutet werden.

Hoppe entlastet Küchenthal mit seiner Aussage. Hoppe und Küchenthal waren damals Nachbarn. Küchenthal wohnte Humboldtstr. 25.

Hoppe scheint wie Heimbs zur Fraktion Küchenthal zu gehören.

Brandes belastet Küchenthal. Er habe nicht dem Fraktionszwang unterlegen und sei nichjt an den Fraktionsbeschluß gebunden gewesen.

Ansonsten spielt er wie Roloff den Ahnungslosen.

Heimbs antwortet auf die Frage: Wer hat die Zustimmung gegeben, Hitler einzubürgern? „Ich kann darüber wenig sagen. Von der Sache habe ich auf merkwürdige Art Kenntnis bekommen. Meine Einstellung zur NSDAP kennen Sie. Ich war verschiedene Male bei der GESTAPO. Durch meinen Schwager hörte ich hier und da mal etwas. Eines Tages bat er mich ins Parkhotel, um zwei Herren kennen zu lernen, die mich etwas fragen wollten. Wir trafen uns. Frank 2 nahm das Wort und er erkundigte sich nach der Freimauerei und wie sich die Deutsche Volkspartei zur Einbürgerung Hitlers stelle. Ich sagte, dass meine Ansicht sei, dass ein Mann, der 4 Jahre für Deutschland gekämpft habe, Recht auf Einbürgerung hätte. Ob die Volkspartei der gleichen Ansicht sei, konnte ich nicht sagen, wollte mich aber erkundigen. Ich war dann im Geschäftszimmer der Deutschen Volkspartei und von der Leitung dieser Partei lag eine gegenteilige Ansicht nicht vor.“ … „Kann sein, dass der Vorschlag von Wessel gemacht wurde.“

Heimbs spielt den Ahnungslosen, der nur als eine Art Auskunftei gewirkt hat bzw. sich erkundigt hat, wie sich seine Partei zur Einbürgerung verhalte. 11 Jahre später nach dem Spiegel-Artikel wird er sich detailierter erinnern. Interessant sind dennoch drei Hinweise. Offenbar hat er sich schon zuvor mehrfach mit Zörner über die Angelegenheit ausgetauscht. Wer war der zweite Mann, der Heimbs vorgestellt wurde? Laut Aussage seines Sohnes vor dem OPG war das Alpers. Den dürfte Heimbs aber gekannt haben. Wieso spricht Frank die Freimauererei an? Woher wußte dieser, daß Heimbs Freimaurer war? Wollte er Heimbs auf diese Weise auf den Kanal zu Wessel hinweisen, der auch Freimaurer war? Dann muß Frank sehr gut vorbereitet gewesen sein. Hatte ihn Zörner entsprechend instruiert? Warum erwähnt Heimbs diesen Punkt überhaupt? Auffällig ist, daß Heimbs wie 1961 ganz selbstverständlich von Frank II spricht, obwohl dieser ihm bis dato völlig unbegkannt gewesen sein soll. Außerdem versucht er, Wessel die Verantwortung zuzuschieben und entlastet damit Küchenthal. Heimbs hat also eher im Sinne von Küchenthal als von Roloff ausgesagt.

Marquordt gibt bei seiner Befragung vor, nichts mehr zu wissen.

Dies ist unglaubwürdig.

Der zweite Punkt der Befragung behandelt die Ernennung Küchenthals zum Staatsbankpräsidenten. Die Frage lautet, ob Küchenthal damit für seine Mitwirkung bei der Einbürgerung belohnt wurde. Dies wird von Küchenthal bestritten, der auf seine Qualifikation verweist. Außerdem habe er versucht, die Staatsbank gegen die Plünderungsversuche durch Alpers und Klagges zu schützen. Diese hätten die Staatsbank zerschlagen und daraus eine Landesbank machen wollen. Er, Küchenthal, sei von der Gestapo kontrolliert und sein Telephon abgehört worden.

Küchenthal versucht bei diesem Punkt den Eindruck eines Widerstandskämpfers zu erwecken.

Zum Vorwurf der Parteimitgliedschaft erklärt er, von Hesse unter Druck gesetzt worden zu sein.

Schmitz zieht das Fazit und begründet das Urteil im Revisionsverfahren: „Der Betroffene war im Jahre 1932 Ministerpräsident des Landes Braunschweig. Er hat in dieser Stellung Hitler als Regierungsrat in den braunschweigischen Staatsdienst eingestellt und ihn dadurch zum deutschen Staatsbürger gemacht. Der Betroffene behauptet, daß er diesen Akt auf Beschluß der ´Bürgerlichen Einheitsliste` ausgeführt hat. Es besteht aber kein Zweifel, daß er als ´Ministerpräsident´ volle Freiheit in seiner Entscheidung hatte. In Anbetracht der außerordentlichen Folgen, welche diese Ernennung nach sich zog, ist er daher als wesentlicher Förderer anzusehen und in Gruppe III einzustufen.“ (zitiert nach Küchenthal 1969, Bd. III, S. 46-47)

Der Berichterstatter der Braunschweiger Zeitung zitiert leicht abweichend: „Der Betroffene habe durch seine als Ministerpräsident geleistete Unterschrift, die allein die Ernennung Hitlers und damit Einbürgerung ermöglicht habe, eine wesentliche Förderung und Unterstützung des Nationalsozialismus geleistet. Diese wesentliche Förderung sei durch seinen späteren Widerstand als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank nicht ausgeglichen.“ (Braunschweiger Zeitung vom 28.9.1949)

Der Konflikt mit Alpers und Klagges wird vom Ausschuß nicht als Widerstand, sondern als Machtkampf um den Einfluß über die Staatsbank gewertet.

Einschränkend ist zu sagen, daß der Vorsitzende Otto, 1932 als Rektor in die Vorgänge zur Einbürgerung Hitlers involviert, keinesfalls neutral war. Wieso war ausgerechnet Schmitz Vorsitzender im von Küchenthal angestrengten Revisionsverfahren? Schmitz hatte Küchenthal 1932 angerufen und um Auskunft gebeten, ob Hitler tatsächlich zum Professor berufen werden solle und darüber der Presse berichtet.

Küchenthal beschuldigt Schmitz später, daß er 1948 dem Braunschweigischen Hochschulbund Mittel habe zukommen lassen, die an die Staatskasse hätten abgeführt werden müssen. Auch mit Schmitz trägt er eine Kontroverse aus. (Küchenthal 1969, Bd. III, S. 49f, Küchenthal 1973, Bd. II)

Die Begründung für die Einstufung in Kategorie III ist ganz eindeutig die politische Bedeutung der Einbürgerung Hitlers und Küchenthals Verantwortung für den Vorgang. Die Kontroversen Roloff-Küchenthal, Brandes-Küchenthal und Schmitz-Küchenthal werden sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Bemerkenswert ist, daß die Zeitgenossen 1932 und der Entnazifizierungsausschuß 1949 die fundamentale Bedeutung der Einbürgerung gleichermaßen bewerten, während die überlebenden Beteiligten nach 1945 den Vorgang zu bagatellisieren suchen.

12.11.1949

Küchenthal legt erneut Berufung gegen das Spruchkammer-Urteil ein.

10.12.1949

Die Spruchkammer in Bielefeld verurteilt Klagges wegen Mitgliedschaft in der SS als Obergruppenführer (Generalleutnant) zu 6 Jahren Zuchthaus unter Anrechnung der Internierung.

15.12.1949

Der Spiegel berichtet über den SS-Gruppenführer Waldemar Wappenhans, verheiratet mit einer geborenen Heimbs, der im September 1945 als Hans Seemann eine neue Karriere im Dienst der britischen Besatzungsmacht startet und später bei Heimbs und Sohn beschäftigt wird.

Der Bericht kann als ein Indiz gewertet werden, daß Carl Heimbs vor 1945 doch engere Beziehungen zur NSDAP hatte. Jedenfalls beschäftigt er ein angeheiratetes Familienmitglied in seinem Betrieb, das nach 1945 unter falschem Namen untergetaucht war.

17.12.1949

Küchenthal wendet sich an Bundespräsident Heuß mit der Bitte um Unterstützung.

Heuß hat offenbar nicht reagiert.

1950

Roloff verfaßt eine zweite Aufzeichnung zum Thema Einbürgerung, die in Details von der ersten Aufzeichnung von 1947 abweicht. Das Manuskript befindet sich im Nachlaß und seit 1955 im Besitz von Roloff jun. (Roloff 1961, S. 90)

Das Manuskript diente offenbar der Vorbereitung des Entnazifizierungsverfahrens gegen Roloff. Es findet sich nicht in dem Teil des Nachlasses, den Roloff jun. später dem Stadtarchiv übergeben hat.

10.1. 1950

Eröffnung des Klagges-Prozeß vor dem Braunschweiger Landgericht (bis 5.4.1950)

Die Braunschweiger Zeitung berichtet nahezu täglich in langen Artikeln.

5.4.1950

Urteil des Schwurgerichts Braunschweig im Klagges-Prozeß. Er wird wegen „Verbrechens gegen die Menschlichkeit“ in Tateinheit mit diversen anderen Vergehen zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Klagges selber zeigt sich im Schlußplädoyer uneinsichtig. Die Einbürgerung Hitlers spielt im Prozeß kaum eine Rolle. Vgl. dazu die Begründung des Urteils durch die Richter Lüttig, Zeiger und Thies (Im Namen des Rechts! 1950)

Klagges verfaßt anschließend eine undatierte „Stellungnahme zu dem Urteil des Schwurgerichts Braunschweig vom 5.4.1950 gegen Dietrich Klagges“ von 381 S.

Das Manuskript wird im Nds. Staatsarchiv Wolfenbüttel unter 62 Nds Fb 2 Nr. 800 aufbewahrt. Es ist während der Haft verfaßt worden. Klagges bezieht sich u.a. auf die Akten des OPG-Verfahrens Klagges vs. Zörner u.a., die im Prozeß verwendet wurden. Klagges erinnert sich sehr genau an kleine Details, die 17 Jahre zurückliegen.

Auf S. 65 gibt es einen Hinweis auf Zörner, aus dem indirekt hervorgeht, daß Zörner im Frühjahr 1933 zum moderaten Flügel der braunschweiger NSDAP gehörte.

Auf S. 157 gibt es im Kontext des „Stahlhelmputsches“ den Hinweis, „daß in Bodenstedt eine Verschwörung des Stahlhelms mit den Marxisten einschließlich der Kommunisten beabsichtigt sei“.

Dies würde erklären, warum damals Carl Lauenstein, Großbauer, Ortsvorsteher und Bodenstedter Stahlhelmführer, in Bodenstedt verhaftet und zur AOK gebracht worden ist. Lauenstein (DNVP) wurde im Gemeinderat von den SPD- und KPD-Mitgliedern gegen die NSDAP-Gemeinderäte gestützt.

Die Einbürgerung von Hitler wird im Manuskript nirgends erwähnt. Offenbar hat Klagges Mitwirkung im Unterschied zu den Entnazifizierungsverfahren der anderen an der Einbürgerung Beteiligten angesichts der Schwere der Vorwürfe in diesem Prozeß keine Rolle gespielt.

22.4.1950

Berger wird im Entnazifizierungsverfahren von Kategorie IV auf Kategorie V zurückgestuft.

19.6.1950

Küchenthal begründet seine Berufung. Zentral für das gesamte Verfahren sei die Verantwortlichkeit bei der Einbürgerung.

Wenn davon die Einstufung in die Kategorie „wesentlicher Förderer des Nationalsozialismus“ abhängt, dann war es doch ein wichtiger Vorgang.

30.9.1950

Schreiben von Brandes an Roloff.

Auch dieses Schreiben ist ein Beleg, daß Roloff und Brandes nach 1945 gegen Küchenthal kooperieren.

26.10.1950

Die Verteidigung von Küchenthal liefert einen Nachtrag zur Begründung für die Berufung.

21.11.1950

Schrader, ehemals Landtagsabgeordneter der Staatspartei, sagt als Zeuge im Berufungsverfahren Küchenthal aus und gibt an, nichts gewußt, der Einbürgerung aber zugestimmt zu haben.

Diese Aussage ist unglaubwürdig.

27.11.1950

Bankdirektor a.D. Erwin Schack., Braunschweig, Hagenring 15 (78 Jahre alt) sagt als Zeuge aus. Seine Aussage ist nichtssagend.

Warum wurde Schack als Zeuge vernommen? Ist er verwandt mit Hildegart Schack, der zweiten Frau von Zörner? Wenn ja, dann dürfte Zörner seine zweite Frau nicht erst in Dresden kennen gelernt, sondern aus Braunschweig mitgenommen haben. Der Name Schack taucht nach 1945 in den OMGUS-Akten in Zusammenhang mit der Verschiebung von Vermögenswerten der Wifo ins Ausland aus. Gibt es hier einen Zusammenhang?

Außerdem werden an diesem Tag Kiesel, Roloff und Hoppe vernommen.

Roloff sagt aus, daß Zörner die eigentliche Einbürgerung betrieben habe. Entscheidend sei das Treffen im Parkhotel zwischen Frank, Zörner und Heimbs gewesen. Von einer 4. Person spricht Roloff nicht.

30.11.1950

Roloff nimmt brieflich Kontakt zu Brandes auf, der ihn (in seinem Entnazifizierungsverfahren) entlasten und Küchenthal belasten soll. Brandes antwortet am selben Tag und belastet Küchenthal. Er argumentiert, daß Küchenthal verantwortlich war, weil er die Urkunde unterschrieben hat. Er hätte stattdessen zurücktreten können bzw. seinen Rücktritt gegenüber der BEL androhen können. Die Fraktion habe keine Entscheidung getroffen. Küchenthal habe im Klagges-Prozeß unter Eid ausgesagt, daß er sich nicht in dessen Ressort eingemischt habe. Während der AOK-Aktion sei Küchenthal in Berlin gewesen (Stadtarchiv Braunschweig G IX 43: 1-2).

Der Tenor des Schreibens lautet, daß Küchenthal feige gewesen sei, keine Verantwortung übernehmen wollte und nur auf seinen eigenen Vorteil bedacht gewesen sei.

Auch Küchenthal nimmt brieflich Kontakt zu Brandes auf, um ihn als Entlastungszeugen zu gewinnen und im Gegenzug Roloff zu belasten.

Die Frage, ob Küchenthal als Vorsitzender der Staatsregierung oder Roloff als Vorsitzender der BEL-Fraktion der Hauptverantwortliche für die Einbürgerung ist bzw. ob es sich um einen rechtlichen oder um einen politischen Vorgang gehandelt hat, steht weiter im Zentrum der Kontroverse. Kontrovers ist auch, ob und was die BEL-Fraktion am 17.2.1932 genau beschlossen hat und inwieweit Küchenthal nur deren ausführendes Organ war. Die Debatte wird allerdings 1945-1950 und nicht 1932 geführt. Roloff und Brandes entlasten sich gegenseitig zu Lasten von Küchenthal, der 1932 versucht hat, sich vor der Verantwortung zu drücken, aber nicht zurücktreten wollte. Daß Roloff und Brandes sich gegen Küchenthal positionieren, könnte daran liegen, daß sie beide am Fraktionsbeschluß mitgewirkt haben. Am Ende will keiner verantwortlich gewesen sein und vor allem keiner gewußt haben, als was Hitler sich entpuppen würde.

4.12.1950

Fortsetzung der Zeugenvernehmung vor dem Entnazifizierungsausschuß. Brandes, Heimbs, Gassner, Hoppe, Albert Wanstrat, Hans Udo v. Grone, Bertram sagen aus.

Gassner entlastet Roloff bezüglich der Einbürgerung. Roloff habe aber später für die NSDAP Vorträge gehalten. Dem widerspricht Roloff. Schmitz und Gassner hätten einen Konflikt mit Küchenthal wegen der Professur für Hitler ausgetragen. Küchenthal wollte dem Druck von Klagges nachgeben.

Wenn das stimmt, dann wankt die gesamte Verteidigungsstrategie Küchenthals. Demnach hat er sich zwar zunächst gegen die Professur für Hitler gesträubt und seine Unterschrift unter die Ernennungsurkunde verweigert. Als er aber merkte, daß eine alternative Verbeamtung auf seine Zuständigkeit hinausläuft, hat er die Professur doch vorgezogen.

Wanstrat bestätigt, daß er ein Gutachten gemacht hat.

Brandes belastet Küchenthal erneut mit dem Argument, daß dieser hätte zurücktreten können.

Heimbs sagt aus: „Der derzeitige Landtagspräsident Zörner war mein Schwager. Er war Nationalsozialist. Zörner stand später in Gegensatz zu Klagges. Ich erhielt eines Tages einen Anruf von Zörner, dass ich an einer Besprechung im Parkhotel teilnehmen solle. Frank II war auch (!) dabei anwesend. Ich wurde gefragt, wie sich die Deutsche Volkspartei dazu stellen würde, wenn man eine Einbürgerung Hitlers vornehmen würde. Ich hielt eine Gleichstellung Hitlers für selbstverständlich. Darauf schickten wir an den Führer der deutschen Volkspartei Dingeldei (sic!) ein telegramm. Er erklärte sich einverstanden. Meine Partei setzte sich darauf mit den anderen in Verbindung. Zörner war damals ein großert mann. Ich hatte ihm of vorgestellt, daß er auf Hitler einwirken solle. Hitler liebte wohl solche Ratschläge nicht.“

Heimbs variert seine Aussagen in Nuancen. Der geheimnisvolle 4. Mann wird namentlich nicht erwähnt. Wer war das? Dingeldey bzw. die Volkspartei trifft jetzt die Vernatwortung. Heimbs war nur eine Art Bote. Deutlich wird aber, daß Heimbs und Zörner sich oft ausgetauscht haben. Heimbs will den Eindruck erwecken, daß er schon lange vor Hitlers Machtergreifung via Zörner versucht habe, auf Hitler einzuwirken.

Von Grone (damals Landtagsabgeordneter der DNVP) behauptet, nichts gewußt zu haben.

Die Aussage ist unglaubwürdig. Von Grone war aber eher Mitläufer als >meinungsfüghrer in der DNVP. Er wurde in Kategorie IV eingestuft.

Bertram erklärt, daß die Initiative zur Einbürgerung von Berlin ausging.

Bertram wurde in Kategorie IV eingestuft.

11.12.1950

Endgültiger Bescheid des Entnazifizierungsausschusses unter Vorsitz von Dr. Conrad auf die Berufung gegen den Spruchkammerbeschluß vom 27.9.1949 im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal. Die Entlassung Küchenthals unter Fortfall der Bezüge vom 15.8.1945 wird bestätigt. Im Beschluß heißt es: Küchenthal „hat Hitler in den Sattel geholfen“. Er sei kein Widerständler gewesen. Bei dem Konflikt mit Alpers und Klagges ging es um den Einfluß über die Staatsbank.

Es scheint, daß Küchenthal, insofern ihm die Hauptschuld an der Einbürgerung Hitlers zugesprochen wird, auch das Opfer einer Intrige geworden ist, für die Roloff sen., Brandes u.a. verantwortlich zu machen sind. Mit dem MS von Roloff jun. „ “Dr. Werner Küchenthal – der Irrtum eines unpolitischen Fachministers“ (Archiv Menzel, Mappe Roloff) läßt sich diese Annahme bestätigen. Auch Küchenthal jun. vertritt diese Sicht vehement.

13.12.1950

Brief Roloffs an Schrader. Schrader hat Roloff im Entnazifizierungsverfahren belastet und wird dafür von Roloff beschimpft. Schrader leitet den Brief zur Kenntnisnahme an Küchenthal weiter.

Die Fraktionierungen gehen auch nach 1945 weiter. Roloff und Brandes gegen Küchenthal und Schrader.

1951

Aus der „Benutzerkorrespondenz“ des Niedersächsischen Staatsarchivs Wolfenbüttel geht hervor, daß Küchenthal beginnt, die Akten des Archivs sowohl „in eigener Sache“ wie bei seinen Recherchen als Heimatforscher zu nutzen. Er korrespondiert dabei regelmäßig mit dem Leiter des Archivs, Hermann Kleinau.

Der Stil der Korespondenz zwischen Küchenthal und Kleinau ist förmlich, doch dürfte sich im Laufe der Zeit ein besonderes Vertrauensverhältnis gebildet haben.

23.2.1951

„Watenstedt-Salzgitter“ wird in „Salzgitter“ umbenannt.

11.7.1951

Balthasar Becker, 1933 Schriftleiter der BNN, schreibt Küchenthal, und erklärt, daß Roloff sein Informant bei den Meldungen über die Einbürgerung Hitlers gewesen sei. Der Artikel in den BNN vom 24.2.1932 (in Wirklichkeit vom 25.2. UM) sei von Rolofff inspiriert, womöglich sogar verfaßt worden. Der Vorschlag, Hitler zum Professor zu machen, sei von Roloff gekommen. Erst als die Denomination (der Riekel-Stelle) in Konkurrenz zu Roloff trat, sei dieser dagegen gewesen. Der Brief enthält weitere Details über den Ablauf der Ereignisse vom 22. – 26.2.1933. (Brief in Küchenthal 1973, Bd. I)

Eine Variante über die Abläufe, die durch die zeitgenössischen Quellen nicht belegt wird, aber als Indiz gelten kann, daß es auch um eine Professoren-Konkurrenz ging.

Das Schreiben ist möglicherweise bestellt. Es entlastet Küchenthal bezüglich der Verantwortung und belastet Roloff. Küchenthal wird den Brief in Abschrift 1961 an das Niedersächsische Staatsarchiv mit der Bitte um Archivierung senden (250 N 284).

18.12.1951

Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung im Land Niedersachsen.

31.3.1952

Küchenthal wird aufgrund des Gesetzes zum Abschluß der Entnazifizierung in Kategorie V zurückgestuft. Damit ist der Bescheid vom 11.12.1950 aufgehoben.

April 1952

Die Stadt Salzgitter veröffentlicht die Broschüre „10 Jahre Salzgitter“. Darin werden Gründung von Werk und Stadt als volkswirtschaftlich notwendig dargestellt und besonders deren Förderung durch Klagges hervorgehoben. Eine kritische Erörterung (Rüstungsindustrie, Verstaatlichung, KZ etc.) und der Bezug zur Reichsreform fehlen völlig.

29 .5.1952

Das Bundesgericht hebt den Schuldspruch gegen Klagges auf.

20.10.1952

Beginn des Revisionsverfahrens (bis 4.11.) gegen Klagges vor dem Schwurgericht in Braunschweig. Klagges zeigt sich im Prozeß weiterhin uneinsichtig. In seinem sehr umfangreichen Schlußwort streitet er jegliche Verantwortung ab. Dies gilt insbesondere für seine Mitwirkung bei der Niederschlagung des „Stahlhelmputsches“.

Damit distanziert sich Klagges von Alpers, dem die Hauptverantwortung zugewiesen wird. Alpers kann sich nicht mehr wehren, da er seit 1944 tot ist.

4.11.1952

Das Urteil gegen Klagges wird vom Schwurgericht auf 15 Jahre reduziert.

Sommersemester 1953

Roloff wird zum Sommersemester emeritiert.

3.5.1953

Allan Bullock verfaßt das Vorwort zur deutschen Ausgabe von „Hitler. Eine Stdie über Tyrannei“. Die Einbürgerungsaffäre wird mit keinem Wort erwähnt.

4.6.1953

Carl Heimbs wird auf Antrag von Prof. Kangro anläßlich seines 75. Geburtags die Ehrensenatorwürde der TH Braunschweig verliehen.

Heimbs spendet seitdem regelmäßig hohe Beträge der TH bzw. dem Braunschweigischen Hochschulbund (Archiv der TU Braunschweig B3 : 29)

März 1954

Klagges veröffentlicht unter dem Pseudonym „Rudolf Berg“ sein Schlußwort im Klagges-Prozeß unter dem Titel „Angeklagter oder Ankläger?“.

Demnach hat seine Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers keine besondere Rolle im Prozeß gespielt. Im Mittelpunkt stand seine Verantwortung für die Niederschlagung des „Stahlhelputsches“, des Sturms auf das Volksfreunde-Haus, die Rieseberg-Morde u.a. Klagges zeigt sich uneinsichtig und rechtfertigt die Taten von Alpers, Jeckeln u.a.

Das Schlußwort endet: „Ich weiß, wir haben Großes gewollt, und es ist uns vergönnt gewesen, Großes zu tun. Weil unser Werk auch Fehler hatte, und man zur Zeit nichts anderes sehen will, als diese Fehler, müssen wir jetzt Großes erleiden. Dennoch wird der Tag kommen, an dem wir von neuem Großes wollen, und so Gott will, auch vollbringen werden.“ (Berg 1954, S, 78-79)

1.9.1954

Heinrich Heffter wird vom niedersächsischen Kultusminister als Nachfolger von Roloff auf einen a.o. Professur an der Naturwissenschaftlich-Philosophischen Fakultät der TH Braunschweig berufen.

10.1.1955

Anlässlich des 75jährigen Firmenjubiläums der Firma Heimbs erscheint die Festschrift „Vom guten Kaffee“. Darin heißt es: „Überdies stand der Name Heimbs bei den braunen Machthabern nicht gerade hoch im Kurs, was sich entsprechend auf das Geschäft auswirkte. Bezeichnend war es beispielsweise, das `Heimbs & Sohn` im Gegensatz zu zahlreichen kleineren Firmen bis kurz vor Kriegsschluß keinen Kaffee-Ersatz herstellen durften, obwohl Kaffee-Ersatz schon während vieler Friedensjahre zu ihren ständigen Erzeugnissen zählte.“ (S. 22)

Diese Feststellung ist eine glatte Lüge. Ernst Heimbs war seit März 1933 NSDAP-Mitglied.

1955

Roloff veröffentlicht eine „Heimatchronik der Stadt Braunschweig“. Im „Nachwort“ auf S. 215 von 308 Seiten findet sich der versteckte Hinweis, daß der „Geschichtliche Teil“ eine bereinigte Fassung von „Tausendjähriges Braunschweig“ ist.

Damit ist aus dem „Tausenjährigen Braunschweig“, eine Anspielung auf das „Tausendjährige dritte Reich“ eine harmlose „Heimatchronik“ geworden. Warum steht der Hinweis auf die Urfassung nicht im Vorwort, sondern in einem Nachwort und warum ist das „Nachwort“ in der Mitte des Bandes platziert? Man gewinnt den Eindruck, daß es sich bis S. 215 um die gereinigte Fassung des Buchs von 1939 handelt und ab S. 216 um einen neuen Text. Im geschichtlichen Teil hat Roloff das Vorwort, alle politisch kompromittierenden Passagen und das letzte Kapitel weggelassen. Insofern ist der Band ein Dokument der Distanzierung von der eigenen Vergangenheit. Daß Roloff vor dem Hintergrund, daß der Band von 1939 in sei-

nem Entnazifizierungsverfahren eine prominente Rolle gespielt hat, den alten Text 1955 wieder verwendet, läßt sich allerdings auch als nachträglicher Rechtfertigungsversuch deuten nach dem Motto: So hätte das Buch eigentlich erscheinen sollen, wenn ich nicht von den Nazis gezwungen worden wäre, es zu verändern.

Die Wiederverwendung des alten Manuskripts läßt sich allerdings auch im Sinne geringer wissenschaftlicher Produktivität deuten. Roloff weist bis zu seinem Lebensende keine wissenschaftlichen Veröffentlichungen im strengen Sinne auf. Dies unterstreicht abermals, warum politische Gründe dreimal seine Karriere als Hochschullehrer befördert haben.

4.11.1955

Roloff Senior stirbt in Braunschweig. Roloff jun. findet nach dem Tode des Vaters persönliche Akten und Briefwechsel zum Thema Machtergreifung der NSDAP in Braunschweig. Dazu gehören auch Dokumente zur Einbürgerung Hitlers. Nach seiner Aussage liegt hier das Motiv, warum er sich dem Thema gewidmet hat. (Roloff 1981, S. 13)

12.1.1956

Riekel erhält seinen Wiedergutmachungsbescheid.

1957

Klagges wird vorzeitig aus der Haft entlassen.

10.11.1959

Die 2. Tochter Zörners, Liselotte Buchmann, geb. Zörner beantragt beim Amtsgericht Braunschweig, ihren Vater, zuletzt wohnhaft in Dresden-Blasewitz, Jüngsstr. 3, rückwirkend für den 31.12.1945 für tot erklären zu lassen. Als Anlage ist eine eidestattliche Erklärung der ältesten Tochter, Johanne-Lore Zörner, vom 6.10.1959 beigefügt, aus der hervorgeht, daß sie den letzten Kontakt mit ihrem Vater in der Nacht vom 4. auf den 5.5.1945 in Beraun bei Prag gehabt hat. Sie hat sich danach per Zug von Prag Richtung Salzburg abgesetzt. Die Tochter berichtet von einem Gerücht, der Vater habe sich beim Einmarsch der sowjetischen Truppen das Leben genommen. Als Begründung für den späten Zeitpunkt des Antrags wird angegeben, daß alle Suchanfragen über das Rote Kreuz ergebnislos geblieben seien. Belege für Nachfragen sind dem Antrag beigefügt. (60 A Nds Zg. 35/1989 Nr. 3424)

Zu diesem Zeitpunkt wohnen die Töchter Johanne-Lore Zörner in Braunschweig, Gördelingerstr. 1; Liselotte Buchholz, geb. Zörner, in Braunschweig, Gliesmaroderstr. 6; Hanneliese Goetzke, geb. Zörner, in Düsseldorf, Rochusstr. 6.

Musial 1999 schließt nicht aus, daß Zörner 1945 untergetaucht ist und unter falschem Namen weitergelebt hat. Wenn Zörner tatsächlich untergetaucht ist, ist nicht auszuschließen, daß er später Kontakt mit seinen Töchtern aufgenommen hat. Vielleicht ist er 1959 gestorben, was den Zeitpunkt der Antragstellung erklären würde.

3.5 Die Nachgeschichte II: Die wissenschaftliche und politische Aufarbeitung der Einbürgerung seit 1960

17.12.1959

Der Historiker Rudolf Morsey, Bonn, richtet eine Anfrage an den Direktor des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel, Hermann Kleinau, bezüglich Akten zur Einbürgerung Hitlers in Braunschweig.

Rudolf Morsey (Jg. 1927) ist zu diesem Zeitpunkt ein junger Bonner Historiker, der sich seit 1960 um die Dokumentation von Quellen zur Geschichte des deutschen Katholizismus verdient macht und Mitarbeiter der Kommissison für Zeitgeschichte, Bonn ist. In diesem Zusammenhang ist er auf das Thema „Hitlers Einbürgerung" gestoßen. Mit dem Brief Morseys an Kleinau beginnt die wissenschaftliche Aufarbeitung des Themas. Morsey ist auf der Suche nach der Personalakte Hitlers, vermutet sie in Wolfenbüttel und weiß noch nichts von der Kopie, die im Berliner Document Center lagert.

18.12.1959

Das Amtsgericht Braunschweig fordert Zörner routinemäßig auf, sich zu melden.

Diese Meldung erfolgt nicht.

4.1.1960

Kleinau antwortet Morsey mit dem Hinweis, daß das Staatsarchiv keine diesbezüglichen Akten besitzt. Er verweist aber auf andere Quellen – so die Landtagsprotokolle – und das Buch von Roloff sen. „Tausendjähriges Braunschweig". Hinzu kommt der Hinweis, daß Roloff bei der Einbürgerung wichtig gewesen sei. (1 Nds Mon – Müller, E.)

Dieser Hinweis ist bemerkenswert. Kleinau war seit 1938 Leiter des Braunschweigischen Staatsarchivs. Demnach dürfte er Staatsbankpräsident Küchenthal gekannt und könnte Kenntnis von Hitlers braunschweiger Personalakte gehabt haben, die erst 1945 von der britischen Besatzungsmacht beschlagnahmt worden ist. Woher weiß Kleinau, daß Roloff bei der Einbürgerung Hitlers wichtig gewesen ist, obwohl er doch über keine Akten verfügt? Warum nennt er nur Roloff und nicht andere wichtige Personen wie Klagges, Zörner, Küchenthal, Wessel, Brandes etc.? Weiß er mehr als er zugibt und möchte er Morsey womöglich auf eine bestimmte Spur führen, die Roloff ins Zentrum der Einbürgerung stellt?

6.1.1960

Morsey kündigt Kleinau sein Kommen nach Wolfenbüttel an und verweist darauf, daß er auch Küchenthal angeschrieben hat.

7.1.1960

Weiteres Schreiben von Morsey an Kleinau, in dem dieser berichtet, daß jetzt auch Küchenthal zu einem Gespräch bereit ist. Das Treffen soll am 14.1.1960 vormittags im Staatsarchiv stattfinden.

Offenbar hat Küchenthal gezögert und ist jetzt doch bereit. Ist die unmittelbare Aufeinanderfolge der beiden Briefe Zufall oder hat Kleinau Küchenthal nach Erhalt des ersten Briefes gedrängt bzw. zu dem Gespräch geraten? Vielleicht hat er argumentiert, daß eine Weigerung nur den Argwohn Morseys befördert. Vermutlich haben beide telephoniert.

14.1.1960

Im Dienstzimmer des Direktors des Niedersächsischen Staatsarchivs in Wolfenbüttel, Kleinau, kommt es zu einem Treffen zwischen Morsey und Küchenthal. Morsey befragt in Gegenwart von Kleinau Küchenthal bezüglich der näheren Umstände der Einbürgerung Hitlers in Braunschweig.

Offenbar ist die Befragung nicht zur Zufriedenheit von Küchenthal ausgegangen, der womöglich seine Befürchtung bestätigt sah, daß die Umstände der Einbürgerung Hitlers und seine Mitwirkung durch das Vorhaben von Morsey einer breiteren Öffentlichkeit bekannt werden, nachdem der Punkt bereits in seinem Entnazifizierungsverfahren eine wesentliche Rolle gespielt hatte (vgl. dazu Küchenthal an Morsey vom 25.5.1961). Die zu vermutende Absicht von Küchenthal (und Kleinau?), Roloff in dem Gespräch als Hauptverantwortlichen für die Einbürgerung herauszustellen, ist offenbar fehlgeschlagen.

Welche Rolle spielt Kleinau? Kleinau wird später in einem Schreiben Küchenthals vom 25.1.1976 als „Verbandsbruder“ bezeichet. Welcher Verband und seit wann?

Küchenthal hat immer wieder die Dienste des Staatsarchivs bei seinen Recherchen als Heimatforscher in Anspruch genommen. Dabei korrespondierte er mehrfach mit Kleinau auch in banalen Anfragen persönlich. (1 Nds Kub – Kul) Der Stil der Korrespondenz ist förmlich und deutet nicht auf ein persönliches Verhältnis hin. Es dürfte aber ein gewisses Vertrauensverhältnis zwischen beiden im Laufe der Jahre entstanden sein. In der Korrespondenz findet sich kein Hinweis auf die Verabredung des Treffens am 14.1.1960, die vermutlich telephonisch erfolgt ist. Evtl. war Kleinau selber an dem Thema interessiert und hat deshalb vermittelnd gewirkt.

21.1.1960

Morsey schreibt Kleinau und berichtet, daß er die Personalakte Hitlers (*in Kopie*) besitzt. Ferner berichtet er von einem Gespräch mit Roloff jun., der ihn über die Vorgeschichte aufgeklärt habe.

Morsey hat die Akte im Berliner Document Center gefunden und eine Kopie anfertigen lassen. Offenbar wußte Kleinau nicht, daß die Personalakte sich im Document Center befindet. Der Hinweis auf Roloff deutet an, daß Morsey erst nach dem Treffen mit Küchenthal, womöglich noch am selben Tag, mit Roloff in Braunschweig gesprochen hat. Offenbar war dieses Gespräch ergiebiger als die Befragung von Küchenthal. Dies ist nachvollziehbar, da Küchenthal als Betroffener und im Entnazifizierungsverfahren Belasteter eine bestimmte Interessenlage verfolgt, während sich Roloff jun. eher als Aufklärer versteht, auch wenn er als Sohn indirekt ebenfalls betroffen ist. Dennoch scheint Morsey eher Roloff als Küchentahl zu vertrauen.

22.1.1960

Kleinau antwortet postwendend mit der Frage: Wo ist die Hitler-Akte?

Hier deutet sich ein Interesse Kleinaus an, warum er so sehr in den Vorgang involviert ist.

25.1.1960

Morsey antwortet auf die Anfrage: „Es handelt sich um zwei Bände (einer aus dem Bestand des Braunschweigischen Staatsministeriums, einer aus dem Bestand der Berliner Gesandtschaft), die nach 1933 von den Nazis in das NSDAP-Hauptarchiv gelangten, das sich seit 1945 in amerikanischer Hand befindet. Die Materialien sind infolgedessen jetzt im Berlin Document Center." Dort habe er sie eingesehen. (1 Nds Mon – Müller, E)

Jetzt ist die Sensation heraus. Kleinau ist nahe daran, zumindest eine Kopie der Akte nach Wolfenbüttel zu bekommen. Auf jeden Fall hellt sich ihm die Geschichte der Hitler-Akte auf, wenn auch noch immer Mosaiksteichchen fehlen.

30.1.1960

Kleinau schreibt an Morsey.

Dies geht aus einem späteren Schreiben von Morsey hervor. Das genannte Schreiben befindet sich nicht in der Akte. Absicht oder Zufall? Womöglich hat Kleinau angefragt, ob er die Akte bzw. eine Kopie bekommen kann. Nach der Phase einer dichten Korrespondenz gibt es jetzt eine Lücke von drei Monaten. Sind die Briefe entfernt worden? Man gewinnt den Eindruck, daß Kleinau auf die Herausgabe der Akte drängt und daß Morsey mauert.

Eine interessante Frage lautet, wer wann und warum veranlaßt hat, daß eine Kopie von Hitlers Personalakte ins NS-Parteiarchiv wandert. Wußte Hitler davon? Eigentlich hätte es aufgrund des kompromittierenden Inhalts eher in seinem Interesse sein müssen, die Akte zu vernichten oder zumindest in seinen Besitz zu bringen. Im Falle seiner ebenfalls kompromittierenden Militärpapiere ist er so verfahren. Oder hatte jemand aus der Partei (Himmler? Bormann?) ein Interesse, belastendes Material gegen Hitler zu sammeln?

10.2.1960

Roloff jun. berichtet erstmals in einem Vortrag „Hitler, Klagges und die akademische Freiheit. Die braunschweigischen Hochschulkonflikte 1931/33" vor dem „Gesamtverband Braunschweiger Lehrer" über seine Forschungsergebnisse.

Das maschinenschriftliche Manuskript (26 S.) mit handschriftlichen Korrekturen zu dem Vortrag ist in Kopie im Stadtarchiv einsehbar (H III 2 Nr. 111). Wesentliche Hintergründe und Fakten der Einbürgerung Hitlers werden hier erstmals öffentlich gemacht.

11.2.1960

Die Braunschweiger Zeitung berichtet über den Vortrag von Roloff.

Zumindest diesen Zeitungsartikel, den er auf S. 433 seiner Dokumentation erwähnt, hat Morsey gekannt. Das Manuskript hat er von Roloff offenbar nicht erhalten.

23.3.1960

Karl Hoppe bestätigt Küchenthal in einem Schreiben, daß Roloff und nicht Küchenthal die entscheidende Rolle bei der Einbürgerung Hitlers gespielt habe.

Hoppe war damals Kollege von Roloff an der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der TH. Er hat sich zweimal, 1933 und 1945, als Wendehals gezeigt. Seine Ausführungen sind deshalb mit besonderer Vorsicht zu genießen. Da Roloff sen. bereits tot ist, hat Hoppe womöglich entschieden, sich jetzt gegen ihn zu positionieren. Der Brief erweckt den Eindruck, als sei er von Küchenthal bestellt, der entlastendes Material in der sich anbahnenden Auseinandersetzung mit Roloff jun. und/oder Morsey über die Verantwortlichkeit bei der Einbürgerung Hitlers sammelt. Küchenthal wird den Brief in Abschrift am 25.5.1961 an Kleinau mit der Bitte um Archivierung senden.

Es deuten sich in Umrissen die Mitglieder einer „Fraktion Küchenthal“ gegenüber einer „Fraktion Roloff“ an. Zumindest wird seit 1960 anderen Konstruktion gearbeitet.

25.3.1960

Das Amtsgericht Braunschweig entspricht dem Antrag der Tochter Zörners und setzt den Todeszeitpunkt des Vaters auf den 31.12.1945, 24.00 Uhr fest.

2.5.1960

Der Briefwechsel zwischen Kleinau und Morsey wird wieder nachvollziehbar. Aus dem Brief Kleinaus an Morsey geht hervor, daß Kleinau die beiden Bände für das Staatsarchiv reklamiert hat, daß Morsey dies aber verweigert hat, bis seine Dokumentation (Morsey 1960) erschienen ist. Umgekehrt hat Kleinau die Bitte Morseys nach Einsicht in die Entnazifizierungsakte Küchenthals verweigert unter Hinweis auf die Bestimmungen des Niedersächsischen Entnazifizierungsgesetzes vom 18.12.1951.

Aus diesem Brief wird deutlich, daß sich zwischen beiden ein Konflikt aufgeschaukelt hat. Es muß in der dreimonatigen Korrespondenzlücke mehrere Briefe geben, die Kleinau offenbar nicht zu den Akten gegeben hat. Bei dem Nachwuchswissenschaftler Morsey scheint das Motiv auf, daß er den Fisch, den er an der Angel hat, keinem anderen (womöglich Kleinau) gönnen möchte. Für seine Karriere ist so ein „Knüller“ sicherlich förderlich. Ob Kleinau nur ein archivarliches Interesse hat oder selber mit dem Fund herauskommen möchte, bleibt unklar. War die Weigerung, die Entnazifizierungsakte herauszugeben, sachlich (gesetzlich) begründet? Wollte er Küchenthal schützen? Wollte er eine Verhandlungsposition mit Morsey aufbauen?

Morsey wird in seiner Veröffentlichung in einer Fußnote mit Bedauern darauf hinweisen, daß die Wolfenbütteler Entnazifizierungsakte Küchenthals nicht für ihn einsehbar war. Die Akte besteht aus 5 Bänden und hat die Signatur 3 Nds 92/1 Nr. 48470.

Dezember 1960

Morsey veröffentlicht, gestützt auf Recherchen im Bundesarchiv Koblenz, im Berliner Document Center und im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel, die kommentierte Dokumentation „Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat“ in Heft 4 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (Morsey 1960)

Bei seiner Kommentierung der Dokumente stützt sich Morsey auf Küchenthal (mündlich und schriftlich) und Roloff jun., die in den Anmerkungen mehrfach als Informanten genannt werden. In seiner mündlichen Mitteilung hat Küchenthal betont, daß er sich gegen die Berufung Hitlers zum Professor gesträubt habe (Morsey 1960, Fn 56). Der Hinweis auf die Mitwirkung von Heimbs bei der Einbürgerung stammt von Roloff jun. (Fn. 65).

Damit hat Roloff jun. Morsey auf eine Spur geführt, die die DVP gegenüber der DNVP in den Vordergrund bringt und so von der Verantwortung Roloff sen. wegführt.

In Fn. 48 (. 430) heißt es: „Leider waren mir die Spruchkammerakten über das Entnazifizierungsverfahren Küchgenthals (die sich im Niedersächsischen Staatsarchiv in Wolfenbüttel befinden) nicht zugänglich.“

Angesichts der damals zur Verfügung stehenden Quellen handelt es sich um eine sehr sorgfältige Arbeit. Eine Wertung, welche Bedeutung die Einbürgerung Hitlers für dessen politische Karriere hatte, nimmt Morsey ***nicht*** *vor.*

29.12.1960

Morsey schickt Kleinau, Küchenthal und (vermutlich) Roloff jun. einen Sonderdruck seiner Dokumentation. Er stellt in Aussicht, eine Kopie der Hitlerakten dem Staatsarchiv zur Verfügung zu stellen.

Jetzt ist der Fisch gefangen. Morsey ist stolz und zeigt sich wieder kooperationsbereit.

1.1.1961

Das Manuskript zu dem Buch von Roloff jun. „Braunschweigs Weg ins Dritte Reich“ ist fertig. Das Vorwort ist datiert auf den 1. Januar. (2. Aufl. Magni-Buchladen 1981)

Aus der Dokumentation von Morsey wird zitiert. Beide Veröffentlichungen sind demnach parallel entstanden. Die Autoren haben mindestens zweimal im Laufe des Jahres 1960 kommuniziert, wobei die Initiative von Morsey ausgegangen ist.

Roloff jun. stützt sich auf Unterlagen, u.a. die von Brandes 1947 angelegte Akte (heute im Stadtarchiv), die Erklärung von Heimbs 1947 vor der Spruchkammer und zwei Aufzeichnungen von Roloff sen. aus den Jahren 1947 und 1950, die er nach dem Tod des Vaters 1955 in dessen Nachlaß gefunden hat. Das Goebbels-Tagebuch wird in der Fassung von 1934 zitiert. Das Buch liest sich auch als persönliche Auseinandersetzung mit dem Vater. Die umfangreichen Niederschriften von Küchenthal und Klagges existieren zu diesem Zeitpunkt noch nicht bzw. sind noch nicht bekannt.

25.5.1961

Küchenthal sendet Morsey einen 25seitigen Kommentar zu dessen Dokumentation über die Einbürgerung Hitlers. Im Begleitschreiben heißt es: „Ich bitte Sie, Verständnis zu haben, daß ich entsprechend meinem bei der gemeinschaftlichen Unterhaltung mit dem Staatsarchivdirektor, Herrn Dr. Kleinau, Wolfenbüttel, angesprochenen Vorbehalte die Angelegenheit zunächst mehreren interessierten und in der Sache berufenen Persönlichkeiten zur Kenntnis bringen und erst dann Juristen zur Prüfung und weiteren Veranlassung vorlegen werde“.

Wer sind diese Persönlichkeiten – etwa Kleinau? Liegt hier die Ursache der zweimaligen Interventionsversuche von Kleinau bei Morsey? Juristische Schritte sind offenbar nicht eingeleitet worden.

Küchenthal kritisiert in seinem Kommentar, daß wichtige Dokumente zum Verständnis des gesamten Vorgangs fehlen und daß die Interpretation Morseys fehlerhaft sei.

Küchenthal befürchtet offenbar, daß erneut - wie in seinem Entnazifizierungsverfahren - seine Rolle bei der Einbürgerung Hitlers zu einem öffentlichen Thema wird. Hier werden die wesentlichen Argumente bereits vorweggenommen, die Küchenthal seit 1969 in seinen diversen mehrbändigen Dokumentationen verbreitet. Insofern war die Dokumentation von Morsey nicht nur der Beginn der wissenschaftlichen Aufarbeitung der Einbürgerung Hitlers, sondern auch der Auftakt der öffentlichen politischen Auseinandersetzung um deren Verantwortlichkeit. Manche der damals Beteiligten wie Klagges, Schmidt-Bodenstedt, Küchenthal, Brandes und Heimbs waren noch am Leben bzw. haben, wie im Falle Roloffs, als Sohn die Stelle des Vaters eingenommen. Nach dem Tod Küchenthals hat sein Sohn, Hans-Georg Küchenthal, dessen Part übernommen. Küchenthal sen. hat später im Grunde versucht, eine Gegendokumentation zu Morsey zu verfassen, die seine Mitwirkung relativiert und die Verantwortlichkeit von Roloff in den Vordergrund stellt.

Morsey antwortet auf den Komentar von Küchenthal, ohne darauf eine Erwiderung zu erhalten.

Küchenthal richtet am selben Tag zwei Schreiben an Hermann Kleinau. Er übersendet darin diverse ergänzende Dokumente, die sich auf die Dokumentation von Morsey beziehen, sowie seinen Kommentar in Kopie (unterschrieben!) mit der Bitte, alles im Staatsarchiv zu archivieren.

Dies ist geschehen unter 250 N Nr. 284.

26.1.1961

Kleinau dankt Morsey für den Sonderdruck und die in Aussicht gestellten Kopien. Außerdem verweist er auf die „Nützlichkeit“ des von ihm arrangierten Treffens Morsey – Küchenthal im Januar 1960.

Für wen war es nützlich? Spielt Kleinau ein doppeltes Spiel mit Küchenthal?

16.2.1961

Morsey schickt Kleinau die Kopien der beiden Hitler-Akten „betr. Adolf Hitler, Regierungsrat“ mit dem Kommentar, daß er beide Akten chronologisch zu einer geordnet hat.

Erst jetzt erschließt sich der gesamte Verlauf der Hitlerschen Personalakte. 1932 wurden demnach ***drei*** *Personalakten angelegt: Vom Kultur- und Vermessungsamt (12 Neu Fb. 7 III Nr. 235b/3 = Hitler 1), vom Braunschweigischen Staatsministerium nach der Abordnung und auch etatmäßigen Verlagerung an die Braunschweigische Gesandtschaft (12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a = Hitler 2) und durch Boden von der Gesandtschaft in Berlin (= Hitler 3).*

Hitler 2 ist von der britischen Besatzungsmacht beschlagnahmt und nach London verbracht worden – es heißt auf persönlichen Wunsch von Churchill. Der Versuch, diese Akte zurückzubekommen, ist unter Einschaltung des Auswärtigen Amtes ergebnislos abgebrochen worden. Darüber gibt es eine eigene Akte (STAWO 4 Nds Zg. 27).

Von Hitler 2 und Hitler 3 hat die NSDAP (evtl. auf Veranlassung von Klagges?) Kopien anfertigen lassen und im Parteiarchiv in München deponiert. Das NS-Parteiarchiv ist von der amerikanischen Besatzungsmacht beschlagnahmt worden. Auf diese Weise sind die Kopien der Akten Hitler 2 und Hitler 3 im Berliner Document Center (NSDAP-Hauptarchiv Nr. 5/6) gelandet.

Morsey hat in Berlin Kopien der Kopien von Hitler 2 und Hitler 3 anfertigen lassen, um sie für seine Dokumentation auszuwerten. Er hat die Kopien der Kopien beider Akten chronologisch zu einer vereinigt und sie Kleinau übergeben. Diese lagert jetzt im Staatsarchiv in Wolfenbüttel, ohne das daraus hervorgeht, daß es ursprünglich zwei separate Akten waren.

Hitler 1 ist womöglich immer in Braunschweig geblieben und irgendwann ins Staatsarchiv gewandert. Weder die NSDAP noch die Briten haben davon gewußt. Oder Hitler 1 ist auch von der NSDAP kopiert worden und nach München gewandert und schließlich im Document Center gelandet. Morsey wäre dann einem Irrtum aufgesessen, weil er nicht wußte bzw. sich nicht vorstellen konnte, daß bereits in Braunschweig zwei Personalakten angelegt worden sind.

7.3.1961

Kleinau bedankt sich bei Morsey für die Überlassung der Akte und berichtet, daß sie bereits unter L Neu Abt. 12 A Zg. 15/61 registriert sei.

Das wiederum heißt, daß die Signatur später nochmal geändert worden ist.

28.9.1961

Der Spiegel veröffentlicht den Artikel „Professor Hitler“. Darin wird durch Fotos von Klagges und Heimbs optisch deren Rolle bei der Einbürgerung Hitlers besonders hervorgehoben. Der Autor stützt sich auf das noch nicht veröffentlichte Buch von Roloff jun., aus dem er auch zitiert, und schreibt: „Der braunschweiger Studienrat Dr. Ernst-August Roloff stellte aus den Privatpapieren seines Vaters, des deutschnationalen Professors, eine – demnächst erscheinende – Dokumentation über das braune Braunschweig und die Einbürgerung Adolf Hitlers zusammen.“ Es entsteht durch den Artikel der Eindruck, als wäre Carl Heimbs einer der Hauptverantwortlichen gewesen.

Im Licht der Reaktionen auf den Artikel ist der Subtext des Artikels wichtig. Offenbar hat Roloff dem Spiegel-Autor sein Manuskript zur Verfügung gestellt. Was wollte Roloff damit erreichen? Obwohl der Autor sich wesentlich auf dieses Manuskript stützt und Roloff sogar als

Urheber der Begründung genannt wird, daß Hitler wegen der fehlenden Staatsbürgerschaft zögerte, wird er als „Amateurhistoriker“ bezeichnet. Morsey als eigentlicher Entdecker und Dokumentar der Affäre, auf den sich Roloff stützt, wird nicht erwähnt, obwohl dessen Dokumentation bereits erschienen ist. Entweder kannte der Spiegel-Autor dessen Dokumentation nicht oder erhat sie stillschweigend genutzt. Roloff sen. erscheint eher als Einbürgerungsgegner, Küchenthal jedenfalls wichtiger für die Einbürgerung als Roloff. Frank wird zwar erwähnt, aber nicht unter der Bezeichnung „Frank II“.

Die Frage lautet, ob Roloff jun. den Artikel inspiriert hat und auf diese Weise der DVP bzw. Heimbs die Verantwortung für die Einbürgerung Hitlers zuschieben und damit die Rolle der DNVP bzw. seines Vaters relativieren will.

Heimbs verfaßt am selben Tag (!) eine dreiseitige „Erklärung“ zum Artikel des Spiegels, die er als Rundbrief unter seinen Mitarbeitern, auch im Außendienst unter den Kaffeevertretern, verbreitet. Darin schildert er das Treffen mit Zörner und Frank im Parkhotel Anfang Februar 1932 aus seiner Sicht:

„Es mag wohl Anfang des Jahres 1962 gewesen sein, lt. ´Spiegel´ ist es Februar 1932 gewesen, als mein Schwager, der Landtagspräsident Zörner, mich anrief und sagte: `Carl, heute abend bin ich mit einer besonderen Persönlichkeit im Parkhotel gegen 10.00 Uhr.  Ich möchte dich bitten, sei doch zu einer Aussprache bereit.` Ich sagte zu und war pünktlich um 10.00 Uhr im Parkhotel, musste aber eine Stunde warten, so dass ich schon wieder fortgehen wollte, wie dann mein Schager mit einem anderen Herren zu mir kam. Der andere Herr wurde vorgestellt als Frank II, ein Name, der mir bis dahin kaum ein Begriff war. Ich hörte dann, dass Frank II in engster Verbindung zu Hitler stände.

Es wurde dann von meinem Schwager die Aussprache eröffnet und erwähnt, dass Frank II über meine politische Einstellung genauestens informiert sei. Er wüsste, dass ich im Vorstande der DVP wäre, infolgedessen möchte er gern mit mir gesprochen haben. Es handelte sich um die Einbürgerung von Hitler. An mich wurde dann die Frage gestellt, wie ich und wie die Partei sich zur Einbürgerung von Hitler stellen könnte. Ich antwortete darauf: `Für mich wäre dies eine vollständig klare Angelegenheit. Ich wäre erstaunt, zu hören, dass Hitler nicht Bürger des Deutschen Reiches sei, denn ein Mann, der vier Jahre in der deutschen Armee gekämpft habe, der solle doch ohne weiteres das Recht auf Einbürgerung haben.` Das wäre meine persönliche Ansicht und ich glaubte auch, dass das die Ansicht der DVP sei. Ich wurde dann gebeten, die Sache doch dem Vorstande weiterzugeben, was ich auch versprach und was ich auch am folgenden Tage gemacht habe.

Ich habe mich mit dem Geschäftsführer Bredtschneider (leider verstorben) in Verbindung gesetzt. Dieser hat sich mit dem jetzt in Hamburg lebenden Brandes (derzeit 1. Vorsitzender der Landesgruppe Braunschweig der DVP) (Heimbs meint damals U.M.) weiter in Verbindung gesetzt, worauf Bredtschneider ein Telegramm an Dingeldey geschickt hat, und Dingeldey hat sofort wieder depeschiert `Einverstanden`. Dieses habe ich Zörner mitgeteilt. An den danach einsetzenden Verhandlungen habe ich nicht teilgenommen.

….

Mit Frank II und meinem Schwager Zörner habe ich mich an dem fraglichen Abend nach meinen ersten Worten mit einer rückhaltlosen Zustimmung für die Einbürgerung nur über die Unmöglichkeit der Durchführung der von Hitler propagierten Thesen unterhalten, und ferner habe ich verschiedentlich Frank II gebeten, Hitler zu veranlassen, die Judenfrage möglichst ganz zurückzustellen. Eine Bitte, welche ich meinem Schwager gegenüber immer ausgesprochen habe.“

Diese Aussage nimmt Heimbs unter Eid. Gegenüber dem Spiegel hat Heimbs seinen Anwalt eingeschaltet und gegenüber Roloff behält er sich „besondere Schritte“ vor. (Archiv Menzel, Mappe Heimbs)

Bei dem Dokument handelt es sich neben der Aussage von Heimbs jun. im Parteigerichtsverfahren Klagges gegen Zörner u.a. und den beiden Aussagen von Heimbs sen. im Entnazifizierungsverfahren Küchenthal um eine detailierte Quelle über den Ablauf des Gesprächs Frank/Zörner/Heimbs (+ Alpers?) im Braunschweiger Parkhotel am Abend des 17.2.1932. Bemerkenswert ist, daß Heimbs am selben Tage, an dem der Spiegel-Artikel erscheint, reagiert, indem er seinen Anwalt in Marsch setzt, eine Erklärung verfaßt und eine Betriebsversammlung einberuft. Die Brisanz des Vorwurfs muß ihm sofort klar gewesen sein. Vielleicht war er sogar vorbereitet, weil er von dem Vortrag Roloffs in Braunschweig gehört hat bzw. das Buch von Roloff bereits kannte. Der Grundtenor der „Erklärung“ ist unglaubwürdig, weil er sich einerseits nur vage erinnern will, andererseits aber sehr präzise Angaben bis in den genauen Wortlaut eines Gesprächs macht, der fast 30 Jahre zurückliegt. Heimbs spielt den Ahnungslosen, der nur eine selbstverständliche Gefälligkeit geleistet habe, obwohl die Einbürgerungsfrage damals seit Wochen das politische Topthema in Braunschweig war und mit Sicherheit auch innerhalb der Familen Zörner und Heimbs zur Sprache gekommen ist. Immerhin hat sein Sohn 1933 im Parteigerichtsverfahren zu dem Treffen ausgesagt und seinen Onkel, Ernst Zörner, entlastet. Bezeichnend ist auch, daß Heimbs sen. die Anwesenheit von Alpers bei dem Treffen verschweigt, die sein Sohn 1933 bezeugt.

Verräterisch ist der mehrfache Hinweis auf „Frank II“. Diese Bezeichnung wird weder im Spiegel-Artikel noch bei Roloff verwendet. Frank wurde in seiner Eigenschaft als münchener Anwalt seit 1928 als „Frank II“ bezeichnet, weil es in der münchener Anwaltsliste noch einen anderen Frank („Frank I“) gab. Frank hatte sich seitdem als Anwalt mittelloser SA-Männer profiliert und auch mehrfach Hitler in diversen Prozessen vertreten.

Wenn Heimbs ganz selbstverständlich im Jahre 1961 in dem kurzen Text fünfmal „Frank II“ formuliert, deutet das auf intime Detailkenntnis der damaligen Rolle von Frank für die NSDAP und für Hitler hin und nicht nur auf einen Herrn, der ihm „kaum ein Begriff“ war und ihm nur kurz vorgestellt wurde. Oder er will damit, was noch unglaubwürdiger erscheint, zum Ausdruck bringen, daß er 1961 nicht wußte, daß dieser ihm 1932 angeblich nahezu unbekannte „Frank II“, später als „Schlächter von Polen“ berüchtigt, der Hans Frank war, der als Hauptkriegsverbrecher in Nürnberg verurteilt und hingerichtet worden ist. Unterschlagen wird auch, daß Zörner damals bereits mit Frank befreundet war und daß Frank als Generalgouverneur von Polen Zörner nach dessen Sturz als Dresdener Oberbürgermeister zum Bürgermeister von Krakau und anschließend zum Gouverneur von Lublin gemacht hat. Immerhin hat Heimbs 1944, nachdem die Zörners in Dresden augebombt waren, zwei Töchter Zörners in seinem braunschweiger Haus aufgenommen.

Zu Heimbs Positionierung im Widerspruch steht auch, daß Heimbs über die Verwandtschaft zu Zörner und die NS-Mitgliedschaft seines Sohnes seit März 1933 in viele Details der braunschweiger NSDAP eingeweiht gewesen sein dürfte. Unglaubwürdig ist auch, daß Zörner in dem dem Treffen vorangehenden Telephonat nicht erwähnt haben soll, worin der Grund des Treffens bestehen wird. Daß Hitler staatenlos war, muß Heimbs gewußt haben, zumals dies bereits in der braunschweiger Presse thematisiert wurde. Unglaubwürdig ist auch die Skizze der Stimmungslage in der DVP. Dort wurde seit langem der Widerstand gegen die Einbürgerung diskutiert. Sonst wäre es ja gar nicht nötig gewesen, Heimbs einzuschalten. Unglaubwürdig ist schließlich, daß Heimbs in dieser wichtigen Angelegenheit nicht Wessel als politischen Kopf der braunschweiger DVP kontaktiert haben will, sondern den subalternen Bredtscheider. Dingeldey, das belegen andere Quellen, hatte große Vorbehalte gegen die

Einbürgerung, weil die DVP ja gerade nicht im Unterschied zur DNVP Rücksicht auf die Harzburger Front nehmen mußte. Völlig unglaubwürdig ist, daß Heimbs sich über den ihm angeblich nahezu unbekannten „Frank II“ mehrfach bei Hitler für die Juden verwendet haben will. Er will damit fast den Eindruck erwecken, als habe er ein ganz anderes „Geschäft“ im Sinne gehabt: Einbürgerung gegen Verschonung der Juden. Dies konnte Anfang 1932 noch gar kein Thema gewesen sein!

Ob er tatsächlich gegen Roloff juristisch vorgegangen ist oder ob es nur eine leere Drohung war, um die Mitarbeiter zu beeindrucken, dafür gibt es keinen Beleg.

Die Stellungnahme von 1961 ist zu konfrontieren mit der Zeugenaussage von Heimbs sen. in den Entnazifizierungsverfahren Brandes 1947 und Küchenthal. Dort sagt er im Kern bereits aus, was er 1961 vorträgt - allerdings mit einem etwas anderen Akzent an einer Stelle. Demnach wollte Heimbs mit seinem Schwager Zörner eine Art Deal verabredet haben: Heimbs verwendet sich für die Einbürgerungs Hitlers, und Zörner versucht, mäßigend auf Hitler einzuwirken.

Auf jeden Fall läßt sich aus beiden Einlassungen von Heimbs herauslesen, daß es doch mehrfach zwischen Heimbs, Zörner, Frank und Hitler kommuniziert worden ist und daß es damit eine besondere Beziehung gegeben hat. Alles in allem spricht vieles für die Interpretation, daß das Treffen im Braunschweiger Parkhotel der Durchbruch war, der Hitler den Weg zur Einbürgerung freigemacht hat

11.10.1961

Der Spiegel druckt mehrere Leserbriefe zu seinem Artikel vom 28.9. ab. Darunter sind Briefe von Heimbs (mit Foto) und Roloff jun. (mit Foto), nicht aber von Küchenthal, Morsey oder Kleinau, die auch Gründe für einen Leserbrief gehabt hätten.

Gelesen haben sie den Artikel bestimmt.

In seinem Leserbrief relativiert Heimbs seine Mitwirkung an der Einbürgerung Hitlers und die Bedeutung der Einbürgerung insgesamt für die spätere Entwicklung.

Der Tenor des Leserbriefs entspricht dem Tenor des internen Mitarbeiter-Rundschreibens. Laut persönlicher Mitteilung von Peter Albrecht am 17.5.2013, damals Mitarbeiter bei der Firma Heimbs, hat dieser aus Anlaß des Spiegel-Artikels eine Betriebsversammlung einberufen, um die Aussage des Artikels zu dementieren.

Roloff schreibt u.a.: „Ich bedaure, daß Sie die Arbeit von Dr. Rudolf Morsey nicht erwähnen, der eine Dokumentation über die Einbürgerung schon vorher veröffentlicht hat. Mit großem Gelächter quittierten meine Kollegen, daß Sie mich als ´Amateurhistoriker´ apostrophiert haben….Da ich ursprünglich die Absicht hatte, meine (vom SPIEGEL besprochene Arbeit) als Habilitationsschrift der Universität Göttingen vorzulegen, wäre nicht auszudenken, was aus meiner wissenschaftlichen Laufbahn geworden wäre, hätte die Fakultät auch den Eindruck erhalten, daß es sich um eine Amateurarbeit handelt.“

Offenbar hat Roloff den Spiegel auf Morsey hingewiesen. Die Empörung, als Amateurhistoriker bezeichnet zu werden, ist nachvollziehbar. Deshalb der Hinweis auf die Habilitationsabsicht. Roloff ist mit diesem Buch aber nicht habilitiert worden. Dazu hätte das Manuskript kaum ausgereicht. Die venia für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen hat er erst 1968 erhalten. Allerdings geht es wie bei Morsey auch bei Roloff um den Aspekt, daß die Ar-

beit über die Hitler-Einbürgerung die eigene Karriere fördern soll. An die Habilitationsabsicht sollte Kleinau bei seiner Intervention gegenüber Morsey zur Diskreditierung Kleinaus anknüpfen.

Ende 1961

Das Buch von Roloff erscheint Ende des Jahres **nach** dem Spiegel-Artikel, in dem es heißt, daß das Buch „demnächst“ erscheint. Das Kapitel „Hitler wird Regierungsrat“ hat 10 Seiten. Auf S. 93 werden die Mitwirkung von Heimbs und das Treffen im Braunschweiger Parkhotel erwähnt. In der kritischen Phase des 22. und 23. Februar wird der DVP bzw. Wessel die entscheidende Rolle zugeschrieben. In der Fußnote auf S. 94 zur Erläuterung des im Faksimile abgedruckten Briefes von Brandes an Küchenthal vom 23.2.1932 heißt es: „Ich veröffentliche dieses für die politische Beurteilung der Einbürgerungsvorgänge bedeutsame Dokument in vollem Wortlaut, weil sich das Original in den bislang nur mir zugänglichen Privatakten befindet. Es beweist u.a., daß die Fraktion die Ernennung zum Professor einmütig abgelehnt hat, daß aber danach die Verhandlungsinitiative bei der Volkspartei lag, wobei Dr. Wessel die Schlüsselfigur war.“

Diese Interpretation des Briefes ist übertrieben. Wichtig ist, daß Roloff der erste war, der die Mitwirkung von Heimbs öffentlich machte. Als Beleg nennt er die Erklärung von Heimbs vom 28.2.1947 im Spruchkammerverfahren gegen Brandes. Die Rolle von Frank wird erwähnt, aber nicht unter der Bezeichnung „Frank II“.

In der Frage der Einbürgerung urteilt Roloff jun.: „Die Einbürgerung Hitlers durch Braunschweig hat seinen Weg zur Macht weder beschleunigt, noch hätte die Verweigerung ihn verzögern, aufhalten oder gar verhindern können.“ (S. 99)

Dies ist die erste, quasi wissenschaftlich belegte, Wertung der braunschweiger Einbürgerung, die danach lange Zeit, weil sie in Braunschweig so bequem war, Gültigkeit haben sollte.

Genau dieser Wertung soll mit der vorliegenden annotierten Chronik vehement widersprochen werden. Das genaue Gegenteil war der Fall. Roloff jun. nimmt die gleiche Bewertung der Einbürgerung wie Heimbs oder Küchenthal vor. Zumindest in dieser Hinsicht sind sich die damaligen Akteure bzw. deren Stellvertreter trotz aller gegenseitigen Schuldzuweisung einig. Insofern entlastet Roloff jun. seinen Vater. Es stellt sich die Frage, warum alle Akteure so viel Aufwand darauf verwenden, die Bedeutung ihrer Mitwirkung zu rekativieren, wenn doch der Vorgang insgesamt keine besondere Bedeutung gehabt haben soll.

20.12.1961

Kleinau schreibt Morsey und weist auf das Buch von Roloff hin. Angeblich hat er es erst überflogen, aber bereits erkannt, daß es sich um eine tendenziöse Darstellung handelt, bei der die Rolle der DVP bei der Einbürgerung hervorgehoben werde, während die Rolle der DNVP in den Hintergrund tritt. Also muß er die Fußnote auf S. 94 genau gelesen haben. Kleinau versucht unter Hinweis auf den Leserbrief Roloffs zum Spiegel-Artikel, Morsey zu einer kritischen Rezension zu motivieren, und spricht dabei sogar dessen Habilitationsabsicht an.

Der Brief muß unmittelbar nach dem Erscheinen des Buches verfaßt worden sein. Die Behauptung der nur flüchtigen Kenntnis des Inhalts ist unglaubwürdig, zumal das fragliche Kapitel nur 10 Seiten hat. Eher scheint das Gegenteil der Fall. Warum unterrichtet er Morsey

postwendend, der womöglich von Roloff direkt ein Exemplar erhalten hat? Will er erreichen, daß so die Verantwortlichkeit der DNVP bzw. von Roloff sen. stärker zum Vorschein kommt? Will er damit indirekt Küchenthal entlasten, obwohl doch die DVP und namentlich Wessel als verantwortlich genannt werden? Will er Morsey instrumentalisieren, um Roloff wissenschaftlich zu disqualifizieren und dessen Hochschulkarriere zu torpedieren? Anders ist die Kombination der Qualifizierung „tendenziös" mit dem Hinweis auf die Habilitationsabsicht kaum zu interpretieren. Womöglich ist er durch die Bezeichnung Roloffs durch den Spiegel als „Amateurhistoriker" zu dieser sublimen Intrige inspiriert worden.

21.12.1961

Morsey antwortet Kleinau mit dem Hinweis, daß er das Buch von Roloff nicht kennt.

Wenn die Aussage stimmt, dann waren seine Dokumentation und das Buch von Roloff keine konzertierte Aktion. Vielleicht behauptet er auch nur, daß Buch von Roloff nicht zu kennen. Immerhin ist schwer vorstellbar, daß Roloff Morsey bei dem gemeinsamen Treffen nicht von seinem Vorhaben erzählt hat.

Ferner schreibt er: „Auf meine damalige Dokumentation in den ´Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte´ habe ich 5 Monate nach Erscheinen von Herrn Dr. Küchenthal eine ausführliche Stellungnahme erhalten, die zur Sache so gut wie nichts Neues ergab, sondern nur am Rande für seine eigene Vita wichtig war. Auf meine briefliche Antwort ist keine Entgegnung mehr erfolgt, so daß die Sache für mich seitdem ruht."

Also ist der Androhung Küchenthals, sich juristische Schritte vorzubehalten, nichts gefolgt.

28.12.1961

Kleinau schreibt Morsey nochmals unter Verweis auf das Buch von Roloff, zweifelt an dessen Wissenschaftlichkeit und wiederholt seine Kritik, daß die Rolle der DNVP zu wenig berücksichtigt werde. Er wird jetzt deutlicher in seiner Absicht: „Ich möchte annehmen, daß Herr Dr. Küchenthal zu der Gesamtdarstellung hier und da etwas zu sagen wüßte. Einer von ihm kürzlich gemachten Andeutung glaube ich entnehmen zu können, daß ihm auch noch einschlägige Schriften zur Verfügung stehen."

Also scheinen Kleinau und Küchenthal in regem mündlichen Austausch zu stehen.

Und weiter heißt es: „Gerade im Hinblick auf die Bedeutung des in der Arbeit (wenn auch im Rahmen des Landes Braunschweig) dargestellten Zeitraumes und mit Rücksicht auf solide Unterlagen für den Geschichtsunterricht scheint es mir erforderlich, daß darauf bezügliche Darstellungen einer gewissenhaften fachlichen Prüfung unterzogen werden."

Diese sollte offenbar Morsey vornehmen, indem er Roloff wissenschaftlich disqualifiziert. Warum engagiert sich Kleinau so sehr für Küchenthal und gegen Roloff? Ist er Küchenthal verpflichtet? Werden hier alte Konflikte ausgetragen, die bis in die Zeit vor 1945 zurückreichen?

Morsey hat sich jedenfalls nicht instrumentalisieren lassen. Damit bricht der Briefwechsel ab.

1962

Küchenthal beginnt, eine autobiographische Dokumentation anzulegen. (Kopien in Archiv Menzel, Mappe Küchenthal)

Diese ist womöglich durch die Konstellation Morsey – Kleinau – Küchenthal angeregt worden und gehört zu den Unterlagen, die später in seine „Erinnerungen“ eingehen.

1964

Ursula Schelm-Spangenberg verarbeitet in ihrer Dissertation über die braunschweiger DVP das Material, das im Stadtarchiv Braunschweig lagert. Darunter befindet sich auch die von Brandes anläßlich seines Entnazifizierungsverfahrens angelegte Akte über die Mitwirkung der DVP bei der Einbürgerung.

Dieses Buch wird später von Küchenthal mehrfach sehr positiv erwähnt und als ganz besondere Forschungsleistung herausgestellt, obwohl die von Schelm-Spangenberg ausgewertete „Handakte Brandes“, die im Stadtarchiv lagert, nicht sehr umfangreich ist. Entscheidend für die wissenschaftliche Leistung im Sinne Küchenthals ist offenbar der Umstand, daß bei Schelm-Spangenberg die Rolle der DVP stärker in Erscheinung tritt als bei Morsey und Roloff.

Günther Bergemann schreibt in „Stadtgründung ohne Beipiel. Salzgitter“ zur Standortfrage: „Ausschlag soll gegeben haben, daß der braunschweigische Ministerpräsident Klagges noch einen Wunsch beim ´Führer´ frei gehabt hat und somit die damalige deutsche Einbürgerung des Österreichers Adolf Hitler als braunschweigischer Regierungsrat letztlich gegen den Standort der Reichswerke auf braunschweigischem Boden getauscht hat.“ (S. 5)

Diese Aussage trifft womöglich den eigentlichen Punkt, wird allerdings nicht belegt.

30.11.1965

Bertram (ehemaliger NSDAP-Fraktionsvorsitzender im Braunschweigischen Landtag und später Staatsrat bzw. Vizepräsident der Braunschweigischen Staatsbank) schreibt an Küchenthal und äußert sich zur Einbürgerung Hitlers. Durch die Verabschiedung des Haushalts für 1932 habe die Mehrheit des Landtags aus BEL, NSDAP und Schrader die Hauptlast der Verantwortung für die Einbürgerung getragen. Der Landtag habe nur nachvollzogen, was die Parteiführungen in Berlin konzipiert haben. Roloff habe der Einbürgerung äußerst positiv gegenüber gestanden. In seinem Buch „Tausendjähriges Braunschweig“ habe Roloff die Verdienste von KLagges und Alpers hervorgehoben, während Küchenthal, Zörner und Bertram kaum erwähnt wurden. Roloff habe zu Klagges sehr enge Beziehungen gepflegt. Auch Roloff jr. wird als strammer HJ-Führer bezeichnet. (Brief in Archiv Menzel)

Während Bertram in sehr freundlichem Tenor an Küchenthal schreibt, äußerst sich Küchenthal in seiner Erinnerungen sehr abfällig über Bertram, der als Parteibuchbeamter ohne Sachkenntnis zu seinem Stellvertreter in der Staatsbank gemacht worden ist. Wenn es sich hier nicht um nachträgliche Konstruktionen handelt, dann ist der Brief ein Hinweis auf Lagerbildung quer durch die Parteien: Küchenthal hätte demnach zur Fraktion Zörner/Bertram, Roloff zur Fraktion Klagges/Alpers gehört. Jedenfalls werden die alten Konflikte in den 1960er Jahren munter unter den Überlebenden fortgesetzt.

1.11.1966

Seit diesem Datum bezieht sich die Korrespondenz zwischen Küchenthal und Kleinau auf Recherchen, die Küchenthal für seine mehrbändigen „Erinnerungen“ anstellt.

Daraus kann geschlossen werden, daß Küchenthal seit Ende 1966 an dem Manuskript arbeitet.

11.1.1967

Schreiben von Küchenthal an Kleinau mit Hinweis auf seine „Aufzeichnungen“, über die Küchenthal und Kleinau mehrfach gesprochen haben.

Der Hinweis deutet darauf hin, daß Küchenthal spätestens seit 1966 in engen Kontakt mit Kleinau steht und bei seinen „Erinnerungen“ von Kleinau beraten bzw. unterstützt wird.

25.2.1967

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 35 Jahren in Braunschweig eingebürgert wurde.

Herbst 1968

Küchenthal schließt eine autobiographische Dokumentation ab, die er 1962 begonnen hat, in der viele Originalunterlagen zu seiner Zeit als Mitglied der Braunschweigischen Staatsregierung und als Staatsbankpräsident zu finden sind.

Der Konvolut befindet sich im Besitz des Sohnes Hans-Georg Küchenthal bzw. des Enkels. Mit dieser Dokumentation beginnt die Aufarbeitung seines Falls, die in diversen „Erinnerungen“ mündet, die Küchenthal als Typoskript erstellt und den Bibliotheken des Braunschweiger Landes zur Verfügung stellt.

Herbst 1969

Küchenthal veröffentlicht im Selbstverlag „Etliche Erinnerungen…“ und überreicht diversen Bibliotheken in der Region Braunschweig jeweils ein Exemplar.

Bd. I (206 Seiten inkl. vieler Dokumente in Abschrift) trägt den Titel „Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig“. Auf S. 104 resümiert Küchenthal seine Ausführungen mit der These, er sei nur ausführendes Organ der Politiker gewesen, und auf S. 120, daß Roloff der eigentlich Verantwortliche bei der Einbürgerung Hitlers gewesen sei. In Band II (143 Seiten) geht es um seine Tätigkeit als Staatsbankpräsident und die Konflikte mit Klagges und Alpers. In Bd. III (301 S. inkl. vieler Dokumente) geht es um die Entnazifizierung Küchenthals und erneut um die Einbürgerung Hitlers, da diese Küchenthal im Verfahren zum Hauptvorwurf gemacht wird.

Seit dem 2.2.1932 hatte Küchenthal nach eigenen Angaben stenographische Notizen über die Verhandlungen zur Einbürgerung Hitlers angefertigt. Auf dieser Basis hat er 1969/1971 seine „Erinnerungen“ verfaßt. Bei den Erinnerungen handelt es sich um die umfangreichste und detailierteste Darstellung der braunschweiger Vorgänge der Jahre 1932/1933 und nach 1945. Sie scheinen bis auf wenige Ausnahmen, soweit es um die Fakten geht, korrekt. Küchenthal verwechselt z.B. den Verfassungsreferenten Kaisenberg aus dem Reichsinnenministerium mehrfach mit dem Reichswahlleiter Wagemann. Die Quelle ist allerdings mit Vorsicht zu lesen, da Küchenthal mit seinen „Erinnerungen“ beabsichtigt, sich der Mitverantwortung an der Einbürgerung Hitlers zu entziehen und stattdessen Roloff sen. sowie die politische Führung der DVP (Wessel, Brandes, Heimbs) als die eigentlich politisch Verantwortlichen vorzustellen. Die übrigen BEL-Abgeordneten bleiben blass. Ferner verwendet er viele Argumente darauf, daß die Einbürgerung für Hitlers Machtergreifung nur von nebensächlicher Bedeutung gewesen sei. Auch möchte er sich seit 1933 in seiner Eigenschaft als Staatsbankpräsident als eine Art Widerstandskämpfer gegen die Politik von Klagges, Alpers und Hesse in Finanzfragen darstellen. Küchenthal bezieht sich u.a. auf Morsey 1960, Roloff 1961 kritisch und Schelm-Spangenberg 1964 lobend.

Da die Manuskripte von Küchenthal die mit Abstand ausführlichsten Dokumentationen zu der Einbürgerung Hitlers sind, besteht für den Leser die Gefahr, daß er sich zu sehr von der bei Küchenthal damit verbundenen Absicht leiten läßt. Deshalb ist bei der Lektüre eine besonders kritische Distanz notwendig.

ca. 1970

Klagges verfaßt sein Manuskript „Im Umgang mit Adolf Hitler“. Darin heißt es: „Im Ausland mehr noch als im Inland hatte sich aber die Auffassung verbreitet und bis Kriegsende gehalten, die Einbürgerung Hitlers sei für seine spätere Inthronisierung als Reichskanzler ursächlich gewesen. In der Internierungshaft der Amerikaner und Engländer schlug mir bei den ständigen Verhören … diese Ansicht immer wieder mit fanatischem Eifer und brutaler Härte entgegen.“ (zitiert bei Germann 1995, S. 16 und übernommen bei Ruben 2004, S. 24)

Das Manuskript hat sich zunächst im Besitz der Tochter von Klagges, Irmhild Morgener, damals Bad Harzburg, befunden und ist an die Enkel, wohnhaft in Bad Oeynhausen, übergegangen. (Mitteilung von Malte Klein) Germann muß es vorgelegen haben, da er ausgiebig daraus zitiert.

30.3.1970

Heinrich Brüning stirbt in Norwich, Vermont (USA)

25.10.1970

Theoderich Kampmann veröffentlicht Brünings „Memoiren 1918-1934“. In seinem Nachwort vertritt der Herausgeber die These, daß Brüning nur noch eine paar Monate gebraucht hätte, um mit seiner Strategie erfolgreich zu sein. Es hätte dann keinen Nationalsozialismus und keinen 2. Weltkrieg gegeben (S. 682).

In den Memoiren behauptet Brüning, 1932 anläßlich der Wiederwahl des Reichspräsidenten die Restauration der Monarchie in Deutschland angestrebt zu haben, um Hitler zu verhindern.

Wegen des brisanten Inhalts seien sie erst nach dem Tod Brünings veröffentlicht worden. Die Memoiren über die Jahre 1931 und 1932, in denen die Umstände der Wiederwahl des Reichspräsidenten eine große Rolle spielen, basieren auf den „Tageszetteln“, in die der Staatssekretär der Reichskanzlei, Pünder, alle Besuche, Verhandlungen und Vorgänge mit genauester Zeitangabe eingetragen hat. Brüning hat die Memoiren nach seiner Flucht aus Deutschland Ende Mai 1934 in den Jahren 1934 und 1935 in Melide am Luganer See diktiert und in den 1950er Jahren überarbeitet. (Brüning 1970, S. 11)

Der Text kann als eine authentische Quelle bezeichnet werden, die in den Fakten nur geringfügig von anderen Quellen zu den Ereignissen abweicht, wenn auch Brünings Bewertungen sich unterscheiden mögen.

1971

Küchenthal verfaßt einen Nachtrag zu seinen „Erinnerungen“.

15.9.1971

Werner Maser beendet das Manuskript zu seinem Buch „Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit“, das im November 1971 erscheint.

Es handelt sich nach eigenem Anspruch um die erste, vollständig auf Quellen gestützte, Biographie, die in der Kritik hervorragende Noten bekommt, weil sie mit vielen Mythen aufräumt. Das Thema Einbürgerung wird lediglich durch eine kurze Notiz in dem Kapitel „Stationen des Politikers und Staatsmannes“ erwähnt (S. 298). Dieses Kapitel ist in Wirklichkeit aber nicht geschrieben worden, sondern besteht nur auf einer chronologischen Aufzählung von Ereignissen.

12.11.1971

Klagges stirbt in Bad Harzburg.

Vermutlich hat er seit seiner Haftentlassung bei seiner Tochter, Irmhild Morgener, geb. Klagges, Oststr. 8 gelebt.

März 1972

Der Nachlaß von Roloff sen., den Roloff jun. dem Stadtarchiv übergeben hat, ist in 14 Bänden geordnet und einsehbar (G IX 43:1-14).

Bei der Durchsicht gewinnt man den Eindruck, daß er nicht ganz vollständig ist bzw. daß womöglich brisante Stücke aussortiert worden sind.

9.3.1972

Carl Heimbs (Am Fallerslebertore 6) stirbt in Braunschweig.

Die Villa wird 2014 von diversen Mietern genutzt. Die Initialen CH befinden sich noch über der Eingangstür. Der Park am Okerufer hinter dem Haus macht einen verlotterten Eindruck.

25.9.1972

Küchenthal übergibt die 4 Bände seiner „Erinnerungen“ dem Staatsarchiv Wolfenbüttel.

Warum dies nicht bereits 1969 geschehen ist, bleibt rätselhaft.

1973

Küchenthal überarbeitet die Bde. I und II seiner „Erinnerungen“ von 1969. Er sendet Bd. II an das Niedersächsische Staatsministerium als Anlage zu einem Antrag auf Rehabilitierung in Bezug auf sein Entnazifizierungsverfahren.

Laut Aussage des Sohns, Hans-Georg Küchenthal, vom 10.1.2014 ist der Antrag vom Staatsministerium nie bearbeitet worden.

Joachim Fest veröffentlicht „Hitler. Eine Biographie“. Die Einbürgerung Hitlers wird mit einem einzigen Satz erwähnt. (S. 439

2.4.1973

Der Spiegel beginnt eine elfteilige Serie von Werner Maser, Adolf Hitler: „Aufriß über meine Person“. Aus bisher unbekannten Briefen und Notizen. Die Serie endet am 11.6.1973.

Der Text basiert auf Maser 1971.

7.5.1973

In der 6. Folge der Spiegel-Serie wird mit einer Seite über die braunschweiger Einbürgerung und die Folgen berichtet. (Spiegel Nr. 19/1973, S. 148)

Dabei werden Dokumente aus Hitlers Personalakte zitiert. Warum spielt der Vorgang im Buch von 1971 keine Rolle?

1974

Andreas Bergeder veröffentlicht posthum die kleine Schrift von Dietrich Klagges „Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild“ in einem rechtsradikalen Verlag.

Wann das Manuskript entstanden ist, geht aus dem Band nicht hervor. Im Untertitel verwendet Klagges den Begriff „organisch“, den er bei der Denomination der für Hitler vorgesehenen Professur „Organische Gesellschaftslehre und Politik“ bereits 1932 verwendet hat. Das Buch trägt auf den Seiten 31-33 zur Klärung seines Verständnisses des Begriffs bei.

20.6.1976

Küchenthal stirbt in Hedeper.

Ein Nachruf erscheint in der Braunschweiger Zeitung vom 22.6.1971. Die Todesanzeige der Familie erscheint am 25.6.1976 in der Braunschweiger Zeitung ohne Hinweis auf seine früheren Tätigkeiten.

Damit ist der letzte Akteur gestorben, der 1932 maßgeblich an der Einbürgerung Hitlers mitgewirkt hat.

22.6.1976

In der Braunschweiger Zeitung erscheint ein Nachruf zu Küchenthal.

30.6.1976

In der Braunschweiger Zeitung erscheint eine Todesanzeige der Nord/LB. Darin heißt es: „Von 1920 bis März 1933 stand der Verstorbene im Dienst der Finanzverwaltung und bekleidete verschiedene Ministerämter im damaligen Land Braunschweig.

Anschließend war Herr Küchenthal bis kurz nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs Präsident der Braunschweigischen Staatsbank. Er füllte während dieser Zeit mehrere berufsbezogene Aufsichtratsmandate und Ehrenämter aus. Seiner Persönlichkeit ist es zuzuschreiben, daß die Geschäfte der Bank auch in den Jahren 1933 bis 1945 satzungsgemäß geführt worden sind.“

Kein Wort zu seinen Verstrickungen, sondern eher die Andeutung eines Aufrechten in schwieriger Zeit.

19.2. – 18.3.1980

Vortragsreihe „Braunschweig unterm Hakenkreuz“ im Städtischen Museum. Mitwirkende sind Roloff jun., Helmut Kramer, Albrecht Lein, Dietrich Kuessner, Jürgen Wolf, Klaus Lompe u.a. unter reger Anteilnahme und zahlreichen Leserbriefen in der Braunschweiger Zeitung. Die Beiträge mit Dokumenten und Fotos sind abgedruckt in Kramer 1981.

1981

Manfred Overesch veröffentlicht einen kleinen Aufsatz „Professor Hitler“ in den „Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig.

2.4.1984

Eröffnung der Ausstellung „Das Ende des Freistaates Braunschweig 1934“ im Niedersächsischen Staatsarchiv Wolfenbüttel (bis 30.6.1984)

1984

Hartmann Lauterbacher veröffentlicht „Erlebt und mitgestaltet. Kronzeuge einer Epoche 1923-1945“. Darin bezeichnet er die Mitwirkung von Zörner bei der Einbürgerung Hitlers als „entscheidend“. (S. 52)

Das Buch dokumentiert, daß Lauterbacher auch noch 1984 ein überzeugter Nationalsozialist war. Sein Buch gipfelt, gestützt auf eine Aussage von Goebbels vom April 1945, in der These, Hitler habe aus sich Verantwortungsbewußtsein gescheut, die „Wunderwaffe“ (Atombombe) einzusetzen. Klagges kommt in den Braunschweig betreffenden Passagen weniger gut als Zörner und Alpers weg. Der Grund könnte darin liegen, daß Lauterbacher in seiner Eigenschaft als Gauleiter für Südhannover-Braunschweig Klagges als Konkurrenten empfunden hat. (Lauterbacher 1984, S. 50-55)

1987

In Band II von „100 Jahre Bürgertum im Wandel“ ergreift Roloff jun. Partei für seinen Vater im Rückblick auf dessen Entnazifizierungsverfahren. Daß Roloff sen. als „Hauptschuldiger“ zur Verantwortung gezogen zu werden drohte, bezeichnet Roloff jun. als „skandalös und ungerecht“. (Roloff 1987, S. 185)

1989

Das Tagebuch von Reinhold Quaatz, „ Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933“ wird von Hermann Weiß und Paul Hoser veröffentlicht.

Der DNVP-Reichstagsabgeordnete Quaatz war der Vertraute Hugenbergs und wurde 1932 von Hugenberg nach Braunschweig geschickt, um die örtlichen Parteifreunde im Sinne Hugenbergs zu instruieren. Seine Tagebücher sind eine wichtige Quelle der Vorgänge aus Sicht der DNVP.

15.8.1989

Die Braunschweiger Zeitung erinnert unter dem Titel „Ministerpräsident, Zuchthäusler und Rentner“ an den Klagges-Prozeß von 1950.

26.2.1992

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 60 Jahren in Braunschweig eingebürgert, daß ihm aber die Professur verweigert wurde.

1992

Manfred Overesch veröffentlicht „Die Einbürgerung Hitlers 1930“ in Nr. 4 der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte.

Es geht zwar um den Einbürgerungsversuch in Thüringen, thematisiert werden aber auch die dubiosen Umstände der Verbeamtung Hitlers in Braunschweig. Overesch vertritt die These, daß Hitlers Einbürgerung in Thüringen rechtskräftig gewesen sei.

Dies spricht dafür, daß die Urkunde zwar nicht vernichtet, aufgrund des Kaisenberg-Gutachtens aber später anlässlich der Kandidatur Hitlers nicht präsentiert wurde.

Februar 1995

Anlässlich des 250. Jubiläums erscheint der Band „Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745-1995“. Damit beginnt an der Braunschweiger Universität die Aufarbeitung der NS-Zeit, die in dem Jubiläumsband ausführlich behandelt wird. Die Episode, Hitler über eine Professur einzubürgern, wird nur kursorisch auf einer Seite behandelt. (Pollmann 1995, S. 444-445)

1995

Die Dissertation von Holger Germann „Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges“ zitiert ausführlich aus dem Manuskript von Klagges aus dem Jahre 1970 „Im Umgang mit Adolf Hitler“.

Germann hat das Manuskript, das nicht zugänglich ist, offenbar einsehen können.

1996

Die Braunschweigische Landschaft veröffentlicht das „Braunschweigische Biographische Lexikon. 19. Und 20. Jahrhundert“ mit Artikeln zu Brandes, Heimbs, Klagges, Küchenthal, Roloff, Wessel, Zörner u.a. In den Artikeln zu Küchenthal und Zörner wird die Mitwirkung bei der Einbürgerung Hitlers erwähnt, in den Artikeln zu Brandes, Heimbs, Klagges, Roloff und Wessel nicht.

Diese Akzentuierung veranlaßt Hans-Georg Küchenthal 2012 zu einer Intervention.

April 1998

Ian Kershaw beendet das Manuskript zu Hitler 1889-1936“. In Band 1, S. 450 der deutschen Übersetzung (2002) werden der Einbürgerung ganze 8 Zeilen gewidmet.

31.3.2000

Roloff schreibt einen kritischen Leserbrief zum Artikel der Braunschweiger Zeitung „Braunschweiger Bürger sahen Auflösung des Rechtsstaats zu“ vom 24.3.2000. Er vertritt darin die These, daß die braunschweiger Einbürgerung für die Machtergreifung unerheblich war.

Damit wiederholt er seine Wertung aus dem Jahre 1961. Indirekt bedeutet diese Wertung eine Entlastung seines Vaters.

Carlos Widman veröffentlicht im Spiegel „Gefährtin des Bösen“. Der Artikel handelt von Magda Goebbels, geschiedene Quandt. Darin wird erwähnt, daß Goebbels seine künftige Frau im Oktober 1931 mehrfach nach Braunschweig geschickt hat, um die Einbürgerung Hitlers zu sondieren. (ebd. S. 210)

25.2.2002

Die Braunschweiger Zeitung erinnert daran, daß Hitler vor 70 Jahren vom Freistaat Braunschweig eingebürgert wurde.

27.3.2003

Die Braunschweiger Zeitung würdigt Werner Schrader als Held des Widerstands anläßich des 70jährigen Jahrestags des „Stahlhemlputsches“.

Herbst 2003

Die Braunschweiger Zeitung veröffentlicht ein spezial (Nr. 3, 2003) mit dem Titel „Wie braun war Braunschweig? Hitler und der Freistaat Braunschweig“ , bearbeitet von Roloff jun., mit Dokumenten zur Einbürgerung.

Damit wird das Thema erstmals, zumindest in Braunschweig, einer breiteren Öffentlichkeit bekannt.

24.5.2004

Gunhild Ruben veröffentlicht „Bitte mich als Untermieter bei Ihnen anzumelden!“ Hitler und Braunschweig. Das Buch wird im Braunschweigischen Landesmuseum vorgestellt.

Die Arbeit erfährt die Kritik der Fachhistoriker, insbesondere von Roloff jun., wegen etlicher Ungenauigkeiten im Detail, stellt aber wichtige Fragen. (vgl. dazu Duin in der Braunschweiger Zeitung vom 22.5.2004). Mit der Veröffentlichung von Ruben relativiert sich die Aussage von Roloff jun. aus dem Jahre 1961, daß die Einbürgerung für Hitlers politische Karriere und für die Machtergreifung der NSDAP keien Bedeutung gehabt habe. Hier liegt vielleicht ein Grund für das kritische Urteil von Roloff jun.

23.2.2007

Diskussionsveranstaltung im Braunschweigischen Landesmuseum zur Einbürgerung Hitlers unter Teilnahme von Roloff jun.

Die SPD-Landtagsabgeordnete Isolde Saalmann (SPD) schlägt vor, Hitler offiziell wieder auszubürgern.

Daran schließt sich eine Debatte an, ob man einen Toten ausbürgern kann. Das Grundgesetz verbietet den Entzug der Staatsbürgerschaft, wenn man danach staatenlos wird. Das war Hitler bereits 1925-1932! In der gleichen Absicht hatte sich bereits 2005 ein süddeutscher Anwalt ohne Erfolg an die Niedersächsische Landesregierung gewandt (Breaunschweiger Zeitung vom 3.3.200; Spiegel online; Zeit online)

„Wie Adolf Hitler Deutscher wurde". Sendung im DeutschlandRadio 19.15 – 20.00 Uhr.

Frühjahr 2007

Im Nachgang zur Diskussionsveranstaltung veröffentlicht die Braunschweiger Zeitung ein zweites spezial „Wie Hitler deutscher wurde. Vor 75 Jahren verhalf der Freistaat Braunschweig dem ´Führer´ zur Staatsbürgerschaft" mit zahlreichen Dokumenten.

17.3.2007

Im Internetlexikon Wikipedia wird ein neuer Artikel „Einbürgerung Adolf Hitlers" angelegt. Der Autor verwendet das Pseudonym „Brunswik". Als Quellen werden u.a. die Braunschweiger Zeitung spezial „Wie Hitler Deutscher wurde" und der Aufsatz von Overesch 1992 angegeben.

Der Artikel ist seitdem auf 13 Seiten angewachsen und hat bis Ende 2013 etwa 500 Änderungen diverser Autoren erfahren. Vermutlich handelt es sich um eine Reaktion auf die Diskussionsveranstaltung der Braunschweiger Zeitung vom Frühjahr 2007. Die Verlaufsgeschichte des Beitrags dokumentiert das anhaltende Interesse an dem Thema.

2010

Michael Wettern und Daniel Weßelhöft veröffentlichen auf Initiative und mit Unterstützung des TU-Präsidenten Jürgen Hesselbach den ersten Band zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus an der TU Braunschweig aus der Perspektive der Opfer „Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig". In dem Band wird eine gemeinsame Erklärung von Präsidium und Senat der TU Braunschweig abgedruckt, in der die Aberkennung von akademischen Graden während der NS-Zeit zurückgenommen wird.

Herbst 2011

Hellmuth Günther veröffentlicht in der Zeitschrift für Beamtenrecht den Aufsatz „Ernennung zum Beamten und Rechtsformmissbrauch". Als eins von drei einschlägigen Beispielen verwendet er die Ernennung Hitlers zum Beamten 1932 in Braunschweig, die als eindeutige Scheinernennung gewertet wird.

2012

Daniel Weßelhöft veröffentlicht den zweiten Band zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus an der TH Braunschweig aus der Perspektive der Täter „Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus“.

8.5.2012

Hans-Ulrich Ludewig erinnert in der Braunschweiger Zeitung in einem Artikel an den „Nazi-Verbrecher Klagges ohne Einsicht“.

12.12.2012

Der Sohn von Küchenthal, Hans-Georg Küchenthal, verwendet sich in Briefen mit beigefügten Dokumenten an die Stiftung NORD/LB-Öffentliche, an die Braunschweigische Landschaft, an das Niedersächsische Staatsarchiv Wolfenbüttel dafür, daß in einer möglichen Neuausagbe des Braunschweigischen Biographischen Lexikons von 1996 der Artikel über seinen Vater, ebd. S. 354-355, korrigiert wird.

Es geht vermutlich um die Aussage, daß Küchenthal sen. entscheidenden Anteil an der Einbürgerung Hitlers hatte und deshalb 1945 als Staatsbankpräsident abgesetzt, unter Hausarrest gestellt und im Entnazifizierungsverfahren in Kategorie III eingestuft wurde. Die Antworten sind ausweichend.

2013

Volker Ullrich veröffentlicht „Hitler. Eine Biographie“. Die Einbürgerung wird auf einer halben Seite abgehandelt (S. 330).

November 2013

Ulrich Menzel veröffentlicht den Forschungsbericht „Professor oder Regierungsrat? Hitlers Einbürgerung in Braunschweig zwischen Provinzposse und Weichenstellung zur Machtergreifung“

28.12.2013

Auf der Grundlage des Forschungsberichts veröffentlicht die Braunschweiger Zeitung ein Interview mit Ulrich Menzel über dessen Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Einbürgerung Hitlers. Das Interview löst ein breites und kontroverses Echo aus.

Die Reaktionen zeigen, daß das Thema in Braunschweig immer noch von großem Interesse ist. Insbesondere die lediglich erwähnte Mitwirkung von Heimbs ruft heftige Reaktionen hervor.

10.1.2014

Ulrich Menzel befragt Hans-Georg Küchenthal in einer Seniorenresidenz in Braunschweig. Laut Aussage des Sohns hatte der Vater ihn kurz vor dem Tod beauftragt, 10 Tage nach seinem Tod eine Kiste mit Dokumenten ungeöffnet zu vernichten. Dem habe er entsprochen. Eine zweite Kiste, die 10 Jahre nach dem Tod zu vernichten sei, ist später gestohlen worden. Er habe nur die Kiste, aber nicht den Inhalt, von der Polizei zurückerhalten.

Wenn die Erzählung stimmt, dann war Küchenthal sen. im Besitz weiterer Dokumente im Zusammenhang mit der Einbürgerung, die er bislang der Öffentlichkeit vorenthalten hat. Ist der Diebstahl ein Auftragsdiebstahl von interessierter Seite gewesen?

14.2.2014

Ulrich Menzel referiert in der BWG zum Thema „Professor oder Regierungsrat?“

4. Quellen und Literatur

4.1 ungedruckte Quellen

Braunschweigisches Landesmuseum, Archiv

*Küchenthal. 2 Sammelbände mit diversem Material 1931-1933 (aus dem Besitz des Sohnes von Küchenthal). Inv. Nr. LMB 35800/1

*Heimbs, Carl, Erklärung vom 28.9.1961. BLM Firmenarchiv Heimbs: Mappe Carl Heimbs/Persönliche Papiere

Gemeinde Vechelde, Archiv

*Gemeinde Bodenstedt. Protokollbuch von 1904-1954

Institut für Braunschweigische Regionalgeschichte, Archiv

*Mappe Dietrich Klagges

*Mappe Ernst Zörner

Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel

*Alpers u.a. 62 Nds Fb 2, Nr. 836 Zg 33/1986

*Antrag auf Todeserklärung des Oberbürgermeisters a.D. Otto Ernst Zörner. 60 A Nds Zg. 35/1989 Nr. 3424

*Auszug aus Niederschrift 29 der Sitzung des Ältestenrats des Landtags am Donnerstag, den 18. Februar 1932. 62 Nds Fb. 2 Nr. 824

*Benutzerkorrespondenz. 1 Nds Kub - Kul; Mon – Müller, E

*Boden an Küchenthal vom 26.2.1932. 12A Neu Fb 7, Nachtrag III Nr. 235a (Vereidigung Hitlers)

*Boden an Hitler vom 26.2.1932. 12 A Neu Fb 7, Nachtrag III, Nr. 235a (Aufforderung, den Diensteid abzulegen)

*Boden, Vermerk vom 26.2.1932. 12A Neu Fb 7, Nachtrag III Nr. 235a (= Aufzeichnung des braunschweigischen Gesandten Boden über eine Besprechung mit Staatsminister Dr. Küchenthal am 24. Februar 1932 in Berlin) auch in: Morsey 1960. S. 435-438

*Boden an Hitler vom 5.3.1932. 12 A Neu Fb 7, Nachtrag III, Nr. 235a (Genehmigung des Urlaubsantrags vom 28.2.) Auch in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 22.

*Boden an Hitler vom 25.4.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Anfrage bezüglich Äußerung „sogenannter Regierungsrath“)

*Boden an Küchenthal vom 6.5.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (über die nicht-erfolgte Aufnahme der Amtsgeschäfte von Hitler)

*Boden, Vermerk vom ? 1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Gespräch mit Küchenthal über dienstliche Untätigkeit Hitlers)

*Braunschweigische Notgemeinschaft an Braunschweigische Staatsbank vom 8.4.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Verwendung des Gehalts von Hitler)

*Braunschweigische Staatsregierung vom 25.2.1932. 12 Neu Fb. 7 III Nr. 235 b/3 (Ernennungsurkunde von Hitler)

*Braunschweigischer Landtag (Fotoalbum) 50 Slg 95

*Dedekind, Vermerk vom 12.12.1933. 12 A Neu 13 Nr. 37386 (Protokoll der 1. Sitzung in der Handelskammer Braunschweig zur Reichsreform)

*Dedekind, Vermerk vom 20.12.1933. 12 A Neu 13 Nr. 37386 (Protokoll der 2. Sitzung in der Handelskammer Braunschweig zur Reichsreform)

*Dienstbezüge des Regierungsrats Hitler vom 29.2.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a

*Entnazifizierungsverfahren Küchenthal. 3 Nds 92/1 Nr. 48470 Bd. 1-5

*Entnazifizierungsverfahren Roloff. 61 Nds Fb 1 Nr. 1 (Vernehmung von Roloff, Küchenthal, Klagges, Graff, Antrick durch Generalstaatsanwalt Staff)

*Entwurf eines vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich (29.3.1933) 12 A Neu 13 37387

*Eröffnungsbeschluss vom 14.11.1933. 67 Slg 6 (NSDAP-Parteigericht München Klagges gegen Zörner u.a.)

*Gehaltsbezüge des Regierungsraths Hitler. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Aufteilung der Etatisierung beim Landeskultur- und Vermessungsamt und bei der Braunschweigischen Gesandtschaft März – Juli 1932)

*Groener an Wagemann vom 3.3.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Kandidatur von Hitler)

*Groener an Küchenthal vom 15.4.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Verwendung des Gehalts von Hitler)

*Hitler, Diensteid vom 26.2.1932. In: Hitlers Personalakte. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a

*Hitler an Klagges vom 26.2.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Telegramm über den Erhalt der Ernennungsurkunde)

*Hitler, Adolf, Urlaubsgesuch vom 28.2.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a

*Hitler an Boden vom 19.10.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (dritter unbefristeter Urlaubsantrag) Auch in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 23.

*Hitler an Klagges vom 16.2.1933. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Entlassungsgesuch aus dem Braunschweigischen Staatsdienst)

*Im Namen des Rechts! In der Strafsache gegen den früheren Braunschweigischen Ministerpräsidenten Dietrich Klagges… Aktenzeichen 1 Ks 17/49. LS VIII 86 (Urteil vom 5.4.1950 durch die Richter Lüttig, Zeiger, Thies)

*Kanzlei Hitler (München) an Boden vom 2.5.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Dementi zur Äußerung „sogenannter Regierungsrath)

*Kiesel an Klagges vom 19.2.1932. . 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Gutachten zur Berufung von Hitler)

*Klagges (Konvolut) 67 Slg Nr. 6

*Klagges u.a. 67 Slg Nr. 8-14 (u.a. über den Konflikt Klagges-Zörner) (Kopie aus dem Berliner Document-Center)

*Klagges Ehrenbürgerschaft 34 N Fb 9 Nr. 4091/V

*Klagges Prozeß. 4 Nds, Nr. 23, Zg 75/1995; 299 N 363

*Kagges, Vermerk vom 13.2.1932. 12 Neu 7, III Nr. 235a (zur Berufung Hitlers)

*Klagges an Küchenthal vom 24.2.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (= Staatsminister Klagges an den Vorsitzenden des Staatsministeriums Dr. Küchenthal vom 24.2.1932. In: Morsey 1960. S. 439) (Hitler als Regierungsrat)

*Klagges an Küchenthal vom 24.2.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a

*Klagges an Frick und Hitler vom Dezember 1932. 12 A Neu 13 Nr. 37386 (Begleitschreiben zur Denkschrift „Zur Neueinteilung Norddeutschlands“)

*Klagges, Bericht über die Umtriebe des früheren Landtagspräsidenten Zörner gegen die Braunschweigische Regierung vom 3.9.1933. 62 Nds Fb.2 Nr. 821

*Klagges vs. Zörner u.a. 62 Nds Fb 2 Nr. 821, 822, 823, 824, 825, 830, 831, 832

*Klagges, Zur Neueinteilung Norddeutschlands (Dezember 1933). 12 A Neu 13 Nr. 37386

*Klagges, Stellungnahme zu dem Urteil des Schwurgerichts Braunschweig vom 5.4.1950 gegen Dietrich Klagges. Ms 381 S. 62 Nds Fb 2 Nr. 800, 801.

*Kleinau/Küchenthal/Morsey (Korrespondenz zur Dokumentation von Morsey 1961) 250 N 284

*Küchenthal, Vermerk vom 13.2.1932. In: Küchenthal 1969, Bd. III. S. 4-5.

*Küchenthal an Boden vom 1.3.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Genehmigung, daß Hitler den Wohnsitz in München behält)

*Küchenthal an Boden vom 5.3.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Genehmigung, daß Hitler den Wohnsitz in München behält)

*Küchenthal an Boden vom 23.4.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Anfrage, ob Hitler vom „sogenannten Regierungsrath“ gesprochen hat)

*Küchenthal an Boden vom 27.5.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Etatisierung Hitlers bei der Gesandtschaft)

*Küchenthal an Zörner vom 26.9.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Antwort auf kleine Anfrage bezüglich Tätigkeit Hitlers)

*Küchenthal an Boden 7.11.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a. (Genehmigung des dritten, unbefristeten Urlaubsantrags und Beendigung der Bezüge zum 31.12.1932) Auch in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 23

*Küchenthal an Boden vom 24.2.1933. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Verabschiedung Hitlers aus dem Braunschweigischen Staatsdienst)

*Küchenthal an Kleinau vom 25.5.1961. 250 N Nr. 284 (zur Dokumentation von Morsey)

*Meerwald, Bescheinigung vom 28.2.1933. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Empfang des Verabschiedung Hitler aus dem Braunschweigischen Staatsdienst = letzter Vorgang in Hitlers Personalakte)

*Plagge/Boden vom 1. - 3.3.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Vermerke über die Korrespondenz mit Reichswahlleiter Wagemann über Berufsbezeichnung und Wohnsitz von Hitler)

*Personalakte Hitler. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (Kopie aus dem Berliner Document-Center); auch unter: kulturerbe.niedersachsen.de/viewer/image/isil_DE_1811-HA_STAWO_12_Neu_7_III_nr_235_a_1/1/LOG_0000/

*Personalakte betr. Adolf Hitler Regierungsrat, Landeskultur- und Vermessungsamt. 12 Neu Fb. 7 III Nr. 235b/3

*Verbleib der Personalakte Hitlers STAWO 4 Nds Zg. 27

*Personalakte Klagges. 4 Nds, Nr. 23, Zg 75/1995

*Personalakte Roloff. 12 A Neu 16a, Nr. 121

*Protokoll Nr. 29 des Ältestenrats des Braunschweigischen Landtags vom 18.2.1932. 62 Nds Fb.2 Nr. 823

*Protokoll über die Hauptverhandlung vom 14.12.1933 (Klagges vs. Zörner u.a.) 62 Nds Fb 2 Nr. 823

*Roloff an Gassner vom 5.10.1945. 12 A Neu 16a, Nr. 121

*Roloff an Gassner vom 4.11.1945. 12 A Neu 16a, Nr. 121

*Postzustellungsurkunde an Hitler, Berlin vom 26.2.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Zustellung der Ernennungsurkunde, Hitler nicht angetroffen, Brief von Sepp Dietrich angenommen)

*Reform der Reichsverwaltung. Allgemeines. 12 A Neu 13 Nr. 37389

*Rittmeyer an Hitler vom 8.3.1932. 12A Neu FB.7 Nachtrag III Nr. 235a (Gehaltsmitteilung) Auch in: Roloff 2003. S. 48.

*Schmidt-Bodenstedt, Adolf, Vernehmung durch Staatsanwalt Erdmann am 9.3.1949. 62 NDS Fb.2 Nr. 782

*Thielemann, Kleine Anfrage an die Braunschweigische Regierung vom 7.5.1932. 12 A Neu Fb7, Nachtrag III, Nr. 235a (zur Tätigkeit Hitlers als Regierungsrat)

*Wähler, merkt´s Euch! LS VIII 61 (Flugblatt der BEL)

*Zörner. 27 Slg Nr. 2675 (Biographisches)

*Zörner, Ernst, Nationalsozialistische Aufbauarbeit im Lande Braunschweig. (Flugblatt zur Wahl am 24.4.1932, undatiert). 62 Nds Fb. 2 Nr. 832

*Zörner, Bericht vom 15./16.5.1933. 62 Nds Fb. 2 Nr. 832

*Zörner, Otto Ernst, Oberbürgermeister a.D. Dresden-Blasewitz (Todeserklärung) 60 A Nds Zg. 35/1989 Nr. 3424

*Zur Neueinteilung Nordwestdeutschlands. (1936). MS 12 + 2 S. 12 A Neu 13 Nr. 37386

Public Record Office, London

*War Diary of 120 Mil. Gov. Detachment from March 1945 to September 1945. (Braunschweig) WO 171/7918

Stadtarchiv Braunschweig

*Bestand Hausakten. Hohetorwall Nr. 7. E 63 II H Nr. 208

*Bestand Hausakten. Löwenwall Nr. 3. E 63 II L Nr. 136

*Deutsche Volkspartei (Landesverband Braunschweig) GX6

*Dr. Franzen 1931. Prozeß in Berlin. Rücktritt. GX6 Nr. 511

*Hitlertage in Braunschweig 17./18. Oktober 1931. GX6 Nr. 510

*Hochschulgruppe Braunschweig der DVP 1930-1933. GX6 Nr. 574

*Meldekartei von Ernst Zörner sen. und Ernst Zörner jun. D I 12

*Minister Klagges 1931/32. GX6 Nr. 512

*Persönlicher Schriftwechsel von Albert Brandes, Vorsitzender der Deutschen Volkspartei im Lande Braunschweig 1933 – 1950. GX6 Nr. 642

*Reichspräsidentenwahl 13. März 1932, 1. Wahlgang. GX6 Nr. 528, Nr. 530

*Reichspräsidentenwahl 13. März 1932, 1. Wahlgang. Hindenburgausschuss. GX6 Nr. 531

Roloff, Ernst August, Hitler, Klagges. H III 2 Nr. 111

*Roloff, Ernst August Roloff sen., Persönliches G IX 43: 1-2.

darunter

*Vermerk Roloff vom 1.9.1944

*Roloff an Brandes vom 20.2.1947

*Roloff, Ernst August sen., Verhandlungen d. Br. Landtages 1919, 1925, 1927, 1932 G IX 43: 4

*Roloff, Ernst August sem., Akten Hochschulkonflikt G IX 43: 7

*Roloff, Ernst August sen., Deutschn. Volkspartei u. Bürgerl. Einheitsliste/ Bürgerbund/bettr. Kapp Putsch/Wahlzettel, Plakate etc./Fall Franzen/Varia G IX 43: 8-13

Darunter

*Hugenberg an Hitler vom 20.3.1932

Strafverfahren gegen Stadtv. Zörner und den Redakteur des „Niedersächsischen Beobachters“ wegen Beleidigung und übler Nachrede 1928-1931 D VIII: 12

Stadtbibliothek Braunschweig

*Braunschweig in der Reichsreform. Denkschrift. O. V., o. O., o.J. (Braunschweig Ende 1934) (MS 73 S. + Karten)

TU Braunschweig, Archiv

*Bericht über die Sitzung des Senats am Mittwoch, den 23. März 1932. AO : 1 = 4

*Errichtung neuer Professuren 1910-1948. A I : 5

*Franzen an Rekor Schmitz vom 7.1.1931. AI : 5. (Ablehnung Anträge Kulturwiss. Abteilung, Wunsch, die a.o. Prof. für Deutsche Geschichte und Staatsbürgerkunde rasch zu besetzen)

*Gassner, Bericht über den Zustand der Technischen Hochschule Braunschweig und Vorschläge zu ihrer Wiedereröffnung vom 23.8.1945.

*Gehlhoff an Rektor Schmitz vom 24.11.1930. AI : 5. (Antrag der Kulturwiss. Abteilung, u.a. Errichtung einer a.o. Professur für Roloff, Weiterleitung Schmitz an Minister)

*Heimbs, Carl. B3 : 29

*Herzig, Übersicht über die seit Februar 1933 neu geschaffenen, eingezogenen oder für andere Lehrgebiete verwendeten Lehrstühle vom 10.4.1941. AI : 5

*Institut für Geschichte 1928-1945. A I : 253

*Liste der Personen, über die dem Minister Sonderberichte aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums übersandt wurde. AI : 143, Blatt 191

Mühlenpfordt, Meine Tätigkeit als Professor und Rektor der Technischen Hochschule Braunschweig von 1914 bis 1933. G14 : 1

*Nachlass Mühlenpfordt G14 : 1, G14 : 2

*Personalakte Berger. B7 : 220. Bde. I + II + III

*Personalakte Geiger. B7 : 280

*Personalakte Jensen. B7 : 322. Bde. I + II + III

*Personalakte Riekel. B7 : 423. Bd. II 1923-1967

*Personalakte Roloff. B7 : 428 Bde. I + II

*Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Roloff vom 29.5.1943. AI : 253 (Ernennung zum Direktor des Geschichtlichen Seminars)

*Roloff, Vermerk vom 13.4.1933. AI : 202 T.2 (Vorschlag Alpers, Hitler zum Ehrendoktor zu ernennen)

*Schmitz an Franzen vom 9.1.1931. AI : 5. (Ernennung von Roloff zum a.o. Professor)

*Wessel, Heinrich . B2 : 221

TU Braunschweig, Universitätsbibliothek

*Denkschrift über das Staats-, Volks-, Wirtschafts- und Kulturleben sowie die Finanzen des Landes Braunschweig. 3 Bde. (Denkschrift, Tabellenwerk, Kartenwerk) Braunschweig: Statistisches Landesamt o.J. (Ende 1934/Anfang 1935) 303 S. (diverse Autoren, Koordinator/Autor Wilhelm Müller)

Ulrich Menzel, Archiv

Mappe Alpers

Mappe Boden

Mappe Brandes

Mappe Frank

Mappe Heimbs

Mappe Hitler

Mappe Klagges

Darin:

*Ministerpräsident Dietrich Klagges 50 Jahre alt. Braunschweig: Braunschweigische Landestelle für Heimatforschung und Heimatpflege 1941. (2 Seiten)

Mappe Küchenthal

Darin:

*Groh an Küchenthal vom 6.11.1932

*Konvolut zu Werner Küchenthal (u.a. Stellungnahme von Hans-Georg Küchenthal vom 12. 12. 2012 zum MS Roloff von 2012) u.a.

*Küchenthal, Werner, Dr. Werner Küchenthal (geb. 13.1.1882) und Margarete Küchenthal, geb. Dieckmann (geb. 23.9.1890 und verstorben in Wolfenbüttel am 10.2.1949) sowie deren Ahnen in Wort und Bild und gewisse Nachrichten über nähere Verwandte. Band I in 4 Abschnitten mit Inhaltsverzeichnis. Konvolut Hedeper 1968.

Mappe Roloff sen.

*Roloff, Ernst-August, Dr. Werner Küchenthal. Der Irrtum eines „unpolitischen“ Fachministers. MS 4 S. o.J. (ca. 2012)

*Mappe Schmidt(-Bodenstedt)

Mappe Schmitz

Mappe Wessel

Mappe Zörner

Ordner mit Korrespondenz zur Einbürgerung Hitlers 2013-2014

4.2 Quelleneditionen

*Deuerlein, Ernst, Hitlers Eintritt in die Politik und in die Reichswehr. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 7.1959,2. S. 177-227.

*Domarus, Max, Hitler. Reden und Proklamationen 1932-1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen. Teil I Triumph. Erster Band 1932-1934. Leonberg: Pamminger & Partner 1988.

*Dülffer, Jost/Thies, Jochen/Henke, Josef, Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Köln: Böhlau 1978.

*Goebbels, Joseph, Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Sämtliche Fragmente. Hrsg. von Elke Frölich. Teil I: Aufzeichnungen 1924-1941. Bd. 1: 27.6.1924 – 31.12.1930; Bd. 2: 1.1.1931-31.12.1936. München: K.G. Saur 1987. (Darin die ursprüngliche Fassung der Version von 1934 „Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei“)

*Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen. Februar 1923 bis Januar 1933. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte. 6 Bde. + Ergänzungsband.. München: K.G. Saur 1992-2003. Darin: Bd. IV: Von der Reichstagswahl bis zur Reichspräsidentenwahl Oktober 1930 – März 1932, Teil 3: Januar 1932 – März 1932. Hrsg. und kommentiert von Christian Hartmann. 1997; Bd. V: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung April 1932 – Januar 1933, Teil 1: April 1932 - September 1932. Hrsg. und kommentiert von Klaus A. Lankeit. 1996.

*Morsey, Rudolf, Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8.1960,4. S. 419-448.

*Pollmann, Klaus Erich (Hrsg.), Anfang und Ende zugleich. Der Braunschweigische Landtag 1946. Braunschweig: Selbstverlag des Braunschweigischen Geschichtsvereins 1999.

*Tyrell, Albrecht (Hrsg.), Führer Befiehl… Selbstzeugnisse aus der „Kampfzeit“ der NSDAP. Dokumentation und Analyse. Düsseldorf: Droste 1969.

*Die Vorgänge an der Technischen Hochschule in Braunschweig. In: Mitteilungen des Verbandes der deutschen Hochschulen 13.1933,1/2. S. 2-19. (inkl. 10 angehängten Dokumenten)

4.3 Erinnerungen/Autobiographien von Zeitzeugen (gedruckt und ungedruckt)

*Becker, Balthasar, Schreiben an Küchenthal vom 11.7.1951. MS 5 S. Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel 250 N 284.

*Berg, Rudolf (= Dietrich Klagges), Angeklagter oder Ankläger? Das Schlußwort im Klagges-Prozeß. Göttingen: Göttinger Verlagsanstalt 1954.

*Boden, Friedrich, Aufzeichnungen vom 5.5.1945. Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel250 N 295.

*Brill, Hermann, Gegen den Strom. Offenbach: Bollwerk 1946.

*Brill, Hermann, Hitler als Zeuge. In. Brill 1946. S. 9-14. (von 1932)

*Brüning, Heinrich, Memoiren 1918 – 1934. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1970.

*Dietrich, Otto, Mit Hitler in die Macht. Persönliche Erlebnisse mit meinem Führer. München: Franz Eher 1933.

*Duesterberg, Theodor, Der Stahlhelm und Hitler. Mit einem Geleitwort von Wolfgang Müller. Wolfenbüttel: Wolfenbütteler Verlagsanstalt 1949.

*Frank, Hans, Im Angesicht des Galgens. Deutung Hitlers und seiner Zeit auf Grund eigener Erlebnisse und Erkenntnisse. Geschrieben im Nürnberger Justizgefängnis. München: Beck 1953.

*Friedrich, Julius, Wer spielte falsch? Hitler, Hindenburg, der Kronprinz, Hugenberg, Schleicher. Ein Tatsachenbericht aus Deutschlands jüngster Vergangenheit nach authentischem Material. Hamburg: Hermann Laatzen o.J. (ca. 1949)

*Gaßner, Gustav, Immatrikulationsrede vom 14.1.1946. In: Kuhlenkamp 1976. S. 17-21.

*Geiss, Immanuel/Jacobmeyer, Wolfgang (Hrsg.), Deutsche Politik in Polen 1939-1945. Aus dem Diensttagebuch von Hans Frank, Generalgouverneur in Polen. Opladen: Leske + Budrich 1980.

*Goebbels, Joseph, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Eine historische Darstellung in Tagebuchblättern. (Vom 1. Januar 1932 bis zum 1. Mai 1933). München: Franz Eher 1939. 1. Aufl. 1934. (nachträglich redigierte Fassung der Tagebücher)

*Harbert, Egbert, Rückblick auf das Jahr 1933. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo Wilhelmina zu Braunschweig 18.1983,2 S. 33-39.

Kehrl, Hans, Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Mit kritischen Anmerkungen und einem Nachwort von Erwin Viefhaus. Düsseldorf 1973.

Klagges, Dietrich, Im Umgang mit Adolf Hitler, MS ca. 1970. (ausführlich zitiert bei Germann 1995, vermutlich im Besitz der Tochter von Klagges)

*Küchenthal, Werner, Einige Bemerkungen zur Dokumentation Hitler als Braunschweigischer Regierungsrat in Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte Heft 4/Oktober 1960 Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart. Ms vom 25.51.961. 25 S. Niedersächsisches Staatsarchiv Wolfenbüttel 250 N 284

Küchenthal, Werner, Etliche Erinnerungen aus der Zeit seiner Tätigkeit von 1925 ab als Braunschweigischer Staatsminister und Vorsitzender des Braunschweigischen Staatsministeriums, als Reichsfinanzbeamter und von 1933 bis 1944 als Präsident der Braunschweigischen Staatsbank in 4 Bänden. MS o.J. (1969, Nachträge 1970, 1971). Bd. I „Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig durch dessen am 25. Februar 1932 auf Beschluß des Braunschweigischen Staatsministeriums erfolgte Ernennung zum Regierungsrat“ mit Dokumenten. S. 1- 206. Bd. II: Die Braunschweigische Staatsbank unter der Herrschaft der nationalsozialistischen Minister, des Ministerpräsidenten Klagges und des Ministers Alpers in den Jahren 1933 bis 1944. S. 1-143. Bd. III: Meine Entnazifizierung. S. 1-301. Bd. IV: Sperre und Beaufsichtigung meines Vermögens und des Vermögens meiner Frau. Schwerste politische Verfolgung des „Betroffenen“ in seinem Heimatorte Heper durch politische Gegner. Verweigerung der Ausstellung eines Jagdscheines an den Betroffenen durch die Kreisdirektion Wolfenbüttel. Vorhanden u.a. Bibliothek Wolfenbüttel unter 21.4 64:1

*Küchenthal, Werner, Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig und Entnazifizierungsverfahren. Hedeper 1973. (Typoskript) = Überarbeitung von Küchenthal 1969, Bd. I.

*Küchenthal, Werner, Antrag auf Rehabilitierung wegen des ihm durch das Entnazifizierungsverfahren zugefügten Unrechts nebst Begründung. Hedeper 1973. (Typoskript) = Überarbeitung von Küchenthal 1969, Band II.

*Lauterbacher, Hartmann, Erlebt und mitgestaltet. Kronzeuge einer Epoche 1923 – 1945. Zu neuen Ufern nach Kriegsende. Preussisch Oldendorf: K.W. Schütz 1984.

Niekisch, Ernst, Gewagtes Leben. Köln 1958.

*Präg, Werner/Jacobmeyer, Wolfgang (Hrsg.), Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen 1939-1945. Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt 1975.

*(Quaatz, Reinhold), Die Deutschnationalen und die Zerstörung der Weimarer Republik. Aus dem Tagebuch von Reinhold Quaatz 1928-1933. Hrsg. von Hermann Weiß und Paul Hoser. München: Oldenbourg 1989.

*(Reinowski, Hans J.), Terror in Braunschweig. Aus dem ersten Quartal der Hitlerherrschaft. Bericht herausgegeben von der Kommission zur Untersuchung der Lage der politischen Gefangenen. Zürich: Verlag Sozialistische Arbeiter-Internationale 1933.

Schacht, Hjalmar, Abrechnung mit Hitler. Hamburg: Rowohlt 1948.

4.4 Behördenschrifttum

*Der amtliche Stimmzettel, Landtagswahl und Reichstagswahl 1930. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 11.9.1930.

*Amtsblatt der braunschweigischen Staatsverwaltung 11.1932,5 vom 11.3.1932. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 21. (Amtliche Bekanntmachung von Hitlers Anstellung)

*Bekanntmachung der Entscheidung des Reichsstatthalters in Braunschweig und Anhalt vom 31. März 1842 über den Zusammenschluß von Gemeinden, Gemeindeteilen und Forstgemarkungen aus den braunschweigischen Landkreisen Wolfenbüttel und Goslar zur Stadt Watenstedt-Salzgitter. In: Braunschweigische Gesetz- und Verordnungssammlung. Stück 5, Nr. 10 vom 18.4.1942. S. 11.

*Bericht des Haushaltsausschusses über den Entwurf des Haushalts für das Rechnungsjahr 1932. = Drucksache 125. In: Braunschweigischer Landtag. 4. Wahlperiode. 1. Tagung 1930/32.

*Braunschweigisches Adressbuch. Braunschweig: Joh. Heinrich Meyer 1917-1934

*Braunschweigisches Staatsbeamtengesetz vom 30. November 1930. Braunschweig: Verlag der Braunschweigischen Staatszeitung 1930.

*Entwurf des Staatshaushaltsgesetzes für das Rechnungsjahr 1932 vom 25.1.1932. = Drucksache 115 in: Braunschweigischer Landtag, 4. Wahlperiode.

*Gesetz über die Rechtsverhältnisse des Reichskanzlers und der Reichsminister (Reichsministergesetz). 27. März 1930. In: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 2.1931, Teil 2. S. 552-559.

*Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Vom 7. April 1933. In: Reichgesetzblatt Teil 1. Nr. 34, 1933. S. 175-177.

*Jellinek, Walter, Scheinernennung zum Beamten. In: Reichsverwaltungsblatt und Preußisches Verwaltungsblatt 53.1932,7. S. 121ff. (vom 13.2.1932)

*Kaisenberg, Georg, Wählbar zum Reichspräsidenten ist… Was die Verfassung sagt. In: Vossische Zeitung vom 1.2.1932.

*Keller, Fritz von/Trautmann, Paul, Kommentar zum Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz vom 22. Juli 1913. München: Becksche Buchhandlung 1914.

*Ordentlicher Staatshaushalt vom 4.3.1932. = Drucksache 127. In: Braunschweigischer Landtag, 4. Wahlperiode, 1. Tagung 1930/32.

*Records of the External Assets Investigation Section of the Property Division, OMGUS, 1945-1949. M1922. Washington D.C.: National Archives and Records Divison 2009. Unter: www.archives.gov/research/microfilm/m1922.pdf

*Staatshaushalt für das Rechnungsjahr 1932 am 25.1.1932. = Drucksache 115. In: Braunschweigischer Landtag. 4. Wahlperiode. 1. Tagung 1930/32.

*Technische Hochschule Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig. Programm für das Studienjahr 1928-29, 1929-30, 1930-31, 1931-32.

*Verhandlungen des Braunschweigischen Landtags vom 30.9.1930, 1.10.1930, 10.2.1932, 11.2.1932, 17.2.1932, 18.2.1932, 13.1932, 9.6.1932, 1.10.1932.

*Verordnungen zur Durchführung des Vierjahresplans. In: Der Vierjahresplan 1.1937,1. S. 30 + 36-41.

*Vorläufiges Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933. In: Kaisenberg 1933. S. 3-6.

4.5 Sonstige gedruckte Quellen

*Abschrift für Herrn Regierungsrat Hitler in Berlin W 62 Lützowplatz 11. (Gehaltsberechnung des Landeskultur- und Vermessungsamtes) In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 17.

*Anmeldebescheinigung vom 26.2.1932 und Abmeldebescheinigung vom 16.4.1933 von Adolf Hitler, Regierungsrat, Staatsangehörigkeit braunschweigisch. In: Roloff 2003. S. 57; Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 24.

*Aufzeichnung des Staatsministers Klagges vom 18. (?) 2.1932. In: Morsey 1960. S. 451. (Datum im Original schwer leserlich, tatsächlich 13.2.)

*Aufzeichnung des Staatssekretärs der Reichskanzlei Pünder vom 3.2.1932. In: Morsey 1960. S. 427.

*Aufzeichnung des thüringischen Staatsministeriums vom 1.2.1932. In: Morsey 1960. S. 424-427.

*Aufzeichnung des thüringischen Staatsministers Baum vom 1.2.1932. In: Morsey 1960. S. 423.

*Aufzeichnung des thüringischen Staatsministers Baum vom 1.2.1932. In: Morsey 1960. S. 424.

*Becker an Küchenthal vom 11.7.1951. In: Küchenthal 1973, Bd. I. Anlage XV.

*Best, Werner, Wortlaut und Kommentar des „Boxheimer Dokumentes“. In: Best 1932. S. 22-47.

*Bestätigung des Beurlaubungsantrags des braunschweigischen Regierungsrats Adolf Hitler vom 5.3.1932. In: Roloff 2003. S. 49.

*Boden an Hitler vom 1.3.1932. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 22. (Genehmigung, daß Hitler seinen Wohnsitz in München behält)

*Bormann an Fick vom 19.1.1942. S. 265. In: Dülffer/Thies/Henke 1978. S. 265 (Freistellung der Linzer Bauarbeiter vom Wehrdienst)

*Die Boxheimer Dokumente. Das waren die Pläne der Nazis. Entwurf der ersten Bekanntmachung unserer Führung nach dem Wegfall der seitherigen obersten Staatsbehörden und nach Überwindung der Kommune in einem für einheitliche Verwaltung geeigneten Gebiet. In: Das Parlament vom 18.3.1953. S. 3. (von Werner Best)

*Brandes an Küchenthal vom 23.2.1932. In: Bein 2000, S. 36. (grundsätzliche Zustimmung der DVP zur Einbürgerung mit dem Vorbehalt der Legalität)

*Dienstvertrag zwischen dem Freistaat Braunschweig und dem Schriftsteller Adolf Hitler in München. In: Overesch 1981. S. 57. (Professur an der TH Braunschweig); auch unter http://www.vernetztes-gedaechtnis.de/dienstver.htm

*Disposition für unsere Redner. In: Küchenthal 1969. Bd. I. S. 177-197. (Wahlkampfrichtlinien der BEL vom 26.8.1930)

*Ehrenbürgerurkunde der Stadt Braunschweig für Hitler vom 4.5.1933. In: Ruben 2004, S. 129.

*Ernennungsprotokoll, unterschrieben von Hitler und Boden, vom 26.2.1932. In: Hitler Bd. IV, Teil 3. 1997. S. 136-137.

*Geheimrat Friedrich Boden an Hitler vom 26.2.1932. In: Roloff 2003. S. 47.

*Gille verantw. Schriftleiter der B.A.N., des amtl. Organs der Br. Studentenschaft (inzwischen weggewiesen) „Ich bekämpfe Professor Mühlenpfordt auch mit unsachlichen Mitteln“. Eine Untersuchung der 1. Fachschaft der TH Braunschweig. Braunschweig, 19.1.1932 (Exemplar im Stadtarchiv Braunschweig unter GX6 (Mühlenpfordt)

*Groener an Brüning vom 10.4.1932. In: Jasper 1986, S. 84-85. (zum SA-Verbot)

*Groh an die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Reichsleitung, Abt. Propaganda vom 24.7.1929. In: Tyrell 1969. S. 321-322.

*Heß an Boden vom 2.5.1932. In: Morsey 1960. S. 444-445. (Dementi)

*Hitler, Adolf, Gesuch um Entlassung aus der Österreichischen Staatsbürgerschaft vom 7.4.1925. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 18.

*Hitler, Brief vom 2.2.1930. In: Dickmann 1966. S. 460-464.

*Hitler an Hugenberg vom 7.9.1931. In: Küchenthal 1973, Bd. I. Anlage VIII.

*Hitler an Brüning vom 12.1.1932. In: Domarus 1988. S. 64-65.

*Hitler an Seldte vom 12.1.1932. In: Hitler Bd. IV, Teil 3 1997. S. 29-33.

*Hitler an Brüning vom 15.1.1932. In: Hitler Bd. IV, Teil 3 1997. S. 34-44.

*Hitler an Brüning vom 25.1.1932 (offener Brief) In: Domarus 1988. S. 65-67.

*Hitlers Rede vor dem Industrieklub in Düsseldorf vom 27.1.1932. in: Domarus 1988. S. 68-90.

*Hitler an Staatsministerium Braunschweig und Landtagspräsident Zörner. In: Bein 2000. S. 37. (Telegramme)

*Hitlers Aufruf vom 13.3.1932. In: Domarus 1988. S. 98-99.

*Hitler, Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß des Thüringischen Landtags. 15. März 1932. In: Hitler, Bd. IV, Teil 3, 1997. S. 227-238.

*Hotel Kaiserhof, Berlin, Rechnung für Herrn Reg. Rat Adolf Hitler u. Begleitung für den 21./22.3.1932. In: Ullrich 2013. S. 339.

*Hitler, Interview mit Daily Express vom 10.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 51-52.

*Hitler, Interview mit Times vom 11.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 52-53.

*Hitler, Aufruf vom 13.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 54-56.

*Hitler, Interview mit Evening Standard vom 14.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 57-59.

*Hitler, Rede auf NSDAP-Versammlung in Augsburg vom 16.4.1932. In: Hitler Bd. V, Teil 1. S. 59-61.

*Hitler, Denkschrift über die Aufgaben eines Vierjahresplans. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3.1955,2. S. 204-210.

*Hitler, Rede am 10. Februar 1939 in Berlin an die Truppenkommandeure des Heeres. In: Dülffer/Thies/Henke 1978. S. 289-313. (u.a. über psychologische Bedeutung des Städtebaus)

*Klagges, Vermerk vom 18.2.1932. In: Morsey 1960. S. 451 (Berufung Hitlers auf eine Professur für „organische Gesellschaftslehre und Politik“)

*Küchenthal an Boden vom 25.2.1932. In: Morsey 1960. S. 440-441. (Hitler als Regierungsrat)

*Küchenthal an Klagges vom 23.5.1932. In: Morsey 1960. S. 445-446. (Tätigkeit von Hitler)

*Küchenthal und Klagges an Hitler vom 25.2.1932. In: Morsey 1960. S. 441. (Ernennung Hitlers)

*Lammers an Körner vom Februar 1941. In: Lent 1992, S. 83. (Führerentscheid zum Gebietstausch Holzminden – Goslar)

*Landeskultur- und Vermessungsamt an Hitler vom 8.3.1932. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 3, 2003. S. 48. (Mitteilung über Dienstbezüge)

*Schraders Brief an Duesterberg. Der ungekürzte Wortlaut des belastenden Dokuments. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 30.3.1933. S. 2.

*Sitzung des bayerischen Ministerrats vom 21.12.1929. (Protokoll) In: Morsey 1960. S. 421.

*Speer an Schwarz vom 19.2.1941. S. 64-79. In: Dülffer/Thies/Henke 1978. S. 64-79. (Neugestaltung deutscher Städte)

*Staatsangehörigkeitsausweis Regierungsrat Adolf Hitler. In: Bein 2000. S. 37; Roloff 2003. S. 56; Braunschweiger Zeitung Spezial 2007, S. 2.

*Staatsminister Dr. Küchenthal an den braunschweigischen Gesandten Boden vom 25.2.1932. In: Morsey 1960. S. 440-441. (Verabschiedung Hitlers aus dem Staatsdienst)

*Staatsminister Dr. Küchenthal und Klagges an den „Schriftsteller Adolf Hitler“ vom 25.2.1932. In: Morsey 1960. S. 441.

*Der Vorsitzende des Braunschweigischen Staatsministeriums an den Reichsratsbevollmächtigten Boden vom 25.2.1932. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 19. (Hitlers Ernennung zum Regierungsrat)

*Wessels an Küchenthal vom 23.2.1932. In: Bein 2000. S. 36.

* Quaatz, Betrifft: Wahl des Reichspräsidenten vom 14.1.1932. In. Quaatz 1989, S. 170-174.

4.6 NS-Publikationen

*Best, Werner, ….wird erschossen. Die Wahrheit über das Boxheimer Dokument. Mainz: Selbstverlag des Verfassers 1932.

* Das Deutsche Führerlexikon 1934/35. Berlin: Otto Stollberg 1934.

*Frick, Wilhelm, Der Neuaufbau des Reichs. Berlin: Paul Steegeman 1934.

*Göring, Hermann, Rede des Ministerpräsidenten Generaloberst Göring am 28. Oktober 1936 im Sportpalast. In: der Vierjahresplan 1.1937,1. S. 31-36.

*Kaisenberg, Georg, Gleichschaltung der Länder mit dem Reich. Berlin: Carl Heymanns 1933. = Das Recht der nationalen Revolution Heft 2.

*Klagges, Dietrich, Die Koalition fester denn je! In: Braunschweigische Landeszeitung vom 26.2.1932 (Auszüge seiner Rede in Braunschweig vom Vortag anlässlich der der Ernennung Hitlers)

*Klagges, Dietrich, Idee und System. Vorträge an der Deutschen Hochschule für Politik über Grundfragen nationalsozialistischer Weltanschauung. Leipzig: Armanen Verlag 1934.

*Klagges, Dietrich, Geschichtsunterricht als nationalpolitische Erziehung. Frankfurt: Moritz Diesterweg 1936.

*Klagges, Dietrich, Die „Reichswerke Hermann Göring“, eine neue Eisenindustrie bei Braunschweig. In: Braunschweigische Wirtschaft. Amtliches Organ der Industrie- und Handelskammer Nr. 1, 1938. S. 7-12.

*Klagges, Dietrich, Eine Tugend gegen alle Todsünden. Das organische Weltbild. Hrsg. von Andreas Bergeder. Bassum-Dimhausen: Alma 1974.

*Männer im Dritten Reich. Herausgegeben von der Orientalischen Cigaretten-Compagnie „Rosma“ GmbH. Bremen: o.V. 1934.

*Pleiger, Paul, Die Herman Göring-Werke. In: Der Vierjahresplan. Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik 3.1939,1-2. S. 50-53.

*Roloff, Ernst August, Tausendjähriges Braunschweig. Die Stadt Heinrichs des Löwen im Wandel der Geschichte. Braunschweig: Verlag von Ad. Hafferburgs Buchhandlung (Paul Graff) o.J. (1939).

*Roloff, Ernst August, Die Stadt Braunschweig. Marktschellenberg-Berchtesgaden: Degener & Co 1940. = Familiengeschichtlicher Wegweiser durch Stadt und Land Heft 16.

*Schmalz, Kurt, Nationalsozialisten ringen um Braunschweig. Braunschweig: Georg Westermann 1934.

Schmalz, Kurt, Die Entwicklung der NSDAP in Hannover-Süd-Braunschweig.

*Timme, Fritz, E.A. Roloff, Tausendjähriges Braunschweig. In: Braunschweigisches Jahrbuch Dritte Folge 1940, Bd. 1. S. 77-82. (Rezension)

Der Vierjahresplan. Berlin: Franz Eher 1941.

4.7 Zeitgenössische Zeitungsartikel

*Amtsniederlegung des Rektors Gassner. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 4.1.1933; auch in Pollmann 1995, S. 448.

*Der Aufmarsch der Braunen Bataillone. Adolf Hitler in Braunschweig. Der nationalsozialistische Landtagspräsident Zörner grüßt die Braunhemden. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 18.10.1931.

*Der Auftakt zu dem großen SA-Treffen in Braunschweig am 17. Und 18. Oktober. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 16.10.1931.

*Aus der Wahlbewegung. Einigkeit in der Abwehr. Machtvolle Kundgebung der bürgerlichen Einheitsliste gegen marxistische Zersetzungsbestrebungen. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 11.9.1930.

*Beamter der Braunschweiger Gesandtschaft in Berlin? Der Plan einer Einbürgerung Hitlers auf dem Wege über eine Professur aufgegeben. In: Wolfenbütteler Zeitung vom 25.2.1932. S. 2.

*Bürgerkrieg in Braunschweig. Die Wahrheit über das Hakenkreuzverbrechen. Mordsturm SS wütet in Braunschweig. Reichsbanner zur Abwehr entschlossen. In: Der Volksfreund vom 20.10.1931.

*Deutlicher Abmarsch nach rechts. Das vorläufige Ergebnis der Reichstagswahl. Das Wahlergebnis im Lande Braunschweig. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 15.9.1930.

*Dietrich Klagges. Eine Charakterskizze unseres Ministers. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 6.5.1933. S. 6.

*Disziplinarverfahren gegen Hitler. In: Der Volksfreund vom 20.4.1932.

*Dr. Franzen endgültig zurückgetreten. Eine Erklärung Hitlers. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 4.9.1931.

*Dr. Franzen in Braunschweig tritt zurück. Schiffbruch des zweiten Hitlerministers. In: Frankfurter Zeitung vom 28.7.1931

Die Einbürgerungskomödie. Hitler als Landmesser. In: Der Volksfreund vom 24.2.1932.

*Einzelberatung des Staatshaushaltsplanes. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 2.3.1932.

*Eine Erklärung des Abg. Brandes. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 3.11.1931.

*Exzellenz Boden ist einverstanden. Die Einbürgerung Hitlers in Braunschweig steht unmittelbar bevor. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 26.2.1932.

*Franzen und Groh verlassen die NSDAP. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 2.9.1931*Franzen verläßt die Nazi-Partei. Groh ebenfalls. Rust rüpelt Groh an. In: Der Volksfreund vom 2.9.1931.

*Für Freiheit der Technischen Hochschule. Eine studentische Vertrauenskundgebung für Rektor und Senat.. In Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 9.12.1932.

*Gegen die Gerüchte um Minister Küchenthal. In: Braunschweigische Staatszeitung vom 6.6.1932.

Gendarmeriekommissar Hitler? In: Frankfurter Zeitung vom 4.2.1932 (2. Morgenblatt).

*Goebbels, Joseph. Um die Präsidentschaft. In: Der Angriff. Das deutsche Abendblatt in Berlin 6.1932,22 vom 2.2.1932.

*Großer Erfolg der Nationalen Opposition. Die Alleinherrschaft der Sozialdemokratie im Braunschweiger Rathaus gebrochen. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 2.3.1931. S. 1-2.

*Hanneliese Zörner+. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 17.5.1933. S. 7.

*Haushaltsdebatte im Landtag. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 18.2.1932.

*Heute die Wahlvorschläge einreichen. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 13.4.1933.

*Hindenburg oder Hitler? In: Das Montagsblatt. Unabhängige Zeitung für nationale und soziale Politik 2.1932,4 vom 1.2.1932, S. 1.

*Hitler Minister in Braunschweig? Als Nachfolger des Innen- und Kultusministers Klagges? In: Der Volksfreund vom 24.2.1932.

*Hitlers Rede in der Braunschweiger Stadthalle. „Wir glauben an unseren Sieg, weil wir an unser Volk glauben“. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 20.10.1931

*Hitler auf seinen braunschw. Posten vereidigt. In: Wolfenbütteler Zeitung vom 27.2.1932. S. 2.

*Hitler in Braunschweigs Gesandtschaft. Auf dem Wege zu Adolf Hitlers Einbürgerung in Braunschweig. Verhandlungen der Minister Klagges und Dr. Küchenthal in Berlin. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 25.2.1932.

*Hitler noch nicht eingebürgert. Eine Erklärung der nationalsozialistischen Parteileitung. Amtliches Material über die angebliche Einbürgerung Hitlers in Thüringen. In: Hannoverscher Kurier vom 4.2.1932.

*Hitler wird Professor? In: Der Volksfreund vom 13.2.1932.

*„Hitler Reichspräsident“. Die Huldigung der Zehntausende. Eine denkwürdige Sportpalastkundgebung. Pg. Minister Klagges und Pg. Hinkel, M.d.R. sprechen zu den Massen. In: Der Angriff. Das deutsche Abendblatt in Berlin 6.1932,21. Vom 30.1.1932.

*Hitlers Berufung spukt noch immer in den Köpfen. In: Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 15.3.1932.

*Hitlers Eidesleistung vollzogen. Regierungsrat Hitler hat seine Dienstgeschäfte bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin am Freitag übernommen. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 28.2.1932.

*Hitlers Einbürgerung vollzogen vollzogen. Die braunschweigische Staatsregierung erfüllt eine Ehrenpflicht. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 26.2.1932.

*Hitlers Einbürgerung. Beamtenernennung rechtsunwirksam! Das Gutachten eines Staatsrechtslehrers besagt. In: Der Volksfreund vom ? 1932.

*Hitlers Einbürgerung in Braunschweig durch Ernennung zum Hochschulprofessor? In: Wolfenbütteler Zeitung vom 24.2.1932. S. 2.

*Hitlers Ernennung zum Regierungsrat. Adolf Hitler wird der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin zugeteilt. Er soll dort die Interessen der Wirtschaft wahrnehmen. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 27.2.1932.

*“Hochschulabend der Deutschen Volkspartei“. Alt- und Jungakademiker hinter Rektor und Senat. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 6.12.1932.

*Kann Hitler kandidieren? Ministerialrat Kaisenberg bestreitet die Möglichkeit der Erwerbung der Reichsangehörigkeit. In: ? vom 1.2.1932

*Keine Störung der Regierungskoalition. Landtagsabgeordneter Brandes spricht über die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 12.4.1931.

*Die Koalition fester denn je! Danklende Anerkennung des Ministers Klagges. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 26.2.1932.

*Die KPD-Bonzen retten Klagges! Die Berufsparlamentarier Winter und Gmeiner wollen ihr Mandat nicht niederlegen. In: Der Volksfreund vom 26.2.1932, 2. Beilage.

*Die Methoden der Gegenseite. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 18.2.1932.

*Minister Franzen und Abg. Groh verlassen ihre Partei. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 3.9.1931

*Minister Franzen tritt von seinem Posten zurück! Herr Dr. Franzen will nicht „Vollziehungsbeamter eines völlig unselbständigen Reichsverwaltungsbezirks“ sein. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 27.9.1931.

*Minister Klagges zur Entschließung der Rektorenkonferenz in Halle. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 6.12.1932

*Ministerzusammenkunft in Bad Harzburg. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 2.4.1932.

*Das Mißtrauensvotum gegen Minister Klagges abgelehnt. Abg. Schrader stimmt mit den Marxisten. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 12.11.1931.

*Münchener Sensation: Hitler deutscher Staatsbürger. Hitler kandidiert für Reichspräsidentenschaft gegen Hindenburg. Wie die Kandidatur möglich wurde. In: Das Montagsblatt. Unabhängige Zeitung für nationale und soziale Politik 2.1932,4 vom 1.2.1932, S. 1.

*Nächste Landtagssitzung am 7. Juni. Beratungen im Ältestenrat. Aenderung der Geschäftsordnung. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 17.5.1933. S. 7.

*Das nationale Braunschweig marschiert! Die Braunen und die Grauen Bataillone demonstrieren Schulter an Schulter. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 13.2.1933.

*Die Nationale Opposition in Bad Harzburg. In: Braunschweigische Staatszeitung vom 12.10.1931.

*Die Nationalsozialisten wollen in der Regierung bleiben. Die Nationalsozialisten erheben wieder Anspruch auf den zweiten Ministersitz. Abg, Groh (Nationalsozialist) erklärt: „ Ein Minister genügt“. Er wurde seines Amtes als Fraktionsführer enthoben. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 2.9.1931.

*Nationalsozialistische Ministerkandidaten. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 4.9.1931.

*Neue Wege in Braunschweig. Die Einigung ist erzielt! Bürgerblock, Nationalsozialisten und Jungdeutscher Orden. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 27.9.1930.

*Niederlage des Herrn Klagges. Er muß die Pensionierung des Sozialdemokraten Jensen zurücknehmen. In. Der Volksfreund vom 26.10.1932

*Parteibuch-Beamter Hitler soll Braunschweigs Erwerbslosen Arbeit verschaffen. In: Der Volksfreund vom 26.2.1932.

*Rätselraten um den Staatsbankpräsidenten. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 1.5.1932.

*Regierungsrat Hitler. In: Nationalliberale Correspondenz Nr. 40 vom 26.2.1932. S. 4-5.

*Regierungsrat Klagges Ministerkandidat. Der Vorschlag der Nationalsozialisten. Die Deutsche Volkspartei für nur einen Minister. Sie wird das Ministerium Dr. Küchenthal stützen. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 6.9.1931.

*Roloff, Ernst August, Wer gefährdet den Kredit des Landes? In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 12.4.1931.

*Schrader, Walter, Politisches aus Braunschweig. Vor und nach Franzens Rücktritt. In: Der Jungdeutsche vom 2.8.1931.

*Schrader-Akten dem Oberreichsanwalt eingereicht. Die Untersuchung über den Stahlhelm-Zwischenfall in Braunschweig abgeschlossen. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 8.4.1933.

*Schulz, Erich, Eine Stadtgeschichte für das Volk geschrieben. In: Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 11.11.1939.

*Spontane Huldigung im Sportpalast. Für Adolf Hitler! In: Der Angriff. Das Abendblatt in Berlin 6.1932,21 vom 30.1.1932. S. 1.

*Terroristische Studenten. Nazi-Studentenführer bedroht Gegner mit Tränengasbomben. Wird Hitler Professor? In: der Volksfreund vom 15.2.1932.

*Unterredung zwischen Hitler und dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker. In: Münchener Neueste Nachrichten vom 13.3.1932. In: Domarus 1988. S. 97.

*Vorgehen gegen Braunschweiger „Stahlhelm“. Gegenrevolutionärer Anschlag durch Masseneintritte der Marxisten geplant. Der „Stahlhelm“ verboten. In: Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger vom 28.3.1933. S. 1.

*“Vormarsch der Jugend“. Jede ASTA-Wahl ein Sieg der NSDAP! Fall Mühlenpfordt: Der erfolgreiche Kampf der Braunschweiger Studenten für die Ehre der deutschen Nation. PG Klagges gegen das Fehlurteil des Rektors Mühlenpfordt „Konnte keine Beleidigung feststellen“. In. Völkischer Beobachter vom 27.1932.

*Vorschläge zur Reichsreform. Die noch unverbindlichen Pläne schlagen Calvörde und Blankenburg zu Brandenburg. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 9.12.1933. S.1.

*Wie die Hitlerleute hausen. Fortdauernde Zusammenstöße in Braunschweig. In: Frankfurter Zeitung vom 20.10.1931.

*Wie wir erfahren, steht die Ernennung Adolf Hitlers zum Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig unmittelbar bevor. In: Deutsche Allgemeine Zeitung vom 13.2.1932.

*Wie wird man deutscher Staatsbürger? Betrachtungen zu Hitlers Reichspräsidentenkandidatur. In: Braunschweiger Neueste Nachrichten vom 25.2.1932. (Verfasser Roloff?)

*Wieder eine Nazisäule geborsten. Pg. Gille telegraphisch seines Amtes vorläufig enthoben. In: Volksfreund vom 5.12.1932.

*Wo Deutschnationale regieren: II. Braunschweig. In: Unsere Partei vom 18.7.1932. (Werbeblatt der DNVP)

*Zum Bürgerkrieg gerüstet. In: Berliner Tageblatt vom 6.4.1932.

*Die Zuversicht Hitlers. In: Braunschweigische Landeszeitung vom 18.2.1932.

4.8 Zeitungsartikel nach 1945

*Ahlers, Michael, „Aufhebung würde nichts ändern“. In der Frage von Hitlers Staatsbürgerschaft blockte die Landesregierung bislang ab. In: Braunschweiger Zeitung vom 3.3.2007.

*Ausmeier, Peter, Vor 35 Jahren schwor Adolf Hitler den Beamteneid. Als Braunschweiger Regierungsrat wurde der Österreicher Deutscher Staatsbürger. In: Braunschweiger Zeitung vom 25./26.2.1967. S. 2.

*Berger, Andreas, Wie braun war Braunschweig? Für Ernst-August Roloff ist die Aufarbeitung des Nationalsozialismus ein Lebensthema. In: Braunschweiger Zeitung spezial Nr. 3, 2003. S.7.

*Diestelmann, Dieter, Hitler von Hochschule vor dir Tür gesetzt. Braunschweig war nur Scheinadresse. 60 Jahre Einbürgerung Adolf Hitlers. In: Braunschweiger Zeitung vom 26.2.1992.

*Duin, Harald, Wie der staatenlose Hitler Deutscher wurde. Nicht die Stadt Braunschweig, sondern der Freistaat Braunschweig sorgte vor 70 Jahren für seine Einbürgerung. In: Braunschweiger Zeitung vom 25.2.2002.

*Duin, Harald, Vergessener Held des Widerstandes. Werner Schrader war vor 70 Jahren Initiator des so genannten Stahlhelm-Putsches in Braunschweig. In: Braunschweiger Zeitung vom 27.3.2003.

*Duin, Harald, Ruben: Hitlers Besuch 1935 „spontane Eingebung“. Prof. Dr. Ernst-August Roloff widerspricht den Thesen und Schlußfolgerungen der Autorin in wesentlichen Punkten. In: Braunschweiger Zeitung vom 22.5.2004.

*Duin, Harald, Folter und Misshandlungen im Gebäude der AOK. Jahre später stieß Stahlhelm-Führer Werner Schrader zum Kreis der Widerständler. In: Braunschweiger Zeitung vom 27.3.2008.

*Dr. Küchenthal in Gruppe III eingestuft. Politische Hintergründe bei der Ernennung Hitlers zum Regierungsrat. In: Braunschweiger Zeitung vom 28.9.1949.

*Einbürgerung. Professor Hitler. In: Der Spiegel 15.1961 40. S. 43-46; Heim ins Reich. Leserbriefe dazu von Heimbs, Roloff u.a. In: Der Spiegel 15.1961,42. S. 16-20.

*Einbürgerungsakte wurde den Engländern übergeben. Das Staatsarchiv Wolfenbüttel bemüht sich darum, die Originale zurück zu bekommen. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 25.

*Ende des Freistaats. Ausstellung im Staatsarchiv. In: Braunschweiger Zeitung vom 31.3.1984.

*„Eine Radikalisierung der bürgerlichen Mitte“. Erster Roloff-Vortrag: Wie die Nationalsozialisten im Freistaat Braunschweig an die Regierung gelangten. In: Braunschweiger Zeitung vom 28.10.2000.

*Erhard, Frank, Bruchstückhafte Würdigung der Untaten. Der Historiker Dr. Werner Sohn über den Braunschweiger Klagges-Prozess vor 53 Jahren. In: Braunschweiger Zeitung vom 17.9.2003.

*Heim ins Reich. (Leserbriefe zu „Einbürgerung“ von Heimbs, Roloff u.a. In: Der Spiegel 15.1961,42. S. 16-20.

*Herrmann, Klaus, Für Bayern war Adolf Hitler untragbar. Die gescheiterten Versuche der Einbürgerung in München und Weimar. In: Braunschweiger Zeitung vom 20.2.2007 und in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 7.

*Herrmann, Klaus, Professor Hitler entsetzt das Bürgertum. Gegen die Berufung an die Technische Hochschule wehrten sich die Konservativen. In: Braunschweiger Zeitung vom 21.2.2007 und in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 8.

*Herrmann, Klaus, Wie Adolf Hitler Braunschweiger wurde. Hitlers Einbürgerung, Teil 3: Der Förderer der Wirtschaft im Freistaat. In: Braunschweiger Zeitung vom 22.2.2007. S. 7.

*Herrmann, Klaus, In Braunschweig feiert man die Einbürgerung mit Fackelzug. Konservative Politiker machten den Vorschlag, Hitler als Wirtschaftsförderer einzustellen. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 9.

*Herrmann, Klaus, „Seinen Dienst für Braunschweig hat er nie ausgeübt“. Offiziell wohnte Hitler bei Landtagspräsident Ernst Zörner zur Untermiete. In: Braunschweiger Zeitung vom 23.2.2007 und in: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 10.

*Hitler. Vollauf geeignet. In: Der Spiegel Nr. 6, 1981. S. 85-86.

*Hitler und Klagges: Der Bruch. Letzter Vortrag der Reihe „Wie braun war Braunschweig?“. In: Braunschweiger Zeitung vom25.11.2000.

*Huber, Alexander, Braunschweiger Bürger sahen der Auflösung des Rechtsstaats zu. TU-Historiker Ludewig zur Machtergreifung der Nazis. In. Braunschweiger Zeitung vom 24.3.2000.

*Ich soll hart bleiben. Wapps, du Schwein. In: der Spiegel vom 15.12.1949. S. 11-12.

*Katz, Ottmar, Zum Waffen- und Hilfsdienst untauglich. Auszüge aus „Prof. Dr.med. Theo Morell, Hitlers Leibarzt“ von Ottmar Katz. In: Der Spiegel vom 20.12.1982.

*Koch-Hillebrecht, Manfred, Auch andere Quellen stützen den Befund. Schon 1999 hat der Psychologe Manfred Koch-Hillebrecht in „Homo Hitler“ (Siedler) die These von Hitlers Homosexualität vertreten. In: Die Welt vom 8.10.2001.

*Lachmund, Dietrich, NAZIS wollten Hitler 1932 zum Professor machen. Studienrat Dr. Roloffs Versuch, die Hintergründe des Hochschulkonfliktes in Braunschweig aufzudecken. In: Braunschweiger Zeitung vom 11.2.1960. S. 20.

*Lehrer, Ministerpräsident, Zuchthäusler und Rentner. Von Januar bis Juni 1950 stand Dietrich Klagges unter großer Anteilnahme der Braunschweiger Bevölkerung vor dem Schwurgericht. In: Braunschweiger Zeitung vom 15.8.1989.

*Ludewig, Hans-Ulrich, Nazi-Verbrecher Klagges ohne Einsicht. Der ehemalige Braunschweiger Ministerpräsident erhielt nach vorzeitiger Haftentlassung – 600 DM Rente monatlich. In: Braunschweiger Zeitung vom 8.5.2012. S. 20.

*Maser, Werner/Höhne, Heinz, Adolf Hitler, „ Aufriß über meine Person“. Aus bisher unbekannten Briefen und Notizen. In: Der Spiegel Nr. 14 - Nr. 24, 1973.

*Menzel, Ulrich, Neues über Hitlers Coup in Braunschweig. Interview mit Professor Ulrich Menzel über die Einbürgerung, die wohl mehr bedeutete als bislang angenommen. In: Braunschweiger Zeitung vom 28.12.2013. S. 14.

*Roloff, Ernst-August, Rätselhafter Blitzbesuch des „Führers“. Heinrich der Löwe entzweite Hitler und Klagges. Pläne für Mustersiedlung geplatzt. In: Braunschweiger Zeitung vom 20.1.1996.

*Widmann, Carlos, Gefährtin des Bösen. In: Der Spiegel Nr. 39, 2001. S. 206-216.

*Wie Hitler Deutscher wurde. Vor 75 Jahren verhalf der Freistaat Braunschweig dem „Führer“ zur Staatsbürgerschaft. = Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. Braunschweig: Braunschweiger Zeitung 2007.

*Winkler, Heinrich August, Für Hitler die Hundepeitsche. Ein roter Preuße blickt zurück auf Weimar: Die Erinnerungen Albert Grzesinskis. In: Zeit Online vom 31.1.2002.

*Zauner, Ernst-Johann, Nicht Professor Hitler, nur Regierungsrat. Zweiter Vortrag in der Reihe: „Wie braun war Braunschweig?“. In: Braunschweiger Zeitung vom 11.11.2000.

*Zauner, Ernst-Johann, Die Vorgeschichte: Hitler belügt die Bayern. Als er nach Deutschland kommt, sagt der Österreicher den Behörden, er sei staatenlos. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 11.

*Zauner, Ernst-Johann, Wie Bayern dabei scheitert, den Straftäter abzuschieben.. Österreich lehnt die Aufnahme des zu Festungshaft verurteilten Agitators ab. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 12-14.

*Zauner, Ernst-Johann, Die Einbürgerungs-Odyssee des „Postkartenmalers“. Die sozialdemokratischen Länder wehren sich gegen das Ansinnen. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 15.

*Zauner, Ernst-Johann, In Braunschweig war Hitler am Hohetorwall 7 gemeldet. Gewohnt hat er dort nie. Am, 16. September 1933 zieht er nach Berlin. In: Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 16-17.

4.9 Literatur

Albrecht, Helmuth, Hochschule und Politik. Die TH Braunschweig in der Weimarer Republik (1918-1933). In: Werner Pöls/Klaus Erich Pollmann (Hrsg.), Moderne Braunschweigische Geschichte. Hildesheim 1982. S. 227-259.

*Ausmeier, Peter, Klagges. Verbrecher im Hintergrund. Ein Prozeßbericht. Braunschweig: Volksfreunde 1950.

*Behrend, Hanna, Die Beziehungen zwischen der NSDAP-Zentrale und dem Gauverband Süd-Hannover-Braunschweig 1921-1933. Ein Beitrag zur Führungsstruktur der nationalsozialistischen Partei. Frankfurt: Peter Lang 1981.

*Bei der Wieden, Claudia, Vom Seminar zur NS-Lehrerbildungsanstalt. Die Braunschweiger Lehrerausbildung 1918 bis 1945. Köln: Böhlau 1996.

*Bein, Reinhard, (Hrsg.), Im deutschen Land marschieren wir. Freistaat Braunschweig 1930-1945. Materialien zur nationalsozialistischen Herrschaft zusammengestellt für die Ausstellung „Braunschweig 1930-1945“ des Gymnasiums Neue Oberschule im Städtischen Museum von Reinhard Bein. Braunschweig: Selbstverlag o.J. 2. Aufl.

*Bein, Reinhard, Zeitzeichen. Stadt und Land Braunschweig 1930-1945. Braunschweig: Döring 2000. (zu Hitler S. 36-37)

*Bein, Reinhard, Friedrich Boden. In: Arbeitskreis Andere Geschichte (Hrsg.), Braunschweiger Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts. Braunschweig: Döring 2012. S. 36-39.

*Bein, Reinhard/Roloff, Ernst-August (Hrsg.), Der Löwe unterm Hakenkreuz. Reiseführer durch Braunschweig und Umgebung 1930-1945. Göttingen: MatrixMedia 2010. (hier S. 28-31)

*Benz, Wolfgang (Hrsg.), Salzgitter. Geschichte und Gegenwart einer deutschen Stadt 1942-1992. München: Beck 1992.

*Bergemann, Günther, Stadtgründung ohne Beispiel. Eine Dokumentation nach 25-jähriger Tätigkeit der Wohnungs-Aktiengesellschaft Salzgitter. Salzgitter: Die junge Stadt 1964.

*Berghahn, Volker R., Die Harzburger Front und die Kandidatur Hindenburgs für die Präsidentschaftswahlen 1932. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 13.1965,1. S. 64-82.

*Berghahn, Voker R., Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918 – 1935. Düsseldorf: Droste 1966.

*Botsch, Gideon, „Politische Wissenschaft“ im Zweiten Weltkrieg. Die „Deutschen Auslandswissenschaften“ im Einsatz 1940-1945. Paderborn: Ferdinand Schöningh 2006.

*Bracher, Karl Dietrich, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld. Villingen: Ring 1964. 4. Aufl.

*Bracher, Karl Dietrich, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1976. 5. Aufl.

*Bullock, Alan, Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf: Droste 1954.

*Dickmann, Fritz, Die Regierungsbildung in Thüringen als Modell der Machtergreifung. Ein Brief Hitlers aus dem Jahre 1930. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 14.1966,4. S. 454-464.

*Droste Geschichts-Kalendarium. Chronik deutscher Zeitgeschichte. Politik – Wirtschaft – Kultur. Bd. 1: Overesch/Saal, Die Weimarer Republik. Bd. 2/I: Overesch/Saal, Das Dritte Reich 1933-1939. Düsseldorf: Droste 1982.

*Van Dyk, Silke/Schauer, Alexander, „…daß die offizielle Soziologie versagt hat“. Zur Soziologie im Nationalsozialismus, der Geschichte ihrer Aufarbeitung und der Rolle der DGS. Essen: deutsche Gesellschaft für Soziologie 2010.

*Eisfeld, Rainer, Ausgebürgert und doch angebräunt. Deutsche Politikwissenschaft 1920-1945. Mit einer Würdigung des Autors von Hubertus Buchstein. Baden-Baden: Nomos 2013. 2. Aufl.

*Ellrich, Hartmut, Dresden 1933-1945. Der historische Reiseführer. Berlin: Ch. Links 2008.

*Fest, Joachim C., Hitler. Eine Biographie. Frankfurt: Ullstein 1973.

Fiederer, Helmut, Die Reichswerke „Hermann Göring“. München: Europa 1989.

*Fischer, Eckhard, Niedersächsische Motorenwerke GmbH Braunschweig-Querum. Salzgitter: Stadt Salzgitter 2012.

*Forndran, Erhard, Die Stadt- und Industriegründungen Wolfsburg und Salzgitter. Entscheidungsprozesse im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Frankfurt: Campus 1984.

*Friedrich, Julius, Wer spielte falsch? Hitler, Hindenburg, Der Kronprinz, Hugenberg, Schleicher. Ein Tatsachenbericht aus Deutschlands jüngster Vergangenheit nach authentischem Material. Hamburg: Hermann Laatzen o.J.

*Früchtel, Michael, Der Architekt Hermann Giesler. Leben und Werk (1898-1987). München: Altavilla 2008.

*Gehrke, Robert, Aus Braunschweigs dunkelsten Tagen. Der Rieseberger Massenmord. Über den Widerstand im ehemaligen Freistaat Braunschweig. Braunschweig: Selbstverlag 1962.

*Germann, Holger, Die politische Religion des Nationalsozialisten Dietrich Klagges. Ein Beitrag zur Phänomenologie der NS-Ideologie. Frankfurt: Peter Lang 1995. (stützt sich auf Klagges, Dietrich, Im Umgang mit Adolf Hitler, MS ca. 1970.)

*Grubert, Martin, Anwalt der Demokratie. Heinrich Jasper (1875 – 1945). Ein politisches Leben in Braunschweig. Braunschweig: Joh. Heinr. Meyer 2009.

*Günther, Hellmuth, Ernennung zum Beamten und Rechtsformmissbrauch. Drei Muster aus Geschichte und Gegenwart. In: Zeitschrift für Beamtenrecht 59.2011,7/8 S. 225-237.

*Gundler, Bettina/Schüler, Claudia, Catalogus Professorum der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig. Teil 2: Lehrkräfte 1877-1945. Braunschweig: Braunschweigischer Hochschulbund 1991. = Beiträge zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina.

*Hamilton, Richard F., Braunschweig 1932: Further Evidence on the Support for National Socialism. In: Central European History 17.1984,1. S. 3-36.

*Heiden, Konrad, Der Fuehrer: Hitler´s Rise to Power. London: Victor Gollancz 1944.

*Heitefuß, Dieter, Aus Trümmern auferstanden. Braunschweig und sein Wiederaufbau nach 1945. Braunschweig: Dieter Heitefuß 2005.

*Hermann, Christel, Zörner, Otto Ernst. In: Sächsische Biografie. Unter: www.isgv.de/saebi/(11.5.2014)

*Herre, Paul, Kronprinz Wilhelm. Seine Rolle in der deutschen Politik. München: Beck 1954.

*Herrmann, Christel, Oberbürgermeister der Stadt Dresden Ernst Zörner und Stellvertreter Edmund Bührer. In: Dresdener Geschichtsbuch 6.2000. S. 199-218.

*Heuß, Theodor, Hitlers Weg. Eine historisch-politische Studie über den Nationalsozialismus. Stuttgart: Union Deutsche Verlagsgesellschaft 1932.

*Himmelmann, Gerhard, 50 Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. In. Fünfzig Jahre wissenschaftliche Lehrerbildung in Braunschweig. Festschrift. Braunschweig: Erziehungswissenschaftlicher Fachbereich der Technischen Universität Braunschweig 1995. S. 11-90.

*Hitler und die Deutschen. Volksgemeinschaft und Verbrechen. Dresden: Sandstein 2010.

*Huber, Ernst Rudolf, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd. VI: Die Weimarer Reichsverfassung. (darin Der Nationalsozialismus und das Präsidialregime. S. 298-303; Der Freistaat Braunschweig. S. 833-837) Bd. VII: Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik. (darin § 60: Hindenburgs Wiederwahl. S. 925-938) Stuttgart: Kohlhammer 1981, 1984.

*Jarck, Horst-Rüdiger/Scheel, Günter (Hrsg.), Braunschweigisches Biographisches Lexikon. 19. Und 20. Jahrhundert. Hannover: Hahnsche Buchhandlung 1996.

*Jarck, Horst-Rüdiger/Schildt, Gerhard, (Hrsg), Die Braunschweigische Landesgeschichte. Jahrtausendrückblick einer Region. Braunschweig: Appelhans 2001. 2. Aufl.

*Jasper, Gotthard, Die gescheiterte Zähmung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930-1934. Frankfurt: Suhrkamp 1986.

*Jonas, Klaus W., Der Kronprinz Wilhelm. Frankfurt: Heinrich Scheffler 1962.

*Junker, Detlef, Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33. Ein Beitrag zur Problematik des politischen Katholizismus in Deutschland. Stuttgart: Ernst Klett 1969.

*Kaisenberg, Georg, Die Wahl des Reichspräsidenten. Berlin: Carl Heymann 1925. 2. neubearb. Aufl.

*Kaiser, Klaus, Braunschweiger Presse und Nationalsozialismus. Der Aufstieg der NSDAP im Lande Braunschweig im Spiegel der Braunschweiger Tageszeitungen 1930 bis 1933. Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1970.

*Kampmann, Theoderich, Nachwort. In: Brüning 1970. S. 681-686.

Karl, Maria/Kurowski, Stefan, Mit heißen Wünschen, Hermann Göring. Vom Dorf St. Peter, das Hitlers Plänen für ein Hüttenwerk im Wege stand. GRünbach 1998.

*Kershaw, Ian, Hitler. Bd. 1: 1889-1936. Bd. 2: 1936-1945. München: dtv 2002.

*Kertz, Walter (Hrsg.), Technische Universität Braunschweig. Vom Collegium Carolinum zur Technischen Universität 1745-1995. Hildesheim: Georg Olms 1995.

*Kluke, Paul, Hitler und das Volkswagenprojekt. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 8.1960. S. 341-383.

Koller, Peter, Die geschichtlichen und rechtlichen Grundlagen dr Gründung Wolfburgs. Als MS vervielfältigt. Wolfsburg 1949. Erg. Fassung 1950.

Koller, Peter, Die Volkswagenstadt. In: Raumforschung und Raumordnung 14.1956,4.

*Kramer, Helmut (Hrsg.), Braunschweig unterm Hakenkreuz. Bürgertum, Justiz und Kirche. Eine Vortragsreihe und ihr Echo. Mit Beiträgen von Helmut Kramer, Dietrich Kuessner, Albrecht Lein, Ernst-August Roloff und Jürgen Wolf. Braunschweig: Magni-Buchladen 1981.

*Krause, Karl-Joachim, Braunschweig zwischen Krieg und Frieden. Die Ereignisse vor und nach der Kapitulation der Stadt am 12. April 1945. Braunschweig: Joh. Heinr. Meyer 2005.

*Kuessner, Dietrich, Dietrich Klagges – 1891-1971. Eine biographische Skizze. In: Juso-Unterbezirk Braunschweig (Hrsg.), Es geschah in Braunschweig. Gegen das Vergessen der nationalsozialistischen Vergangenheit in Braunschweig. Braunschweig: Steinweg o.J. (1988). S. 13-31.

*Kuhlenkamp, Alfred, Die Technische Hochschule Braunschweig im Krieg 1939-1945 und im ersten Nachkriegsabschnitt bis 1947. Braunschweig: Universitätsbibliothek der TU Braunschweig 1976. = Beiträge zur Geschichte der Carolo Wilhelmina Bd. IV.

*Kultur- und Presseamt (Hrsg.), 10 Jahre Stadt Salzgitter. Salzgitter: E. Appelhans 1952.

*Lammers, Uwe, Dunkle Vergangenheit. Wissenschaftlerkarrieren in der Kulturwissenschaftlichen Abteilung der technischen Hochschule Braunschweig. Magisterarbeit TU Braunschweig 2002.

*Lent, Dieter, Braunschweig und Salzgitter. Der Gebietstausch mit Preußen 1941. In: Benz 1992. S. 78-91.

*Lent, Dieter, „Ich habe dem Lande großen Nutzen gebracht“: Betrachtungen zu dieser Äußerung Hitlers vom Januar 1945 über seine Arbeit als braunschweigischer Regierungsrat 1932. In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 91.2010. S. 217-228.

*Lent, Dieter, Bemerkungen zu Hitlerinterpretationen von Braunschweigern (Deutung und Wahrnehmung von Hitlers Herrschaft und Person). In: Braunschweigisches Jahrbuch für Landesgeschichte 93.2012. S. 135-166.

Leuschner, Jörg, Die Gründung der Stadt Watenstedt-Salzgitter. In. Die Demontage der Reichswerke (1945-1951). Salzgitter: Archiv der Stadt Salzgitter 1990.

*Leuschner, Jörg, Die Wirtschaft des Braunschweigischen Landes im Dritten Reich (1933 – 1945). In: Jörg Leuschner/Claudia Märtl/Karl Heinrich Kaufhold (Hrsg.), Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte des Braunschweigischen Landes vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Bd. III. Neuzeit. Hildesheim: Georg Olms 2008. S. 452-556.

*Löhr, Hanns Christian, Hitlers Linz. Der „Heimatgau des Führers“. Berlin: Ch. Links 2013.

*Ludewig, Hans-Ulrich, Nationalsozialismus als Protestbewegung. Machteroberung und Machtstabilisierung in Braunschweig. In: Birgit Pollmann (Hrsg.), Schicht – Protest – Revolution in Braunschweig 1292 - 1947/48. Braunschweig: Stadtarchiv u. Stadtbibliothek 1995. S. 175-196.

*Ludewig, Hans-Ulrich, Das Land Braunschweig im Dritten Reich (1933-1945). In: Jarck/Schildt 2001. S. 981 - 1024.

*Ludewig, Hans-Ulrich, August Riekel und sein Wirken in Braunschweig. In: Gerd Biegel/Angela Klein/Peter Albrecht/Thomas Sonar (Hrsg.), Jüdisches Leben und akademisches Milieu in Braunschweig. Nellie und Kurt Otto Friedrichs. Wissenschaftliche Leistungen und illegale Liebe in bewegter Zeit. Frankfurt: Peter Lang 2012. S. 51-63.

*Ludewig, Hans-Ulrich/Pollmann, Birgit, Bürgertum und Arbeiterbewegung in Braunschweig 1870-1933. In: Wissenschaftliche Zeitschrift des Braunschweigischen Landesmuseums 1.1994. S. 63-98.

*Maser, Werner, Adolf Hitler. Legende, Mythos, Wirklichkeit. München: Bechtle 1971; 4. Aufl. 1972.

*Maser, Werner, Adolf Hitler. Das Ende der Führer-Legende. Düsseldorf: Econ 1980.

*Mayrhofer, Fritz, Die „Patenstadt des Führers“. In: Mayrhofer/Schuster 2002. Bd. 1. S. 327-386.

*Mayrhofer, Fritz/Schuster, Walter (Hrsg.), Nationalsozialismus in Linz. 2 Bde. Linz: Archiv der Stadt Linz 2002.

*Meier, Harald/Neumann, Kurt, Bad Harzburg. Chronik einer Stadt. Herausgegeben von der Stadt Bad Harzburg. Hildesheim: Lax 2000.

*Menzel, Ulrich, Professor oder Regierungsrat? Hitlers Einbürgerung in Braunschweig zwischen Provinzposse und Weichenstellung zur „Machtergreifung“. Braunschweig: TU Braunschweig 2013.

*Mertens, Herbert, Die Hochschule im Netzt des Ideologischen 1933-1945. In: Kertz 1995. S. 479-507.

*Meyer, August, Das Syndikat. Reichswerke „Hermann Göring“. Braunschweig: Steinweg 1986. Neuaufl. U.d.T. Hitlers Holding. Die Reichswerke “Hermann Göring”. München: Europa 1999. (unwissenschaftlich)

Mittmann, Markus, Die nationalsozialistische „Berhnhard-Rust-Hochschule“ in Braunschweig. Beobachtungen zur Baugeschichte eines wichtigen regionalen Baudenkmals der NS-Zeit. In: Berichte zur Denkmalpflege in Niedersachsen 12.1992. S. 60-69.

*Mittmann, Markus, Nationalsozialistisches Bauen. Die „Bernhard-Rust-Hochschule“ in Braunschweig (Kant-Hochschule). Braunschweig: Stadtarchiv und Stadtbibliothek 1993.

*Mittmann, Markus, Bauen im Nationalsozialismus. Braunschweig, die „Deutsche Siedlungsstadt“ und die „Mustersiedlung der Deutschen Arbeitsfront“ Braunschweig Mascherode. Ursprung, Gestaltung, Analyse. Mit Architekturhandbuch Siedlungen und Wohnungsbau in Braunschweig 1933-1945. Hameln: CW Niemeyer 2003.

*Mollin, Gerhard Th., Das Imperium der Reichswerke „Hermann Göring“ im deutsch beherrschten Europa 1938-1945. In: Benz 1992. S. 92-110.

*Mommsen, Hans/Grieger, Manfred Das Volkswagenwerk und seine Arbeiter im Dritten Reich. Düsseldorf: ECON 1996.

*Musial, Bogdan, Deutsche Zivilverwaltung und Judenverfolgung im Generalgouvernement. Eine Fallstudie zum Distrikt Lublin 1939-1944. Wiesbaden: Harrassowitz 1999.

*Neumärker, Uwe/Conrad, Robert/Woywodt, Cord, Wolfsschanze. Hitlers Machtzentrale im Zweiten Weltkrieg. Berlin: Christoph Links 2012.

*Overesch, Manfred, Professor Hitler. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 16.1981,2. S.57-58.

*Overesch, Manfred, Die Einbürgerung Hitlers 1930. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 40.1992,4. S. 543-566.

*Overesch, Manfred, Hermann Brill in Thüringen 1895-1946. Ein Kämpfer gegen Hitler und Ulbricht. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. 1992.

*Overy, R.J., Göring´s “Multi-national” Empire. In: Alice Teichowa/P.L. Cottrell (Hrsg.), International Business and Central Europe, 1918-1939. New York: St. Martin´s Press 1983. S. 269-297.

*Paul, Hermann, Deutsches Wörterbuch. Bedeutungsgeschichte und Aufbau unseres Wortschaftes. 10. überarb. u. erw. Aufl. von Helmut Henne/Heidrun Kämper/Georg Objartel. Tübingen: Max Niemeyer 2002.

*Pöls, Werner, Hochschule in der Krise. Die Technische Hochschule Braunschweig 1930-1933. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 9.1974,3-4. S. 21-31.

*Pöls, Werner, Hochschule und Politik am Ende der Weimarer Republik im Freistaat Braunschweig. In: Werner Pöls/Klaus Erich Pollmann (Hrsg.), Moderne Braunschweigische Geschichte. Hildesheim: Georg Olms 1982. S. 260-284.

*Pollmann, Birgit/Ludewig, Hans-Ulrich, Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik im Lande Braunschweig 1930-1939. In: Braunschweigisches Jahrbuch 65.1984. S. 115-138 (Teil 1); 66.1985. S. 129-172 (Teil 2).

*Pollmann, Klaus Erich, Die Technische Hochschule Braunschweig und der Nationalsozialismus. In: Mitteilungen der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig 18.1983,2. S. 40-43.

*Pollmann, Klaus Erich, Die nationalsozialistische Hochschulpolitik und ihre Wirkungen in Braunschweig. In: Kertz 1995. S. 443-465.

*Pollmann, Klaus-Erich/Ludewig, Hans-Ulrich, „Machtergreifung“ im Freistaat Braunschweig. In: Bernd Ulrich Hucker/Ernst Schubert/Bernd Weisbrod (Hrsg.), Niedersächsische Geschichte. Göttingen: Wallstein 1997. S. 548-565.

*Riedel, Matthias, Vorgeschichte, Entstehung und Demontage der Reichswerke im Salzgittergebiet. Diss. Hannover 1966.

*Riedel, Matthias, Gründung und Entwicklung der Reichswerke „Hermann Göring“ und deren Position in der Wirtschaftspolitik des Dritten Reiches 1935-1945. In: Benz 1992. S. 41-77.

*Roloff, Ernst August, Heimatchronik der Stadt Braunschweig. Mit einem Beitrag von Ludolf Frühling. Köln: Archiv für Deutsche Heimatpflege 1955.

*Roloff, Ernst-August, Hitler, Klagges und die akademische Freiheit. Der braunschweigische Hochschulkonflikt 1931/33. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der nationalsoz. Machtübernahme. MS 1960. 26 S. H III 2 Nr. 111

*Roloff, Ernst-August, Bürgertum und Nationalsozialismus 1930-1933. Braunschweigs Weg ins Dritte Reich. Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen 1961.

*Roloff, Ernst-August, Braunschweig und der Staat von Weimar. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft 1918-1933. Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1964.

*Roloff, Ernst-August, Bürgertum und Nationalsozialismus in Braunschweig. In: Kramer 1981. S. 13-26.

*Roloff, Ernst-August, Die bürgerliche Oberschicht in Braunschweig und der Nationalsozialismus: Eine Stellungnahme. In: Central European History 17.1984,1. S. 37-44.

*Roloff, Ernst-August, 100 Jahre Bürgertum in Braunschweig. Bd. 1: Von der Jasperalle zur Kaiser-Wilhelm-Straße. Ein historischer Spaziergang. Bd. 2: Tradition und Wandel. Lebensgeschichten aus einem bürgerlichen Wohnquartier. Braunschweig: Hans Oeding 1985, 1987.

*Roloff, Ernst-August, „Aufstand des Gewissens“ oder Rebellion der Enttäuschten? Motive des national-konservativen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus am Beispiel des Wolfenbütteler Oberlehrers Werner Schrader. In: Wissenschaftliche Zeitschrift des Braunschweigischen Landesmuseums Nr. 4, 1997. S. 121-152.

*Roloff, Ernst-August, Wie braun war Braunschweig? Hitler und der Freistaat Braunschweig. = Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 3, 2003. Braunschweig: Braunschweiger Zeitung 2003. Auszüge auch in Braunschweiger Zeitung Spezial Nr. 1, 2007. S. 26-34.

*Rother, Bernd, Die Sozialdemokratie im Land Braunschweig 1918 bis 1933. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf. 1990.

*Rother, Bernd, Der Freistaat Braunschweig in der Weimarer Republik (1919-1933). In: Jarck/Schildt 2001. S. 945-980.

*Ruben, Gunnhild, „Bitte mich als Untermieter bei Ihnen anzumelden!“. Hitler und Braunschweig 1932-1935. Die Brisanz der Braunschweiger Einbürgerung. Hitlers Überraschungsbesuch 1935. Das Lehndorfer Aufbauhaus. Norderstedt: Books on Demand 2004.

Sarlay, Ingo, Hitlers Linz. Die Stadtplanung von Linz an der Donau 1938-1945. Kulturelle und wirtschaftliche Konzeptionen, Planungsstellen und Wirtschaftspläne. Diss. TU Graz 1985.

Sarlay, Ingo, Baukunst im Dritten Reich. Hitlers Linz. Die Stadtplanung von Linz an der Donau 1938-1945. 2. Teil: Städtebauliche Detailplanung und Architektur. Habil. TU Graz 1987.

*Schelm-Spangenberg, Ursula, Die Deutsche Volkspartei im Lande Braunschweig. Gründung, Entwicklung, soziologische Struktur, politische Arbeit. Braunschweig: Waisenhaus-Buchdruckerei und Verlag 1964.

*Schildt, Gerhard, Die Machtergreifung des Nationalsozialismus in Braunschweig. In: Gerd Spies (Hrsg.), Folgeband zur Festschrift. Vorträge und Rückblick. Brunswiek 1031 Braunschweig 1981. Die Stadt Heinrichs des Löwen von den Anfängen bis zur Gegenwart. Braunschweig: Städtisches Museum 1982. S. 109-118.

*Schneider, Christian, Stadtgründung im Dritten Reich. Wolfsburg und Salzgitter. Ideologie, Ressortpolitik, Repräsentation. München: Heinz Moos 1979.

*Schnöckel, Karl Heinrich, War Hitler ein Deutscher? Seine Ernennung zum braunschweigischen Beamten. Vortragsmanuskript vor dem Rotary-Club, Braunschweig vom 10.8.2006. 5 S.

*Schüler, Claudia, Der Übergang der Volksschullehrerausbildung von der TH Braunschweig an die Bernhard-Rust-Hochschule (1935 bis 1937/38). Desintegration und Entakademisierung. In: Hochschule und Nationalsozialismus. Referate beim Workshop zur Geschichte der Carolo-Wilhelmina am 5. und 6. Juli 1993. Braunschweig: Universitätsbibliothek der TU Braunschweig 1994. S. 137-159.

*Schüler, Claudia, Die Kulturwissenschaftliche Abteilung 1927-1933. In: Kertz 1995. S. 415-431.

*Seibt, Kurt, Salzgitters Werden. In: 10 Jahre Salzgitter 1952. S. 12-25.

*Sohn, Werner, Im Spiegel der Nachkriegsprozesse. Die Errichtung der NS-Herrschaft im Freistaat Braunschweig. Braunschweig: Appelhans 2003.

*Stammnitz, E. Günter, „Vom guten Kaffee“. Vorwort Carl und Ernst Heimbs. Hannover: Dr. Buhrbank 1954.

*Stribny, Wolfgang, Der Versuch einer Kandidatur des Kronprinzen Wilhelm bei der Reichspräsidentenwahl 1932. In: Ernst Heinen/Hans Julius Schoeps (Hrsg.), Geschichte in der Gegenwart. Festschrift für Kurt Kluxen. Paderborn: Ferdinand Schöningh 1972. S. 199-210.

*Stubenvoll, Bernhard, Das Raumordnungsgeschehen im Großraum Braunschweig zwischen 1933 und 1945. Braunschweigs Raumordnungsziele in der Auseinandersetzung mit konkurrierenden nationalsozialistischen Machteliten. Braunschweig: Amt für Statistik und Stadtforschung 1987.

*Treue, Wilhelm, Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 3.1955,2. S. 184-210.

*Tweraser, Kurt, Die Linzer Wirtschaft im Nationalsozialismus. Anmerkungen zur strukturellen Transformation („Modernisierung“) und zum NS-Krisenmanagement. In: Mayrhofer/Schuster 2002. Bd. 1. S. 387-555.

*Ullrich, Volker, Adolf Hitler. Biographie. Bd. 1: Die Jahre des Aufstiegs 1889-1939. Frankfurt: S. Fischer 2013.

Das Urteil des Klagges-Prozesses. Braunschweig 1950.

*Wasner, Mike, Ein „Zirkel von Intrigen und Gerüchtemachern“. Das Parteiausschlussverfahren vor dem Untersuchungs- und Schlichtungsausschuss der Reichsleitung der NSDAP „gg. Zörner und Andere“ 1933/34. Magisterarbeit TU Braunschweig 2003; überarb. Fassung 2005.

*Watt, D.C., Die bayerischen Bemühungen um Ausweisung Hitlers 1924. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 6.1958,3. S. 270-280.

*Weßelhöft, Daniel, Von fleißigen Mitmachern, Aktivisten und Tätern. Die Technische Hochschule Braunschweig im Nationalsozialismus. Mit einem Nachwort von Hans-Ulrich Ludewig. Hildesheim: Georg Olms 2012.

*Weßelhöft, Daniel/Matuschek, Oliver, 70 Jahre Braunschweigische Wissenschaftliche Gesellschaft 1943-2013. Braunschweig: Appelhans 2013.

*Wettern, Michael/Weßelhöft, Daniel, Opfer nationalsozialistischer Verfolgung an der Technischen Hochschule Braunschweig 1930 bis 1945. Hildesheim: Georg Olms 2010.

10 Jahre Salzgitter. Salzgitter: Kultur- und Presseamt 1952.

4.10 Internetseiten

*Bota, Alice, Berühmt wider Willen. Unter: www.zeit.de/online/2007/11/isolde-saalmann

*Einbürgerung Adolf Hitlers. Unter: http://de.wikipedia.org/wiki/Einb%C3%BCrgerung_Adolf_Hitlers

*Hinrichs, Per, Hitlers Einbürgerung. Des Führers Pass. In: Spiegel Online vom 10.3.2007. unter: www.spiegel.de/panorama/zeitgeschichte/hitlers-einbuergerung-des-fuehrers-pass-a-470844.html

*Der Kampf der Bilder. Braunschweig im Spiegel der Fotografie 1930 – 1933. Unter: http://www.kampf-der-bilder.de/

*Lutteroth, Johanna, Schwierige Einbürgerung. Wie Hitler Deutscher wurde. In: einestages. Zeitgeschehen auf Spiegel online vom 15.10.2010. unter: http://einestages.spiegel.de/external/ShowTopicAlbumBackground/a16141/10/10/F.html

*Union. Kaufmännischer Verein, Unter dem Eindruck zweier Weltkriege 1914-1945. Unter: www.union1818.org/index.phph?mi=44&sc=147&sp=3

*Vernetztes Gedächtnis. Topographie der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Braunschweig. Unter: http://www.vernetztes-gedaechtnis.de/

4.11 Fotos

*Ausweise der Braunschweigischen Landtagsabgeordneten 3/4/5 Wahlzeit. Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel 23 Neu 2118

*Fotoalbum Braunschweigischer Landtag. Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel 50 Slg 226 Nr. 10

Ernst Zörner. Niedersächsisches Staatsarchiv, Wolfenbüttel 50 Slg 95

4.12 Karten

*Institut für Zeitgeschichte, München und die NS-Bewegung 1925-1933. München, Berlin 2003. In: Hitler, Ergänzungsband 2003 (S. U 2)

*Ludewig, Hans-Ulrich, Braunschweig – Tafel 8.4: Braunschweig im Nationalsozialismus. In: Meibeyer, Wolfgang/Steinführer, Henning/Stracke, Daniel, Deutscher Historischer Städteatlas Nr. 4: Braunschweig. Münster: Ardey 2013. (Kartenmappe)

4.13 Interviews/Befragungen

Hans-Ulrich Ludewig am 28.4.2013

Hans-Georg Küchenthal am 10.1.2014 in Braunschweig

Peter Albrecht am 24.4.2014 in Braunschweig

Stadtarchiv Braunschweig vom 8.5.2014

Stadtarchiv Dresden vom 3.6.2014